1927

Inhaltsverzeichnis

9. Januar 1927: Rede beim Stiftungsfest der Dresdener Liedertafel 5

18. Januar 1927: Rede auf der Reichsgründungsfeier
des Reichsklubs der DVP in Berlin 6

25. Januar 1927: Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags 14

18. Januar 1927: Rede vor der Reichskonferenz
der Reichszentrale für Heimatdienst in Berlin 15

7. März 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 59

10. März 1927: Rede vor der internationalen Presse in Genf 61

10. März 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 64

11. März 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 69

11. März 1927: Rede vor den deutschen Studenten in Genf 74

12. März 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 76

15. März 1927: Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin 89

19. März 1927: Rede vor dem Zentralvorstand der DVP in Hannover 101

19. März 1927: Rede zur 60-Jahr-Feier der
Nationalliberalen Partei in der Stadthalle von Hannover 128

20. März 1927: Rede beim Festmahl anläßlich der
60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei im Rathaus von Hannover 147

22. März 1927: Reichstagsrede..... 158

23. März 1927: Reichstagsrede..... 173

3. April 1927: Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin 196

3. April 1927: Rede bei einer Bismarck-Feier in der Stadthalle von Hannover 200

4. April 1927: Rede auf einer Versammlung der
Parteibeamten der DVP in Berlin 203

5. April 1927: Debattenbeiträge im Reichstag 206

24. April 1927: Vortrag im Deutschen Bühnenclub in Berlin 210

28. April 1927: Rede auf der Mitglieder-Versammlung
des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten in Berlin..... 229

30. April 1927: Rede bei der Gedenkfeier zum 100jährigen Jubiläum
von Bremerhaven im dortigen Stadttheater vom 30. April 1927 236

30. April 1927: Rede beim Festmahl zum 100jährigen Jubiläum von Bremerhaven in der dortigen Stadthalle 239

7. Mai 1927: Rede auf dem Niedersächsischen Wirtschaftstag in Bad Eilsen 246

8. Mai 1927: Rede auf dem DVP-Parteitag des Wahlkreises Westfalen in Bad Oeynhausen vom 8. Mai 1927 249

21. Mai 1927: Rede beim Festakt des Verbandes Sächsischer Industrieller in Dresden 252

22. Mai 1927: Rede auf einer DVP-Versammlung in Freiberg 261

26. Mai 1927: Rede auf der Jahresversammlung des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart 264

27. Mai 1927: Rede vor der Studentenschaft in Tübingen 278

9. Juni 1927: Rede beim Empfang für die amerikanischen Atlantikflieger in Stresemanns Haus in Berlin 280

10. Juni 1927: Rede anläßlich des Festbanketts des Amerikanischen Clubs für die amerikanischen Atlantikflieger in Berlin 283

11. Juni 1927: Rede beim Festakt zur Eröffnung der Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ in der Frankfurter Oper 287

13. Juni 1927: Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 290

14. Juni 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 291

14. Juni 1927: Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf..... 294

15. Juni 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 297

16. Juni 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 300

17. Juni 1927: Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 310

20. Juni 1927: Rede vor der Presse in Berlin 312

23. Juni 1927: Regierungserklärung im Reichstag 320

29. Juni 1927: Rede in Oslo anläßlich der Feier zur Verleihung des Nobelpreises 350

29. Juni 1927: Rede auf einem Bankett des Nobelkomitees in Oslo 369

1. Juli 1927: Rede vor der Presse in Oslo 371

13. Juli 1927: Erklärung in der Ministerbesprechung 372

1. September 1927: Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf 374

2. September 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 376

2. September 1927: Rede vor der Presse in Genf 380

6. September 1927: Rede vor der Presse in Genf 382

7. September 1927: Rede vor der Presse in Genf 386

8. September 1927: Rede vor der Presse in Genf 390

9. September 1927: Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf 393

16. September 1927: Rede vor der internationalen Presse in Genf 404

17. September 1927: Rede im Völkerbundsrat in Genf 417

19. September 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 421

23. September 1927: Redebeitrag vor der Völkerbundsversammlung in Genf 423

23. September 1927: Rede vor den Mitgliedern der deutschen Delegation in Genf 425

23. September 1927: Rede vor amerikanischen Pressevertreten in Genf 427

24. September 1927: Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf 428

27. September 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 433

28. September 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 443

28. September 1927: Unterredung mit französischen Presservertretern in Genf ... 448

5. Oktober 1927: Gedenkrede auf Ago von Maltzan im Auswärtigen Amt in Berlin 451

9. Oktober 1927: Rede auf dem Reichsjugendtag der DVP in Porta 458

10. Oktober 1927: Rede auf dem Empfangsabend der Deutschen Arbeitgebervereinigung in Berlin 460

22. Oktober 1927: Rede auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der DVP in Liegnitz 468

23. Oktober 1927: Rede vor Vertretern des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute in Berlin 485

31. Oktober 1927: Rede auf dem Reformationsessen der Kaufmannschaft in Dresden 492

12. November 1927: Rede auf einer Tagung von Parteivorstand und Parteiausschuß der DVP in Halle 495

15. November 1927: Rede vor der Presse in Wien 496

21. November 1927: Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Braunschweig 504

21. November 1927: Rede auf einer öffentlichen Versammlung des Landesverbandes der DVP in Braunschweig 505

1. Dezember 1927: Rede auf der Steuben-Feier in Berlin 508

2. Dezember 1927: Rede auf einer öffentlichen Versammlung der DVP in Nürnberg 514

6. Dezember 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 524

8. Dezember 1927: Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf 529

9. Dezember 1927: Rede auf einem
Bierabend der deutschen Studenten in Genf 531

10. Dezember 1927: Rede vor der Presse in Genf..... 532

11. Dezember 1927: Rede vor der Presse in Genf 536

16. Dezember 1927: Rede auf dem Begrüßungsabend
der Stadt Königsberg für den Außenminister 539

17. Dezember 1927: Rede auf einer Veranstaltung in Königsberg 549

Rede beim Stiftungsfest der Dresdener Liedertafel vom 9. Januar 1927[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 15 (Abendausgabe) vom 10. Januar 1927.

Die Bedeutung der Sängerfeste für die deutsche Einheit. Über aller körperlichen Ertüchtigung darf der Geist nicht vernachlässigt werden.

Die deutsche Einheit sei nicht lediglich ein Ergebnis siegreicher Schlachten. Sie hätte nicht erzielt werden können, wenn nicht vorher der Gedanke der deutschen Einheit jedem Deutschen ins Hirn gehämmert worden wäre, und auch **die viel verlachten Sängerfeste haben mehr zur deutschen Einheit** beigetragen, als es sich die Schulweisheit mancher Leute hätte träumen lassen.

All diese Dinge berühren mich so sehr, fuhr der Minister fort[2], weil ich eine **Jugend** kommen sehe, die manches als Firlefanz ansieht, was uns älteren heilig war. Ich verstehe die Bemühungen um die körperliche Ertüchtigung, aber man soll dabei den Geist nicht vernachlässigen. Nur wenn unser Volk im Zeitalter der Maschinen und der Millionenstädte sein **Gemüt** behält, werden wir einen Wiederaufstieg erleben.

---

[1] Die Vorlage leitet unter der Überschrift „Stresemanns Sängerrede“ ihren Bericht, der Stresemanns Worte teilweise nur in indirekter Rede und wohl auch nur in Auszügen wiedergibt, folgendermaßen ein: „Reichsaußenminister Stresemann nahm gestern am Stiftungsfest der Dresdener Liedertafel teil, die ihn anläßlich seiner 25jährigen Zugehörigkeit als II. Tenor zum Ehrenmitglied ernannt hat. Stresemann führte in seiner längeren Dankesansprache u. a. aus:“, um im Folgesatz zunächst in indirekter Rede zu formulieren, danach in die direkte Rede zu wechseln. – Eine allerdings nur in indirekter Rede gebotene Passage der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 14 vom 10. Januar 1927, führt zusätzlich aus, daß Stresemann vom Vorsitzenden dafür gedankt worden sei, daß er „sich dann [nach seinem Eintritt 1902] als erster Tenor angenehm bemerkbar gemacht habe“. – Die KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 23 (Abendausgabe) vom 10. Januar 1927, die – wenn auch nur indirekter Rede – weitere Passagen der Rede Stresemanns wiedergibt, führt zudem noch aus, daß er die „üblichen goldenen Manschettenknöpfe für die 25jährige Zugehörigkeit zur Liedertafel“ erhalten habe.

[2] Dieser paraphrasierende Einschub so in der Vorlage.

Rede auf der Reichsgründungsfeier des Reichsklubs der DVP in Berlin vom 18. Januar 1927[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 14 vom 20. Januar 1927. – Druck auch in DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 37–42. – Teildrucke (teilweise mit Abweichungen) in BERLINER BÖRSENZEITUNG, Nr. 30 (Abendausgabe) vom 19. Januar 1927, S. 1; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 29 (Morgenausgabe) vom 19. Januar 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 31 (Abendausgabe) vom 19. Januar 1927; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 279–280; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 68–69, 72–73.

Die Nationalliberale Partei als Partei der Reichsgründung. Liberal, national und sozial gehören zusammen. National zu sein heißt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit zu arbeiten am Wohl des Ganzen. Nach der Zerstörung des alten Volksheeres müssen auch die Reichswehr und die Marine ein Instrument des ganzen Reiches sein, unabhängig von politischen Richtungen. Grüßt die Auslandsdeutschen und gedenkt deren Opfer. Deutschland hat das Ziel des Wiederaufstiegs und der Erringung seiner Freiheit.

Verehrte Freunde! Wenn wir am heutigen Abend der Reichsgründung gedenken[2], so lassen Sie uns in unserer Betrachtung vom engeren zum weiteren, vom Weiteren zum Großen schreiten. Ich denke an den engen Kreis, der hier vereinigt ist, und grüße in dieser Stunde an erster Stelle unsere hochverehrten Ehrenmitglieder, unsern lieben Freund Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl[3] und Exz. Fritsch[4] in unserer Mitte. Wir grüßen die Männer, deren Augen noch geruht haben auf jenem Tage von Versailles[5], der einst mit dem Begriff höchster deutscher Ehre und größten deutschen Glanzes

---

[1] Nach einem Artikel in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 13 vom 19. Januar 1927, hielt Stresemann die Rede anläßlich der Reichsgründungsfeier des Reichsklubs „im großen Kaisersaal am Zoo“. „Wie immer waren nicht nur aus Berlin, sondern aus dem ganzen Reiche die Parteifreunde zum 18. Januar nach Berlin geeilt.“ – Der Reichsklub der DVP war ein Verein von DVP-Mitgliedern unter dem Vorsitz Stresemanns. Zu seinen Aktivitäten und zur Satzung vgl. die teilweise unpaginierte Schrift: Reichsklub der Deutschen Volkspartei e. V. Mitgliederverzeichnis. Berlin [1923].

[2] Im Kaiserreich war traditionell am 18. Januar eingedenk der Kaiserproklamation Wilhelms I. (und nicht am 1. Januar als dem Tag, an dem 1871 die Reichsverfassung in Kraft trat, bzw. am 16. April 1871, als die revidierte Fassung Rechtskraft erlangte) der Reichsgründung gedacht worden.

[3] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP).

[4] Bruno Fritsch (1842–1933), Unterstaatssekretär im Reichspostamt 1897–1902; Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus 1903–1918 (für die Nationalliberale Partei).

[5] Gemeint ist die Kaiserkrönung im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871 (vgl. oben Anm. 2).

verbunden war. Wir freuen uns, Sie, lieber Freund Kahl, bei uns zu sehen, der Sie eben auf dem Wege, der die Verbindung mit Hunderttausenden und Millionen gibt, über die geschichtliche Bedeutung dieses Tages zum deutschen Volkes gesprochen haben[6]. Lassen Sie uns wünschen und hoffen, daß unsere verehrten Ehrenmitglieder, die diese große Spanne deutschen Lebens in ihren Gedanken und in ihrem Herzen mitdurchmessen haben, und die mehr vielleicht als die Gegenwart den Abstand empfinden, der zwischen dem Einst und Jetzt klafft, auch Zeugen sein mögen, nicht nur einer Festigung der Verhältnisse, sondern auch sehen mögen die ersten Zeichen des Aufstiegs.

Der Tag der Reichsgründung führt unsere Gedanken zur „Partei der Reichsgründung“. So nennt die Geschichte die Nationalliberale Partei, deren Erben wir nicht nur, sondern deren Fortsetzung wir sind[7]. Wir sind heute zusammen gewesen im Vorstand der Partei[8] und haben beschlossen, daß wir an dem Tage, an dem unser unvergeßlicher Rudolf von Bennigsen[9] die Nationalliberale Partei gründete[10], am 27. Februar 1927 uns in Hannover treffen wollen. Und wir rufen alle diejenigen auf, die der großen Partei angehören, die mit uns durchmessen wollen die 60 Jahre deutscher Geschichte, die ohne uns nicht zu denken sind, sich in Hannover mit uns zu vereinigen. National und liberal, zwei Begriffe eins und das andere, eins nicht ohne das andere.

Das Nationale wird sich als Gesamtgefühl des deutschen Volkes durchsetzen lassen, je freier es sich von allem Reaktionären fühlt, je weniger es mit diesem verbunden ist. Um so eher wird jeder der Nation sich mit seinem Volke verbunden fühlen. Solange wir leben und wirken, wollen wir deshalb nicht nur national, sondern auch liberal sein; wer nicht liberal ist, gehört nicht in unsere Reihen, hat nicht unseres Da-

---

[6] Stresemann bezieht sich offenbar auf eine Rundfunkrede Kahls unter dem Titel „Die geschichtliche Bedeutung des 18. Januar“, die nach einer Ankündigung des Rundfunkprogramms für den 18. Januar um 19.50 Uhr ausgestrahlt wurde (DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 27 [Morgenausgabe] vom 18. Januar 1927). Veröffentlicht ist die Rede in DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 33–37.

[7] Zur Gründungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen.

[8] Zu dieser Vorstandssitzung und ihrem nachfolgend genannten Beschluß konnte nichts ermittelt werden.

[9] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei).

[10] Der 27. Februar 1867 war der Tag, an dem sich 1867 ca. 60 Abgeordnete des konstituierenden Norddeutschen Reichstags zur Fraktion der Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen hatten (vgl. NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 138 vom 23. Februar 1927).

seins Wesen begriffen. Das zum Ausdruck zu bringen in der Zeit, wo wir uns rüsten, den Jubiläumstag zu begehen, ist notwendig auch an einem Tage wie dem heutigen. Wir werden sein und bleiben die Vertreterin der Grundmahnung, daß nicht die Massen, sondern die Persönlichkeiten, nicht das Dogma, sondern die freigewonnene [!] Erkenntnis das Wegeziel sein muß. Wir werden sein und bleiben nicht nur eine nationale und liberale, sondern auch eine soziale Partei, die in der Ueberbrückung der Gegensätze, nicht in ihrer Vertiefung und Verschärfung das Heil des Reiches sieht. Wir sind uns klar darüber, daß wir ohne eine große blühende Wirtschaft nicht bestehen können, aber wir sind uns auch klar darüber, daß wir sozial für die Mitarbeit dieser Wirtschaft wirken müssen. Wir sind uns klar darüber, daß wir das Beste töten würden in uns, wenn wir vergäßen, worauf die Stärke unserer Partei beruht, wenn wir vergäßen, daß wir eine Partei sind des politischen Liberalismus und des geistigen Idealismus.

Vom Engen zum Weiten; vom Weiten zum Großen, von der Partei zum Vaterland. Die Männer, die einst die Nationalliberale Partei begründeten, haben an die Spitze ihres Programms[11] die Worte gestellt, das Vaterland über die Partei! Damit haben sie zum Ausdruck gebracht, daß eine Partei nicht Selbstzweck ist, sondern nur Mittel zum Zweck, sie ist dazu da, dem Vaterlande zu dienen. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht, daß eine Partei nicht verlangen kann, daß allein das, was sie als richtig empfindet, sich ganz durchsetzen muß, und sie nicht das Recht hat, sich der Verantwortung zu entziehen, wenn dieses Ganze sich nicht durchsetzen läßt, sondern daß sie das, was sie nicht selbst erreichen kann für sich, dem Ganzen zum Opfer bringen muß, wenn es dem Ganzen nützt, auch wenn es der eigenen Partei schadet. Die Bedeutung einer Partei liegt nicht nur darin, wie groß sie ist, und wieviel Mandate sie hat, sondern welchen Einfluß sie auf Grund der Persönlichkeiten, die ihr angehören, besitzt und auf Grund des geistigen Gehaltes, mit dem sie erfüllt ist. Dieser Geist wird nicht an der Stimmenzahl und der Popularität, die sie hat, gemessen, sondern an dem Verantwortungsbewußtsein, das sie in sich aufzunehmen imstande ist in Stunden, wo andere diese Bereitwilligkeit nicht zu erkennen geben. Mag die Partei Schaden leiden, wenn es nur dem Reiche zugute kommt! Möge das immer unsere **Losung** sein.

[11] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das Gründungsprogramm der Nationalliberalen Partei vom 12. Juni 1867 (gedruckt in TREUE S. 63–66), in dem sich die nachfolgend angesprochene Formulierung nicht im Wortlaut, aber der Sache nach findet.

Wenn wir des Reiches gedenken in dieser Stunde, so lassen Sie uns zuerst denken [!] des Oberhauptes des Reiches, des Herrn Reichspräsidenten, des Feldmarschalls von Hindenburg[12]. Er ist ein lebendiges Zeichen und hohes Vorbild der Verbindung zwischen dem alten, dem lieben, teuren, in der Erinnerung unvergessenen Deutschland, und dem neuen, dem wir unsere Kräfte weihen, um neues dort zu schaffen, wo altes dahinsank. Ein Freund unserer Partei war es[13], der in Köln auf unserer Tagung das Wort prägte: Das alte Deutschland, das wir lieben, und das neue Deutschland, für das wir leben! Ein Sinnbild dessen ist wohl auch der Mann, der, als er das biblische Alter schon überschritten hatte, dem Rufe folgte und sich dem neuen Staat zur Verfügung stellte in einer Zeit, als kleinere Geister glaubten, sich der Mitarbeit entziehen zu müssen. Daß Hindenburg an die Spitze des Deutschen Reiches trat, hat zur Konsolidierung, zu dem Wiederaufstieg dieses Deutschlands in der Welt draußen mehr beigetragen als alle republikanischen lärmenden Kundgebungen und Leitartikel und als alle die Leute, die jeden Tag glauben, die Republik retten zu müssen.

Von dem Oberhaupt des Reiches zum Reiche selbst, zu seinen Institutionen, in denen vieles wirken und an denen fleißig schaffen Arbeit am nationalen Deutschland bedeutet. Nationales Deutschland, ein Wort, das man oft hört, ein Wort, das ich aber nur so verstehen kann, daß zu ihm alle gehören, die ihre Kräfte diesem Deutschland weihen. Das ist, glaube ich, noch immer die große Mehrzahl im deutschen Volke, das an ein Wiedererstehen nur glauben und nur hoffen kann, wenn es das Wort national in diesem Sinne auffaßt und nicht in dem Sinne jenes Pharisäers, der da sagte[14]: „Herr, ich danke dir, daß ich nicht bin wie die andern!“ „National sein“, heißt arbeiten, heißt nüchterne Tage durchmachen, Werkeltagsarbeit[15] leisten, sich nicht immer an Phrasen berauschen, sondern auch in Festesstunden erwägen, das[s] national sein heißt, unentwegt weiter Kärnerarbeit [!] tun.

Lassen Sie mich dabei einer Institution des Reiches im besonderen gedenken, der deutschen Reichswehr und der Marine des Deutschen Reiches. Diese beiden stehen nicht in der Gestalt vor uns, wie unser Herz es wünscht. Man hat im Weltkrieg ge-

---

[12] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Generalfeldmarschall; Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[13] Gemeint ist offenbar Karl Bockamp (1891–1965), Rechtsanwalt; Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Köln-Aachen der DVP, den Stresemann in seiner Rede auf dem DVP-Parteitag in Köln vom 2. Oktober 1926 (vgl. diese Edition) mit den nachfolgenden Worten zitierte.

[14] Stresemann zitiert hier das Lukas-Evangelium, Kap. 18, Vers 11.

[15] „Werkeltag“ ist eine obsolete Form für „Werktag“.

sagt, daß er geführt werde im Namen und für die Gedanken der Demokratie, und hat doch die Gedanken der höchsten demokratischen Institution, das Beste wahrer Vaterlandsdemokratie, den Gedanken des Volksheeres, die alte Armee durch Verbot in Deutschland zerstört[16]. Jenes alten Volksheeres, an dem alle hingen. Ich habe in dieser Institution immer die Inkarnation des alten preußischen Staatsbegriffes gesehen: Höchste Gleichheit, gleiche Rechte und höchste Pflichterfüllung. Das war das Große dieses Volksheeres und trug ihm die Liebe des Volkes ein. Wir sind heute gezwungen, ein anderes System zu führen. Uebertragen wir die grundsätzliche Gegnerschaft gegen dieses System nicht auf die Männer, die es führen und ihm angehören. Wir müssen dankbar gedenken der Pflichterfüllung der deutschen Reichswehr, der deutschen Reichsmarine, ihrer Mannschaften und ihrer Offiziere. In der Reichswehr, dieser kleinen Wehr, ist dem Deutschen Reiche ein Instrument geschaffen worden, das, wie General Heye[17] sagte, treu dem geschworenen Eide ein Instrument des Reiches sein will, das große Anforderungen stellt an die, die ihm angehören, und das großen Anforderungen auch in seiner Kleinheit gerecht geworden ist und weiter werden wird. Die Parteien mögen die Hände weg tun von einer Institution, die nicht für die Partei, sondern für das Vaterland geschaffen ist. Wir wollen keine rechts und links eingestellte Reichswehr, sondern wir wollen eine deutsche Reichswehr, die dem ganzen deutschen Volke gehört und der die Liebe des Volkes gehört wie der alten Armee. Wer an diesen Grundfesten rührt, wird uns zum Gegner haben. Wer das glaubt, daß die Reichswehr eingestellt werden kann auf Parteien, auf links oder rechts, dem werden wir einwenden, daß die erste Bedingung politische Ruhe in dieser Institution für ihre Offiziere und Mannschaften sein muß. Um so mehr wird ihr Ansehen in den breitesten Schichten unseres Volkes wachsen, um so volkstümlicher wird sie sein[,] wenn sie nur eine Parole hat, die Parole: Deutschland, Vaterland und Freiheit! Das ist auch unsere Stellung zu unserer jungen Marine, die die junge Fahne des neuen Reiches zuerst in das weitere Ausland gebracht hat.

Ihnen, den Auslandsdeutschen da draußen, einen Gruß in dieser Stunde, den Männern, die immer deutsche Interessen in fremden Ländern vertreten haben, die

---

[16] Gemeint sind die Bestimmungen aus Art. 173 und 174 des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919, die – neben der drastischen Beschränkung der Mannschaftszahlen bei Heer und Flotte: Art. 160 bzw. 183 (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82 u. 91) – die Wehrpflicht in Deutschland abschafften und künftige Soldaten zu einer Mindestdienstzeit von zwölf Jahren verpflichteten (ebd. S. 86).

[17] Wilhelm Heye (1869–1947), deutscher General; Chef der Heeresleitung 11. Oktober 1926 – 1930. – Vermutlich bezieht sich Stresemann mit dem nachfolgenden Zitat in leichter Abwandlung auf den Neujahrserlaß Heyes vom 1. Januar 1927 (SCHULTHESS 68 [1927], S. 2).

vielfach ihr Vermögen dort verloren haben[18], denen der Staat gegenübergetreten ist mit dem Gedanken des alten Schifferspruches in Lübeck: Navigare necesse est, vivere non est necesse[19]! und diesen Satz übertrug in das Moderne: „Daß ich lebe ist notwendig; daß du lebst und dein Vermögen behältst, ist nicht notwendig!“ Was da in zähem Ringen an Zukunftslösungen vom Auslandsdeutschtum wieder ausgebaut und aufgebaut ist, das ist die beste Gewähr dafür, daß man uns nicht unterkriegen kann. Verschieden ist der Charakter des Auslandsdeutschen. Die einen sind die, die jetzt im kleinen arbeiten müssen, so wie sie einst groß dastanden. Die meisten[20] haben den Weltkrieg in der Heimat nicht miterlebt, daher wissen sie nicht, was die Armee gelitten, was die Menschen in der Heimat gelitten haben, sie wissen nicht, welche Fieberformen dieses Deutschland durchtobt hat, und sie haben deshalb noch nicht das rechte Verhältnis zum neuen Deutschland finden können. Es ist ein großes Verdienst unseres früheren Herrn Reichskanzlers Dr. Luther[21], daß er auf seiner Reise durch Südamerika aus seiner reichen Erfahrung heraus Kunde gegeben hat von seinem, von unserem Erleben im alten Deutschland. Ich hoffe, daß die Bande bald wieder fester sein werden, die diese Deutschen mit uns verbinden. Die dritten sind die Deutschen, die zu uns gehören durch Gemüt und Geblüt, denen man es entweder verwehrt, zu uns zu kommen, oder die immer im fremden Lande deutsch blieben, gleichviel unter welcher Herrschaft. Das ist das Seltsame der Jahre, in denen wir leben, daß sie das Wort bekräftigen[,] das ein deutscher Dichter des vorigen Jahrhunderts[22] geschrieben hat, daß nämlich die Deutschen sich ihrer Zusammengehörigkeit

---

[18] Der Versailler Vertrag ermächtigte die Siegerstaaten, umfangreich deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und verpflichtete Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159). Bisher waren diese Entschädigungen erst in geringem Umfang erfolgt.

[19] Das von Plutarch für Pompeius überlieferte Zitat (etwa: Schiffahrt ist notwendig; Leben ist nicht notwendig) befindet sich am Haus Seefahrt in Bremen, einer Fürsorgeeinrichtung für ehemalige Seeleute. Für Lübeck ließ es sich nicht nachweisen.

[20] In DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 40, heißt es hier, wohl zutreffend: „Die zweiten“; die dortige Fortsetzung: „sind die, die den Weltkrieg in der Heimat miterlebt haben“, ist allerdings wohl unzutreffend.

[21] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Vor 1927 parteilos; Mitglied der DVP 1927–1930. – Luther hatte im Vorjahr nach seinem Rücktritt als Kanzler eine längere Südamerika-Reise unternommen (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 604 [Abendausgabe] vom 22. Dezember 1927). Nach der Rückkehr hielt er in Deutschland über einen längeren Zeitraum hinweg Vorträge über diese Reise und insbesondere über die Auslandsdeutschen in Südamerika (vgl. etwa ebd., Nr. 605 [Morgenausgabe] vom 23. Dezember 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 6 [Abendausgabe] vom 5. Januar, S. 2, und Nr. 21 [Morgenausgabe] vom 14. Januar 1927, S. 2).

[22] Gemeint ist Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. – Das nachfolgend paraphrasierte Zitat entstammt seinem Roman „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“, der in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879 erschien.

erst im Unglück bewußt sein würden, weil sie zu den Völkern gehörten, die das Glück nicht vertragen könnten. Das Wort trifft auf unsere Zeit. Und nie war der kulturelle Zusammenhang der Deutschen auf der Erde so stark als in diesen Zeiten, als jetzt, wo Deutschland weniger mächtig ist als früher. Sie kommen zu uns, sie sehen in uns Mutter Germania; sie fühlen und empfinden uns[23]. Ihrer zu gedenken und sie zu grüßen, ist unsere Pflicht in dieser Stunde.

Ein Letztes – ein Wort und Gruß an das deutsche Volk! Ich möchte ihm gern etwas Gutes sagen – daß es ein politisches Volk sei, das ihm zu sagen, das bringe ich nicht über meine Lippen. Der Herrgott hat ihm viele Vorzüge gegeben. Aber hier muß irgendwie eine Gedankenlähmung eingetreten sein, um dem deutschen Hirn das politische Empfinden auszuschalten. Wie groß müssen wir sein, daß wir die Experimente haben wagen können, daß wir die die Männer haben lassen gewähren können, die zwar wissen, wie man Regierungen stürzt, aber nicht, wie man sie wieder aufbaut. Letzten Endes werden wir auch darüber Herr werden, weil ich glaube, daß das, was eine kleine Gruppe kleiner Politiker interessiert, gar nicht von dem Interesse für das deutsche Volk ist, als die, die darin leben, dem deutschen Volke einreden wollen. Ach nein, das deutsche Volk hat ein großes Ziel, das heißt: Ordnung, Ruhe, Möglichkeit des Aufstiegs und Wiedererringung unserer deutschen Freiheit! Mit welchen Mitteln, mit welchen Parteien das erzielt wird, ist erst das zweite, wenn man sich nur erst über das erste klar geworden ist. In der Arbeit, in dem, was wirtschaftlich geschaffen wird, was geistig wieder aufgebaut wird, wenn die Geistigkeit ihre Stelle behauptet gegenüber dem Körperlichen, darin liegen die großen Quellen des deutschen Aufbaus. Es gibt vielleicht nicht viele, die so viel mit Ausländern zusammenkommen, wie ich in meiner beruflichen Tätigkeit, und ich kann versichern: das Deutschland, von draußen gesehen, ist viel größer als von drinnen gesehen. Die draußen sehen nicht den Kleinkram des Alltags. Sie sehen ein Volk, das tief am Boden dalag, und das – geschichtlich gesehen – sich in kurzer Frist von seinem Sturze trotz aller Bedrückungen wieder erhob und zum Wiederaufbau, zur Konsolidierung schritt, von der wir heute schon wi[e]der sprechen können. Hoch über dem Parteigedanken steht der Gedanke des deutschen Volkstums. Reich und Volk gehören zusammen. Daß alle die Schicksalsschläge, die der Einheitsgedanke im vorigen Jahrhundert erlebt hat, diesen Gedanken nicht hat [!] unterhöhlen können, das ist ein Beweis, wie tief das Bewußtsein, Deutscher zu sein, in den deutschen Menschen

[23] So in der Vorlage; „mit uns“ ergäbe mehr Sinn.

ging! Anders die Form, anders die Hülle, wenn uns nur der Kern bleibt: Deutsches Empfinden und deutsches Freiheitssehnen! Daß es immer wieder erweckt werde, daß wir immer so fühlen werden, das ist unsere Hoffnung in dieser Stunde.[24]

[24] Der oben Anm. 1 genannte Artikel schließt nach einer Paraphrase der Rede Stresemanns die Berichterstattung: „Geheimrat Prof. D. Dr. Kahl dankte dem erfolgreichen Parteiführer und Minister für seine Arbeit. Die Versammlung brachte Stresemann lang anhaltende Ovationen dar."

Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags vom 25. Januar 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 40 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927.

Die Bedeutung der Auslandsvertretungen in wirtschaftlicher Hinsicht. Die Ausstattung einiger Beamten im Auswärtigen Amt mit Repräsentationsmitteln auch im Inland.

Die politische Vertretung im Ausland darf gegenüber der wirtschaftlichen nicht zurücktreten. Allerdings haben wir mit manchen Ländern in erster Linie wirtschaftliche Fragen zu bereinigen. Die Gesandten in diesen Ländern müssen mit lichten Augen auch unsere wirtschaftlichen Interessen beobachten. Die Veröffentlichung der Auslandsgehälter im Etat beruht auf einem Beschluß des Haushaltsausschusses[2]. Die Repräsentationsverpflichtungen in Berlin sind sehr hoch, so daß vielfach die Rückberufung nach Berlin von Außenbeamten als eine Art Strafe angesehen wird. Früher mußten die Legationsräte, die übernommen werden sollten, ein Jahreseinkommen von 15 000 M. nachweisen. Diesem Zustand hat ein Ende gemacht werden wollen [!]. Von diesem Standpunkt aus muß man auch die Frage betrachten, ob man Legationsräten Repräsentationsgelder bewilligen soll. Ich bin nicht der Meinung, daß alle Beamten repräsentieren müssen, wo das aber nötig ist, muß man aber auch die **nötigen Repräsentationsmittel zur Verfügung stellen.**[3]

---

[1] Die Vorlage führt unter der Überschrift „Der Etat des Auswärtigen Amts. Dr. Stresemann im Haushaltsausschuß“ einleitend aus: „Der Haushaltsausschuß hat am Dienstag vormittag den Etat des Auswärtigen Amts beraten. Nach den Ausführungen der beiden Berichterstatter Dr. Hoetzsch (D. Nat.) und Dietrich-Baden (Dem.) nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort. Er führte aus:“ – Offenbar handelt es sich um eine gekürzte Wiedergabe der Ausführungen Stresemanns. – Ausführlichere Berichte über die Sitzung, die auch die übrigen Wortmeldungen paraphrasieren, die Worte Stresemanns allerdings lediglich in indirekter Rede wiedergeben, in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 41 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 40 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927, S. 2. Ein Bericht über weitere Äußerungen Stresemanns, allerdings ebenfalls nur in indirekter Rede, ebd., Nr. 41 (Morgenausgabe) vom 26. Januar 1927, S. 3.

[2] Der betreffende Beschluß konnte nicht ermittelt werden. Offenbar hatte es bereits zuvor Beratungen des Ausschusses über den Haushalt des Auswärtigen Amtes gegeben (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 41 [Abendausgabe] vom 25. Januar 1927), zu denen jedoch nichts weiter ermittelt werden konnte.

[3] In der Vorlage schließt der Artikel die Berichterstattung über die Rede Stresemanns in Paraphrase: „Der Minister befaßte sich dann mit dem geplanten Durchbruch durch die Ministergärten und durch die Wilhelmstraße. Er fragte, ob man überlegt habe, daß man damit zwei große Ministerien zerschlagen werde. Bei Wegnahme des Hauses Wilhelmstraße 74 würden im Auswärtigen Amt 150 Arbeitszimmer in Fortfall kommen. Wo will man die dort beschäftigten Beamten unterbringen? Auch die im Hochhaus vorgeschlagene Unterbringung würde ohne schwerste Schädigung der Arbeiten des Amtes nicht möglich sein.“

Rede vor der Reichskonferenz der Reichszentrale für Heimatdienst in Berlin vom 28. Januar 1927[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 581–606.

Außenpolitik ist keine Sache der Theorie, zumal in der Gegenwart. Die Probleme Großbritanniens und Frankreichs. Die interalliierten Schulden. Die Gärung in den Kolonialreichen, denen die Gärung im Innern vieler Staaten und der europäischen Beziehungen entspricht. Kritisiert die Vorstellung als utopisch, zusammen mit einem wiedererstarkten Rußland die Nachkriegsordnung zu revidieren. Im Ausland wird die Stärke der Reichswehr überschätzt. Demonstrationen von vermeintlicher deutscher militärischer Stärke sind ebenso kontraproduktiv wie Proklamationen, Deutschland sei wirtschaftlich wieder stark. Die Außenpolitik kann sich derzeit nur auf die Einigkeit Deutschlands und auf seine wirtschaftliche Bedeutung für die anderen Staaten stützen. Der Weg vom Ruhrkampf zum Dawes-Plan und die überragende finanzielle Bedeutung der USA. Die Notwendigkeit der Politik, die nach Locarno geführt hat, und deren positive Rückwirkungen für Deutschland. Perspektiven für die Rheinland-Räumung. Ziel aller Politik muß die Rückgewinnung deutscher Souveränität sein. Die Bedeutung der wirtschaftlichen Verflechtung.

Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann:

Meine sehr verehrten Herren! Wenn ich heute über die Lage Deutschlands unter den Weltvölkern zu Ihnen spreche, so ergibt sich naturgemäß von vornherein eine Begrenzung des Themas. Sie kennen die Veröffentlichungen der Reichszentrale für Heimatdienst. Ich darf das, was an tatsächlichem Material für eine derartige Darstellung in Betracht kommt, bei Ihnen voraussetzen. Ich darf andererseits den Vortrag wohl auch in Ihrem Sinne so auffassen, daß Sie von mir nicht irgendeine Darstellung

[1] Die „Reichskonferenz der Reichszentrale für Heimatdienst, zu der sich eine große Zahl von Mitarbeitern aus allen Teilen des Reiches zusammengefunden hatte“, war am gleichen Tag im „Plenarsitzungssaal des Reichswirtschaftsrates“ eröffnet worden (DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 47 [Morgenausgabe] vom 29. Januar 1927). – Die nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene „Reichszentrale für Heimatdienst“ ressortierte bis 1927 in der „Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung“ und damit etatmäßig im Auswärtigen Amt. Mit dem in der Beratung befindlichen Haushalt 1927 war geplant, sie in die etatmäßige Zuständigkeit der Reichskanzlei zu überführen (was tatsächlich auch vollzogen wurde). Zu ihrer Entstehung, ressortmäßigen Zuordnung und ihren Aufgaben vgl. das Schreiben des Leiters an die Presseabteilung der Reichsregierung vom 31. Dezember 1923 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 9, S. 201–204).

wissenschaftlicher Art über Theorien der Außenpolitik verlangen. Ich gestehe Ihnen auch, ich habe niemals ein Buch darüber gelesen (Heiterkeit), und ich glaube, das ist mir bei der Führung der Außenpolitik zugute gekommen. (Erneute Heiterkeit.) Ich bin der Meinung, daß Außenpolitik nichts mit irgendwelcher Theorie zu tun hat. Außenpolitik muß schöpfen aus praktischem Erleben, Außenpolitik ist nichts Gebundenes, sondern ist etwas Wechselndes. Niemand mehr als der größte Staatsmann, den wir in der Führung der deutschen Außenpolitik gehabt haben, Fürst Bismarck[2], hat das mit einer Schärfe, mit einer galligen Ironie so oft erklärt, daß ich seine Ausführungen wohl auch als bekannt voraussetzen darf.

Außenpolitik ist um so weniger irgend etwas an Theorien und Maximen Gebundenes, wenn sie in einer Zeit liegt, die nicht eine Zeit ist der Saturiertheit der Völker, nicht eine Zeit der Konsolidierung der Verhältnisse in den einzelnen Erdteilen, sondern in eine Zeit hineingestellt ist, die unbedingt auch heute noch eine Zeit der Gärung ist, eine unfertige Zeit, eine Zeit, die nach Neuem ringt, eine Zeit, von der wir nicht wissen, ob sie nicht ganz andere Zielsetzungen haben wird als derjenige große Gedankenstrich, der zunächst einmal hinter die Weltentwicklung geschrieben zu sein schien, als große Friedensverträge, wie man sie nannte, den Weltkrieg abbrachen[3]. Denn wenn ich die Situation richtig verstehe, an der ich in den letzten Jahren mitwirken konnte, dann ist sie doch gekennzeichnet durch eine ganz starke Kritik, durch ein ganz starkes inneres Negieren der Friedensverträge, von denen man glaubte, daß sie eine neue Epoche in der Welt einleiten sollten. Man hat leidenschaftlich in der französischen Presse dagegen protestiert, als ich einmal in einer Rede den Ausdruck gebraucht hatte, es gäbe in diesem Weltkriege keine Sieger[4]. Und doch, wenn

---

[2] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[3] Gemeint ist – neben den anderen Vorortverträgen – vor allem der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Vertrag (Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES).

[4] **In seiner Rede bei einer vom Reichspressechef gegebenen geselligen Veranstaltung in Genf vom 16. September 1926 (vgl. diese Edition) hatte Stresemann dementiert, er habe jemals gesagt, „es gibt keine Sieger und Besiegten, aber das habe ich gesagt: ‚Es gibt unglückliche Besiegte, aber keine glücklichen Sieger!'“ Auch diese letztgenannte Formulierung konnte im genauen Wortlaut in früheren Reden nicht ermittelt werden; die entsprechende Wendung findet sich jedoch in Varianten in verschiedenen Reden Stresemanns (etwa „Ich weiß nicht, ob ein einziges Land der Welt sich im Innern als wirkli-**

Sie einmal einen Blick auf die Lage der Völker werfen, die in diesem Kriege gefochten haben, dann werden Sie kaum von irgendeinem Volke ein Gefühl tiefer innerer Befriedigung gehört haben, das etwa ausspräche: nun ist ein Zustand geschaffen, der uns Ruhe, Sicherheit, Stetigkeit gibt, ein Zustand, in dem wir ruhig leben können, den wir uns erhalten wollen, wie er ist.

Sie sehen in der Nachkriegszeit zunächst jene ganz gewaltigen Störungen des Weltwirtschaftslebens, von denen, wie ich annehme, heute vormittag mein früherer Kollege im Kabinett, Herr Minister Hamm[5], ausführlich zu Ihnen gesprochen haben dürfte. Ich darf einige der Tatsachen der großen Weltkrise auch vor Ihrem Auge erstehen lassen.

Sie sehen in einem Lande, das das konsolidierteste von allen Völkern der Erde zu sein schien, in Großbritannien und Irland, gleichzeitig eine wirtschaftliche Krisis und eine neue Gestaltung der Verhältnisse zu seinen Dominions, seinen Kolonien[6]. Sie sehen in diesem Lande früher blühender Industrie eine dauernde Zahl von Arbeitslosen[7] in einer derartigen Höhe, daß, wenn diesem Problem nicht abgeholfen werden kann, daraus naturgemäß die allerstärksten sozialen, wirtschaftlichen und politischen Folgen entstehen müssen. Ich halte den Zustand einer dauernden Erwerbslosigkeit für das Schlimmste, was einem Volke überhaupt geschehen kann (sehr richtig!), sehe in dieser Beziehung auch mit großer Sorge auf die Entwicklung der deutschen Verhältnisse[8]. Denn der Mensch, der arbeiten will und dem nicht die Möglichkeit ge-

---

cher Sieger nach diesem Weltkrieg fühlt“: vgl. in dieser Edition die Rede vom 16. April 1925; oder: „[...] die Friedenssehnsucht der Völker, die erkannt haben, daß der Weltkrieg selbst für die Siegerstaaten kein dauerndes Glück schuf“: vgl. in dieser Edition die Rede vom 1. April 1926).

[5] Eduard Hamm (1879–1944), Reichswirtschaftsminister 30. November 1923 – 15. Januar 1925; Mitglied des Reichstags 1920 – Mai 1924 (für die DDP); 1. Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1925–1933. – In dem oben Anm. 1 genannten Zeitungsbericht heißt es, daß nach der Begrüßung der Teilnehmer „Reichsminister a. D. Hamm das Wort [nahm] zu einem eingehenden Vortrag über Deutschlands Eingliederung in die Weltwirtschaft.“

[6] Als ein Ergebnis der britischen Reichskonferenz von Mutterland und Dominions vom 9. bis 23. November 1926 war ein höherer Grad an Autonomie der Dominions und Indiens beschlossen und insbesondere die Unterstellung der Generalgouverneure unter die britische Regierung abgeschafft worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 245–246).

[7] Vgl. die Angaben über die Arbeitslosenzahlen und -quoten in Großbritannien für die Jahre 1921–1931 in: Statistical Abstract for the United Kingdom. No. 76: 1913 and 1918–1931. London 1933 [Nachdruck Nendeln, Lie. 1966], S. 97.

[8] Einer Angabe in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 47 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1927, zufolge war die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in Deutschland vom 1. bis 15. Januar 1927 von 1,747 Mio. auf 1,830 Mio. (und diejenige der Zuschlagsempfänger von 1,966 Mio. auf 2,070 Mio.) gestiegen; nach dem zahlenmäßigen Anstieg der Hauptunterstützungsempfänger in der

geben ist, Arbeit zu finden, der infolge der industriellen Entwicklung vielleicht überhaupt nicht mehr die Möglichkeit sieht, für sich oder für die, die in seiner Familie sind, unterzukommen, dem können Sie die Verzweiflung nicht übel nehmen, und die Verzweiflung wird sich in sozialer Gärung und in starken politischen Wellenschlägen ausdrücken, die sich daraus ergeben. (Sehr richtig!) Sie haben aber in England eine Entwicklung, die sich schon Jahre lang hinzieht und die ein Geschlecht in den Industriestädten heraufkommen sieht, das überhaupt noch nicht Arbeit gefunden hat, das noch nicht hat arbeiten können. Das sind schließlich Entwicklungen, die auch der festgefügteste Staat nicht erträgt. Ich glaube persönlich – ich stehe mit dieser Auffassung nicht allein –, daß kaum ein Land innerpolitisch heute so in Gärung befindlich ist wie dieses.

Dazu kommt ein Zweites: War England hierin nicht glücklich, hat es schon längst darauf verzichtet, den Tribut gegenüber der deutschen Schiffahrt zu fordern, den es einst fordern konnte[9], weil seine eigenen Schiffe brach liegen, so sehen Sie jetzt ein ganz gesteigertes Gefühl der Völker, die es mit zum Kriege gerufen hat. Ich war im Völkerbunde Zeuge davon, wie der Vertreter von Kanada[10] in Gegenwart des englischen Außenministers[11] erklärte: Kanada verzichtet für dieses Jahr auf eine Vertretung im Völkerbundsrat, obwohl es als eine Nation, die genau so frei und völlig unabhängig ist wie irgendeine der in diesem Saale vertretenen, naturgemäß dasselbe Recht darauf hätte wie eine der anderen Nationen. Hier war überhaupt nicht mehr von irgendeiner Bindung gegenüber dem Mutterlande die Rede, hier wurde es frei ausgesprochen: so frei und unabhängig wie irgendeine andere der hier vertretenen Nationen. – Bei Handelsverträgen mit England[12] erleben wir es, daß England in bezug auf die Gleichberechtigung Deutschlands die Erklärung abgegeben hat: wir werden dahin wirken, daß den und den Staaten dasselbe geschieht wie bei uns – ein Versprechen, das es übrigens loyal gehalten hat. Die Schwierigkeit, das englische

zweiten Dezemberhälfte 1926 um 19 Prozent war nur noch eine Gesamtzunahme um 5 Prozent zu beobachten.

[9] Es ist nicht ganz klar, auf was sich Stresemann hier bezieht. Möglicherweise ist Anl. III, Art. 5 zu den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags gemeint, wonach die Siegermächte auch noch für einen längeren Zeitraum das Recht gehabt hätten, auf deutschen Werften eigene Handelsschiffe bauen zu lassen (VERTRAG VON VERSAILLES S. 119).

[10] Sir George Foster (1847–1931), u. a. kanadischer Handelsminister 1920–1921. – Stresemann bezieht sich im folgenden vermutlich auf Äußerungen Fosters in der Völkerbundsversammlung vom 15. September 1926 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1927).

[11] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[12] Die nachfolgend angesprochene Absichtsbekundung findet sich etwa in Art. 3 des deutsch-britischen Handels- und Schiffahrtsvertrags vom 2. Dezember 1924 (Text des Vertrags in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 777–795; Art. 3: S. 778).

Weltreich zusammenzuhalten, erfordert ein Höchstmaß von Staatskunst. England ist in meinen Augen das Land der traditionellen Staatskunst, und wenn man manche Erscheinungen in den heutigen Wochen und Tagen und Stunden des heutigen Tages[13] sehr wenig erfreulich empfinden mag, dann mag man auch daran denken, daß hier ein Volk ein System in einer geschichtlich sehr kurzen Periode von 7 Jahren erprobt, während dort vielhundertjährige Staatsweisheit die Schwierigkeiten dieses Systems durch eine Tradition, die erfreulicherweise für den Engländer viel wichtiger ist als alle Satzungen und Dogmen, längst in das Gleichgewicht gebracht hat, das die Balancierung der verschiedenen politischen Kräfte erträglich macht.

Sehen Sie hier die großen Schwierigkeiten in der Führung der englischen Politik, so sehen Sie in Frankreich die Schwierigkeiten des Währungsverfalls[14], die ja – das brauche ich Ihnen nicht auszuführen – ebenso stark wirtschaftlich wirken, wenn an sich äußerlich die Währung sich festigt, als wenn sie weiter hinabgleitet. Sie sehen auf der einen Seite Versuche, dem Franken seine alte Bedeutung zu geben, Sie sehen auf der anderen Seite die sofortige Rückwirkung auf die Exportfähigkeit der Industrie. Sie sehen weiter in einem Volke, das sich ein siegreiches nennt, ein Herabsinken vieler Schichten, einen Vermögensverlust durch Währungsverlust, den man dort am wenigsten vermutet hat. Sie sehen das Hinmähen [!] von Millionen, das in diesem Volke ohne große Kinderschar[15] mehr wirkt als anderwärts, und Sie sehen eine große Welle der Unzufriedenheit, ein großes Fragezeichen der Zukunft. Immer wieder wird unser ganzes Verhältnis zu Frankreich durch die Frage bestimmt: wenn wir ein 40-Millionenvolk bleiben, werden wir dann auf die Dauer neben oder gegen Deutschland bestehen können? Und manche Frage politischer Art – unser Anschluß an Österreich[16] – ist viel weniger begründet in anderen Erwägungen als in der Sterilität, in dieser Unsicherheit gegenüber dem, was man hier als Wiederaufstieg eines

---

[13] Möglicherweise bezieht sich Stresemann konkret auf die aktuellen Koalitionsverhandlungen, in deren Zusammenhang zwischen DVP und DNVP am gleichen Tag über die Verteilung der Ministerposten gerungen wurde (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 47 [Abendausgabe] vom 28. Januar 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 46 [Abendausgabe] vom 28. Januar 1927, S. 1).

[14] In Frankreich war infolge der aktuellen Politik der Währungsstabilisierung eine Wirtschaftskrise eingetreten, die zuletzt die Arbeitslosenzahlen nach oben getrieben hatte (vgl. etwa die Berichte über die Pariser Kammerdebatten vom 21. und 28. Januar 1927: ebd., Nr. 48 [Abendausgabe] vom 29. Januar 1927, S. 1; zur Arbeitslosigkeit: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 36 [Morgenausgabe] vom 22. Januar 1927; SCHULTHESS 68 [1927], S. 277–278 u. S. 280).

[15] Frankreich hatte aktuell eine deutlich niedrigere Fertilitätsrate als Deutschland, die kaum noch ein Bevölkerungswachstum hervorrief.

[16] Gemeint ist die Diskussion in Frankreich über den Zusammenschluß Österreichs mit Deutschland, der durch Art. 80 des Versailler Vertrags insofern verboten war, daß dort die Grenzen Österreichs (vorbehaltlich einer entgegengesetzten Entscheidung des Völkerbundsrates) für unabänderlich erklärt wurden (vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 51).

70-Millionenvolkes in Deutschland erwartet.

Und dazu: Verschuldung dieser Staaten bis zum äußersten und dadurch eine Spannung zwischen ihnen und den Vereinigten Staaten Nordamerikas. Ein sehr bekannter englischer Diplomat[17] sagte vor einigen Monaten: Die Lösung dieser ganzen Fragen, der Dawes-Frage[18], der Frage der Reparationen, ließe sich vielleicht in einem Satze aussprechen, nämlich in dem Satze, daß Deutschland alle Zinsen seiner Kriegsschuld restlos an die Vereinigten Staaten von Amerika zahlte, wenn Amerika so gütig sein würde, dafür Frankreich, England und Italien ihre Schulden zu erlassen[19]. Dazu gehört aber eine unerhörte amerikanische Großzügigkeit, denn die Verschuldung dieser Staaten an die Vereinigten Staaten ist weit höher als das, was als Endschuld des Deutschen Reiches von den finanziellen Fachmännern bei einer Revision des Dawes-Plans etwa in Höhe der 16 Milliarden unserer Obligationen in Aussicht genommen ist. Daraus entsteht naturgemäß jene Unsicherheit der Lage mit ihren politischen Reflexionen, die Sie in den Beziehungen der Alliierten zueinander finden. England hat seinerseits auf 62 Jahre sich verpflichtet, seine Schulden an die Vereinigten Staaten abzutragen, es genießt vorläufig noch gewissermaßen eine geringe Verzinsung. Frankreich steht vor der entscheidenden Phase der Politik von Poincaré[20], ob es das sogenannte Mellon-Bérenger-Abkommen[21] anerkennen und nunmehr mit der Zinszahlung an die Vereinigten Staaten beginnen soll. In dem Augenblick, wo das geschieht, wird die Ernüchterung Frankreichs über den Krieg von 1914/18 bis ins Grenzenlose steigen. Dieses Volk, das davon träumte, daß der Deutsche alles zahlen würde[22], daß es einer großen Zukunft entgegenginge, sieht sich

---

[17] Welchen Diplomaten Stresemann hier meint, konnte ebensowenig ermittelt werden wie das nachfolgend paraphrasierte Zitat.

[18] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[19] Gemeint sind diejenigen Schulden, die den alliierten Mächten gegenüber den Vereinigten Staaten im Ersten Weltkrieg entstanden waren. Darüber und über die interalliierten Schulden waren verschiedene Abkommen unterzeichnet worden, die jedoch noch nicht alle ratifiziert waren.

[20] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[21] Zum französisch-amerikanischen Schuldenabkommen, das am 29. April 1926 in Washington vom amerikanischen Finanzminister Mellon und dem französischen Botschafter Bérenger unterzeichnet, aber bisher noch nicht ratifiziert war, vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 450.

[22] Dem damaligen französischen Finanzminister Klotz wird im Zusammenhang mit dem Kriegsende 1918 und den anschließenden Friedensverhandlungen das Zitat zugeschrieben: „L'Allemagne paiera". Vermutlich bezieht sich Stresemann hierauf.

wahrscheinlich genauso vor 60jährigen Verpflichtungen[23] wie England. Es ist ja bezeichnend, daß der Verband der alten Kombattanten, eine Vereinigung etwa wie bei uns die alten Kriegerverbände, zu Poincaré ging und ihm erklärte, sie könnten und würden nicht dulden, daß er diesen Satz ausspräche, dagegen bäume sich ihr Gefühl[24]. Sie wissen das eine, was vielleicht die Stimmung mehr kennzeichnet als ganze Bücher, daß man einst dem amerikanischen Botschafter in Paris[25] den Schädel eines verstorbenen Soldaten ins Haus geschickt und auf der andern Seite einen Dollarschein und dazu geschrieben hat: So kämpften wir, und so kämpftet ihr!

Dieses heftige Aufbäumen gegen die materiellen Konsequenzen des Krieges hat naturgemäß zu einer ganz anderen Stellung zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten geführt, als man sich etwa nach dem Empfange von Wilson[26] nach dem gewonnenen Kriege jemals hätte vorstellen können.

Dazu kommt ein Drittes: das Erwachen einer Welt, die man aufgerufen hat, im Weltkriege gleichberechtigt Schulter an Schulter mitzukämpfen[27], und die nicht einsieht, warum diese Gleichberechtigung für sie nicht auch in allen anderen Dingen bestehen soll. Man kann ja manchmal verschiedener Meinung darüber sein, ob es heute noch gelingt, gewisse Ideen in der Menschheit in kurzer Zeit durchzusetzen. Wenn diese Ideen so praktisch illustriert werden, wie durch das Mitkämpfen, Bluten und Verbluten in einem Kriege, dann setzen sie sich sehr bald durch. Die Verhältnisse in Afrika sind anders geworden, nachdem man zusammen mit den Eingeborenen im Kriege gegen die Deutschen gekämpft hat, als sie vorher waren. Man kann sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob der ganze koloniale Gedanke der Europäer sich überhaupt noch ein Jahrhundert lang halten läßt. (Sehr richtig!) Man wird mit ganz anderen Methoden, mit ganz anderem System, wenn auch mit den Methoden

[23] Das in Anm. 21 genannte Mellon-Bérenger-Abkommen sah 62 Jahresraten für die französischen Zahlungen an die USA vor.

[24] Ein genauer Beleg für das von Stresemann paraphrasierte Zitat konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf eine Rede auf dem Kongreß der „Union nationale des combattants“ vom Mai 1926, über die der MATIN, Nr. 15398 vom 27. Mai 1926, S. 3, berichtet, daß dort die Worte von der „l’injustice et l’impossibilité“ im Hinblick auf das Washingtoner Abkommen gefallen seien. Am 16. Januar 1927 hatte diese Vereinigung der Kriegsteilnehmer auf einer Versammlung erneut den Vertretern Frankreichs das Recht bestritten, solche Verpflichtungen zu übernehmen (ebd., Nr. 15643 vom 17. Januar 1927, S. 1–2).

[25] Gemeint ist vermutlich Myron Timothy Herrick (1854–1929), US-amerikanischer Botschafter in Paris 1921–1929. – Zur nachfolgend angesprochenen Szene konnte nichts weiter ermittelt werden.

[26] Woodrow Wilson (1856–1924), Präsident der USA 1913–1921. – Mit dem Empfang ist wohl dessen Begrüßung in Paris nach dem Waffenstillstand bei seiner ersten dortigen Ankunft am 14. Dezember 1918 gemeint (vgl. dazu VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 640 vom 15. Dezember, u. Nr. 641 [Morgenausgabe] vom 16. Dezember 1918).

[27] Von Stresemann wird hier und im folgenden der Weltkriegseinsatz von farbigen Kolonialsoldaten auf alliierter Seite in Europa und auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz angesprochen.

der Verwaltung, so doch mit dem System der Freiheit, der Selbstverwaltung überhaupt nur vorwärts kommen können gegenüber all denen, die früher zur weißen Rasse emporsahen und denen man sinnbildlich gezeigt hat, daß sie genauso sterblich ist wie irgendwelche anderen Geschöpfe auf dieser Erde. (Sehr gut!)

Dazu kommt weiter etwas, wovon Sie in diesen Tagen Zeuge sind. Es geht auf der einen Seite eine Unterschätzung Europas durch die Welt, weil man jetzt sieht, wie die ganze Kapitalkraft dieses Europa nach den Vereinigten Staaten hinübergeflutet ist, nachdem schon in der Technik ein Vorsprung Europas wohl kaum noch festgestellt werden konnte, nachdem in dem großen Besitz von Rohstoffen Amerika schon längst den anderen Nationen weit voran war. Dieses Zerfleischen der Europäer, dieses Neubilden von kleinen Staaten, Gruppen und Grüppchen nach dem Weltkriege hat uns an sich schon in eine zum Teil inferiore Lage gebracht, eine Lage, die andererseits für Deutschland einen gewissen indirekten Aktivposten seiner Außenpolitik bildet. Seitdem man das gesehen, seitdem man diese ganzen Kämpfe erlebt hat und den Hilferuf nach den Soldaten von Kanada, von Australien, von Indien und anderen, da entsteht dort ein Freiheitsgefühl, ein Unabhängigkeits-, Gleichberechtigungsgefühl, das durch Entsendung von 20 000 englischen Soldaten vielleicht einmal in einigen Hafenstädten niedergeschossen[28], aber niemals seelisch niedergekämpft werden kann.

Es ist ganz seltsam, daß in all diesen großmächtigen Bezirken der Deutsche, der dort nicht mehr territoriale Interessen vertritt[29], sich in seinen wirtschaftlichen Beziehungen viel besser steht, als es vordem der Fall gewesen ist. Sie sehen dort Hand in Hand mit einer starken Bewegung gegen das größte Kolonialreich der Welt eine gewisse politische Tuchfühlung mit Deutschland, mit anderen Mächten, die nicht an diesen Dingen beteiligt gewesen sind, die uns bisher mit zugute gekommen ist. Mich hat der Außenminister eines früher zur Entente gehörigen Staates[30] gefragt, ob mei-

[28] Ob sich Stresemann hier auf einen konkreten Fall bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise meint er die kurz zuvor in England beschlossene und begonnene Entsendung von Truppen nach China, wo es seine infolge des Bürgerkriegs und von Streiks bedrohten Rechte insbesondere im Konzessionsgebiet in Shanghai schützen wollte; neben indischen Truppen war allerdings bisher nur die Entsendung von 1000 Mann britischer Truppen angekündigt (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 230–231 u. 465–466).

[29] Offenbar bezieht sich Stresemann hier darauf, daß Deutschland nach Art. 118 u. 119 des Versailler Vertrags den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und dortigen Rechte hatte abtreten müssen (vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 73).

[30] Wen Stresemann hier meint und bei welcher Gelegenheit das betreffende Gespräch geführt wurde, konnte nicht sicher ermittelt werden. – Vielleicht bezieht er sich auf eine Unterredung mit dem belgischen Außenminister Vandervelde: Belgien hatte am 17. Januar 1927 auf eine Durchsetzung seiner Rechte aus dem von China zwischenzeitlich einseitig gekündigten Handelsvertrag (mit den bel-

ner Meinung nach die Aufrechterhaltung der Vorrechte dieses Staates in China[31] erwünschter für sein Land wäre als der Verzicht. Ich habe ihm gesagt, von meinem Standpunkt aus wünsche ich ihm, daß sie ihre Vorrechte bis zum letzten verteidigen (Heiterkeit), aber wenn ich meine Meinung objektiv sagen soll, dann mache ich gar kein Hehl daraus, daß wir durch den Verzicht der Vorrechte, den man uns aufgezwungen hat[32], eine viel bessere Stellung in diesem großen Lande haben als diejenigen, die heute noch glauben, den Europäer als den Menschen I. Klasse dort vertreten zu können. Ich erinnere an eine Debatte, die wir im Reichstag über den Handelsvertrag mit Siam gehabt haben[33], wo ich heftig angegriffen wurde, weil wir in diesem Vertrage die Jurisdiktion der siamesischen Gerichte anerkannt hatten. Abgesehen davon, daß die Vereinigten Staaten, die vielleicht etwas stärker sind als wir (Heiterkeit), in ihrer politischen Klugheit diesen Weg schon längst gegangen waren[34], halte ich es ganz allgemein für völlig falsch, sich einer Entwicklung in den Weg zu stellen, die in denjenigen Zeiten unserer eigenen Geschichte, in denen wir zum Deutschgefühl erwachten, von uns als deutsche Freiheit angesehen worden ist und die wir nicht anderen gegenüber ins Gegenteil verkehren können, wenn es genau dieselben Empfindungen sind, die einst bei uns sich aufgelehnt haben gegen Römerherrschaft oder anderes, was uns aufgezwungen werden sollte. (Sehr richtig!) Deshalb werden wir in all diesen Entwicklungen sicherlich nicht eine für uns ungünstige Entwicklung sehen wollen. Aber sie ist zugleich, wie ich sagte, ein Zeichen dafür, daß wir uns in einer Gärung befinden, die nicht gestattet, ein Weltbild zu geben, das etwa von einer Konsolidierung der Verhältnisse seinen Ausgang nimmt.

Ein Zeichen dieser Gärung ist auch der Kampf um die politische Staatsgewalt, die Änderung der Grenzen, die längst seit dem Weltfrieden eingetreten sind. Denken Sie

---

gischen Vorrechten) vor dem Internationalen Gerichtshof verzichtet und sich auf belgisch-chinesische Verhandlungen über einen neuen Vertrag eingelassen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 463).

[31] Konferenzen über die Aufhebung der einseitigen Handelsvorteile europäischer Mächte und der Exterritorialrechte von Ausländern in China hatten 1925 und 1926 ohne Ergebnis geendet; inzwischen bedrohte auch der wieder aufgeflammte Bürgerkrieg die Vertragsrechte der europäischen Mächte.

[32] Vgl. oben Anm. 29. Die dort genannte Abtretung von Rechten hatte explizit auch den deutschen Verzicht auf die Niederlassungen in China und auf die vertraglich geregelten Sonderrechte umfaßt (Art. 128–134: VERTRAG VON VERSAILLES S. 75–76).

[33] Vgl. dazu (in dieser Edition) Stresemanns Reichstagsrede vom 7. Februar 1925. Text des am 28. Februar 1924 unterzeichneten deutsch-siamesischen vorläufigen Wirtschaftsabkommens, das im Februar 1925 in Kraft trat, samt seinen Anlagen in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 67–72.

[34] Gemeint ist vermutlich der Vertrag zwischen den USA und Siam vom 16. Dezember 1920, dessen Präambel „the principle of equity“ formulierte und dessen einzelne Bestimmungen grundsätzlich auf Gleichberechtigung beruhten (Text in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Recueil des Traités 6 [1921], S. 290–305).

an den Vorstoß der Türkei gegen Griechenland[35], an die Änderung großer kultureller Überlieferungen. Ich denke nicht nur an den Bolschewismus, ich denke beispielsweise an etwas, was in der Türkei vorgeht und was mir als unmöglich erschienen wäre gegenüber einer vielhundert- und tausendjährigen Tradition: dieses ganze Regiment in der Türkei, das sich mit einer mir politisch falsch erscheinenden Wucht und Gewaltsamkeit gegen kirchliche Traditionen dort bisher durchgesetzt hat. Ich denke an den ganzen Kampf zwischen der Vereinigung der politischen Gewalt in einer Hand, wie Sie sie tatsächlich in mehreren Ländern haben, und dem alten Regime des konstitutionellen und speziell parlamentarisch-republikanischen Systems: ein Kampf, den Sie ausfechten sehen in Griechenland, in Spanien, in Italien, mehr oder weniger schließlich in Polen[36], der überall diskutiert wird und der jedenfalls das eine zeigt, daß die Menschen nach neuen Wegen suchen, weil sie nicht die Empfindung haben, auf festem Boden zu stehen. Ich habe oft den Vergleich gebraucht und möchte ihn auch hier anführen: Die Zeit, in der wir leben, erscheint mir immer als ein Analogon zu der Zeit, die von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß[37] führte. Das war eine Zeit von 26 Jahren, und diese Zeit begann mit der Revolution, begann mit all den Entwicklungen, die vom Liberalismus zur Demokratie, zum Sozialismus, schließlich zur Anarchie, dann eine Zeitlang zum Konsulat, zum Kaisertum und dann zu dessem [!] Sturze führten. In dieser ganzen Zeit stand nichts sicher in Europa, in dieser ganzen Zeit war eine große Gärung der Ideen, große politische Neugestaltungen. Wenn ich unsere Zeit ansehe, so begann sie anders: sie begann mit dem Weltkrieg und seinem Vorzeichen im Balkan[38], sie führte durch den Krieg zur Revolution, aber diese Revolutionierung der Geister war viel schärfer und tiefer als in der französischen Revolution. So wie damals 26 Jahre vergingen, ehe nach mannigfachen Kriegen schließlich ein fester Zustand der Dinge geschaffen war, so glaube ich, daß niemand von uns die Garantie übernehmen kann, daß in dem Zeitalter, in dem wir

[35] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei, der mit dem versuchten griechischen Ausgreifen auf den Westen Kleinasiens begann und schließlich mit einem türkischen Sieg endete; am 30. Januar 1923 wurde in einem griechisch-türkischen Abkommen der teilweise bereits zuvor vollzogene umfassende Bevölkerungsaustausch vertraglich geregelt (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 423). – Mustafa Kemal, seit November 1923 Präsident der Türkei, betrieb seitdem die radikale Umwandlung des Staates in eine laizistische Republik.

[36] In allen vier genannten Ländern waren in den vorangegangenen Jahren diktatorische oder autoritäre Regime errichtet worden (Spanien, Italien, Polen) bzw. waren nach dem Sturz eines Diktators noch keine stabilen Verhältnisse wiederhergestellt worden (Griechenland).

[37] Auf dem Wiener Kongreß tagten 1814/15 die Vertreter zahlreicher Staaten Europas, um nach den Revolutions- und Napoleonischen Kriegen die Neuordnung der Grenzen in Europa und die Errichtung einer Friedensordnung zu beraten und beschließen.

[38] Stresemann bezieht sich wohl auf die beiden Balkankriege von 1912 und 1913.

leben, diese Gärung sozialer, politischer, wirtschaftlicher Art und schließlich auch die Gärung der Entwicklung in den Beziehungen der Völker etwa abgeschlossen wäre.

Lassen Sie mich das Bild noch durch wenige Striche ergänzen. Man schuf neue Nationen. Man schuf das Wort von dem Selbstbestimmungsrecht der Völker[39]. Ich glaube nicht, daß diejenigen, die es erfanden, heute daran gern wieder erinnert werden möchten. (Heiterkeit.) Schließlich hat die Welt sich gefragt, ob man sich zu dieser Idee auch wirklich bekannt hat, ob sie nicht doch bloß der Mantel war für ganz bestimmte politische Interessen. Man kann wohl Staaten schaffen, aber man kann ihnen nicht gleichzeitig die Garantie geben, daß sie sich erhalten. Ob dieses ganze Staatennetz sich erhalten läßt, das ist eine Frage, die heute nicht nur die Staatsmänner in den Hauptstädten der Oststaaten bewegt, sondern auch die Väter, die diese Staaten geschaffen haben. Daß hier nichts Abgeschlossenes ist, das, glaube ich, steht nicht nur in Warschau selbst fest, sondern davon ist man in anderen Hauptstädten genauso überzeugt, vielleicht noch mehr besorgt als in Warschau selbst. Hier ist eine neu geschaffene Währung erneut zusammengebrochen[40]. Hier besteht die Frage, ob dieses Land sich überhaupt wird halten können. Hier entstehen meiner Meinung nach die Brennpunkte künftiger Entwicklung. Ich bin über nichts so beunruhigt in den letzten Wochen wie über die Verhältnisse zwischen Litauen und Polen[41]. Weltbrände entstehen nicht in den Hauptstädten. Wir haben oft gesehen, daß irgendein bis dahin unbekannter Ort eine ganze Lawine ins Rollen bringt. Hier liegt der unzweifelhafte Wunsch einer neugeschaffenen Macht vor, sich den Weg nach der Ostsee durch das Protektorat über eine andere Macht zu schaffen. Dem steht die Erklärung Rußlands gegenüber, das einmal wieder sehr groß und sehr mächtig sein wird, auch wenn es jetzt aus tausend Wunden blutet – diese Erklärung ist mir gegen-

---

[39] In Reaktion auf Lenins Proklamation des „Selbstbestimmungsrechtes der Völker“ hatte sich US-Präsident Woodrow Wilsons dies in seinen verschiedenen Friedenszielreden, insbesondere in derjenigen vom 4. Juli 1918 (vgl. URSACHEN UND FOLGEN II, S. 377), wenn auch nicht exakt in dieser Formulierung, aber der Sache nach zu eigen gemacht.

[40] Zwar hatte Polen 1926 eine weitere Wirtschaftskrise durchgemacht; eine starke Krise der Währung konnte jedoch – anders als für 1925 – nicht ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann allerdings auch auf den Zusammenbruch von 1924 der 1916 eingeführten polnischen Mark, die 1924 durch den Złoty abgelöst wurde (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 323). – Für einen Überblick über die Entwicklung der polnischen Wirtschaft und Währung im Jahr 1926 vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 36 (Abendausgabe) vom 22. Januar 1927.

[41] Nach einem Staatsstreich in Litauen vom 17. Dezember 1926 (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 362) hatte der autoritär regierende polnische Ministerpräsident Piłsudski Truppen an der polnisch-litauischen Grenze aufmarschieren lassen (vgl. ebd., S. 371), und ein polnischer Krieg mit dem Ziel der Vereinnahmung Litauens wurde nicht ausgeschlossen (vgl. das Privatdienstschreiben Rauschers an Dirksen vom 20. Januar 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 109–112).

über sehr dezidiert abgegeben worden[42], daß Rußland es niemals dulden würde, daß ein neuer Baltenstaat entstände, der von Warschau bis nach Memel etwa reicht. – Ob diese Zwergstaaten, die dort entstanden sind – man kann sie wohl so nennen –, sich werden halten können, daß darin große Gefahren liegen, wie man diesen Gefahren begegnet, – wie man andererseits [von][43] unserm Standpunkt aus die deutschen berechtigten Ansprüche durchsetzt und gleichzeitig das Verhältnis in der Zusammenarbeit mit den früheren Feinden wiederfindet: das ist das Problem der deutschen Politik gegenüber diesen anderen Mächten.

Wenn ich die Auffassung der deutschen Öffentlichkeit in dieser Situation richtig erkenne, dann streiten zwei Auffassungen miteinander. Die eine Auffassung geht dahin, daß Deutschland unter Fernbleiben von Organisationen, die die früheren Feindstaaten mit umfassen, auf die Stunde warten soll, wo ein starkes Rußland ihm zur Seite stehen wird, in der vielleicht sich andererseits der alte Gegensatz Italien-Frankreich in irgendeiner Form geltend macht, um dann durch ein Zusammenwirken politischer Art Deutschlands Lage zu ändern. Die andere Auffassung geht dahin, daß die Wirkung des Weltkrieges, des verlorenen Krieges auf Deutschland eine solche sei, daß es einmal jedes militärische Experiment mit seinem Leben als ganzes Deutschland würde bezahlen müssen und daß weiter seine ganze Situation für eine so absehbare Zeit, wie wir Menschen sie überhaupt überblicken können, darauf gerichtet sein müsse, wieder zu einem Frieden, aber einem Frieden der Gleichberechtigung mit den Staaten zu kommen, mit denen es im Krieg gelegen hat, und durch neue Methoden der Politik auch auf friedlichem Wege versuchen müsse, da zu korrigieren, wo der Friedensvertrag oder die Friedensverträge korrigiert werden müssen. Meine Herren, Sie wissen, daß ich in der Ausführung meiner Politik des Auswärtigen Amts der Vertreter dieser zweiten Richtung bin. Ich darf dies nachher in Einzelheiten darlegen. Ich darf zunächst wohl zu einer Kritik der Auffassung schreiten, die ich zuerst gekennzeichnet habe.

Mir scheint, daß viele Menschen in Deutschland unter der falschen Vorstellung leiden, daß die Geschichte sich immer wiederhole. Das mag wohl in manchen Grundzügen sein. Ich kann Ihnen beispielsweise sagen, daß die Rede, die Hanni-

[42] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf ein Gespräch mit dem sowjetischen Außenminister Čičerin vom 2. Dezember 1926, in dem sich Čičerin nach der Aufzeichnung Schuberts (ebd., B 2,2, S. 370–377) zwar nicht wörtlich, aber in dem nachfolgend genannten Sinne äußerte.

[43] So in der Vorlage.

bal[44] im Senat in Karthago nach der Schlacht bei Zama gehalten hat, nach zwei Richtungen hin so modern ist und so in die ganze Gegenwart hineinpaßt, daß ich wünschte, daß Cato[45], als er seine Geschichte schrieb, auch gerade diesen Hannibal gekennzeichnet hätte, den Hannibal, der vom Rednerpult seinem Volke sagte, daß der Krieg verloren wäre und er nicht mit ansehen könnte, daß Menschen, die nicht mehr wüßten, wie ein Volk ohne Armee dastände, das Volk in das Elend hineinstürzten durch Reden, die nicht zu verantworten wären von einem Manne, der wie er 26 Jahre hindurch die Fahne Karthagos vorangetragen hätte. Vielleicht wissen Sie auch nicht, daß derselbe Hannibal trotz des verlorenen zweiten Punischen Krieges, lediglich gestützt auf direkte Steuern, die Kriegskontributionen[46] ohne Erhöhung der indirekten Steuern gezahlt hat und daß er verjagt worden ist, weil er in Rom angegriffen wurde wegen heimlicher Rüstungen gegen Rom, während es in Wirklichkeit ganz andere Ideen waren, die seine Gegner veranlaßt hatten, ihn zu denunzieren. Nein, die Geschichte wiederholt sich wohl in ihren großen Männern, sie wiederholt sich im Niedergang und Wiederaufstieg, aber sie wiederholt sich nicht in Traditionen. Die Tradition Preußen-Rußland hat bestanden und war vor mehr als 100 Jahren das Rückgrat der preußischen Politik. Daß die Russen, nachdem sie ihr eigenes Land verteidigt hatten, noch weiter kämpften bis zum Einzug in Paris[47], das war für sie eine kolossale Leistung, die sie damals vollbracht haben und unter der Gewalt und der Alleinherrschaft des Zaren[48] vollbringen konnten. Diese auf höfischen Traditionen aufgebaute Zusammenarbeit zwischen Preußen und Rußland war schon kaputt, ehe der Weltkrieg begann, war längst ersetzt durch den Panslawismus, durch den Gedanken des Allslawentums und durch einen bis zur Höhe gekennzeichneten Deutschenhaß, von dem ich erst kürzlich durch Russen, die die Augusttage 1914 erlebt hatten, Kenntnis erhalten habe[49].

Nun lassen Sie mich zwei Entwicklungen in Rußland einmal als möglich für die

---

[44] Hannibal (ca. 247 – 183 v. Chr.), karthagischer Feldherr. – Die nachfolgend erwähnte Rede Hannibals ist u. a. im Geschichtswerk des Livius überliefert.

[45] Marcus Porcius Cato Censorius oder Cato der Ältere (234 – 149 v. Chr.), römischer Feldherr, Politiker und Schriftsteller. Als Politiker plädierte Cato nachdrücklich für die Zerstörung Karthagos. – Bei der nachfolgend angesprochenen „Geschichte“ bezieht Stresemann sich vermutlich auf Catos Geschichtswerk „Origines“, das allerdings nur fragmentarisch bei anderen Autoren überliefert ist.

[46] Im „karthagischen“ Frieden 201 v. Chr. mußte sich Karthago zur Zahlung gewaltiger Kriegskontributionen an Rom verpflichten, die auf 50 Jahre zu entrichten waren.

[47] Gemeint ist der Vormarsch der russischen Armee nach dem gescheiterten Rußland-Feldzug Napoleons, der sie schließlich 1814 bis zum Einzug in Paris führte.

[48] Gemeint ist Alexander I. (1777–1825), Kaiser (Zar) von Rußland 1801–1825.

[49] Auf welche Russen Stresemann sich bezieht und auf welche Gelegenheit, bei der er dies erfahren haben will, konnte nicht ermittelt werden.

Zukunft annehmen. Die erste, daß der heutige Bolschewismus bleibt. Ich kenne nichts von der russischen Roten Armee, ihrer Schlagkraft, ihrer Bedeutung, glaube nur das eine sagen zu müssen, daß sie wahrscheinlich ebenso unter dem allgemeinen Kräfteverfall Rußlands leidet wie Rußlands Wirtschaft und die ganze Situation. Zu denken, daß irgendein Kampf in Rußland geführt würde für ein Deutschland, das nicht denselben Ideen des Bolschewismus anhinge, erscheint mir außerhalb jeder psychologischen Möglichkeit. (Sehr richtig!) Wenn dieses Rußland mit uns kämpfte, so würde das erste, was es aufpflanzte, die Fahne des Bolschewismus in Deutschland sein. (Sehr richtig!) Das ist das eine. Wenn aber die Evolution käme, wenn der Bolschewismus in Rußland durch die Bourgeoisie abgelöst würde: darf ich Sie einmal fragen, wer der größte Feind Deutschlands gewesen ist anders als die russische Bourgeoisie? Denken Sie an den letzten Brief von Prof. Hans Delbrück[50]! Diese Kadettenpartei, die Vertreterin der russischen Bourgeoisie war es, die mit Poincaré zusammen diesen Krieg mit veranlaßt hat. Käme sie wieder, dann wäre die Tradition das Bündnis mit Frankreich, das sie gehabt hat[51], und wir würden zwischen diesen beiden Mächten eingekeilt sein und würden wahrscheinlich das Wiedererstarken Rußlands, die Evolution mit den schwersten Opfern zu zahlen haben, die es überhaupt geben könnte. Wo also für die Menschen, die davon träumen, daß sich hier wieder einmal ein Tauroggen[52] vollziehen könnte, der tatsächliche Untergrund liegt, das habe ich vergeblich zu ergründen versucht, zumal nach meiner schwachen Erinnerung Tauroggen auch erst abgeschlossen wurde, als eine große französische Armee in der russischen Eiswüste erstickt war. Niemand wäre so töricht gewesen, an Tauroggen zu denken, so lange Napoleon[53] auf der Höhe seiner Macht ohne den verlorenen russischen Feldzug noch in der Welt dagestanden hätte. (Sehr richtig!)

Ob traditionelle Ideen die Vertreter dieser Richtung nun gerade in positivem Sinne auf Italien hindrängen sollten, das möchte ich als Außenminister nicht erörtern. Mei-

---

[50] Hans Delbrück (1848–1929), deutscher Historiker und Politiker. – Delbrück hatte nach dem Weltkriegsende verschiedene „offene Briefe“ veröffentlicht, in denen er sich gegen den Kriegsschuldvorwurf an Deutschland verwahrte; vermutlich bezieht Stresemann sich auf denjenigen offenen Brief an Ernest Lavisse, der in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 6. Mai 1919, veröffentlicht wurde.

[51] Gemeint sind die russisch-französische Militärkonvention vom 17. August 1892 und der beiderseitige Briefwechsel von 1893, der ihr Bündnischarakter verlieh; Text in COLLIARD S. 415–417.

[52] Die Konvention von Tauroggen, die General Yorck am 30. Dezember 1812 auf eigene Faust mit dem russischen General Diebitsch schloß, war formal ein Waffenstillstand bzw. ein Neutralitätsabkommen zwischen Preußen und Rußland und ebnete nach vorherigen Zusagen des Zaren faktisch dem Bündnis gegen Napoleon den Weg. Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES 62 (1812–1813), S. 115–118.

[53] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15.

nes Wissens hat Italien im Weltkriege gegen uns gekämpft, und ich glaube nicht, daß das Festhalten an Dogmen oder Traditionen die Haupteigenschaft der italienischen Politik in den vergangenen Jahrhunderten gewesen ist. (Heiterkeit.)

Aber ein Drittes! Ich glaube, wir unterschätzen die tatsächliche Entwaffnung[54], die in Deutschland vor sich gegangen ist. Ich weiß, daß es oft in Zweifel gezogen wird, daß wir entwaffnet sind[55]. Ich sage Ihnen persönlich ganz offen: ich würde keinem Deutschen in meiner Seele irgendeinen Vorwurf machen, wenn er die Gewehre behielte, die er in seinem Hause hat. Ich glaube nicht, daß es irgendein Volk der Welt gibt, das seine Waffen sämtlich abliefert, wenn der Feind es verlangt. Aber all das, was da sein mag, was über dem da sein mag, was wir an sich besitzen dürfen, bedeutet doch nichts gegenüber der Tatsache, daß es geradezu verbrecherisch für jeden Staatsmann wäre, mit der Bewaffnung, die wir heute haben, Deutsche in den Tod zu jagen. (Sehr richtig!) Das ist eine Unmöglichkeit. Ich habe bei Erörterung des Artikels 16 des Völkerbundpaktes[56] mit Verwunderung gehört, daß man von der Gegenseite sagte: „Die Ehre Deutschlands wird es nicht dulden, in einen Krieg nicht einzugreifen, der an seinen Grenzen tobt, wenn schwächere Völker, die ihm vorgelagert sind, die Waffen ergreifen.“ Ich habe dem betreffenden Staatsmann[57] darauf erwidert: Ich danke ihm zunächst dafür, daß er den kriegerischen Geist Deutschlands so anerkenne, ich hätte diese Anerkennung nicht immer aus den Reden seiner Kammer herausgelesen, aber ich möchte ihm doch das eine sagen, es gäbe nur

---

[54] Stresemann bezieht sich hier auf die weitreichenden Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[55] Vgl. etwa zuletzt die Beschwerde des französischen Botschafters Margerie in Berlin, der im Auftrag Briands monierte, die Reichswehr stelle weiterhin Zeitfreiwillige ein und übertrete damit die durch den Versailler Vertrag gezogenen Grenzen (Aufzeichnung Schuberts vom 22. Januar 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 123–124).

[56] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung des Angegriffenen, insbesondere auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften dritter Staaten, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15). Im Ergebnis längerer Verhandlungen, zuletzt auf der Konferenz von Locarno, wurde Deutschland eine Kollektivnote zur Interpretation des Artikels übergeben, auf die man sich am 10. Oktober 1925 geeinigt hatte (vgl. LOCARNO-KONFERENZ S. 182–183), die dem Schlußprotokoll vom 16. Oktober 1925 angefügt wurde (ebd., S. 214–215) und Deutschland faktisch von den Verpflichtungen aus Art. 16 dispensierte. – Das nachfolgend angeführte Zitat bezieht sich offenbar auf eine Aussage Briands in der 4. Sitzung der Konferenz von Locarno vom 8. Oktober 1925, in der dieser sich zumindest dem Sinne nach so äußerte (deutsche Niederschrift über die Sitzung: LOCARNO-KONFERENZ S. 161–172; die betreffende Äußerung: S. 170).

[57] Gemeint ist offenbar Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

zwei Möglichkeiten: wenn man wolle, daß Deutschland auf Grund des Art. 16 sich an großen kriegerischen Aktionen beteilige, dann müsse man ihm zunächst die Möglichkeit geben, seine Armee so auszurüsten, um sie mit Verantwortungsbewußtsein an kriegerischen Aktionen teilnehmen zu lassen; verwehre man ihm das, dann sei die selbstverständliche Konsequenz davon, daß man diese Forderung an Deutschland nicht stellen dürfe. Und an dem, was ich einst im Jahre 1923, als ich zum Reichskanzler berufen wurde[58], von unsern führenden Militärs über unsere militärische Kraft gehört habe[59], hat sich, glaube ich, bis heute nichts geändert. Es gibt keine verantwortlichen Militärs, die glauben, daß Deutschland in der Lage sei, in einem modernen Kriege gegen eine Großmacht zu bestehen.

Ich halte es für ganz falsch, sich über die nackte Tatsache hinwegtäuschen zu wollen. Man muß die Zähne zusammenbeißen und sagen: so ist es, und daraus mußt du die Konsequenzen ziehen. (Sehr richtig!) Das ist schließlich in erster Linie Aufgabe des Mannes, der die deutsche Außenpolitik leitet. Der einzelne mag träumen, sich in Utopien wiegen: schließlich täuscht er nur sich selbst. Ein Außenminister aber, der sich darüber täuschen würde, daß er nicht in der Lage ist, auf die ultima ratio jedes anderen Volkes zurückzugreifen, täuscht sein ganzes Volk. Ich höre ja immer wieder erfreulicherweise das Gegenteil von Militärattachés, Marineattachés, die hier in Berlin sind, die ich regelmäßig frage, was sie eigentlich hier wollen (Heiterkeit), indem ich ihnen sage: ich nehme an, daß Sie Urlaub nach Berlin bekommen haben –, und ganz entsetzt frage: was wollen Sie denn eigentlich, nachdem Sie uns die Flotte genommen haben[60], an unsern Linienschiffen von 13 000 t, an unsern unmodernen kleinen Kreuzern sehen, was wollen Sie an dieser Reichswehr sehen, die Sie doch in einer Form geschaffen haben, daß sie sich bei weitem nicht mit der alten Armee vergleichen kann? Immer wieder höre ich von diesen Herren, was mich als Deutscher freut und als Außenminister etwas betrübt – zuerst kommt das Betrübnis selbstverständlich hier –: sie erklären, daß nach Auffassung ihrer Regierung in der deutschen Reichswehr bei ihrer zahlenmäßigen Schwäche ein Instrument der Ver-

[58] Die Ernennung Stresemanns zum Reichskanzler durch Reichspräsident Ebert erfolgte am 13. August 1923 (Faksimile der Ernennungsurkunde in STRESEMANN, Vermächtnis I, nach S. 88). Gleichzeitig übernahm er das Amt des Außenministers.

[59] Auf welche Gelegenheit Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden. Vielleicht meint er ein Gespräch mit dem damaligen Chef der Heeresleitung, Seeckt, das nach Ausweis seiner Tagesnotizen am 27. August 1923 stattfand (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 100).

[60] Zu den oben Anm. 54 genannten Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrags gehörten auch Bestimmungen über eine weitgehende Abschaffung und künftige Beschränkung der deutschen Kriegsmarine (vgl. Art. 181–197: VERTRAG VON VERSAILLES S. 91–96).

teidigung geschaffen sei, das ohnegleichen in der Welt dastände. – Das ist ein Urteil, das noch vor kurzem von dem Vertreter einer großen Republik[61] ausgesprochen worden ist. – Sie erklären weiter, daß wir mit dieser kleinen Flotte in bezug auf das, was innerhalb des Rahmens von Versailles für uns möglich sei, gemacht hätten, was wir überhaupt nur machen könnten. – Leider führt das oft zu einer Überschätzung der Schlagkraft und damit zu einem Festhalten an einer Politik des Schutzes gegenüber Deutschland, die absolut keine Berechtigung in den tatsächlichen Verhältnissen hat und die jetzt das Problem der Rheinlandräumung[62] am allermeisten erschwert.

Es kommt ein Zweites hinzu. Lassen Sie mich auch darüber hier vor Ihnen, vor einem unparteiischen Gremium, ganz offen sprechen. Es ist falsch, wenn man schwach ist, den Anschein der Stärke zu erwecken. (Sehr richtig!) Ich gehe weiter: Ich bin der Meinung, wenn man stark ist, soll man sich das nicht merken lassen, damit der andere sich auch nicht stärkt. Aber wenn man schwach ist, so zu tun, als wenn man stark wäre, ist mit das Törichteste, was es politisch überhaupt gibt. Deshalb bedaure ich, daß eine mir durchaus sympathische Entwicklung zu einer außenpolitischen Erschwerung der Lage beigetragen hat. Daß sich in Deutschland nach dem Kriege Soldatenorganisationen gründeten, war selbstverständlich. Jeder Mensch, der dieses Welterlebnis in sich aufgenommen hat, wird mit seinen Kameraden zusammen sein wollen. Daß das in Deutschland dann siebenstrahlig auseinandergeht, entspricht nur der deutschen Einigkeit. (Heiterkeit.) Das würde mich auch nicht weiter erregt haben. Aber die Art und Weise, wie gewisse Dinge bei uns massenartig aufgezogen werden, in Form von soldatischen Paraden, Vorbeizügen und anderem, und die Art, wie dieses farbenprächtige Bild dann Leute zu Äußerungen begeistert, als wenn die alte Armee wieder erstanden wäre, das ist die größte Erschwernis, mit der Ihr Außenminister in den letzten beiden Jahren zu kämpfen gehabt hat. (Sehr richtig!) Immer wieder das Zerrbild von den Millionen, die im gegebenen Moment neben der Reichswehr da sein würden. Gewiß würden sie da sein! Aber sie wären doch nicht bewaffnet, wir könnten mit ihnen keinen Krieg führen. Wenn diese Dinge photographiert werden, wenn es heißt: 30 000 Mann marschieren in Hal-

[61] Wer hier gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[62] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands. Zu deutschen Bemühungen und zur Reaktion Frankreichs vgl. zuletzt den telegraphischen Bericht Hoeschs vom 20. Januar (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 106–107) sowie die Aufzeichnung Schuberts vom 22. Januar 1927 (ebd., S. 124–125).

le auf[63] –, wenn am nächsten Sonntag Düsseldorf etwas Ähnliches meldet und wenn das geschickt gemacht wird – auf Propaganda verstehen sich unsere Gegner –, wenn das gut aufgezogen wird, dann kommt als Endresultat heraus der Alpdruck der Franzosen vor dem deutschen Revanchekrieg und die Furcht vor der Räumung des Rheinlandes. Ich finde, daß hier eine nationale Idee so falsch verstanden und angewandt worden ist, daß man es nur beklagen kann, daß so etwas möglich ist. Das erinnert mich an die berühmte Dichtung von Robert Hamerling[64]: „Teut, der Deutsche", in der so schön geschildert wird, wie unsere Altvordern von Kleinasien aus nach der Donau, von der Donau an den Rhein wanderten, wie alles glänzend ging, der Bauer bestellte den Acker, der Städter baute seine Häuser –, und auf dieser ganzen Reise von Jahrhunderten sei nur ein Unglück passiert, man habe ein kleines Kästchen verloren und nicht wiedergefunden, und in diesem Kästchen sei der politische Verstand der Deutschen gewesen. (Große Heiterkeit.) Ich habe die Empfindung, daß dieses Kästchen auch bis heute noch nicht wiedergefunden worden ist. (Erneute Heiterkeit.) Sonst würde man nicht durch solche Demonstrationen, die gut gemeint sein mögen, tatsächlich die Schwierigkeiten hervorrufen, deren Zeuge ich vielleicht am allermeisten in Deutschland bin.

Lassen Sie mich nach dieser Kennzeichnung der Lage noch einmal auf zwei Dinge hinweisen, die für unsere Politik gegenüber dieser Situation in Betracht kommen: einmal jene Politik, die die Grundlage derjenigen Politik ist, die ich mit einem Schlagwort „Locarno-Politik"[65] nennen möchte, und zweitens Deutschlands Lage selbst nach alledem, was der Weltkrieg ihm zugefügt hat.

Meine Herren, der Weltkrieg hat uns die militärische Macht genommen, er hat uns zerstückelt, er hat uns auch die finanzpolitische Macht genommen. Alle jene beschlagnahmten Milliarden im Ausland[66] waren ein Verhängnis für den deutschen Ex-

---

[63] Ob sich Stresemann hier auf eine konkrete Begebenheit bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Sofern dies der Fall sein sollte, bezieht er sich möglicherweise auf den deutschvölkischen „Deutschen Tag" vom 11. Mai 1924 in Halle, als unter der Beteiligung zahlreicher „vaterländischer Verbände" wohl eine solche Zahl von Teilnehmern zusammenkam (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Frankfurt vom 6. Juli 1924).

[64] Robert Hamerling (1830–1889), österreichischer Schriftsteller. Das erwähnte „Teut. Ein Scherzspiel in zwei Akten" wurde erstmals 1872 veröffentlicht (Druck u. a. in Hamerlings sämtliche Werke in sechzehn Bänden [...]. Bd. 7. Leipzig [1910], S. 6–64).

[65] Gemeint ist eine Politik im Sinne der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und der dort am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

[66] Stresemann bezieht sich wohl darauf, daß der Versailler Vertrag die Siegermächte berechtigte, deutsches Eigentum „in Feindesland" oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen der davon betroffenen Reichsangehörigen verpflichtete (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159).

port, der ja bis heute nur wenig mehr über die Hälfte dessen ist, was wir vordem besessen haben. Der Weltkrieg hat uns die Handelsflotte[67] genommen, die Kolonien[68], ich möchte sagen, er hat uns eigentlich von den beiden Armen, mit denen ein gesunder Mensch arbeitet, einen fortgenommen. Was bei dieser Situation Deutschland und das deutsche Volk in den letzten sieben Jahren in bezug auf Wiedererringung seiner früheren Stellung fertiggebracht hat, wird in der Geschichtsschreibung dereinst als etwas geradezu Wunderbares gekennzeichnet werden. (Sehr richtig!) Man schilt mich oft einen unverbesserlichen Optimisten. Ich glaube, man muß zweierlei unterscheiden. Man muß einmal unterscheiden, was ein Mensch innerhalb der Zeit seines Lebens erlebt. Das mag ihm wenig erscheinen und er mag darüber klagen: dieses und jenes werde ich nicht mehr sehen und nicht mehr erleben. Geschichtlich genommen ist die Zeit von 1919 bis 1927 die größte Wiederaufrichtung eines Volkes, die es unter Völkern überhaupt gegeben hat. (Wiederholtes lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Und sie wird, glaube ich, ein Ehrenzeugnis für alle diejenigen sein, die daran mitgearbeitet und dem ihre Kräfte gewidmet haben. (Bravo!) Das gilt für das wirtschaftliche, das gilt für das soziale und vielleicht in gewissem Sinne auch für das politische Gebiet. Meine Herren, auch hierfür gilt das eine: es ist besser, es zu wissen, als davon zu sprechen. Wenn ich vor einem Auditorium spräche, bei dem beabsichtigt ist, diese Rede etwa durch Rundfunk verbreiten zu lassen, so würde ich diese Sätze nicht gesagt haben. (Heiterkeit.) Bedenken Sie doch einmal, daß wir alle Handelsschiffe bis auf etwa 1200 Tonnen abgeliefert hatten, also bis auf Schiffe, die doch nur Küstendampfer sein können, und betrachten Sie die Stellung, die die deutsche Schiffahrt heute wieder hat, obwohl doch Jahre dazu gehören, um überhaupt auf diesem Gebiete vorwärts zu kommen. Blicken Sie auf andere Gebiete, wo wir kolossal durch den Krieg gelitten hatten, z. B. in der chemischen Industrie, wo wir früher 85 % der Weltproduktion herstellten, heute nur noch 46 % herstellen, wie hier gerade mit neuen Systemen, mit einer Akribie der Arbeit ohnegleichen neue Wege gesucht und zum Teil gefunden worden sind, um uns unabhängiger zu machen, als wir bisher waren. Ich bedaure auch hier, daß, wie kürzlich in Provinzzeitungen, von dem Wunder der Verflüssigung der Kohle, von neuen Arten der Stickstoffgewin-

[67] Deutschland hatte in Ausführung des Versailler Vertrags (Anl. III zu den Reparationsbestimmungen: ebd., S. 118–120) einen Großteil seiner Handelsflotte auszuliefern.

[68] Vgl. oben mit Anm. 29.

nung[69] in einer Weise gesprochen wird, wie früher beim Stapellauf eines neuen Kriegsschiffes. (Heiterkeit.) Die Welt glaubte, wir hätten die größte Flotte der Welt. Die Engländer bauten dreimal mehr als wir, aber sprachen nicht davon. Wir sollten, wenn es uns gelingt, uns auf diesem Gebiete freier zu machen von der Umklammerung der großen Rohstoffländer, auf deren Kredit wir angewiesen sind, doch endlich lernen, daß in solchen Dingen Maulhalten patriotische Pflicht ist. (Wiederholte lebhafte Zustimmung.) Wir sehen, daß wir bei alledem, was aus Deutschland geraubt worden ist, vom Waffenstillstand an, in der Revolution, nach dem Ruhreinbruch, wo doch einfach gestohlen, aus den Fabriken das weggenommen worden ist, was darin lag, trotzdem in der sozialen Gesetzgebung keinen Rückschlag gemacht haben. Man kann sich fragen, ob wir nicht in manchen Dingen das Staatsprinzip sogar zu rigoros durchgesetzt haben; denn was der Staat in bezug auf die Kaduzierung, d. h. in bezug auf die Wertlosmachung seiner Währung[70], seinen Bürgern zugemutet hat, das geht über alles hinaus, was meiner Meinung nach in der Geschichte jemals ein Staat getan hat. (Sehr richtig!) Das Wort: der Staat muß leben, du brauchst nicht zu leben, ist in einer brutalen Weise ohnegleichen durchgeführt worden. Dieses Vorgehen war aber wohl in der Idee – abgesehen davon, ob man ohne diesen gänzlichen Verlust der Vermögen hätte auskommen können – notwendig, um den Staat selber auf eine andere Bahn zu stellen. Denn wer in dieser Zeit Reichskanzler gewesen ist, wie ich im November 1923, und gesehen hat, daß man Millionenscheine druckte, auf denen keine Nummer mehr war, der mußte sich sagen: schließlich ist es besser, ich weiß, wie arm ich geworden bin, als daß ich weiter sehe, wie Spekulanten an die Oberfläche kommen und der ehrliche Mensch zugrunde geht, wie es damals doch gewesen ist.

Diese Dinge sind ja das, was in der Welt am meisten als deutsches Wunder angesehen wird. Vergegenwärtigen Sie sich, daß der Franzose nicht weiß, wie morgen sein Franc steht, der Italiener nicht, wie die Schwankungen seiner Lira sind, daß der Pole nicht weiß, wie das Aufhören des englischen Kohlenarbeiterstreiks[71] auf seinen

---

[69] Einen Überblick über den Stand der Kohlehydrierung und insbesondere der Stickstoffgewinnung bietet ein Artikel der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 41 (Morgenausgabe) vom 26. Januar 1927, S. 9. – Zu den angesprochenen Kommentaren „in Provinzzeitungen“ konnte nichts ermittelt werden.

[70] Stresemann dürfte sich hier in erster Linie auf die Inflation und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923 beziehen; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Mark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[71] Am 1. Mai 1926 war in Großbritannien ein Bergarbeiterstreik ausgebrochen, der erst am 12. November 1926 endgültig beigelegt wurde (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 231–234 u. 244–245). – Die Wiener REICHSPOST, Nr. 15 vom 16. Januar 1927, S. 2, berichtete über die anschließende Rücker-

Złoty wirkt, und daß neben dem englischen Pfund und dem amerikanischen Dollar die deutsche Reichsmark unberührt von diesen Dingen dasteht. Wir werden jetzt die erste Reichsanleihe wieder in Deutschland auflegen[72]. Als die Mitteilung kam, daß eine Reichsanleihe geplant war[73], erhielt ich binnen 24 Stunden Telegramme aus New York, worin sich hilfreiche Freunde bereiterklärten – gegen die üblichen Provisionen und Spesen (Heiterkeit) –, diese Anleihe zu übernehmen. Meine Herren, wir werden die Anleihe nicht an das Ausland geben, sie ist im Inland gezeichnet; sie geht herunter auf einen Typ von 5 % und macht damit endlich wieder einmal den Versuch, zu vernünftigen Zinsverhältnissen zu kommen. Ich halte das für einen ganz bedeutsamen Schritt, der hier gemacht worden ist. Ich bedaure nur wieder das eine, daß man auch wieder bereits in der Presse mitgeteilt hat, die Anleihe sei bereits gezeichnet[74]. Das ist auch das Zeichen einer falschen Propaganda. Wenn sie gezeichnet ist, wollen wir uns dessen freuen; es aber vorher der Welt mitzuteilen und ihr damit zu sagen: seht einmal, wie stark wir wieder geworden sind –, dazu liegt keinerlei Veranlassung vor. Die Dinge werden innerpolitisch und nicht außenpolitisch angesehen. Aber sie sind unzweifelhaft ein Zeichen einer allmählich vorwärtsschreitenden Gesundung, einer Gesundung, die nur insofern böse Flecken hat, als infolge einer wohl technisch notwendigen Rationalisierung der Wirtschaft, einer vielleicht durch den finanziellen Zusammenbruch notwendig gewordenen Konzernbildung in der Industrie gleichzeitig das Problem auftaucht, ob mit dieser Gestaltung der Wirtschaftsverhältnisse die sozialen Verhältnisse der Arbeitsbeschaffung Hand in Hand gehen können. Das ist die Frage, die als graue Wolke vor der an sich guten Entwicklung erscheint. Das im einzelnen zu erörtern, würde den Rahmen meines Vortrags überschreiten.

Und nun lassen Sie mich, von diesen ganzen Verhältnissen ausgehend, zu der Frage kommen: Was hat die deutsche Außenpolitik in einer solchen Lage zu tun? Ich habe es oft in die Frage gekleidet: Welche Hilfsmittel stehen einem deutschen Außenminister in der Gegenwart zur Verfügung? Die materielle Macht der Armee, der

---

oberung verschiedener kontinentaler Märkte durch britische Kohle, u. a. auch in Polen. Offenbar ist dies der Zusammenhang, den Stresemann hier anspricht.

[72] Zur Vorbereitung einer Reichsanleihe vgl. die betreffenden Kabinettsberatungen vom 20. Januar 1927 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 509–510).

[73] Die Veröffentlichung über den Beschluß der Anleihe-Auflegung findet sich u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 41 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927.

[74] Im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 41 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927, heißt es lediglich, daß von der Anleihe vor der offiziellen Ausgabe 200 Millionen „zum weitaus grössten Teil bereits endgültig untergebracht“ seien. – Ob Stresemann sich auf diese und gleichartige Meldungen in weiteren Zeitungen bezieht, ist allerdings unklar.

Marine hat er nicht[75]; er muß davon abstrahieren, darf sie in sein Kalkül nicht einbeziehen. Er muß sich vielmehr sagen, daß er von vielen Seiten bedroht ist, ohne sich dieser Bedrohung erwehren zu können. Aber es gibt eine Möglichkeit, als Hilfsmittel der Außenpolitik den einheitlichen nationalen Willen eines geeinten Volkes einzuspannen. Auch ein solcher Wille, obwohl er ein Surrogat ist gegenüber der großen materiellen Macht, hat schon Dinge von Bedeutung vollbracht. Ich brauche nur an Irland zu erinnern[76]. Ich will nicht behaupten, daß wir dessen nicht fähig wären. Wir haben es in manchen Zeiten nach dem Kriege getan, und alle diejenigen erinnere ich daran, die den meiner Meinung nach größten Fehler der Gegenwart begehen, nämlich das nationale Empfinden als Eigenschaft irgendeiner Partei ansehen zu wollen (sehr richtig), während man davon ausgehen muß, daß das nationale Empfinden jedem Menschen eingeboren ist und der Kampf nur um die Methode geht, wie man am besten zu dem nationalen Ziele selbst kommt.

Als es sich darum handelte, die Menschen auszuliefern, die die anderen auf Grund einseitiger Willkür als Kriegsverbrecher bezeichnet hatten, da wehrten sich alle Parteien, und da ist es nicht geschehen[77]. Als man große Distrikte für die Abstimmung bereitstellte[78], da sind alle Deutschen hingegangen von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten und haben für ihr Heimatland Zeugnis abgelegt. Wir wissen nicht, ob nicht solche Dinge auch in Zukunft noch einmal möglich sein werden. Darum sollten wir alles vermeiden, was einen solchen einheitlichen Pulsschlag des ganzen Volkes stören könnte. Man kann nicht auf der einen Seite vorn einmütigen Freiheitskampfe der Deutschen sprechen und auf der anderen Seite die einen Menschen des Volkes als nicht vaterländisch hinstellen. (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Beides verträgt sich nicht miteinander. Wenn uns infolge dieser einheitlichen Willenskundgebung der Deutschen Kattowitz und Bismarckhütte nicht gewor-

[75] Vgl. oben Anm. 54 u. 60.

[76] Irland (ohne Nordirland) war durch eine britisch-irische Vereinbarung von 1921, die 1922 in Kraft trat, zu einem faktisch unabhängigen, wenn auch in einigen Bereichen weiterhin mit Großbritannien und dem Empire verbundenen Staat geworden.

[77] Art. 227–230 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 104–105) bestimmten, daß Deutschland den Kaiser (der in die Niederlande ins Exil gegangen war) und weitere der Kriegsverbrechen Verdächtigte zur Anklage vor alliierten Militärgerichten ausliefern müsse. Nach Inkrafttreten des Vertrags verlangten die Alliierten die Auslieferung, die jedoch von deutscher Seite verweigert wurde; statt dessen wurden Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig in Aussicht gestellt, womit sich die Alliierten schließlich begnügten (vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Müller I, S. 115–117 u. insb. Anm. 1).

[78] Gemeint sind die verschiedenen durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Gebiete des Deutschen Reiches, in denen nach Volksabstimmungen die künftige Staatszugehörigkeit festgelegt werden sollte.

den[79] sind[80]: an den Deutschen hat es nicht gelegen, denn die haben zu über 90 % ihre Stimme für Deutschland abgegeben und haben damit die Basis geschaffen für die Anfechtung dieser Dinge in der Zukunft, was wir auch nicht vergessen wollen. Wenn in großen Fragen der Außenminister einmal auf dem Instrument der öffentlichen Meinung spielen kann und spielen wird, so ist das eine zu sagen, daß man wohl weit dringt mit der Stimme eines ganzen Volkes, daß aber schließlich die Auswirkungen sich doch mehr in der Zukunft als in der Gegenwart geltend machen.

Deshalb kommt die Frage: Gibt es etwas Drittes? Und das Dritte, worauf ich mich in der Außenpolitik der letzten Jahre gestützt habe, war die Wirtschaft und die Konsumtionskraft des deutschen Volkes. Das bedeutet, daß wir uns stützen müssen auf die einzige Großmachtstellung, die wir noch hatten: einmal in dem, was die Industrie an Möglichkeiten internationaler Zusammenwirkung bot, sodann in dem Interesse, das die anderen an einem Nichtsinken des standard of life, der deutschen Lebenshaltung des gesamten deutschen Volkes hatten. Es ist mir oft vorgeworfen worden, diese ganze Politik sei unethisch, sie entbehre des großen seelischen Schwunges. Ich glaube, Brot für seine Familie zu schaffen, gelingt auch nicht allein mit hohem Schwung, sondern nur durch tägliche Arbeit, die oft sehr prosaisch und sehr wenig poetisch ist. Hier liegen jedenfalls die Interessen der anderen, und in der Zeit nach dem Kriege bis auf den heutigen Tag sind es die großen Interessen der Völker, die ihre Politik bestimmen. Als sie die falsche Rechnung des Krieges merkten, als der englische Export sank, als die Schiffe angebunden lagen und nicht ausführten, da fragte man sich in Birmingham, in Liverpool und anderwärts: wäre es nicht richtiger, wenn wir Deutschland weniger besiegt hätten? War da nicht ein Markt von 1 Milliarde für unsere Produkte? Großbritannien war das erste Ausfuhrland nach Deutschland, haben wir nicht das zerstört, worauf wir sitzen? Denn diese Insel sitzt auf ihrem Exportverdienst; wenn sie den nicht hätte, wäre sie längst verhungert. Da begann ein allgemeines Erwachen, ein allmähliches Verstehen, daß man wohl diese Kriegsschäden heilen und die vollkommen aus den Fugen geratene Weltwirtschaft wieder in Ordnung bringen müßte. Das Bild der Entwicklung der Nachkriegszeit ist sehr interessant. Wenn man davon spricht, ob ein Friedensvertrag gut und gerecht ist, dann kann man, ohne seine Paragraphen zu lesen, das eine sagen: Wenn jedes Jahr zwei

[79] So in der Vorlage; möglicherweise, aber nicht zwingend fehlt hier ein Wort in der Vorlage.

[80] Stresemann bezieht sich auf die Grenzziehung in Oberschlesien von 1921, die nach vorangegangener Volksabstimmung vom März 1921 und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates vom Obersten Rat der Siegermächte im Oktober 1921 verfügt wurde und Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen teilte. Kattowitz und Bismarckhütte gelangten dabei zu Polen.

bis drei Konferenzen notwendig sind, um die Dinge wieder in Ordnung zu bringen, die man angerichtet hat, dann kann es kein vernünftiger Frieden sein. (Sehr richtig!) Sie können die ganze außenpolitische Geschichte mit den Konferenzen von 1918 ab schreiben.

Ich erinnere Sie daran, daß die Stimme der Vernunft sich schon ziemlich früh erhoben hat, gegenüber manchen Anzweiflungen, die ich verstehe, weil man ja Menschen schwer würdigen kann, wenn man sie nicht selbst sieht und das, was Legende und böser Wille aus ihnen macht, durch ihr wirkliches Bild ersetzt. Gegenüber all den Zweifeln, die bestehen, möchte ich darauf hinweisen, daß es der heutige französische Außenminister Briand[81] war, der in Cannes zuerst für die große Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiete mit Deutschland eingetreten ist und infolge dieses Vorwitzes abberufen und als Minister gestürzt wurde. Ich erinnere Sie an die Verträge, die in Brüssel gemacht worden sind[82], daran, daß die englische Volkswirtschaft sich geregt hat. Es handelte sich immer um Reparationen; in Wirklichkeit handelte es sich um die Wiederineinklangsetzung der Weltwirtschaft mit dem verlorengegangenen Faktor Deutschland. Man hatte einmal schon den russischen Markt verloren. Es gab vom Rhein bis zum Ural nur noch kaufarme Völker. Das kann die Welt nicht ertragen. Rußland wendet sich ab von dem alten System. Sein Handelsvertrag mit Deutschland[83] ist mit das interessanteste Dokument, das je geschrieben worden ist, weil dabei ganz verschiedene wirtschaftliche Organismen miteinander in Verbindung traten. Wenn Deutschland auch noch niedersank und schließlich in allen seinen Schichten vollkommen proletarisierte: die Rückwirkung hätten die anderen Staaten und Völker gespürt. Und weil sie das empfanden, begannen sie jene Verhandlungen, deren einzelne Phasen ich hier nicht aufzählen will, jene Verhandlungen, die dann plötzlich in ihrer weiteren Entwicklung durch den Ruhreinbruch der Franzosen[84] unterbrochen

---

[81] Vgl. oben mit Anm. 57. – Zur anschließend erwähnten und von Briand eröffneten Reparationskonferenz von Cannes vom 6. bis 13. Januar 1922 vgl. SCHULTHESS 63 (1922), S. 305–307.

[82] Zur Reparationskonferenz von Brüssel vom 15. bis 22. Dezember 1920 vgl. ebd., 61,2 (1920), S. 386–388. – Die von Stresemann erwähnten „Verträge“ waren allerdings nicht zu ermitteln. Möglicherweise handelt es sich um einen Wiedergabe- oder Druckfehler und es müßte „Vorschläge“ heißen.

[83] Text des am 12. Oktober 1925 in Moskau unterzeichneten Handelsvertrags samt seinen zahlreichen Anlagen in DEUTSCH-SOWJETISCHE BEZIEHUNGEN 1922–1925 II, S. 766–868.

[84] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betreffende Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

und dann wieder aufgenommen wurden, nachdem diese Politik sich totgelaufen hatte.

Um was ging es denn bei diesem Kampf? Gewiß nicht um wirtschaftliche Fragen. 0 nein. Ich bin zu Lebzeiten Rathenaus[85] seinem Worte entgegengetreten, daß heute die Wirtschaft unser Schicksal wäre. Ich habe das so formuliert: Nach wie vor bleibt die Politik das Schicksal der Völker, aber sie ist nie mehr so mit großen wirtschaftlichen Interessen verbunden gewesen als in der Gegenwart. Als damals an mich die Aufforderung kam, die auswärtige Politik zu übernehmen[86], da kann ich denen, die mich riefen, nicht gerade bescheinigen, daß sie mich in der günstigsten Situation auf diesen Platz geführt hätten. Der Ruhrkampf war de facto verloren. Man kann heute vielleicht sagen – ich habe es in einer Rede im März 1923 als Abgeordneter gesagt[87], in einer Mahnung: man solle die Verständigung suchen, wenn man am stärksten sei. Wir waren sehr stark in den ersten 8 Wochen[88]. Die Sache ließ sich seelisch nicht auf die Dauer durchhalten, und wirtschaftlich organisierten sich die anderen. Trotzdem, trotz der großen Verluste, die wir dadurch erlitten haben, bin ich der Meinung, daß der Kampf vergeblich[89] geführt worden ist, weil durch die Art und Weise, wie sich die Leute aller Stände und Volksklassen in diesen Notgebieten an Rhein und Ruhr lieber ins Gefängnis werfen ließen, als daß sie dem Deutschtum untreu wurden, eigentlich erst die Welt gesehen hat, daß Rhein und Ruhr wirklich deutsch sind. (Lebhafte Zustimmung.) – Wir müssen uns nämlich nicht einbilden, daß die Welt da draußen die deutsche Landkarte kennt. (Heiterkeit.) Ich will das den Menschen nicht zum Vorwurf machen. Meine Herren, wenn ich Sie fragen würde, in welchem Staate Detroit liegt, ich glaube, es würde auch mancher von Ihnen in Verlegenheit kommen, genau die Lage anzugeben. Und die Flüsse in Süd- und Nordamerika, die doch weit größer und bedeutender sind als der Rhein, sind bei uns auch

---

[85] Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922. – Die im folgenden angesprochene Rede Rathenaus in München vom 28. September 1921 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie ist unter dem Titel „Die Wirtschaft ist Schicksal“ veröffentlicht. Vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 (Abendausgabe) vom 28. September 1921, mit einer Wiedergabe des Vortrags, die in dieser Sentenz gipfelt. – Bei welcher Gelegenheit Stresemann vor dem 24. Juni 1922, dem Todestag Rathenaus, ihm widersprochen hatte, wie er nachfolgend äußert, konnte nicht ermittelt werden. Zu seiner Haltung vgl. jedoch (in dieser Edition) seine Rede im Überseeklub in Hamburg vom 16. April 1925.

[86] Vgl. oben Anm. 58.

[87] In Stresemanns einziger Reichstagsrede vom März 1923, derjenigen vom 7. März (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 358, S. 9975–9982), läßt sich der nachfolgend angesprochene Gedanke nicht finden.

[88] Gemeint sind die ersten acht Wochen des „Ruhrkampfes“ (vgl. oben mit Anm. 84).

[89] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „nicht vergeblich“.

nicht gerade Gegenstände des allgemeinen täglichen geistigen Gebrauchs. (Heiterkeit.) Wenn Sie noch bedenken, daß da drüben eine Welt lebt, die sich schließlich selbst genügen kann, dann mußte man es ihr handgreiflich demonstrieren, ob Frankreich recht hatte mit der Behauptung, daß der Rhein sich danach sehne, von Preußen freizukommen und nach Frankreich zu gehen, oder ob die Deutschen recht hatten, wenn sie sagten, das Rheingebiet sei eins der deutschesten Länder. Nichts hat mehr Eindruck gemacht als dieser Kampf.

Die abgerissenen wirtschaftlichen Fäden wurden wieder aufgenommen bei dem Abbruch des Ruhrkampfes[90] und später. Im Januar 1924 kamen jene Wahlen, die dann Briand auf den Plan riefen[91]. Es kam die erste Konferenz, 1924, zu der wir zugezogen wurden, als wir in London über das sprachen, was man Dawes-Plan nennt, jenes große Sachverständigengutachten über die Ordnung der deutschen Finanzen[92]. Eine seltsame Bestimmung in diesem Gesetz lautet, daß ein amerikanischer Bürger Mitglied der Reparationskommission sein und mit entscheiden soll, ob Deutschland seine Verpflichtungen erfülle oder nicht. Ich bin daran einmal erinnert worden, als bei einer jener schwersten Anforderungen, die an einen Außenminister gestellt werden, nämlich bei einem der vielen Frühstücke, die er zu geben hat, sich mir ein Herr[93] vorstellte mit den Worten: „I am the american citizen“ – „ich bin der amerikanische Bürger“. Ich glaubte erst, er wäre etwas seltsam, bis mir dann einfiel: das ist ja der Vertreter der Vereinigten Staaten in der Reparationskommission, der aber nicht Vertreter der Regierung ist, sondern, wie die Amerikaner es so lieben, bezeichnet wird als „der amerikanische Bürger“ in dieser Kommission. Meine Herren, dieser eine amerikanische Bürger, der da hineingeschickt ist, kennzeichnet meiner Meinung nach das Niveau der heutigen außenpolitischen Lage nicht nur für Deutschland, sondern auch für andere Länder. Denn hinter diesem einen amerikanischen Bürger steht die ganze große Macht der Vereinigten Staaten, die heute das Gold,

---

[90] Zum Abbruch des passiven Widerstands, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[91] Zu den französischen Kammerwahlen vom 11. Mai (!) 1924 vgl. SCHULTHESS 65 (1924), S. 222–223. Ob Stresemann im folgenden tatsächlich Briand meint oder Herriot, der in mittelbarer Folge dieser Wahlen im Juni 1924 französischer Ministerpräsident wurde, ist nicht recht ersichtlich.

[92] Gemeint ist der auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924 („Dawes-Plan“) festgelegte und durch die Unterzeichnung am 30. August 1924 in Kraft getretene Plan für die künftigen deutschen Reparationszahlungen (Text u. a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128).

[93] Wohl Ralph Waldo Snowden Hill (1882–1954), inoffizieller Vertreter der USA in der Reparationskommission.

das ihnen aus dem vollkommen finanziell verbluteten Europa zugeflossen ist, wieder in diesem Europa anlegt, weil das Gold, das nicht Zinsen bringt, die Menschen zu interessieren pflegt. In den Kassen der National Federation-Bank of New York sind 16 Milliarden gemünzten Goldes mindestens vor einem Jahre gewesen. Dieses Gold schreit nach Anlage. Diese Anlage sucht sich Industrieländer aus. Wenn ein so großer Teil des Kapitals eines Volkes angelegt wird, dann müssen Garantien dafür geboten sein, daß dieses Land nicht wieder durch Krieg verwüstet wird. Das ist eine Weisheit, die unsere Gegner leider viel früher erkannt haben als wir. Wenn Sie mich nach dem großen psychologischen Fehler des Weltkrieges fragen, dann war es der Dummstolz der Deutschen, ihre Kriegsanleihe allein zeichnen zu wollen[94]. (Sehr richtig!) Wenn wir selbst eine Milliarde hingegeben hätten als Provision für die Unterbringung deutscher Anleihen, das wäre weit billiger gewesen, weil dadurch andere Länder ein Interesse an der Existenz und dem Ergehen Deutschlands gehabt hätten, während so, als wir waffenlos dastanden, kein Staat der Welt sich erhob, da ja kein Mensch direkt daran interessiert war, daß dieses Deutschland nicht zugrunde ging. Die anderen, die heute noch nicht ihre Schulden bezahlt haben, die weit über 20 Milliarden hinausgehen[95], wußten ganz genau, daß jeder sich sagt: wenn Deutschland siegt, dann stehen über 20 Milliarden amerikanischen Kapitals in Frage; wenn Deutschland untergeht, sind sie gesichert. Das mag brutal erscheinen. Aber glauben Sie mir, die Weltgeschichte wird nicht mit Töchteralbums und nicht mit Idealismus gemacht, sondern mit diesen ganz großen Interessen, die schließlich ihre Wirkung haben. Ob man den Einfluß dieser kapitalistischen Interessen liebt oder befehdet, jedenfalls muß man mit ihm rechnen, und nicht mit ihm gerechnet zu haben, war vielleicht unser größter psychologischer Fehler.

Und was ist denn jetzt geschehen durch dieses viel befehdete Dawes-Gutachten und durch die Entwicklung, die seitdem vorsichgegangen [!] ist? Wenn der Herr Reichsbankpräsident[96] hier wäre, könnte er Ihnen sagen, wieviel amerikanisches Geld heute in Deutschland arbeitet. Ich weiß es nicht im einzelnen, aber ich weiß, daß es mehrere Milliarden sind. Sie brauchen nur die Anleihen der Städte, der großen Industriekonzerne und anderer zu betrachten. Auch im Dawes-Gutachten stan-

[94] Deutschland hatte einen Großteil der Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun Inlands-Kriegsanleihen aufgebracht.

[95] Vgl. oben mit Anm. 19.

[96] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

den ja als erste Anleihe vom Ausland nach dem Kriege jene 800 Millionen, die die Amerikaner uns gaben[97]. Wenn wir dieser Gelder nicht mehr bedürfen, sollen wir stoppen. Aber daß in diesen letzten Jahren das, was uns an Betriebskapital fehlte, uns von der größten Macht der Welt gegeben wurde, das ist, glaube ich, ein Stück Friedenssicherung, das in seiner Folge gar nicht hoch genug geschätzt werden kann. Die ganze Einstellung uns gegenüber ist eine andere geworden. Meine Herren, die Welt sieht anders aus, als die Idealisten glauben. Man sagt immer, die Presse ist das Organ der öffentlichen Meinung. Nun, es kommt darauf an, wer die öffentliche Meinung macht. (Heiterkeit.) Seitdem diese ganz großen Verflechtungen wirtschaftlicher Interessen vorhanden sind, haben die großen amerikanischen Blätter die Verhältnisse in Deutschland durch eine andere Brille angesehen als vordem. Man kümmert sich um den Gesundheitszustand seines Schuldners, weil man Angst hat, daß, wenn er mit Tod abgeht, auch das ihm geliehene Kapital kaputt gehen kann. (Heiterkeit.)

Deshalb sollte es unser Bestreben sein – und deshalb erwähne ich diese Beispiele –, in unser Verhältnis zu den anderen einen großen Auswärtsstehenden, für den der Krieg nicht Lebenszweck gewesen war, mit hineinzubringen, um in ihm gewissermaßen den Mittler zu sehen zwischen jenen und uns; denn sie waren seine Schuldner, und wir sind seine Schuldner. Jene sind es in höherem Maße durch ihre Kriegsschuld als wir. Sein Gold in einem friedlichen Europa arbeiten zu sehen, war sein Zweck. Deshalb standen hinter jener Bekämpfung der Politik Poincarés Männer wie Houghton[98], der amerikanische Botschafter in Berlin, Kellogg[99], der heutige Staatssekretär, damaliger Botschafter in London, jene großen Kräfte in den Vereinigten Staaten, die ein neues Europa schaffen wollten. Und dadurch, daß sie mit den Ton angaben, brauchten wir in der Verantwortung nicht ganz allein zu stehen. Ich kenne alles das, was damals dagegen gesagt worden ist, die Verpfändung der Reichsbahn[100] und manches andere. Ich möchte Sie das eine fragen: Abgesehen davon, daß die Reichsbahn nicht mehr wie früher der parlamentarischen Kontrolle in ihren

---

[97] Am 10. Oktober 1924 war in London im Kontext des Dawes-Plans die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde u. a. am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[98] Alanson Bigelow Houghton (1863–1941), amerikanischer Botschafter in Berlin 1922 – Februar 1925; in London April 1925 – April 1929.

[99] Frank Billings Kellogg (1856–1937), amerikanischer Botschafter in London 1923–1925; Außenminister („Secretary of State“) 5. März 1925 – 28. März 1929.

[100] Die Reichsbahn wurde in Erfüllung des Dawes-Plans als Pfand für die deutschen Reparationsverpflichtungen in eine Aktiengesellschaft unter internationaler Beteiligung umgewandelt.

Einnahmen und Ausgaben untersteht, werden Sie außer der Zusammensetzung des Verwaltungsrats von einer Entdeutschung der deutschen Reichsbahn nichts gesehen und gemerkt haben. Noch niemals ist im Verwaltungsrat der Reichsbahn, seitdem das Dawes-Abkommen geschlossen worden ist, die Stimme eines Ausländers gegen die deutschen Stimmen abgegeben worden. Die Verwaltung ist in unserer Hand; sie wird nie aus unseren Händen kommen, weil das Reich in dem Augenblick eingreifen wird, wo die Reichsbahn irgendwie in Schwierigkeiten käme. So ist es auch in anderem Zusammenhange mit dem Generalrat der Reichsbank[101] und den sonstigen Dingen, die man internationale Versklavung genannt hat: das war doch gleichzeitig der persönliche und wirtschaftliche Kontakt mit den größten Finanzmächten der Welt. Wenn ich Schulden habe, wie sie Deutschland hat, wenn ich das Bestreben habe, diese Schulden ermäßigt zu sehen, durch das, was man Revision des Dawes-Planes nennt, wenn etwa ein neues Sachverständigengutachten im Jahre 1928 über die Endsumme der deutschen Leistungsfähigkeit ausgearbeitet wird – ist es dann schlechte oder gute Politik, wenn ich die Grundlage dazu mit den größten Finanzmagnaten der Welt durch jahrelanges Fühlen und intimes Zusammenwirken und, so weit es geht, auch in Freundschaft zu begründen versuche? – Ich habe diese Art des internationalen Zusammenwirkens stets verglichen mit dem Vorgehen der Hapag und des Lloyd nach dem Verlust ihrer Flotte. Damals hat die Hapag, ich glaube, mit Harriman und der Lloyd mit der United States [Lines][102] einen Kontrakt geschlossen[103]: wir geben euch das Personal, gebt ihr die Schiffe, aber für jedes Schiff, das wir neu bauen, zieht ihr ein amerikanisches Schiff aus dem Verkehr zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland. Törichte Leute haben gesagt: jetzt verdingen sich die Deutschen auf fremden Schiffen und fahren unter fremder Flagge. Gewiß, sie fuhren unter fremder Flagge, um die Möglichkeit zu schaffen, daß wir Platz hätten in dem Augenblick, wo die deutsche Flagge wieder weht! Genauso ist es mit der Reichsbahn, genauso mit den anderen Pfändern. Wir gaben das hin, um während

[101] Die Reichsbank wurde im Vollzug des Dawes-Plans zu einer von der Reichsregierung unabhängigen Einrichtung umgebildet, deren Generalrat zur Hälfte mit Nichtdeutschen besetzt war; der Reichsbankpräsident sollte jedoch aus der Reihe der deutschen Mitglieder des Generalrats kommen.

[102] So in der Vorlage.

[103] Stresemann bezieht sich auf Vereinbarungen von 1920: Im Mai 1920 schloß die Hapag mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien, wobei u. a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920. Einen ähnlichen Vertrag schloß im August 1920 der Norddeutsche Lloyd mit der „United States Mail Steamship Company“.

der Schonfrist, die wir haben, die Möglichkeit zu gewinnen, dereinst wieder die Reichsbahn allein in unsere Hand zu bekommen.

Das war die Situation, von der wir schon bei der Konferenz in London ausgingen.

Dann kam die weitere Frage: Soll das Ganze lediglich auf wirtschaftlicher Verständigung beruhen, auf dem, was ich Investierung fremden Kapitals bei uns nannte, um fremdes Interesse für uns zu erwecken? Im Januar 1925 – bitte, prüfen Sie die Daten nach, die Reichszentrale kennt sie besser als ich – in jener Zeit habe ich die Mitteilung erhalten – nicht, wie immer behauptet wird, von Lord D'Abernon[104], sondern von einer andern Seite –, daß bei dem letzten Besuche des englischen Außenministers[105] in Paris die Frage der endlichen Erfüllung jenes französischen Wunsches erörtert worden sei, der nach dem Frieden von Versailles noch blieb, nämlich eines Sicherheitspaktes zwischen Frankreich, England und Belgien[106], da Frankreich bekanntlich immer behauptete, da es auf das Rheinland verzichtet habe, genüge die heutige Situation nicht, um es gegen Deutschland zu schützen. Man kann ja darüber streiten, ob dieses Sicherheitsbündnis zustande gekommen wäre. Ich glaube, es ist nicht die Aufgabe eines Außenministers, zu warten, ob andere etwas gegen ihn zustande bringen, sondern er muß in die Dinge eingreifen, wenn er glaubt, daraus Vorteile zu ziehen. Ich habe Ihnen meine Einstellung offen dargelegt, daß ich denen nicht zu folgen vermag, die da glauben, wie Nora[107] auf das Wunderbare hoffen zu sollen, irgendwie, irgendwann die Tradition der Vergangenheit aus Tauroggen aufleben zu sehen. Ich sagte mir, wenn jetzt, trotz der Spannung durch die wirtschaftliche Politik, erneut England, Frankreich und Belgien sich zu einem einseitigen Schutze Frankreichs gegen Deutschland zusammenfinden, dann bleiben wir in der Mitte Eu-

[104] Edgar Vincent [ab 1926: Viscount] D'Abernon (1857–1941), britischer Botschafter in Berlin 1920–1926.

[105] Gemeint ist Chamberlain (vgl. oben mit Anm. 11). – Zum Besuch Chamberlains in Paris vom 5. Dezember 1924 und zu seinen Gesprächen mit Herriot vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 11. Dezember 1924 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 545–548) sowie eine Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 (1924), S. 254–255.

[106] Zur deutschen Einschätzung der Gefahr eines englisch-französischen Sicherheitspaktes, ggf. unter Einschluß Belgiens, vgl. den telegraphischen Erlaß Schuberts an die Botschaft in Paris vom 6. Februar 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 12, S. 183–185). Zur Absicht der französischen Regierung in dieser Richtung vgl. auch die ganz geheime Aufzeichnung Schuberts vom 2. März 1925 (ebd., S. 326–327).

[107] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das 1879 erschienene gleichnamige Werk Henrik Ibsens, in dem die Titelfigur erst nach langen Jahren der Eingeschlossenheit in der Ehe ihre Selbstbestimmung findet.

ropas isoliert – die einen mit Polen verbündet[108], England wieder an Frankreich gekettet und alles gegen uns gerichtet –, dann sehe ich keinen Ausweg, wie wir aus dieser ganz unglückseligen Lage herauskommen sollen. Dem entsprang der Gedanke jenes Memorandums vom 9. Februar, das am 19. Januar zuerst in Paris und London vertraulich überreicht worden ist[109], in dem wir erklärten, daß wir bereit seien, uns an einem solchen Sicherheitspakt zu beteiligen. Das war nicht irgendein genialer neuer Gedanke, das hatte Herr Cuno[110] auch seinerzeit vor dem Ruhreinbruch getan; aber Herr Poincaré hatte ihn gar keiner Antwort gewürdigt, trotzdem er und Herr von Rosenberg[111] sich damals bereit erklärten, die beanstandete Volksabstimmung aus ihrem Vorschlage fallen zu lassen. Ich habe dann ein zweites Mal in der Zeit der schwersten deutschen Not gelegentlich einer Rede in Stuttgart[112] denselben Vorschlag gemacht und auch keine Antwort von französischer Seite erhalten. Jetzt fiel in dem nächsten Jahre die Entscheidung zugunsten der Sache durch die Intervention von England, wo Herr Chamberlain, der im Anfange nicht für dieses Locarnoprojekt war, beim Kabinett in der Minderheit blieb, weil mit Ausnahme von zweien alle Mitglieder des Kabinetts sich auf den Standpunkt stellten: Die Zeit ist vorüber, um Konventionen gegen Deutschland zu schließen, man muß Konventionen mit Deutschland schließen, wenn Deutschland es ehrlich meint. Dann kam die Antwort vom 16. Juni[113] von dem inzwischen an die Macht gelangten Briand – jeder Satz noch mit gro-

---

[108] Stresemann bezieht sich auf den (durch eine geheime Militärkonvention ergänzten) Bündnisvertrag Frankreichs mit Polen vom 19. Februar 1921 (Text in SOCIETE DES NATIONS. Recueil des Traités 18 [1923], S. 11–13).

[109] Stresemann bezieht sich auf die Initiative des Auswärtigen Amtes, das zunächst im Januar (nur) in London, dann im Februar in Paris in der Sicherheitsfrage sondiert und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[110] Wilhelm Cuno (1876–1933), Reichskanzler 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos. Vor und nach seiner Kanzlerschaft Generaldirektor bzw. Vorstandsvorsitzender der Hapag. – Gemeint ist die Initiative von Reichskanzler Cuno, der am 13. Dezember 1922 einen Pakt der „am Rhein interessierten Staaten“ unter der Garantie der USA vorgeschlagen hatte, der die „Unversehrtheit des gegenwärtigen Gebietszustandes“ garantieren und von einer Volksabstimmung legitimiert werden sollte (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 6, S. 559–560).

[111] Frederic von Rosenberg (1874–1937), Reichsaußenminister 22. November 1922 – 12. August 1923; parteilos; zuvor und danach im Auswärtigen Amt bzw. auf diplomatischen Posten. – Rosenberg griff die in der vorangegangenen Anm. erwähnte Idee Cunos eines Sicherheitspakts in Erlassen vom 20. und 25. März 1923 an die Botschaft in London auf (vgl. ebd., A 7, S. 361–363 u. 393–396).

[112] Gemeint ist Stresemanns Rede in Stuttgart vom 2. September 1923 (in dieser Edition).

[113] Mit einer Note vom 16. Juni 1925 hatte Briand – auch im Namen der Alliierten – auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925 (vgl. oben mit Anm. 109) geantwortet. Druck der Note (in deutscher Übersetzung) u. a. in SCHULTHESS 66 (1925), S. 422–424; LOCARNO-KONFERENZ S. 100–103.

ßem Mißtrauen –, der Gedanke von einem weiteren französischen Protektorat über Polen, Frankreich als Schiedsrichter zwischen uns und Polen, bei einem Schiedsvertrage die Verpflichtung des Artikels 16[114], des Mitkämpfens im Völkerbundringen, und vieles andere Unerträgliche. Darauf unsere Antwort im Juli[115] und dann nach vielem Hin und Her die Verhandlungen in Locarno selbst[116].

Was in jenen Verträgen geschehen ist, das will ich nicht überschätzen. Ich bitte Sie aber auch, es nicht zu gering zu bewerten. Ich habe die Situation so angesehen: Wir bedrohen nicht mit unserer Reichswehr Frankreich, wir können keinen Krieg mit Frankreich führen, selbst wenn wir es wollten, und ich würde es ablehnen. Wir sind aber bedroht durch Frankreich, wenn wieder einmal ein Clemenceau[117] kommt und sagt: wir bleiben am Rhein bis zum letzten. Dann sind wir nicht in der Lage, uns mit den Waffen dagegen zu schützen, und zuviel können wir der rheinischen Bevölkerung auf Jahre und Jahrzehnte auch nicht zumuten. Wenn ich einen Garanten bekomme, der mir erklärt, daß er marschiert, wenn das deutsche Rheinland von Frankreich angegriffen wird, dann ist das meiner Meinung nach von weit größerem Gewicht als Schutz für Deutschland, als etwa Frankreich einen Schutz hat gegenüber Deutschland. (Sehr richtig!) Wenn nicht in Frankreich der ganze Alpdruck vor der deutschen alten Armee wäre, dann hätten die Franzosen überhaupt niemals Locarno abgeschlossen. Sie stehen da mit der größten Armee der Welt, können uns jederzeit bedrohen, wir können uns nicht wehren. Die Weltverhältnisse, der Druck Englands auf Grund der Einsicht, daß die Dinge auch einmal anders kommen können und man Deutschland, wie ich vorhin sagte, auch wirtschaftlich aus eigenem Interesse wieder in die Welt hineinstellen wollte, – der ganze gewaltige Einfluß der Vereinigten Staaten: alles das hat dazu geführt, daß dieses Abkommen zustande kam, das, soweit Verträge überhaupt Bedeutung haben, jedenfalls der Schutz des Rheinlandes vor einer militärischen Bedrohung war. Denjenigen, die da sagen, die Franzosen wären nie in das Rheinland einmarschiert, gratuliere ich zu ihren guten Nerven, zu ihrer

---

[114] Vgl. oben mit Anm. 56.

[115] Druck der deutschen Note, die am 20. Juli 1925 von Hoesch an Briand übergeben wurde, u. a. in LOCARNO-KONFERENZ S. 109–113; vgl. dazu auch die streng geheime telegraphische Weisung Stresemanns an Hoesch vom 18. Juli 1925 zum Verständnis und zu den Erläuterungen, die er Briand geben solle, in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 13, S. 585–588.

[116] Vgl. oben Anm. 65.

[117] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u. a. 1917–1920. – Stresemann bezieht sich im folgenden auf die Haltung Clemenceaus während der Pariser Friedenskonferenz von 1919, als er beispielsweise in einer französischen Ministerratssitzung mit Bezug auf das linksrheinische Besatzungsgebiet sagte: „Je fais une prédiction: l'Allemagne fera faillite et nous resterons où nos sommes“ (QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 233).

Gemütsverfassung. Ich erfreue mich der beiden nicht in dem Maße, daß ich mir nicht gesagt hätte, daß hier eine Gefahr vorhanden ist und daß sie gebannt werden müßte, wenn sie gebannt werden könnte.

Man sagt, wir hätten dadurch auf Elsaß-Lothringen verzichtet[118]. Verzeihen Sie, verzichtet auf Elsaß-Lothringen haben wir nach dem verlorenen Kriege. Ich glaube, daß der Friedensschluß und unsere Lage gegenüber Frankreich der tatsächliche Verzicht war. Ich darf aber ein Zweites auch hier noch einmal sagen. Elsaß-Lothringen ist ein unglückliches Land und ein unglückliches Volk. Alle anderen deutschen Stämme draußen in der Diaspora sind schon einmal in der Wilhelmstraße[119] in Berlin gewesen: die halten zu uns, die kämpfen für ihre Nation, sie sehen heute mehr als in den glücklichsten Zeiten in Deutschland ihre Mutter Germania. Solche Stunden wie beim Auslandsinstitut der Deutschen[120] habe ich in den schönsten Zeiten deutscher Weltgeltung nie unter Deutschen zugebracht. Es ist vielleicht so, wenn das Wort von Fischer[121] richtig wäre: die Deutschen können das Glück nicht ertragen, sie werden sich ihres Wertes erst bewußt, wenn sie im Unglück sind. Ich habe in meinem Hause Deutsche aus allen Stämmen, aus allen Nationen von Europa fast gehabt und bin stolz gewesen, wie alle diese Leute in uns ihre Führer sehen. Das macht uns ja ethisch weit stärker, als wir sonst nach dem Vertrage von Versailles sind; denn Herr Beneš[122] in Prag sagt: ich hänge davon ab, ob die Reichsdeutschen die Deutschen gegen mich aufrufen oder ob ich mit ihnen zusammenarbeite. Nie hätte man die Deutschen in das Ministerium genommen[123], wenn hinter ihnen nicht das Deutsche Reich mit seiner Idee der Kulturgemeinschaft stände. Das gilt für Polen,

---

[118] Durch die Erklärung der Unverletzlichkeit der bestehenden Grenzen im am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphierten Hauptvertrag (LOCARNO-KONFERENZ S. 198–202) bestätigte Deutschland implizit die durch den Versailler Vertrag verfügte Abtretung Elsaß-Lothringens (VERTRAG VON VERSAILLES S. 40–51).

[119] In der Wilhelmstraße lag u. a. das Auswärtige Amt, das hier gemeint ist.

[120] Vgl. etwa (in dieser Edition) die beiden Reden Stresemanns vom 21. Mai 1925 anläßlich der Einweihung des Hauses des Deutschtums und beim Festbankett im Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart.

[121] Gemeint ist offenbar Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. – Das nachfolgend angesprochene Zitat entstammt seinem Roman „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“, der in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879 erschien.

[122] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Ein Beleg für seine nachfolgend angesprochenen Worte konnte nicht ermittelt werden. In der Sache handelt es sich wohl um die Bildung des neuen Kabinetts im Oktober 1926 (vgl. die folgende Anm.).

[123] Mit der Bildung des Kabinetts Svehla am 12. Oktober 1926 waren erstmals Minister aus den Reihen der deutschen Minderheitenparteien in die Regierung eingetreten (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 484 [Morgenausgabe] vom 13. Oktober 1926; SCHULTHESS 67 [1926], S. 208). Vgl. dazu auch den Bericht Kochs vom 15. Oktober 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 3, S. 403–405; zur Haltung Stresemanns gegenüber diesem Eintritt ins Kabinett: ebd., S. 405, Anm. 3).

Rumänien, Jugoslawien, Ungarn usw. Meine Herren, ich habe eine solche Stimme nicht aus Elsaß-Lothringen vernommen. Die Elsaß-Lothringer kämpfen für ihre Kulturautonomie[124]. Ich hoffe, daß es ihnen gelingt. Ich habe nur das eine gehört: Als ich in dem heftigen Kampfe um Locarno einmal zu einem Verbande ging – ich weiß nicht, zum Verein der Heimatbünde oder so ähnlich –, da war der einzige, der für mich eintrat, der Elsaß-Lothringer[125], und zwar weil er ganz richtig empfand, was auch meine Überzeugung ist, daß die Kulturautonomie für Elsaß-Lothringen nur möglich ist bei einer Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland, so daß man den Leuten, die dafür eintreten, nicht mehr sagen kann wie früher: ihr seid Landesverräter –, denn sie können darauf erwidern: was wollt ihr denn, der Friede zwischen Deutschland und Frankreich ist durch die Abmachung von Locarno gesichert!

Denen aber, die in jenen Abmachungen, vor allen Dingen in dem Schiedsgericht mit Polen[126] den Verzicht auf die deutschen Lebensfragen im Osten sehen, sage ich: dieser Verzicht besteht nicht. Ich habe damals über Locarno zwei Stunden verhandelt, eine Stunde mit der Industrie und Landwirtschaft, die zweite mit den Gewerkschaften[127]. Mit der Industrie und Landwirtschaft war ich bald einig, d. h. einig in dem Sinne, daß der Landbund dagegen war (Heiterkeit); aber Einzelfragen sind nicht an mich gestellt worden. Als ich mit den Gewerkschaften verhandelte, da war die erste Frage des Vertreters der freien Gewerkschaften: Ist durch diese Locarno-Verträge die Aussicht genommen oder gemindert, daß Danzig[128] und der Korridor[129] und Oberschlesien[130] wieder deutsch werden? (Lebhaftes Bravo und Händeklatschen.) Ich habe mich damals über diese Dinge ausgelassen, wie ich es stets getan habe.

---

[124] Die Autonomiebewegung im Elsaß kämpfte insbesondere in der Frage der Schulsprache gegen die alleinige Zulassung des Französischen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 24 [Morgenausgabe] vom 15. Januar 1927). Neuerdings hatten elsässische und lothringische Abgeordneten in der Pariser Kammer auch einen Gesetzentwurf eingebracht, der allgemein regionale Verwaltungsautonomie für die Region forderte (ebd., Nr. 37 [Abendausgabe] vom 22. Januar 1927, sowie Nr. 46 [Morgenausgabe] vom 28. Januar 1927; der Wortlaut des Gesetzentwurfs in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 33 [Morgenausgabe] vom 21. Januar 1927, S. 2).

[125] Der von Stresemann angeführte Anlaß war ebensowenig zu ermitteln wie die gemeinte Person.

[126] Gemeint ist der deutsche Schiedsvertrag mit Polen, der im Rahmen der Verträge von Locarno am 16. Oktober 1925 paraphiert wurde (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 208–214).

[127] Zu den betreffenden Unterredungen konnte nichts ermittelt werden.

[128] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67).

[129] Mit dem „polnischen Korridor“ ist der Landstreifen gemeint, der durch den Versailler Vertrag an Polen fiel und Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich abtrennte.

[130] Vgl. oben Anm. 80.

Herr Zaleski[131], der polnische Außenminister, hat neulich gesagt: Herr Stresemann läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um zu sagen, daß er die polnische Grenze nicht anerkennt. Wir haben unsererseits zwischen den Westgrenzen und den Ostgrenzen differenziert (Bravo!), und diese Differenzierung war richtig.

Auch nach einer anderen Richtung hin bitte ich Sie, die Dinge zu betrachten. Irgendeine Art kriegerischer Auseinandersetzung zwischen Polen und Deutschland wird von Deutschland nie begonnen werden. Was wir tun werden, ist, daß wir uns wehren, wenn Polen unsere Lebensinteressen verletzt. Aber wenn wir auf friedlichem Wege an den Verhältnissen, die heute dort bestehen, etwas ändern wollen, dann muß sich doch jeder darüber klar sein, daß das nur dann und erst dann möglich ist, wenn wir mit den westeuropäischen Mächten in einem Verhältnis stehen, daß wir ihrer Toleranz oder ihrer Unterstützung sicher sind. (Sehr richtig!) Wenn heute jemand den Gedanken hätte, der ja so leicht einem in den Kopf schießt, um diese Dinge mit Polen kämpfen zu wollen, dann weiß ich einmal nicht, ob wir selbst diesen Kampf führen könnten, von allem abgesehen, was gegen den Krieg überhaupt spricht. Wir sollen nicht andere Nationen verachten. Es sind mit die besten preußischen Soldaten gewesen, die einst von den Freiheitskriegen[132] an in diesen Provinzen gekämpft haben. Und wir leiden oft an einer Überschätzung. Aber davon abgesehen: wenn Sie nicht eine Politik der Verständigung mit Frankreich führen, dann werden Sie in jedem Kampfe mit Polen Frankreich und Polen gegen sich haben und von links und rechts zermalmt werden. Deswegen ist es so töricht, zu sagen: dieser Außenminister treibt nur Westpolitik, ist ganz einseitig, guckt nur nach dem Westen. Ich habe nie mehr an unsern Osten gedacht als in der Zeit, wo ich mit dem Westen eine Verständigung suchte. (Bravo!) Ich bin der Überzeugung, daß man weit hinaus in der Welt sieht, daß diese Landkarte von Europa mit der Abschnürung von Ostpreußen[133] unmöglich ist, daß man das einem Volke nicht zumuten kann, und an vielen Beispielen, auch von Franzosen und französischen Blättern, ist das zu belegen. Es ist den Franzosen einmal gesagt worden, was sie dazu sagen würden, wenn etwa

[131] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941). – Für die nachfolgend paraphrasierte Äußerung Zaleskis läßt sich kein genauer Beleg ermitteln; vermutlich bezieht sich Stresemann jedoch auf Zaleskis programmatische Reden zur polnischen Außenpolitik vom 4. und 9. Januar 1927 (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 397–398; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 6 [Morgenausgabe] vom 5. Januar, u. Nr. 15 [Abendausgabe] vom 10. Januar 1927).

[132] Gemeint sind offenbar die „Befreiungskriege“ gegen Napoleon und Frankreich 1813–1815, und vermutlich bezieht sich Stresemann auf polnische Soldaten in der preußischen Armee.

[133] Vgl. oben mit Anm. 129.

zwischen ihnen und dem Meer eine belgische oder eine andere Zone dieser Art liefe wie bei uns. Aber glauben Sie mir, auf einmal reifen solche Dinge nicht; es ist nicht so wie in einem Palmenhaus, und die Früchte aus einem Tropenhause schmecken gewöhnlich nicht so wie die Naturfrüchte. Man muß in der Beziehung auch lernen, daß die Dinge Zeit haben wollen. Ich glaube, Bismarck hat einmal gesagt, der Deutsche liebe es, wenn er Radieschen pflanzt, von Zeit zu Zeit die Erde aufzustechen, um zu sehen, ob sie bald herauskommen[134]. (Heiterkeit.) Das fördert das Wachstum nicht. Wir müssen in unserer Politik ganz konsequent und methodisch vorgehen, mindestens in bezug auf das Zeitmaß, wenn nicht die Verhältnisse es anders gestatten. Was damals in jenen Oktober-Sonnentagen in Locarno begonnen wurde, hat zum mindesten die Hemmnisse weit zurückgedrängt, die sich einer vernünftigen Auslegung des Friedensvertrages entgegenstellen. Der Mensch vergißt ja nichts so leicht wie überstandene Gefahren. Wenn erst die Revolution vorüber ist, ärgert sich der Berliner, daß der Verkehr am Potsdamer Platz nicht vollkommen geregelt ist. Das eine hat er vergessen, das andere ist zur Hauptsache geworden.

Es ist noch nicht so lange her, daß nicht etwa Clemenceau, sondern der linksstehende Demokrat Herriot[135] im französischen Senat auf die Anfrage des eben gestürzten Poincaré als Ministerpräsident erklärt hat: Auch ich bin der Meinung, daß die Fristen für die Rheinlandräumung noch nicht begonnen haben zu laufen. Das war im Jahre 1924. Nun sagt man dagegen: ja, wir haben ein Recht darauf. Da komme ich auf einen Widerspruch, den ich bei manchen deutschen Politikern und Staatsmännern nicht verstehe. Der linksstehende Pazifist kann wohl der Meinung sein, daß man sich in allen und jeden Fällen auf das Recht berufen soll und muß und daß man damit durchkomme. Das wird in manchen Fällen Utopie sein, aber es entspricht seiner ganzen Einstellung. Wenn jedoch diese Begründung: wir hatten ja das Recht darauf, von prinzipiell auf die Machtpolitik eingestellten Männern kommt, dann ist das im höchsten Maße unlogisch. (Zustimmung.) Ich bin der Meinung, daß noch lange Zeit vergehen wird, ehe sich das reine Recht in der Welt geltend macht. Es wird im-

[134] Offenbar bezieht sich Stresemann auf ein von Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst unter dem 24. März 1871 überliefertes Gespräch mit Bismarck, in dessen Verlauf dieser in bezug auf den Reichstag äußerte, er „mache ihm den Eindruck wie das, was ihm seine Eltern von seiner Kindheit erzählt hätten. Er habe einen Garten bearbeitet und da jeden Tag die Pflanzen herausgezogen, um zu sehen, wie dick die Radieschen seien." ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 7: Gespräche. Teil 1. Hrsg. u. bearb. v. Willy Andreas. Berlin 1924, S. 508).

[135] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Wann und wo Herriot das Nachfolgende erklärte, ließ sich nicht ermitteln; in der französischen Kammerdebatte vom 29. Dezember 1924 wurde er allerdings von einem Abgeordneten entsprechend zitiert (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 257).

mer die Macht mit dem Rechte im Kampfe sein, und der wird am gefährdetsten sein, der nicht die Macht hat, sich zu verteidigen. In der Lage sind wir. Daß wir allmählich dahin kommen, daß es unser Recht wird, das ist ja der Kampf, den Deutschland die ganzen letzten Jahre überhaupt geführt hat. Die Leute hätten einen formalen Einwand, die Rheinlandräumung nicht zu vollziehen. Sie beziehen sich ja immer darauf, wir sollten unsere Verpflichtungen erfüllen. Sie haben ein einziges Mal rein privat auf das hingewiesen, was ich vorhin erwähnte. Wir haben eine Bedingung des Versailler Vertrages nicht ausgeführt und werden sie nicht ausführen: das ist die Auslieferung der Kriegsschuldigen[136]. Glauben Sie mir, es gibt manche Advokaten und Juristen, die, wenn die Situation ihnen günstig wäre, darauf sich stützend erklären würden: der Artikel 431 des Versailler Vertrags[137] ist nicht erfüllt. Und juristisch können Sie ihnen das überhaupt nicht widerlegen. Daß wir die Welt dazu gebracht haben, einzusehen, daß die Franzosen ihre Frist einhalten müssen, daß sie hinausgehen müssen, das ist das eine, was ich als eine Folge dieser Politik ansehe. Gewiß, das hat bis zum 31. Januar v. J. gedauert[138]. Aber glauben Sie mir, als damals die Glocken von dem Dom in Köln klangen[139], da begleiteten diese Glockentöne nicht nur den Jubel des deutschen Volkes, sondern auch die Trauer der französischen Revanchepolitiker, die für ihr Leben lang im Rheinland bleiben wollten. Und mit diesen Menschen haben wir noch 1924 kämpfen müssen. Wenn wir 1926 den Kampf gegen sie gewonnen hatten, so war das ein wichtiger Abschnitt in der deutschen Geschichte.

Manches andere ist ja auch inzwischen geschehen, was weniger in die Öffentlichkeit dringt. Schließlich gehört das Luftfahrtabkommen[140] auch in diese internationalen Vereinbarungen. Es ist ja das Seltsame in der Außenpolitik und innerpolitisch nicht ganz erfreulich, daß jeder Außenminister das, was er in einem Vertrage erreicht hat, als höchstens den allgemeinen Anforderungen genügend hinstellen darf und immer

[136] Vgl. oben mit Anm. 77.

[137] Art. 431 des Friedensvertrags von Versailles lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahren allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222).

[138] Am 31. Januar 1926 endete formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone durch die Besatzungstruppen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 23).

[139] Bei den Feierlichkeiten in Köln anläßlich des Abzugs der letzten Besatzungstruppen (vgl. die vorangehende Anm.) läuteten zur Mitternacht des 31. Januar 1926 alle Glocken der Stadt (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 53 [Abendausgabe] vom 1. Februar 1926; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 53 [Abendausgabe] vom 1. Februar 1926).

[140] Am 21. Mai 1926 war nach langen Verhandlungen in Paris ein Abkommen unterzeichnet worden, das die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrags und des Londoner Ultimatums von 1921 für die deutsche Luftfahrt milderte, die zivile Luftfahrt wieder erlaubte und in der Frage der Trennung zwischen militärischer und ziviler Luftfahrt Zugeständnisse an Deutschland enthielt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 444).

mit dem stereotypen Satze schließen muß: es ist noch vieles zu wünschen übrig geblieben, und wir haben viele Opfer bringen müssen. (Heiterkeit.) Wir haben die Luftfreiheit durch das Londoner Ultimatum[141] verloren. Die Kurve ist ja merkwürdig: In den ersten Jahren nach dem Kriege sind wir über den Versailler Vertrag zu immer weiteren Konzessionen gedrängt worden. Wenn heute auch die militärischen Luftschiffe verboten sind[142], wir aber für die Handels- und Personenschiffahrt so viele und so große Luftschiffe bauen können, wie wir wollen, so ist das gegenüber dem früheren Zustande, wo uns genau vorgeschrieben war, was wir tun dürfen, doch eine ganz andere Situation. Über diese Frage ist zuerst in jenen Konferenzen in Locarno gesprochen worden[143].

Wir werden am 31. Januar von der Interalliierten Militärkontrollkommission Abschied feiern[144]. Ich glaube, es wird ihr wohl niemand ein fröhliches „Auf-Wiedersehen“ sagen. (Heiterkeit.) Wir hatten eine kleine Debatte in Genf darüber[145], wann sie gehen sollte. Chamberlain schlug den 1. Februar vor. Ich sagte: nein, ich wünsche den 31. Januar. Da sagte er: Warum zanken Sie mit mir wegen 24 Stunden? Herr Briand hat die Situation viel besser begriffen; er sagte gleich: Ich verstehe Herrn Stresemann ganz gut, er will, daß an jedem 31. Januar[146] Leute aus Deutschland weggehen, die ihm unsympathisch sind. (Heiterkeit.)

Gewiß, meine Herren, diese Politik, die nur schrittweise, in langen Zeitabständen nichts weiter erreicht, als daß die Fesseln, die wir tragen, etwas lockerer werden, bleibt hinter vielen Erwartungen deutscher Herzen und der deutschen Seele zurück. Aber unsere ganze Politik wird noch auf Jahre hinaus nichts anderes zum Ziele haben können als die weitere Lockerung dieser Fesseln. Man muß sich darüber klar

---

[141] Text des Londoner Ultimatums vom 5. Mai 1921 u. a. in URSACHEN UND FOLGEN 4, S. 339–340.

[142] Die entsprechenden Vorgaben finden sich im Versailler Vertrag in den Art. 198–202 (VERTRAG VON VERSAILLES S. 96–97).

[143] In Locarno wurden in Gesprächen neben den offiziellen Konferenzsitzungen die „Nebenpunkte“, deutsche Erwartungen als Folge der zu schließenden Verträge, angesprochen; für die Luftfahrt vgl. etwa die Aufzeichnung Schuberts vom 12. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. S. 366–372; insb. S. 367).

[144] Die Botschafterkonferenz der Siegermächte hatte auf deutsches Drängen hin erklärt, die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission, der die Aufgabe zur Überwachung der deutschen Abrüstung übertragen war, am 31. Januar 1927 zu beenden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 72–73).

[145] Auf welches der verschiedenen in Genf im Dezember 1926 geführten Gespräche über die Beendigung der Interalliierten Militärkontrollkommission Stresemann sich hier und im folgenden bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Der nachfolgend erwähnte Vorschlag Chamberlains zum 1. Februar 1927 findet sich im Telegramm Stresemanns aus Genf vom 10. Dezember 1926 wiedergegeben (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 586–587).

[146] Briand spielt hier wohl auf die Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone vom 31. Januar 1926 an (vgl. oben mit Anm. 138).

sein, daß man zwischen dem Praktischen und dem Formellen zu unterscheiden hat. Niemals wird formell der Versailler Vertrag zurückgenommen werden. Es ist ein Unsinn, anzunehmen, daß, ich weiß nicht wie viel, Nationen einen großen Weltvertrag schließen und dann sagen: ich bitte um Verzeihung, daß ich ihn geschlossen habe, ich nehme ihn zurück. Ihn auszuhöhlen, ihn tatsächlich zu revidieren, das ist das Entscheidende. (Sehr richtig!) Meine Herren, es liegt genauso mit der Frage der Kriegsschuld[147]. Sie werden eine formelle Zurücknahme von den Mächten nicht erreichen, die sich ja dadurch selber in der ganzen Weltgeschichte vor den Augen anderer Völker links und rechts ohrfeigen würden, wenn sie das zurücknehmen wollten, was sie hineingeschrieben haben. Aber daß die Welt davon überzeugt wird, daß diese Kriegsschuld nicht besteht, das ist das Entscheidende. Und diese Aufklärung hat in allen Nationen der Welt außerordentliche Fortschritte gemacht. (Sehr richtig!)

So sind es unendlich viele Dinge, bei denen jetzt, wie ich neulich ausgeführt habe[148], der Kampf der Ideen entbrannt ist über das, was werden soll. Dieser Kampf der Ideen spielt sich jetzt vielleicht weniger ab in Deutschland als in Frankreich. Man hat gefragt: Was habt Ihr in Thoiry[149] gesprochen? Man erfährt nichts, man hat bis heute noch keine genaue Nachricht darüber? – Das ist gut so. Ich habe im allgemeinen immer gefunden, daß, wenn mir etwas gelungen ist, das nur dadurch geschah, daß nicht alle Morgen-, Mittag- und Abendausgaben der gesamten Presse sich vorher damit beschäftigten. Auch der Berliner Vertrag[150], diese ganz schwierige Sache, mit Rußland ein Abkommen zu treffen und nicht in Feindschaft mit anderen Mächten zu geraten, wozu wir keine Veranlassung haben – das mit der Locarno-Politik zu verbinden, ohne jedem einzelnen zu sagen: wir lassen uns nicht vor deinen Wagen eines Antisowjetkrieges spannen –, das diplomatisch auszubalancieren, wäre nie gelungen, wenn es nicht in geradezu wunderbarer Weise geglückt wäre, die Verhandlungen über diesen Vertrag in der Öffentlichkeit geheimzuhalten. Das mag ganz

---

147 Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

148 Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf seine Rede im Völkerbundsrat vom 11. Dezember 1926 (vgl. diese Edition).

149 Gemeint sind das Treffen und mehrstündige Gespräche vom 17. September 1926 zwischen Stresemann und Briand in Thoiry, einem französischen Ort nahe der schweizerisch-französischen Grenze. Vgl. dazu Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210, sowie seine Rede vor der deutschen Presse in Genf vom 17. September 1926 (in dieser Edition).

150 Der „Berliner Vertrag“, ein Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, war am 24. April 1926 in Berlin unterzeichnet worden (Text des Vertrags einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406).

undemokratisch sein, ist aber richtig. (Bravo!)

Bei jenen Verhandlungen in Thoiry war nicht allein die Rede von Fragen, die uns jetzt berühren, sondern auch von Fragen der zukünftigen Entwicklung der Dinge in Europa überhaupt. Wir haben in dem Kommuniqué[151] gesagt: Wir haben uns in Einverständnis gesetzt über die Gesamtlösung der zwischen unsern beiden Ländern bestehenden Fragen. Glauben Sie mir, das Wort „Gesamtlösung" umfaßt eine ganze Menge, nicht nur für die Gegenwart. Franzosen haben darunter in erster Linie die Rheinlandräumung verstanden, und Briand steht jetzt in einem Kreuzfeuer von Angriffen, weil man ihm sagt, er verrate die Sicherheit Frankreichs. Ich habe neulich in einer Zeitung – ich glaube, in der **Germania** – gelesen, daß man ihm in der Kabinettssitzung, als er im Begriffe war, den Saal zu verlassen, das Wort „Verräter" zugerufen hat[152]. Vielleicht ist es ganz gut, meine Herren, wenn Sie sich auch solche Vorkommnisse einmal einprägen und anderen übermitteln. Denn so einfach sind die Dinge der Verständigung mit Frankreich nicht, wie diejenigen meinen, die immer nicht warten können, bis die Radieschen gewachsen sind, und immer sehen müssen, wie es weitergeht. Der Mann, der drüben für eine Verständigung eintritt, wird von Mitgliedern seines eigenen Kabinetts als Verräter bezeichnet, weil er zugibt, daß er eine Rheinlandräumung für notwendig halte. Daß da große Widerstände zu überwinden sind, ist kein Zweifel, und sie sind um so stärker, weil die Franzosen merken, daß die Frage jetzt akut wird. Solange die Frage theoretisch war – Gott, da regten sie die Artikel nicht auf. Jetzt, wo sie hören, es soll praktisch werden, da setzt die Auseinandersetzung ein zwischen den Extremen und den anderen: im **Echo de Paris,** in der **Action Française** und all den anderen Zeitungen[153] ein konzentrischer Angriff gegen den „Verräter", der Frankreich entblößen und den Deutschen, wie man sagt,

---

[151] Das Kommuniqué zum Treffen von Thoiry ist u. a. veröffentlicht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 442 (Morgenausgabe) vom 18. September 1926; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 15.

[152] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Wie aus einer anderen Verwendung Stresemanns des nachfolgend paraphrasierten Vorwurfs geschlossen werden kann (vgl. unten seine Rede vor dem Zentralvorstand der DVP vom 19. März 1927), soll es sich angeblich um Briands Ministerkollegen Marin gehandelt haben und wohl um eine Kabinettssitzung nach Briands Rückkehr aus Genf im Dezember 1926; daran knüpften sich in Frankreich (und wohl auch im Kabinett) Diskussionen, die bis in den Januar andauerten, ob Briand in Genf Stresemann die weitere Räumung des Rheinlands zugesagt habe (vgl. etwa den Artikel in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 30 [Morgenausgabe] vom 19. Januar 1927 über die Paris Kabinettsitzung vom Vortag; über angebliche Intrigen im Kabinett gegen Briand: BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 26 vom 17. Januar 1927).

[153] Für ein Beispiel eines (mindestens indirekt Briand-kritischen) Artikels vgl. das Interview mit dem vormaligen Kriegsminister Maginot in L'ECHO DE PARIS, Nr. 16397 vom 24. Januar 1927, S. 1; laut BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 38 (Abendausgabe) vom 24. Januar 1927 erschien der Artikel im Rahmen einer „Enquete" der Pariser Zeitung zur Frage der Rheinland-Räumung. – Zur Pressekampagne gegen Briand vgl. zusammenfassend schon VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 28 (Morgenausgabe) vom 18. Januar 1927.

die Möglichkeit geben will, vorzudringen.

Diese Dinge werden nicht reifen ohne gewisse Konzessionen. Und wenn diese Konzessionen auf finanziellem Gebiete liegen, beispielsweise auf dem Gebiete, wie es Briand nennt, der Antizipierung von Zahlungen aus dem Dawes-Plan, also der Flüssigmachung, der Negoziabilität der Obligationen, d. h. der Möglichkeit, die Obligationen aus der Eisenbahn mit unserer Zustimmung in den Weltverkehr zu bringen und damit ihre Verzinsung sicherzustellen[154] – eine Sache, die uns die Garantierung von 100 Millionen jährlich kostet, die wir auch heute zahlen, wofür wir aber nicht garantieren, da wir nach dem Dawes-Abkommen nicht die Möglichkeit haben, daß die Zahlungen geleistet werden –, ich sage, wenn durch Konzessionen auf finanziellem Gebiete, die mehr eine finanztechnische als tatsächliche Belastung sind, die Rheinlandräumung zu ermöglichen ist, dann werde ich, genauso wie bei dem Dawes-Plan, mich hinstellen und, wenn nötig, darum kämpfen und durch das Land fahren und wie damals sagen: Mir scheint, daß die Ehre eines Volkes und seine politische Freiheit mehr wert ist als finanzielle Belastungen. (Stürmisches Bravo und Händeklatschen.) Das ist es, was mich damals geleitet hat und was mich heute dabei leitet. Das Jahr 1927 müßte das Jahr der Rheinlandräumung sein, und es wäre ein Traum, wirklich zu schön, um Wirklichkeit zu werden, wenn sich in einem solchen Zeitpunkte alle Parteien in einem Kabinett zusammenfänden[155], um das deutsche Kabinett der Rheinlandräumung zu bilden, und wenn alle über das hinwegkämen, was gegenüber diesem großen Gedanken doch nur klein ist. Denn auf Jahre hinaus wird unsere ganze innere Finanzpolitik, Wirtschafts- und Sozialpolitik davon beherrscht werden, wie wir außenpolitisch dastehen. Wir werden um diese Dinge eminent kämpfen müssen trotz jener schönen Geste von Chamberlain, der in den Saal, wo wir in London die Verträge von Locarno unterzeichneten[156], das Bild von Castlereagh[157] aufge-

[154] Infolge des Dawes-Plans (vgl. unten mit Anm. 11) war die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden (vgl. oben mit Anm. 100) und mußte als Sicherheit für die Zahlung der Reparationslasten Obligationen bei den Treuhändern des Dawes-Plans hinterlegen. In Thoiry war als Möglichkeit erörtert worden, inwieweit diese Obligationen mobilisiert werden könnten, um Frankreich als Gegenleistung für Zugeständnisse an Deutschland aus seiner Finanzkrise zu helfen.

[155] Stresemann spielt damit möglicherweise auf die aktuelle Endphase der Neubildung der Reichsregierung an (vgl. dazu etwa die Aufzeichnung Pünders über den Gang der Verhandlungen über die Regierungsbildung vom 23. bis 31. Januar 1927: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 515–523).

[156] Am 1. Dezember 1925 wurden in London die am 16. Oktober 1925 in Locarno paraphierten Verträge (vgl. oben mit Anm. 65) unterzeichnet; zu Stresemanns Rede anläßlich der Vertragsunterzeichnung vgl. diese Edition.

[157] Robert Stewart, Viscount Castlereagh [ab 1821: Marquess of Londonderry] (1769–1822), britischer Politiker; u. a. Außenminister 1812–1822.

hängt hatte und dessen Gattin[158] mir sagte: „Haben Sie das Bild erkannt, das an der Wand hing?“ – und als ich ihr gestand, daß das nicht der Fall war, mir sagte, „Es hängt sonst nicht da, wir haben es uns von der Galerie zu diesem Tage geborgt, und es soll Ihnen zum Ausdruck bringen: so wie im Jahre 1818 der englische Botschafter [sic][159] Lord Castlereagh dafür eintrat, daß Preußen französisches Gebiet räumte und Frankreich in die Heilige Allianz aufgenommen wurde[160], so soll dieses Bild Frankreich daran erinnern, wie die Geschicke der Völker sich ändern, und soll zugleich ein Sinnbild dafür sein, daß wir heute dieselbe Politik verfolgen, daß das deutsche Gebiet auch von Engländern und Franzosen geräumt werden soll.[“] Das ist für einen Engländer, den ich – das möchte ich bemerken – in der Politik, in Vertragsdingen – und man hat mir gesagt, daß das auf viele Jahre und Jahrzehnte zurückginge – immer als durchaus zuverlässig erkannt habe, im Gegensatz zur allgemeinen deutschen Auffassung, eine bedeutsame Geste gewesen. Sie ist unterstützt worden von einem Belgier, von Vandervelde[161], demselben Mann, der eine ganz objektive Stellung zu der Frage Eupen-Malmedy[162] eingenommen hat. Sie ist bekämpft worden von französischer Seite. In diesem Kampfe stehen wir noch jetzt.

All das, was ich versucht habe vor Ihnen zu entwickeln: die Wirtschaftspolitik, die wir führen müssen, die Bundesgenossen, die wir uns suchen müssen, die Demonstrationen, die wir vermeiden müssen, die Einigkeit, die wir in diesen Fragen herbeizuführen suchen müssen –, das muß uns Mittel zum Zweck sein, um einmal wieder die Souveränität auf deutschem Grund und Boden zu erhalten. Das ist noch nicht viel, aber doch etwas. Man würde hören, wie die Ketten in Wiesbaden und in Koblenz fallen, und kein Zusammenstoß zwischen Soldateska und deutschem Bürger soll das stören. Wichtiger aber als der einzelne Akt ist die Tatsache weiter[er]

---

[158] Lady Ivy Muriel Chamberlain, geb. Dundas (1878–1941), seit 1906 verheiratet mit Sir Austen Chamberlain.

[159] So in der Vorlage.

[160] Auf dem Aachener Kongreß vom Herbst 1818 schlossen Großbritannien, Rußland, Preußen und Österreich einen Vertrag mit Frankreich, der den sofortigen und damit vorzeitigen Abzug der Besatzungstruppen in Frankreich festlegte und die Kriegsentschädigung, die Frankreich zu zahlen hatte, deutlich senkte; in einer Konvention der vier erstgenannten Staaten wurde die Stützung des restaurierten Bourbonenregimes vereinbart und damit Frankreich wieder vollständig in den Kreis der Großmächte aufgenommen (Text des Vertrags und der Konvention in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 69, S. 284–286 u. 366–367).

[161] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927.

[162] Seit Ende Juni 1926 wurden mit Belgien inoffizielle Verhandlungen über einen deutschen Rückkauf der infolge des Versailler Vertrags abgetretenen Kreise Eupen und Malmedy geführt (vgl. zusammenfassend Stresemanns telegraphische Weisung an die Gesandtschaft in Brüssel vom 30. August 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 143–144; auch SCHULTHESS 67 [1926], S. 136–137). Im Gespräch von Thoiry hatte Briand sein grundsätzliches Einverständnis mit dieser Lösung signalisiert (vgl. die oben Anm. 149 genannten Aufzeichnungen Stresemanns).

Verständigung in Europa. Ihr ist auch auf wirtschaftlichem Gebiet vorgearbeitet worden. Man konnte Elsaß-Lothringen von Rheinland und Westfalen trennen, man konnte aber nicht das Erz von der Kohle trennen. Wir haben vor kurzem ein Kali-Abkommen[163] geschlossen, und ich habe mich gefreut, darin auch Punktationen zu finden, die auf etwaige Änderungen hinweisen, die einmal gegenüber dem Vertrag von Versailles eintreten können, auch in bezug auf Grenzfragen und anderes, was von französischer Seite akzeptiert wurde. Es liegt für uns das dringendste Interesse vor, Jahre und Jahrzehnte vor uns zu haben, in denen wir uns der friedlichen Entwicklung widmen können, in denen vielleicht das Wort wahr werden könnte, das einst König Friedrich Wilhelm III.[164] nach dem Frieden von Tilsit[165] gesprochen hat, daß ein Staat an geistigen Kräften gewinnen muß, was er an materieller Macht verloren hat, – was allerdings zur Voraussetzung hat, daß wir der Geistigkeit auch diejenige Bedeutung im ganzen Volksleben geben, die ich heute leider mehr und mehr gegenüber Äußerlichkeiten herabgewürdigt sehe. Wir haben es weiter notwendig, unser ganzes wirtschaftliches und soziales Leben wieder aufzubauen und die Möglichkeit des Emporkommens dem einzelnen soweit sicherzustellen, als es in einer unglücklichen Zeit der Konzernbildung und des Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit überhaupt möglich ist. Ich bin der Überzeugung, daß, wenn es uns gelingt, mit den Westmächten in Frieden zu bleiben – und ich sehe die gleichzeitige Verteilung des Friedenspreises[166] an drei Außenminister dieser Länder gewissermaßen als eine Zusage an, daß diese drei auch den moralischen Ausschlag für das Verständnis in ihren Völkern bilden werden –, daß wir dann auch gegenüber den Bedrohungen und Bedrängungen im Osten uns in ganz anderer Weise wehren können, als es heute der Fall ist, und durch die Politik schließlich die Grundlage legen, um die Wunden des verlorenen Krieges zu heilen.

---

[163] Zum Abkommen zwischen dem Deutschen Kali-Syndikat und der französischen Kaliindustrie vom 29. Dezember 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 299; Einzelheiten zum Inhalt des Abkommens auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 21 (Abendausgabe) vom 13. Januar 1927.

[164] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840. – Er soll mit den nachfolgend paraphrasierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

[165] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. U. a. sah er hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[166] Gemeint ist der Friedensnobelpreis; am 10. Dezember 1926 hatte in Oslo das Friedensnobelpreiskomitee bekanntgegeben, daß der Preis für 1925 an Chamberlain und Dawes, derjenige für 1926 an Stresemann und Briand verliehen werde (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926).

Meine Damen und Herren, ich bin immer in Gefahr, wenn ich spreche, gerade in die Fehler meines Kollegen Hamm zu verfallen[167] und 2 1/2 Stunden zu sprechen, wovor Ihr verehrter Herr Vorsitzender[168] mich gewarnt hat. (Heiterkeit.) Sie haben aber heute einen starken Verbündeten in dem Herrn Reichspräsidenten von Hindenburg[169], bei dem ich um 8 Uhr zum Empfange des diplomatischen Korps sein muß. Ich bedaure, daß ich einzelnes, was ich gern noch ausgeführt hätte, auch in bezug auf unsere Beziehungen zur ostasiatischen Welt und anderes, nicht mehr ausführen kann. Ich weiß auch nicht, ob der ganze Vortrag denjenigen Zusammenhang gehabt hat, den ich ihm gern gegeben hätte. Mein Leben ist aus Hast und Unruhe zusammengesetzt, und ich muß mich in der einzelnen Stunde, in der ich spreche, konzentrieren und vor mir selbst erst das Bild erstehen lassen, das ich anderen übermittle. Aber vielleicht hat er Ihnen doch einen Einblick gewährt in die Werkstätte des außenpolitischen Lebens und in die Ideen, die uns beseelen, in die Methoden, die versucht werden, um diese Ideen lebendig zu machen. Und wenn Sie diese Ideen hinaustragen in das Volk, und wenn wir wenigstens lernten, daß es in der Außenpolitik keine Parteien gibt, vielleicht werden wir dann doch ein Stück des Kästchens wiederfinden, mit dem einstmals der politische Verstand der Deutschen verloren gegangen ist[170]. (Minutenlang andauernde, sich immer wiederholende stürmische Beifallskundgebungen.)[171]

---

[167] Vgl. oben mit Anm. 5.

[168] Richard Strahl (1884–1957), Leiter der Reichszentrale für Heimatdienst 1918–1933.

[169] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zu dem nachfolgend angesprochenen Empfang konnte nichts ermittelt werden.

[170] Dies bezieht sich auf die oben ironisch angeführte Schrift „Teut“ (vgl. Anm. 54) und den Verlust eines Kästchens mit dem politischen Verstand der Deutschen.

[171] Eine ganz kurze Würdigung der Rede Stresemanns „am Freitagnachmittag“ sowie Angaben über den weiteren Verlauf der bis zum Folgetag dauernden Konferenz und die dort gehaltenen weiteren Reden finden sich in einem resümierenden Bericht der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 49 vom 31. Januar 1927, S. 3.

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 7. März 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal Officiel 8 (1927), S. 372. – Teildruck[2] in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 112 (Morgenausgabe) vom 8. März 1927.

Dankt Chamberlain für seine Bereitschaft, als Berichterstatter einer kleinen Kommission vorzusitzen, die für den Rat einen Überblick zur ungarisch-rumänischen Auseinandersetzung vorbereiten soll.

[...][3] Le Président[4]. – Je remercie sir Austen Chamberlain[5] d'avoir bien voulu se mettre à la disposition du Conseil pour préparer un rapport sur cette question[6]. Je considère avec lui que l'autorité de ce rapport sera plus grande encore, si deux autre membres du Conseil veulent bien s'associer à lui et le décharger ainsi d'une partie de sa tâche. Si mes collègues sont d'accord, le Conseil pourrait nommer à cet effet le représentant du Japon[7] et le représentant du Chili[8].

[...][9]

Le Président. – Les représentants du Japon et du Chili acceptent de faire partie de ce petit Comité.

---

[1] Stresemann präsidierte in dieser Session und damit auch in dieser Nachmittagssitzung dem Völkerbundsrat. Vermutlich sprach er auch in dieser Sitzung (wie in der Vormittagssitzung: vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 111 [Abendausgabe] vom 7. März 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 111 [Abendausgabe] vom 7. März 1927) deutsch oder – wie bei anderen Gelegenheiten – englisch, so daß die Vorlage eine Übersetzung bieten würde.

[2] Der Teildruck gibt eine Passage wieder, die vor dem in der Vorlage in wörtlicher Rede enthaltenen Teil gesprochen wurde; sie ist in der folgenden Anm. zusammengefaßt.

[3] Stresemann schlägt am Ende einer langen rumänisch-ungarischen Debatte über den zwischen beiden Staaten geführten Streitfall zur Abgrenzung zwischen Schiedsgerichtsbarkeit und innerstaatlichem Recht in bestimmten Enteignungsfragen bezüglich Optanten (SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal Officiel 8 [1927], S. 350–372; Zusammenfassung auch in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 112 [Morgenausgabe] vom 8. März 1927; SCHULTHESS 68 [1927], S. 510) in einer in der Vorlage lediglich paraphrasierten Passage vor, daß Chamberlain benannt werde, um in der nächsten Sitzung dem Rat als Berichterstatter einen Überblick über die strittige Frage zu geben. Chamberlain verweist auf seine Arbeitsbelastung, akzeptiert die Benennung jedoch und bittet darum, ihm zwei weitere Ratsmitglieder an die Seite zu stellen (SOCIÉTÉ DES NATIONS, Journal Officiel 8 [1927], S. 372).

[4] Vgl. oben Anm. 1.

[5] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[6] Vgl. oben Anm. 3.

[7] Shishaku (= „Viscount") Ishii Kikujirō (1866–1945), japanischer Politiker (u. a. Außenminister 1915–1916) und Diplomat; Botschafter in Paris 1912–1915 u. 1920–1927; Delegierter Japans im Völkerbund 1920–1927.

[8] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935.

[9] Die Vertreter Rumäniens und Ungarns stimmen der Einsetzung der von Stresemann vorgeschlagenen Kommission zu.

[...][10]

Le Président. – Je crois qu'il faut laisser à nos collègues le soin de fixer eux-mêmes l'époque à laquelle ils se sentiront en mesure de nous présenter un rapport sur une question dont nous venons de souligner toute l'importance. Nous ne pouvons pas espérer que leur rapport puisse être prêt avant la fin de la présente session. J'accepte la proposition de sir Austen Chamberlain de renvoyer la question à la session de juin.[11]

[10] Chamberlain schlägt angesichts der Arbeitsbelastung und der kurzen Zeit bis zur nächsten Sitzung vor, die Frage auf die Junitagung des Völkerbundsrates zu verschieben.

[11] Die Vorlage hält fest, daß Stresemanns Vorschlag angenommen wird.

Rede vor der internationalen Presse in Genf vom 10. März 1927[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22445 (Morgenausgabe) vom 11. März 1927, S. 3. – Teildrucke in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 184 (Abendausgabe) vom 10. März 1927; REICHSPOST, Nr. 69 vom 11. März 1927, S. 3.

Großbritannien hat keinen Versuch unternommen, Deutschland in eine antisowjetische Front zu ziehen. Es bestehen aber keine Geheimverträge mit der Sowjetunion. Die Regierungsneubildung in Deutschland hat keine Auswirkungen auf dessen Außenpolitik. Bald ist der Zeitpunkt gekommen, an dem ein deutscher Schritt in der Rheinlandräumungsfrage unternommen wird.

Ich bin der festen Ueberzeugung, daß, **wenn** eine solche Institution, wie der **Völkerbund, vor dem Kriege bestanden** hätte, es **wahrscheinlich nicht zum Kriege gekommen wäre,** weil dann die Wolken der Mißverständnisse zwischen den verschiedenen Nationen nicht die Möglichkeit gegeben hätten, die realen Dinge zu überschatten. Auch anläßlich der gegenwärtigen Tagung des Völkerbundrates[2] wurden **einige der Hauptfragen der europäischen Politik tatsächlich erörtert.** Es ist jedoch ein **großer Irrtum,** zu glauben, als ob bei diesem Anlasse oder schon in früheren Jahren **von der britischen Diplomatie** irgend ein **Versuch unternommen** worden wäre, **Deutschland zu bewegen, einem großen Weltbund gegen Sowjetrußland beizutreten[3].** Wenn das offizielle Organ der Sowjetregierung, die „Is-

---

[1] Laut VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 117 (Abendausgabe) vom 10. März 1927, die die Rede lediglich paraphrasiert wiedergibt, gab Stresemann den Empfang „für die Vertreter der ausländischen Presse“ vor der Ratssitzung des gleichen Tages, „um Ihnen Erklärungen abzugeben gegenüber den immer wieder auftauchenden Behauptungen über angebliche Abmachungen zwischen der deutschen und der russischen Regierung in bezug auf Polen und gegenseitige militärische Hilfeleistung.“ – Laut einem Bericht in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 117 (Morgenausgabe) vom 11. März 1927, empfing Stresemann am 10. März „um 10 Uhr im Hotel Metropole die französische Presse“ und anschließend die deutsche Presse. Offenbar handelt es sich bei der hier wiedergegebenen Vorlage um den Presseempfang für die französische Presse, wie aus den Paraphrasen ebd. hervorgeht (im Empfang für die deutschen Pressevertreter wurden überwiegend Polen betreffende Fragen erörtert) und wie ein Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 23040 vom 12. März 1927, S. 1, nahelegt.

[2] Der Völkerbundsrat hielt seine 44. Tagung vom 7. bis 12. März in Genf ab (vgl. die Zusammenfassung in SCHULTHESS 68 [1927], S. 510–514).

[3] Die Beziehungen Großbritanniens zur Sowjetunion waren sehr gespannt; zuletzt hatte Chamberlain in einer Note an Moskau vom 23. Februar 1927 für den Fall der Fortsetzung der antibritischen Propaganda im Empire und gegen dessen Interessen in China mit dem Bruch der Beziehungen gedroht (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927), was die Sowjetunion in einer Antwortnote vom 27. Februar 1927 als unbegründet zurückgewiesen hatte (vgl. ebd., Nr. 99 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927). – Offenbar wendet sich Stresemann hier gegen Ge-

westia“[4], erklärt hat, daß Chamberlain[5] und die britische Regierung darauf abzielen, Deutschland Danzig, den Korridor und Teile von Ostoberschlesien[6] zurückgeben zu lassen, und daß dafür ein neuer Staat der Donkosaken unter deutschem und polnischem Protektorat gebildet werden solle, so kann ich erklären, daß alle diese Dinge erfunden und erlogen sind.

Die Stellung Deutschlands zu Sowjetrußland ist genau bekannt. Es ist klar, daß die Weltwirtschaft nicht gedeihen kann, wenn Länder mit 150 Millionen Einwohnern dauernd von Westeuropa abgeschlossen werden und wenn die Lebenshaltung auf einem solchen niedrigen Stande in Sowjetrußland beibehalten wird, daß durch den verminderten Konsum in diesem Lande zugleich auch die ganze Produktion anderer Länder gehemmt wird. Sowjetrußland ist eines der Nachbarländer Deutschlands, mit dem wir seit mehr als einem Jahrhundert einen engen Austausch von Gütern pflegen, genau so wie mit Polen[7]. Wir haben deshalb ein **großes Interesse** daran, daß die schon jetzt bestehenden **wirtschaftlichen Verhältnisse zu Rußland nicht durch politische Komplikationen geschwächt werden.** Es wäre jedoch ein **großer Irrtum,** daraus zu schließen, daß **zwischen Sowjetrußland und Deutschland irgendwelche enge Beziehungen bestünden,** über die das Licht der Oeffentlichkeit nicht verbreitet werden kann. **Es bestehen keine geheimen Verträge** irgendwelcher Art zwischen Rußland und Deutschland.

Man hat versucht, zu erklären, daß durch den Eintritt der Deutschnationalen in die Reichsregierung[8] die auswärtige Politik des Deutschen Reiches eine andere sein werde. Ich möchte dazu bemerken, daß auch in anderen Ländern ein Wechsel in der

---

rüchte, wie sie sich etwa in einem Artikel der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 112 (Abendausgabe) vom 8. März 1927, S. 1, finden.

[4] Der betreffende Artikel in der sowjetischen Regierungszeitung „Izvestija“ konnte nicht ermittelt werden. Er wird jedoch ausführlich paraphrasiert in THE TIMES, Nr. 44524 vom 8. März 1927, S. 16.

[5] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zum Gespräch Stresemanns mit Chamberlain in Genf vom 6. März 1927, in dem auch die britisch-sowjetischen Beziehungen angesprochen wurden, vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 478–483.

[6] Gemeint sind diejenigen ehemals deutschen Gebiete, die durch den Versailler Vertrag (Danzig, Korridor) bzw. durch Volksabstimmung und Entscheid des Völkerbundes (Ostoberschlesien) von Deutschland an Polen abzutreten waren.

[7] Da beide Staaten (Sowjetrußland seit 1917 [ab 1922 Sowjetunion]; Polen seit 1918) erst in bzw. nach dem Weltkrieg entstanden, ist die Formulierung, sofern Stresemann sie tatsächlich so gebraucht hat, mißverständlich bzw. anachronistisch.

[8] Am 29. Januar 1927 hatte Reichspräsident Hindenburg eine neue Reichsregierung unter Reichskanzler Marx ernannt, der neben Politikern des Zentrums, der DVP und der Bayerischen Volkspartei auch (teilweise mit wenigen Tagen Verzögerung) fünf Minister der DNVP angehörten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 21).

Regierung eingetreten ist[9]. Der Weg, der uns von Locarno nach Genf[10] geführt hat, kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. **Der Regierungswechsel in Deutschland hat also nichts mit der Außenpolitik zu tun.**

[...][11]

Diese Frage[12] ist anläßlich der gegenwärtigen Tagung in den Besprechungen **zwischen den Ministern sehr ausführlich erörtert[13]** worden. Etwas anderes ist aber die Frage, ob der **Zeitpunkt** schon gekommen sei, in welchem die deutsche Regierung einen offiziellen Schritt unternehmen kann, um die **Räumung des Rheinlandes als bestimmte Forderung aufzustellen.** Wir sind überzeugt, daß dieser Augenblick **in sehr kurzer Zeit kommen** wird, da für Deutschland alle Voraussetzungen für die Geltendmachung des Artikels 431 des Versailler Vertrages[14] gegeben sein werden. Deutschland wird selbstverständlich von diesem Recht, das ihm der Vertrag einräumt, Gebrauch machen. Gestützt auf die enge Zusammenarbeit, die sich immer mehr im Rahmen des Völkerbundes zwischen den europäischen Mächten geltend macht, wird **in absehbarer Zeit die Möglichkeit geschaffen, daß auch dieser Zustand ein Ende findet** und daß damit ein weiterer sehr bedeutungsvoller Fortschritt auf dem Wege der Festigung des europäischen Friedens gemacht sein wird.

---

[9] Stresemann meint vermutlich Frankreich, wo im Juli 1926 Poincaré (nach einer wenige Tage dauernden Übergangsregierung unter Herriot) Briand als Ministerpräsident abgelöst hatte (vgl. ebd., 67 [1926], S. 285).

[10] Gemeint sind die Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und die dort am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) sowie der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vom 10. September 1926 (vgl. dazu in dieser Edition die Rede Stresemanns anläßlich des Beitritts).

[11] In der Vorlage folgt als Überleitung: „Ueber das Problem der vorzeitigen Räumung des Rheinlandes führte Dr. Stresemann aus:“

[12] Vgl. die vorangehende Anm.

[13] Zu Gesprächen Stresemanns und Schuberts in Genf mit Briand, Chamberlain und Vandervelde vom 6. und 7. März 1927, in denen auch die Frage der Rheinlandräumung angesprochen wurde, vgl. die Aufzeichnungen Stresemanns und Schuberts vom 6. und 7. März 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 475–486.

[14] Art. 431 des Friedensvertrags von Versailles lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahren allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222).

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 10. März 1927

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 388 u. 536–537. – Teildrucke (in deutscher Sprache) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 116 (Abendausgabe) vom 10. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 116 (Abendausgabe) vom 10. März 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22445 (Morgenausgabe) vom 11. März 1927, S. 3; REICHSPOST, Nr. 69 vom 11. März 1927, S. 3.

Weist anläßlich der Beratungen über die Finanzsituation Danzigs auf die Bedeutung des Völkerbundes hin, in solchen Fragen die Kriegs- und Nachkriegsfolgen zu bekämpfen. Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz.

Le **Président**[1] fait la déclaration suivante :

J'espère que mes collègues me permettront de présenter en ce moment quelques observations générales sur l'œuvre de la Société des Nations. Je crois que les décisions prises à la séance d'aujourd'hui[2] augmenteront grandement la considération que l'on a, à l'extérieur, pour l'œuvre de la Société des Nations. Cette œuvre peut s'effectuer de deux façons. En premier lieu, en diminuant, grâce aux efforts communs, les difficultés individuelles, d'ordre culturel et d'ordre social, auxquelles ont à faire face ceux qui ont personnellement souffert de la guerre, ainsi que de la période d'après-guerre. Les nations qui ont lutté les unes contre les autres pendant la guerre se trouvent maintenant réunies et associées à un même effort tenté en vue d'alléger les difficultés de ceux qui souffrent et de créer de nouveaux foyers pour ceux qui ont perdu le leur par suite de la guerre. Si nous envisageons l'œuvre, qui s'accomplit dans le domaine social et dans le domaine culturel, je crois que nous pouvons être fiers de progrès réalisés depuis la guerre. Mais nous ne saurions être idéalistes. Nous ne saurions être d'une utilité quelconque dans le domaine de la culture si, en même temps, nous ne tenions compte des aspects économiques et financiers du

[1] Stresemann, der in dieser Session als Präsident des Völkerbundsrates fungierte, reagiert hier abschließend auf vorangegangene Äußerungen anderer Ratsmitglieder zum Tagesordnungspunkt „Finanzsituation der Freien Stadt Danzig" (in der Vorlage: S. 386–388). – Laut DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 116 (Abendausgabe) vom 10. März 1927, sprach Stresemann deutsch, so daß die Vorlage eine Übersetzung bietet. – Allgemein zur Charakterisierung der Präsidentschaft Stresemanns und zur Atmosphäre des Völkerbundsrates in dieser Session vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22445 (Morgenausgabe) vom 11. März 1927, S. 2.

[2] Zu den vorangegangenen Beschlüssen der Vormittagssitzung vom 10. März 1927 vgl. SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 382–388. Insbesondere dürfte sich Stresemann auf die zustimmende Beschlußfassung über einen Bericht des Finanzkomitees beziehen, die den Weg für eine Anleihe für Danzig freimachte.

problème. Nous devons créer des bases économiques et financières pour le rétablissement de l'équilibre qui a été troublé du fait de la guerre et des conditions qui ont suivi la guerre. La Conférence économique convoquée sous les auspices de la Société[3] s'efforcera, d'une manière générale, de redresser l'équilibre économique et financier, mais les divers comités qui ont aujourd'hui présenté des rapports, ainsi que toutes les personnes qui ont apporté leur concours à ces comités, accomplissent une tâche du même ordre dans les cas particuliers où cela est spécialement nécessaire.

Je me permettrai de vous rappeler l'œuvre accomplie par la Société des Nations en vue de la restauration financière de l'Autriche[4]. Nous avons entendu aujourd'hui des rapports sur la réforme bancaire et monétaire de l'Estonie[5]. Nous avons appris que la Ville libre de Dantzig, nouvel organisme d'Etat crée dans des circonstances difficiles[6], a demandé l'émission d'un emprunt en sa faveur. En nous apprenons de la bouche de tous des intéressés – du Président du Sénat[7] de la Ville libre de Dantzig, du représentant de la Pologne[8], du Haut Commissaire[9] et du président du Comité financier[10] – que toutes les difficultés concernant cet emprunt ont été surmontées grâce à la bonne volonté de toutes les parties.

Je tiens à déclarer que, outre l'idéal élevé que poursuit la Société, nous attachons aussi une certaine importance au côté pratique de l'œuvre qui peut être accomplie, et, en ma qualité de président du Conseil, je tiens à remercier tous ceux qui nous ont

---

[3] Am 24. September 1925 hatte die Völkerbundsversammlung beschlossen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, und am 15. Dezember 1925 der Völkerbundsrat Experten zur Vorbereitung dieser Konferenz ernannt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 453 u. 456). Im April und September 1926 hatten zwei Tagungen zur Vorbereitung dieser Wirtschaftskonferenz stattgefunden (vgl. ebd., 67 [1926], S. 459 u. 493).

[4] Österreich war im Oktober 1922 im Rahmen der „Genfer Protokolle" durch eine Völkerbundsanleihe vor dem drohenden Staatsbankrott gerettet worden und hatte im Gegenzug seine Staatsfinanzen der Kontrolle des Völkerbundes zu unterstellen. Diese Kontrolle war im Juni 1926 aufgehoben worden. Ausführliche Dokumentation dazu in AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH IV–V.

[5] Der betreffende Bericht über die Bank- und Währungsreform in Estland war zuvor in der Sitzung angenommen worden (vgl. SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 [1927], S. 383–384; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22445 [Morgenausgabe] vom 11. März 1927, S. 3).

[6] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt" unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67).

[7] Heinrich Sahm (1877–1939), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–1931. – Seine vorangegangene Äußerung in der Sitzung: SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 387.

[8] Henryk Leon Strasburger (1877–1951), polnischer Generalkommissar in Danzig 1924–1932; Vertreter Polens im Völkerbundsrat 1927. – Seine vorangegangene Äußerung in der Sitzung: ebd., S. 387–388.

[9] Joost Adriaan van Hamel (1880–1964), niederländischer Politiker; Völkerbundskommissar in Danzig 1925–1929. – Seine vorangegangene Äußerung in der Sitzung: ebd., S. 387.

[10] Vilém Pospíšil (1873–1942), tschechoslowakischer Finanzfachmann; Präsident des Finanzausschusses des Völkerbundes. – Seine vorangegangene Äußerung in der Sitzung: ebd., S. 388.

aidés dans cette œuvre de restauration poursuivie dans l'ordre culturel, social et économique.

Le rapporteur[11] a parlé d'un cas où les forces internationales s'associant aux forces du pays lui-même – aux forces nationales – ont obtenu de bons résultats. Je crois que le Conseil tout entier voudra s'associer aux remerciements que j'adresse à tous ceux qui ont collaboré à l'œuvre accomplie dans l'ordre culturel, financier et économique[12].

[…][13]

Après avoir approuvé le rapport du Comité préparatoire, vous avez, à votre dernière session, pris toutes les décisions nécessaires pour la convocation de la Conférence économique[14]. Vous vous étiez réservé seulement de procéder, le cas échéant, pendant la présente session, à un nombre restreint de nominations supplémentaires. Cette réserve avait été dictée par le désir de pouvoir intervenir, s'il était nécessaire, afin d'assurer à la Conférence une composition harmonique qui tiendrait compte de tous les intérêts en jeu.

Vous vous rappellerez que, lors de la constitution du Comité préparatoire, le Conseil avait tenu à introduire, par l'intermédiaire du Bureau international du Travail[15], au sein dudit Comité, une représentation adéquate du point de vue des travailleurs. Je suis heureux de constater, en parcourant les noms des membres qui ont été jusqu'à présent désignés par les différents gouvernements que dans un grand nombre de délégations figurent déjà des représentants des organisations ouvrières et coopératives. Il ne me semble donc plus nécessaire de revenir sur cette question.

Reste à trouver le moyen d'assurer à la Conférence la coopération de certains organismes internationaux qui ont déjà collaboré, avec le plus grand fruit, à sa préparation et dont le concours peut encore lui être précieux. Je pense à des organismes tels que la Chambre de Commerce internationale, l'Institut international d'Agriculture

---

[11] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Zu seinem vorangegangenen Bericht in der Sitzung vgl. ebd., S. 386.

[12] Das Protokoll vermerkt, daß die Resolution angenommen wird.

[13] Zum nächsten Tagesordnungspunkt „Conference économique internationale" heißt es einleitend, daß Stresemann das Wort ergriffen und den Bericht vorgetragen habe, der sich in der Vorlage auf S. 536–537 findet.

[14] Gemeint ist der Beschluß des Völkerbundsrats vom 9. Dezember 1926, der auf den Bericht Stresemanns über die Vorbereitungen zur Weltwirtschaftskonferenz hin getroffen worden war (vgl. in dieser Edition den Redebeitrag Stresemanns in der betreffenden Sitzung).

[15] Das Internationale Arbeitsamt fungierte als Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, die durch Teil XIII des Versailler Vertrags ins Leben gerufen worden war und „einen Bestandteil der Bundeseinrichtungen" des Völkerbundes bildete (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 207–220; Zitat: S. 209).

– qui ont fourni un effort si remarquable pour l'établissement de la documentation préparatoire –, ainsi qu'à l'Alliance coopérative internationale. Ces trois organismes ont, depuis des années, contribué à éclairer l'opinion publique sur les problèmes économiques et ont exercé une bienfaisante activité en faveur du développement des relations commerciales entre les peuples.

Vous savez comme moi quelle contribution remarquable des femmes distinguées ont apportée ces derniers temps à l'étude des problèmes économiques et à leur solution dans le domaine pratique. Par ailleurs, gardiennes du budget familial, qui se ressent quelquefois durement de toute oscillation troublant l'économie générale, les femmes ont le droit de faire entendre leur voix dans la consultation internationale que nous envisageons. Puisque Mme Freundlich[16], dont nous avons déjà apprécié le concours au sein du Comité préparatoire, nous revient comme membre désigné par son gouvernement, je vous propose de réserver aux femmes encore trois places à la Conférence.

Finalement, il est difficile de prévoir dès maintenant dans quelle mesure la Conférence peut avoir besoin, à un moment donné, de l'aide de personnes spécialisées dans l'étude de questions particulières.

Il semblerait également utile de faire en sorte que la Conférence ou ses commissions puissent, le cas échéant, bénéficier de la collaboration des membres des organisations techniques de la Société des Nations qui s'occupent de questions économiques. Il n'est pas besoin de vous rappeler que le Comité économique, le Comité financier, la Commission consultative des communications et du transit ont apporté, depuis des années, chacun dans son domaine, une contribution remarquable à la reconstruction économique de l'Europe.

Il me semble nécessaire de trouver un moyen qui permette à la Conférence de s'assurer tous les concours utiles. C'est pourquoi je voudrais proposer au Conseil de donner au président de la Conférence[17] une autorisation générale lui permettant de faire appel à tous experts dont la collaboration pourrait paraître nécessaire à un moment donné.

Je n'ai pas manqué de consulter, au sujet de ces différents propositions, le prési-

[16] Emmy Freundlich (1878–1948), österreichische Politikerin; Abgeordnete der Konstituierenden Nationalversammlung bzw. des Nationalrats 1919–1934; Präsidentin der „International Cooperative Women's Guide" 1921–1948.

[17] George Theunis (1873–1944), belgischer Ministerpräsident 1921 – 5. April 1925 u. 1934–1935. – Stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Vorbereitungskomitees der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz seit 1925 bzw. 1926; Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz 1927.

dent de la Conférence économique, M. Theunis. C'est d'accord avec lui que j'ai honneur de vous proposer les résolutions suivantes :

« Le Conseil

Constatant que les désignations des membres de la Conférence économique internationale faites jusqu`à présent par les différents gouvernements assurent, d'ores et déjà, à cette Conférence le concours d'un nombre imposant d'hommes de la plus haute compétence en matière économique, et faisant usage du droit qu'il s'était réservé par sa résolution du 9 décembre 1926[18] :

a**)** Décide de procéder aux nominations supplémentaires suivantes comme membres de la Conférence :

Cinq membres à désigner par la Chambre de Commerce internationale ;

Le président du Conseil d'administration du Bureau internationale du Travail[19] ;

Le président de l'Institut international d'Agriculture[20] ;

Un membre à désigner par l'Alliance coopérative internationale ;

Trois femmes compétentes en matière économique à désigner par le président de la Conférence en consultation avec les organisations féminines internationales appropriées.

b) Autorise le président de la Conférence économique à faire appel, le cas échéant, au concours des membres des Comités économique et financier et de la Commission consultative des communications et du transit – pour autant qu'ils n'aient pas été déjà désignés comme membres ou comme experts par leurs gouvernements –, ainsi qu'à d'autres experts spécialisés dans l'étude de questions particulières. »[21]

[18] Vgl. oben mit Anm. 14.

[19] Arthur Fontaine (1860–1931), französischer Politiker; Präsident des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation 1919–1931.

[20] Giuseppe De Michelis (1872–1951), italienischer Diplomat und Politiker; Präsident des Internationalen Landwirtschaftsinstituts 1925–1933.

[21] Die Vorlage, das Protokoll der Ratssitzung, hält fest, daß die von Stresemann vorgeschlagene Resolution angenommen wird.

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 11. März 1927

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 390 u. 567–568.

Drückt Japan sein Mitgefühl für die Erdbebenopfer aus. Berichtet über die Arbeiten und den Resolutionsentwurf des Wirtschaftskomitees und Vorschläge für weitere Konferenzen zu Wirtschaftsmaterien.

Le **Président**[1]**.** – Avant d'ouvrir le débat sur les questions inscrites à l'ordre du jour, je me permets d'appeler votre attention sur les tristes nouvelles que nous avons reçues du Japon au sujet des récents ravages que vient de faire un nouveau tremblement de terre[2]. Des milliers de personnes ont perdu la vie, des villes et des villages entiers ont été détruits. Il n'y a pas longtemps, le Japon avait subi une catastrophe du même genre[3]. Je suis sûr que le monde entier sympathisera avec le peuple japonais et que je serai l'interprète des sentiments de tous le Membres du Conseil en priant le représentant du Gouvernement japonais[4] d'accepter l'hommage de notre sympathie et de bien vouloir le transmettre au Gouvernement et au peuple japonais. Je tiens en même temps à exprimer le fervent espoir que de semblables catastrophes seront, à l'avenir, épargnées au Japon.

[...][5]

---

[1] Stresemann fungierte in dieser Session als Präsident des Völkerbundsrates. Vermutlich sprach er auch in dieser Sitzung (wie in der Vormittagssitzung vom 7. März 1927: vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 111 [Abendausgabe] vom 7. März 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 111 [Abendausgabe] vom 7. März 1927) deutsch oder – wie bei anderen Gelegenheiten – englisch, so daß die Vorlage eine Übersetzung bieten würde. – Ausführlichere paraphrasierende Berichte über die Verhandlungen dieser Sitzung in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 118 (Abendausgabe) vom 11. März 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 119 (Morgenausgabe) vom 12. März 1927, S. 1–2.

[2] Zum Erdbeben in Japan vom 7. März 1927 vgl. ebd., Nr. 112 (Abendausgabe) vom 8. März 1927, S. 2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 114 (Abendausgabe) vom 9. März, u. Nr. 115 (Morgenausgabe) vom 10. März 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 116 (Morgenausgabe) vom 10. März 1927; zu amtlich bekanntgegebenen Opferzahlen: BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 115 (Abendausgabe) vom 9. März 1927.

[3] In Japan waren am 1. September 1923 einem Erdbeben in der Gegend von Tokio und Yokohama über hunderttausend Menschen zum Opfer gefallen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 398–399).

[4] Shishaku (= „Viscount") Ishii Kikujirō (1866–1945), japanischer Politiker; (u. a. Außenminister 1915–1916) und Diplomat; Botschafter in Paris 1912–1915 u. 1920–1927; Delegierter Japans im Völkerbund 1920–1927.

[5] In der Vorlage (S. 390) folgen dankende Worte Ishiis. – Nach Abhandlung weiterer Tagesordnungspunkte, für die Stresemanns Beiträge nicht wörtlich protokolliert sind, folgt in der gleichen Sitzung sein Bericht, der in der Vorlage als Anlage 950 (S. 567–568) unter der Überschrift „Travaux du Comité économique au cours de sa vingt et unième session. Rapport du Dr Stresemann et résolution

Le Comité économique a tenu sa vingt et unième session du 25 février au 3 mars 1927[6]. A la suite de l'aimable invitation formulée par le membre italien du Comité[7], appuyé par le Gouvernement italien, cette session a eu lieu à Rome.

Le rapport dont vous êtes saisis (Annexe 950 a)[8] indique que le Comité, en ce qui concerne certaines des questions examinées, préférerait attendre les résultats de la prochaine Conférence économique internationale[9] ou ceux des études qu'il poursuit, avant d'aboutir à des conclusions précises ou d'entreprendre de nouveaux travaux.

Toutefois, il y a un certain nombre de problèmes au sujet desquels le Comité économique demande au Conseil de prendre une décision. Il s'agit, en premier lieu, de la Conférence envisagée **pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation.** Vous vous souviendrez qu'en septembre dernier, le Conseil a autorisé la convocation de cette conférence[10], en laissant au Secrétaire général[11] le soin d'en fixer la date exacte, d'accord avec le président du Comité économique[12] et le président du Comité préparatoire de la Conférence économique internationale[13]. Immédiatement après la session du Comité préparatoire[14], en novembre dernier, les deux présidents et le Secrétaire général ont estimé qu'avant de fixer la date exacte, il serait préférable d'attendre les résultats de la Conférence éco-

---

adoptées par le Conseil le 11 mars 1927" separat vom Protokoll gedruckt ist und hier danach wiedergegeben wird.

[6] Zum Programm dieser Tagung der Wirtschaftskommission vgl. WIENER ZEITUNG, Nr. 46 vom 25. Februar 1927, S. 8; zusammenfassend zu den Ergebnissen: NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22438 (Morgenausgabe) vom 4. März 1927, S. 1.

[7] Alberto Pirelli (1882–1971), italienischer Industrieller; Präsident der Internationalen Handelskammer 1927–1929.

[8] So in der Vorlage. Die betr. Anlage findet sich dort S. 569–590.

[9] Am 24. September 1925 hatte die Völkerbundsversammlung beschlossen, eine Weltwirtschaftskonferenz einzuberufen, und am 15. Dezember 1925 der Völkerbundsrat Experten zur Vorbereitung dieser Konferenz ernannt (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 453 u. 456). Im April und November 1926 hatten zwei Tagungen zur Vorbereitung dieser Wirtschaftskonferenz stattgefunden (vgl. ebd., 67 [1926], S. 459 u. 493). Im Dezember 1926 hatte der Völkerbundsrat den Beginn der Konferenz auf den 4. Mai 1927 festgesetzt (vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 623).

[10] Am 7. September 1926 hatte der Völkerbundsrat „auf Antrag von Vandervelde die Einberufung einer internationalen Konferenz von Regierungsvertretern zum Zwecke der Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote" beschlossen (NEUE FREIE PRESSE, 22265 [Morgenausgabe] vom 8. September 1926, S. 1).

[11] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

[12] Vermutlich handelt es sich um Sir Hubert Llewellyn Smith (1864–1945), Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung; Mitglied (und zeitweilig Präsident) der Wirtschaftskommission des Völkerbunds 1920–1927.

[13] George Theunis (1873–1944), belgischer Ministerpräsident 1921 – 5. April 1925 u. 1934–1935. – Stellvertretender Vorsitzender bzw. Vorsitzender des Vorbereitungskomitees der Internationalen Weltwirtschaftskonferenz seit 1925 bzw. 1926; Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz 1927.

[14] Vgl. oben mit Anm. 9.

nomique.

Toutefois, le Comité économique, lors de sa dernière session[15], avait abouti à la conclusion, qu'il y aurait de grands avantages à ce qu'une date provisoire pût être fixée sans délai. Les membres de la Conférence économique internationale sauront ainsi, lorsqu'ils se rencontreront en mai[16], qu'une conférence diplomatique sur les prohibitions aura lieu à une date prochaine. En outre, les gouvernements disposeront de plus de temps pour la préparation de cette conférence. Il sera toujours loisible au Conseil de revenir en juin sur la décision prise, si, en raison des circonstances, il devenait nécessaire de modifier la date fixée.

Je crois qu'il n'y a pas d'objection à ce que le Conseil accepte cette proposition et je suggérerai la date du 14 novembre 1927 comme une date appropriée pour la réunion de cette conférence.

Le Comité économique était saisi des premiers rapports des gouvernements sur **l'application de la Convention internationale pour la simplification des formalités douanières[17].** Le Comité a pu constater avec satisfaction que, pour la plupart, les gouvernements se conforment aux dispositions de la Convention, dont les avantages se font déjà sentir d'une manière générale. Je suis heureux d'annoncer au Conseil que, depuis septembre dernier, la Convention a été ratifiée par sept nouveaux Etats: la Norvège, la France, le Protectorat français du Maroc, la Régence de Tunis (protectorat français), la Bulgarie, la Suisse et la Tchécoslovaquie, ce qui porte à vingt-cinq le nombre total des ratifications et des adhésions. Etant donné les rapports encourageants des gouvernements, en ce qui concerne l'application des dispositions de la Convention, le Comité économique croit le moment venu d'entreprendre l'étude des recommandations annexées à l'article 14 de la Convention[18], et, en conséquence, il a inscrit cette question à son ordre du jour. Ces recommandations se réfèrent au dédouanement des marchandises, à la visite des bagages des voyageurs, au régime des marchandises en entrepôts, etc.

Pour ce qui est de la question assez complexe des **fausses déclarations,** le Comité économique propose de demander à quelques juristes et experts en matière

---

[15] Gemeint ist wohl die oben (vgl. mit Anm. 6) genannte Tagung.

[16] Vgl. oben mit Anm. 9.

[17] Gemeint ist das Abkommen zur Vereinfachung von Zollformalitäten, das eine vom Völkerbund einberufene Zollkonferenz am 3. November 1923 beschlossen hatte und das inzwischen von zahlreichen Staaten unterzeichnet und ratifiziert worden war (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 430). Text des Abkommens samt zugehörigem Protokoll in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 673–707.

[18] In Art. 14 des Abkommens verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten zur Prüfung weiterer und im Abkommen genannter Methoden zur Vereinfachungen der Zollformalitäten (vgl. ebd., S. 690–694).

douanière, soigneusement choisis, d'exprimer une opinion sur les diverses propositions qui ont été soumises à la Commission en vue de la suppression des fausses déclarations en douane, au moyen d'une convention internationale ou d'accords bilatéraux.

Avec l'approbation du Conseil, le Comité économique a convoqué, au mois de janvier de cette année, une réunion de quelques juristes éminents pour examiner s'il serait possible d'arriver à un accord international afin de compléter les dispositions du Protocole de 1923[19], en assurant l'exécution des **sentences arbitrales rendues dans un autre pays.** Au cours de leur première réunion, les experts n'ont pu aboutir à des conclusions définitives et la Comité nous informe qu'ils ont l'intention d'achever d'ici peu leurs travaux.

La question du rapprochement progressif des législations concernant **les lettres de change et les chèques** semble maintenant en voie d'aboutir à une solution pratique. Avec l'approbation du Conseil, les experts choisis par le Comité économique se sont réunis en décembre dernier et ont présenté un rapport détaillé dans lequel ils ont indiqué certaines des difficultés pratiques les plus importantes auxquelles se heurte le monde des affaires et qui résultent des divergences existant[es] entre les différentes législations nationales. Le Comité économique se propose maintenant de prier quelques juristes de collaborer avec ces experts et d'établir des textes définitifs concernant les propositions précises sur lesquelles ils pourront se mettre d'accord.

A la suite des travaux du Comité économique, accomplis en collaboration avec l'Institut international de statistique[20] dans le domaine de **l'unification des méthodes de statistiques économiques,** le Comité économique propose la convocation, en 1928, d'une conférence internationale à laquelle les gouvernements seraient priés d'envoyer leurs statisticiens officiels. Cette conférence aurait pour objet de favoriser l'adoption par les divers Etats de méthodes uniformes dans l'établissement des statistiques économiques. Je crois que le Conseil pourrait accepter en principe cette suggestion, mais qu'il pourrait attendre d'avoir reçu les propositions concrètes du Comité économique avant de fixer le programme de cette conférence et la date à laquelle elle devrait avoir lieu.

En conséquence, j'ai l'honneur de proposer au Conseil l'adoption des résolutions

---

[19] Vgl. oben mit Anm. 17.

[20] Das International Statistic Institute wurde 1885 von Statistikern gegründet und als Nicht-Regierungs-Organisation betrieben zum Zweck, die Grundlage internationaler statistischer Daten zu verbessern.

suivantes :

« Le Conseil :

a) Approuve le rapport du Comité économique sur sa vingt et unième session ;

b) Décide de convoquer à Genève une conférence diplomatique de représentants dûment autorisés des gouvernements membres et non membres de la Société des Nations en vue d'établir une convention internationale tendant à l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation. Les invitations aux Etats seront accompagnées de la documentation préparatoire déjà établie à cet effet par le Comité économique. La date de cette conférence est provisoirement fixée au 14 novembre 1927.

c) Approuve en principe la proposition du Comité économique de convoyer, au cours de l'année 1928, une conférence de statisticiens officiels en vue de l'adoption de méthodes uniformes dans l'établissement des statistiques économiques. »[21]

[21] In der Vorlage, dem Protokoll, findet sich S. 396 der abschließende Vermerk: „Ces résolutions sont adoptées."

Rede vor den deutschen Studenten in Genf vom 11. März 1927[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 189 (2. Morgenausgabe) vom 12. März 1927.

Studieren bedeutet, sich auf künftige Führung und Verantwortung vorzubereiten. Geistige Anstrengung wird Deutschland seine alte Stellung wiedergeben.

Ich spreche mit besonderm Vergnügen zu Ihnen, weil ich darum ringe, daß die **Ideen der Außenpolitik,** die ich für richtig erachte, **verstanden werden gerade von dem werdenden Geschlecht** und von denen, die berufen sind, später einmal mitführend in unsern Reihen tätig zu sein. Es ist derselbe Gedanke, von dem aus ich einmal das, was ich über die deutsche Entwicklung empfinde, zusammengefaßt habe in einem Vortrag im Auditorium maximum der Berliner Universität vor dem Verein deutscher Studenten[2]. Studieren bedeute schließlich nicht, eine vorgefaßte Meinung sich aneignen, sondern ein Lernender zu bleiben und alles das zu erfassen, was vorgeht in der Welt, was derjenige immer bedenken soll, dem die Gunst der Verhältnisse die Möglichkeit gibt, studieren zu können. Denn wie viele wären dankbar, wenn ihnen diese Möglichkeit gegeben wäre. Deshalb müssen Sie sich auch darüber klar sein, daß Sie mit Ihrem Studium eine Verantwortung auf sich nehmen. Nicht nur um irgendwie später einen Beruf auszufüllen, sollen Sie studieren; denken Sie immer daran, daß, wenn unsre studierende Jugend stumpf wird, uns das Salz fehlt, mit dem wir salzen müssen. Es ist etwas Großes, zu einer **Führung** bestimmt sein zu können. Daraus erwächst aber auch die **Verantwortung, sich um das zu kümmern, was in der Welt vorgeht.** Wenn wir nicht mehr durch materielle Macht in der Welt vorwärts kommen können, dann müssen wir um so mehr **an das Geistige denken.** Nach dem Frieden von Tilsit[3] ist die Berliner Universität eingeweiht worden, in einer der schwer-

---

[1] Laut einem kurzen paraphrasierenden Artikel in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 120 (Morgenausgabe) vom 12. März 1927, empfing Stresemann „trotz der außerordentlichen Anforderungen dieses Tages [...] die hiesigen deutschen Studenten, etwa fünfzig Herren und eine Anzahl Damen, im Hotel Métropol". Dem Empfang wohnten auch drei deutsche Professoren bei. – In der Vorlage heißt es einleitend: „Dr. Stresemann empfing heute abend die deutschen Studenten in Genf zu einem gemütlichen Beisammensein, in dessen Verlauf Professor Askenasy von der hiesigen Universität den Reichsminister und seine Politik für den Wiederaufstieg Deutschlands feierte. Dr. Stresemann dankte für den Empfang, den ihm am Tage seiner Ankunft in Genf die deutsche Studentenschaft am Bahnhof bereitet hatte, und fuhr fort:"

[2] Vgl. in dieser Edition die betreffende Rede Stresemann vom 6. Juli 1926.

[3] Der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs hatte den Charakter eines Diktatfriedens und stufte Preußen zur Mittelmacht zurück. Er

sten Zeiten unsrer Geschichte, und ihr Grundstein wurde gelegt mit den Worten[4]: „Wir müssen an geistigen Kräften gewinnen, was wir an materieller Macht verloren haben.“ Wenn in diesem Sinne und in der Erkenntnis, alle Kräfte anzuspannen, um wieder die Weltgeltung zu erreichen, auf die wir ein Recht haben, alle Geister angespannt werden, dann braucht uns nicht bange zu sein. Dann werden wir auch bald feststellen können, daß unsre Entwicklung ein gutes Stück vorwärts gegangen ist. Dann können wir auch mit Optimismus an eine glückliche fernere Entwicklung denken. Daß in diesem Sinn die Zeit, die Sie auf fremdem Boden verbringen, bedeutsam sein möge für Ihre gesamte geistige Entwicklung, und daß diese Zeit, die Sie in einer Stadt verbringen, in der es nicht immer leicht war, sich als Deutscher zu betätigen, für Sie von Vorteil sein möge, darauf erhebe ich mein Glas.[5]

sah u. a. hohe Kriegskontributionen und eine vorübergehende französische Besatzung in Preußen vor. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[4] Tatsächlich soll Friedrich Wilhelm III. mit den nachfolgend zitierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

[5] Die Vorlage schließt: „Einer der deutschen Studenten sprach dann im Namen der Studentenschaft einige Worte des Dankes, die in ein Hoch auf Deutschland ausklangen, worauf stehend das Deutschlandlied gesungen wurde.“

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 12. März 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 402–403, 405–407, 411–412, 414 u. 416. – Teildrucke (in deutscher Sprache) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 120 (Abendausgabe) vom 12. März, u. Nr. 121 vom 13. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 120 (Abendausgabe) vom 12. März, u. Nr. 121 vom 13. März 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 120 (Abendausgabe) vom 12. März, S. 1, u. Nr. 121 vom 13. März 1927, S. 2; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 122 vom 13. März 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22448 vom 13. März 1927, S. 8–9; SCHULTHESS 68 (1927), S. 513; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 119–120.

Auch wenn juristisch alleine der Elternwille zählt, stimmt Deutschland dem vorgeschlagenen oberschlesischen Schulkompromiß um der Beilegung des aktuellen Problems willen zu. Bedingungen für den von Frankreich gewünschten Bahnschutz im Saargebiet und Verständigung auf eine entsprechende Einigung.

[...][2]

Le **Président[3].** – Le Gouvernement allemand considère la proposition soumise par les représentants de la Colombie[4], de l'Italie[5] et des Pays-Bas[6] comme un moyen de sortir des difficultés qui ont récemment surgi au sujet des écoles minoritaires de la

---

[1] Aus der Berichterstattung in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 121 vom 13. März 1927, und KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 190 (Abendausgabe) vom 12. März 1927, geht hervor, daß Stresemann in der Sitzung dieses Tages wohl deutsch sprach; mithin würde es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handeln.

[2] Urrutia, der kolumbianische Völkerbundsdelegierte, erstattet im Namen einer am 8. März 1927 vom Rat eingesetzten Dreierkommission zur Beschwerde des oberschlesischen „Deutschen Volksbundes" gegen die Einschränkungen des Besuchs der Minderheitenschulen im ehemals deutschen und nun polnischen Teil Oberschlesiens den Bericht; dieser läuft im wesentlichen darauf hinaus, daß Polen akzeptieren muß, daß des Deutschen mächtige Kinder, andererseits aber nur diese das Recht auf den Besuch einer deutschen Minderheitsschule haben sollen; in Zweifelsfällen entscheidet der Völkerbundsbeauftragte Calonder, dem für diesen Zweck ein schweizerischer Schulinspektor als Berater beigegeben wird (in der Vorlage: S. 400–402). Danach ergreift Stresemann das Wort.

[3] Stresemann präsidierte in dieser Session und damit auch in der Sitzung dieses Tages dem Völkerbundsrat.

[4] Francisco José Urrutia (1870–1950), kolumbianischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1908–1909 u. 1913–1914; Gesandter in Madrid u. Bern seit 1918; Vertreter Kolumbiens beim Völkerbund 1920–1930.

[5] Vittorio Scialoja (1856–1933), italienischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1919–1920; Vertreter Italiens beim Völkerbund 1921–1932. – Er hatte mit Urrutia und dem nachfolgend angesprochenen Doude van Troostwijk in der in Anm. 2 erwähnten Dreierkommission gewirkt.

[6] Willem Isaac Doude van Troostwijk (1868–1957), niederländischer Diplomat; Gesandter in Bern 1924–1934; niederländischer Vertreter beim Völkerbund. – Er hatte mit Urrutia und Scialoja in der in Anm. 2 erwähnten Dreikommission gewirkt.

Haute-Silésie polonaise[7]. Permettez-moi d'exprimer aux membres du Conseil qui ont rédigé ce rapport mes remerciements pour leurs efforts.

Je désire cependant faire observer que le rapport que nous venons d'entendre laisse ouverte la question juridique qui se pose à l'occasion de cette affaire. Je vais ajouter quelques mots à ce sujet.

Les articles 74 et 131 de la Convention de Genève[8] stipulent d'une façon tout à fait explicite que les déclarations des parents d'élèves ne pourront être ni vérifiées ni contestées et, à mon avis, il ne peut y avoir de doute que l'avis émis par M. Calonder[9] fixe la situation juridique d'une façon absolument exacte. Il s'ensuit qu'il est juridiquement hors de doute que même un enfant sachant exclusivement le polonais doit pouvoir être admis à l'école minoritaire. Il faudra, à l'avenir, maintenir rigidement le principe que la décision sur le point de savoir à quelle école doit aller l'enfant dépend uniquement de la volonté exprimée par ses parents, quelle que soit la langue parlée par l'enfant. Je suis heureux de me trouver en accord sur ce point avec les vues du Gouvernement polonais, qui dans une note en date du 19 juillet 1921[10], relative aux écoles polonaises de la Ville libre de Dantzig, a déclaré que « la question de savoir si l'enfant parle le polonais ou est d'origine polonaise doit être déterminée exclusivement par déclaration orale ou écrite de son représentant légal. Les autorités scolaires n'ont pas qualité pour soumettre à un examen les faits énoncés dans la déclaration des parents. [»]

Si le gouvernement allemand, nonobstant la situation juridique que je viens d'esquisser, ne fait pas d'objection au rapport, c'est parce que, comme le souligne le

---

[7] Vgl. oben Anm. 2.

[8] Text der in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Konvention vom 15. Mai 1922 über Oberschlesien samt Anlagen und Ausführungsbestimmungen in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 238–584. – Art. 74 lautet: „Die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit darf von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden." Art. 131 lautet: „Was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist, bestimmt ausschließlich die mündlich oder schriftlich abgegebene Erklärung des Erziehungsberechtigten. Diese Erklärung darf von der Schulbehörde weder nachgeprüft noch bestritten werden."

[9] Felix Calonder (1863–1952), schweizerischer Politiker; Bundespräsident und Außenminister 1918; Beauftragter des Völkerbundes (Vorsitzender der gemischten Kommission) für die Einhaltung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien 1922–1937. – Er hatte am 24. Dezember 1926 erklärt, die Beschwerden des Deutschen Volksbundes seien zutreffend und die polnische Praxis in der Frage der Minderheitenschulen sei ein Verstoß gegen die Genfer Konvention (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371). Offenbar bezieht sich Stresemann auf diese Stellungnahme, deren Ablehnung durch Polen Anfang Januar 1927 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 16. Januar 1927) und die nachfolgende Beschwerde des Deutschen Volksbundes (vgl. ebd., Nr. 31 [Abendausgabe] vom 19. Januar 1927) die Sache zur Völkerbundsratsangelegenheit machte.

[10] Eine entsprechende polnische Note, vermutlich an den Völkerbund, konnte nicht ermittelt werden.

dernier alinéa du rapport[11], il ne saurait s'agir, dans le cas actuel, que d'une solution exceptionnelle, applicable uniquement à une situation exceptionnelle. Cette solution a pour objet de faire face à une circonstance exceptionnelle qu'on ne pouvait prévoir ; dans l'intérêt des enfants, une solution devait être trouvée sans retard et il n'y avait ainsi, malheureusement, aucune possibilité de résoudre le problème juridique qui se pose dans ce cas particulier ; sans quoi, les enfants auraient continué d'être privés de tout enseignement scolaire régulier pendant les mois à venir. M. Calonder a également fait ressortir que la situation juridique peut entraîner des inconvénients d'ordre pédagogique ; à ce point de vue aussi, une solution pratique est recommandable.

Cependant, le Gouvernement allemand ne saurait se rallier au rapport, si l'examen des enfants proposé dans le rapport[12], devait être étendu aux contestations qui pourraient surgir à l'avenir et si l'arrangement actuel devait introduire dans la Convention de Genève un nouvel élément permanent quelconque.

Nous espérons bien que la situation juridique ne fera plus surgir à l'avenir aucune question. Toutefois, si cette situation devait être de nouveau mise en question, l'Allemagne serait contrainte d'insister pour qu'il fût pris à son sujet une décision de fond et définitive.

[...][13]

Le **Président.** – Dans sa réponse, le représentant de la Pologne[14] se réfère à un débat qui s'est déroulé à la Diète prussienne au sujet des écoles minoritaires du Schleswig-Holstein[15]. J'ai déjà dit, et je viens de le constater avec satisfaction, que le point de vue du Gouvernement polonais et le mien, en ce qui concerne le droit des parents ou des représentants légaux d'envoyer les enfants dans les écoles

---

[11] Der fünfte und letzte Absatz des Berichts (vgl. oben mit Anm. 2) erklärt einschränkend, daß das vorgeschlagene Verfahren „doit être considéré comme une mesure exceptionnelle, destinée à faire face à une situation de fait non prévue par la Convention du 15 mai 1922; il ne doit rien être interprété comme comportant une modification des stipulations de cette Convention" (S. 401).

[12] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Passus des Berichts (vgl. oben Anm. 2), wonach eine Zulassung von Kindern zu deutschen Minderheitenschulen nicht erfolgen solle, wenn die sie Anmeldenden nicht die Erziehungsberechtigten seien.

[13] Zaleski, der Vertreter Polens im Rat, verweist auf den Hintergrund der polnischen Praxis in Oberschlesien und die Verhandlung des preußischen Landtags vom 9. Juni 1923, in der Ministerpräsident Braun die Aufnahme deutschsprachiger Kinder in die dänischen Minderheitenschulen in Schleswig als Mißbrauch bezeichnet habe. Er erklärt sich jedoch bereit, namens der polnischen Regierung den von der Kommission vorgelegten Vorschlag anzunehmen (in der Vorlage: S. 402).

[14] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941). – Zu seiner Antwort vgl. die vorangehende Anm.

[15] Zur Erklärung Brauns im Preußischen Landtag vom 9. Juni 1923 vgl. SCHULTHESS 64 (1923), S. 111–112.

qu'ils jugent convenables, étaient absolument semblables, en nous l'avons souligné dans la déclaration faite au sujet de Dantzig[16].

Je suis heureux de relever que l'état de détente dans lequel se trouvent l'Allemagne et la Pologne est maintenant si accentué que c'est à un débat à la Diète prussienne que le délégué de la Pologne a dû se référer pour illustrer nos rapports. Je ne manquerai pas de dire à mon collègue prussien, M. Braun[17], que ses paroles ont été citées, car jusqu'à présent, en effet, je ne crois pas que la Prusse ait été prise comme modèle en Pologne.

Pour en revenir à la question juridique, il s'agit en l'espèce d'une question de droit international qui lie deux parties : il faut déterminer, dans ce cas, si l'interprétation peut créer une situation pédagogique défavorable pour les enfants. L'aspect juridique n'étant pas tranché, nous nous tenons pour le moment à ce que M. Calonder a réglé.

[...][18]

Le **Président.** – Permettez-moi d'ajouter quelques mots au rapport de M. Scialoja[19] et aux paroles prononcées par M. Stephens[20].

Comme le règlement du Conseil ne fait pas de distinction entre le président et le délégué du pays qu'il représente, je vous prie de me permettre de parler cette fois au nom de mon pays.

Je suis tout à fait d'accord avec le président de la Commission de gouvernement lorsqu'il déclare que nous devons étudier cette question très soigneusement. Je crois indispensable de trouver ici même une solution, de façon à en terminer avec cette

---

[16] Es ist nicht sicher, worauf Stresemann sich hier bezieht; möglich wäre ein Bezug auf eine deutsche Stellungnahme zur oben (mit Anm. 10) angesprochenen polnischen Note von 1921, wobei diese Stellungnahme allerdings nicht ermittelt werden konnte.

[17] Otto Braun (1872–1955), preußischer Ministerpräsident 1921–1932 (mit kurzer Unterbrechung Januar – April 1925), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD).

[18] Urrutia und anschließend Stresemann (hier nur in indirekter Rede im Protokoll vermerkt) bringen ihre Zufriedenheit zum Ausdruck, daß eine einvernehmliche Lösung gefunden wurde. Stresemann dankt denen, die daran mitgewirkt haben. Das Protokoll hält fest, daß die betreffenden Vorschläge angenommen werden (S. 403). – Im nächsten Tagesordnungspunkt, der nur knapp und in indirekter Rede protokolliert ist, werden entsprechende Regeln für die Minderheitenschulen in anderen ehemals deutschen Teilen Polens beschlossen. – Im folgenden Tagesordnungspunkt erstattet Scialoja Bericht über den vorliegenden Sachstand betreffend die Anträge für das Saargebiet. Dazu nimmt auch Stephens, der Präsident der Regierungskommission des Saargebiets, Stellung (in der Vorlage: S. 403–405), ehe Stresemann das Wort ergreift.

[19] Scialoja legte in seinem Bericht (vgl. die vorherige Anm.) die Vorgeschichte der Frage des Bahnschutzes nach dem bevorstehenden Abzug der französischen Truppen im Saargebiet und die Empfehlungen der Regierungskommission des Saargebiets dar.

[20] George Washington Stephens (1866–1942), kanadischer Politiker; Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes für das Saargebiet seit 1923; deren Präsident 18. März 1926 – 8. Juni 1927. – Stephens hatte in seiner Stellungnahme (vgl. oben Anm. 18) die Empfehlung der Regierungskommission des Saargebiets verteidigt.

question et à laisser la voie libre pour l'examen de problèmes beaucoup plus importants.

Je partage l'opinion de M. Stephens, principalement sur deux points : en premier lieu, j'estime qu'il n'est pas possible de retarder plus longtemps la solution de ce problème. Le président de la Commission de gouvernement nous a montré combien de fois déjà cette question avait été examinée par le Conseil[21] ; la moitié du délai fixé par le statut du territoire de la Sarre[22] s'est déjà écoulée sans qu'aucune solution définitive soit intervenue. Seules des solutions provisoires ont été présentées. Je crois, comme M. Stephens, que cette manière de procéder, si elle devait se prolonger, ne pourrait que porter préjudice au prestige de la Société des Nations. J'estime indispensable de prendre une décision à ce sujet.

En second lieu, je désire souligner que la façon dont cette difficulté sera résolue est également très importante. Le monde entier a les yeux sur le Conseil – gardien du territoire de la Sarre – et la manière dont il résoudra le problème peut faire beaucoup pour augmenter le prestige de la Société des Nations.

C'est la première fois qu'un représentant de la même nationalité que celle dont est originaire la population sarroise prend la parole ici et c'est pourquoi je prends la liberté de faire l'historique de cette question.

Examinons le point de vue juridique :

Cette question est fondée sur l'article 30 du Statut de la Sarre[23], ainsi conçu :

---

[21] **Auf der Völkerbundsratstagung vom Dezember 1926 war die Befassung mit der Saarfrage auf die Tagung vom März 1927 verschoben worden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 587 vom 12. Dezember 1926; zur Beratung der Saarfrage auf und neben der Ratstagung im Dezember 1926 vgl. die Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 611–616, sowie [in dieser Edition] Stresemanns Redebeiträge im ersten Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 11. Dezember 1926).**

[22] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlegruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut") durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. Zum gescheiterten Versuch einer Einigung zwischen Briand und Stresemann vor der hier wiedergegebenen Beratung im Völkerbund vgl. die Aufzeichnung Stresemanns über sein Gespräch mit Briand vom 10. März 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 517–519.

[23] Vgl. die vorangehende Anm.

> « Il n'y aura, sur le territoire du bassin de la Sarre, aucun service militaire, obligatoire ou volontaire. La construction de fortifications y est interdite.
> Seule une gendarmerie locale y sera organisée pour le maintien de l'ordre.
> Il appartiendra à la Commission de gouvernement de pourvoir, en toutes circonstances, à la protection des personnes et des biens sur le territoire du bassin de la Sarre. »

Comme vous le voyez, la seconde partie de la stipulation contenue dans l'article ci-dessus n'autorise que la gendarmerie **seule** pour le maintien de l'ordre : « … Seule une gendarmerie locale y sera organisée pour le maintien de l'ordre. »

Depuis 1920, le Gouvernement allemand, par différentes notes[24], a demandé que les troupes se trouvant dans le territoire de la Sarre fussent rappelées et que le maintien de la paix et de l'ordre fût assuré conformément aux stipulations du Traité. Ce point de vue a été accepté par le Conseil dans plusieurs de ses décisions, puisqu'il a déclaré que la présence de forces militaires dans le bassin de la Sarre n'était que provisoire, en attendant la formation complète de la gendarmerie locale, prévue dans l'article 30. Or, cette gendarmerie locale est, depuis un an, entièrement constituée dans le bassin de la Sarre ; en effet, la Commission de gouvernement a créé une gendarmerie comprenant environ mille hommes. La Commission a déclaré qu'elle était en mesure, avec cette force, dans les circonstances normales, de maintenir l'ordre et de protéger les biens dans le territoire de la Sarre.

Il semble que le moment soit venu de remplacer le système provisoire par une organisation définitive ; le régime du bassin de la Sarre n'a été prévu par le Traité de Versailles[25] que pour une durée de quinze années ; or, sept ans se sont déjà écoulés et une organisation qui « a duré pendant plus de la moitié de la période prévue »[26] ne peut plus être considérée comme provisoire. C'est une des raisons qui m'amènent à insister et à déclarer qu'il est impossible d'ajourner encore la décision.

Dans sa séance du 18 mars 1926, le Conseil, alors que l'Allemagne n'était pas encore Membre de la Société des Nations, a pris une résolution[27] à l'effet d'attirer

---

[24] Vgl. dazu die zahlreichen Aktenstücke zur Saarfrage in den einschlägigen Bänden der AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK.

[25] Text der Versailler Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. Zu den Bestimmungen über das Saargebiet vgl. oben Anm. 22.

[26] Als Zitat, etwa der Vorredner Stresemanns, konnte dies nicht ermittelt werden.

[27] Vgl. dazu DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, B 1 (1926), S. 9.

l'attention de la Commission de gouvernement sur la tâche qui lui incombe de pourvoir, en toute circonstance – lorsque le retrait des troupes aurait été effectué – à la liberté des transports et du transit sur les chemins de fer du territoire de la Sarre et de proposer les mesures qui lui paraîtraient nécessaires en l'occurrence.

Je ne sais pas pourquoi le Conseil a pris cette décision, mais je suis obligé de signaler que dans aucun des rapports émanant de la Commission de gouvernement qui ont été examinés par le Conseil jusqu'au 18 mars 1926 et dans aucun des rapports qui ont été examinés jusqu'à ce jour, il n'a été question de mesure spéciale à prendre pour la liberté et la sécurité des transports et du transit sur le réseau du territoire de la Sarre.

Le Traité de Versailles ne renferme aucune stipulation au sujet de cette liberté des transports et du transit, et cependant, à mon avis, c'est une garantie importante pour la protection des biens et des personnes, qui, d`après l'article 30 du Statut de la Sarre, incombe seulement à la gendarmerie locale.

Il semble aussi que ce point de vue ait été accepté par la Commission de gouvernement, car, dans son rapport du 28 janvier 1926[28], elle dit que, par suite de l'augmentation des forces de la gendarmerie locale, jusqu`à 1005 gendarmes, elle sera en mesure, dans toutes les circonstances normales, de remplir sa tâche de protection des personnes et des biens. Elle ne fait aucune réserve au sujet de la sécurité des transports et du transit sur le réseau. Je dois donc en tirer la conclusion qu'elle a considéré cette protection des transports et du transit comme étant une partie de la tâche qui incombe à la gendarmerie locale. La création de troupes spéciales pour la protection du réseau, à laquelle il est fait allusion dans le rapport de la Commission de gouvernement que nous avons sous les yeux, n'a donc pas été prévue par le Traité de Versailles.

Si cette protection spéciale du réseau de chemin de fer doit être mise en relation avec les besoins des armées d'occupation, à savoir avec la nécessité de créer une ligne d'étape et de protéger la ligne de base avec la patrie, je ferai remarquer alors que le Traité de Versailles a fait une démarcation très nette entre le régime des territoires occupés et celui du territoire de la Sarre. Les premiers sont confiés à une Commission de gouvernement interalliée, à savoir la Commission interalliée du

[28] Der Inhalt und teilweise der Wortlaut des Berichts sind in der in Anm. 18 u. 19 erwähnten Berichterstattung Scialojas wiedergegeben. Zur Entstehung vgl. auch die Schreiben Kossmanns, eines der deutschen Mitglieder der Regierungskommission für das Saargebiet, an Legationsrat Friedberg vom 10. und 20. Februar 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 282–284 u. 367–369).

Rhin[29], tandis que le second a été remis à une Commission de gouvernement nommée par la Société des Nations[30].

Si je laisse de côté ces points de vue juridiques et si je m'en tiens seulement aux considérations pratiques, je puis faire remarquer aussi que, pour retourner dans leur patrie, les troupes interalliées – et en particulier les troupes françaises – n'ont pas besoin absolu d'utiliser le bassin de la Sarre. En effet, en dehors des lignes qui traversent le territoire, il en existe un certain nombre d'autres : la ligne Metz – Diedenhofen – Trèves – Coblence, la ligne Strasbourg – Kaiserslautern – Bingerbruck – Mayence, la ligne Strasbourg – Ludwigshafen – Mayence.

Je dois donc faire toutes les réserves juridiques du Gouvernement allemand au sujet de l'utilisation du territoire de la Sarre comme base d'étape des armées alliées, de même qu'au sujet du maintien de la Commission de réseau, ainsi qu'en ce qui concerne l'appel qui pourrait être adressé à des militaires des garnisons voisines dans le cas extraordinaires.

Je dois donc répéter que la formation d'un corps spécial de protection des chemins de fer n'a pas été envisagée dans le Traité de Versailles. Par conséquent, je dois faire à ce sujet toutes les réserves de droit.

Malgré ce point de vue du Gouvernement allemand, quant à l'aspect juridique de la question, et afin de trouver une solution pratique, définitive et rapide, il me serait possible d'accepter l'établissement d'un corps spécial tel que celui auquel il a été fait allusion, à condition :

1º Qu'une date soit prévue à laquelle les troupes seront retirées ;

2º Que l'effectif de ce corps spécial soit maintenu dans une limite raisonnable de quelques centaines d'hommes ;

3º Que son caractère international soit assuré et qu'il n'ait nulle part le caractère d'une institution interalliée ;

4º Que ce corps ne puisse exercer ses fonctions dans des circonstances exceptionnelles ;

5º Qu'il n'ait point de caractère militaire.

Le Conseil ne pourrait-il adopter le rapport présenté en adhérant aux quelques conditions que je viens d'énumérer ?

---

[29] Zeitgleich mit dem Versailler Vertrag war das Rheinlandkommen zwischen Deutschland und den Besatzungsmächten unterzeichnet worden, das in Art. 2 die Interalliierte Rheinland-Kommission als oberste Behörde der alliierten Mächte vorsah (Text in VERTRAG VON VERSAILLES, [Anh.] S. 1–2).

[30] Zur Regelung für das Saargebiet vgl. oben Anm. 22.

Je voudrais encore éclaircir un point et poser à ce sujet une question au président de la Commission de gouvernement.

Si j'ai bien compris, les éléments des forces de protection des chemins de fer seraient recrutés parmi des militaires qui garderaient leur ancien uniforme et se contenteraient d'avoir, comme signe distinctif, un brassard. Je crois qu'une solution de cette nature provoquerait des critiques violentes de la part de la population sarroise. En effet, elle pourrait être amenée à dire : « Des troupes s'en vont, d'autres viennent. » A mon avis, il faut éviter de donner un caractère de ce genre aux forces de protection des chemins de fer.

La solution ne dépend pas des principes, je l'ai déjà dit ; il faut que nous trouvions une solution pratique. A cet égard, serait-il indiqué de recruter les éléments du corps en question dans les garnisons voisines ? Ne vaudrait-il pas mieux qu'un organisme créé sous les auspices de la Société des Nations et se trouvant dans un territoire dépendant d'elle ne fût pas composé uniquement de troupes alliées se trouvant en territoire occupé, mais qu'il eût un caractère nettement international, correspondant à la composition de la Société des Nations, qui compte parmi ses Membres et des pays européens et des pays non européens ?

Je me permettrai de répondre encore à quelques points soulevés par le président de la Commission de gouvernement.

Il est important que les locaux, casernes, etc., soient libérés et mis à la disposition de la population sarroise. D'autre part, il est également très important que les troupes d'occupation soient retirées. Je crois que l'on pourrait arriver à une heureuse solution, si l'on pouvait fixer la date approximative à laquelle ces troupes quitteront le territoire.

Enfin, il est aussi très important qu'il soit bien spécifié que les forces de protection des chemins de fer ne seront utilisées que dans des circonstances tout à fait spéciales et exceptionnelles et non pas dans des circonstances normales ; car, si tel devait être le cas, la situation de la population deviendrait pire qu'elle ne l'est actuellement. En effet, nous savons que, pour le moment, les troupes françaises ne peuvent être utilisées qu'en cas d'état de siège. Donc, si les forces de protection des chemins de fer pouvaient être employées à n'importe quel moment, la situation de la population serait aggravée.

Je crois pouvoir affirmer que, vu l'état d'esprit découlant de la politique qui nous a

amenés de Locarno à Genève[31], il n'y a pas lieu d'envisager la possibilité de troubles quelconques dans la Sarre. La population n'est pas agitée, il n'y a aucune émeute, le calme et la tranquillité règnent, de sorte qu'il n'est pas nécessaire de prévoir des mesures exceptionnelles.

Je trouve également que l'effectif prévu est trop élevé. On pourrait tenir compte des circonstances normales en ne plaçant pas un trop grand nombre d'hommes dans le territoire.

Je ne fais pas de proposition définitive en tant que représentant allemand ; je me place au même point de vue que le président de la Commission de gouvernement sur ce point. Je prends sous ma propre responsabilité d'essayer d'arriver à une solution de conciliation, comme je l'ai fait dans l'affaire des minorités en Haute-Silésie[32].

Ainsi que l'a dit le président de la Commission de gouvernement, il est indispensable d'arriver à une solution rapide et pratique et il n'est pas question d'entrer dans des discussions d'ordre juridique.

En conclusion et sans aborder l'aspect juridique de la question, je serais reconnaissant aux membres du Conseil de bien vouloir examiner mes propositions et de compléter éventuellement dans ce sens le rapport présenté par M. Scialoja.

[…][33]

Le **Président** – Le fait que M. Briand[34] vient d'adresser l'expression particulière de ses remerciements à la Commission de gouvernement de la Sarre pourrait donner l'impression qu'il existe une certaine divergence entre lui et moi sur ce point. Je regretterais vivement un tel malentendu. Je comprends très bien que cette question a nécessité un travail difficile.

M. Briand me permettra-t-il de dire quelques mots à propos des remarques qu'il vient de présenter ?

---

[31] Gemeint ist eine Politik im Sinne der Konferenz von Locarno vom 5. bis 16. Oktober 1925 und der dort am 16. Oktober 1925 als deren Ergebnis paraphierten Verträge (Text der Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) sowie des deutschen Völkerbundsbeitritts vom 10. September 1926 (zu Stresemanns Rede vor der Völkerbundsversammlung anläßlich des Beitritts vgl. diese Edition).

[32] Offenbar bezieht sich Stresemann auf den Eingangsteil der hier wiedergegeben Redebeiträge betreffend die Minderheitenschulen.

[33] In der Vorlage, dem Protokoll, ist festgehalten, daß die Fortsetzung der Diskussion auf die Nachmittagssitzung verschoben wird. Dort spricht zunächst Briand (S. 408–411), ehe Stresemann ihm erwidert.

[34] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Briand hatte in seinem Redebeitrag (vgl. die vorherige Anm.) die Anträge der Regierungskommission des Saargebiets befürwortet und Stresemanns Bedingungen abgelehnt (für eine Zusammenfassung seines Beitrags vgl. auch SCHULTHESS 68 [1927], S. 512–513).

Je serais heureux si je pouvais aider à réduire dans toutes les limites du possible les divergences qui existent encore. Je n'examinerai pas les questions juridiques en jeu ; je désire seulement exprimer mon avis sur le point qui m'a causé la plus vive préoccupation. M. Briand nous a dit qu'à son avis, la gendarmerie de la Sarre n'est pas une organisation capable de maintenir l'ordre en période de trouble, par exemple, en face d'une émeute. Le Traité de Versailles interdit à l'Allemagne toute force de protection dans la zone rhénane autre que la gendarmerie[35]. Si pourtant la gendarmerie ne possède aucune autorité adéquate, où pourrait-on la trouver, si le bolchevisme, des grèves, etc., venaient à éclater ? Nous n'avons pas d'autre arme entre nos mains. Bien plus, la zone rhénane a une population extrêmement dense et c'est un pays riche au point de vue industriel ; les usines succèdent aux usines. C'est pourquoi je demande que vous reconnaissiez jusqu'à un certain point à la gendarmerie dans la Sarre l'autorité que vous lui reconnaissez dans cette partie de l'Allemagne. Il existe actuellement en Europe une tendance générale à donner une telle force à l'autorité des gouvernements qu'ils peuvent se dispenser de la coopération du peuple. Ce serait naturellement une situation idéale, car tout mécontentement populaire affaiblit les gouvernements. Néanmoins, ce serait une grave erreur que d'étouffer les critiques populaires : nous devons compter avec l'opinion publique.

Or, M. Briand déclare que la population de la Sarre est dans les meilleurs termes avec les troupes de garnison et, à ce sujet, il nous renvoie à des articles de journaux. Il est vrai que ces relations amicales existent et cela constitue la preuve que la population n'est ni indisciplinée ni incontrôlable. Ce fait est donc en contradiction avec les déclarations de M. Briand sur la possibilité de désordres, etc.

J'ai le plus vif désir que le régime reconnu par la Société des Nations reçoive l'adhésion et l'appui de la population. Je serais heureux d'y aider en ma capacité de représentant de l'Allemagne, pourvu qu'on tienne compte des autres points et des autres propositions. Après sept ans, au cours desquels l'Allemagne n'a eu aucune occasion d'exprimer son point de vue devant vous, je vous demande de reconnaître que nous faisons le sacrifice de l'une de nos plus chères convictions, lorsque nous abandonnons notre demande de règlement des points juridiques en jeu et lorsque nous nous bornons à proposer : **a)** que la nouvelle organisation n'intervienne que **dans les cas exceptionnels** et, **b)** qu'on fixe une **date définitive** pour le retrait des

[35] Art. 43 des Versailler Vertrags untersagte Deutschland, Streitkräfte auf dem linken Rheinufer und in einem Streifen bis 50 km östlich des Rheins zu unterhalten (VERTRAG VON VERSAILLES S. 28).

troupes. Je suis persuadé que le président de la Commission de gouvernement est d'accord sur ces propositions. Je serais heureux si la question de la Sarre, de la création de nouveaux organismes, de nouvelles méthodes, etc., pouvait dès maintenant disparaître une fois pour toutes de l'ordre du jour des sessions du Conseil. La Commission de gouvernement, elle-même, doit avoir notre entière confiance.

[…][36]

Le **Président.** – Le président de la Commission de gouvernement va nous donner son avis sur les deux points où le désaccord subsiste[37]. Je voudrais lui poser une question sur un point particulier. Le Conseil lui demande d'examiner si le chiffre de huit cents doit être l'effectif maximum de la nouvelle force : je voudrais lui demander si cet effectif ne pourrait pas être inférieur à huit cents.

[…][38]

Le **Président.** – Permettez-moi de conclure le débat en disant que le Conseil semble unanime sur les trois points suivants :

1º On doit retirer les troupes dans un délai de trois mois.

2º La nouvelle organisation n'interviendra que dans des cas tout à fait exceptionnels ; et le Conseil est unanime, non seulement sur ce point, mais aussi pour estimer que la nouvelle organisation sera subordonnée à la Commission de gouvernement.

3º La Commission de gouvernement examinera de nouveau s'il ne serait pas possible de réduire l'effectif de cette force à un chiffre inférieur à huit cents. Sur ce dernier point, je considère que l'accord général existe et la décision sera prise par la Commission de gouvernement elle-même.

Si le rapporteur[39] voulait présenter une formule donnant pour instructions à la Commission de gouvernement de procéder à un nouvel examen de ce point, je pense qu'il me serait possible, en ma qualité de représentant de l'Allemagne, de me rallier au rapport, tout en regrettant vivement qu'on ne puisse pas régler une question

---

[36] Im folgenden (in der Vorlage: S. 412–414) machen Chamberlain und Scialoja Vermittlungsvorschläge und weisen darauf hin, daß lediglich in zwei Punkten zwischen Stresemann und Briand bzw. den Vorschlägen der Regierungskommission des Saargebiets noch Dissens bestehe, nämlich hinsichtlich der Stärke und der von Stresemann gewünschten Internationalität des Bahnschutzes.

[37] Vgl. die vorangehende Anm.

[38] Im folgenden (in der Vorlage: S. 414) antwortet Stephens auf die ihm gestellten Fragen: Die Stärke des Bahnschutzes sei das Ergebnis eines Kompromisses in der Regierungskommission des Saargebietes gewesen; die Frage der Zusammensetzung des Bahnschutz-Korps sei dort nicht ausführlich diskutiert worden. Der belgische Vertreter Vandervelde führt aus (in der Vorlage: S. 414–416), daß der Rat zu einer Einigung kommen und dabei das Funktionieren des Bahnschutzes im Vordergrund stehen müsse.

[39] Gemeint ist Scialoja (vgl. oben Anm. 18 u. 19).

où je suis plus profondément intéressé encore comme Membre de la Société qu'en ma qualité de représentant de l'Allemagne.

Quant à la question de savoir s'il est mieux ou pire pour nous, Allemands, que le recrutement des troupes soit fait en France, en Belgique ou en Grande-Bretagne, ou dans tout autre pays, plutôt que parmi les habitants de la Sarre, c'est une question à laquelle on ne peut répondre. Il arrive très fréquemment que la parenté soit loin de constituer un avantage dans la vie privée, et il est possible qu'il en soit de même dans la vie internationale. Mais c'est le point de vue pratique qui m'amène à insister vivement sur cette question ; je le fais parce que je prévois les difficultés pratiques qui pourront surgir. La Société des Nations, expression du principe de l'universalité, doit se prononcer sur ce point. Les remarques de M. Vandervelde[40] semblent aussi l'indiquer.

Je regretterais vivement qu`à la première session où je remplis les fonctions de président du Conseil, on n'arrivât pas à une conclusion sur une question qui n'est pas une question personnelle. Par conséquent, si mes collègues sont d'accord, et j'ai confiance que M. Briand donnera également son adhésion, nous pourrons approuver le rapport sous cette forme.

[…][41]

[40] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Zu seinem Redebeitrag in der Sitzung vgl. oben Anm. 38.

[41] Im folgenden spricht Briand in zustimmendem Sinne und legt Scialoja einen entsprechenden Beschlußentwurf vor (in der Vorlage: S. 416–417; Text auch in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 122 vom 13. März 1927). Im Protokoll (S. 417) ist festgehalten, daß dieser Beschluß einstimmig angenommen wird. – Zu Stresemanns eigener, wohl noch am gleichen Tag angefertigter, aber erst am Folgetag abgegangenen telegraphischen Berichterstattung an Reichspräsident Hindenburg über Verlauf und Ergebnis der Sitzung vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 530–533.

Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. S. 630–633 u. 635–637. – Drucke auch in HUBATSCH, S. 270–273, 274, 275–276; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 560–564 u. 565–567.

Referiert und verteidigt die Ergebnisse der Genfer Völkerbundsratsverhandlungen, unter anderem zu den Fragen der oberschlesischen Minderheitenschulen, Danzigs und des Bahnschutzes im Saargebiet. In den begleitenden Gesprächen wurden die deutsch-polnischen Beziehungen, die Rheinlandräumung und die britisch-sowjetischen Spannungen angesprochen; zu letzteren wird Deutschland nicht Partei ergreifen. Erklärt seine Verhandlungen gegenüber Rückfragen aus dem Kabinett.

[...][2]

Reichsminister Dr. Stresemann: Die Fragen, die in Genf behandelt wurden[3], betrafen zum Teil die deutsch-polnischen Verhältnisse, zum anderen Teil allgemeine politische Angelegenheiten. – Zur ersten Kategorie gehörten drei verschiedene Fragen: Die erste war das Vorgehen der Polen gegen die deutschen Minderheitsschulen[4]. Die polnische Regierung hat sich in brutaler Art über die gesetzlichen Bestim-

---

[1] Die Vorlage erläutert (S. 629, Anm. 1), daß der Text auf einer Niederschrift Meissners beruhe. – Laut der Berichterstattung in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 126 (Morgenausgabe) vom 16. März 1927, tagte der Ministerrat „im Palais des Reichspräsidenten".

[2] Reichspräsident Hindenburg eröffnet die Sitzung und schlägt vor, daß Stresemann im Zusammenhang über die Völkerbundsberatungen in Genf berichten solle und erst anschließend Fragen der anwesenden Minister gestellt werden sollten.

[3] Gemeint sind die Völkerbundsratstagung vom 7. bis 12. März 1927 und die an deren Rande geführten Gespräche (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 68 [1927], S. 510–514). – Zu den im folgenden ausführlicher behandelten Fragen des Saargebiets und der ostoberschlesischen Minderheitenschulen hatte Stresemann Hindenburg bereits am 13. März 1927 schriftlich Bericht erstattet (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 530–533).

[4] Im vormals deutschen und nun polnischen Ostoberschlesien war es zu einem Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Volksbund, einer Organisation der dortigen deutschen Minderheit, über das Recht des Besuchs von Minderheitenschulen gekommen. Nach erfolglosen Protesten des Volksbundes und einer Entscheidung Calonders, des Völkerbundsbeauftragten in Ostoberschlesien, im Sinne der Beschwerde des Deutschen Volksbundes (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371), die von der polnischen Regierung nicht akzeptiert wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 15. Januar 1927), gelangte die Frage vor den Völkerbundsrat, der zuletzt am 12. März 1927 darüber verhandelte (zu den Redebeiträgen Stresemanns in dieser Sitzung vom 12. März 1927 vgl. diese Edition).

mungen des Genfer Abkommens[5] und die Rechte der Eltern hinweggesetzt und zwangsweise deutsche Kinder in polnischen Schulen untergebracht. Der Deutsche Volksbund hat sich hiergegen gewandt[6]; der Vertreter des Völkerbundes in Oberschlesien Calonder[7] hat die deutsche Rechtsauffassung verteidigt, und die Angelegenheit ist, da Polen sich immer weiter weigerte, die deutschen Ansprüche anzuerkennen, beim Völkerbundsrat anhängig geworden[8]. Der Völkerbund hat den Bericht seiner Kommission einstimmig angenommen und damit den polnischen Standpunkt scharf verurteilt[9]. Es ist durch diesen Beschluß zum Ausdruck gebracht worden, daß alle Strafmaßnahmen gegen Eltern, die ihre Kinder in deutschen Schulen untergebracht haben, aufgehoben sind; es ist ferner darin ausgesprochen worden, daß deutsche Kinder in die deutschen Minderheitsschulen gehören, und nur dann, wenn sie nicht Deutsch können, in polnische Schulen gehen müssen; die Entscheidung darüber aber, ob ein Kind Deutsch kann oder nicht, ist den polnischen Behörden entzogen und in die Hand Calonders und eines Schweizer Schulmannes[10] gelegt worden. Diese Lösung ist für uns durchaus annehmbar. Für meine Zustimmung hierzu war entscheidend, daß die Vertreter des Deutschen Volksbundes in Kattowitz, die in Genf mit anwesend waren, mir ihre volle Zustimmung zu dieser Entscheidung erklärten[11]. Das haben sie auch in der Kattowitzer Zeitung zum Ausdruck gebracht[12]. – Die zweite Frage der deutsch-polnischen Beziehungen war die Finanzierung der Freien Stadt

---

[5] Text der in Genf abgeschlossenen deutsch-polnischen Konvention vom 15. Mai 1922 über Oberschlesien samt Anlagen und Ausführungsbestimmungen in REICHSGESETZBLATT 1922 II, S. 238–584. – Einschlägig für die Frage des Schulbesuchs sind Art. 74 („Die Zugehörigkeit zu einer völkischen, sprachlichen oder religiösen Minderheit darf von den Behörden weder nachgeprüft noch bestritten werden.“) u. Art. 131 („Was die Sprache eines Kindes oder Schülers ist, bestimmt ausschließlich die mündlich oder schriftlich abgegebene Erklärung des Erziehungsberechtigten. Diese Erklärung darf von der Schulbehörde weder nachgeprüft noch bestritten werden.“)

[6] Vgl. oben Anm. 4.

[7] Felix Calonder (1863–1952), schweizerischer Politiker; Bundespräsident und Außenminister 1918; Beauftragter des Völkerbundes (Vorsitzender der gemischten Kommission) für die Einhaltung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien 1922–1937. – Er hatte am 24. Dezember 1926 erklärt, die Beschwerde des Deutschen Volksbundes sei zutreffend und die polnische Praxis in der Frage der Minderheitenschulen ein Verstoß gegen die Genfer Konvention (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371).

[8] Zur schließlichen Beschwerde des Volksbundes an den Völkerbund vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 35 (Morgenausgabe) vom 22. Januar 1927.

[9] Vgl. oben Anm. 4.

[10] Die Ernennung einer konkreten Person war bisher offenbar noch nicht erfolgt (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 532).

[11] In seiner Berichterstattung vom 13. März 1927 an den Reichspräsidenten (vgl. oben Anm. 3) schreibt Stresemann, daß „der Vertreter“ des Volksbundes die Annahme des Kompromisses mitgetragen habe (S. 533); sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[12] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch dessen paraphrasierende Wiedergabe in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 125 (Abendausgabe) vom 15. März 1927.

Danzig[13], um die lange Zeit gekämpft worden ist. Die Anleiheverhandlungen Danzigs, die mit deutschen Banken geführt und von dem deutschen Vertreter im Finanzkomitee Dr. Melchior[14] in hervorragender Weise gefördert worden sind, sind nun zum Abschluß gebracht worden, und zwar im Sinne der Stadt Danzig. – Die dritte Frage aus dem deutsch-polnischen Gebiet betrifft die außerhalb der Völkerbundsratssitzungen berührten deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen. Der Polnische Außenminister Zaleski[15] hat Unterhandlungen mit mir gesucht, nicht ich. Wir sind zu dem Ziele gekommen, daß Zaleski bei Pilsudski[16] versuchen wird, dessen Zustimmung dazu zu erhalten, daß vor neuen Verhandlungen über die Wirtschaftsfragen Spezialverhandlungen über Niederlassungsrecht und Ausweisungen[17] stattfinden, für die drei Monate in Aussicht genommen sind; während dieser Zeit wird Polen keine Ausweisungen verfügen; wenn diese Spezialverhandlungen zu einer Einigung geführt haben, dann erst sollen die Wirtschaftsverhandlungen aufgenommen werden. Polen will übrigens die hierfür eingesetzte Kommission mit anderen Herren besetzen. Zu diesem polnischen Entgegenkommen ist meines Erachtens die Ursache die, daß die polnischen Verhandlungen über eine Anleihe in Amerika gescheitert sind[18] und daß Polen bedeutet wurde, daß bei einem Zollkrieg mit Deutschland auf eine Anleihe nicht zu

---

[13] Über die desolate Finanzsituation Danzigs, das durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden war (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67), und die Möglichkeiten und Bedingungen einer Anleihe war bereits wiederholt im Völkerbund beraten worden (vgl. etwa in dieser Edition den Ersten Redebeitrag Stresemanns im Völkerbundsrat in Genf vom 9. Dezember 1926). In seiner Sitzung vom 10. März 1927 (vgl. SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 [1927], S. 382–388) hatte der Völkerbundsrat durch seine zustimmende Beschlußfassung über einen Bericht des Finanzkomitees den Weg für eine Anleihe für Danzig freigemacht (vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in dieser Sitzung).

[14] Carl Melchior (1871–1933), deutscher Bankier und Politiker; Mitglied im Finanzausschuß des Völkerbundes seit 1926; dessen Vorsitzender 1928–1929.

[15] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941). – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Unterredung mit Stresemann in Genf vom 9. März 1927 vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 507–510.

[16] Józef Piłsudski (1867–1935), polnischer Staatspräsident 1918–1922; Marschall von Polen seit 1920; nach Staatsstreich und zeitweilig autoritär regierend als polnischer Ministerpräsident (Oktober 1926 – Juni 1928 u. 1930) bzw. als Kriegsminister (Oktober 1926 – 1935).

[17] Am 12. Februar 1927 war dem polnischen Bevollmächtigten für die Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt worden, daß weitere deutsch-polnische Verhandlungen über einen Handelsvertrag erst erfolgen würden, wenn die Frage der polnischen Ausweisungen Deutscher, insbesondere aus Oberschlesien, befriedigend geregelt sein würde (vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft Warschau vom 12. Februar 1927: ebd., S. 304–306; vgl. auch die Aufzeichnung Schuberts für seine Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 16. Februar 1927: ebd., S. 326–329; zur Übergabe der entsprechenden Note: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 74 vom 12. Februar 1927). Polen hatte die deutsche Forderung nach Verhandlungen über die Ausweisungsfrage umgehend zurückgewiesen (vgl. ebd., Nr. 77 [Abendausgabe] vom 15. Februar 1927).

[18] Hierzu konnte nichts ermittelt werden.

rechnen sei.

Von den anderen politischen Fragen, die auf der Tagesordnung standen, war die wichtigste die Saarfrage[19]. Ich muß hierbei daran erinnern, daß ehe wir in den Völkerbund eingetreten sind[20], der Rat sich schon grundsätzlich dahin festgelegt hatte, der Saarregierung eine gewisse Truppe zur Sicherung des Eisenbahnverkehrs zur Verfügung zu stellen[21]. Den ersten Vorschlag, den die Regierungskommission des Saargebiets in dieser Richtung gemacht hatte, hat der Völkerbundsrat zurückgewiesen, da er nur mit drei gegen zwei Stimmen angenommen worden war[22]. Der zweite Vorschlag der Saarregierung, der dahin ging, eine von den okkupierenden Mächten zu stellende Truppe in Stärke von 800 Mann als Bahnschutz im Saargebiet zu behalten, war von der Regierungskommission einstimmig beschlossen worden[23]. Der deutsche Vertreter[24] hatte sich bedauerlicherweise der Stimme enthalten. Damit waren wir von vornherein schon stark festgelegt und gebunden. Ich habe in meinen Verhandlungen mit Briand[25] und Chamberlain[26] versucht, von dieser Formation los-

---

[19] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. – Die im folgenden von Stresemann wiedergegebenen Beratungen in der vorangehenden Völkerbundsratssession beziehen sich vornehmlich auf die Sitzung vom 12. März 1927 (vgl. dazu in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der Sitzung).

[20] Deutschland war am 10. September 1926 in den Völkerbund und damit in dessen Rat eingetreten (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Völkerbundsversammlung anläßlich des Beitritts).

[21] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen diesbezüglichen Beschluß des Völkerbundsrates vom 18. März 1926 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 569 mit Anm. 3; vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 131 [Abendausgabe] vom 18. März 1926).

[22] Zum Inhalt des Vorschlags der Regierungskommission vgl. das Telegramm Koepkes an die Botschaft Paris vom 3. Juni 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 569–570). – Mit der von Stresemann angesprochenen Zurückweisung ist vermutlich der in der Völkerbundsratssitzung vom 11. Dezember 1926 gefaßte Beschluß gemeint, mit dem die Saarregierung zu einer neuen Vorlage aufgefordert wurde (vgl. DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 42, B 2 [1926], S. 33–34).

[23] Zum Inhalt dieses zweiten Vorschlags vgl. das Schreiben Kossmanns an Friedberg vom 20. Februar 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 367–369; Zusammenfassung des Vorschlags auch in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927).

[24] Bartholomäus Kossmann (1883–1952), Mitglied der Nationalversammlung 1919–1920 (für das Zentrum); deutsches Mitglied in der Regierungskommission des Saargebiets 1924–1935. – Kossmann hatte die Motive für seine Enthaltung in dem in der vorangegangenen Anm. angeführten Schreiben erklärt.

[25] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zum nachfolgend angeführten Versuch einer Einigung zwischen Briand und Stresemann vor der Beratung im Völkerbund vgl. die Aufzeichnung Stresemanns über sein

zukommen, aber ohne Erfolg. Briand erklärte mir, er sei von den Dezemberverhandlungen politisch sehr geschwächt nach Paris zurückgekommen[27], man habe ihm die Zurückziehung der Kontrollkommission[28] und andere Zugeständnisse sehr verübelt; einen neuen Echec könne er politisch nicht mehr vertragen. Wir müßten uns damit zufrieden geben, daß die französischen Truppen abzögen, wie wir und die Saarregierung es immer verlangt haben; aber auf einen Bahnschutz, den der Völkerbund bereits grundsätzlich zugestanden hätte, könne er nicht verzichten. Chamberlain stimmte dem im allgemeinen zu, nur hielt er die Ziffer von 800 Mann für zu hoch gegriffen; auch der Vorsitzende der Saarregierung, der Kanadier Stephens[29], hat für seine Person 500 Mann für genügend gehalten. Wir standen also vor der Frage, ob wir es auf eine Diskussion oder eine Abstimmung ankommen lassen wollten. Wir entschlossen uns[30] zunächst für die Diskussion. Diese hat den Vorteil für uns gebracht, daß zum ersten Male in voller Öffentlichkeit die Frage des Saargebiets Mittelpunkt einer Debatte geworden ist und zum ersten Male die Weltöffentlichkeit auf das Verlangen Deutschlands nach völliger Entfernung fremder Truppen, die Frankreich zu Unrecht

---

Gespräch mit Briand vom 10. März 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 517–519.

[26] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zum nachfolgend angesprochenen Gespräch zwischen ihm und Stresemann über die Saarfrage außerhalb der Beratungen des Völkerbundes vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 10. März 1927: ebd., S. 519–520.

[27] Entsprechend hatte sich Briand nicht erst am 10. März (vgl. oben Anm. 25), sondern bereits im ersten Gespräch mit Stresemann in Genf am 6. März 1927 geäußert (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom gleichen Tag: ebd., S: 475–478).

[28] **Im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 12. Dezember 1926 am Rande der Völkerbundstagung (vgl. u. a. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in dem Gespräch) hatte Briand auf deutsches Drängen hin die Bereitschaft bekundet, die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission, der die Aufgabe zur Überwachung der deutschen Abrüstung übertragen war, am 31. Januar 1927 zu beenden (Text des am 12. Dezember 1926 von den Außenministern der Locarno-Mächte und dem japanischen Vertreter Ishii verabschiedeten Protokolls, mit dem die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 beschlossen wurde, in SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498).**

[29] George Washington Stephens (1866–1942), kanadischer Politiker; Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes für das Saargebiet seit 1923; deren Präsident 18. März 1926 – 8. Juni 1927.

[30] Gemeint ist vermutlich: in einer Beratung der deutschen Delegation vom 11. März 1927 (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 120 [Morgenausgabe] vom 12. März 1927).

und gegen den Versailler Vertrag[31] in diesem Gebiet noch hält, erhoben worden ist [sic][32]. Es ist hier deutlich und bestimmt betont worden, daß der Vorschlag der Saarregierung im Versailler Vertrag keinerlei Recht hat. Daß wir bei einer Abstimmung mit unserer Forderung durchkämen, konnten wir nicht erwarten. Deshalb entschlossen wir uns, vier ergänzende Forderungen zu erheben, und zwar: 1) daß ein Termin von 3 Monaten für den Abzug der französischen Truppen festgelegt würde, 2) daß der Bahnschutz nur der Regierungskommission der Saar unterstellt würde und daß seine Beanspruchung nur in außergewöhnlichen Fällen stattfinden dürfe, 3) daß der Bahnschutz international, nicht interalliiert zusammengesetzt würde, und 4) daß er eine geringere Stärke als 800 Mann erhielte. Diese unsere Forderung wurde Gegenstand längerer Verhandlungen; es wurden uns die Forderungen zu 1) und 2) zugestanden und bezüglich der Forderung zu 4) eine nochmalige Nachprüfung der Stärke durch die Saarregierung konzediert. Mit der Forderung zu 3) drangen wir nicht durch. Es wurde dann eine von Scialoja[33] formulierte Resolution in diesem Sinne vorgeschlagen. Es ergab sich für uns die Frage, ob wir gegen die Resolution stimmen und uns überstimmen lassen wollten. Da in der Hauptfrage der Völkerbundsrat sich schon festgelegt und im Prinzip die Notwendigkeit dieses Bahnschutzes zugestanden hatte, da ich auch als Vorsitzender der Kommission[34] eine gewisse Verpflichtung hatte, diesen früheren Beschluß zu respektieren und durchzuführen, haben wir uns entschlossen, für die Resolution Scialojas zu stimmen.

Gegenüber Pressenachrichten und Gerüchten, die in Genf auftauchten, habe ich immer wieder mit [aller][35] Deutlichkeit betont, daß der Standpunkt, den ich bei den Beratungen und Besprechungen in Genf vertreten habe, meine eigene Stellungnahme enthält, und daß die Behauptung unrichtig ist, daß ich von den deutschnationalen Mitgliedern des Kabinetts oder dem Grafen Westarp[36] irgendwelche Weisungen oder

---

[31] Text der Versailler Friedensvertrags vom 28. Juni 1919 im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. Zu dessen Bestimmungen über das Saargebiet vgl. oben Anm. 19.

[32] So in der Vorlage.

[33] Vittorio Scialoja (1856–1933), italienischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1919–1920; Vertreter Italiens beim Völkerbund 1921–1932.

[34] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl Vorsitzender oder „Präsident des Völkerbundsrates“, als der Stresemann auf der März-Tagung fungierte.

[35] Das „aller“ fehlt in der Vorlage; es ist jedoch – vermutlich zutreffend – an den beiden anderen nachgewiesenen Druckorten enthalten.

[36] Kuno Graf von Westarp (1864–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DNVP 1920–1930 [deren Parteivorsitzender 1926–1928; Fraktionsvorsitzender 1925–1929], für die Konservative Volkspartei 1930–1932). – Stresemann spielt hier möglicherweise auf eine in außenpolitischer Hin-

Vorschläge bekommen hätte. Ebenso bin ich bei jeder Gelegenheit der Behauptung entgegengetreten, daß die neue Zusammensetzung der Reichsregierung[37] eine Änderung unserer Haltung in außenpolitischen Fragen, insbesondere gegenüber dem Völkerbund, hervorgerufen hätte. Im übrigen habe ich bei allen Gelegenheiten verlangt, daß die Zusammensetzung der Saarregierung eine internationale, nicht interalliierte sein müßte, und daher die Abberufung des Belgischen Mitglieds Lambert[38] und seinen Ersatz durch ein neutrales Mitglied verlangt. Das wurde mir mit der Maßgabe zugestanden, daß beim Ausscheiden Lamberts (am 1. April nächsten Jahres) ein neutrales Mitglied ihn ersetzen solle[39].

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung, das Verlangen der Vorlage deutscher Listen über Flugzeugindustrie usw., ist auf mein Verlangen abgesetzt worden[40], da wir den Standpunkt vertraten, Deutschland sei nur verpflichtet, solche Listen bei begründeten Beschwerden vorzulegen, sei aber nicht verpflichtet, sie jetzt schon zu übergeben.

Außerhalb der Tagesordnung wurde die große Frage der Rheinlandräumung und die Beziehung Englands zu Rußland erwogen. In der Frage der Rheinlandräumung[41] differiert der englische Standpunkt wesentlich vom französischen. Briand erklärte, wegen seiner geschwächten Stellung bezüglich der Räumung einstweilen nichts unternehmen zu können[42]. Er habe aber nichts dagegen, wenn Deutschland, gestützt

---

sicht recht scharfe Rede Westarps in Frankfurt a. M. vom 3. März 1927 an (Auszüge in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 105 [Morgenausgabe] vom 4. März 1927).

[37] Am 29. Januar 1927 hatte Reichspräsident Hindenburg eine neue Reichsregierung unter Reichskanzler Marx ernannt, der neben Politikern des Zentrums, der DVP und der Bayerischen Volkspartei auch (teilweise mit wenigen Tagen Verzögerung) fünf Minister der DNVP angehörten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 21). In „Richtlinien“ waren die deutschnationalen Minister auf die „Fortführung der bisherigen Außenpolitik“ verpflichtet worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 516–517, Anm. 3).

[38] Jacques Lambert, belgischer Politiker und Militär; Mitglied in der Regierungskommission des Saargebietes 1920–1928.

[39] Das entsprechende Entgegenkommen hatte Briand in der Unterredung mit Stresemann vom 10. März 1927 (vgl. oben mit Anm. 25) zugestanden.

[40] Die Forderung an Deutschland zur Vorlage von Listen ergab sich aus der unterschiedlichen Interpretation des am 21. Mai 1926 nach langen Verhandlungen in Paris unterzeichneten Luftfahrtabkommens, das die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrags und des Londoner Ultimatums von 1921 für die deutsche Luftfahrt milderte, die zivile Luftfahrt wieder erlaubte und in der Frage der Trennung zwischen militärischer und ziviler Luftfahrt Zugeständnisse an Deutschland enthielt (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 444). Vgl. dazu und zur Absetzung der Frage von der Tagesordnung der Ratssitzungen die Aufzeichnung Schuberts vom 9. März 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 510–511) sowie dessen telegraphischen Bericht und das Telegramm Köpkes an die deutsche Delegation, beide vom 11. März 1927 (ebd., S. 524–526).

[41] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands.

[42] Vgl. dazu die oben Anm. 25 u. 27 genannten Aufzeichnungen Stresemanns über seine Gespräche mit Briand vom 6. und 10. März 1927.

auf Artikel 431 des Versailler Vertrags[43], das Verlangen nach Räumung erhebe; aber er empfehle, wir sollten uns etwas Zeit lasse[n,] damit[44] die öffentliche Meinung Frankreichs allmählich darauf eingestellt werden könne. Ich bin auch der Meinung, daß wir mit dem Antrag erst kommen können, wenn die Restfragen der Ostfestungen und der Ein- und Ausfuhr des Kriegsmaterials[45] geregelt sind, was in etwa zwei Monaten der Fall sein dürfte. Sonst hätten wir von Poincaré[46] zweifellos den Einwand, daß wir die Entwaffnung noch nicht erfüllt hätten, gewärtigen müssen. Der ausländischen Presse gegenüber habe ich unser Räumungsverlangen deutlich und klar angekündigt[47]. Auch wegen der Truppenverminderung habe ich mit Briand gesprochen[48], der mir antwortete, er habe in diesem Sinne schon Anregungen nach Paris gegeben. Chamberlain gab mir offen zu[49], daß die Besetzung des Rheinlandes nach seiner Meinung nicht mehr haltbar sei und daß auch die Truppenzahl reduziert werden müsse. Nach meiner Auffassung werden wir in zwei Monaten zunächst bei den alliierten Mächten die Forderung nach Räumung auf Grund des Artikels 431 erheben können. Den Völkerbund selbst können wir mit dieser Frage erst befassen, wenn die Alliierten unser Verlangen nicht erfüllen.

Ich sprach auch mit Chamberlain über die Beziehungen Englands zu Rußland[50].

---

[43] Art. 431 des Friedensvertrags von Versailles lautet: „Leistet Deutschland vor Ablauf der 15 Jahren allen ihm aus dem gegenwärtigen Vertrag erwachsenden Verpflichtungen Genüge, so werden die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen“ (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222).

[44] In der Vorlage (wohl als Druckfehler): „lasse. damit“. An den beiden anderen genannten Druckorten ist der Passus richtig wiedergegeben.

[45] Am 5. Februar 1927 hatte ein Notenwechsel zwischen der Botschafterkonferenz und Deutschland stattgefunden, mit dem in den bis dahin noch offenen Abrüstungsfragen (der Befestigungsanlagen in Ostpreußen und der Unterscheidung zwischen zivilem und militärischem Material bei Ein- und Ausfuhr) eine Einigung erzielt wurde (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 487–488), deren Einzelheiten jetzt noch der Ausführung bedurften.

[46] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[47] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der internationalen Presse in Genf vom 10. März 1927.

[48] Die Frage der Reduktion der Besatzungstruppen in den beiden verbliebenen Besatzungszonen war seit der Konferenz von Locarno und der Räumung der nördlichen („Kölner“) Zone zum 31. Januar 1926 häufiges Thema von Verhandlungen, insbesondere zwischen Deutschland und Frankreich. – Zuletzt hatte Stresemann gegenüber Briand das Thema im Gespräch vom 10. März 1927 (vgl. oben mit Anm. 25) angesprochen.

[49] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das Gespräch mit Chamberlain vom 6. März 1927 (vgl. seine Aufzeichnung in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 478–483).

[50] Dieses Thema kam in den Gesprächen mit Chamberlain vom 6. März (vgl. die vorangehende Anm.) und 10. März 1926 (vgl. oben Anm. 26) zur Sprache. – Die Beziehungen Großbritanniens zur Sowjetunion waren sehr gespannt; zuletzt hatte Chamberlain in einer Note an Moskau vom 23. Februar 1927 für den Fall der Fortsetzung der antibritischen Propaganda im Empire und gegen dessen Interessen in China mit dem Bruch der Beziehungen gedroht (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927), was die Sowjetunion in einer Antwortnote vom 27. Februar 1927 als unbegründet zurückgewiesen hatte (vgl. ebd., Nr. 99 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927).

Chamberlain hat mir gegenüber keinen Versuch gemacht, uns auf die englische Seite zu ziehen. Ebenso sagte mir Briand, daß auch Frankreich nicht geneigt wäre, mit Rußland zu brechen[51], Chamberlain erklärte mir, er und Baldwin[52] hätten alles getan, um einen Bruch mit Rußland zu vermeiden. Wenn Rußland allerdings seine Hetzpolitik in China fortsetze[53], müsse England die diplomatischen und Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland abbrechen. Mehr könne aber nicht geschehen; ein Krieg gegen Rußland sei eine positive Unmöglichkeit.

Ich hatte auch eine Unterredung mit Masaryk[54], in der dieser sehr offen betonte, daß die Frage der Rückgabe des Korridors[55] eine akute Frage und wichtig zur Befriedung Europas sei. Die Tschechoslowakei habe übrigens die Anregung Polens auf engere Beziehungen mit der Tschechoslowakei abgelehnt. Masaryk sprach auch von dem Gedanken einer wirtschaftlichen Konföderation der Sukzessionsstaaten des alten Österreich. Er empfahl uns enge kulturelle Verbindung mit Österreich, Anpassung der Gesetzgebung und anderes mehr; dagegen würden die Tschechen keine Schwierigkeiten machen. Jedenfalls verdienen diese Gedanken weitere Aufmerksamkeit.

Schließlich hat Chamberlain auch bei mir angeregt, die nächste Tagung des Völkerbundsrats im Juni in Berlin abzuhalten[56]. Ich bin einer Entscheidung ausgewichen und möchte auch heute die Entscheidung darüber vertagen. Meines Erachtens wäre es besser, den Völkerbundsrat erst dann in Berlin tagen zu lassen, wenn das Rheinland frei ist.

[...][57]

---

[51] Stresemann bezieht sich auf das Gespräch mit Briand vom 10. März 1927 (vgl. oben mit Anm. 25).

[52] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923.

[53] Der Bürgerkrieg in China bedrohte britische Rechte und vor allem dessen Konzessionsgebiete; Großbritannien, das der Sowjetunion prokommunistische und antibritische Propaganda in China vorwarf, hatte seit dem 12. Februar 1927 Truppen in Shanghai gelandet, gegen die sich ein Generalstreik richtete (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 468).

[54] Tomáš Masaryk (1850–1937), Staatspräsident der Tschechoslowakei 1918–1935. – Zur Unterredung in Genf vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 13. März 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 537–539).

[55] Mit dem „polnischen Korridor“ ist der Landstreifen gemeint, der durch den Versailler Vertrag an Polen fiel und Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich abtrennte.

[56] Bei welchem der beiden angeführten Gespräche vom 6. und 10. März 1927 (vgl. oben mit Anm. 26 u. 49) oder bei welcher anderen Gelegenheit diese Anregung erfolgte, konnte nicht ermittelt werden. Offenbar gingen Gerüchte in Genf um, die nächste Tagung des Rates könne in Berlin stattfinden (vgl. etwa BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 121 vom 13. März 1927, S. 2).

[57] Reichskanzler Marx erklärt, daß aus seiner Sicht eine Delegation beim Völkerbund keine bindenden Instruktionen erhalten könne, daß auf dieser Ratstagung wenig erreicht worden sei, daß in der Saarfrage angesichts „der Haltung der Saarbevölkerung“ nicht mehr zu erreichen gewesen sei, und

Reichsminister Stresemann bestätigt dies. Über Wirtschaftsverhandlungen[58] wird überhaupt nicht verhandelt werden, ehe diese grundsätzlichen Fragen nicht geregelt sind.

[...][59]

Reichsminister Dr. Stresemann: Was die Frage einer Instruktion durch das Kabinett anlangt, so habe ich, als Herr von Schubert[60] zu mir nach San Remo kam, ihn einleitend gleich gefragt, ob er mir namens der Reichsregierung Richtlinien mitzuteilen hätte. Diese Frage hat Herr von Schubert verneint. Hätte das Kabinett den Wunsch ausgesprochen, daß ich von San Remo erst nach Berlin führe, so wäre ich dem gern nachgekommen. Da ein solcher Wunsch aber nicht geäußert wurde und das Kabinett mir auch nicht durch Herrn von Schubert eine Instruktion zugehen ließ, mußte ich annehmen, daß das Kabinett mir freie Hand ließe, namentlich, da wir ja darüber im klaren waren, was wir in der Sache selbst wollten. In der Saarfrage war die Situation durchaus unübersichtlich; erst am Freitag[61] kamen wir zu einer Klärung. Es ist überhaupt in solchen Fällen schwer zu entscheiden, was ist grundsätzliche Frage und was Frage der Taktik. Unser Rechtsstandpunkt ist klar und deutlich zum Ausdruck gekommen. Für uns ergab sich die Frage: Was war für die Gesamtpolitik richtiger, an unserem Rechtsstandpunkt festzuhalten oder ein Kompromiß abzuschließen? Da hier die Frage nicht von grundsätzlicher Bedeutung war, da anderer-

---

schlägt vor, daß das Kabinett die Tätigkeit Stresemanns in Genf billigt (in der Vorlage: S. 633–634). Vizekanzler und Justizminister Hergt moniert, daß keine Rückfrage aus Genf an das Kabinett in der Saarfrage ergangen sei, Deutschland besser den Rechtsstandpunkt aufrecht erhalten hätte und daß auch in der Räumungsfrage kein Fortschritt zu erkennen sei (in der Vorlage: S. 634–635). Ernährungs- und Landwirtschaftsminister Schiele bittet um Bestätigung, daß Wirtschaftsverhandlungen mit Polen erst nach Klärung der Niederlassungs- und Ausweisungsfrage erfolgen würden (in der Vorlage: S. 635), ehe Stresemann – in der Vorlage in Überleitung von indirekter zu direkter Rede verfaßt – antwortet.

[58] Gemeint sind Wirtschaftsverhandlungen mit Polen (vgl. die vorangehende Anm. und oben Anm. 17).

[59] Schiele ergreift erneut das Wort und bringt seine Meinung zum Ausdruck, daß neben der Forderung nach Räumung des Rheinlands nicht auch noch die Truppenverminderung gefordert werden solle (in der Vorlage: S. 635). Reichspräsident Hindenburg weist unter Rückblick auf eine Kriegserfahrung darauf hin, daß man Detailinstruktionen kaum geben könne, wenn die Verhandlungen unübersichtlich seien, aber wohl schon allgemeine Richtlinien, die möglich gewesen seien und angewandt werden sollten, und warnt vor weiterer deutscher Kompromißbereitschaft; statt dessen solle der Rechtsstandpunkt aufrecht erhalten werden (in der Vorlage: S. 635).

[60] Carl von Schubert (1882–1947), Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930. – Schubert besuchte ab dem 2. März 1927 Stresemann in dessen Erholungsurlaub, den dieser vom 9. Februar bis 5. März 1927 in San Remo verbrachte, von wo aus beide direkt nach Genf reisten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 97, Anm. 2; zum Besuch Schuberts am 2. März 1927: BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 102 [Morgenausgabe] vom 2. März, u. Nr. 110 vom 6. März 1927).

[61] Gemeint ist der 11. März 1927; vermutlich bezieht sich Stresemann dabei auf eine Beratung der deutschen Delegation vom gleichen Tag (vgl. oben mit Anm. 30).

seits auch bei einer ablehnenden Haltung unsererseits die Gefahr bestand, daß die Entscheidungen bis nach Einholung eines Rechtsgutachtens vertagt würden und damit die französischen Truppen in voller Stärke im Saargebiet geblieben wären, haben wir uns dafür entschieden, dem Kompromiß zuzustimmen.

Zu der Bemerkung des Herrn Reichspräsidenten[62] über die Kompromisse darf ich bemerken, daß es schon auf dem Gebiete der innerpolitischen Gesetzgebung kaum eine Entscheidung gibt, die nicht mit einem Kompromiß zwischen den widerstreitenden Auffassungen endet. Um so mehr gilt dies für den Völkerbundsrat, wo 13[63] Nationen mit verschiedenen Auffassungen sich entgegenstehen. Dazu kommt, daß der Völkerbundsrat nicht gern durch Mehrheitsentschluß entscheidet und immer danach strebt, zu einer vermittelnden Lösung zu kommen. Man wird also Kompromisse nicht ganz vermeiden können.

Was die Frage der Räumung[64] anlangt, so habe ich, trotz der großen Inanspruchnahme, die ich in meiner doppelten Eigenschaft als Vorsitzender der Konferenz[65] und Führer der Deutschen Delegation[66] hatte, gleich am Ankunftstage mit Briand und Chamberlain darüber Besprechungen gehabt[67]. Der Bericht darüber[68] ist allerdings wegen Arbeitsüberlastung erst später nach Berlin gekommen. In der Räumungsfrage ist diesmal in aller Öffentlichkeit die Offensive begonnen worden.

Gegenüber der Beanstandung des Herrn Reichsministers Schiele[69] möchte ich bemerken, daß im Auswärtigen Ausschuß[70] gerade von dem Redner der Deutschna-

---

[62] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zu dessen Bemerkung vgl. oben Anm. 59.

[63] Stresemann scheint eine falsche Zahl zu nennen, denn seit der Reform des Völkerbundsrates von 1926 im Zusammenhang mit der Aufnahme Deutschlands waren 14 Staaten im Völkerbundsrat vertreten.

[64] Vgl. oben mit Anm. 41 u. 59.

[65] Gemeint ist wohl: als Vorsitzender des Völkerbundsrates (vgl. oben mit Anm. 34).

[66] Zu den Mitgliedern der deutschen Delegation vgl. BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 110 vom 6. März 1927.

[67] Gemeint sind die Besprechungen vom 6. März 1927 (vgl. oben mit Anm. 27 u. 49).

[68] Stresemann bezieht sich wohl auf einen telegraphischen Bericht zur Information von Reichspräsident und Reichskanzler, der nach Ausweis des Druckorts (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 498–500) zwar am 7. März aufgesetzt wurde, aber erst am 8. März 1927 nach Berlin abging.

[69] Martin Schiele (1870–1939), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DNVP); Reichsinnenminister 15. Januar – 26. Oktober 1927; Reichslandwirtschafts- und Ernährungsminister 29. Januar 1927 – 29. Juni 1928 u. 1930–1932. – Zu seiner Beanstandung vgl. oben Anm. 59.

[70] Offenbar bezieht sich Stresemann nicht auf eine konkrete Sitzung dieses Ausschusses.

tionalen[71] immer wieder verlangt worden ist, daß man neben der Gesamträumung die Forderung auf Verminderung der Besatzungsstärke[72] nicht fallen lassen dürfe. Ich habe das diesmal in der Form getan, daß ich keinen formellen Antrag stellte, aber Briand gegenüber die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß hier frühere Versprechungen erfüllt würden. – Bei den weiteren Beratungen der Ergebnisse von Genf darf nicht der Eindruck entstehen, als ob eine Dissonanz im Kabinett bestehe. Ich empfehle daher, ein Kommuniqué herauszugeben, welches die Billigung der Ergebnisse von Genf durch das gesamte Kabinett ausspricht. – Zu einer besseren Verbindung zwischen Delegation und Kabinett in künftigen Fällen würde es beitragen, wenn der Staatssekretär der Reichskanzlei[73] als Verbindungsmann zwischen mir und dem Kabinett an den Tagungen teilnimmt. Dieser könnte dann auch in kritischen Situationen schnell nach Berlin fahren und Entscheidungen des Kabinetts herbeiführen.

[...][74]

[71] Gemeint ist vermutlich Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930).

[72] Vgl. oben mit Anm. 48.

[73] Aktuell war dies Hermann Pünder (1888–1976), Staatssekretär der Reichskanzlei 20. Juli 1926 – 1932.

[74] Nach einer weiteren längeren Debatte (in der Vorlage paraphrasiert: S. 637) stimmt das Kabinett in einem Kommuniqué „dem vorliegenden Ergebnis der Genfer Tagung einmütig zu“. Zur Veröffentlichung dieses Kommuniqués vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 126 (Morgenausgabe) vom 16. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 125 (Morgenausgabe) vom 16. März 1927.

Rede vor dem Zentralvorstand der DVP in Hannover vom 19. März 1927

Nach NATIONALLIBERALISMUS II, S. 711–731.

In der Aussprache des Zentralvorstands der DVP über die politische Lage blickt er zurück auf den Sturz der Reichsregierung und die Bildung der neuen Regierung. Kritik an Zentrum und DNVP. Die Zukunft des Kabinetts wird sich an der Schulfrage entscheiden. Die Zwänge künftiger Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Außenpolitik angesichts der Lage in Frankreich. Naiv wäre, auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zu setzen. Verteidigt die Behandlung der oberschlesischen Schulfrage und der Saarfrage am Völkerbund. Kontinuität der DVP mit der Nationalliberalen Partei. Empfiehlt in der Kolonialfrage Zurückhaltung und Abwarten. Die Rheinlandfrage und die Ostfrage haben höhere Priorität. Die Umgangsformen im Völkerbund.

Reichsminister Dr. Stresemann: Meine verehrten Freunde! Ich eröffne hiermit die Sitzung unseres Zentralvorstandes angesichts der Jubiläumsfeier[1], die wir in Hannover miteinander begehen. Ich möchte von vornherein zwei Bemerkungen machen, einmal, daß diese Sitzung und ihre Aussprache wie immer vertraulich ist. Wir werden einen sehr kurzen Bericht darüber an die Presse geben, und ich bitte die Herren Vertreter der Presse, von sich aus Berichte über diese Aussprache nicht zu veranlassen.

[…][2]

Meine Damen und Herren! Verschiedene Wahlkreise haben den Wunsch ausgesprochen, angesichts der Tagung in Hannover auch im Zentralvorstande eine Aussprache über die politische Lage zu veranlassen. Wir sind diesem Wunsche nachge-

---

[1] Die Sitzung des Zentralvorstandes eröffnete die Feierlichkeiten, die am 19. und 20. März 1927 in Hannover zum sechzigjährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei stattfanden. Sie sollten ursprünglich am 27. Februar begangen werden (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede auf der Reichsgründungsfeier des Reichsklubs der DVP in Berlin vom 18. Januar 1927); an diesem Tag hatten sich 1867 ca. 60 Abgeordnete des konstituierenden Norddeutschen Reichstags zur Fraktion der Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen (vgl. NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 138 vom 23. Februar 1927); am Vorabend dieses 27. Februars 1927 fand jedoch nur eine Veranstaltung ohne Stresemann im Reichsklub der DVP in Berlin statt (BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 98 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927, S. 2), während die große Jubiläumsveranstaltung, wohl mit Rücksicht auf Stresemanns Erholungsurlaub in San Remo vom 6. Februar bis 5. März 1927, in den Marz verschoben wurde. Ein Programm der Jubiläumsveranstaltung: ebd., Nr. 65 (Abendausgabe) vom 15. Februar 1927, S. 1, sowie (ausführlicher): 60 JAHR-FEIER S. 3.

[2] In der Vorlage (S. 711) findet sich eine kurze paraphrasierende Passage, wonach der Zentralvorstand im folgenden Zuwahlen durchführt und Stresemann des verstorbenen Hugo Garnich, des Mitbegründers der DVP und Vizepräsidenten des preußischen Landtags, gedenkt.

kommen, und ich darf, alter Gewohnheit gemäß, die Aussprache einleiten. Ich glaube allerdings, daß wir gut daran tun, nicht allzu lange bei den Vorgängen der Vergangenheit zu verweilen, sondern den Blick in die Zukunft richten. Was die innere Politik der Vergangenheit bewegte, waren die Vorgänge, die zur Neubildung der Regierung geführt haben[3]. Ich weiß nicht, ob es in dieser Frage ein einheitliches Parteiempfinden gibt. Ich bin der Meinung, daß wir abwarten müssen, was aus dieser Zusammenfassung der Kräfte entstehen wird.

An sich war die Entstehung dieser Krisis ein Musterbeispiel für die Kinderkrankheiten des deutschen Parlamentarismus (Sehr richtig!). Weshalb die Krise entstand, wußte eigentlich niemand, am allerwenigsten, glaube ich, diejenigen, die sie herbeigeführt haben. Daß sie einen ganz anderen Verlauf nahm, als ihre Urheber glaubten, war die Tragikomik dieser Entwicklung. Sie wurde herbeigeführt durch ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokratischen Partei[4], die sich am Abend vor Einbringung des Mißtrauen[s]votums mit der Regierung über die von dem Herrn Reichskanzler[5] abzugebenden Erklärungen vollkommen geeinigt hatte, und es war ein Novum in der Parteigeschichte, daß ein Parteivorstand sich in einer ihm wichtig erscheinenden Sache mit der Regierung einigte, dann aber in der Fraktion unterlag und am nächsten Tage ein Mißtrauensvotum einbrachte (Zustimmung). Ich habe immer darüber geschwankt, wem in Bezug auf die Einbringung von Mißtrauensvoten die Palme zuzuerkennen sei, ob der Linken oder der Rechten (Heiterkeit). Ich glaubte, sie diesmal unbedingt der Linken überreichen zu müssen; ich wurde aber schwankend, als die Rechte dieses Mißtrauensvotum unterstützte[6] (Sehr wahr!). Gewiß, sie ist dadurch zu ihrem Ziel

---

[3] Nach langen Verhandlungen zwischen den Parteien hatte Reichspräsident Hindenburg am 29. Januar 1927 eine neue Reichsregierung unter Reichskanzler Marx ernannt, der neben Politikern des Zentrums, der DVP und der Bayerischen Volkspartei auch (teilweise mit wenigen Tagen Verzögerung) fünf Minister der DNVP angehörten (vgl. zu den Verhandlungen etwa die Aufzeichnung Pünders vom 23. bis 31. Januar 1927: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 515–523; vgl. auch SCHULTHESS 68 [1927], S. 21; zu Stresemanns eigener Position gegenüber der Regierungsbildung vgl. seine Aufzeichnungen und Schreiben aus dem Januar 1927: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 91–106).

[4] Ein Mißtrauensvotum der SPD, das Philipp Scheidemann in seiner Rede vom 16. Dezember 1926 mit der Verbindung der Reichswehr mit rechten Verbänden und der geheimen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion motivierte, wurde am 17. Dezember 1927 vom Reichstag mehrheitlich angenommen und stürzte somit die Regierung (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 175–180).

[5] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Zur vermeintlichen Einigung vom 15. Dezember 1927 vgl. ebd., S. 175.

[6] Die Abgeordneten der Deutschnationalen Volkspartei stimmten dem in Anm. 4 genannten Mißtrauensvotum zu.

gelangt, ob zu ihrer Befriedigung, weiß ich nicht (Heitere Zustimmung).

Aber man stelle sich die Dinge einmal politisch vor! Der Sozialdemokratischen Fraktion genügen nicht die Erklärungen, die der Reichskanzler über die Reichswehr abgibt. Der sozialdemokratische Redner[7] begründet das Mißtrauensvotum mit den schärfsten und unerhörtesten Angriffen auf das einzige, was uns zur Verteidigung unseres Landes geblieben ist, und die Deutschnationale Partei unterstützt dieses Mißtrauensvotum (Bewegung). Wie sich das Volk in diesen Dingen zurechtfinden soll, ist schwer zu sagen; denn das sind taktische Züge, das ist keine sachliche Einstellung mehr. Der Weg wäre der Deutschnationalen Partei viel leichter gewesen, und wir hätten ihr mit viel mehr innerer Überzeugung die Mitarbeit an der Regierung anbieten oder erkämpfen können, wenn sie dieses Verfahren nicht beliebt hätte (Sehr richtig!). Sie hätte dadurch, daß sie ihre grundsätzliche Auffassung vollkommen aufrechthielt, aber diese Art des Mißtrauensvotums ablehnte, daß sie sachlich die Arbeit des Kabinetts unterstützte, sich längst als unentbehrlich zeigen können, und sie hätte dann, wenn sie eine Zeitlang in einer Art à-la-suite-Stellung zu der Regierung mitgearbeitet hätte, es viel leichter gehabt, später in die Regierung einzutreten, viel leichter, als es jetzt der Fall gewesen ist. Daß ihre Mitwirkung nun erfolgt[8], ist an sich erfreulich nach den wiederholt geäußerten Wünschen der Deutschen Volkspartei, die auf eine Zusammenfassung der bürgerlichen Kräfte hinarbeitete; unerfreulich aber sind die ganzen Vorgänge, die jetzt zu dieser Koalition geführt haben (Sehr wahr!).

Mit dem Kollegen Curtius[9], der von dem Herrn Reichspräsidenten[10] mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, habe ich die Verhandlungen geführt, um das Zentrum zu bewegen, sich der bürgerlichen Koalition anzuschließen. Mit vollem Mißerfolge! Einer der unterhandelnden Herren[11] erklärte uns, kein Mensch im ganzen Rheinlan-

---

[7] Gemeint ist Philipp Scheidemann (1865–1939), Reichsministerpräsident 1919; Mitglied des Reichstags bzw. der Nationalversammlung 1903–1933 (für die SPD). – Seine anschließend erwähnte Rede vom 16. Dezember 1926 (vgl. oben Anm. 4) in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8577–8587.

[8] Vgl. oben mit Anm. 3.

[9] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Curtius war am 10. Januar 1927 von Hindenburg mit der Regierungsbildung beauftragt worden und gab diesen Auftrag nach ergebnislosen Verhandlungen am 14. Januar 1927 zurück (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 3–4 u. 10–11).

[10] Paul von Beneckendorff und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[11] Curtius und Stresemann verhandelten am 13. Januar 1927 mit Guérard und Stegerwald (vgl. PROTOKOLLE DER REICHSTAGSFRAKTION 1926–1933, S. 83–84). Der im folgenden genannte Bezug auf das Rheinland könnte auf den in Koblenz gebürtigen Guérard passen: Theodor von Guérard (1863–

de würde es verstehen, daß man in dieser Situation mit der Deutschnationalen Partei zusammenginge. Der andere unterhandelnde Herr[12] sagte uns: „Spielen Sie nicht mit dem Feuer, Sie wissen nicht, wie es in Arbeiterkreisen gärt! Wie können Sie uns zumuten, in dieser Situation, bei eindreiviertel Millionen Erwerbslosen[13], mit dieser Partei zusammenzugehen?“ Das war, als der Deutsche Volksparteiler Herr Reichsminister Curtius die Verhandlungen führte. Als er sein Amt in die Hände des Herrn Reichspräsidenten zurücklegte[14], da war weder eine revolutionäre Strömung der Arbeiter noch eine allgemeine Ablehnung des ganzen Rheinlandes zu spüren; da klang es mit einem Mal ganz, ganz anders. Es wurde als ein großer Erfolg gepriesen, daß die [D]eutschnationalen[15] Konzessionen in außen- und innenpolitischen Dingen gemacht hätten, die bei Curtius viel besser formuliert waren – das mag an unserer Bildung liegen (Zustimmende Heiterkeit) – als in den Richtlinien, die nachher veröffentlicht sind[16].

Wir übertreiben manchmal als Partei die politische Vornehmheit (Sehr gut!). Die Art und Weise, wie die Herren sich jetzt hinstellen, als ob sie allein es möglich gemacht hätten, hier die Plattform für ein Zusammenwirken zu schaffen, widerspricht vollkommen dem, was tatsächlich vor sich gegangen ist. Es schien doch so, als ob die Frage, wer die Koalition führen sollte, eine viel größere Rolle spielte, als wir seinerzeit angenommen haben (Sehr wahr!). Ich zweifle nicht daran, daß sich bei vielen Mitgliedern der Zentrumspartei ein harter Kampf abgespielt hat um das, was werden sollte, und ich bekenne ganz offen – Sie mögen dieserhalb weitgehende Schlüsse in Bezug auf Unfähigkeit ziehen –: Ich kenne mich in dieser Partei nicht mehr aus (Große zustimmende Heiterkeit)! Es scheint, als ob es ihre Eigenart sei, Evolutionen

---

1943), Reichsverkehrsminister 28. Juni 1928 – 6. Februar 1929 und 1930–1931; Reichsjustizminister 13. April 1929 – 1931; Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für das Zentrum; dessen geschäftsführender Vizefraktionsvorsitzender [seit Mai 1926] bzw. Fraktionsvorsitzender [seit Dezember 1927]).

[12] Vermutlich handelt es sich um den christlichen Gewerkschaftsführer und Politiker Adam Stegerwald (1874–1945), Reichsverkehrsminister 13. April 1929 – 1930; Reichsarbeitsminister 1930–1932; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum; dessen Fraktionsvorsitzender Januar – April 1929; einer der stellvertretenden Parteivorsitzenden).

[13] Zur Zahl der Arbeitslosen in Deutschland am 1. und 15. Januar 1927 vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 48 (Morgenausgabe) vom 29. Januar 1927.

[14] Vgl. oben Anm. 9.

[15] In der Vorlage: „die deutschnationalen“.

[16] Die „Richtlinien“, nach denen das Kabinett gebildet wurde und auf die sich die beteiligten Parteien verständigten, sind gedruckt in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 516–517, Anm. 3. Nach ersten nicht autorisierten Presseveröffentlichungen wurden sie am 17. Februar 1927 von der Zentrumsfraktion bekanntgegeben (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 82 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 82 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1927).

der Fraktionen und Parteien hervorzurufen, die man immer wieder für unmöglich hält, wenn man sich die Dinge vorstellt. Denken Sie an jene Wochen dieser Entwicklung, in denen es wiederholt hieß, man werde der Deutschen Volkspartei mitteilen, daß alle Gerüchte um ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen lediglich tendenziöse Ausstreuungen seien. Dann stand eines Tages, betrieben durch Kräfte, die ich nicht kenne, das Gebilde vor uns: ein Gebilde aus Menschenhand[17] (Große Heiterkeit)! Aber doch vielleicht sehr stark beeinflußt von denen, die weniger an das irdische, vergängliche Leben denken, als an jene unwägbaren Werte, die außerhalb der Tagespolitik liegen und manchen Menschen in einem ganz bestimmtem Zusammenhang erscheinen (Sehr gut!). Meine Herren! Das ist ja vielleicht die Geschichte der Zentrumspartei, daß sie über manches hinweg kann, was andern ein Hindernis ist (Erneute große Heiterkeit).

Aber ich darf doch noch ein anderes Wort hier sagen. Was mich nicht mit ungemischten Gefühlen der Freude dieser Entwicklung gegenüberstehen läßt, das ist die sehr seltsame Haltung der Deutschnationalen uns und dem Zentrum gegenüber. Meine Herren! Die Liebe, die viele von uns den Deutschnationalen entgegengebracht haben – bei mir war sie stets sehr gedämpft – (Heiterkeit), diese Liebe ist doch sehr einseitig gewesen (Sehr wahr!). Ich habe den Augenblick erlebt, als Herr Curtius sagte, daß er dem Herrn Reichspräsidenten ja nicht erklärt habe, unter allen Umständen Reichskanzler werden zu wollen, sondern nur die Dinge so weit zu führen, bis die Koalition stände[18], und ich habe die Befriedigung, die in diesem Augenblicke bei den Deutschnationalen ausbrach, etwas eigentümlich gefunden. Und wenn unser Freund Scholz[19] kurz vorher glaubte, uns aufgrund seiner Verhandlungen mit den Deutschnationalen sagen zu können, daß sie sehr gern bereit seien, sich mit drei Mitgliedern der Regierung zu begnügen, so zeigte sich sehr bald, daß der „Hang zur formalistischen Demokratie“ (Heiterkeit) die alte Konservative Partei in einer Weise ergriffen hat, daß es unmöglich sein dürfte, in diesem Tempo fortzufahren (Lebhaftes sehr richtig!). Sie hatte früher schon das Prinzip aufgestellt, daß wichtige Entscheidungen

[17] Offenbar zitiert Stresemann hier in Anlehnung an Theodor Fontanes Ballade von 1879 „Die Brück' am Tay“, in der wiederholt die Zeile „Tand, Tand ist das Gebilde von Menschenhand“ in bezug auf die schließlich einstürzende Brücke vorkommt (Druck in Theodor Fontane: Sämtliche Werke. Bd. 20. München 1962, S. 165–167).

[18] Dies bezieht sich auf die Rückgabe des Regierungsbildungsauftrags am 14. Januar 1927 (vgl. oben mit Anm. 9).

[19] Ernst Scholz (1874–1932), Reichswirtschaftsminister 1920–1921; Mitglied des Reichstags 1921–1931 (für die DVP; deren Fraktionsvorsitzender August 1923 – 1930, ihr Parteivorsitzender 1929–1930). – Die nachfolgend angesprochene Aussage Scholz', der zeitweilig für die DVP Sondierungsgespräche zur Regierungsbildung führte, konnte nicht ermittelt werden.

der Außenpolitik von den Landesvorsitzenden und nicht von den Mitgliedern des Kabinetts und der Fraktion bestimmt würden[20], und es hat schon einmal jemand Herrn Hergt[21] gesagt: „Herr Koch[22] wird noch blaß vor Neid, wenn er diese Entwicklung bei Ihnen sieht“ (Große Heiterkeit). Man läßt ganz außer Acht, daß es unmöglich ist, ein Kabinett nach der Arithmetik zusammenzusetzen, weil dies schließlich die Ausschaltung der Persönlichkeit bedeuten würde; denn ich kann mir denken, daß man für Menschen eintritt, die parteipolitisch gar nicht gebunden sind, wenn sie an sich die Sicherheit geben, daß sie dem Lande dienen. Und wenn ich daran denke, welche Kämpfe wir in dem ersten Jahre nach der Revolution gemeinsam mit den Deutschnationalen für die Wiederherstellung eines fachlich gebildeten Beamtentums geführt haben, dann will mir der Hinauswurf unseres Kollegen Krohne[23] als sehr ungerecht erscheinen (Sehr gut!). Hier ist doch das Prinzip der Avancierung des Parteipolitikers in einer Weise zum Durchbruch gekommen, die allem entgegensteht, was vom konservativen Standpunkt aus in Bezug auf Tradition des alten Beamtentums überhaupt zum Ausdruck gekommen ist.

Meine Herren! Ich glaube, für die Beurteilung des heutigen Kabinetts wird entscheidend sein, wie in der Deutschnationalen Partei die Geister sich scheiden, ob nach der einen oder der anderen Richtung, wenn es darauf ankommt, auf große kulturpolitische Fragen einzugehen[24]. Ich glaube vorläufig nicht, daß die Deutschnationale Partei in der Lage ist, hier gütlich mit dem Zentrum auseinander zu kommen. Ich weiß, daß es Kräfte gegeben hat, die seit langem auf ein Zusammengehen zwischen

---

[20] Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Haltung der DNVP nach der Paraphierung der Verträge von Locarno, als am 25. Oktober 1925 die DNVP-Minister Schiele, Schlieben und Neuhaus auf Druck der Landesverbände und der Reichstagsfraktion aus dem Kabinett ausschieden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 801–803).

[21] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Wer Hergt das Folgende gesagt haben soll, konnte nicht ermittelt werden.

[22] Erich Koch(-Weser) (1875–1944), Reichsinnenminister 1919–1921; Reichsjustizminister 28. Juni 1928 – 13. April 1929; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DDP; deren Vorsitzender 1924–1930).

[23] Rudolf Krohne (1876–1953), Reichsverkehrsminister 15. Januar 1925 – 29. Januar 1927; zusätzlich mit dem Reichswirtschaftsministerium beauftragt 26. Oktober 1925 – 17. Mai 1926; Mitglied der DVP. – Stresemann bezieht sich hier auf die Entlassung Krohnes, der aus der Verwaltungsbeamtenlaufbahn gekommen war, aus seinem Ministeramt, das die DNVP, die insgesamt mit fünf Ministern vertreten sein wollte, für sich beanspruchte.

[24] Stresemann bezieht sich hier wohl auf die Frage der konfessionellen Schulen: Die „Richtlinien“ (vgl. oben Anm. 16) erklärten in einem Passus den „Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts. Grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten“ zur Absicht; dahinter verbarg sich aus Sicht des Zentrums das Vorhaben, die Möglichkeit der Errichtung konfessioneller Schulen zu stärken.

diesen Parteien eingestellt waren. Ich nenne den Namen des Herrn Brüning[25] vom Zentrum, der landauf und landab ging, um zu erklären: „Wir vom Zentrum können viel eher mit den Deutschnationalen gehen als mit der Deutschen Volkspartei“, weil er das ganze Große der politischen Entwicklung lediglich sah unter der kleinlichen Einstellung nichtsozialdemokratischer Arbeiterorganisationen[26], und der von diesem Standpunkt aus eine politische Entwicklung anstrebte, die zunächst sozialpolitisch zusammengehen wollte, die sich aber für später, wie wir aus einem sehr aufschlußreichen Aufsatze des Herrn Professors Martin Spahn[27] sahen, doch auch ganz andere Ziele gesteckt hat. Ich muß sagen, daß ich Herrn Professor Martin Spahn für diesen Aufsatz in seinem Wochenblatte[28] sehr dankbar gewesen bin. Ich sah daraus – das ist kein Vorwurf – den Geist des Vaters[29], aber nicht den Geist der Deutschnationalen Partei. Hier war doch direkt gesagt, daß der Sinn dieser ganzen Bestrebungen absolut nicht ein Zusammengehen mit der Volkspartei, sondern ein Zusammengehen mit dem Zentrum sei, dem sich die Volkspartei als dienendes Glied anzuschließen habe, und wenn das die herrschende Ansicht in der Deutschnationalen Partei, wenn das die Meinung der Mehrheit wäre, dann würde ich ganz offen und klar sagen: So haben wir nicht gewettet! Dann macht Eure Politik allein (Lebhafte Zustimmung und Bravorufe)! Es ist unbedingt nötig auszusprechen, daß wir zu gut dafür sind, um eine in kulturpolitischer Hinsicht reaktionäre Entwicklung in Deutschland[30] mit unserem guten nationalliberalen Namen zu decken (Anhaltender großer Beifall).

Aber wie ich schon vorhin sagte, glaube ich nicht, daß das die Auffassung der gesamten Deutschnationalen Partei ist. Sie wird aber heftig mit denen kämpfen müssen, die zu ihr gekommen sind, um diesen Weg zu gehen, und es könnte sein, daß sich daran das ganze Bürgertum einmal schiede. Und so bedauerlicher eine Entwicklung wäre, die uns etwa in Kämpfe brächte, wie wir sie gerade nach der Annäherung

---

[25] Heinrich Brüning (1885–1970), Reichskanzler 1930–1932; Reichstagsabgeordneter Mai 1924 – 1933 (für das Zentrum; Fraktionsvorsitzender 1929–1930; Parteivorsitzender 1933).

[26] Brüning war 1920–1930 u. a. Geschäftsführer des (Christlichen) Deutschen Gewerkschaftsbundes.

[27] Martin Spahn (1875–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1923 (für das Zentrum) und Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933; für die NSDAP 1933–1945). – Der genannte Aufsatz konnte nicht ermittelt werden.

[28] Welches „Wochenblatt“ Stresemann hier meint, konnte nicht ermittelt werden. Eine der bevorzugten Zeitschriften für Publikationen Martin Spahns war die Monatsschrift „Hochland“. Auch dort konnte der angesprochene „Aufsatz“ jedoch nicht ermittelt werden.

[29] Peter Spahn (1846–1925), Mitglied des Reichstags bzw. der Nationalversammlung (1884–1917 u. 1919–1925; für das Zentrum).

[30] Stresemann bezieht sich wohl auf das oben (mit Anm. 24) angesprochene Reichsschulgesetz.

seit dem Weltkriege in diesen Tagen für ausgeschlossen hielten, so muß ich andererseits doch sagen: Es gibt für eine liberale Partei eine Grenze des Entgegenkommens (Lebhafte Zustimmung)! Wenn nach einem in einem großen Lande geschlossenen Konkordat[31] die Frage der Ernennung der Geschichtsprofessoren an den Universitäten nicht mehr dem Staate obliegt, dann hört alles auf, was wir als Nationalliberale in der Deutschen Volkspartei hochgehalten haben (Erneuter großer Beifall). Nach einem der schlimmsten Frieden in Deutschland[32], nicht ganz so schlimm wie Versailles[33], aber beinahe, hat einst in Preußen bei der Gründung der Berliner Universität ein preußischer König[34] das gute Wort ausgesprochen: „Wir müssen an geistigen Kräften gewinnen, was wir an materieller Macht verloren haben“. Die Kräfte können wir nur gewinnen in einer freien geistigen Entwicklung (Lebhafte Zustimmung). Die Wissenschaft ist voraussetzungslos, sonst kann sie nicht zu Ergebnissen kommen, die die Menschheit weiterführen. Möge im Wettstreit der Wissenschaften das Geistige neben dem Geistigen nach dem Höchsten streben, aber nicht der eine dem andern irgendeine Grenze ziehen in dem, was er nach seiner eigenen geistigen Fähigkeit erreichen kann (Sehr wahr!)! Man stelle sich vor, diese Dinge auf das Technische angewandt! Wo wären wir mit allen Möglichkeiten des Wiederaufbaues, wenn wir auf dem Gebiete der Technik dem Menschen Grenzen ziehen wollten, weil die Ergebnisse der Technik vielleicht nicht mehr mit irgendwelchen Sätzen, Voraussetzungen und Anschauungen vergangener Jahrhunderte oder Jahrtausende zusammenstimmen! Was hier gilt, gilt für jedes geistige Gebiet, und hier, glaube ich, [ist][35] es unsere große Aufgabe, die kommende Entwicklung genau zu betrachten, nicht im Sinne irgendeines Wunsches des Kampfes, das sei ferne von mir, aber auch nicht, indem wir einem Kampf unter allen Umständen auszuweichen

[31] Am 29. März 1924 war ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern geschlossen worden, das am 15. Januar 1925 in Kraft trat (Text in STAAT UND KIRCHE IV, S. 299–305). Es sah u. a. die Einrichtung von je mindestens einer Konkordatsprofessur im Fach Geschichte an den Universitäten München und Würzburg vor, wobei gegen den zu Berufenden „hinsichtlich seines katholisch-kirchlichen Standpunktes keine Erinnerung zu erheben ist“ (Art. 4, § 2), mithin bei der Besetzung das Einverständnis der katholischen Kirche einzuholen war.

[32] Gemeint ist der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs, der den Charakter eines Diktatfriedens hatte und Preußen zur Mittelmacht zurückstufte. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

[33] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrag (im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung) u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[34] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840. – Er soll mit den nachfolgend zitierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

[35] In der Vorlage, wohl als Druckfehler: „hier, glaube ich, ich“.

gedenken (Allseitige Zustimmung).

Die Sitzung unseres Kulturpolitischen Ausschusses in Berlin wird meines Erachtens von entscheidender Bedeutung sein[36]. Ich sehe deshalb davon ab, mich hier in diesen Dingen des Näheren irgendwie festzulegen, aber ich weise darauf hin, daß man an unserer Stellung in diesen Fragen ermessen wird, was wir an Einfluß im neuen Deutschland aufbieten können, und wenn Sie in späteren Stunden auf die Geschichte der Nationalliberalen Partei zurückblicken werden, bitte ich Sie, sich zu erinnern, in welcher Schärfe die so sachlich und vornehm geartete Natur Rudolf von Bennigsen[37] einst geantwortet hat, als es sich um eine Frage handelte, die vielleicht nicht so sehr an die Freiheit der geistigen Entwicklung Deutschlands rührte, als es heute der Fall ist. Wir sind auf gutem, altem Boden und folgen alter Tradition, wenn wir hier für unsere Ideale eintreten, und ich bin davon überzeugt, daß weit über die Grenzen unserer Partei hinaus die weitesten Kreise uns dabei zur Seite stehen (Bravo!)!

Meine Herren! Was sonst das Leben im neuen Kabinett angeht, so kann Ihnen Herr Kollege Curtius mehr darüber sagen als ich. Ich habe nicht aus Furcht vor dieser Zusammenarbeit die Flucht am zweiten Tage ergriffen[38], sondern weil ich so einigermaßen die Empfindung hatte: Um diesem Kabinett anzugehören, muß man einen Reservefonds von Gesundheit haben, damit die Nerven später nicht versagen (Heiterkeit). An sich glaube ich sagen zu können, daß die Deutschnationale Partei diesmal sehr viel mehr Wasser in ihren Wein gießen wird als damals, als sie zum ersten Mal dem Kabinett angehörte[39]. Die Zahl derer in ihren Reihen, die längst erkannt haben, daß die heutige Politik richtig ist, ist ja viel größer, als es nach außen hin zum Ausdruck kommt (Lebhaftes sehr richtig!).

---

[36] Gemeint ist vermutlich die Kulturtagung der DVP, die für den 2. und 3. April 1927 geplant war (vgl. in dieser Edition die dortige Rede Stresemanns vom 3. April 1927).

[37] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei). – Mit der nachfolgend angesprochenen Antwort Bennigsens bezieht sich Stresemann vermutlich auf dessen Reichstagsrede vom 22. Januar 1892, bei der er anläßlich der Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag ein stärkeres Zusammengehen der beiden liberalen Parteien anregte und dieses in Verbindung mit der gemeinsamen Ablehnung der Vorlage für ein preußisches Schulgesetz brachte (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS VIII, I, Bd. 6, S. 3818–3824).

[38] Gemeint ist: Nach der zweiten Kabinettssitzung, an der die Minister der DNVP teilnahmen (vom 2. Februar 1927: vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 526–527). Tatsächlich reiste Stresemann am 6. Februar 1927 in den Erholungsurlaub (vgl. oben Anm. 1).

[39] Stresemann bezieht sich auf die Mitgliedschaft der DNVP im ersten Kabinett Luther, aus dem ihre drei Minister am 25. Oktober 1925 ausschieden (vgl. oben mit Anm. 20).

Meine Herren! Es hat neulich ein amerikanisches Blatt, die „Baltimore-Gazette“[40], geschrieben: „In der ganzen Zeit dieser Krise hat nur eine deutsche Partei das Vaterland über die Partei gestellt, und das war die Deutsche Volkspartei“, und das ist parteitaktisch unbedingt richtig gewesen. Wir Nationalliberalen sind es ja gewöhnt, den Parteigeist in uns niederzuringen. Wären wir vom Parteigeist erfüllt, so hätten wir gar nichts Besseres tun können, als die Deutschnationalen in der Soße ihrer Opposition so lange schmoren zu lassen, bis sie keinen Menschen mehr hinter sich gehabt hätten. Sie hätten diese Opposition auf die Dauer gar nicht aushalten können (Allseitige Zustimmung). Der Landbund[41] machte nicht mehr mit, weil er nicht einsah, daß die Landwirtschaft sich immer außerhalb jedes Einflusses stellen sollte. Die heranwachsende Jugend ist auch nicht mehr den Phrasen hold, wie in den ersten Tagen nach der Revolution. Die Kreise, die ein Interesse daran haben, daß keine rein sozialistische Zentrumspartei-Wirtschaft einreißt, hätten es nicht verstanden, wenn man noch länger draußen geblieben wäre. Deshalb haben wir, parteipolitisch betrachtet, große Opfer gebracht, wenn wir uns dafür einsetzten, die Deutschnationalen in die Regierung zu nehmen, aber Dank haben wir dafür, wie gewöhnlich, nicht geerntet. Ich glaube jedoch, daß die Entwicklung sich in einigermaßen ruhigen Bahnen bewegen wird, weil nämlich eine große Anzahl der Fragen, die die Menschen sehr bewegen, bei sachlicher Wertung der Parteibelange einfach angenommen werden müssen.

Es wäre ja der größte Spaß, einmal das Finanzministerium, das Wirtschaftsministerium, das Landwirtschaftsministerium, das Auswärtige Amt mit Mitgliedern derselben Partei zu besetzen. Sie könnten sicher sein, daß diese Minister nach 14 Tagen im schärfsten Kampfe miteinander lägen, angespornt von sämtlichen Geheimräten ihrer Ministerien, die sagten: „Herr Minister, das dürfen Sie sich vom Ressortstandpunkt aus nicht gefallen lassen“ (Zustimmende Heiterkeit)! Denn schließlich liegt es doch so, daß man über die Fragen gewisser Zollpositionen und Steuern nicht auf der Basis von Weltanschauungen entscheiden kann, sondern sich verständigen muß. In mehreren Fragen ist das auch schon geschehen, und ich habe das Empfinden, als ob bei manchen deutschnationalen Herren mit dem Augenblicke der Übernahme der Amtes – ich bitte das ohne Ironie zu betrachten – auch die alte, rein sachliche Beam-

[40] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[41] Der Reichslandbund als bedeutendster Interessenverband der deutschen Landwirtschaft stand an sich der DNVP nahe. Zu seinem Forderungsprogramm vom 1. März 1927 für die Zollpolitik der Reichsregierung in bezug auf Landwirtschaftsprodukte vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 572–573, Anm. 9.

teneinstellung in ganz kurzer Zeit den Sieg über die Parteipolitik davongetragen haben wird. Wir werden in diesen Fragen Kämpfe auszufechten haben, um unsern Einfluß geltend zu machen, dabei werden wir die Mittellinie suchen, wie wir es stets getan haben, und wir glauben, in dieser Beziehung ein gutes Werk zu tun.

Meine Damen und Herren! Auf dem Gebiete der Sozialpolitik kreuzen sich sozialpolitische, wirtschaftliche und finanzielle Erwägungen[42], kreuzen sich allerdings auch mit gewissen Organisationsbewegungen, und es scheint, als ob mancher Herr aus dem Zentrum auf dem Standpunkte stünde: „Nun müßt ihr es aber auch bezahlen, daß wir mit den Deutschnationalen zusammengegangen sind, und uns von der Konkurrenz der freien Gewerkschaften befreien".

Hier stehen sich unbedingt Notstände der gesamten Lage gegenüber, und diese Lage darf ich vielleicht nach zwei Seiten kurz beleuchten. Ich glaube, wir täuschen uns vollkommen über die deutsche Wirtschaftslage, wenn wir sie mit den Augen des Handelsredakteurs ansehen (Sehr richtig!). Die Hausse in deutschen Börsenwerten[43] hat gar nichts mit der Gesundung der deutschen Wirtschaft zu tun, und wer da glaubt, daß der glückliche Besitzer deutscher Aktien jetzt schon einen steigenden Reichtum besäße, der beliebt mit einem Optimismus ohnegleichen die Zusammenlegung des Aktienkapitals freundlichst zu übersehen, die inzwischen vor sich gegangen ist. Dazu kommt die Schwierigkeit der außenpolitischen Wirtschaftslage; denn Wirtschaftspolitik nach außen hat man früher dadurch gemacht, daß man große Kredite gab, die wir heute nicht mehr geben können. Wir sind viel schwächer als andere Länder; wir haben Milliarden investiert, die wir amortisieren und verzinsen müssen, und die gesamte Lage ist weit ungünstiger, als manche Ziffern sie erscheinen lassen. Ich glaube, daß es nötig ist, die Situation so zu schildern, wie sie tatsächlich ist, weil das Ausland aus der angeblichen Prosperität unserer Wirtschaft, gemessen an den Börsenevolutionen, auf unsere Leistungsfähigkeit in außenpolitischer Hinsicht Schlüsse zieht, die ganz verhängnisvoll für uns sein können (Sehr richtig).

Dasselbe gilt für die Finanzpolitik. Es ist ja an sich ein gutes Zeichen der Aufrechterhaltung alter Sachlichkeit, wenn wir stets das Bestreben sehen, um Gottes willen

[42] Stresemann bezieht sich vermutlich in erster Linie auf die Debatte über das Arbeitszeitnotgesetz, dessen Entwurf zuletzt in der Kabinettssitzung vom 16. Februar 1927 kontrovers diskutiert worden war (vgl. ebd., S. 544–546).

[43] Zu den Ursachen für die Hausse an den Börsen vgl. den Bericht des Reichsbankpräsidenten Schacht über währungs- und finanzpolitische Fragen, den er am 7. März 1927 u. a. vor mehreren Ministern hielt (ebd., S. 577–610).

kein Defizit eintreten zu lassen[44]. Hier müssen aber, glaube ich, zwei Dinge nebeneinander abgewogen werden. Einmal ist es die Frage, ob die Vermögensbildung, die bei jedem Volke notwendig ist, ob die wirtschaftliche Entwicklung die Steuern tragen kann, die auferlegt werden, wenn sie nicht nur dem Binnenmarkte, sondern dem Weltmarkte gegenübersteht. Das Zweite ist die Tatsache, daß es eine Unmöglichkeit ist, mit Überschüssen zu wirtschaften, gleichzeitig aber dem Reichsaußenminister aufzugeben, aufgrund der zerrütteten deutschen Finanzen die Revision des Dawes-Paktes gefälligst zu betreiben[45] (Sehr wahr!). Wir haben eine große Überschußwirtschaft betrieben, und es ist mir mehr als einmal vorgekommen, daß man mich bei internationalen Konferenzen mit den Worten beglückwünscht hat: „Ihrem Finanzminister geht es gut, dem fließen die Überschüsse nur so zu. Wie groß ist dieses Deutschland, das sich so schnell wieder aufgerafft hat!“ – Meine Damen und Herren! Das sind dieselben falschen Lobpreisungen, wie wir sie in manchen Kreisen des Auslandes bei der Überschätzung der deutschen Reichswehr erleben, die so angesehen wird, als sei sie wieder die schlagfertige einstige Armee. Das sind Ansichten, die von Herrn Poincaré[46] dazu benutzt werden, um in seinem Lande wieder Angst und Grauen vor der Bedrohung durch Deutschland hervorzurufen, während leider die Tatsachen ganz anders liegen. Wenn deshalb die Forderungen, die an den Staat gestellt werden, es in Zukunft nicht mehr gestatten, mit Überschüssen zu wirtschaften, wenn wir damit rechnen müssen, einen Defizithaushalt zu sehen, dann bitte ich Sie, das nicht nur vom Standpunkt alter Zeiten zu betrachten, wo man einen Finanzminister dieserhalb verdammte, sondern vielleicht auch einmal die Gesamtsituation auf sich wirken zu lassen. Ich glaube, daß ein Defizit, auch für mehrere Jahre, im Ausmaß von mehreren hundert Millionen, eher zu ertragen ist, als die Ansicht der Welt, daß Deutschland schon wieder ein reiches Land sei, von dem man alles mögliche verlangen könne.

Meine Damen und Herren! Noch ein Letztes, denn ich will gegen meine Natur kurz sprechen (Heiterkeit), die Lage der Außenpolitik! Ich darf dazu zunächst etwas Persönliches sagen. Der Außenminister des Deutschen Reiches ist der unglücklichste Mensch, den es in Deutschland gibt, auch gegenüber seinen Kollegen. Die haben

---

[44] Zum Regierungsentwurf für den Haushalt 1927 vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 719, Anm. 21.

[45] Zu den letzten Besprechungen im Kabinett über den Haushalt 1927 und die Verknüpfung mit der Frage der Revision des Dawes-Plans vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 626–628 u. 640–643.

[46] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

ihre Sachen recht und schlecht in Ordnung, und solange das Kabinett nicht stürzt, hindert sie niemand an der Einbringung ihrer Vorlagen (Heiterkeit). Der Außenminister aber wird alle drei Monate nach Genf[47] geschickt, wo er sich ganz anderen Mächten gegenübersieht, Mächten, die zum Teil vor gar nicht so langer Zeit noch unsere Feinde waren. Aber wenn er nicht mit Rosen und Nelken wieder nach Hause kommt, hat er einen glatten Mißerfolg errungen, und „es muß einmal festgestellt werden, daß man diesen unfähigen Menschen nicht länger in der Leitung der Außenpolitik lassen kann“[48] (Große Heiterkeit). Jedesmal wird ein Gottesurteil erwartet, als ob der Wandel der Weltgeschichte sich in Perioden von drei Monaten vollzöge und als ob man am stillen Herd zur Frühlingszeit übersehen könnte, wie die Dinge im andern Milieu liegen und wie Einzelfragen sich in große Dinge einfügen, von denen nicht gesprochen wird (Zustimmende Heiterkeit).

Ich will Ihnen keineswegs verhehlen, daß die Situation seit September vorigen Jahres[49] sehr viel schlechter geworden ist; sie ist schlechter geworden – und diese Mitteilungen sind selbstverständlich erst recht nicht für die Presse bestimmt –**,** weil die Aussichten, daß Herr Briand[50] das Kabinett Poincaré stürzen würde, nicht in Erfüllung gingen. Das Programm von Thoiry[51], das von Caillaux[52] stammt, nicht von Briand, hat den ersten Stoß erlitten dadurch, daß ein demokratischer Führer[53] das Kabinett Caillaux-Briand stürzte. Wenn Demokraten die Politik in die Hand nehmen,

---

47 Stresemann bezieht sich auf die Völkerbundstagungen, zuletzt diejenige des Völkerbundsrates vom 7. bis 12. März 1927; vgl. dazu seine verschiedenen Reden und Redebeiträge in Genf in dieser Edition.

48 Inwieweit es sich hier um ein wörtliches Zitat, etwa aus der Zeitungsberichterstattung, handelt, konnte nicht ermittelt werden.

49 Gemeint ist der Zeitpunkt des deutschen Eintritts in den Völkerbund (zur Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts vgl. diese Edition) und des Gesprächs Stresemanns mit Briand in Thoiry (vgl. unten Anm. 51).

50 Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

51 Am 17. September 1926 hatten sich Stresemann und Briand in Thoiry, einem französischen Ort nahe der schweizerisch-französischen Grenze, zu einem mehrstündigen Gespräch getroffen, in dem sie die Möglichkeit eines allgemeinen Ausgleichs zwischen Frankreich und Deutschland erörterten. Vgl. dazu Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210.

52 Joseph Caillaux (1863–1944), französischer Finanzminister u. a. 17. April – 27. Oktober 1925 u. 23. Juni – 17. Juli 1926.

53 Am 17. Juli 1926 war die Regierung Briand über das von Caillaux vorgelegte Ermächtigungsgesetz zur Finanzreform insbesondere aufgrund der Gegenwehr Herriots gestürzt worden; ihr folgte eine Regierung unter Herriot, die allerdings nur wenige Tage im Amt war, ehe sie am 23. Juli von einem Kabinett unter Poincaré abgelöst wurde (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 281–285).

passiert regelmäßig ein Unglück (Große zustimmende Heiterkeit). Ob es in Frankreich Herr Herriot[54], ob es in Deutschland Herr Koch ist, – sie stürzen ihre eigenen Minister[55]; das ist ihre Lieblingseigenschaft, und erklären nachher, daß sie ihre Grundsätze rein und unbefleckt aufrechterhalten haben (Erneute große zustimmende Heiterkeit).

Dieser Sturz des Kabinetts Briand-Caillaux und die Nachfolge des Herrn Poincaré mußten von vornherein Zweifel daran erwecken, ob mit diesem Herrn, von dem ich nicht glaube, daß er sich geändert hat, die Politik Caillaux' zu machen sei. Briand nahm sie auf, glaubend, wie viele andere, daß Herr Poincaré mit der Frankenstabilisierung[56] zu Bruch kommen würde. Das sagten alle Sachverständigen. Er irrte sich aber doch insofern, als eine de-facto-Stabilisierung durch Poincaré zustande kam. Nun sieht sich Briand den Herren Barthou[57], Marin[58], Poincaré usw. gegenüber, die Sache ist zum Stillstand gekommen, und Herr Briand hat sogar einigermaßen das Gedächtnis verloren für die Dinge, die seinerzeit zwischen uns besprochen wurden. Infolgedessen muß die Taktik geändert werden; anstelle einer Verständigung von Mann zu Mann, die mit Caillaux-Briand möglich gewesen wäre, denn Caillaux wollte aufgrund der Abmachung mit uns über den Dawes-Pakt[59] das Geld haben, um den Franken zu stabilisieren, sind wir jetzt gezwungen, den Kampf um die Rheinland-

[54] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932.

[55] Auf was sich Stresemann hier im Zusammenhang mit Koch-Weser bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise liegt der Bezug darin, daß Reichswehrminister Geßler im Januar 1927 nach einer Auseinandersetzung mit Koch von der DDP gezwungen wurde, seine Mitgliedschaft in der Partei niederzulegen, sofern er dem neuen Kabinett Marx angehören würde (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 4–7 u. 19).

[56] Bereits Ende Juli / Anfang August 1926 hatte Poincaré Finanzgesetze durchs Parlament gebracht (vgl. ebd. 67 [1926], S. 286–288), die in den Folgemonaten die Stabilisierung des Francs einleiteten.

[57] Jean-Louis Barthou (1862–1934), Präsident der Reparationskommission 1922–1926; verschiedene Ministerposten, u. a. französischer Kriegsminister 1921–1922; Justizminister 1922 und 23. Juli 1926 – 22. Oktober 1929.

[58] Louis Marin (1871–1960), u. a. Minister für die befreiten Gebiete 29. März – 13. Juni 1924; Minister für Pensionen 23. Juli 1926 – 6. November 1928.

[59] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat. – Beim Gespräch in Thoiry (vgl. oben Anm. 51), das Stresemann hier auf Ideen Caillaux' zurückführt, war unter anderem die Möglichkeit erörtert worden, die als Sicherheit für die deutsche Erfüllung des Dawes-Plans geltenden Eisenbahnobligationen zugunsten Frankreichs zu mobilisieren.

Räumung aufzunehmen[60], augenblicklich mit Unterstützung von England und Belgien, getragen unzweifelhaft von einem großen Teil der öffentlichen Meinung in Frankreich, aber auch im Kampfe mit den Leuten, die die Sorge haben vor dem nächsten Revanchekrieg, die glauben, daß die Reichswehr ein Instrument sei, um diesen Krieg trotz aller Verträge vorzubereiten.

Wohin diese Entwicklung gehen wird, ist im Augenblick nicht zu übersehen. So muß die Wahl des Zeitpunktes, in dem diese Demarche[61] erfolgen soll, auch der Regierung vorbehalten bleiben; denn es kommt nicht darauf an, zunächst große jubelnde Leitartikel zu schreiben, sondern es kommt darauf an, daß man die Offensive in dem Augenblicke beginnt, wo man alle Vorbereitungen getroffen hat. Schließlich kommt alles auf den Erfolg an und nicht darauf, sich mit großen Reden billige Lorbeeren zu erwerben und sich durch den Jubel im eigenen Lande trösten zu lassen über den Mißerfolg, den man tatsächlich erreicht hat. Wir werden hier um so mehr geschickt vorgehen müssen, als die europäische Atmosphäre mit allen möglichen Explosionsstoffen geladen ist. Die Dinge im Osten stellen uns unter Umständen vor neue Situationen, nicht in dem Sinne eines Krieges, den Rußland führen könnte; denn Sowjetrußland kann keinen Krieg führen. Sowjetrußland wird bei uns überhaupt außerordentlich stark überschätzt (Sehr richtig!); es kann uns weder wirtschaftlich viel bringen, noch kann es uns militärisch viel bieten, und diejenigen, die glauben, wir kämen aus allem heraus, wenn wir uns Sowjetrußland anschlössen, sind, glaube ich, die törich[t]sten Außenpolitiker (Sehr richtig!). So einfach ist die Sache nicht, daß sich heute etwas Ähnliches wiederholen könnte wie vor mehr als 100 Jahren bei Tauroggen[62]. Ein Mann, den Sie alle sehr schätzen[63], hat mir einmal gesagt: „Ich soll den neuen Yorck[64] spielen, – die Leute scheinen ganz zu vergessen, daß damals das

[60] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands. – Zum Stand der entsprechenden deutschen Bemühungen vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927.

[61] Gemeint ist ein entsprechender Schritt der Reichsregierung gegenüber den Besatzungsmächten, den Stresemann in den in der vorangegangenen Anm. genannten Redebeiträgen angekündigt hatte und der sich auf Art 431 des Versailler Vertrags stützen sollte, wonach die verbliebene Besatzung auch vorzeitig beendet werden konnte.

[62] Die Konvention von Tauroggen, die General Yorck am 30. Dezember 1812 auf eigene Faust mit dem russischen General Diebitsch schloß, war formal ein Waffenstillstand bzw. ein Neutralitätsabkommen zwischen Preußen und Rußland und ebnete nach vorherigen Zusagen des Zaren faktisch dem Bündnis gegen Napoleon den Weg. Text in CONSOLIDATED TREATY SERIES 62 (1812–1813), S. 115–118.

[63] Wer damit gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

[64] Gemeint ist Johann David Ludwig Yorck [seit 1814: Graf Yorck von Wartenburg] (1759–1830), preußischer General; Befehlshaber des preußischen Hilfskontingents beim Rußlandfeldzug Napo-

erste französische Heer vernichtet war, ehe Yorck den Vertrag schloß, und dann wäre es auch beinahe noch schiefgegangen, wenn man nicht noch zwei starke Verbündete bekommen hätte“. Diesmal steht Sowjetrußland abseits; es kann überhaupt keinen Krieg führen; denn der Verlust des Krieges würde bedeuten, daß die dortige Leitung die Herrschaft verlöre, und der Gewinn wäre in dieser Beziehung vielleicht noch verhängnisvoller als der Verlust. Manche glauben, daß die Weltanschauung des Bolschewismus für Deutschland kämpfen würde. Ich glaube absolut nichts; ich sehe nur die bolschewistische Armee, die uns vielleicht in einem Kampfe helfen würde, in dem wir unsere Existenz verlören. Deshalb werden wir alles tun, um Komplikationen zu verhüten, und wir werden den Faden nach dem Westen, nach England, absolut nicht abreißen lassen dürfen[65].

Im übrigen hat man dafür, daß Deutschland nicht so optiert, wie einzelne Leute es wünschen, in andern Ländern sehr starkes Verständnis. Und wenn die sowjetrussische Presse[66] immerfort die Lüge verbreitet, daß Herr Chamberlain[67] mir den polnischen Korridor[68] und das Protektorat über die Don-Republik angeboten habe, so wird die russische Presse damit nur erreichen, daß die deutsche öffentliche Meinung sagt: Warum hast du das eigentlich nicht angenommen? (Zustimmende Heiterkeit) Denn so stark ist, glaube ich, bei uns die Begeisterung gar nicht dafür, daß wir uns allein auf das heutige Rußland stützen sollten. In Wirklichkeit glaube ich aber auch nicht, daß England den Krieg gegen Rußland führen will. Es wird auf andere Weise gegen Rußland vorgehen, es wird seine Beziehungen mit Rußland abbrechen, es wird mit dem ganzen Einflusse seiner Londoner City dahin arbeiten, daß Rußland der Kredit abgeschnitten wird, aber es wird nicht daran denken, sich in einen Krieg gegen Rußland einzulassen, einmal wegen der Lage im Innern, die nicht mehr so gefestigt ist

leons 1812. – Mit dem nachfolgend angesprochenen „Vertrag“ ist die Konvention von Tauroggen gemeint (vgl. oben Anm. 62).

[65] Die Beziehungen Großbritanniens zur Sowjetunion waren sehr gespannt; zuletzt hatte Chamberlain in einer Note an Moskau vom 23. Februar 1927 für den Fall der Fortsetzung der antibritischen Propaganda im Empire und gegen dessen Interessen in China mit dem Bruch der Beziehungen gedroht (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927), was die Sowjetunion in einer Antwortnote vom 27. Februar 1927 als unbegründet zurückgewiesen hatte (vgl. ebd., Nr. 99 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927).

[66] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 114 (Morgenausgabe) vom 9. März 1927, wird ein dem nachfolgend von Stresemann Angesprochenen entsprechender Artikel der sowjetischen Zeitung „Iswestija“ paraphrasiert. – Zum Zusammenhang und zur Reaktion Stresemanns auf die Veröffentlichung in der „Iswestija“ vgl. sein Telegramm an Brockdorff-Rantzau vom 16. März 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 569–571).

[67] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[68] Mit dem „polnischen Korridor“ ist der Landstreifen gemeint, der durch den Versailler Vertrag an Polen fiel und Ostpreußen vom übrigen Deutschen Reich abtrennte.

wie in früheren glücklichen Zeiten, und dann, weil der Erfolg den Einsatz nicht lohnt.

Aber es können durch Expansionsbedürfnisse einzelner Staaten Komplikationen entstehen. Eine gewisse Nervosität liegt über den Kabinetten, und es wird von der Art, wie Deutschland sich moralisch für die eine oder andere Macht einsetzt, sehr viel abhängen. Ich finde, daß wir oft geneigt sind, diesen moralischen Einfluß zu unterschätzen. Was es aber bedeutet, die Welt gegen sich zu haben, nicht nur mit Waffen, haben wir, glaube ich, im Weltkriege zu Genüge erfahren müssen. Ich glaube deshalb, man sollte die Stellung, die wir uns, auch innerhalb des Völkerbundes, erworben haben, auch außenpolitisch zur Geltung bringen, weil diesen Dingen ein nicht geringes Gewicht beizulegen ist. Wir sind jetzt in innerer Überlegung, ob wir dem Wunsche der Nationen entsprechen sollen, die nächste Völkerbundesratssitzung in Berlin abzuhalten[69]. Ich weiß sehr wohl etwas dagegen anzuführen und habe das Wort nicht gesprochen, auf das man in Genf wartete. Aber ich bin mir ebenso klar darüber, daß eine Sitzung des Völkerbundesrats in unserer Reichshauptstadt eine unerhörte moralische Genugtuung für Deutschland in der Welt bedeuten würde, zumal, wenn die Initiative dazu nicht von uns, sondern von den andern ausgeht (Zustimmung).

Es ist die alte Politik Englands, mit seinen Feinden von vorgestern Frieden zu schließen, weil es glaubt, sie in Zukunft einmal brauchen zu können. Das ist aber schließlich dieselbe Politik, die auch Bismarck[70] betrieben hat, und wir müssen es uns abgewöhnen, in jedem Lande, das uns im Weltkriege Schaden zugefügt hat, einen Feind für alle Ewigkeit zu sehen (Sehr gut!). Sonst ist überhaupt keine Außenpolitik zu machen. Der deutsche Außenminister kann nicht in jedem Jahr bei der Etatberatung eine Rede halten, in der er über all und jedes Unrecht, das uns in Jugoslawien, Polen, Tirol, der Tschechoslowakei usw. zugefügt ist, klagt, und womit er anderen vor den Kopf stößt, wenn er nicht die Möglichkeit hat, diesen Klagen durch eigene Macht abzuhelfen. Deshalb müssen wir auch einmal die Grenze nach der Richtung hin suchen, ob wir das Recht haben, in außenpolitischen Fragen weiterzugehen als unsere eigenen Volksgenossen in den betroffenen Gebieten. Das viel angefeindete Kompromiß in Oberschlesien beruht auf den Vorschlägen des Deutschen

[69] Den Vorschlag hatte nach eigenem Bekunden Stresemanns (vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927) Chamberlain ihm gegenüber geäußert.

[70] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

Volksbundes in Ostoberschlesien[71] (Hört! Hört!). Der Deutsche Volksbund hat sich in einer Eingabe an den Völkerbund auf den Standpunkt gestellt: Wir wollen keine Kinder, die kein Wort deutsch sprechen, in unseren deutschen Minderheitsschulen! Das kann falsch sein, wie ich zugeben will. Herr Zaleski[72] ist der Meinung, daß es falsch ist; er meint, wir könnten die polnischen Kinder zu uns herüberziehen. Aber die im Deutschen Volksbunde zusammengeschlossenen Deutschen in Ostoberschlesien sind anderer Ansicht. Vielleicht denken sie dabei an die bekannte Anekdote von dem kleinen Juden, der in die Schule geschickt wird, um sich das Mauscheln abzugewöhnen. Als man nach vier Wochen nach dem Erfolge fragt, kommt die erfreuliche Antwort: Die ganze Klasse mauschelt jetzt (Große Heiterkeit)! Vielleicht denken unsere Freunde in Ostoberschlesien auch: Wenn die ganzen polnischen Kinder in unsere Schulen kommen, lernen die deutschen Kinder polnisch und die Polen nicht deutsch. Jedenfalls muß man doch aber dem, was die eigenen Volksgenossen in dem betroffenen Gebiete für richtig halten, einigermaßen Rechnung tragen (Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Wenn Sie die Situation eines Außenministers in Genf sehen, dem eine Eingabe des Deutschen Volksbundes vorliegt und zu dem die Vertreter der anderen Nationen sagen: „Wir sind bereit, im Sinne Ihrer Volksgenossen eine Entscheidung auf dieser Grundlage zu fällen“, dann werden Sie zugeben müssen, daß es nicht angebracht ist zu sagen: Wir in Berlin sind anderer Ansicht und gehen weit darüber hinaus. Tatsächlich sind wir in unserer grundsätzlichen Einstellung darüber hinausgegangen. Ich habe ausdrücklich grundsätzlich erklärt[73], es sei rechtlich unanfechtbar, daß sogar ein Kind, das kein Wort deutsch spricht, in die deutschen Schulen aufgenommen werden muß, da der Wille der Eltern zu entscheiden hat, und ich habe in diesem Zusammenhange gesagt, daß die deutsche Kulturpolitik ein Vorbild für den polnischen Außenminister sein könne. Aber schließlich lag doch in dem Ganzen ein gewisses Moment der Schwäche, und ich glaube, man sollte sich in dieser Sache etwas ruhiger auseinandersetzen und keine Leitartikel schrei-

[71] Im vormals deutschen und nun polnischen Ostoberschlesien war es zu einem Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Volksbund, einer Organisation der dortigen deutschen Minderheit, über das Recht des Besuchs von Minderheitenschulen gekommen. Nach erfolglosen Protesten des Volksbundes und einer Entscheidung Calonders, des Völkerbundsbeauftragten in Ostoberschlesien, im Sinne der Beschwerde des Deutschen Volksbundes (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371), die von der polnischen Regierung nicht akzeptiert wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 16. Januar 1927), gelangte die Frage vor den Völkerbundsrat, der zuletzt am 12. März 1927 darüber verhandelte (zu den Redebeiträgen Stresemanns in dieser Sitzung vom 12. März 1927 vgl. diese Edition).

[72] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941).

[73] In der in Anm. 71 genannten Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927 (vgl. auch diese Edition).

ben, ehe man weiß, was vorgegangen ist (Sehr richtig!). Aber so ist gewöhnlich der Gang der Dinge: Drei Tage ist man in Genf; vom ersten Tage, dem Mittwoch, liest man lauter Anekdoten, Mitteilungen über Diners, Frühstücke, Kahnfahrten usw.; kommt man näher hinein, am Donnerstag, so heißt es: „Gespannte Lage!“ Am Freitag lautet die Schlagzeile: „Schärfster Konflikt zwischen Briand und Stresemann!“ (Wachsende Heiterkeit). Und kommt dann schließlich am letzten Abend das Kompromiß zustande, was doch natürlich ist, dann heißt es: „Stresemanns Umfall!“ und am Sonnabend verlangt die Deutsche Zeitung[74] den Rücktritt (Große Heiterkeit).

Ich frage Sie: Sehen Sie denn, daß in unserm eigenen Lande, daß im Reichstage eine Sache zustande kommt, ohne daß ein Kompromiß geschlossen wird? Glauben Sie, wenn sie mit 14 Nationen zusammensitzen[75], daß sie Ihre Vorschläge ohne weiteres durchdrücken können, daß die andern sofort mit tiefer Verbeugung zustimmen (Sehr gut!)? Wenn immer wieder behauptet wird, daß Deutschland eine kolossale Niederlage erlitten habe, was nach Ansicht der Ausländer durchaus nicht der Fall ist, dann schwächt uns das in unserer Weltgeltung. Draußen ist man der Meinung, daß wir emporkommen; draußen sagt man, der Völkerbund arbeite nur für Deutschland, so daß sich Herr Briand jetzt den ganzen Tag dagegen verteidigen muß, und hier bei uns stellt man es so hin, als ob wir wie die Parias behandelt würden, was doch wirklich nicht der Fall ist (Sehr gut!).

Meine Damen und Herren! Wir haben die etwas schwierige Frage der Saar behandelt[76]. Hier war die Situation so, daß die Partei, die sich am meisten gegen die Abmachung wendet, die Zentrumspartei, in der Saarregierung vertreten ist. Dieser deutsche Vertreter[77] in der Saarregierung hat aber nicht gegen die Vorschläge der Saarregierung gestimmt; er hat sich der Stimme enthalten, weil er in einigen Punkten

---

[74] Sofern hier ein konkreter Artikel in der dem rechten Flügel der DNVP nahestehenden „Deutschen Zeitung“ gemeint ist, konnte er nicht ermittelt werden.

[75] Gemeint ist: im Völkerbundsrat.

[76] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. Diskutiert wurde dieser Aspekt der Saarfrage in der Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927 (vgl. diese Edition). Stresemann war dabei gezwungen, einen Kompromiß einzugehen und grundsätzlich die Notwendigkeit eines Bahnschutzes zuzugestehen (vgl. auch in dieser Edition seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927).

[77] Gemeint ist Bartholomäus Kossmann (1883–1952), Mitglied der Nationalversammlung 1919–1920 (für das Zentrum); deutsches Mitglied in der Regierungskommission des Saargebiets 1924–1935.

anderer Ansicht war (Hört! Hört!). Wenn man dann kämpft und einem gesagt wird: „Mein lieber Herr Außenminister, wenn das wirklich eine so wichtige Sache wäre, hätte doch Ihr deutscher Vertreter in der Saarregierung mit Nein gestimmt“, dann, meine Herren, sind das Dinge, die Sie bitte beachten wollen. Wenn man dann mit einem geringeren Ergebnisse nach Hause kommt, sollte man taktisch dennoch zufrieden sein und die Dinge nicht übertreiben, indem man sagt: „Deutschland hat eine Niederlage erlitten!“

Wir haben im Dezember, als wir einen großen Erfolg in der Investigationsfrage zu verzeichnen hatten[78], die Dankbesuche aller unserer früheren Bundesgenossen bekommen, die uns gesagt haben: „Was ihr in der Frage der Investigationen durchgesetzt habt, habt ihr auch für uns erreicht“. Genauso haben die Ungarn und Bulgaren sich beim Außenminister für das bedankt, was er als Vorsitzender des Völkerbundsrates[79] und als Mitglied des Völkerbundes in ganz großen entscheidenden Fragen getan hat. Dann soll man doch nicht so töricht davon sprechen, daß unsere Mitgliedschaft im Völkerbunde keine Bedeutung habe, zumal erst ganze sechs Monate vergangen sind, seitdem wir Mitglied wurden[80], was die verehrte Öffentlichkeit immer wieder zu vergessen scheint (Sehr gut!). Nach fünf Jahren wird man sich einmal darüber unterhalten können, ob ein Plus oder ein Minus entstanden ist (Zustimmung).

Meine Damen und Herren! Wir werden mit unseren Forderungen nur in den heftigsten Kämpfen durchkommen können. In Frankreich ist die Lage so, daß Frankreich weder auf Briand verzichten kann noch auf Poincaré, der ihm de facto die Stabilisierung gebracht hat, und daß man deshalb gar nichts tut. Es gibt Kabinette, die so heterogen zusammengesetzt sind, daß sie nur davon leben können, daß das Parlament

---

[78] Der Völkerbundsrat hatte in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1926 zwar unter Berufung auf Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100), der die Untersuchung des Vollzugs der deutschen Abrüstung legitimierte, einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich bestätigt, jedoch klargestellt, daß die dort vorgesehenen „éléments stables“ im entmilitarisierten Rheinland lediglich durch Regierungsvereinbarung zustande kommen könnten und Deutschland nur von denjenigen gemäß dem Protokoll einzusetzenden Untersuchungskommissionen ausgeschlossen sei, die sich auf Deutschland bezögen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497). – Zur Einschätzung dieser Entscheidung durch Stresemann vgl. (in dieser Edition) seine Rede vor deutschen Pressevertretern in Genf vom 11. Dezember 1926.

[79] Stresemann hatte in der Märzsitzung des Völkerbundsrates (vgl. oben mit Anm. 47) dessen Vorsitz inne. – Zu dem von den ehemaligen Verbündeten, also u. a. Ungarn und Bulgarien, die vergleichbaren Entwaffnungsbestimmungen wie Deutschland unterlagen, geäußerten Dank konnte nichts ermittelt werden.

[80] Vgl. oben Anm. 48.

sich vertagt[81], was für die Minister ja immer das glücklichste Stadium ist (Heiterkeit). In Frankreich kann das Kabinett Poincaré nur davon leben, daß über gewisse Dinge nicht gesprochen wird. Sobald große Themata angeschnitten werden, stehen sich die Mitglieder so scharf gegenüber, daß das Kabinett auseinanderfällt. Als Briand von der Dezembersitzung des Völkerbundes zurückkam und die Aufhebung der Militärkontrolle sowie die Änderungen des Investigationsprotokolls[82] mitbrachte, hat ihm sein eigener Kabinettsvertreter Marin das Wort „Landesverräter“ an den Kopf geworfen[83], und das hat mich einigermaßen beruhigt, denn das passiert mir jetzt so oft im lieben Deutschland (Große Heiterkeit). Ich möchte damit die kurzen Einleitungen schließen. Ich habe mir extra eine Uhr angeschafft, um zu sehen, daß ich nicht zu lange spreche (Heiterkeit).

Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich das eine vor Augen zu führen: Unser Einfluß im Kabinett ist zahlenmäßig klein[84], und es lastet auf dem Kollegen Curtius und mir insofern eine so große Verantwortung, als eigentlich beide Ressorts als solche schon den ganzen Menschen beanspruchen, so daß man sich schwerlich noch um andere Dinge so kümmern kann, wie es wünschenswert wäre. Wir saßen früher auseinander, in der Zeit, als der Kollege Krohne noch im Ministerium war; wir haben uns jetzt zusammengesetzt, sitzen nebeneinander, um gemeinsam zu kämpfen und gegenseitig füreinander einzutreten, wenn die drüben etwa zusammengehen sollten (Zustimmende Heiterkeit und Bravo!). Auch wir als Partei müssen eng aneinanderrücken, damit wir, trotz zahlenmäßig nicht großer Bedeutung im Leben der Parteien oder innerhalb der Regierung, durch die Qualität unserer Arbeit und der Bedeutung der Schichten, die hinter uns stehen, das ausgleichen, was uns am äußeren Maße fehlt (Bravo!).

Wünschen die Herren nun eine Aussprache über die politische Lage? Die Herren Vorsitzenden der Reichs- und Landtagsfraktionen? Andernfalls bitte ich, die kritische Stimme des Landes ertönen zu lassen (Heiterkeit).

Meine Damen und Herren! Wenn die allgemeine Aussprache zunächst nicht ein-

---

[81] Vermutlich spielt Stresemann hier darauf an, daß sich die französische Kammer am 18. Dezember 1926, also kurz nach der Rückkehr Briands aus Genf, bis zum 11. Januar 1927 vertagte (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 299).

[82] Vgl. dazu oben Anm. 78.

[83] Zu dieser vermutlichen Kolportage eines Zeitungsberichts vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Reichskonferenz der Reichszentrale für Heimatdienst vom 28. Januar 1927 mit der dortigen Anm. 152.

[84] Neben Stresemann war aus der DVP nur noch der nachfolgend erwähnte Julius Curtius Mitglied des Kabinetts.

setzt, darf ich vielleicht davon Kenntnis geben, daß der Parteivorstand es für wünschenswert erachtet hat, anläßlich unseres Zusammenseins in Hannover ein kurzes Manifest der Partei herauszugeben.

Ich darf dabei darauf hinweisen, daß mir das deshalb parteigeschichtlich auch als wünschenswert erscheint, weil ich immer wieder den Satz höre von der „Gründung der Deutschen Volkspartei“. Man gründet wohl eine Benzolfabrik oder eine Papierfabrik, aber von einer „Gründung der Deutschen Volkspartei“ zu reden, ist unrichtig. Nie hat die Kontinuität der Nationalliberalen Partei gelitten, sondern diese Partei hat am 15. Dezember 1918 nur von dem Rechte Gebrauch gemacht, sich einen anderen Namen zu geben[85]. In ihren Institutionen ist sie stets zusammengeblieben. Sie hat zwar Mitglieder verloren und sie hat zwei Spaltungen durchgemacht, einmal die, die zur Sezession unter Bennigsen[86], und das zweite Mal die, die zum Abmarsch von Friedberg[87] usw. führte, aber nie hat es eine Zeit gegeben, in der es keine Nationalliberale Partei gab, und wenn Herr Küker (?)[88] in seiner Zeitschrift bezweifelt, ob wir das Recht hätten, uns „Nationalliberale Partei“ zu nennen, so muß sein Gedächtnis sehr stark gelitten haben, denn in der letzten Vorstandssitzung der unter dem Namen „Nationalliberale Partei“ geführten Partei ist ausdrücklich darüber abgestimmt, ob die Nationalliberale Partei bestehen bliebe, und das ist bejaht worden, und dann haben diejenigen, die in ihr blieben, ihr einen andern Namen gegeben[89].

Das in diesem Zusammenhang mit den Ideen unserer Nationalliberalen Partei zum Ausdruck zu bringen, ist der Sinn der Entschließung, die ich Ihnen vorzutragen habe. Sie lautet, vorbehaltlich einer ästhetischen Nachprüfung, folgendermaßen (verliest die Entschließung, die schriftlich vorliegt)[90].

---

[85] Zur Entstehungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen.

[86] Gemeint ist die Abspaltung von 28 führenden Mitgliedern des linken Flügels der Nationalliberalen 1880 wegen ihrer Kritik an der Linie der Parteiführung und deren zu großer Annäherung an Bismarck, u. a. in der Frage des Sozialistengesetzes und der Schutzzölle; im Ergebnis führte dies zur Bildung der „Liberalen Vereinigung“, die 1884 mit der Fortschrittspartei zur „Deutsch-Freisinnigen Partei“ fusionierte.

[87] Robert Friedberg (1851–1920), Mitglied des Reichstags 1893–1898. – 1918 führte er als Vorsitzender der Nationalliberalen Partei einen Teil dieser Partei zur DDP.

[88] So in der Vorlage; der betreffend Name, möglicherweise in anderer Form, konnte ebensowenig ermittelt werden wie die angesprochene Zeitschrift.

[89] Vgl. dazu auch die Wiedergabe der Zeitungsberichterstattung über die Sitzung vom 15. Dezember 1918 in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 3–10.

[90] So in der Vorlage. Der Text der redaktionell überarbeiteten Entschließung ebd. II, S. 727–728, Anm. 48.

(Großer Beifall)

Meine Damen und Herren! Dieses Manifest muß noch redaktionell überarbeitet werden (Zuruf: Kürzer!). Vielleicht kann es etwas abgekürzt werden. Wir können Änderungen und Kürzungen nicht im Zentralvorstande beschließen, sonst würden wir dem untreu werden, was wir selbst sagen. Deshalb schlage ich vor, es einigen Herren des Parteivorstandes, die in dieser Aufgabe geübt sind, zu überlassen, diesen Entwurf zu einer guten Kundgebung der Partei zu gestalten. Darf ich annehmen, daß Sie uns den Appell an bewährte Kräfte freundlichst überlassen? Wenn keine besonderen Wünsche und Namen genannt werden, darf ich bitten, daß Kollege Curtius sich einmal in dieser Richtung betätigt (Zustimmung).

[…][91]

Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Meine Damen und Herren. Ich höre, daß die Reichstagsfraktion sich mit der Frage der Wiedererlangung von Kolonien für Deutschland beschäftigt hat[92]. Ich habe an der Sitzung nicht teilgenommen, sondern mir nur darüber berichten lassen. Eigentlich möchte ich dem verehrten Kollegen Exzellenz von Schnee[93] sagen, daß ein Wiederbesitz von Kolonien[94] wünschenswert ist für unsere Bedeutung nach außen; was unsere Wirtschaft anlangt, so unterliegt es einigem Zweifel, ob der Zeitpunkt der richtige ist, jetzt in einzelnen Erdteilen in die Entwicklung einzugreifen, die unsere Feinde herbeigeführt haben. Meiner Ansicht nach kann diese jetzt nicht diskussionsfähig sein; denn ich glaube, die Kolonialfrage muß doch auch unter der Erwägung betrachtet werden, ob ohne eine ganz starke Autorität Kolonien heute noch so zu verwalten sind wie früher. Ich habe immer das Empfinden, als ob es in der Behandlung der Kolonialvölker keinen größeren Fehler gegeben hat, als ihre Heranziehung zum Weltkrieg[95] (Lebhafte Zustimmung). Sie haben den weißen Mann kämpfen und sterben sehen, wie sie selbst gestorben sind; sie haben die Eifersucht und den Kampf der Weißen aus eigener Anschauung ken-

---

[91] In einer kurzen Zwischenbemerkung (ebd., S. 728) weist Schnee auf die Bedeutung der Kolonialfrage für die ehemalige Nationalliberale Partei und die jetzige DVP hin und bittet Stresemann, dazu etwas zu sagen.

[92] Die Reichstagsfraktion der DVP hatte am sich am 27. Februar 1927 im Zusammenhang mit der Frage der Entschädigung Auslandsdeutscher mit der Kolonialfrage befaßt (vgl. ebd., S. 728, Anm. 52).

[93] Heinrich Schnee (1871–1949), Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 1912–1919; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1932, 1933–1945 (für die DVP 1924–1932, für die NSDAP 1933–1945).

[94] Der Versailler Vertrag hatte in Art. 118 u. 119 die Abtretung aller Kolonien durch Deutschland verfügt (VERTRAG VON VERSAILLES S. 75).

[95] Stresemann bezieht sich auf die Verwendung von Kolonialtruppen in erster Linie durch Briten und Franzosen während des Weltkriegs.

nengelernt, und wenn die Götter einander bekämpfen und sich als Menschen zeigen, glauben die Menschen nicht mehr an die Götter. Das hat jetzt im weiteren Sinne England durchzumachen, und der einzige Vorwurf, der gegen mich in Genf erhoben wurde, war der der Schadenfreude Deutschlands an der Entwicklung, die sich jetzt um den Namen Schanghai herumgruppiert[96].

Es ist vielleicht nicht angebracht, von Schadenfreude zu sprechen; denn man weiß nicht, was dem ganzen Europa daraus blüht (Sehr richtig!). Deshalb haben wir ja auch gewünscht, daß alle diese Leute überhaupt aus dem Weltkriege, den wir miteinander geführt haben, herausgelassen wurden. Ich bin im einzelnen nicht so über die Bewegung informiert, daß ich sagen könnte, ob Ähnliches vielleicht auch in Afrika vor sich geht, wenn die Dinge in China anders auslaufen, wenn die Agitation in Indien sich vermehrt[97]; denn die Gelenke, die das heutige England mit seinen Dominions verbindet, sind eigentlich nur noch künstlich, weil kein eigenes Blut mehr hindurchgeht. Es war eine interessante Episode auf der Reichskonferenz in England[98], als der Vertreter Südafrikas[99] immer davon sprach, daß sie vollkommen unabhängig, daß sie nur als Gäste auf dieser Konferenz seien, bis dann in deutscher Sprache weiter verhandelt wurde und ein Mitglied des Foreign Office[100] sagte: „Herr Hertzog, Sie verstehen wohl die deutsche Sprache besser als englisch; was Sie wollen ist Selbständigkeit, nicht Unabhängigkeit!“ Deshalb, Herr Kollege Schnee, bin ich der Meinung, daß auch für die Kolonien das eine gilt, daß man den Zeitpunkt, wo man diese Frage aufwirft, ruhig überlegen und nur dann an die Dinge herangehen soll, wenn man sie genügend vorbereitet hat, um zu einem Erfolge zu kommen. Ich bin sonst meiner ganzen Natur nach absolut kein Mensch des Schemas. Meine Akten sind nie in Ordnung; von der Tagesordnung erfahre ich gewöhnlich erst, wenn die

---

[96] Mehrere Konferenzen über die Aufhebung der einseitigen Handelsvorteile europäischer Mächte und der Exterritorialrechte von Ausländern in China hatten 1925 und 1926 ohne Ergebnis geendet; inzwischen bedrohten ein großer Streik die Stellung Großbritanniens in Shanghai und der wieder aufgeflammte Bürgerkrieg die Vertragsrechte der europäischen Mächte, wobei ein nach Shanghai entsandtes britisches Militärkorps in die Kämpfe verwickelt zu werden drohte (vgl. etwa die Erklärung Chamberlains im Unterhaus vom 2. März 1927: SCHULTHESS 68 [1927], S. 237).

[97] Unter der Führung Gandhis, der seinen Anhängern Selbstversorgung und den Boykott britischer Produkte nahegelegt hatte, zielte die indische Nationalbewegung auf Unabhängigkeit.

[98] Die britische Reichskonferenz von Mutterland und Dominions, auf die sich Stresemann hier bezieht, tagte vom 19. Oktober bis 23. November 1926 in London.

[99] James Hertzog (1866–1942), Premierminister Südafrikas 1924–1939. – Zu der nachfolgend angesprochenen Haltung Hertzogs vgl. etwa seine Rede anläßlich der Eröffnung der Reichskonferenz (THE TIMES, 20. Oktober 1926, S. 10).

[100] Dieser Mitarbeiter des britischen Außenministeriums konnte ebensowenig ermittelt werden wie eine Bestätigung für Stresemanns Behauptung, auf der Reichskonferenz sei zeitweilig in deutscher Sprache verhandelt worden.

Sitzung des Zentralvorstandes eröffnet wird (Heiterkeit). Aber in einer Beziehung deckt sich mir politisch ein gewisses Schema auf, und dieses Schema geht dahin, daß wir alle Dinge aus der Nachkriegszeit hintereinander und nicht miteinander betreiben sollen (Zustimmung).

Ich bin der Meinung, daß jetzt alles getan werden muß, um zunächst erst einmal die Rheinlandräumung[101] durchzusetzen. Ich bin der Meinung, wenn wir das erreicht haben, daß wir uns dann überlegen müssen, ob die Ostfrage[102] wichtiger ist als die Kolonialfrage, daß ferner zu überlegen ist, ob und wann es wünschenswert und erfolgreich ist, die österreichische Sache zu betreiben[103]. Denn wenn ich in meinen Reden und Kundgebungen und in meinem Auftreten in Genf zu erkennen gäbe, daß ich das alles wünschte, dann würde man Herrn Briand sagen: „Da haben wir es ja! Wenn wir den Rhein räumen, dann greifen sie Polen an, dann wollen sie Österreich, dann wollen sie Kolonien haben!“, und dann würde Herr Poincaré ausrufen: „Das ist der Imperialismus Deutschlands, gegen den ihr armen Franzosen euch verteidigen müßt!“ Deshalb habe ich mich jetzt auf das eine konzentriert und glaube, daß wir die Dinge nacheinander machen müssen. Davon unabhängig ist, was ich kürzlich im Außenausschuß[104] vorgetragen habe und was nicht gerade glücklich verfolgt ist. Einmal handelt es sich darum, daß wir in die Mandatskommission hineinkommen. Ich nehme an, daß wir bei der nächsten Zusammensetzung einen Vertreter haben werden[105]. Die zweite Sache ist – und da habe ich mich etwas über ihre Auffassung gewundert – das Anhören jener Deputation in Genf. Sie hatten es uns zum Vorwurf gemacht, daß wir uns nicht stark dafür eingesetzt haben, daß diese Deputation an-

---

[101] Vgl. oben mit Anm. 60.

[102] Gemeint ist wohl die Frage der Revision der deutschen Ostgrenze gegenüber Polen.

[103] Gemeint ist wohl die Frage des durch Art. 88 des Versailler Vertrags verbotenen „Anschlusses“ Österreichs.

[104] Gemeint ist wohl der Auswärtige Ausschuß des Reichstags. Wie die Zeitungen berichteten (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 129 [Abendausgabe] vom 18. März 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 205 [2. Morgenausgabe] vom 18. März 1927), fand dessen letzte Sitzung vor der hier wiedergegebenen Rede am 17. März statt; Einzelheiten über die Besprechungen über die Meldung hinaus, daß Stresemann die Ergebnisse der Völkerbundsberatungen dargelegt habe, werden in den Zeitungsartikeln jedoch nicht mitgeteilt.

[105] Die Ständige Mandatskommission des Völkerbundes hatte laut Art. 22 seiner Satzung (als Teil des Versailler Vertrags Druck in VERTRAG VON VERSAILLES S. 31–33) die Aufgabe, die jährlichen Berichte der Mandatsmächte zu prüfen, ob danach die Verpflichtungen aus der Übernahme der Mandate erfüllt wurden. Inwiefern die Frage der künftigen Mitgliedschaft Deutschlands in dieser Kommission im Rahmen oder am Rande der Völkerbundsberatungen vom 7. bis 12. März 1927 erörtert wurde, konnte nicht ermittelt werden. Schnee hatte allerdings in seinem Redebeitrag (vgl. oben mit Anm. 91) moniert, daß Deutschland sich bei den entsprechenden Verhandlungen in Genf nicht zu Wort gemeldet habe.

gehört wurde[106]. Ich bitte Sie, sich einmal folgendes zu überlegen: Was würde wohl Herr Gouverneur Schnee gesagt haben, wenn Deputationen aus Bagamojo[107] vor den Hauptausschuß des Deutschen Reichstages gekommen wären, um das Gouvernement wegen seiner Verwaltung anzuklagen? Würde sich die Nationalliberale Partei jemals dazu ausgesprochen haben? Und soll die Völkerbundskommission sich heute mit einzelnen Deputationen auseinandersetzen? Wir würden dadurch zum Ausdruck bringen, daß wir nicht eigentlich daran glauben, jemals Kolonien wieder zu bekommen, und daß wir deshalb die Klagen der Deputationen anhören wollten. Denn Genf als Tribunal ist keine Einrichtung, für die man mit Überzeugung eintreten könnte.

Ein Drittes ist die Frage: Wer entscheidet über die Kolonien? Es ist die Frage der Souveränität. Ich glaube, es war wieder Südafrika, das von seiner Souveränität über die Kolonien gesprochen hatte[108]. Da hat der Völkerbund sein Generalsekretariat beauftragt, ihm zu antworten, daß er die Aufmerksamkeit der verehrlichen Regierung auf diesen Ausdruck lenken möchte. Damit hat er ihm zu verstehen gegeben, daß dieser Ausdruck eigentlich nicht berechtigt sei. Meine Damen und Herren! Ich würde es sehr gern sehen, wenn man sich einmal etwas mehr einfühlte in die ganze Maschinerie des Völkerbundes. Der Völkerbund ist eigentlich seiner ganzen Natur nach sehr dazu geneigt, eine Stellungnahme vorzubereiten, sie aber nach Möglichkeit nicht, wenn es nicht zum Äußersten kommt, in die Erscheinung treten zu lassen. Das ergibt sich aus dem Komplex der dort vertretenen Nationen. Er ist von einer Höflichkeit im ganzen Schriftwechsel, die ich dem Deutschen Reichstage zur Nachahmung empfehlen möchte (Große Heiterkeit). Jeder ist eminent, jeder ist ehrenwert; dort gibt es nichts anderes als die „ganz großen Nationen, von denen der hervorragende[109] Herr Vertreter soeben die Güte hatte, in ganz ausgezeichneter Rede das und das auseinander zu setzen (Heiterkeit)“. Und so höflich wie der mündliche Verkehr ist auch sein Schriftwechsel. Wenn Sie das zusammennehmen mit dem Beschluß, „die hochverehrliche Regierung von Südafrika darauf hinzuweisen, daß sie den Ausdruck

[106] Auf welche Äußerung Schnees Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden; In der oben (vgl. dort mit Anm. 91) erwähnten Wortmeldung ist sie so explizit nicht enthalten.

[107] Bagamoyo ist eine Stadt in Tansania im ehemaligen Deutsch-Ostafrika, dessen Hauptstadt es zeitweilig war.

[108] Der Vorgang (eine entsprechende Erklärung Smuts’ im südafrikanischen Parlament im Juli 1925 sowie ein südafrikanisch-angolanischer Vertrag, wobei in beiden Fällen die Souveränität Südafrikas über Südwestafrika behauptet wurde) und die von Stresemann anschließend angesprochene Befassung des Völkerbundes und seiner Mandatskommission im Jahr 1926 erschließen sich aus einem resümierenden Artikel in THE TIMES, 9. Juni 1927, S. 11.

[109] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „hervorragender“.

gebraucht habe, die Kolonie stehe unter ihrer Souveränität“, so ist das etwas, was man in Kapstadt ganz genau verstehen wird, etwa so, wie man in Berlin sagen würde: „Der Ausschuß stellt fest, daß der hier gebrauchte Ausdruck nicht den Gesetzen entspricht“, womit er einen Rüffel erteilt. Tatsächlich hat der Völkerbund mit seiner Mitteilung der südafrikanischen Regierung auch einen Rüffel erteilt, wenn er sagte: „Die Aufmerksamkeit der verehrten Regierung ist darauf hinzulenken, daß sie sich diese[s] Ausdrucks bedient habe“. Wird sie sich dieses Ausdrucks zum zweiten Male bedienen, so wird man den ehrenwerten Vertreter der hochverehrten Regierung bitten, am Ratstische Platz zu nehmen, um in eine Erörterung über den Artikel soundso der Kolonialmandate einzutreten. An sich, glaube ich, waren wir durchaus berechtigt, die Mitteilung an die südafrikanische Regierung anzusehen als das Veto des Völkerbundes gegen die Anmaßung einer der Mächte, ein Kolonialmandat zu haben. Deshalb habe ich auch nichts weiter gesagt, zumal ich in der unglücklichen Lage war, gleichzeitig Präsident der Versammlung[110] und Vertreter Deutschlands zu sein, und weiter weil ich auch praktisch glaubte, mit diesem Ergebnis ganz einverstanden sein zu können.

Ich möchte keinen Zweifel darüber lassen, daß der Augenblick, wo ich einmal eine Reise nach Bagamojo und Daressalam machen und dort die deutsche Flagge wieder sehen sollte, der schönste meines Lebens wäre (Lebhafter Beifall).

Meine Damen und Herren! Ich freue mich über die in traditioneller Einmütigkeit verlaufene Zentralvorstands-Sitzung und hoffe, daß sie ein günstiger Auftakt gewesen ist zu der schönen Feier, die uns noch bevorsteht.

(Schluß 5 Uhr nachmittags).

[110] Tatsächlich war Stresemann Präsident des Völkerbundsrates in dessen Märztagung (vgl. oben Anm. 79).

Rede zur 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei in der Stadthalle von Hannover vom 19. März 1927[1]

Nach 60 JAHR-FEIER S. 13–28. – Teildrucke unterschiedlichen Umfangs (und im einzelnen mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 133 vom 20. März 1927; HANNOVERSCHER KURIER, Nr. 133 (Morgenausgabe) vom 20. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 133 vom 20. März 1927; NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 133 vom 23. Juli 1927, S. 2; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 130 vom 20. März 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 211 (2. Sonntagsausgabe) vom 20. März 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 134 vom 20. März 1927; NEUE FREIE PRESSE, 22454 (Morgenausgabe) vom 20. März 1927, S. 10; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 303–305.

Die Bedeutung Hannovers für die Geschichte der Nationalliberalen Partei und ihrer Führer. Die DVP ist die Fortführung dieser Partei. Deren Bedeutung und Entwicklung im Kaiserreich unter der Führung Bennigsens und Bassermanns. Die gegenwärtige Stellung der DVP in der neuen Regierung und ihre Aufgaben in und für Deutschland. Die Wurzeln der Nationalliberalen. Die innen- und außenpolitische Lage Deutschlands.

Meine sehr verehrten Freunde! Wenn wir das Jubiläum des 60 jährigen Bestehens der Nationalliberalen Partei[2] hier in Hannover begehen, dann wissen wir, daß wir für unsere Partei auf geschichtlichem Boden stehen. Ueber unseren Jubiläumstagen stehen die Goethe-Worte[3]:

Von frischem Geiste fühl' ich mich durchdrungen,

---

[1] Die Rede im Kuppelsaal der Stadthalle hielt Stresemann anläßlich der Feierlichkeiten, die am 19. und 20. März 1927 in Hannover zum sechzigjährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei stattfanden. Sie sollten ursprünglich am 27. Februar begangen werden (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede auf der Reichsgründungsfeier des Reichsklubs der DVP in Berlin vom 18. Januar 1927); an diesem Tag hatten sich 1867 ca. 60 Abgeordnete des konstituierenden Norddeutschen Reichstags zur Fraktion der Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen (vgl. NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 138 vom 23. Februar 1927); am Vorabend dieses 27. Februars 1927 fand jedoch nur eine Veranstaltung ohne Stresemann im Reichsklub der DVP in Berlin statt (BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 98 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927, S. 2), während die große Jubiläumsveranstaltung, wohl mit Rücksicht auf Stresemanns Erholungsurlaub in San Remo vom 6. Februar bis 5. März 1927, in den Marz verschoben wurde. Ein Programm der Jubiläumsveranstaltung: ebd., Nr. 65 (Abendausgabe) vom 15. Februar 1927, S. 1, sowie (ausführlicher): 60 JAHR-FEIER S. 3.

[2] Vgl. die vorangehende Anm.

[3] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das Zitat ist aus Goethes 1832 veröffentlichtem „Faust. Der Tragödie zweiter Teil" (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 9. Aufl. München 1972, S. 146–364; das Zitat: S. 220).

Gestalten groß, groß die Erinnerungen!

Sie haben aus den Worten Ihres Wahlkreisvorsitzenden[4], Sie haben aus dem dichterischen Vorspruch, der heute hier gesprochen wurde[5], wiederholt den Namen des großen Niedersachsen[6] gehört, der der Begründer des Deutschen Nationalvereins, der Begründer der Nationalliberalen Partei, der Gehilfe des großen Mannes[7] war, der das Reich begründete. Hier, wo seine Geburtsstätte war, in Niedersachsen, ist deshalb auch die Geburtsstätte der Partei. Denn nicht so gehen die Dinge im geschichtlichen Leben der Völker, daß die Empfindungen der Masse überspringen auf die Persönlichkeiten, sondern Großes in der Welt ist meist nur dann geschehen, wenn die großen Persönlichkeiten die Ideen in sich empfinden, die nachher die Massen hinrissen.

Und so beginnt die Entstehung unserer Partei mit der Persönlichkeit Rudolf von Bennigsens. So war hier jahrzehntelang stärkste nationalliberale Tradition in den besten Schichten der Bevölkerung, so war es vielleicht auch kein Zufall, daß in jenen Sturmtagen und Sturmwochen, in denen nichts mehr Bestand zu haben schien, die ersten Aufrufe zur Fortführung der Nationalliberalen Partei hier von Hannover ausgingen[8], wo wir darüber sprachen, was zu tun war, nachdem das alte Reich und die alte Krone dahingesunken war. Und als viele berufene Persönlichkeiten unsere Fahnen verließen, da zeigte sich, daß dieser Aufruf, von hier ausgehend, doch gezündet hatte in denen, die sich bewußt waren, daß gerade in Sturmeszeiten alte Gedanken sich behaupten müssen. Der Name hat sich geändert[9], die Gedanken sind geblieben. **Wir waren, wir sind und wir werden bleiben eine Nationalliberale Deutsche**

---

[4] Ewald Hecker (1879–1954), Industrieller und Politiker; Mitglied des Preußischen Landtages 1920–1924 (für die DVP). – Als Wahlkreisvorsitzender der DVP im Wahlkreis Hannover-Süd/Braunschweig hatte er zuvor die Festversammlung begrüßt (Druck seiner Begrüßungsworte u. a. in 60 JAHR-FEIER S. 12–13).

[5] Ebd., S. 10–11, ist ein Lobgedicht auf die Nationalliberale Partei des nicht näher ermittelten Hermann Strodthoff abgedruckt, das offenbar der Festversammlung vorgetragen worden war.

[6] Gemeint ist Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei). – Bennigsen wurde in Lüneburg geboren; er gehörte 1859 mit zu den Gründern des Deutschen Nationalvereins und führte ab 1867 die neue Nationalliberale Fraktion im Reichstag.

[7] Gemeint ist Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[8] Möglicherweise bezieht sich Stresemann hier auf Beratungen mit Vertretern der Nationalliberalen Partei in Hannover vom 26./27. November 1918 (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 21*).

[9] Zur Entstehungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen. Vgl. dazu auch die Wiedergabe der Zeitungsberichterstattung über die Sitzung vom 15. Dezember 1918 in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 3–10.

Volkspartei! (Beifall.)

Man spricht davon, daß wir in manchen Dingen Opportunisten gewesen wären, daß wir Grundsätze nicht so aufrechterhalten hätten wie andere Parteien. Ja, in einem mag das sein: Uns war das **Reich** stets mehr als ein Programmpunkt in unserer Partei. Wir haben stets, wenn es sich darum handelte, der Partei Opfer zu bringen, um des großen Ganzen willen, nicht irgendwo hingewiesen auf einen Satz, der dem Parteiprogramm[10] entgegenstand, und haben, wie einer der Größten des Linksliberalismus[11] uns bezeugt hat, durch diese praktische Politik die beste liberale Arbeit für das Reich getan.

Wenn ich an die Rede denke, die ich vor zehn Jahren während des Krieges in der Wandelhalle des Deutschen Reichstages, wo wir zu einer schlichten Feier uns versammelt hatten, gehalten habe[12], und wenn ich daran denke, wie ich sie heute vormittag noch einmal auf der Fahrt von der Reichshauptstadt nach Hannover las, dann darf ich wohl sagen, daß sie heute veröffentlicht werden könnte, und daß jedes Wort, das darin steht und das davon sprach, wie wir unsere Politik uns im neuen Deutschland dachten, auch heute von uns unterschrieben werden könnte.

Aber lassen Sie uns an diesem Tage und in dieser Stunde von denen sprechen, die vor uns waren, auf deren Arbeit wir aufbauen. Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt[13]! Wir gedenken gern und mit Stolz und mit Ehrerbietung des Mannes, in dem der alte Nationalliberalismus sich für uns verkörpert und der den Namen **Bennigsen** trägt. Eine vornehme und edle Denkart, ein untrügliches nationales Gewissen, eine ebenso bewußte wie unerschütterliche, freiheitliche Auffassung in allen Kulturfragen haben ihn ausgezeichnet und als der Besten einer seiner Zeit ist er durch die deutsche Geschichte geschritten. Wer sein Bild sehen will, wie es sich in den Augen seiner Zeitgenossen spiegelte, der lese die Worte, die einst Ernst von Wildenbruch[14] an ihn gerichtet hat:

---

[10] Stresemann bezieht sich hier wohl auf die verschiedenen programmatischen Erklärungen der Nationalliberalen Partei (das Gründungsprogramm vom 12. Juni 1867: Text in TREUE S. 63–66; das Parteiprogramm vom 29. Mai 1881: ebd., S. 81–82; die „Ziele und Bestrebungen der Nationalliberalen Partei“ vom Januar 1907: ebd., S. 95–99).

[11] Gemeint ist wohl Friedrich Naumann (vgl. unten mit Anm. 57).

[12] Die Rede vom 28. Februar 1917 anläßlich der Gedenkfeier ist u. a abgedruckt in STRESEMANN, Macht und Freiheit S. 23–37.

[13] Dies ist ein Zitat aus Goethes 1787 veröffentlichtem Drama „Iphigenie auf Tauris“ (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 7–67; das Zitat: S. 16).

[14] Ernst von Wildenbruch (1845–1909), deutscher Schriftsteller und Diplomat. – Das nachfolgende Zitat entstammt Wildenbruchs Gedicht „An Rudolf von Bennigsen (Zum 70. Geburtstag, 10. Juli

Nicht zu rühmen brauch' ich Dich –
Wenn von Deutschlands besten Söhnen
Man im Vaterlande spricht,
Wird von selbst Dein Nam' ertönen.

Und ich denke daran, wie dieser Dichter aus Hohenzollernblut[15] immer in den letzten großen Gedichten zeitgeschichtlicher Art die dunkle Wolke sah, die über dem neuen Deutschland hing, dem Deutschland Wilhelms II.[16]; wie er immer danach rief, daß man die Gefahr erkennen möge, und wie er damals in heißen Wünschen aussprach, daß ein Mann wie Bennigsen doch dem Reiche erhalten bleibe, wenn Gefahr ihm drohe. Wohl ist die Gefahr später erst gekommen, aber auch zu den Zeiten, da Bennigsen die Partei führte, kamen bereits die ersten Anfänge einer Neugliederung unserer ganzen politischen Gesamtlage.

Groß waren die Gedanken, die einst den **Nationalverein[17]** zusammenführten in dem Bestreben, ein einheitliches Deutschland zu schaffen. Stark war das Echo, als diejenigen, die 1867 sahen, daß dieser verlästerte Junker Otto von Bismarck große Gedanken in seinem Hirn wälzte, auch wenn er nicht in der Lage war, sie jedem einzelnen zu sagen – ich sage: stark war das Echo, als die, die erkannten, daß hier ein Mann die Fahne der Einheit vortrug, sich nicht länger zankten um Indemnität für Steuerfragen, sondern sich bewußt hinter die große Persönlichkeit stellten[18].

Das war die Geburtsstunde der Nationalliberalen Partei[19]. Die wundervollste Taufeier war die bald darauf erfolgende Reichsgründung in jenen Stunden im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871[20] – heute für uns nicht nur eine große,

---

1904)" (Druck u. a. in Ernst von Wildenbruch: Gesammelte Werke. Bd. 15. Berlin 1924, S. 639–640).

[15] Wildenbruch war der Sohn des preußischen Diplomaten und Generals Louis von Wildenbruch, der selbst ein illegitimer Sohn des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen war.

[16] Wilhelm II. (1859–1941), Deutscher Kaiser und König von Preußen 1888–1918.

[17] Der Deutsche Nationalverein war eine vornehmlich von Liberalen und gemäßigten Demokraten 1859 gegründete Organisation, die als Ziel die Schaffung eines kleindeutschen Staates unter preußischer Führung propagierte; Bennigsen war in diesem Nationalverein einer der Gründer und ein führendes Mitglied. – Druck der programmatischen „Eisenacher Erklärung" von 1859 sowie der „Satzung" aus dem gleichen Jahr u. a. in DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE II, S. 104–106.

[18] Bismarck hatte sich und seiner Regierung im September 1866 nach dem Sieg im vorangegangenen Krieg gegen Österreich vom preußischen Abgeordnetenhaus Indemnität gewähren lassen für die zurückliegenden Jahre, in denen infolge des Verfassungskonflikts mit der Kammer ohne rechtmäßig zustande gekommenen Haushalt regiert worden war (Text des Gesetzes u. a. ebd., S. 102–103).

[19] Zum als Gründungstag begangenen 27. Februar 1867 vgl. oben Anm. 1.

[20] Im Kaiserreich war traditionell am 18. Januar eingedenk der Kaiserproklamation Wilhelms I. (und nicht am 1. Januar als dem Tag, an dem 1871 die Reichsverfassung in Kraft trat, bzw. am 16. April 1871, als die revidierte Fassung Rechtskraft erlangte) der Reichsgründung gedacht worden.

sondern auch schmerzliche Erinnerung –, Vorgänge, auf denen die heute noch leuchtenden Augen unseres lieben Freundes Kahl[21] einst geruht haben. Damals antwortete nach diesem richtigen Erkennen dessen, was war, das deutsche Volk der Partei, indem es sie zur größten im Deutschen Reichstag machte[22], ihr beinah allein die Hälfte aller Mandate gab und, vom Flügelschlag des Idealismus getrieben, ihr die Macht in die Hand drückte mit den Worten: Das Reich ist gegründet, nun statte es aus und gib ihm die Gesetze, nun sei du Sachwalter in diesem großen Deutschland, das deine Herzen ersehnt haben, das deine Augen im Geiste sahen, ehe noch andere erkannten, daß die Stunde deutscher Einheit geschlagen hatte. Damals umfaßte ein Bennigsen mit seinen Gedanken wohl beinahe die Mehrheit des ganzen Volkes. Und als das Reich gegründet war und die grundlegende Gesetzgebung erfolgte, da dankte man der Partei, die er führte, und gab ihr den Ehrennamen: **„Die Partei der Reichsgründung."**

Dann freilich kamen andere Zeiten, kamen Kämpfe, neue soziale Gliederungen. Der alte unglückselige konfessionelle Streit in Deutschland kam[23], es kamen die ersten Anfänge dessen, was wir heute verstärkt erleben, daß nicht mehr Staatsanschauungen einer Partei Inhalt politischer Gedanken wurden, sondern die Interessenvereinigung des Berufs, zu dem der einzelne gehört. Der Niedergang des politischen Lebens jedes Volkes hat immer noch mit **dem** Augenblick eingesetzt, wo es keine politischen Ideen, sondern nur noch Brotinteressen im politischen Leben gegeben hat. (Lebhafte Zustimmung.)

An diesem **Kampf der wirtschaftlichen Interessen** zerbrach Bennigsens Führerkraft. Er sah das große Ziel im Rechtsleben, im politischen Geschehen, aber es ward ihm viel schwerer, sich in dem zurechtzufinden, was nun begann, in Zollkämpfen und in wirtschaftlichen Fragen und in manchem anderen, was sich in der Entwicklung der Zeit herausbildete. Eine große Nüchternheit und Plattheit lag über dem Lande. Das große Erträumte war Wirklichkeit geworden und so groß die Zeit des Sehnens war, so klein war die Zeit nach der Erfüllung; und nachdem der erste Rausch der Begeisterung vorübergegangen war, da legte sich all dieser Staub des Alltags auf die Politik, da kamen jene Debatten rein wirtschaftlicher, sozialer Art, da kam jene Zerklüf-

[21] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP).

[22] Die Nationalliberale Partei erreichte bei der Reichstagswahl 1871 mit etwa 30 Prozent der Stimmen 119 (von 382) Reichstagsmandaten und wurde damit die stärkste Fraktion.

[23] Gemeint ist offenbar der Kulturkampf in den 70er und frühen 80er Jahren des 19. Jahrhunderts.

tung, von der ich sprach, da kamen die Zeiten, in denen Bennigsen sich von der Politik zurückzog. Denn er war niemals ein Agitator gewesen. Er hat selten das Wort genommen. Den Wählern seines Wahlkreises – ich glaube, es war Stade[24] –, die ihn einmal baten, während der Wahlzeit zu sprechen, hat er die köstliche Antwort gegeben[25]: Ich tue mein Bestes in der Zeit, in der ich Euch vertrete, nun verlangt doch nicht, daß ich noch rede, wenn jetzt gewählt wird. (Heiterkeit.) Das waren die glücklichen Zeiten, in denen ein Abgeordneter so zu seinen Wählern sprechen konnte. Selbst die Einführung der Reichswahlliste[26] hat eine derartig kühne Antwort noch niemals wieder hervorgebracht. (Heitere Zustimmung.)

Vielleicht litt die Partei manchmal darunter, daß er jedem stürmischen Eingreifen so abhold war, namentlich in der Zeit, in der das Gegeneinander in den wirtschaftlichen Fragen die **Sezession[27]** hervorrief. Aber **wenn** er seine Stimme erhob, dann lauschte das Volk seinen Worten. Und dabei war er in seinen Reden und in seinen Stellungnahmen der bewußte Vertreter jener rein **selbständigen,** an keine Kombination angelehnten Nationalliberalen Partei, der, wenn es sich darum handelte, nationale Fragen durchzubringen, mit den Konservativen ging, der aber ebenso, wenn er große Kulturinteressen bedroht sah, mit dem Freisinn und allen Liberalen ging, und der einst als preußischer Beamter im Landtag jene Rede hielt, die man als Rütlirede bezeichnet hat[28], in der er gegenüber einem reaktionären Schulgesetz darauf hinwies, daß **der Liberalismus in Deutschland zu größerer Bedeutung kommen**

[24] Bennigsen vertrat in den verschiedenen Wahlperioden, in denen er im Reichstag saß, unterschiedliche hannoversche Wahlkreise, zuletzt seit 1890 den 18. hannoverschen Wahlkreis (Stade-Blumenthal).

[25] Das nachfolgende Zitat konnte nicht ermittelt werden.

[26] Offenbar bezieht sich Stresemann darauf, daß mit dem Wahlrecht der Weimarer Republik statt des Mehrheitswahlrechts des Kaiserreichs die Verhältniswahl eingeführt wurde, was vermehrt zur Aufstellung von Reichstagswahlvorschlägen durch die Parteien führte.

[27] Gemeint ist die Abspaltung von 28 führenden Mitgliedern des linken Flügels der Nationalliberalen 1880 wegen ihrer Kritik an der Linie der Parteiführung und deren zu großer Annäherung an Bismarck, u. a. in der Frage des Sozialistengesetzes und der Schutzzölle; im Ergebnis führte dies zur Bildung der „Liberalen Vereinigung“, die 1884 mit der Fortschrittspartei zur „Deutsch-Freisinnigen Partei“ fusionierte.

[28] Bennigsen war zwar zeitweilig in der preußischen Verwaltung tätig (1868 als Landesdirektor; 1888-1897 als Oberpräsident von Hannover) und auch Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Vermutlich bezieht sich Stresemann aber auf die Reichstagsrede Bennigsen vom 22. Januar 1892, bei der er anläßlich der Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag ein stärkeres Zusammengehen der beiden liberalen Parteien anregte und dieses in Verbindung mit der gemeinsamen Ablehnung der Vorlage für ein preußisches Schulgesetz brachte (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS VIII, I, Bd. 6, 3818–3824); als Eugen Richter als Abgeordneter der Freisinnigen Partei ihm nach der Rede die Hand gab, wurde dies als „Rütliszene“ bezeichnet (Rudolf von Bennigsens Reden. Hrsg. v. Walther Schultze [...]. Bd. 2. Halle a. d. S. 1922, S. 217). – Einige Wochen darauf hatte der konservative Abgeordnete Kanitz im Reichstag beklagt, daß Bennigsen sich als preußischer Beamter so unverblümt zu einem preußischen Gesetzesentwurf geäußert habe (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS VIII, I, Bd. 7, S. 5024).

müsse als zu der, die er bisher entwickelt habe. Seine Worte drangen damals von Deutschland weit über das Meer, wurden zu großen Kundgebungen der Auslandsdeutschen für die Erhaltung und Freiheit der Schule, und es war der Sturm der **Volksbewegung,** es waren nicht die Majoritätsverhältnisse im preußischen Parlament, die damals dazu führten, daß ein derartiger Gesetzentwurf zurückgezogen wurde.

Er hat bei anderer Gelegenheit in einer Rede[29], die ich als die größte ansehe von allen, die er gehalten hat, die in unseren Geschichtsbüchern stehen müßte, mit aller Ehrerbietung, aber auch mit aller Klarheit die **Grenze** gezogen zwischen dem, was monarchistischer Sinn, zwischen dem, was Bismarcks Staatskunst, und zwischen dem, was die Vorarbeit des Liberalismus zur Einigung Deutschlands beigetragen hat.

Wir wissen, wie alle diese großen Gedankengänge nachzitterten in seiner Zeit und darüber hinaus. Wir müssen sie heute einem Geschlecht ins Gedächtnis zurückrufen, das weniger Interesse an diesen Entwicklungen hat, das vielleicht, während wir zu sehr Gewicht auf den Geist legten und den Körper verachteten, in der Gefahr steht, in das Gegenteil zu verfallen. Wir, die wir wissen, daß ohne Bennigsen niemals Bismarck das große Fundament der öffentlichen Meinung Deutschlands für die Reichsgründung besessen hätte, wir ehren sein Andenken in dieser Stunde, und Kränze werden in diesen Jubiläumstagen sein Denkmal schmücken, das hier im Hannoverlande steht[30]. Wir wissen, wenn wir an seine Lebensarbeit denken, wenn wir die Werke von Oncken[31] kennen, wenn wir wissen, **wie schwer alles durchzusetzen und zu erreichen war,** was heute so selbstverständlich erscheint, daß auch für ihn das eine köstliche Wort gilt, daß er ein Kämpfer war, weil er ein Mensch war[32].

Und ich wünschte mir immer – und möchte das auch in dieser Stunde aussprechen –, daß doch der **Geschichtsunterricht** unserer Jugend nicht immer die Dinge so darstellte, als wenn sie den Menschen, die etwas erreicht haben, gewissermaßen

---

[29] Die betreffende Rede konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf die unten (mit Anm. 70) angesprochene Rede.

[30] 1907 war in Hannover ein Denkmal für Bennigsen in Form einer Bronzefigur errichtet worden, die im Zweiten Weltkrieg eingeschmolzen wurde (vgl. auch die Photographie in 60 JAHR-FEIER, nach S. 16, aufgenommen anläßlich der Kranzniederlegung am folgenden Tag).

[31] Hermann Oncken (1869–1945), Professor für Geschichte u. a. in München 1923–1928, in Berlin 1928–1935. – Gemeint ist in erster Linie seine Veröffentlichung: Rudolf von Bennigsen. Ein deutscher liberaler Politiker. Nach seinen Briefen und hinterlassenen Papieren. Bd. 1–2. Berlin 1910.

[32] Stresemann lehnt sich hier eng an zwei Zeilen aus Goethes Gedicht „Einlaß“ („Denn ich bin ein Mensch gewesen, Und das heißt ein Kämpfer sein“) an, die dieser in seiner 1819 erschienenen Gedichtsammlung „West-östlicher Diwan“ veröffentliche (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 2. 9. Aufl. München 1972, S. 110–111; das Zitat: S. 110).

in die Hände gefallen wären. Was ein **Bismarck** in seinem Leben gelitten hat, wie dieser Mann auf Schritt und Tritt mit Widerständen zu ringen hatte, wie er gerungen hat mit seinem König[33] um seine Politik, wie er darum gerungen hat, daß Versailles wurde, das in dieser Form sein Kaiser ja gar nicht wollte, wie man ihm nicht die Hand gegeben hat am 18. Januar 1871, als sein Werk tatsächlich vollendet war, wie man ihm grobe Briefe geschrieben hat wegen seines Friedens von Nikolsburg[34], wie man ihn angefeindet hat in gröbster Weise, als wenn er materielle Interessen verträte, und wie die Schmachblätter, die das schrieben, in Kreisen, die ihn hätten ehren sollen, verbreitet wurden, wie dieser Mensch schlaflose Nächte gehabt hat, das alles wissen die Wenigsten! Wenn einmal jeder einzelne sähe, daß **alles, was erreicht wird, ja nur das Ergebnis von Nerven und Tränen und Anspannungen ist,** dann würde mancher Mensch über das, was zu erreichen ist, **anders** denken, als wenn es ihm als eine Selbstverständlichkeit hingestellt wird. (Lebhafter Beifall.)

Der, der das Banner übernahm[35], als Bennigsen ausschied aus dem politischen Leben, fand eine sehr schwere Zeit in der Entwicklung vor. Das Erbe, das in seine Hände gelegt wurde, war nicht mehr die große Partei, die der Idealismus der Deutschen trug, sondern das war die Partei, die eingekeilt war zwischen rechts und links, zwischen Klassenkampf und wirtschaftliche Interessen. Sie zu erhalten, die selbst nicht irgendwie Vertreterin eines Berufes sein wollte, das war unendlich schwer. Und doch hatte der ruhig wägende Blick Bennigsens wohl den richtigen Mann ersehen, als er ihn zu seinem Nachfolger bestimmte. Noch lebt zu unserer Freude unser Ehrenvorsitzender Dr. **Vogel[36],** der heute unter uns weilt und der der Zeuge jener Unterredung[37] war, in der der Führer und Begründer der Partei dem anderen, **Ernst Bassermann,** das geistige Schwert übergab. Es war jene Zeit, in der zunächst ein-

---

[33] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888; Deutscher Kaiser 1871–1888. – Zu Bismarcks eigener Darstellung über die nachfolgend angesprochene Auseinandersetzung mit Wilhelm über den Kaisertitel im Vorfeld der Proklamation vom 18. Januar 1871 vgl. [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932, S. 324–329.

[34] Text des preußisch-österreichischen Vorfriedens von Nikolsburg vom 26. Juli 1866 in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 132, S. 463–470. – Zu Bismarcks eigener Darstellung über die Auseinandersetzungen in Nikolsburg 1866 mit Wilhelm I. und den preußischen Militärs über die Frage zusätzlichen Territorialerwerbs vgl. [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932, S. 276–280.

[35] Gemeint ist Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Fraktionsvorsitzender seit 1898; Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

[36] Paul Vogel (1845–1930), Mitglied des sächsischen Landtages 1901–1918; stellv. Parteivorsitzender der Nationalliberalen Partei 1909–1918; Ehrenvorsitzender der DVP 1919–1930.

[37] Zu dieser Unterredung konnte nichts ermittelt werden.

mal versucht werden mußte, gegenüber den Gedanken „Hie Agrariertum – hie Industrie, hie Arbeiterschaft – hie Kapitalismus“ jene **große Mittellinie** zu finden, die noch immer Sinnbild echter Staatskunst gewesen ist. Wenn ein Volk zerspalten ist in Parteien, dann ist der, der das **Kompromiß** findet, auf dem Staatswohl und Parteiinteresse sich vereinigt, **nicht der Schwächling,** der einer Entscheidung ausweicht, sondern der **Staatsmann,** der höher steht als Programme von Parteien. (Beifall.)

So hat Bassermann verstanden, in diesen beiden Grundfragen den Weg der Versöhnung zu gehen. Leidenschaftlich umtobt in den Kämpfen um den **Zolltarif**[38] hat er sich für jene Politik eingesetzt, die Fürst von Bülow[39] einmal mit den Worten bezeichnet hat: Wir müssen hindurchsteuern zwischen zwei Leuchttürmen; der eine Leuchtturm zeigt uns die Entwicklung unserer weltwirtschaftlichen Interessen und der andere zeigt uns die Notwendigkeit der Erhaltung unserer landwirtschaftlichen Produktivität im eigenen Lande. Man hat die, die unter Bassermanns Führung jenen Mittelweg gingen, von zwei Seiten bekämpft. Der Bund der Landwirte[40] erklärte, daß sie die Landwirtschaft ruinierten, weil sie ihr nicht genug hohe Zölle gäben, und die Linke erklärte, daß das Volk zugrunde ginge, weil die Lebenshaltung zu sehr verteuert würde. Blicken Sie zurück auf jene Zeit nach jenen Kämpfen um den Zolltarif: Nie war Deutschland größer, gesunder und reicher als nach dieser vernünftigen Politik. Und das alles war das Ergebnis jenes verlästerten Kompromisses, das[41] die Extremen, denen nichts einfällt als ein Dogma, das 50 Jahre alt ist, in der Weise verlästert hatten, wie es damals geschah.

Das war die eine Frage, in der Bassermann an Bülows Seite den richtigen Weg ging in der deutschen volkswirtschaftlichen Entwicklung. Und ein zweites Mal war es, da kamen die Menschen, die dem Kaiser ins Ohr flüsterten, man dürfe dem **Arbeiter** das Recht des Streikens nicht in ungehemmter Weise geben[42]. Das war in der Zeit, als man versuchte, gerade an die Nationalliberale Partei, weil in ihr Industrie und

---

[38] Gemeint sind die Debatten um die Änderung des Zolltarifs, die zum Zolltarifgesetz vom Dezember 1902 und damit zu einer Erhöhung der Einfuhrzölle auf Landwirtschaftsprodukte führten.

[39] Bernhard Graf [seit 1905 Fürst] von Bülow (1849–1929), Reichskanzler 1900–1909. – Nachfolgend zitiert Stresemann (in leichter Abwandlung) aus Bülows Rede im Preußischen Herrenhaus vom 11. Mai 1904 (Druck u. a. in Fürst Bülows Reden nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik. Hrsg. v. Johannes Penzler. Bd. 2. Berlin 1907, S. 102–111; das Zitat: S. 109).

[40] Der „Bund der Landwirte“ war ein 1893 gegründeter Verband mit mehreren hunderttausend Mitgliedern zur Interessenvertretung der Landwirtschaft; zahlreiche Reichstagsabgeordnete waren gleichzeitig Mitglied des Verbandes.

[41] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler, „daß“.

[42] Vermutlich bezieht sich dies und das Folgende auf die „Zuchthausvorlage“ von 1899, die an der Ablehnung durch die Mehrheit des Reichstags, darunter des Großteils der Nationalliberalen, scheiterte.

Handel stark vertreten waren, heranzutreten, um sie für ein solches Gesetz zu gewinnen. Damals war es der jugendliche, zum Führer heranreifende Ernst Bassermann, der sich mit allem Temperament und aller Entschiedenheit dagegen verwahrte, daß sich die Nationalliberale Partei dazu hergäbe, dem Arbeiter das Koalitionsrecht zu nehmen. Daß er die Partei damit den rechten Weg führte, unbeirrt um all das, was ihm damals aus großen Zentren des Wirtschaftslebens entgegentönte an schwerwiegender Kritik, das hat wohl die deutsche Entwicklung gezeigt. Er hat mir einmal davon gesprochen[43], daß, wenn man ihn fragte, welches einer der glücklichsten Momente in seinem Leben gewesen sei, er jene Stunde mit bezeichnen würde, wo in Saarbrücken, diesem Industriegebiet, in dem vielleicht 80 bis 85 Prozent der Wähler Arbeiter sind, eine Arbeiterorganisation nach der anderen bei seiner Aufstellung als Reichstagskandidat aufgetreten und ihm das Vertrauen ausgesprochen habe, daß er ein Herz für die Arbeiter habe.

Nehmen Sie einen dritten großen Komplex der Fragen: die deutsche **Wehrgeltung.** Ich bin an dieser Dinge erinnert worden, als ich kürzlich in Wochen der Ruhe, umspült von den Wellen der Riviera, ein Gespräch mit zwei Ausländern hatte[44], von denen der eine, ein Mann fremden Blutes aus einem anderen Erdteil, geistig bedeutend, Deutschland liebend, unsere ganze politische und geistige Literatur kennend, an mich die Frage stellte: „War denn Ihr Volk so klein, daß es in jenem entscheidenden Jahre der letzten Militärvorlage[45] die Mittel nicht aufbringen konnte für die zwei Armeekorps, die Ihnen an der Marne[46] gefehlt haben?“ Darauf habe ich ihm gesprochen von jenen kleinen Menschen, die nicht wagten, das zu fordern, und jenem Ernst Bassermann, der mir seinerzeit an der Nordsee sagte[47]: „Ich weiß, mein Herz hält das nicht mehr lange aus, aber ich werde jetzt sprechen in Süd und West, in Ost und Nord und eintreten dafür, daß wir diese Armeekorps schaffen, und eintreten dafür,

---

[43] Zwar konnte das im folgenden geschilderte konkrete Gespräch nicht ermittelt werden; offensichtlich bezieht sich Stresemann aber darauf, daß Bassermann ab 1912 den Wahlkreis Saarbrücken im Reichstag vertrat. Vgl. dazu auch STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 534, wo dies erläutert wird, sowie in dieser Edition Stresemanns Rede auf dem Parteitag der DVP in Dortmund vom 14. November 1924.

[44] Offenbar bezieht sich Stresemann auf seinen Erholungsurlaub in San Remo vom 6. Februar bis 5. März 1927 (vgl. oben Anm. 1). Welche seiner dortigen Gesprächspartner er meint, konnte nicht ermittelt werden.

[45] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Militärvorlage von 1913 und die im Reichstag abgelehnte Forderung des Generalstabs zur beträchtlichen Erhöhung der Präsenzstärke; zur Position Bassermanns vgl. seine Reichstagsrede vom 8. April 1913 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 289, S. 4539–4547).

[46] Stresemann bezieht sich auf die Marne-Schlacht vom September 1914, bei der – nach seiner Interpretation – zwei Armeekorps fehlten, um einen deutschen Sieg herbeizuführen.

[47] Das Gespräch und die im folgenden geschilderten Gespräche konnten nicht ermittelt werden.

daß wir Reservisten schaffen, und klagen, daß wir in unserer Artillerie nicht überlegen, sondern unterlegen sind.“ Und so ist er damals durchs Land gezogen, und wenn andere Männer dieselbe persönliche Courage gehabt hätten wie der Führer der Nationalliberalen Partei, dann wäre das Weltenschicksal ein anderes geworden. (Stürmischer Beifall.)

Dann kam bald darauf der Tag, da er auf der Ter[r]asse des Heidelberger Schloßhotels seinen 60. Geburtstag beging[48], wo er den feldgrauen Rock anzog, mit nach Osten ritt, auf kalter Erde schlief. Und wenn er auch später andere militärische Funktionen in Antwerpen übernahm, so hat er sich doch dort physisch die Grundlage zum baldigen Tode geholt. Aber daneben schlug sein Herz so heftig, weil er zwar nach außen, was eine selbstverständliche Pflicht war, nur von **Sieg** sprach – ein Tor, wer etwas anderes getan hätte –, aber im Innern sich daran zerkrampfte, ob dieser gewaltige nationale Wille des Volkes, wie er im August 1914 aufloderte, auch so ausgenutzt war, wie immer es möglich gewesen wäre. Ich erinnere mich der Unterhaltungen mit ihm, in denen er mir immer wieder sagte, indem er meine Hand fast zerdrückte: Glauben Sie mir, es geht um Reich und Krone; wie er immer wieder den einen Satz sprach: „Zwischen Aisne und Marne ist die Zukunft Deutschlands verloren worden;“ wie er mir den Satz sagte: „Wir haben mit der besten Armee der Welt einen erbärmlichen Feldzug in den ersten Wochen geführt;“ wie er, der ein vollkommen überzeugter Monarchist war – eben weil er es war –, die schärfste **Kritik** daran übte, daß das Hauptquartier[49] meilenweit entfernt war von der kämpfenden Armee, und deshalb die Nachrichtenübermittelung an die Armeen, die vor Paris standen, durch einen Oberstleutnant[50] erfolgte, der den Befehl zum Rückzug gab, als der Sieg sich trotz der fehlenden Armeekorps unseren Fahnen zuneigte.

Das alles fraß an ihm und warf ihn nieder, das gab ihm damals, vor 10 Jahren, die

---

[48] Eine kurze Meldung zu dieser Geburtstagsfeier in Heidelberg vom 26. Juli 1914 findet sich in HEIDELBERGER TAGEBLATT, Nr. 172 vom 27. Juli 1914, S. 6. Daneben berichten das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 375 (Morgenausgabe) vom 27. Juli 1914, und die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 346 (Abendausgabe) vom 27. Juli 1914, S. 9, über Feierlichkeiten am gleichen Tag im Mannheimer Friedrichspark. Offenbar waren die Feierlichkeiten also räumlich zweitgeteilt. – Im anschließend angesprochenen und kurz danach ausbrechenden Weltkrieg war Bassermann zunächst als Rittmeister, später als Major an der Westfront [!] eingesetzt und wechselte 1915 als Kriegsrichter nach Berlin.

[49] Das Große Hauptquartier befand sich zum Zeitpunkt der Marne-Schlacht in Luxemburg.

[50] Richard Hentsch (1869–1918), Oberstleutnant; seine Lageberichte von der Schlacht trugen wohl zum Abbruch der Operation bei; weitverbreitet war deswegen die Ansicht, daß er der Schuldige für das Scheitern des deutschen Vorstoßes sei, während verfehlte Operationsplanungen negiert wurden.

Resignation und die Getrübtheit des Herzens, mit der er uns telegraphierte[51]: „Daß mein Herz, das vierzig Jahre lang für die Partei geschlagen hat, bei ihrem fünfzigjährigen Bestehen nicht mit dabei sein kann, das betrübt mich aufs tiefste.“ Und wenn dann in Mannheim an einem heißen Sommertage sein Leib zu Grabe getragen und der Flamme übergeben wurde[52], wenn damals Schüsse fielen, und nicht ein kirchliches Lied, sondern das Deutschlandlied jene Stunde beendete, so war es richtig: denn auch auf diesen Menschen traf zu, was in wundervollen Worten[53], die auch durch alle Aufsatzthemata nichts von ihrer Schönheit verlieren können, von dem **Kämpfer** im Menschen gesagt ist, der das Recht hat, zu verlangen, daß man die Tür ihm öffne zu jenem neuen Leben, nach dem ein Geist verlangt, der hier im irdischen Leben hoch gestrebt hat. Und ein Kämpfer war er für Deutschlands Ehre, für Deutschlands Größe, für soziale Versöhnung und für wirtschaftliche Vernunft, wie wir kaum je einen besseren gehabt haben. Das Lied von Lenau[54], die Worte aus seinem Postillion, klingen mir immer wieder, wenn ich an ihn denke:

Herr, ’s ist ewig schade,
keiner blies das Horn so hell
wie mein Kamerade.

Das war die zweite der führenden Persönlichkeiten der Nationalliberalen Partei, und ich freue mich, wenn die Stunden, die wir hier miteinander begehen, auch dazu benutzt werden, um eine Ehrenschuld an ihm zu begleichen, und ich hoffe, vielmehr ich bin überzeugt, daß die Verhandlungen des heutigen Tages dazu geführt haben, daß wir ihm ein **Denkmal in seiner Heimat, in Mannheim,** errichten[55] (lebhafter Beifall), daß wir ihm, dem deutschen Pfälzer, dem fröhlichen Menschen, dem guten Kameraden und dem vornehmen Kämpfer, dem deutschen Mann auch jenes Erinnerungszeichen setzen, das spätere Geschlechter mahnen soll, ihm gleich zu sein an Liebe zum Vaterland und an Liebe zu seinem Volke. (Lebhafter Beifall.)

---

[51] Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden.

[52] Ein Bericht über die Einäscherung des Leichnams von Bassermann, der am 24. Juli 1917 verstorben war, im Mannheimer Krematorium am 27. Juli 1917 findet sich in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 349 (Morgenausgabe) vom 28. Juli 1917.

[53] Die nachfolgenden Worte legen die Verwendung oder Paraphrase eines Zitates nahe, das jedoch nicht ermittelt werden konnte.

[54] Nikolaus Lenau (eigentlich Nikolaus Edler Niembsch von Strehlenau; 1802–1850), österreichischer Schriftsteller. – Das nachfolgende Zitat entstammt dem 1833 veröffentlichten Gedicht „Der Postillion“ (Druck u. a. in Nikolaus Lenau: Werke und Briefe. Bd. 1. Gedichte bis 1834. Hrsg. v. Helmut Brand [u. a.]. Wien 1995, S. 277–279).

[55] Die hier von Stresemann angesprochene bevorstehende Errichtung eines Bassermann-Denkmals in Mannheim wurde erst 1930 realisiert.

Wenn ich von jener Zeit spreche, da wir als Nationalliberale Partei deutsche Politik trieben, und mich frage: „spricht jetzt aus dir nicht der Mann der Partei, bist du nicht zu subjektiv, siehst du nicht vielleicht nur die Sonne und nicht den Schatten," – dann lassen Sie **den** Mann sprechen, den ich hochgeschätzt habe in seinem Leben und den ich kannte, dem mein Herz als Student[56] entgegenschlug, weil er einmal ein Meister war der deutschen Sprache, wie kaum ein zweiter, und weiter ein Mann von bestem Willen und bestem Wollen: Friedrich Naumann[57]. Er hat in einem Werk über den deutschen Liberalismus als Demokrat über diese Zeit der Geschichte der Partei folgendes geschrieben:

> „Die Nationalliberale Partei ist die Partei der Reichsgründung, eine Schöpfung großer volksumgestaltender Zeit. Die grundlegenden militärischen und politischen Gesetze des neuen Reiches sind, soweit das Parlament in Betracht kommt, in erster Linie **ihre** Arbeit. Was bist jetzt der bürgerliche Liberalismus geleistet hat, ist von den Nationalliberalen, nur teilweise von den übrigen Bestandteilen des Liberalismus mitgeschaffen. Was an politischem Verständnis für die deutsche Macht ins deutsche Volk hineingekommen ist, stammt von den Nationalliberalen. Erst später haben Konservative und noch später und schwächer Zentrumsleute deutschen Reichsgeist im politischen Sinne spüren lassen."

Aus dem Munde eines Gegners der Partei, der ihr kritisch gegenüberstand in manchen Fragen, der mit ihr rang in den Wahlkämpfen – wohl das schönste, was über die Bedeutung einer großen Zeit und des Wirkens von Gedanken in einer großen Zeit gesagt werden kann!

Wenn wir uns **heute** fragen, ob diese Gedankenwelt uns noch etwas zu geben hat, so ist unzweifelhaft wohl der Einwand berechtigt: steht das nicht alles, um was ihr einst gekämpft habt, lediglich in den Büchern der Geschichte, haben wir nicht heute unter ganz veränderten Verhältnissen in einem ganz anderen Reich, in einer Zeit zusammengebrochener Macht, in einer Zeit deutschen republikanischen Reichswesens ganz andere Aufgaben? Und ist das, was ihr hier in diesen Tagen tut,

---

[56] Stresemann studierte 1897–1900 in Berlin und Leipzig und schloß das Studium mit der Promotion in Nationalökonomie ab. Stresemanns erste politische Betätigung war der stellvertretende Vorsitz in Naumanns Nationalsozialem Verein (1901–1903).

[57] Friedrich Naumann (1860–1919), Mitglied des Reichstags 1907–1912 und 1913–1918 (für die Freisinnige Vereinigung bzw. die Fortschrittliche Volkspartei); Mitglied der Nationalversammlung 1919 (für die DDP; zugleich deren erster Vorsitzender). – Das folgende Zitat, das Auslassungen enthält, findet sich in Fr[iedrich] Naumann: Demokratie und Kaisertum. Ein Handbuch für innere Politik. 4. Aufl. Berlin-Schöneberg 1905, S. 135.

nicht lediglich ein Sich-Erinnern an alte, schöne Jugendzeit, ohne daß daraus Folgerungen für die Gegenwart gezogen werden könnten? Wir haben heute nachmittag ein **Manifest**[58] erlassen, in dem wir im Gegensatz zu dieser Auffassung uns zu dem bekannt haben, was an grundlegenden Gedanken unveränderlich und unveräußerlich ist im nationalliberalen Geist. Gewiß, wir wissen, daß ein **neues Deutschland** entstanden ist als Folge eines unglücklichen, verlorenen Krieges, und wir alle, die wir das alte Deutschland gekannt haben, die wir im neuen Deutschland mitarbeiten, stehen, wenn ich ein Wort von Walter Flex[59] variieren darf, auch als **Wanderer zwischen zwei politischen Welten.** Aber für uns, für unsere Stellung zu diesem Geschehen gilt der schöne Satz, den ein Parteifreund[60] in Köln auf unserem letzten Parteitag geformt, daß es für uns die beiden Deutschland gibt: das alte Deutschland, das wir lieben, und das neue Deutschland, für das wir leben.

Wir haben uns dazu entschlossen, ohne irgendwie grundsätzliche Einstellungen aufzugeben, alles daran zu setzen, um durch unsere Mitarbeit, durch unser Stückchen Kraft im politischen Leben dem neuen Deutschland **vorwärts** zu helfen, und daß wir dabei dem alten Grundsatz, das Staatswohl über die Partei zu setzen, treu geblieben sind, hat kürzlich ein großes demokratisches Blatt in Amerika[61] in die Worte gefaßt:

> Wenn man das Bild dieser Krise der vier Wochen[62] vor sich vorüberrollen läßt, so gibt es doch eigentlich nur eine Partei, die in diesen Wochen weniger an sich, als an Deutschland gedacht hat: das ist die Deutsche Volkspartei. (Beifall.)

---

[58] Gemeint ist: in der Sitzung des Zentralvorstandes (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns in der Sitzung). Der Text des „Manifestes“ u. a. in NATIONALLIBERALISMUS II, S. 727–728, Anm. 48.

[59] Walter Flex (1887–1917), deutscher Schriftsteller. – Sein im folgenden angesprochenes „Wort“ bezieht sich auf seinen Kriegsroman „Der Wanderer zwischen beiden Welten“, der zuerst 1916 und danach in zahlreichen weiteren Auflagen erschien.

[60] Gemeint ist offenbar Karl Bockamp (1891–1965), Rechtsanwalt; Vorsitzender des Wahlkreisverbandes Köln-Aachen der DVP, den Stresemann in seiner Rede auf dem DVP-Parteitag in Köln vom 2. Oktober 1926 (vgl. diese Edition) mit den nachfolgenden Worten zitierte.

[61] In der vorangegangen Sitzung des Zentralvorstandes hatte Stresemann in seiner Rede (vgl. diese Edition) diese Formulierung, wenn auch in Abwandlung, auf die „Baltimore Gazette“ bezogen. Der betreffende Artikel konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[62] Gemeint sind die langwierigen Koalitionsverhandlungen im Januar 1927, an deren Ende Reichspräsident Hindenburg am 29. Januar 1927 eine neue Reichsregierung unter Reichskanzler Marx ernannte, der neben Politikern des Zentrums, der DVP und der Bayerischen Volkspartei auch (teilweise mit wenigen Tagen Verzögerung) fünf Minister der DNVP angehörten (vgl. zu den Verhandlungen etwa die Aufzeichnung Pünders vom 23. bis 31. Januar 1927: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 515–523; vgl. auch SCHULTHESS 68 [1927], S. 21; zu Stresemanns eigener Position gegenüber der Regierungsbildung vgl. seine Aufzeichnungen und Schreiben aus dem Januar 1927: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 91–106).

Wir haben Schwächung unseres Einflusses[63], die unberechtigt war, wir haben Empfindlichkeiten, die berechtigt waren, zurückgestellt gegenüber dem einen Gedanken: endlich wieder eine Regierung zu schaffen und in ihr zu wirken, **nicht** im Sinne des **einen Teiles** des Volkes, das den anderen Teil unterdrücken will, weil er in der Minorität ist, sondern im Sinne eines **Ausgleiches,** der über dem Kampf der Parteien steht; denn wenn dieses Deutschland wieder aufgebaut werden soll, wird dieser Wiederaufbau niemals das Ergebnis der Arbeit einer Partei sein, niemals das Ergebnis der Arbeit einer Parteikonstellation, sondern er wird nur sein, wenn es gelingt, den guten, nationalen Willen **aller** Volksschichten, ob sie links oder rechts stehen, zusammenzufassen zu einem einheitlichen Wollen, nämlich dem Ganzen zu dienen in schweren Stunden. (Stürmischer Beifall.)

Wir haben mehr als einmal Unpopularität ertragen, weil wir einen Weg gingen, den auch nur wenige ahnten und der von denen nicht begriffen wurde, die nur den Tag sehen und die das Geschehen in Deutschland messen mit ihrem Menschenauge und mit dem Zeitalter eines Menschenlebens, aber nicht messen mit den Augen der Geschichte. **Wir werden auch,** wenn uns Freunde verlassen, weil sie glauben, daß unser Weg nicht richtig sei, auf unserem Wege **nur unserem Gewissen folgen,** und wir wollen denen, die mit uns arbeiten, gerade an dieser Jubiläumstagung das eine sagen, daß, **wer mit uns arbeitet, sich klar darüber sein muß, daß wir weder den nationalen, noch den liberalen Gedanken jemals aufgeben werden,** daß wir vielmehr wirken und werben dafür, daß der Liberalismus gerade in der Gegenwart das Trennende überwinden und die gemeinsame Kulturauffassung zur Geltung bringen muß[64]. (Beifall.)

Wir lassen uns auch nicht einzwängen in das enge Bett parteipolitischer **Schlagworte.** Wir sind keine Rechtspartei und keine Linkspartei, sondern wir gehen selbständig unseren Weg auf Grund selbstgewonnener Erkenntnis, und unser Fühlen und Denken bleibt die nationalliberale Gedankenwelt unserer Väter. (Lebhafter Bei-

---

[63] Stresemann bezieht sich offenbar auf das Ausscheiden von Rudolf Krohne (1876–1953), Reichsverkehrsminister 15. Januar 1925 – 29. Januar 1927; zusätzlich mit dem Reichswirtschaftsministerium beauftragt 26. Oktober 1925 – 17. Mai 1926; Mitglied der DVP. – Er war aus seinem Ministeramt entlassen worden, weil die DNVP, die insgesamt mit fünf Ministern vertreten sein wollte, dieses Ministerium für sich beanspruchte.

[64] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf die Frage der konfessionellen Schulen: Die „Richtlinien“, nach denen das Kabinett gebildet worden war und auf die sich die beteiligten Parteien verständigt hatten (gedruckt in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 516–517, Anm. 3), erklärten in einem Passus den „Erlaß eines Reichsschulgesetzes unter Wahrung der Gewissensfreiheit und des Elternrechts. Grundsätzliche Gleichstellung der im Artikel 146 der Reichsverfassung vorgesehenen Schularten“ zur Absicht; dahinter verbarg sich aus Sicht des Zentrums das Vorhaben, die Möglichkeit der Errichtung konfessioneller Schulen zu stärken.

fall.)

Ueber die 60 Jahre hinaus, in denen die Partei besteht, neigen wir uns in Ehrfurcht vor den Männern, die vor dem politischen Parteileben in Deutschland Träger dieser selben Ideen waren. Schließlich steht die **erste** Wiege unseres Denkens in jenem Gasthof „Zur Tanne“ in Jena, in der die Jünglinge, die aus den Befreiungskriegen zurückkamen sich zusammenfanden zur Gründung der Deutschen Burschenschaft[65] und in die schwarz-rot-goldenen Bänder, die sie trugen, den Gedanken hineinlegten, daß das Ergebnis eines solchen Kampfes nicht die Zersplitterung der deutschen Stämme bleiben dürfe, sondern ihre Zusammenfassung, daß das Ergebnis dieses Kampfes, der ein mündiges Volk gesehen hatten, nicht Absolutismus der Fürsten bleiben dürfe, sondern konstitutionelles Leben in unserem Vaterlande. Und hätten die, die damals auf den Thronen saßen, den Pulsschlag der kommenden Zeit mehr gespürt, und hätten wir eine hundertjährige Tradition eines Parlamentarismus mit Verantwortlichkeit, dann würden wir auch nicht die Kinderkrankheiten heute durchzumachen haben, während Länder wie England auf Jahrhunderte von Traditionen zurücksehen.

Einen Mann hat es damals gegeben, der neben Goethe stand, der sein Freund war und der geistig weit höher stand, als viele heute glauben: jenen Karl August[66], der immer den Gedanken der deutschen Einheit gehabt hat, der den Mut hatte, gegenüber dem allgewaltigen Metternich[67], der die damaligen ersten Regungen von Einheit und Freiheit unterdrücken wollte, diese jungen Studenten einzuladen, um in Weimar Pate zu stehen bei der Taufe seines Sohnes[68], um so zu bekunden, daß er sich mit ihnen eins fühle in ihren Idealen.

Wir wissen, welchen Leidensweg die deutsche Entwicklung gegangen ist. Wir wis-

---

[65] Die sog. „Urburschenschaft“ (im Gegensatz zur „Deutschen Burschenschaft“, die sich diesen Namen 1902 gab) wurde am 12. Juni 1815 in dem genannten Gasthaus in Jena gegründet. Text der dort verabschiedeten „Verfassungsurkunde“ u. a. in Quellen und Darstellungen zur Geschichte der Burschenschaft und der deutschen Einheitsbewegung. Hrsg. v. Herman Haupt. Bd. 1. 2. Aufl. Heidelberg 1966, S. 118–161.

[66] Karl August, Herzog (seit 1815: Großherzog) von Sachsen-Weimar-Eisenach (1757–1828); er förderte während seiner Regierungszeit (eigenständige Regierung: 1775–1828) nicht nur die „Weimarer Klassik“, sondern verfolgte nach 1815 auch eine vergleichsweise liberale Politik.

[67] Klemens Wenzel Lothar Graf [seit 1813 Fürst] von Metternich-Winneburg [seit 1818 Herzog von Portella] (1773–1859), österreichischer Außenminister 1809–1848 u. Staatskanzler 1821–1848. – Mit den nachfolgend angesprochenen Unterdrückungsmaßnahmen sind in erster Linie die wesentlich von Metternich initiierten Karlsbader Beschlüsse von 1819 und deren Umsetzung gemeint, die sich gegen liberale und nationale Tendenzen in Deutschland wandten und in dieser Hinsicht insbesondere auf studentische Aktivitäten zielten.

[68] Was oder wen Stresemann hier meint, ist nicht ersichtlich: Zumindest die ehelichen Kinder Karl Augusts wurden alle lange vor 1815 geboren.

sen, wie Bismarck unsere Partei später zerschlagen hat, als sein Weg ihn anderwärts Bundesgenossen suchen ließ[69]. Wir kennen die überragende Bedeutung seines Willens, seine Gestalt, seine geschichtliche Bedeutung. Aber wir können, wie Rudolf von Bennigsen es einmal tat[70], auch darauf hinweisen, daß nach Sedan[71] niemals in Versailles[72] der deutsche Einheitsgedanke gegenüber Fürstenuneinigkeit sich durchgesetzt hätte, wenn nicht vorher die **Pionierarbeit** von jenen geleistet worden wäre, die aus der Studentenschaft heraus später in der **Paulskirche[73]** in Frankfurt am Main die Menschen mitrissen zu dem Gedanken des einen großen Deutschlands. **Sie sind mit unsere Väter,** und in jenen Männern der 48er Zeit sehen wir nicht Revolutionäre, die bestraft werden müssen, sondern Menschen, die nur das eine taten, was allerdings die Mitwelt am allermeisten bestraft: **schneller zu denken** und Entwicklungen zu sehen, noch ehe sie der Philisterverstand[74] seinerseits begriffen hat. (Lebhafter Beifall.)

Und nun lassen Sie mich ein Schlußwort sagen zu der **Gegenwart,** in der wir stehen. Wir stehen vor **ungeheuren Aufgaben** im Innern und nach außen. Ob es unserem Volke gelingen wird, sie zu vollbringen, wer will das heute sagen? Aber eins scheint mir aus der Geschichte hervorzugehen und darauf wies ich hin, als ich von der Zeit nach dem Siege sprach und von der Zeit nach der Niederlage, in jenen napoleonischen Zeiten: **Immer war unser Volk am größten, wenn es vor großen Aufgaben stand.** Und wenn jetzt eine junge Generation heranwächst, der die Väter nicht mehr Vermögen hinterlassen, das den einzelnen im Leben stützt, so sollte sich eine mutige Natur dadurch nicht niederringen lassen. Es ist noch keiner im Menschenleben vorwärtsgekommen, dem jeder Weg und jeder Schritt geebnet war. Groß geworden sind nur Menschen, die Widerstände zu überwinden hatten, die Unglück

---

[69] Stresemann bezieht sich auf die Wendung Bismarcks 1878/79 von der Zusammenarbeit mit den Nationalliberalen hin zu den Konservativen, die im Zusammenhang mit dem Sozialistengesetz und der Wende in der Zollpolitik erfolgte.

[70] Stresemann bezieht sich nachfolgend vermutlich auf die Rede Bennigsens im Reichstag vom 15. Juni 1882, in der sich der Redner zwar nicht nach dem Wortlaut, aber der Sache nach in dem von Stresemann angeführten Sinn äußerte (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS V 2,1, S. 470–482; die betr. Passage: S. 481).

[71] Die Schlacht von Sedan am 1. und 2. September 1870 war mit dem Sieg der deutschen Truppen und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. vorentscheidend für den Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71.

[72] Gemeint ist die Kaiserkrönung in Versailles vom 18. Januar 1871 (vgl. oben mit Anm. 20).

[73] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung von 1848/49, die in der Frankfurter Paulskirche tagte. Unter den dortigen Mitgliedern waren wohl bis zu 200, die zuvor als Studenten in Burschenschaften aktiv gewesen waren.

[74] Der Begriff „Philister“ wurde in Burschenschaftskreisen vielfach als pejorativer Gegenbegriff zu den Burschenschaftern im Sinne eines konformistischen Menschen verwendet.

zu erleiden hatten, die sich durchsetzen und die letzten Nerven zusammenfassen mußten, um weiterzukommen. Dann aber zeigte sich, daß sie mehr zu leisten vermochten als jeder andere. (Beifall.)

Wir sind, weiß Gott, **kein saturiertes Volk.** Es ist töricht, die Lage der deutschen **Wirtschaft** als glänzend anzusehen. Millionen unserer Volksgenossen sind **ohne Arbeit[75],** und töricht der, der einen Stein auf sie wirft; denn Schlimmeres gibt es nicht im Leben, als arbeiten zu wollen und Arbeit nicht zu erlangen. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben das Letzte zu tun, um dafür zu sorgen, daß **nicht** hier die ganzen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen einer **Resignation** über unser Land kommen, wenn dieser Zustand weiter und länger dauern sollte, daß die, die gern arbeiten wollen, keine Arbeit finden.

Wir wissen, wie wir **außenpolitisch** stehen. Wir haben manchen Schritt vorwärts gemacht. Aber draußen fürchten sie uns teils, teils glauben sie, wir seien zu schnell vorwärts geschritten, teils kennen sie uns nicht. Jedenfalls ist die Zeit, die geschichtlich vergangen ist seit Versailles[76], eine sehr kurze. **Aber wer,** wenn wir das, was seit jenen dunklen Tagen von 1919 bis heute vor sich gegangen ist, ansehen, **nicht anerkennen will, daß das deutsche Volk durch Selbstzucht, Disziplin, Arbeit und Verständnis innerlich wieder in die Höhe gekommen** und nach außen sich Achtung erworben hat, **der hat nicht miterlebt,** was in diesen Jahren vor sich gegangen ist. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich traue darauf, daß einst die **Geschichte,** wenn sie davon spricht, wie unsere Seelen niederbrachen und wie auch manchmal die Ehre nach diesem furchtbaren Weltkriege, nach diesen Fieberschauern eines Volkes, das gegen die ganze Welt kämpfte, niederbrach, auch anerkennen wird, was dieses Volk, dem alles genommen wurde, das die Hoffnung hatte auf Größe und den Zusammenbruch erlebte, **geleistet hat.** Und was dieses Volk geleistet hat in dieser Zeit, das werden andere aus der Ferne besser erkennen können als wir, die wir alle seine Erschwernisse, alle seine Schwierigkeiten sehen und oft den Abstand verlieren von dem, was war, und von dem, was geworden ist.

Nun handelt es sich darum, in dieser weiteren Entwicklung des deutschen Volkes

---

[75] Für den 15. März 1927 berichten die Zeitungen (vgl. etwa DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 145 vom 27. März 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 145 vom 27. März 1927, S. 2) vom Rückgang der „Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge“ seit dem 15. Februar 1927 auf 1,661 Mio. und damit um 15 Prozent.

[76] Gemeint ist der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Vertrag; Text (im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung) u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

nationale Arbeit zu tun. Und nationale Arbeit bedeutet für uns **nicht Bekenntnis zu Parteien,** die das **Wort** national in ihren Namen führen. **Wer es führt, hat es sich zu verdienen.** Im übrigen ist national für uns **jeder,** der seine **Pflicht** tut gegenüber seinem Lande, gegenüber seiner Familie, gegenüber allem, was immer er plant, um als einzelner mitzuwirken an dem Ganzen. Ob seine Wege die unseren sind oder [er] auf anderen Wegen glaubt, zum Ziele zu kommen – nicht darauf kommt es an, sondern daß er sein Volk und sein Vaterland liebt und seine Pflicht tut. (Lebhafter Beifall.)

Denn nur, wenn wir uns gegenseitig **achten,** wenn wir gegenseitig die Empfindung haben, daß jeder das Beste will, nur dann können wir uns auch einmal zusammenfinden, wenn es sich darum handelt, daß das ganze Volk einstehen muß mit letzter Kraft für die **Erhaltung des Bestehenden und seinen Wiederaufbau.** (Beifall.)

Einst hat in einer Zeit, in der noch kein Mensch an die deutsche Einheit dachte, dort auf dem kleinen roten Felseneiland in der Nordsee ein Dichter[77] seine Träume in den Worten ausgeströmt, die später das Lied der Deutschen geworden sind, und nichts klingt mächtiger zu uns, als **die** Worte mit denen er zusammenfaßt, was Notwendigkeit ist für Deutschland, um im Glücke zu leben. Das sind die drei Begriffe, für die wir kämpfen und für die wir kämpfen mit allen Volksgenossen zusammen, wes Blutes und welcher Partei sie sind:

Einigkeit und Recht und Freiheit![78]

(Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

[77] Gemeint ist August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (1798–1874). Er dichtete 1841 auf Helgoland das „Lied der Deutschen“, aus dessen 3. Strophe Stresemann am Ende seiner Rede zitiert.

[78] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 133 vom 20. März 1927, schließt den Auszug der von ihr wiedergegebenen Rede mit folgender Passage: „Stürmischer Beifall dankt Dr. Stresemann. Seine Rede wurde an zahlreichen Stellen bereits von spontanen Kundgebungen unterbrochen. Als der Beifall verrauscht war, spielte das Orchester das Vorspiel zu den ‚Meistersingern‘. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschland-Liedes fand die eindrucksvolle Feier ihren Abschluß.“

Rede beim Festmahl anläßlich der 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei im Rathaus von Hannover vom 20. März 1927[1]

Nach 60 JAHR-FEIER S. 41–48. – Teildrucke (im einzelnen mit Abweichungen) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 134 (Abendausgabe) vom 21. März 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 212 (Morgenausgabe) vom 21. März 1927.

Lobt das Pflichtgefühl Hindenburgs. Referiert Glückwunschgrüße zur Feier. Die Nationalliberale Partei und die DVP haben stets die Mittellage eingenommen und den Dienst am Vaterland als ihre Pflicht betrachtet. Richtet Grüße an verdiente anwesende und abwesende Mitglieder.

Meine sehr verehrten Freunde! Am heutigen Tage inmitten von allen denen weilend, denen die Sehnsucht eingegeben hat, an diesem Feiertag der Nationalliberalen Partei[2] zugegen zu sein, lassen Sie mich auch Worte des Dankes an unseren verehrten Freund, Herrn Professor Dr. Schuster[3], und Worte der Begrüßung an Sie alle richten.

Ich denke in dieser Stunde zunächst derer, die nicht unter uns weilen konnten, die aber ihre Anteilnahme bekundet haben durch Worte des Grußes und des Gedenkens. Als Parteiführer habe ich die Ehre, Ihnen Kenntnis zu geben von dem Telegramm, das in Erwiderung auf eine ihm gesandte Begrüßung[4] der Herr **Reichspräsident[5]** uns übermittelt hat:

---

[1] Die Rede bei einem Festmahl im neuen Rathaus hielt Stresemann im Rahmen der Feierlichkeiten, die am 19. und 20. März 1927 in Hannover zum sechzigjährigen Bestehen der Nationalliberalen Partei stattfanden. Sie sollten ursprünglich am 27. Februar begangen werden (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede auf der Reichsgründungsfeier des Reichsklubs der DVP in Berlin vom 18. Januar 1927); an diesem Tag hatten sich 1867 ca. 60 Abgeordneten des konstituierenden Norddeutschen Reichstags zur Fraktion der Nationalliberalen Partei zusammengeschlossen (vgl. NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 138 vom 23. Februar 1927); am Vorabend dieses 27. Februars 1927 fand jedoch nur eine Veranstaltung ohne Stresemann im Reichsklub der DVP in Berlin statt (BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 98 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927, S. 2), während die große Jubiläumsveranstaltung, wohl mit Rücksicht auf Stresemanns Erholungsurlaub in San Remo vom 6. Februar bis 5. März 1927, in den März verschoben wurde. Ein Programm der Jubiläumsveranstaltung: ebd., Nr. 65 (Abendausgabe) vom 15. Februar 1927, S. 1, sowie (ausführlicher): 60 JAHR-FEIER S. 3.

[2] Vgl. die vorangehende Anm.

[3] Hermann Schuster (1874–1965), Honorarprofessor für Religionspädagogik an der Universität Göttingen; Mitglied des preußischen Landtags 1921–1932 (für die DVP). – Schuster hatte unmittelbar vor Stresemann gesprochen (Druck seiner Rede ebd., S. 38–41).

[4] Diese Begrüßung, wohl auch in Form eines Telegramms, konnte nicht ermittelt werden.

[5] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

> Den[6] zur 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei in Hannover versammelten Mitgliedern der Deutschen Volkspartei danke ich für die freundlichen Grüße, die ich mit den besten Wünschen für weiteren Erfolg ihrer Arbeit erwidere.

(Lebhafter Beifall.) Wir gedenken, wenn wir diese Worte hören, des Mannes, der uns in seiner Person die Versinnbildlichung ist des alten und des neuen Deutschland, der ein Vorbild gegeben hat dem deutschen Volke, als er, der Palladin [!] der alten Zeit, in Zeiten schwerster Not an die Spitze eines um seine Freiheit und seine Weiterexistenz ringenden Deutschland trat. (Bravo!) Was unser lieber Freund **Kahl**[7] in seinen prächtigen Worten über die alte Zeit gesagt hat, in der schließlich die Worte Bismarck[8] und Nationalliberale Partei verbunden sind in einer Einheit, das gilt mindestens für uns in der Vereinigung unserer Gedanken mit jenem Pflichtgefühl, das Staatsgedanken und Volk dem eigenen Empfinden voranstellt, in der Person unseres Reichspräsidenten. (Bravo!) Möge Gott und ein gutes Geschick ihn noch lange an der Spitze unseres Reiches und unseres Volkes erhalten. (Lebhafter Beifall.)

Die Worte unseres Herrn Reichspräsidenten verbinden Vergangenheit und Gegenwart. Andere Telegramme, die uns zugegangen sind, wecken schmerzliche Empfindungen, aber unterdrücken nicht die Hoffnung auf bessere Zeiten. Die Saarländische Volkspartei[9] telegraphiert uns aus Saarbrücken:

> Aus **Saarbrücken,** der ehemaligen Hochburg der Nationalliberalen Partei, ein herzliches Glückauf zu weiterem Aufstieg. Stärker als je ist heute unser Wunsch, zum Vaterlande zurückzukehren[10] und mit der Partei für des Vaterlandes Wohl und seine Größe wirken zu dürfen.

(Lebhafter Beifall.) Hier spricht eine Stadt an der Grenze gen Westen. Von Osten tönt ein anderer Gruß:

---

[6] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „dem“.

[7] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP). – Stresemann bezieht sich darauf, daß Kahl die erste Rede anläßlich des Festmahls gehalten hatte (Druck ebd., S. 33–37).

[8] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[9] Die „Deutsch-Saarländische Volkspartei“ (1924–1933) war eine liberale Partei im Saargebiet, die programmatisch im wesentlichen mit der DVP übereinstimmte.

[10] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40).

> Die alten Nationalliberalen in **Danzig**[11] begrüßen die Deutsche Volkspartei anläßlich der Jubiläumstagung und wünschen guten Verlauf der Veranstaltung. Möge die alte Größe der Reichsgründungspartei sich in Zukunft noch einmal erfolgreich erweisen und Deutschland wieder in den Sattel setzen.

(Lebhafter Beifall.) Und aus derselben Stadt, deren Marienkirche stets zum deutschen Kulturgut gehören wird wie Stadt und Volk von Rechts wegen zu Deutschland gehören, aus dieser selben Stadt kommt ein anderer Gruß, der uns sagt:

> Der alten ruhmreichen Partei, die im Gedanken an die Einheit des Reiches ihren Aufstieg begann und die ihre Erneuerung in dem schönsten Erfolg ihrer Politik findet, unsere herzlichen Grüße. Danziger Neueste Nachrichten[12].

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Die Weite des Blickes einer Partei oder einer Persönlichkeit zeigen [!] sich darin, daß sie nicht die Scheuklappen einer Partei trägt, sondern darüber hinaus zu sehen vermag. Ich freue mich deshalb besonders eines Grußes, der uns zuging und der den Wortlaut hat:

> In dankbarem Gedenken an die unvergänglichen Verdienste der Nationalliberalen Partei zur Gründung und Größe des Reiches spreche ich der Deutschen Volkspartei anläßlich des heutigen Jubiläums meine wärmsten Wünsche aus. **Minister von Keudell[13].**

(Lebhafter Beifall.)

Meine Damen und Herren! Zahlreich sind die Wünsche, die uns zugehen von solchen, die gerne heute bei uns weilen würden, denen es aber nicht möglich ist. Aus Dresden grüßt unser alter Mitkämpfer Dr. **Heinze[14],** (Bravo!) der uns mitteilt, daß er in Gedanken regen Anteil an unserem Fest nimmt und dem wir zum Ausdruck bringen wollen, daß wir ihm baldige Gesundheit und Frische zu weiterer Anteilnahme an den Arbeiten der Partei wünschen. (Bravo!)

---

[11] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. ebd., S. 64–67).

[12] Die „Danziger Neueste Nachrichten“ waren eine seit 1894 erscheinende Danziger Tageszeitung.

[13] Walter von Keudell (1884–1973), Reichsinnenminister 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1930 (für die DNVP 1924–1929, für die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei 1929–1930).

[14] Karl Rudolf Heinze (1865–1928), Reichsjustizminister und Vizekanzler 1920–1921; Mitglied der Nationalversammlung (dort Fraktionsvorsitzender) bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DVP).

Ich darf weiter zum Ausdruck bringen, daß aus demselben Grunde der Krankheit unser Freund Dr. **Leidig**[15] nicht bei uns weilen kann, er, der in den Tagen der Gründung der Partei[16] uns auf einem Boden zur Seite stand, auf dem nicht alte Tradition uns begrüßte wie hier, und der sein Bestes der Partei gegeben hat.

Groß ist die Zahl derer, die in demselben Sinne unser gedenken. Wenn ich von denen spreche, die in der Reichshauptstadt damals neuen Boden pflügten, so denke ich vor allem derer, die hier Führer waren der Partei auf altem historischen Boden, und ich glaube, es ist Ihrer aller Wunsch, daß wir unserem lieben Freund Dr. **von Campe**[17] unsere herzlichen Grüße vom heutigen Tage senden, wissen wir doch, daß sein Herz bei uns weilt, wissen wir doch, wie schwer es ihm ist, heute nicht unter uns zu sein. (Beifall.)

Und weit über alle Grenzen der Landesteile hinweg geht das Gedenken an diesem Tage. Aus Bayern grüßt uns Dr. **von Casselmann**[18]**,** aus Freiburg im Breisgau Carola **Bassermann**[19] (Bravo!), aus Berlin sendet uns Grüße Exzellenz **Fritsch**[20]**,** einer von denen, von denen dasselbe gilt, was ich von unserem Freunde Kahl gestern sagte[21]: einer der Männer, die noch mit ihren Augen den 18. Januar 1871 im Schlosse von Versailles[22] gesehen haben.

---

[15] Eugen Leidig (1861–1935), Mitglied der Verfassunggebenden preußíschen Landesversammlung bzw. des preußischen Landtags 1919–1932 (für die DVP).

[16] Gemeint ist offenbar die Gründung der DVP bzw. die Überführung der Nationalliberalen Partei in die DVP Ende 1918. Zur Entstehungsgeschichte der DVP vgl. den Aufruf des „Vorläufigen Ausschusses der Deutschen Volkspartei“ vom 22. November 1918 (URSACHEN UND FOLGEN III, S. 183–184) und den Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 641 (Morgenausgabe) vom 16. Dezember 1918, über eine Sitzung des Zentralausschusses der Nationalliberalen Partei vom Vortag und den dort mit knapper Mehrheit angenommenen Beschluß, diese Partei in die DVP zu überführen. Vgl. dazu auch die Wiedergabe der Zeitungsberichterstattung über die Sitzung vom 15. Dezember 1918 in NATIONALLIBERALISMUS I, S. 3–10.

[17] Rudolf von Campe (1860–1939), Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses 1930–1917 (mit kurzer Unterbrechung; für die Nationalliberale Partei); Mitglied des preußischen Landtags 1921–1932 (für die DVP; bis 1927 deren Fraktionsvorsitzender). – Campe war auch Mitglied des Zentralvorstandes, als am 15. Dezember 1918 die Überführung der Nationalliberalen Partei in die DVP beschlossen wurde.

[18] Leopold von Casselmann (1858–1930), Mitglied des Reichstags 1891–1893 (für die Nationalliberale Partei) und des bayerischen Landtages 1897–1918; Mitbegründer der bayerischen „Nationalliberalen Landespartei“ 1924.

[19] Karola Bassermann (1884–1934), Schriftstellerin; Tochter Ernst Bassermanns.

[20] Bruno Fritsch (1842–1933), Unterstaatssekretär im Reichspostamt 1897–1902; Mitglied im Preußischen Abgeordnetenhaus 1903–1918 (für die Nationalliberale Partei).

[21] Stresemann bezieht sich auf seine Rede vom Vortag n der Stadthalle von Hannover (vgl. diese Edition).

[22] Gemeint ist die Krönung Wilhelms I. zum Deutschen Kaiser im Spiegelsaal von Versailles am 18. Januar 1871.

Fröhlich und glücklich scheint unser Freund Dr. **Jarres**[23] gelaunt zu sein, denn sein Telegramm aus Duisburg ist weniger hoch gestimmt als von rheinischem Humor durchwebt:

> Leider durch Familienfest verhindert, an dem Tage stolzer Erinnerung teilzunehmen, sende der Partei herzliche Grüße. Nur die Stellung der Reichstagsfraktion in Sachen Getränkesteuer[24] muß ich als Oberbürgermeister ablehnen.

(Heiterer Beifall.) Ich glaube, daß wir seine Glückwünsche aus Duisburg auch herzlich erwidern müssen. Desgleichen die Grüße unseres verehrten Freundes, des Vizepräsidenten Dr. **Rießer**[25]**,** der einer der wenigen ist, die noch der alten nationalliberalen Fraktion angehörten. Bis auf vier sind wir zusammengeschmolzen: Heinze, Rießer, Keinath[26] und ich[27]; ein Zeichen davon, welche Umwandlung der Persönlichkeiten vor sich gegangen ist, und doch – und deshalb freue ich mich des heutigen Tages dieser Tatsache – ein Zeichen, daß eine völlige Neubelebung durch andere Menschen nichts geändert hat an dem alten **Geist,** an der alten **Tradition.** (Beifall.)

Dr. **Dieckmann**[28] aus Osnabrück sendet uns seine Grüße. Wer ihn kennt, weiß, welch ein Deutschtum in seiner Person sich verkörpert. Dr. **von Campe** grüßt uns aus Hildesheim. Ein altes früheres Mitglied der Reichstagsfraktion, Geheimrat **Schwabach**[29]**,** sendet uns seine Grüße aus Berlin. Aus Pirmasens sendet uns seine Grüße Friedrich **Spitzfadem**[30]**.** Wer einmal dort in der Pfalz weilte, der weiß, was dieser Name für uns bedeutet. Und in dem neuen Gewande der Luxustelegramme,

---

[23] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP.

[24] Vermutlich bezieht sich dies darauf, daß nach einem Bericht in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 134 vom 22. März 1927, den Gemeinden zum 1. April 1927 das Recht genommen wurde, Steuern auf alkoholische Getränke zu erheben.

[25] Jacob Rießer (1853–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1916–1918 u. 1919–1928 (für die Nationalliberale Partei bzw. die DVP); dessen Vizepräsident 1921–1928.

[26] Otto Keinath (1879–1948), Mitglied des Reichstags 1912–1918 (für die Nationalliberale Partei), 1920–1924 (für die DDP) sowie 1924–1928 u. 1930–1932 (für die DVP).

[27] Stresemann selbst gehörte dem Reichstag bzw. der Nationalversammlung 1907–1912 u. 1914–1929 als Mitglied an.

[28] Johannes Dieckmann (1893–1969), u. a. Generalsekretär der DVP in Hannover u. Dresden; Mitglied des sächsischen Landtags 1928–1933 (für die DVP); stellv. Vorsitzender des Staatsrates der DDR 1960–1969.

[29] Felix von Schwabach (1855–1935), Mitglied des Reichstags 1907–1918 (für die Nationalliberale Partei).

[30] Friedrich Spitzfadem (1872–1944), Mitglied in verschiedenen Gremien der DVP, u. a. Vorstandmitglied bzw. Vorsitzender der DVP Ortsgruppe Pirmasens (nachweisbar für die Zeit 1924–1929).

die ich als Kollege des Finanzministers[31] allseitig empfehle (Heiterkeit), wird uns ein Gruß gesandt aus der **Pfalz** mit den Worten:

> Aus den Gauen Buhls[32] und Bürklins[33] senden wir den in Hannover versammelten Freunden herzliche Grüße in der Hoffnung, das Banner der Nationalliberalen Partei bald wieder in unserer deutschen Pfalz schwingen zu können[34]. Pfälzische Rundschau[35].

(Beifall.)

Regierungsvizepräsident Dr. **Schmieder**[36] grüßt uns aus Osnabrück. Die Partei in **Zwickau** sendet uns herzliche Grüße. **Emden** in Ostfriesland gedenkt unser, **Hannoversch-Münden** grüßt uns. Aus **Friedberg** in Hessen gedenken unser die Parteifreunde.

Aber ich bin überzeugt, über die Zahl dieser telegraphischen Grüße hinaus geht heute ein **tiefes Erinnern** durch viele Menschen in Deutschland. Ich habe gestern[37] in bezug auf die Menschen, denen das Geschick es gab, Führer unserer Partei zu sein, die altbekannten Worte aus der Iphigenie gesprochen: Wohl dem, der seiner Väter gern gedenkt[38]! Und liebe Freunde, wir, die wir heute zusammen sind, um das 60jährige Bestehen der Nationalliberalen Partei zu begehen, glauben Sie mir: Wir, die wir ihr treu geblieben sind, sind in diesen Stunden mit dem Herzen und mit der Seele viel glücklicher als diejenigen, die den Weg zu uns verloren haben[39] und die, wie ich glaube, ihn gern wieder zurückfinden würden, wenn sie nicht in der falschen

---

[31] Heinrich Köhler (1878–1949), Reichsfinanzminister 29. Januar 1927 – 29. Juni 1928; Mitglied des Reichstags 1928–1932 (für das Zentrum). – Bei den „Luxustelegrammen“ handelt es sich um solche, die auf einem speziellen Schmuckblatt zugestellt wurden und dementsprechend teurer waren. Ob Stresemann sich mit der Anspielung auf den Finanzminister lediglich auf diesen höheren Preis bezieht oder ob spezielle Abgaben anfielen, konnte nicht ermittelt werden.

[32] Wahrscheinlich ist gemeint: Franz Armand Buhl (1837–1896), Mitglied des Reichstags 1871–1893 (für die Nationalliberalen; gewählt im pfälzischen Wahlkreis Homburg-Kusel); dessen Vizepräsident 1887–1890.

[33] Albert Bürklin (1844 – 23. Juli 1924), Mitglied des Reichstags 1884–1898 (für die Nationalliberalen; gewählt im pfälzischen Wahlkreis Landau).

[34] Vermutlich bezieht sich das darauf, daß unter der französischen Besatzung der Pfalz Beflaggung und Präsentation von Fahnen verboten waren.

[35] Die „Pfälzische Rundschau“ war eine seit 1899 in Ludwigshafen abendlich erscheinende Tageszeitung.

[36] Zu ihm konnte nichts Näheres ermittelt werden.

[37] Vgl. in dieser Edition seine Rede zur 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei in der Stadthalle zu Hannover.

[38] Dies ist ein Zitat aus Goethes 1787 veröffentlichtem Drama „Iphigenie auf Tauris“ (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 7–67; das Zitat: S. 16).

[39] Aus dem folgenden ergibt sich, daß Stresemann offenbar diejenigen Mitglieder der Nationalliberalen Partei meint, die 1918 zur neugegründeten DDP wechselten.

Auffassung des Deutschen die Zugehörigkeit zu einer Partei wie das Dogma einer Religionsgesellschaft ansähen. (Zustimmung.) Ich will nicht alte Wunden aufreißen aus jener Zeit, aber ich möchte das eine auch heute sagen: Ich freue mich eines jeden, der im Geiste sich zu uns bekennt, wenn er den Mut hat, auch mit seiner Person wieder zu uns zurückzukehren. (Bravo!) Wir haben damals alle in einem großen Fieberschauer die Ereignisse an uns vorüberziehen sehen, und mancher vielberufene Mann ist nicht bei uns geblieben. Wenn ich manche ansehe, von denen ich nur die eine Sorge habe, daß sie, obwohl sie politisch links stehen, bei uns vielleicht viel „rechtser" [!] stehen würden, würde ich auch das auf mich nehmen, aus dem Gedanken heraus, daß das Gleichgewicht der politischen Kräfte in Deutschland und ein ruhiges Fahren des Reichsschiffes erst gewährleistet ist, wenn alles, was heute noch links und rechts von uns in Wirklichkeit nationalliberal denkt, auch wieder zu uns zurückkehrt. (Stürmischer Beifall.) **Wir sind immer die Mittellage des Reichsschiffes** gewesen, die die ruhige Fahrt gewährleistet. Das „non pro nobis", von dem vorhin gesprochen wurde[40], ist doch schließlich, mag auch die Partei dabei kleiner geworden sein, der schönste Ehrentitel, der in der Geschichte eines Landes einer Partei ausgestellt werden kann.

Wir verstehen es, daß nach den großen Erschütterungen von Krieg und Niederlage, nach den Verlusten von Vermögen, Verlusten von Eigentum schließlich die **Extreme** lebendig wurden in Deutschland. Aber wo wollen wir hinkommen, wenn es nicht gelingt, diejenigen **Mittelschichten** wieder zu stärken, zu bestimmendem Einfluß in Deutschland zu verhelfen, die den Staatsgedanken als das Entscheidende für den Menschen und für das ganze Volk in den Mittelpunkt stellen? (Lebhafte Zustimmung.)

Navigare necesse est, vivere non necesse est[41]! Das heißt in das Deutsch der Gegenwart übertragen: Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen. Auch wenn der Einfluß des einzelnen zurückgeht, auch wenn eine ganz neue Schichtung der Gesellschaft erfolgt, schließlich ist das Menschenleben nur Wert, gelebt zu werden, wenn es nicht für den einzelnen, für den engen Kreis der Familie,

[40] Bei einem der vorherigen Grußworte der Veranstaltung hatte Stadtschulrat Senator Proger u. a. gesagt: „Durch 60 Jahre hindurch hat es ihr [der Partei] nicht an hervorragenden Führern gefehlt, die immer unter dem Wahlspruch ‚Non pro nobis' – ‚Nicht für uns, sondern für das Ganze', die Partei und, soweit es möglich war, auch das Volk geführt haben." (60 JAHR-FEIER S. 38.)

[41] Das von Plutarch für Pompeius überlieferte Zitat lautet übersetzt etwa: Schiffahrt ist notwendig; Leben ist nicht notwendig.

sondern für ein Großes gilt, und dieses Große ist das Volk, das mit seinen Blutströmen zu uns gehört wie wir zu ihm. (Lebhafter Beifall.)

Wir verachten nicht andere Völker. Töricht wäre das. Aber Gott und Geschick, oder wie der einzelne es nennen mag, hat uns hierher gestellt auf diesen Posten zwischen der Ostsee mit ihren Dünen dort draußen und dem Bodensee in der Nähe der Alpen, verschieden in unserer Art, verschieden im Wesen, aber geeint durch Sprache, Kultur, Gesittung, Lied, Sage und tausendjährige Geschichte. Diesem Volke zu dienen, ist unsere Aufgabe. Ich glaube, daß die **Ehrfurcht dem eigenen Volk und Vaterland gegenüber** das Kernstück jeder Religion eines ehrlich vorwärtsstrebenden Volkes ist. Aufblick nach oben, gemeinsamer Dienst statt Egoismus! Aus diesem Gesichtspunkt heraus steht uns der Staatsgedanke höher als die Partei. Das gilt für die Partei des alten Namens[42], das gilt für uns, und das gibt uns den Ansporn, und das gibt uns auch schließlich die große Gemeinschaft der vielen Hunderte, ja, wenn wir wollen, der vielen Tausende, die heute gern mit uns zusammen wären, wenn wir in der Lage wären, ihnen die Räume zu bieten, die sie alle aufnehmen. Wir wissen, daß wir hier nicht eine Interessengemeinschaft sind, die irgendwelche Vorteile erringen will, sondern eine Lebensgemeinschaft, die schließlich nur endet, wenn wir selbst ihr den Tribut bezahlen, den die Natur von uns fordert.

Wenn man glaubt, diesen großen Kern unserer Partei zersprengen zu können, so irrt man sich. Hier sind Lebensideale ineinander verkettet.

„Ihr suchet ihr Ende vergebens,
Wir brechen die Kette nicht ab,
Sie reicht von dem Osten des Lebens
Bis hin an den Westen ans Grab.“[43]

Das ist das, was von den Tagen Rudolf von Bennigsens[44] über Bassermann[45] hinweg zu dieser Gegenwart geht. Das ist die große Stärke, die uns erhebt über alle Schwankungen der Tagespolitik.

---

[42] Gemeint ist die Nationalliberale Partei, in deren Kontinuität die DVP sich sah.

[43] Stresemann zitiert hier (in leichter Abwandlung) eine Strophe des in Freimaurer-Kreisen verbreiteten „Kettenliedes“ von 1782 des österreichischen Dichters Aloys Blumauer (Druck u. a. in Aloys Blumauer’s gesammelte Schriften [...]. Teil 2. Stuttgart 1871, S. 162).

[44] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei; deren Fraktionsvorsitzender bis 1883).

[45] Ernst Bassermann (1854–1917), Mitglied des Reichstags 1893–1917 (mit kurzer Unterbrechung 1903; für die Nationalliberale Partei; deren Fraktionsvorsitzender seit 1898; Vorsitzender des Zentralvorstandes 1905–1917).

Lassen Sie mich noch einige Grüße an diejenigen richten, die an der Wiege der Deutschen Volkspartei[46] standen.

Ich sehe manche **nicht** unter uns, die in entscheidender Stunde mitgewirkt haben. Da ist einmal unser lieber Freund **Dusche**[47] aus Isernhagen bei Hannover, der mir gestern, wenige Minuten nach meinem Eintreffen, die ersten Grüße aus Isernhagen übermittelte. In den Tagen, in denen es sich darum handelte, ob man in Hannover sich für die alte Partei entscheiden sollte[48], war er einer derjenigen, die an unserer Seite standen.

Ich denke an einen anderen, an meinen Freund Friedrich **Brune**[49]**.** Was muß geschehen sein, daß er heute nicht unter uns weilt! (Heiterkeit.) Wie immer er einfach und primitiv in seinem Wesen war, er war treu und deutsch in seinem Charakter. Charakter ist nicht gleichbedeutend mit hoher Stellung im öffentlichen Leben, sondern ist gleichbedeutend damit, ob das Herz in der richtigen Stunde auf dem richtigen Fleck steht, und das ist bei Friedrich Brune immer der Fall gewesen. (Beifall.)

Wir grüßen alle, die in dieser oder jener Stadt, hier oder dort, heute mit uns das Gedächtnis an die Partei feiern. Eines Mannes denke ich dabei besonders, der hierher geeilt ist aus dem fernen Osten, unseres lieben **Wynecken**[50]**,** der leider durch ein körperliches Unwohlsein nicht in der Lage ist, unter uns zu sein. Ich habe ihm persönlich meine Grüße gesandt, und ich glaube, ich bin der Interpret Ihrer Gedanken, wenn ich ihm die Grüße der hier versammelten Partei sende.

Lassen Sie mich nun der eigentlichen Aufgabe meiner Rede näherkommen und unserem lieben Ehrenvorsitzenden, Herrn **Geheimrat Vogel**[51]**,** der in seinem jugendlichen Alter von 82 Jahren hier unter uns weilt, als wenn das so selbstverständlich wäre, Worte der Begrüßung, der Liebe und der Verehrung in dieser Stunde widmen. Ich glaube, Sie sind der einzige der Anwesenden, der noch die Gründung der Nationalliberalen Partei erlebt hat. Vielleich hat man Ihnen damals, als es noch nicht üblich war, daß junge Menschen sich mit Politik beschäftigen, den Vorwurf gemacht,

---

[46] Gemeint ist die Gründung Ende 1918 (vgl. oben mit Anm. 16).

[47] Wilhelm Dusche (1863–1947), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1924.

[48] Möglicherweise bezieht sich Stresemann hier auf Beratungen mit Vertretern der Nationalliberalen Partei in Hannover vom 26./27. November 1918 (vgl. NATIONALLIBERALISMUS I, S. 21*).

[49] Zu ihm konnte nichts ermittelt werden.

[50] Alexander Wynecken (1848–1939), Mitbegründer und bis 1929 Chefredakteur der DVP-nahen „Königsberger Allgemeinen Zeitung“; Begründer der DVP in Ostpreußen.

[51] Paul Vogel (1845–1930), Mitglied des sächsischen Landtages 1901–1918; dessen Präsident 1909–1918; stellv. Parteivorsitzender der Nationalliberalen Partei 1909–1918; Ehrenvorsitzender der DVP 1919–1930.

daß Sie sich viel zu früh in diese Sache hineingemischt haben. Denn wer heute unter uns weilt und bei der Gründung der Partei mit anwesend war, der muß das biblische Alter überschritten haben. Sie haben so oft vor uns gesprochen bei Parteitagen, bei Sitzungen des Zentralvorstandes. Ich bin Ihnen persönlich zu großem Danke verpflichtet, denn Sie haben mich für die Partei gewonnen[52]. Wie klein waren wir als Partei einst in Dresden und wie schön die Zeit, als wir das Mandat von Dresden eroberten[53], dann zur stärksten Fraktion im sächsischen Landtag wurden und Sie auf dem Präsidentenstuhl des Landtages sahen! Ich weiß genau die Stunde, in der Sie bei mir in einem einfachen Stübchen in Dresden waren, um mich für die Partei zu gewinnen. Vielleicht entsinnen Sie sich noch der Worte, mit denen ich Sie einst den Wählern im Bezirk Dresden I vorstellte[54]:

„So frisch blüht sein Alter
Wie greisender Wein,
Drum soll er Verwalter
Des Schlachtfeldes sein."

Das ist schon lange her, aber die Worte sind heute so wahr, wie sie damals wahr gewesen sind. Wir sehen in Ihnen die lebendige Verkörperung von der Vergangenheit und Gegenwart. Sie sahen Bennigsen ins Auge, Sie kannten die Stunde, in der er die Fahne an seinen Nachfolger übergab[55]. Sie sind heute bei uns, und wir wissen, wie stark Ihr Herz schlägt, wenn es sich darum handelt, die Liebe zur alten Partei zum Ausdruck zu bringen. Deshalb haben wir geglaubt, am heutigen Tage Ihnen unsere Dankbarkeit auch äußerlich zum Ausdruck bringen zu sollen, und wir bitten Sie, das Gemälde Rudolf von Bennigsens, das die Meisterhand eines Lenbach[56] ge-

---

[52] Stresemann trat 1903 in Dresden der Nationalliberalen Partei bei, für die er 1906 in den Stadtrat und 1907 in den Reichstag gewählt wurde. mit. Welche Rolle Vogel dabei genau spielte, konnte nicht ermittelt werden.

[53] Gemeint ist offenbar der Erfolg von Karl Rudolf Heinze (vgl. oben mit Anm. 14), der 1907 in einem der Dresdener Wahlkreise in den Reichstag gewählt wurde.

[54] Auf welche Wahl sich Stresemann hier bezieht, ist unklar. – Im nachfolgenden Zitat bietet er (in leichter Abwandlung) eine Strophe aus dem 1813 gedichteten „Lied vom Feldmarschall" (gemeint ist Blücher) von Ernst Moritz Arndt (Druck u. a. in Ernst Moritz Arndt: Gedichte. Vollständige Sammlung, Berlin 1860, S. 280–281).

[55] Gemeint ist die Übergabe der Leitung der Nationalliberalen Partei von Bennigsen an Bassermann. Auf welches konkrete Ereignis Stresemann sich bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[56] Franz Ritter von Lenbach (1836–1904), deutscher Maler. – Ob es sich bei dem hier angesprochenen Porträtgemälde um dasjenige handelt, das auf dem Vorsatzblatt zu 60 JAHR-FEIER wiedergegeben ist, konnte nicht ermittelt werden.

schaffen hat, aus unseren Händen entgegenzunehmen als Gruß der Partei an den Ehrenvorsitzenden. (Stürmischer Beifall.)[57]

[57] Nach Stresemann sprachen noch Paul Vogel und Alexander von Bennigsen, der Sohn von Rudolf Bennigsen, Dankesworte (60 JAHR-FEIER S. 48–51).

Reichstagsrede vom 22. März 1927[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9812–9815 und 9824. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und teilweise mit kleinen Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März, u. 138 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März, u. Nr. 137 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März, u. Nr. 137 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März, u. Nr. 138 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März, S. 1–2, u. Nr. Nr. 137 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927, S. 2; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März, u. Nr. 138 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (1. Morgenausgabe) vom 23. März 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 217 (1. Morgenausgabe) vom 23. März 1927, S. 1–2; WIENER ZEITUNG, Nr. 69 vom 24. März 1927, S. 5–6; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22457 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927, S. 4; REICHSPOST, Nr. 81 vom 23. März 1927, S. 3-4; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 9 (1927), S. 247–251; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 102–105 u. 106; SCHULTHESS 68 (1927), S. 63–66 u. 66–67.

Begründet die Besonderheiten des Haushalts des Auswärtigen Amtes. Der zurückliegende Abbau des Personals im Amt und der Ausbau des Dienstes im Ausland. Die Höhe der Gehälter und der Repräsentationszuschüsse erlauben die Ausweitung des diplomatischen Personals auch über vermögende Kreise hinaus. Geht auf wichtige außenpolitische Fragen ein, die Deutschland indirekt berühren, in denen es aber nicht Partei ergreifen wird. Die Völkerbundsratssitzungen und deren Ergebnisse. Die Bedeutung der deutschen Völkerbundsmitgliedschaft. Die ausstehende Rheinlandräumung und die Rückgabe des Saargebiets. Der italienisch-albanische Konflikt.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, den kurzen Ausführungen, die der Herr Berichterstatter[2] über die

---

[1] Stresemann sprach in der Debatte des Haushalts für 1927 im Rahmen der 2. Beratung zum Tagesordnungspunkt „Haushalt des Auswärtigen Amtes“. – Laut BERLINER TAGEBLATT, Nr. 136 (Morgenausgabe) vom 22. März 1927, geschah dies auf Wunsch Stresemanns in Abweichung von der bisher geplanten Reihenfolge der Etatberatungen. – Für atmosphärische Beschreibungen und Beurteilungen der Rede vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 138 (Morgenausgabe) vom 23. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 136 (Abendausgabe) vom 22. März 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 137 (Abendausgabe) vom 22. März 1927.

[2] Otto Hoetzsch (1876–1946), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die DNVP 1920–1929, für die Konservative Volkspartei 1929–1930). – Hoetzsch hatte in seinen kurzen Ausführungen über die Ergebnisse des Haushaltsausschusses (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9811–9812) auf zwei Punkte hingewiesen, nämlich auf die infolge des Ausbaus der Konsulate sich verschlech-

Verhandlungen des Hauptausschusses[3] bezüglich des Haushalts des Auswärtigen Amts gemacht hat, einige Sätze hinzuzufügen. Der **Haushalt des Auswärtigen Amts** nimmt, ziffernmäßig betrachtet, in dem gesamten Reichshaushalt eine sehr bescheidene Stellung ein[4]. Die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr sind relativ geringfügig gesteigert. Der vorjährige Gesamtetat schloß mit einer Summe von 55[5] Millionen Reichsmark ab. Der diesjährige Etat ist um rund 4 Millionen Reichsmark höher. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die tatsächliche Steigerung der Ausgaben nur 3 Millionen betrug, daß dagegen eine erfreuliche Verringerung der Einnahmen eingetreten ist, nämlich eine abermalige Verminderung der **Einnahmen aus Paßgebühren** um 1 Million. Dieser Rückgang ist zurückzuführen auf die Tendenz, die wir im Einverständnis mit dem Hohen Hause stets befolgt haben, auf den Abbau der Paßgebühren hinzuwirken[6]. Ich würde mich sehr freuen, einmal dem Hohen Hause einen Etat vorlegen zu können, in dem dieser Einnahmeposten überhaupt verschwände. Denn es ist eine der unerwünschtesten Erscheinungen, daß wir den Verkehr zwischen den einzelnen Ländern erschweren, anstatt ihn so weit zu erleichtern, wie es überhaupt möglich ist.

---

ternden Aufstiegschancen im Auswärtigen Dienst und auf die Vorläufigkeit der dem Haushaltsplan beiliegenden Besoldungsliste für die einzelnen auswärtigen Stellen der Diplomaten.

[3] Gemeint sind die Verhandlungen des Haushaltsausschusses (der häufig und anachronistisch nach der Bezeichnung im Ersten Weltkrieg „Hauptausschuß“ genannt wurde). In der Tagesordnung der Reichstagssitzung (ebd., S. 9811) heißt es korrekt „Haushaltsausschuß“. – Zu den Beratungen des Ausschusses selbst vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns im Haushaltsausschuß vom 25. Januar 1927 mit den dortigen Anmerkungen. Nach den Angaben in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 41 (Abendausgabe) vom 25. Januar 1927, muß es bereits frühere Verhandlungen des Ausschusses über den Haushalt des Auswärtigen Amtes gegeben haben; offenbar fanden auch an den beiden folgenden Tage weitere Beratungen des Ausschusses zum Haushalt des Auswärtigen Amtes statt (ebd., Nr. 44 [Morgenausgabe] u. Nr. 45 [Abendausgabe] vom 27. Januar 1927). Inwieweit es noch weitere Ausschußverhandlungen gab, die zu dem im wesentlichen zustimmenden Beschluß des Haushaltsausschusses (mit kleineren Änderungen gegenüber dem Entwurf der Reichsregierung) vom 21. Februar 1927 führten (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 414, Anl. 3023), konnte nicht ermittelt werden.

[4] Zum Haushaltsentwurf der Regierung vom 4. Januar 1927 vgl. ebd., Bd. 413, Anl. 2892. Danach betrug der Haushalt für das Reich im ordentlichen Haushalt 1927 ca. 8 Mrd. Reichsmark. Demgegenüber umfaßte der Gesamtansatz für das Auswärtige Amt für 1927 (S. 32 der Anl.) an Ausgaben 62,4 Mio. Reichsmark, denen 3,4 Mio. Reichsmark Einnahmen gegenüberstanden; insgesamt wies der Entwurf für das Auswärtige Amt 59 Mio. Reichsmark „Zuschußbedarf“ und damit gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 1,25 % aus.

[5] So in der Vorlage. In verschiedenen der genannten Teildrucke steht hier die Ziffer „66“. Offenbar handelt es sich dabei um Druckfehler (vgl. die vorangehende Anm.).

[6] Im Verlauf des Ersten Weltkriegs waren in Deutschland (wie in den meisten anderen Staaten) Paß- und Visumpflicht für die Aus- und Einreise eingeführt worden und nach dem Kriegsende in Kraft geblieben. Zu den Erfolgen der deutschen Bemühungen seit 1925, eine Lockerung bzw. Aufhebung der Visumpflicht mit einzelnen Staaten wechselseitig zu vereinbaren, informiert ein Artikel im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 257 (Morgenausgabe) vom 2. Juni 1927, der für den 1. Juni 1927 15 Staaten aufzählt, gegenüber denen diese Bemühungen bis dahin erfolgreich waren. Zu laufenden Verhandlungen vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 54 (Morgenausgabe) vom 2. Februar 1927.

(Zustimmung.)

Die Ausgaben für die Zentralbehörde in Berlin, das Auswärtige Amt, einschließlich der Presseabteilung der Reichsregierung[7] machen 27,3 Millionen, also etwa ein Achtel der Gesamtausgaben im In- und Auslande aus.

Die **Vereinfachung des Geschäftsbetriebs** im Auswärtigen Amt ist weiter durchgeführt worden. Es sind gegenüber 1924 im Auswärtigen Amt 65 Beamte und annähernd 200 Angestellte weniger tätig[8]. Das ist eine Verminderung des Gesamtpersonals um etwa 25 Prozent. Diese Aktion nähert sich aber jetzt ihrem Ende. Sie ist dadurch mit erreicht worden, daß die beschlossene Unterbringung des Auswärtigen Amts in dem Gebäudekomplex Wilhelmstraße 74 und 76 beendet ist, nachdem früher das Auswärtige Amt in vier verschiedenen Gebäuden seine Geschäfte erledigen mußte[9]. Es hat sich hier gezeigt, daß eine Behörde um so rascher und reibungsloser arbeitet, je einfacher und übersichtlicher der Aufbau ihrer Organisation durchgeführt ist. Wenn ich das hier besonders betone, so tue ich das aus dem Grunde, weil neuerdings Bestrebungen lebhaft in der Öffentlichkeit vertreten werden, die diese Zusammenlegung des Auswärtigen Amts wieder gefährden. Ich meine damit den geplanten **Durchbruch durch die Wilhelmstraße[10].** Ich lese verschiedentlich in den Zeitungen, daß der Außenminister gegen diese Pläne Einspruch erhöbe, um den schönen Garten nicht zu verlieren. Es liegt eine sehr einseitige, tendenziöse Darstellung darin, immer von dem Durchbruch durch die Ministergärten zu sprechen, aber nicht davon zu sprechen, daß ganz große Gebäude, in denen heute das Auswärtige Amt arbeitet, ebenfalls zerstört werden müßten, wenn diese Pläne durchgeführt werden sollten.

(Sehr richtig!)

Wenn beispielsweise jener Plan Gestaltung gewänne, der das Haus Wilhelmstraße

---

[7] Die „Vereinigte Presseabteilung der Reichsregierung und des Auswärtigen Amtes“ ressortierte während der Weimarer Republik im Auswärtigen Amt.

[8] Auch das Auswärtige Amt unterlag der Personal-Abbau-Verordnung vom 27. Oktober 1923 (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 999–1010), die u. a. den Abbau von bis zu 25 Prozent aller Reichsbeamten und die Kündigung aller Angestellten vorsah. Zu den zahlenmäßigen Ergebnissen des Stellenabbaus im Auswärtigen Amt bis 1925 vgl. (in dieser Edition) die Rede Stresemanns vor dem Haushaltsausschuß vom 13. Februar 1925.

[9] Dazu konnten keine Einzelheiten ermittelt werden.

[10] Zu Stresemanns Widerspruch gegen entsprechende Pläne vgl. in dieser Edition die Anm. 3 zu Stresemanns Rede im Haushaltsausschuß des Reichstags vom 25. Januar 1927. Die zwischenzeitlich von einem Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung befürworteten Pläne zum Durchbruch durch die Wilhelmstraße und die Ministergärten, um eine Verbindung zwischen Jäger- und Lennéstraße zu schaffen, sind in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 58 (Morgenausgabe) vom 4. Februar 1927, beschrieben.

74 für den Durchbruch freimachen will, verlöre das Auswärtige Amt über 180 Zimmer, die ihm heute für die Arbeit zur Verfügung stehen.

(Hört! Hört!)

Ich glaube, jeder Außenminister würde ebenso wie ich sich dagegen verwahren, daß in dieser Weise in die Arbeit einer Behörde eingegriffen wird. Ich sehe davon ab, all die anderen Gesichtspunkte geltend zu machen, die für mich bei einer Stellungnahme gegen diese Pläne in Betracht kommen. Ich muß aber darauf hinweisen, daß eine gedeihliche Arbeit nicht gewährleistet werden kann, wenn derartig über die Bedürfnisse eines Amts hinweggeschritten wird, wie es hier bei diesen Bestrebungen der Fall ist.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, wenn wir hier in der zentralen Stelle abgebaut haben, so steht dem der planmäßige **Ausbau des auswärtigen Dienstes im Ausland** gegenüber, der vorwiegend der Förderung des deutschen Außenhandels auf dem Weltmarkt dient. In dieser Beziehung hat gegenüber der Vorkriegszeit die Bedeutung des auswärtigen Dienstes noch erheblich zugenommen. Die deutschen Wirtschaftskreise sind nicht mehr in demselben Maße wie früher in der Lage, im Ausland eigene Vertretungen zu unterhalten. Sie sind mehr als vor dem Kriege auf die Mitwirkung unserer Auslandsvertretungen angewiesen. In der zunehmenden Wiederentfaltung unseres auswärtigen Handels erlangen deshalb unsere Auslandsvertretungen für den deutschen Kaufmann erhöhte Bedeutung.

In Europa nähert sich der Ausbau unseres Dienstes mit den neuen Vertretungen, die wir in diesem Etat angefordert haben[11], nunmehr seiner Vollendung. Es sind fast überall dort, wo wir bis 1914 Berufsvertretungen hatten, solche wieder eingerichtet. Aber außerhalb Europas ist das Netz unserer Berufsvertretungen noch lange nicht so engmaschig, wie es vor dem Kriege war. Wir hatten vor dem Kriege außerhalb Europas insgesamt 95 Berufsvertretungen, während wir ohne die in diesem Etat angeforderten Konsulate erst die Zahl von 50 erreicht haben, d. h. wenig mehr als die Hälfte des Vorkriegsstandes.

Wir haben uns über die mit dem Ausbau des auswärtigen Dienstes zum Nutzen des deutschen Außenhandels zusammenhängenden Fragen im Haushaltsausschuß

[11] Die Auflistung der zehn neu angeforderten Konsulate findet sich in dem oben Anm. 4 nachgewiesenen Regierungsentwurf auf S. 14 der Anlage.

eingehend ausgesprochen. Ich kann mir deshalb auch versagen, diese Ausweisung[12] hier weiter zu vertiefen. Ich stelle lediglich fest, daß der weitere Ausbau unseres Außendienstes in den nächsten Jahren die einhellige Zustimmung auch des Ausschusses gefunden hat. Meine Herren, der Herr Berichterstatter ist darauf eingegangen, daß im vorigen Jahre der Wunsch ausgesprochen wurde[13], daß die Gehälter unserer Auslandsbeamten wieder in Goldmark festgesetzt und wie vor dem Kriege in den Haushalt des Auswärtigen Amts aufgenommen werden möchten. Die sachliche Vorarbeit für die **Normierung der Auslandsgehälter** war ebenso schwierig wie langwierig. Immer noch sind die Lebensverhältnisse einer Reihe von Ländern so großen Schwankungen unterworfen, daß eine endgültige Normierung der Auslandsgehälter noch nicht möglich war.

Ich darf nun auf die großen Veränderungen hinweisen, die durch die Wertbesserung des Franken in Frankreich, Belgien und Luxemburg und in Italien der Lira[14] in den letzten Monaten eingetreten sind. Ich bitte deshalb auch nicht zu kritisieren, daß diesmal noch einmal die in Gold festgesetzten Auslandsgehälter in einer Anlage zum Haushalt und nicht selbst im Etat erschienen sind.

Zu dem, was aus den Ausführungen des Herrn Berichterstatters herausklang, aus der Kritik an der **Höhe der Gehälter unserer Auslandsbeamten[15],** gestatten Sie mir dann einige Bemerkungen zu machen. Wenn die Gehälter, die wir zahlen, mit den Gehältern anderer Länder verglichen werden, wobei Deutschland wirklich nicht an erster Stelle steht, dann wird, glaube ich, oft das eine vergessen, daß die Zahl der Menschen, die uns zur Verfügung stehen und die über eigenes Vermögen verfügen, weit geringer ist als die Zahl dieser Persönlichkeiten in anderen Ländern. Es war früher ein nobile officium[16] des deutschen Auslandsbeamten, einen Zuschuß zu haben, von dem er namentlich die Repräsentationsausgaben bestritt, die nun einmal zum diplomatischen Beruf gehören.

Wenn wir jetzt uns bemüht haben, nicht nur für die höheren, sondern auch für die Legationssekretäre Auslandszulagen zu haben, so entsprechen wir, meine Herren, damit doch gerade einem prinzipiellen Wunsch, der sooft [!] in diesem Hause ausge-

[12] So in der Vorlage. Ob hier tatsächlich „Ausweisung“ (im Sinne der Ausweisung im Etat) oder das an sich näherliegende „Ausweitung“ gemeint ist und somit ein Druckfehler vorliegt, muß offenbleiben.

[13] Tatsächlich findet sich eine entsprechende Äußerung Hoetzschs nicht in seinem oben Anm. 2 nachgewiesenen Bericht.

[14] Nach vorherigen starken Verlusten im Außenwert der genannten Währungen hatten sich diese in den Anfangsmonaten 1927 in unterschiedlichem Maß wieder stabilisiert.

[15] Vgl. oben mit Anm. 2.

[16] Etwa: „eine Ehrenpflicht“.

sprochen worden ist, diese Karriere auch denjenigen zu eröffnen, die nicht in der Lage sind, über glänzende Vermögensverhältnisse von Hause aus zu verfügen.

(Sehr richtig!)

Wir werden uns damit einverstanden erklären, bei den künftigen Verhandlungen angesichts des allgemeinen Sparprogramms der Reichsregierung auch hier auf das Notwendigste zurückzugehen. Ich bitte Sie aber dringend, die ganz besondere Stellung des Auswärtigen Amts bei einer Entscheidung dieser Frage auch mit zu berücksichtigen.

Ich darf ferner hier mit einem ganz kurzen Satz auch auf Ausführungen zurückkommen, die im Hauptausschuß[17] gemacht worden sind, nämlich darauf, daß auch bei den **Gehältern in der Zentrale** vielleicht nicht genügend berücksichtigt wird, daß mindestens die leitenden höheren Beamten in der Reichshauptstadt selbst in einer Weise zu repräsentativen Veranstaltungen herangezogen werden, die irgendeine Regelung dieses Gehaltes nach der repräsentativen Hinsicht auch durchaus notwendig machen. Repräsentation ist für den Beamten des Auswärtigen Amts nicht Vergnügen, sondern eine Pflicht, ist eine Arbeit, die vielleicht manchmal mehr an den Nerven nagt als die Arbeit, die selbst ausgeführt wird. Ich möchte dringend davor warnen, daß hier durch eine falsche Sparsamkeitspolitik vielleicht die Entwicklung weiter gefördert wird, die wir selbst im Beamtentum schon sehen, daß unsere begabtesten und fähigsten Beamten uns von der Wirtschaft wegengagiert werden, weil dort ganz andere Bedingungen für ihre Arbeitsleistung bestehen, als es bei uns der Fall ist.

(Sehr gut!)

Das Reich hat kein Interesse daran, daß eine solche Abwanderung etwa weiter fortgesetzt wird.

Damit lassen Sie mich die Betrachtungen über den Etat schließen und zu einer **Erklärung über die außenpolitische Lage** übergehen. In den vergangenen Jahren habe ich in einer Erörterung der außenpolitischen Fragen die Aufgaben unserer Außenpolitik im Rahmen der Beziehungen Deutschlands zu den einzelnen fremden Staaten erörtert[18]. Die großen Fragen, um die es sich für uns speziell handelte, sei es die Reparationsfrage, die Rheinlandfrage, die Sicherheitsfrage oder die Völkerbundsfrage, waren so gelagert, daß unsere Stellungnahme zu ihnen sich aus den

[17] Vgl. oben Anm. 3.

[18] Vgl. etwa in dieser Edition Stresemanns Reichstagsrede vom 22. März 1926.

Fragen selbst und aus dem Verhältnis zu denjenigen Ländern ergab, die uns dabei gegenüberstanden. Lassen Sie mich heute in meinen Ausführungen einen anderen Weg gehen. Wir sehen in der gesamten Weltlage Entwicklungen, die uns zwingen, bei unseren außenpolitischen Erwägungen mehr und mehr auch die Faktoren zu berücksichtigen, die außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen. Diese Entwicklungen gehen nicht von den Problemen aus, die uns unmittelbar interessieren; sie stehen mit ihnen in keinem unmittelbaren Zusammenhang. Aber es wird zu berücksichtigen sein, daß sie eine mehr oder weniger starke Rückwirkung auch auf diese Probleme ausüben können.

Dabei denke ich an drei große internationale Fragekomplexe. Wir sehen einmal höchst bedeutsame Vorgänge, die sich im fernen Osten abspielen[19]. Wir sind ferner Zeuge von ernsten Auseinandersetzungen zwischen zwei großen Ländern, deren Politik für Deutschland von unmittelbarer Bedeutung ist[20]. Dazu kommen in den letzten Tagen überraschende Nachrichten, die darauf hindeuten, daß auch die mit der **Lage auf dem Balkan** zusammenhängenden internationalen Beziehungen Elemente der Unsicherheit aufweisen[21].

Man wird gut tun, von den alarmierenden Meldungen, mit denen zunächst über die letzten Vorgänge berichtet wurde, vieles abzustreichen. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen, glaube ich nicht, daß irgendwelche akute Gefahr besteht. Ich glaube das insbesondere auch aus Mitteilungen schließen zu können, die, wie in der Presse bereits bekanntgegeben, die italienische Regierung

[19] Nach erfolglosen Konferenzen über die Aufhebung der einseitigen Handelsvorteile europäischer Mächte und der Exterritorialrechte von Ausländern in China 1925/26 und einer großen Streikwelle gegen die Stellung Großbritanniens in Shanghai bedrohte der wieder aufgeflammte Bürgerkrieg die Vertragsrechte der europäischen Mächte, wobei ein nach Shanghai entsandtes britisches Militärkorps inzwischen in die Kämpfe verwickelt war (vgl. zu den Vorgängen der vorangegangenen Tage: SCHULTHESS 68 [1927], S. 471; zur aktuellen militärischen Lage den Bericht vom 22. März 1927 in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 137 [Morgenausgabe] vom 23. März 1927, S. 1).

[20] Gemeint sind Großbritannien und die Sowjetunion, deren Beziehungen sehr gespannt waren; zuletzt hatte Chamberlain in einer Note an Moskau vom 23. Februar 1927 für den Fall der Fortsetzung der antibritischen Propaganda im Empire und gegen dessen Interessen in China mit dem Bruch der Beziehungen gedroht (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927), was die Sowjetunion in einer Antwortnote vom 27. Februar 1927 als unbegründet zurückgewiesen hatte (vgl. ebd., Nr. 99 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927). Vgl. auch zusammenfassend zur Unter- und Oberhausdebatte vom 3. März 1927: SCHULTHESS 68 (1927), S. 237–239.

[21] Italien hatte am 18. März 1927 eine Zirkularnote versandt, in der es auf jugoslawische militärische Vorbereitungen für einen Schlag gegen Albanien hinwies und darauf, daß es einem Angriff Jugoslawiens auf Albanien, mit dem es durch einen Freundschaftsvertrag verbunden sei, nicht tatenlos zusehen werde (vgl. ebd., S. 321). Wegen des französisch-jugoslawischen Bündnisvertrags drohten militärische Aktionen zu Weiterungen zu führen.

uns in diesen Tagen zugehen ließ[22]. Der Wille, Europa vor jeder Kriegsgefahr zu bewahren, hat in allen Ländern so stark Wurzeln geschlagen, daß ein Friedensbruch der Weltverurteilung verfallen würde.

Aber auch die ruhigste Beobachtung der Dinge kann nicht verkennen, daß wir von einer endgültigen Konsolidierung der allgemeinen internationalen Lage noch weit entfernt sind. Wir haben deshalb allen Anlaß, auch diejenigen Vorgänge mit ernstester Aufmerksamkeit zu verfolgen, die unsere eigenen Aufgaben zunächst nicht zu berühren scheinen.

Dabei ist die Stellung Deutschlands in diesen großen internationalen Fragen von vornherein gegeben. Seit dem letzten Jahre hat sich die außenpolitische Lage Deutschlands in weitgehendem Maße geklärt. Wir haben infolge dieser Klärung eine feste Grundlage für die Entschließungen gewonnen, vor die wir etwa künftig gestellt werden könnten.

Deutschland hat nur das eine große Interesse, daß die Entwicklung nicht unterbrochen wird und daß die Bemühungen zur Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen, welche Mächte das auch sein mögen.

(Zustimmung.)

Wir können ebensowenig wünschen, daß sich die Staaten Europas wie vor dem Weltkriege in zwei getrennten Lagern gegenüberstehen.

(Sehr richtig!)

Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert. Es ist für uns eine glückliche Tatsache, daß sich in dieser Beziehung das wohlverstandene gesamteuropäische Interesse mit dem individuellen Interesse Deutschlands völlig deckt.

(Sehr wahr! links.)

Daraus ergibt sich, daß die Ereignisse, von denen ich sprach, an der grundsätzlichen Einstellung unserer bisherigen Außenpolitik nichts geändert haben.

Wohin unsere Wege gehen, das zeigen die internationalen Verträge, die wir in den

[22] Vgl. die Aufzeichnung Schuberts über seine Unterredung mit dem italienischen Botschafter vom 19. März 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 10–13).

letzten Jahren getätigt haben. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno[23], den Eintritt in den Völkerbund[24] und den Berliner Vertrag[25]. Damit liegen unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zu Tage. Daß wir uns in unserer Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst. Soweit aber Deutschland zu einer Mitwirkung berufen sein sollte[26], kann unser Bemühen nur darauf gerichtet sein, zur Beseitigung jener Spannungen das unsrige beizutragen. Wir können darauf rechnen, daß dieser deutsche Standpunkt in der Welt Verständnis finden wird. Das möchte ich besonders betonen gegenüber manchen Ansichten, die dahin gehen, daß bei einer Auseinandersetzung zwischen dritten Mächten versucht werden würde, Deutschland auf die eine oder andere Seite zu ziehen. Wenn, wie ich höre, englische Zeitungen besondere Schlüsse glauben ziehen zu können[27] aus der Aktivität der deutschen Botschafter, die in diesen Tagen und sogar am Sonntag Besuche machten, um sich über die Lage zu orientieren[28], so ist eine solche Betrachtung vollkommen abwegig. Ich halte es für selbstverständlich, daß unsere Vertreter im Auslande auch ohne Instruktionen der Zentrale es für notwendig erachteten, diese Orientierung herbeizuführen. Auch in der Reichshauptstadt sind Besuche der Vertreter großer Mächte im Auswärtigen Amt aus demselben Anlaß erfolgt[29].

Sie werden es begreiflich finden, wenn ich mich angesichts der gegenwärtigen Lage auf diese allgemeinen Bemerkungen beschränke. Es gehört jedoch in den Zusammenhang dieser großen allgemeinen Fragen, daß ich noch einen Einzelpunkt hinweise, der bei der Stellung Deutschlands gegenüber etwaigen Konflikten dritter Mächte von Wichtigkeit sein könnte. Zu meiner Überraschung haben einzelne russi-

---

[23] Text der am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[24] Zum deutschen Eintritt in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[25] Text des „Berliner Vertrags“, eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion, vom 24. April 1926, einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

[26] So hatte in Paris Berthelot, Generalsekretär im dortigen Außenministerium, am 20. März 1927 gegenüber dem deutschen Botschafter Hoesch sondiert, ob Deutschland und insbesondere Stresemann als amtierender Ratspräsident den Völkerbund mit dem italienisch-jugoslawischen Konflikt um Albanien befassen könnten (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs vom gleichen Tag: ebd., B 4, S. 18–22).

[27] Ein entsprechender Artikel in britischen Zeitungen konnte nicht ermittelt werden.

[28] Insbesondere dürfte der in Anm. 26 angesprochene Besuch Hoeschs im französischen Außenministerium am Sonntag, dem 20. März 1927, gemeint sein. Er könnte durch ein Telegramm Schuberts vom 19. März 1927 veranlaßt gewesen sein (vgl. ebd., S. 18, Anm. 1).

[29] Vgl. etwa die Aufzeichnung Schuberts über ein Gespräch mit dem französischen Botschafter vom 21. März 1922 (ebd., S. 24–27).

sche Zeitungen[30] plötzlich wieder die altbekannte Frage aufgerollt, ob Deutschland bei Verwicklungen in östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Diese Frage ist aus Anlaß der Locarno-Debatte[31] hier so ausgiebig behandelt worden, daß es nicht nötig ist, darauf noch einmal sachlich in allen Einzelheiten einzugehen. Für die **Frage des** sogenannten **Durchmarschrechtes** kommt ausschließlich der bekannte Artikel 16 der Völkerbundssatzung in Betracht, und zwar nach Maßgabe der ebenso bekannten Note, welche die übrigen Locarno-Mächte hinsichtlich der Tragweite dieses Artikels an Deutschland gerichtet haben[32]. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art über diese Frage bestehen nicht. Der ganze hiermit zusammenhängende Fragenkomplex ist, wie alle Welt weiß, lange Zeit auch mit der Sowjetregierung erörtert und dann schließlich bei der Unterzeichnung des Berliner Vertrages zum Gegenstand eines besonderen Notenwechsels gemacht worden[33]. Ich kann deshalb nur meinem Erstaunen darüber Ausdruck geben, daß einzelne russische Zeitungen es für angebracht halten,

(Zuruf von den Kommunisten)

die Wahrheit und Vollständigkeit der früheren offiziellen deutschen Erklärungen in Zweifel zu ziehen und erneute Erklärungen in dieser Angelegenheit zu fordern. Zu solch neuen Erklärungen liegt keinerlei Anlaß vor.

Wenn ich von den allgemeinen weltpolitischen Fragen zu den einzelnen deutschen Fragen übergehe, so kann ich auch hier feststellen, daß die Komplizierung jener Beziehungen nichts geändert hat und nichts ändern kann an der Art und Weise,

---

[30] Zum Zusammenhang und zur Reaktion Stresemanns auf eine entsprechende Veröffentlichung in der „Iswestija“, die sich auf ein angebliches Interview des Staatssekretärs Schuberts mit der französischen Zeitung „Excelsior“ berief und die Existenz einer Vereinbarung zwischen Stresemann und Chamberlain für ein westmächtliches Durchmarschrecht durch Deutschland im Falle eines britisch-sowjetischen Krieges behauptete, vgl. sein Telegramm an Brockdorff-Rantzau vom 16. März 1927 (ebd., B 3, S. 569–571).

[31] Gemeint ist die Debatte im Reichstag über die Verträge von Locarno. Vgl. etwa in dieser Edition Stresemann Reichstagsrede vom 24. November 1925 (und die zugehörige Debatte).

[32] Art. 16 der Völkerbundssatzung verpflichtete im Falle eines Angriffs auf ein Völkerbundsmitglied die übrigen Mitglieder zur Unterstützung, insbesondere auch zum Abbruch aller Handels- und Finanzbeziehungen mit dem Angreifer, und dazu, Streitkräften eines dritten Staates, die dem Angegriffenen zu Hilfe kommen wollten, den Durchmarsch zu erlauben; der Völkerbundsrat sollte dabei im konkreten Fall festlegen, welche Pflichten welches Mitgliedsland übernehmen müsse (VERTRAG VON VERSAILLES S. 14–15). – Auf der Konferenz von Locarno hatten die übrigen Vertreter Deutschland in Form einer Kollektivnote eine Interpretation des Art. 16 gegeben, wonach jedes Völkerbundsmitglied zur loyalen Mitwirkung an Maßnahmen aus Art. 16 verpflichtet sei „in einem Maße, das seiner militärischen Lage verträglich ist und das seiner geographischen Lage Rechnung trägt“ (LOCARNO-KONFERENZ S. 215). – Nach deutscher Interpretation schloß das die Beteiligung Deutschlands an ggf. vom Völkerbund aufgrund von Art. 16 geforderten Maßnahmen gegen Rußland aus.

[33] Vgl. oben mit Anm. 25.

mit der wir die Lösung dieser deutschen Fragen anzustreben haben. In dieser Hinsicht besteht das außenpolitische Programm, das der Herr Reichskanzler[34] vor wenigen Monaten dem Hohen Hause mitgeteilt hat, auch heute noch in jedem Wort zu Recht. Seitdem ich von dieser Stelle aus das letztemal über die uns unmittelbar interessierenden Probleme der Außenpolitik gesprochen habe[35], hat Deutschland an zwei **Tagungen des Völkerbundsrates[36]** teilgenommen. Die Ergebnisse dieser Tagungen sind im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags ausführlich beraten worden[37]. Sie umfassen die Fragen der Regelung des Investigationsprotokolls, insbesondere die Beseitigung der oft diskutierten „éléments stables" im Rheinland[38], die Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland, die inzwischen Tatsache geworden ist[39], sie umfassen den für spätestens Juni vorgesehenen Abzug der französischen Truppen aus dem Saargebiet, die Errichtung des dortigen Bahnschutzes[40], ferner Fragen der

[34] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Mit der nachfolgend erwähnten Mitteilung ist vermutlich die Regierungserklärung Marx' vom 3. Februar 1927 gemeint (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8791–8796), die allerdings erst „wenige Wochen" zurücklag; möglicherweise bezieht sich Stresemann aber auch auf Marx' Regierungserklärung vom 19. Mai 1926 (ebd., Bd. 390, S. 7321–7322). In beiden Reden betonte Marx die Kontinuität in der deutschen Außenpolitik.

[35] Zuletzt hatte Stresemann am 23. November 1926 im Reichstag gesprochen (vgl. diese Edition).

[36] Gemeint sind die Genfer Tagungen des Völkerbundsrates vom 6. bis 11. Dezember 1926 und vom 7. bis 12. März 1927; zu beiden Tagungen vergleiche die mehrfachen Reden und Redebeiträge Stresemanns in dieser Edition.

[37] Beratungen des Ausschusses nach der Dezembertagung 1926 waren nicht nachweisbar; womöglich kamen sie auch nicht zustande, weil am 17. Dezember, also kurz nach der Rückkehr Stresemanns aus Genf, die Regierung Marx III gestürzt wurde. – Zu den Beratungen des Auswärtigen Ausschusses vom 17. und 18. März 1927 vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 129 (Abendausgabe) vom 17. März, und Nr. 131 (Abendausgabe) vom 18. März 1927; wegen der verordneten Vertraulichkeit enthalten die beiden Zeitungsartikel allerdings fast keine Informationen über den Ablauf der Sitzungen.

[38] In seiner Sitzung vom 11. Dezember 1926 hatte der Völkerbundsrat zwar unter Berufung auf Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100) einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich bestätigt, jedoch klargestellt, daß die dort vorgesehenen „éléments stables", also ständigen Kontrolleinrichtungen, im entmilitarisierten Rheinland lediglich durch Regierungsvereinbarung zustande kommen könnten (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497).

[39] Die Botschafterkonferenz der Siegermächte hatte auf deutsches Drängen hin erklärt, die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission, der die Aufgabe zur Überwachung der deutschen Abrüstung übertragen war, am 31. Januar 1927 zu beenden (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 72–73; SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498). Tatsächlich stellte die Kommission ihre Tätigkeit mit diesem Tag ein (ebd., [1927], S. 22).

[40] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten

Behandlung deutscher Minderheitsschulen im Auslande[41]. Darüber hinaus haben wir an der Behandlung von Fragen teilgenommen, die mittelbar durch den grundsätzlichen Charakter der getroffenen Entscheidungen sowie durch unsere Mitwirkung an unterstützenden Aktionen im Völkerbund oder an der Beseitigung von Streitfragen zwischen verschiedenen Nationen uns die Möglichkeit gaben, in diesen Fragen mitzuarbeiten. Die beiden Tagungen des Völkerbundsrates haben einen neuen Beweis dafür erbracht, wie richtig der Entschluß war, Deutschland durch den Eintritt in den Völkerbund die Möglichkeit dieser aktiven Mitarbeit zu geben. Wir sehen unsere Mitgliedschaft im Völkerbund keineswegs nur als ein aus opportunistischen Gründen gewähltes Mittel an, um unsere Sonderinteressen zu fördern. Die Deutschland berührenden Fragen stehen aber auch im Völkerbund besonders in der vordersten Reihe, weil der Völkerbund neben seinen großen allgemeinen Aufgaben auch zum Vollstrecker einer Reihe von Bestimmungen der Versaillers Vertrages[42] gemacht worden ist und wir selbstverständlich in diesen Fragen als Sachwalter unserer eigenen Angelegenheiten auftreten. Das haben wir im Dezember und am Anfang dieses Monats getan; das werden und müssen wir weiterhin tun.

Gewiß ist es uns nicht in allen bezeichneten Fragen gelungen, den deutschen Standpunkt restlos zur Geltung zu bringen. Wir haben bei Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in einigen wichtigen Punkten uns zu Kompromissen für die Gegenwart verstanden. Wir haben dabei auch nicht gescheut, in offener und ausführlicher Diskussion unseren deutschen Standpunkt und die Kritik der Tätigkeit des Völkerbundes in früheren Zeiten bestimmt zum Ausdruck zu bringen. Es zeugt von der

der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. Diskutiert wurde dieser Aspekt der Saarfrage in der Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927 (vgl. diese Edition). Stresemann war dabei gezwungen, einen Kompromiß einzugehen und grundsätzlich die Notwendigkeit eines Bahnschutzes zuzugestehen (vgl. in dieser Edition auch seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927).

[41] Im vormals deutschen und nun polnischen Ostoberschlesien war es zu einem Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Volksbund, einer Organisation der dortigen deutschen Minderheit, über das Recht des Besuchs von Minderheitenschulen gekommen. Nach erfolglosen Protesten des Volksbundes und einer Entscheidung Calonders, des Völkerbundsbeauftragten in Ostoberschlesien, im Sinne der Beschwerde des Deutschen Volksbundes (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371), die von der polnischen Regierung nicht akzeptiert wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 16. Januar 1927), gelangte die Frage vor den Völkerbundsrat, der zuletzt am 12. März 1927 darüber verhandelte (zu den Redebeiträgen Stresemanns in dieser Sitzung vom 12. März 1927 vgl. diese Edition). Zum Ergebnis vgl. in dieser Edition auch Stresemanns Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927.

[42] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrags (im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung) u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES).

Stabilität des Völkerbundes, daß der Völkerbundsrat sich durchaus tragfähig erwiesen hat für die offene Diskussion, wie sie letzthin dort stattgefunden hat. Gerade diese offene Diskussion im Völkerbundsrat und die im Anschluß an jede Völkerbundstagung gegebene Möglichkeit zu offener, vertrauensvoller Aussprache mit den leitenden Staatsmännern anderer Staaten berechtigen uns zu der Erwartung, daß der loyale Verständigungswille, den wir bei Erörterung dieser Fragen gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen bewiesen werden wird, deren Lösung noch vor uns liegt. Sie wissen alle, an welche Fragen ich dabei denke. Wir waren zu der Hoffnung berechtigt, daß man auch in denjenigen Ländern, welche noch Truppen im Rheinland stehen haben, zu der Erkenntnis gekommen wäre, daß eine baldige **Räumung des Rheinlandes**[43] und die **Rückgabe des Saargebietes**[44] an Deutschland eine Notwendigkeit wäre. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß wir uns in den letzten Monaten von der Erfüllung dieses Wunsches eher entfernt haben, als daß wir ihm näher gekommen wären.

(Bewegung.)

Ich will an dieser Stelle und zu dieser Stunde auf die Ursachen, die hierzu geführt haben, nicht eingehen. Sie liegen außerhalb und nicht innerhalb Deutschlands. Wenn ich als Außenminister angesichts des augenblicklichen Standes der Dinge dazu rate, die weitere Entwicklung der Dinge ohne Ausbrüche der Ungeduld abzuwarten, so weiß ich, wie leicht ein derartiger Standpunkt sich kritisieren läßt. Ich bitte Sie aber, das Wort „abwarten“ nicht gleichzusetzen mit passiver Resignation seitens der Regierung. Auch in dem Abwarten kann ein Moment enthalten sein, das die weitere Entwicklung in unserem Sinne fördert. Sie wissen, daß die Regierung, wenn sie die Räumung des Rheinlandes fordert, sich stützen kann auf die im Versailler Vertrag selbst gegebenen völkerrechtlichen Grundlagen[45], sich stützen kann auf die moralische Auswirkung der Locarno-Verträge, sich stützen kann auf jene von den führen-

[43] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands. – Zum Stand der entsprechenden deutschen Bemühungen und zur Haltung Stresemanns in dieser Frage vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927.

[44] Die Frage der baldigen Rückkehr des Saargebiets zu Deutschland (vgl. zu der rechtlichen Situation nach dem Versailler Vertrag oben Anm. 40) war in den Märzverhandlungen und -gesprächen im Völkerbund kein Thema gewesen. Sie war jedoch im Vorjahr beim Gespräch Stresemanns mit Briand in Thoiry (vgl. dazu die Aufzeichnung Stresemanns vom 20. September 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210) erörtert und als mögliches französisches Zugeständnis für deutsche Gegenleistungen angesprochen worden.

[45] In bezug auf das Rheinland sah Art. 431 des Versailler Vertrags vor, daß bei vorzeitiger vollständiger Vertragserfüllung „die Besetzungstruppen sofort zurückgezogen“ würden (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222).

den Großmächten Europas gewünschte Entwicklung eines guten Einvernehmens aller Großmächte, also eines guten Einvernehmens mit Deutschland, das mit der Aufrechterhaltung der Besetzung des Rheinlandes schlechterdings nicht vereinbar ist.

(Stürmische allgemeine Zustimmung.)

Wir wissen ebensogut, daß die baldige Räumung des Rheinlandes ohne den guten Willen der anderen beteiligten Mächte schwer erreicht werden kann. Ich glaube jedoch nicht, daß wir es deshalb nötig haben oder es auch nur richtig wäre, zu versuchen, diesen guten Willen durch Wiederholung gemachter Angebote oder durch neue Anerbietungen irgendwelcher Art hervorzurufen. Es wird und muß auch im Auslande die Erkenntnis reifen, daß das, was wir erstreben, nicht eine bloße Vergünstigung für Deutschland ist; es handelt sich dabei vielmehr um die natürliche Folgerung der bisherigen politischen Entwicklung, um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Man kann diese Konsequenz nicht lange hinausschieben, wenn jene Entwicklung nicht gestört werden soll.

(Sehr richtig!)

Es gibt in dieser Forderung keine Differenzierung unter den deutschen Parteien. Sie ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. Was wir von der Volksvertretung und der öffentlichen Meinung erbitten, ist lediglich das Vertrauen, der Regierung die Entscheidung darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Meine Herren, ich nehme an, daß eine Reihe von Fragen, die ich in dieser kurzen Erklärung im einzelnen nicht berührt habe, Gegenstand der Debatte sein werden, und daß diese Debatte mir Gelegenheit geben wird, auf alle wichtigen Fragen einzugehen, die über die außenpolitische Lage an mich gestellt werden. Mir lag daran, in dieser Stunde der Entwicklung großer europäischer Fragen mich auf die wesentlichen Gesichtspunkte zu beschränken, und ich hoffe zugleich im Namen der Reichsregierung, daß der Deutsche Reichstag in der Beurteilung dieser Fragen mit ihr einig gehen wird.

(Lebhafter Beifall.)

[...][46]

[46] Nach Stresemann ergreift Breitscheid für die SPD das Wort; er beurteilt – mit Spitzen gegen die DNVP – die deutsche Politik im Völkerbund positiv bei gleichzeitiger Kritik an einzelnen Aspekten, drängt auf internationale Abrüstung, auf Lösung der Probleme in China und des britisch-russischen

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich habe nicht die Absicht, auf die sowohl im allgemeinen wie für mich speziell sehr interessanten Ausführungen des Herrn Kollegen Breitscheid[47] in diesem Augenblick zu antworten. Aber ich bitte, mir zu gestatten, sofort auf eine Äußerung einzugehen, die in seiner Rede enthalten war. Die Königlich **Italienische Regierung** hat gestern Gelegenheit genommen, uns ihr **Aidememoire in der albanischen Frage** zu überreichen[48]. In diesem Aidememoire ist ausdrücklich zum Ausdruck gekommen, daß die Königlich Italienische Regierung ihrerseits keine Notwendigkeit sieht, zu irgendwelchen Gegenmaßnahmen gegen diese militärische Aktion zu greifen, und weiterhin legt die Königlich Italienische Regierung entscheidendes Gewicht darauf, sich zu verwahren gegen irgendwelche Anschauungen, die dem von Italien ebenso wie von Europa gehegten Geist des Friedens nicht entspreche[n].

(Zuruf von den Kommunisten: Die Tatsachen in Albanien sprechen dagegen!)

Wenn deshalb der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid, wenn ich ihn recht verstanden habe, von den offen zutage liegenden friedenstörenden Absichten des Herrn italienischen Diktators[49], wie er sich ausdrückte, sprach, so bedaure ich, daß dieser Satz hier gesprochen worden ist; denn ich glaube, gerade angesichts der gesamten Verhältnisse in Europa haben wir alle Veranlassung, die uns offiziell gegebenen Erklärungen einer Regierung wie der Königlich Italienischen Regierung unsererseits nicht in Zweifel zu ziehen, solange nicht irgendwelche Tatsachen dagegen sprechen.

Konflikts sowie auf die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen und äußert sich sehr scharf über das Vorgehen Mussolinis in der Albanienfrage (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9816–9824). – Darauf antwortet Stresemann.

[47] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933). – Zu seinen Ausführungen vgl. die vorangehende Anm.

[48] Vgl. oben mit Anm. 22 sowie AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 11, Anm. 2.

[49] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

Reichstagsrede vom 23. März 1927[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9876–9882. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und teilweise mit kleinen Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 139 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 139 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 139 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927, S. 2; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 140 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 220 (1. Morgenausgabe) vom 24. März 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 221 (2. Morgenausgabe) vom 24. März 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22458 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927, S. 4; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 9 (1927), S. 259–262; SCHULTHESS 68 (1927), S. 68–71; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 108–110; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 121–122; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 520–521.

Die Behauptung, Deutschland arbeite mit England und Italien an der Bildung einer gemeinsamen Front gegen die Sowjetunion, ist falsch. Rechtfertigt sein Vorgehen im Völkerbundsrat in der Saarfrage und in der oberschlesischen Schulfrage, wo Kompromisse notwendig waren. Die deutsch-polnischen Beziehungen und die Wirtschaftsvertragsverhandlungen. Die deutsch-französischen Beziehungen und die Frage der Rheinlandräumung. Rückschläge in der Verständigungspolitik waren zu erwarten. In wichtigen Fragen der Außenpolitik ist Einigkeit der Parteien wünschenswert.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Nachdem die Redner aller Fraktionen zu dem Etat des Auswärtigen Amts gesprochen haben[2], gestatten Sie mir, nunmehr auf die Debatte zurückzukommen, in der es ja an Kritik, namentlich gegenüber der Delegation in Genf[3], nicht gefehlt hat. Ja, es

---

[1] Stresemann sprach in der Fortsetzung der Debatte des Vortags (vgl. in dieser Edition seine Rede vom 22. März 1927) in der zweiten Beratung des Reichshaushaltsplans zum Tagesordnungspunkt „Haushalt des Auswärtigen Amtes“. Im weiteren Verlauf dieser Vortagsdebatte war von seiten der KPD ein Mißtrauensantrag gegen Stresemann eingebracht worden (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9831). – Laut der Berichterstattung in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22458 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927, S. 4, hielt er diese Rede – im Gegensatz zu seinen abgelesenen Worten vom Vortag – frei.

[2] Die Reden der Vertreter der Fraktionen finden sich in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9816–9859 (Reden vom 22. März) u. 9862–9876 (Reden vom 23. März 1927).

[3] Gemeint ist die Arbeit der deutschen Delegation unter der Führung Stresemanns bei der letzten vorherigen Völkerbundsratssitzung vom 7. bis 12. März 1927. Zu Stresemanns Berichterstattung im Reichstag vgl. in dieser Edition seine Rede vom Vortag.

schien sogar, als wenn diese Kritik beinahe eine Einheitsfront in diesem Hause geschaffen habe. Gestatten Sie mir, demgegenüber im weiteren Verlauf meiner Ausführungen auf **die Lage in Genf** einzugehen, wie sie sich uns darstellte, die wir dort die Aufgabe hatten, in den Deutschland betreffenden Fragen unseren Standpunkt zu vertreten.

Aber ich darf vorher mit einigen Worten zu sprechen kommen auf die Erklärungen, die ich gestern abgegeben habe, und auf Ausführungen, die sich auf diese Erklärungen bezogen. Ich glaube, wohl sagen zu können, daß mit Ausnahme einer Fraktion des Hohen Hauses meine Darlegungen über die Stellung der deutschen Reichsregierung in der **gegenwärtigen außenpolitischen Lage** Zustimmung gefunden haben. Abweichend und scharf kritisierend war die Rede, die der Herr Abgeordnete Stoecker[4] gestern gehalten hat. Eine Kritik meiner Darlegungen wird heute im Anschluß an diese Rede wieder in dem Organ der Kommunistischen Partei aufgenommen, in der **„Roten Fahne“[5].** Es wird darin gesagt, daß die ganze Art meines gestrigen Auftretens und meiner Ausführungen doch bewiesen hätten, daß feste **Vereinbarungen zwischen Chamberlain[6], Mussolini[7] und Stresemann** beständen. Chamberlain, so heißt es, will Deutschland als Aufmarschgebiet, Durchmarschgebiet und Kriegsschauplatz gegen Rußland gebrauchen[8].

(Sehr richtig! bei den Kommunisten.)

Meine Herren, daß das die Auffassung des Herrn Stoecker und seiner Fraktion ist, das ist mir bekannt; und wenn lediglich diese Auffassung noch einmal wiederholt worden wäre, würde ich keine Veranlassung haben, dagegen als Auffassung der Kommunistischen Partei mich zu wenden. Aber ich glaube, mich mit Recht dagegen wenden zu können, daß eine derartige Auffassung durch die Darlegungen gestützt

---

[4] Walter Stoecker (1891–1939), Mitglied des Reichstags 1920–1930 (für die USPD 1920, für die KPD 1920–1930; deren Fraktionsvorsitzender 1924–1929). – Seine Rede vom Vortag: ebd., S. 9850–9858.

[5] Die „Rote Fahne“, die 1918–1933 in Berlin, nach 1933 im Exil erschien, war das Zentralorgan der KPD. – Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[6] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[7] Benito Mussolini (1883–1945), auf der Machtbasis seiner „Faschistischen Partei“ zunehmend diktatorisch regierender Ministerpräsident Italiens 1922–1945.

[8] Die Beziehungen Großbritanniens zur Sowjetunion waren sehr gespannt; zuletzt hatte Chamberlain in einer Note an Moskau vom 23. Februar 1927 für den Fall der Fortsetzung der antibritischen Propaganda im Empire und gegen dessen Interessen in China mit dem Bruch der Beziehungen gedroht (Text u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 92 [Morgenausgabe] vom 24. Februar 1927), was die Sowjetunion in einer Antwortnote vom 27. Februar 1927 als unbegründet zurückgewiesen hatte (vgl. ebd., Nr. 99 [Abendausgabe] vom 28. Februar 1927). Vgl. auch zusammenfassend zur Unter- und Oberhausdebatte vom 3. März 1927: SCHULTHESS 68 (1927), S. 237–239.

wird, die ich gestern hier über die Stellung der deutschen Reichsregierung gemacht haben soll.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Ich darf noch darauf hinweisen, daß es auch im Interesse unserer internationalen Beziehungen liegt – dabei meine ich nicht nur die Beziehungen nach dem Westen –, daß es auch nicht im Interesse unserer Beziehungen zu Sowjetrußland liegt, daß solche Behauptungen fortgesetzt wiederholt werden.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Denn wären sie richtig, dann würden wir vertragsuntreu gegenüber den Verträgen sein, die wir geschlossen haben.

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Wer also wünscht, daß das, was ich gestern über den Zusammenhang des **Vertrags von Locarno[9], des Eintritts in den Völkerbund[10] und den Berliner Vertrag[11]** gesagt habe, auch als Einheit auf allen Seiten anerkannt werde, der sollte nicht durch Wiederholungen derartiger Behauptungen fortgesetzt die deutsche Regierung selbst als nicht in der Lage hinstellen, dieses ihr Programm auch durchzuführen.

(Sehr wahr!)

Auch Sie (zu den Kommunisten) haben nach Ihrer Einstellung zu den internationalen Fragen, nach dem Weltbild, das Ihrer Auffassung entspricht, gar kein Interesse, Deutschland hinzustellen, als wenn es innerlich einem Westblock angehöre, sich längst nach der Richtung entschieden hätte und gar nicht mehr die Absicht hätte, diejenige Rücksicht walten zu lassen, die sich einmal aus seiner ganzen Lage und die sich zweitens aus seiner Vertragstreue ergibt.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts. – Zuruf von den Kommunisten: Das war gestern eine einseitige Polemik gegen Rußland! Kein Wort gegen Briand[12]!)

---

[9] Text der am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[10] Zum deutschen Eintritt in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[11] Text des „Berliner Vertrags“, eines Freundschaftsvertrags mit der Sowjetunion, vom 24. April 1926, einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

[12] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

Das ist der Grund, weshalb ich Wert darauf lege, diese Darlegungen an die Spitze zu stellen. Herr Kollege Stoecker, die angebliche Einseitigkeit meiner Polemik ist ja ein sehr kleiner Detailpunkt. Ich habe die russische Presse genannt, weil sie sich gar nicht in erster Linie auf Herrn Briand, sondern auf ein angebliches **Interview des Herrn Staatssekretärs v. Schubert**[13] bezogen hat. Wer im politischen Leben steht, nicht nur die Minister, sondern, ich glaube, auch die Mitglieder dieses Hohen Hauses, weiß, daß viel mehr Berichte über Unterredungen von Politikern aller Welt erscheinen, als überhaupt Unterredungen stattgefunden haben.

(Sehr wahr! und Heiterkeit.)

Man ist als Abgeordneter und Minister für das verantwortlich, was man sagt, aber nicht immer in der Lage, die Verantwortung dafür zu übernehmen, was darüber geschrieben wird.

(Sehr wahr!)

So lagen hier die Dinge. Und nachdem deutscherseits erklärt worden war, daß selbstverständlich der Staatssekretär derartige Ausführungen nicht gemacht hätte[14] und nicht gemacht haben könnte, war es, glaube ich, nicht richtig, daß ein Land, das nur eine offizielle Presse hat, in dieser Weise fortwährend auf die angeblichen und längst zurückgewiesenen Äußerungen des Herrn Staatssekretärs zurückkam.

(Zuruf von den Kommunisten: Aber eine Antwort auf Briand fehlt bis heute!)

– Was fehlt bis heute?

(Zuruf von den Kommunisten: Eine Antwort der deutschen Regierung auf Briands Behauptung, daß er das Durchmarschrecht durch Deutschland habe!)

– Herr Stoecker, ein großer Teil meiner Ausführungen hat sich gestern darauf bezogen. Es war der einzige Punkt, den ich als Einzelfrage neben der allgemeinen Hal-

---

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[13] Carl von Schubert (1882–1947), Ministerialdirektor 1921 – Dezember 1924 bzw. Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dezember 1924 – 1930. – Zum Zusammenhang und zur Reaktion Stresemanns auf eine entsprechende Veröffentlichung der „Iswestija“, die sich auf ein angebliches Interview Schuberts mit der französischen Zeitung „Excelsior“ berief und die Existenz einer Vereinbarung zwischen Stresemann und Chamberlain für ein westmächtliches Durchmarschrecht durch Deutschland im Falle eines englisch-sowjetischen Krieges behauptete, vgl. sein Telegramm an Brockdorff-Rantzau vom 16. März 1927 (ebd., B 4, S. 569–571).

[14] Vgl. ebd., S. 513–514 mit Anm. 3.

tung der deutschen Regierung dargelegt habe,

(Zustimmung)

und ich glaube, daß aus diesen Darlegungen unsere Stellung klar hervorgeht.

Dann hat vorhin der Herr Vertreter der Bayerischen Volkspartei, der Herr Abgeordnete Emminger[15], darauf hingewiesen, daß sich bewahrheitet habe, was man vor Eintritt in den Völkerbund angenommen hätte, nämlich daß **die deutsche Politik mehr und mehr in Genf gemacht werden würde.** Ich glaube, mit ihm darin einig zu sein, daß das an sich kein Nachteil ist, wenn die Politik gut und von Vorteil ist. Aber darüber sind die Meinungen sehr verschieden.

(Allerdings! bei den Völkischen.)

Ich darf an die Spitze das eine stellen. Wenn es sich darum handelt, zu fragen, ob die letzten Ergebnisse in Genf befriedigend oder unbefriedigend sind, so habe ich gar keine Veranlassung, mich nicht denen anzuschließen, die sie als unbefriedigend erklären.

(Bravo! rechts.)

Die Frage ist nur die, ob angesichts dessen, daß doch diese **Tagung des Völkerbundsrats eine Etappe** ist wie voraussichtlich eine große Reihe anderer Tagungen auch, der Standpunkt der Delegation richtig oder mindestens verständlich war und dasjenige bewirkt hat, was angesichts der Gesamtsituation bewirkt werden konnte.

Dabei gestatten Sie mir einige allgemeine Bemerkungen. Ich bin nicht etwa von dem mir sonst nachgesagten strahlenden Optimismus in die dunkle Nacht des Pessimismus hinabgestiegen. Aber ich möchte doch eines an die Spitze stellen. Einen Außenminister, der Ihnen jedesmal befriedigende Ergebnisse von Genf zurückbringt, werden Sie schwer haben können. Ich wenigstens muß es ablehnen, irgendwie dafür eine Garantie geben zu können, daß jedesmal das Ergebnis einer Tagung mit anderen Mächten ein befriedigendes ist.

(Sehr gut! rechts.)

Seien wir doch auch nach der Richtung objektiv, daß die **beiden letzten Tagun-**

[15] Erich Emminger (1880–1951), Reichsjustizminister 30. November 1923 – 15. April 1924; Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die BVP). – Seine Rede vor derjenigen Stresemanns: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9873–9876.

gen[16] sehr voneinander abweichen! Wir haben in der Dezembertagung Wünsche, die wir lange hegten, in ziemlich großem Maße durchzusetzen vermocht. Vielleicht ist sogar das **Durchsetzen der deutschen Wünsche in der Dezembertagung** Grund zu mancher Zurückhaltung und Versteifung seitens bestimmter Staatsmänner in der Märztagung gewesen,

(sehr wahr! rechts)

die damals die schärfsten Angriffe deswegen erhalten haben, weil sie nach Meinung großer Parteien ihres Landes in der Dezembertagung Deutschland gegenüber zu weit entgegengekommen sind.

Das zweite ist das: **Jede Lösung,** die der Völkerbundsrat findet, wird der Natur des Völkerbundsrates entsprechend ein Kompromiß sein – man wird beinahe sagen –, in allen politischen Fragen **ein Kompromiß** sein müssen, und auch hier bitte ich doch sich zu vergegenwärtigen, daß, wenn es beinahe in jeder großen Frage in unserem eigenen Volke, das eines Blutes und eines Stammes ist, nicht möglich ist, daß eine Partei allein durchkommt, sondern daß der Weg des Verständnisses gesucht wird, dann in einem Völkerbundsrat von 14 Nationen und Vertretern von Nationen verschiedener Erdteile naturgemäß alles darauf drängt, zur Einigung zu kommen.

Ich habe wiederholt das Wort von der **Abstimmung im Völkerbundsrat** gehört, das Wort: dann hätten wir lieber in der Minderheit bleiben sollen! Meine Damen und Herren! Es gibt ungeschriebene Gesetze in der Politik, die manchmal eine größere psychologische Wirkung ausüben als geschriebene Satzungen oder Verfassungen. Es hat bisher zu den ungeschriebenen Gesetzen des Völkerbundsrates gehört, niemals nach Nationen abzustimmen. Es hat noch keine Abstimmung gegeben über irgendeine Frage, jederzeit noch waren die Bestrebungen auch in Fragen, die nicht Deutschland oder einzelne Nationen angingen, die auch unter einem Verdikt des Völkerbundes standen, – immer waren die Bestrebungen das ungeschriebene Gesetz: es muß eine Einigung gesucht und gefunden werden. Ob es bei dem Weg, den wir noch zu gehen haben und dessen weitere Strecke noch vor uns liegt, psychologisch richtig gewesen wäre, wenn in dem Augenblick, wo zum erstenmal der deutsche Außenminister den Vorsitz führte[17], eine bis dahin von allen Nationen anerkann-

[16] Neben der in Anm. 3 genannten Tagung bezieht sich Stresemann hier auf die Genfer Tagung des Völkerbundsrates vom 6. bis 11. Dezember 1926; zu beiden Tagungen vergleiche die mehrfachen Reden und Redebeiträge Stresemanns in dieser Edition.

[17] In der Märzsitzung des Völkerbundes (vgl. oben Anm. 3) führte Stresemann den Vorsitz im Völkerbundsrat.

te Tradition gebrochen worden wäre, – meine Herren, das möchte ich bezweifeln. Man mußte sich fragen, ob das Objekt, um das gestritten wird, diesen Einsatz lohnte, bei dem vielleicht das Unterliegen gefährlich gewesen wäre, weil man damit andere Länder für einen bestimmten Standpunkt nun festmachte, und bei dem der Sieg, der vielleicht in einer einzelnen Frage errungen wurde, ein Pyrrhussieg[18] in bezug auf ein weiteres Fortschreiten in dieser Richtung gewesen wäre. Man soll sich doch die Situation einmal vor Augen führen und hinzunehmen, daß dieses Deutschland ein neues Mitglied im Völkerbundsrat war, daß schließlich auch gewisse Erwägungen dafür sprachen, seinen gesamten Einfluß, das letzte, was es in einem Appell an die Mächte für oder wider einzusetzen hatte, erst dann einzusetzen, wenn seine Stellung als allgemein befestigt anzusehen war und wenn es sich um eine ganz große, lebenswichtige deutsche Frage handelte.

Nun kann man gewiß sagen: lebenswichtig ist jede Rechtsfrage. Es ist ja vor allen Dingen auch die Saarfrage[19] hier unter dem Gesichtspunkt erörtert worden: ist nicht in dieser Frage und ihrer Entscheidung ein Präjudiz für weitere Entscheidungen enthalten, die in bezug auf Rheinlandräumung[20] und anderes kommen werden? Ich darf hierzu folgendes bemerken. Ein solches **Präjudiz** sehe ich in dem **Bahnschutz** nicht. Denn der Bahnschutz ist ja dazu da, um Truppen, die heute im Rheinland noch stehen, in ihre Heimat zu befördern, ferner Munition und anderes, was sie brauchen. In dem Augenblick, in dem die Rheinlandräumung erfolgt, fällt jeder logische Zusammenhang. Deshalb kann man nicht umgekehrt aus dem Bahnschutz, der für die zweite und dritte Zone[21] noch da ist, irgendwie folgern wollen, daß man später einmal etwas Ähnliches fordern könne, wenn überhaupt keine Truppen mehr zu beschützen

[18] Ein Pyrrhussieg, benannt nach dem König Pyrrhos von Epiros, der nach einem verlustreichen Sieg gesagt haben soll, daß ein weiterer solcher Erfolg in den Untergang führen werde, ist ein zu teuer bezahlter Sieg.

[19] Das Saargebiet war durch den Versailler Vertrag auf 15 Jahre dem Völkerbund unterstellt worden; das Eigentum an den dortigen Kohlengruben ging an Frankreich über. Nach Ablauf dieser Frist sollte eine Volksabstimmung die weitere Souveränität über das Saargebiet entscheiden. Einzelheiten der Regierung und Verwaltung des Saargebiets („Saarstatut“) durch eine vom Völkerbund ernannte Regierungskommission waren ebenfalls im Vertrag geregelt (vgl. dessen Art. 45–50 und deren Anlagen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 28–40). – Seit längerem war der Plan Frankreichs strittig, im Gegenzug für den Abzug seiner Truppen Eisenbahn-Bataillone im Saargebiet einzusetzen. Diskutiert wurde dieser Aspekt der Saarfrage in der Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927 (vgl. diese Edition). Stresemann war dabei gezwungen, einen Kompromiß einzugehen und grundsätzlich die Notwendigkeit eines Bahnschutzes zuzugestehen (vgl. in dieser Edition auch seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927).

[20] Gemeint ist die Frage der vorzeitigen Räumung der beiden südlichen noch besetzten Zonen des Rheinlands. – Zum Stand der entsprechenden deutschen Bemühungen und zur Haltung Stresemanns in dieser Frage vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927.

[21] Gemeint ist: des besetzten Rheinlandes (vgl. die vorangehende Anm.).

sind, keine Munition mehr zu transportieren ist. Ich warne doch davor, derartige Dinge, auch wenn man sie bekämpft, gewissermaßen zu suggerieren; denn bisher sind sie uns noch gar nicht entgegengetreten.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Die **Situation in der Saarfrage** war nach zwei Richtungen hin kompliziert. Es sind hier manche Angriffe gegen die Saarregierung erfolgt. In der Frage des Bahnschutzes ist dieses Ziel meines Erachtens falsch, wenn es das Ziel des Angriffes sein soll; denn der Bahnschutz ist nicht eine Idee der Saarregierung, sondern er ist eine Idee des Völkerbundsrats, der seinerzeit die Saarregierung vor unserm Eintritt in den Völkerbund aufgefordert hatte, einmal darzulegen, wie sie nach Abmarsch der französischen Truppen den besonderen Schutz der Transporte und Güter übernehmen wolle[22]. Das bedeutet, daß vor dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund der Völkerbundsrat sich in bezug auf die Errichtung eines derartigen Bahnschutzes festgelegt hatte und ihn als vereinbar mit dem Saarstatut[23] ansah.

Es ist gesagt worden: unser **Rechtsstandpunkt** ist ganz klar. Kein Zweifel! Aber er ist nicht unbestritten, und es kam doch für uns eine Erwägung in Betracht, die der französische Außenminister mir gegenüber ganz besonders verwandt hat. Wenn wir jetzt diese Frage entscheiden wollten, dann verlangten wir vom Völkerbundsrat, daß er eine Entscheidung aufhob, zu der er sich früher bekannt hatte. Man kann dem entgegenhalten: es war nicht derselbe Völkerbundsrat, es waren andere Nationen. Herr Briand hat im Völkerbundsrat, in dem durchaus nicht so eine wattierte Atmosphäre war, wie der verehrte Herr Kollege Haas (Baden)[24] annimmt, mir entgegengehalten[25]: „Wenn ein solcher Antrag käme, einen Beschluß aufzuheben, den der Völkerbundsrat früher gefaßt hat, dann müßten Sie, Herr Präsident – und er wandte sich damit an mich –, der Erste sein, der dagegen spräche, weil die ganze Autorität des Völkerbundes, dem Ihr Land angehört, des Völkerbundsrates, dem Sie jetzt vorsitzen, zugrunde ginge, wenn der Völkerbundsrat in der einen Situation den einen Rechtsstandpunkt und dann ein Jahr später in einer anderen Situation den entge-

[22] Vgl. dazu das Telegramm Köpkes an die Botschaft in Paris vom 3. Juni 1926 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 569–570).

[23] Vgl. oben Anm. 19.

[24] Ludwig Haas (1875–1930), Mitglied des Reichstags bzw. der Nationalversammlung 1912–1930 (für die Fortschrittliche Volkspartei bzw. die DDP). – Seine Rede im Rahmen der Debatte am 23. März 1927: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9862–9870).

[25] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Sitzung des Völkerbundsrates vom 12. März 1927 (vgl. dazu in dieser Edition auch seine eigenen Redebeiträge in der Sitzung), in deren Verlauf sich Briand etwa in diesem Sinne äußerte (SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 [1927], S. 409).

gengesetzten Rechtsstandpunkt einnähme."

(Zuruf von den Völkischen.)

Ich gebe zu, daß das angreifbar ist. Es zeigt aber doch gleichzeitig, wie stark der Völkerbundsrat sich in dieser Frage festgelegt hatte, und es fragt sich, was nun für die Gesamtentwicklung besser war, wenn der Völkerbundsrat sich wegen der früheren Festlegung noch einmal durch Abstimmung festlegte oder wenn diese Dinge so geregelt worden sind, daß wir unseren Rechtsstandpunkt auch in dieser öffentlichen Erörterung zum Ausdruck gebracht haben, lediglich darauf verzichtet haben, in diesem Stadium eine Entscheidung des Völkerbundrates [!] über seine Rechtmäßigkeit anzurufen.

Ich darf dabei noch eins erwähnen. Was war es denn, was praktisch erstrebt werden sollte? Praktisch sollte erstrebt werden, daß endlich **die französischen Truppen aus der Saar herausgingen.** Seit Jahren hier gefordert, gefordert von der Saarbevölkerung, die in unendlicher Treue und Geduld und Aufopferung immer wieder den beschwerlichen Weg nach Genf gegangen ist, um etwas zu erreichen. Es war ja doch auch die Entscheidung möglich, die meist dem Völkerbundsrat entspricht, daß, wenn hier auf Entscheidung bestanden wurde, die Gegenseite, die einen anderen Rechtsstandpunkt hatte, gesagt hätte: wir können nicht nach einem kurzen Vortrag für und wider darüber entscheiden, wir stellen den Antrag, bei der Bedeutung dieser Frage eine Kommission einzusetzen, die der nächsten Sitzung im Juni Bericht erstatten soll, und wenn dann die Kommission nicht mit uns einig geworden wäre, wären die Dinge vielleicht an das Haager Schiedsgericht gegangen. Was wäre geschehen? In der übrigen Zeit wären die französischen Truppen ruhig an der Saar geblieben, weil der Rechtsstandpunkt noch nicht durchgefochten worden war.

Ich glaube deshalb, daß man doch alle diese Gesichtspunkte mit in Betracht ziehen muß, wenn man sich fragt, ob andere Wege der Delegation günstigere Entscheidungen gebracht hätten. Es kommt hinzu, daß man – ich möchte sagen – die politische Vornehmheit des **deutschen Mitgliedes in der Saarregierung[26],** der sich bei der Beratung der Saarregierung der Stimme enthalten hatte und dessen sehr starke Einwendungen gegen wesentliche Teile des Berichtes nicht so ins Protokoll

[26] Gemeint ist Bartholomäus Kossmann (1883–1952), Mitglied der Nationalversammlung 1919–1920 (für das Zentrum); deutsches Mitglied in der Regierungskommission des Saargebiets 1924–1935. – Zum Hintergrund seiner von Stresemann angesprochenen Stimmenthaltung in den Beratungen der Saarregierung vgl. auch sein Schreiben an Legationsrat Friedberg vom 20. Februar 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 367–369).

gekommen waren, wie es seinen Wünschen entsprach, dazu benutzte, um uns zu sagen: Was will denn die deutsche Delegation? Die Saarregierung selbst hat ja keinen deutschen Einspruch bei ihrem Bericht erfahren, der diesen Bahnschutz betraf. Auch diese Auslegung, gegen die sich der in Genf anwesende deutsche Vertreter der Saarregierung mit Recht gewehrt hat, hat natürlich nach außen bei den anderen seinen [!] Eindruck nicht verfehlt.

Nun hat Herr Dr. Breitscheid[27] in seiner Kritik gesagt, man könnte vielleicht diesen Weg gehen, aber warum dann diese Taktik, daß man **erst die Rechtsfrage** aufwarf und es **nachher doch** zum **Kompromiß** kommen ließ? Ich glaube, Herr Dr. Breitscheid, vor Ihren Augen steht die Entwicklung dieser Debatte so, daß wir erst über die Rechtsfrage gekämpft hätten, dann diesen Kampf abgebrochen und die vier Anträge gestellt hätten[28]. So war es nicht. Ich habe in einer Rede dargelegt, daß nach dem Versailler Vertrag[29] überhaupt keine französischen Truppen im Saargebiet hätten sein dürfen, und daß das, was der Völkerbundsrat jetzt beschlösse, um sieben Jahre nachhinke hinter dem, was selbst nach dem Versailler Vertrag notwendig gewesen wäre[30]. Ich habe den zweiten Teil meiner Darlegungen dazu benutzt, um zu sagen, daß auch der Bahnschutz von uns nicht anerkannt werden könne als eine irgendwie in dem bekannten Absatz 3[31] des Völkerbundstatuts gegebene Möglichkeit, da das Völkerbundstatut sage, daß lediglich die Gendarmerie für den Schutz von Leben und Eigentum hier in Betracht käme, eine Auffassung, die Briand nachher zurückwies. Ich habe dann darauf hingewiesen, daß es uns darauf ankäme, jetzt die Frage zur Entscheidung zu bringen, den Abzug der Franzosen herbeizuführen, und

---

[27] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933). – Die nachfolgend angeführten Äußerungen Breitscheids waren am Vortag nach Stresemanns Rede erfolgt (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9816–9824).

[28] Zu den vier deutschen Anträgen im Kontext des Bahnschutzes im Saargebiet, von denen drei beschlossen wurden, vgl. (in dieser Edition) Stresemanns Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 12. März 1927 sowie seine telegraphische Berichterstattung an Reichspräsident Hindenburg über Verlauf und Ergebnis der Sitzung (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 530–533).

[29] Vgl. oben Anm. 19.

[30] So in der Vorlage; vermutlich soll es heißen: „was selbst nach dem Versailler Vertrag nicht notwendig gewesen wäre“. – Eine genau entsprechende Formulierung findet sich jedoch ohnehin nicht in den Gesprächsbeiträgen Stresemanns in der betreffenden Sitzung des Völkerbundsrates vom 12. März 1927.

[31] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar das Saarstatut (vgl. oben Anm. 19), dort jedoch nicht Absatz 3, sondern Kapitel 2, Art. 30 [!], worauf sich Stresemann auch in der Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927 (vgl. diese Edition) bezog. Er lautet in deutscher Übersetzung: „Im Saarbeckengebiet besteht weder allgemeine Wehrpflicht noch freiwilliger Heeresdienst; die Anlage von Befestigungen ist verboten. Es wird nur eine örtliche Gendarmerie zur Aufrechterhaltung der Ordnung eingerichtet. Dem Regierungsausschuß liegt es ob, in allen eintretenden Fällen für den Schutz der Person und des Eigentums im Saarbeckengebiet zu sorgen.“

daß wir deshalb unter voller Aufrechterhaltung dieses Standpunktes verlangten, daß in den vier Punkten, die ja genügsam bekannt sind, eine Entscheidung erfolgte. Es war also ein einheitliches Ganze[s], das in dieser Rede lag, bei dem ich zugebe, daß natürlich der Nachdruck auf Punkt 1 und 2 sehr viel bedeutender war als das, was in Punkt 3 über die Konzession in den einzelnen Punkten gesagt wurde.

Aber ich darf Sie doch bitten, bei allem, was man tut, sich auch einmal zu fragen: Wie wäre es denn gegangen, wenn du anders gehandelt hättest? Ich fühle mich trotz der scharfen Kritik des gestrigen und heutigen Tages noch leidlich wohl, aber ich fürchte, ich würde mich wohl weniger wohl fühlen, wenn ich den Weg des Kollegen Breitscheid gegangen wäre, lediglich in diesen kleineren Fragen ein Kompromiß vorzuschlagen vom Rechtsstandpunkt und von der ganzen Entwicklung der Verhältnisse an der Saar überhaupt nichts zu sagen. Dann würde man mit vollem Recht gesagt haben: Zum erstenmal wird die Saarfrage in Gegenwart eines deutschen Vertreters behandelt, zum erstenmal haben wir die Tribüne, um vor der Welt zu sagen, welch ein Unrecht in diesen sieben Jahren geschehen ist, und wenn wir es auch nicht sofort völlig ändern können, soll es die Welt erfahren und diejenigen, die daran schuld sind, – und da schwieg der deutsche Außenminister und brachte einen kleinen Antrag auf Änderung von vier Punkten ein!

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich bin mir durchaus klar gewesen an dem Abend vorher, nachdem ein vorheriges Kompromiß in einzelnen Fragen unmöglich war[32], daß meine Rede darunter leiden würde, daß in dem ersten und zweiten Punkte das große völkerrechtliche Unrecht aufgerichtet wurde und daß wir dann dazu gehen, nur um Einzelheiten zu kämpfen. Aber die Gesichtspunkte, die ich Ihnen hier dargelegt habe, bitte ich doch einmal in ihrer Gesamtheit zu würdigen und sich zu fragen, ob nicht die Aufrechterhaltung unseres Rechtsstandpunktes in dieser Erklärung uns einmal **nichts vergeben** hat **in bezug auf künftige Entscheidungen,** ja in bezug auf künftige Auseinandersetzungen in dieser Frage, und ich bin auch weiter der Meinung, die dankenswerterweise Herr Kollege Kaas[33] gestern ausgesprochen hat, daß die drei Punkte, die wir dann

[32] Vgl. dazu den in Anm. 28 erwähnten telegraphischen Bericht Stresemanns an den Reichspräsidenten vom 13. März 1927.

[33] Ludwig Kaas (1881–1952), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender Dezember 1928 – 1933); deutscher Delegierter beim Völkerbund 1926–1928. – Text der angesprochenen Reichstagsrede Kaas' vom 22. März 1927: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9831–9840.

als Völkerbundsbeschluß[34] durchgesetzt haben, doch durchaus nicht bedeutungslos sind. Meine Herren! Abzug der französischen Truppen war zugesagt, wenn der Bahnschutz konsolidiert sein sollte. Früher war er zugesagt, wenn die Gendarmerie fertig sein sollte. Das hat sich lange, lange hingezogen. Man hätte sich denken können, daß auch diese Dinge sich sehr lange hingezogen hätten. Und wenn es richtig ist, daß der Bahnschutz einen gewissen militärischen Charakter hat trotz der Armbinden der Soldaten, daß der Völkerbundsrat festsetzte: keine militärische Behörde eines anderen Landes, sondern nur die Regierungskommission hat euch Befehl zu geben – und der Völkerbundsrat festsetzte: ihr dürft überhaupt nur eingesetzt werden in ganz exzeptionellen Fällen, also nicht irgendeine Art Regie[35] für die Bahn sein –, so ist für die Praxis das doch von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Nun hat man auch darin die anscheinend stark überschätzte „weiche Atmosphäre" des Völkerbundsrats gesehen, daß ich dem **Präsidenten der Saarregierung**[36] den **Dank ausgesprochen** hätte für seinen Bericht, den er im Völkerbundsrat erstattet hat. Diese Kritik verstehe ich nicht. Dieser Dank war einmal schon geboten wiederum durch die Tradition des Völkerbundsrates, der das in allen Fällen tut. Er ging zweitens an eine Persönlichkeit, die bei dem langen Kampfe gerade um die Frage des Bahnschutzes gemeinsam mit dem deutschen Vertreter in der Regierungskommission gekämpft hat. Sie ging an den Mister Stephens, der den Mut gehabt hat, vor der versammelten Öffentlichkeit des Völkerbundsrats zu sagen[37], daß er zur Minderheit der Regierung gehöre, die diesen Bahnschutz in ihrer [!] Höhe gar nicht für nötig hielte, daß dieser Bericht ein Kompromiß wäre zwischen weitergehenden Ansprüchen und seiner Ansicht. Er ging an den Herrn Stephens, der gegenüber der Idee von der ganz erregten Bevölkerung, der „population ardente", davon gesprochen hat, in welcher ruhigen Weise die Saarbevölkerung an der Saar sei, der die Gendarmerie lobte, die aus Deutschen besteht, uns sagte, jedes andere Land könnte sich gratulieren,

---

[34] Vgl. oben mit Anm. 28.

[35] Mit „Régie" bezieht sich Stresemann auf den von Militärs 1923 übernommenen Eisenbahnbetrieb der „Régiebahnen" in den französisch besetzten deutschen Gebieten in Rheinland und Ruhrgebiet in Reaktion auf den deutschen passiven Widerstand gegen die Ruhrbesetzung.

[36] George Washington Stephens (1866–1942), kanadischer Politiker; Mitglied der Regierungskommission des Völkerbundes für das Saargebiet seit 1923; deren Präsident 18. März 1926 – 8. Juni 1927. – Zum nachfolgend angesprochenen Dank Stresemanns und zum Bericht Stephens' vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der Völkerbundsratssitzung vom 12. März 1927, zum Bericht Stephens' in dieser Sitzung SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 403–405.

[37] Vgl. die vorangehende Anm.

wenn es solche Leute hätte, wie wir sie an der Saar haben.

(Bravo!)

Warum soll da nicht aus deutschen Herzen heraus der Vorsitzende ihm den Dank für das abstatten, was er in einer sehr schwierigen Situation der Zusammensetzung der Saarregierung objektiv uns gegenüber getan hat? Denn noch sind wir nicht so weit, daß wir überall die Objektivität gegenüber Deutschland finden!

(Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb glaube ich, bei aller unbefriedigenden Erledigung des Ganzen, daß man doch auch das Positive nicht verkennen und vielleicht sich einmal doch auch die Frage überlegen sollte, wenn auch alles bei uns erst verspätet kommt, ob es überhaupt gekommen wäre, wenn nicht die Möglichkeit bestanden hätte, im Völkerbund von deutsche Seite aus für diese Dinge einzutreten. Immerhin wird mit dem Abzug der offiziellen Truppen wieder ein Stück Unrecht gutgemacht, eine Sache, um die wir jahrelang gekämpft haben. Das Weitere mit und für die Saarländer zu erkämpfen wird unsere Aufgabe sein. Ich darf dabei darauf hinweisen, daß ich die begreifliche Kritik im Saargebiet durchaus verstehe, weil ja gerade von den Vertretern ihrer [!] Parteien Jahre hindurch die größten Anstrengungen gemacht worden sind, um endlich zum Ziele zu kommen, und weil weiter das, was ich über die Versteifung gewisser Beziehungen gesagt habe, naturgemäß auf die Saar mit zurückwirkt.

Ob die personellen Fragen, über die ich hier nicht unter Nennung von Namen sprechen will, bereits in der Junitagung gelöst werden, wie Herr Kollege Kaas das anregte[38], vermag ich nicht zuzusagen. Daß das ganze Bestreben darauf geht, in absehbarer Zeit und möglichst vor Erreichung der Maximalzeit sie zu lösen, ist selbstverständlich.

Meine Herren, ich glaube, die Dinge in der oberschlesischen Frage, in der Frage der **Minderheiten in Polnisch-Oberschlesien** liegen für den deutschen Rechtsstandpunkt doch sehr viel besser, weil ja in dieser Entscheidung[39] gar kein Zweifel

[38] Kaas hatte in seiner Rede vom Vortag (vgl. oben Anm. 33) in bezug auf das Saargebiet formuliert, daß die „Umbildung und Neubesetzung der Regierungskommission“ notwendig seien, denn „es dürfte wohl schwer sein, ein Staatswesen zu finden, wo die Beziehungen zwischen Regierenden und Regierten so wenig dem Mindestmaß des notwendigen Vertrauens entsprechen wie hier“. Dahinter stand, daß die deutsche Seite seit längerem auf die Abberufung des belgischen Vertreters Lambert und die Ersetzung durch einen Neutralen drängte, was Stresemann in Genf für das Folgejahr versprochen worden war (vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927).

[39] Im vormals deutschen und nun polnischen Ostoberschlesien war es zu einem Konflikt zwischen der polnischen Regierung und dem Deutschen Volksbund, einer Organisation der dortigen deutschen

daran gelassen worden ist, daß es sich um die Beseitigung eines Notstandes handelt, hervorgegangen durch die Behandlung, die Polen jenen 6– bis 7000 Schulkindern hat angedeihen lassen, daß es sich aber nicht um eine Entscheidung darüber hinaus handelt, die dem Rechtsstandpunkt im allgemeinen irgendwie Eintrag täte. Es ist auf Antrag der Deutschen bei den Verhandlungen jener Schlußsatz in die Erklärung des Berichtes hineingekommen, der ausdrücklich bemerkt, daß durch dieses Kompromiß die Rechtsfrage nicht etwa in diesem Sinne entschieden würde. Bleibt nur die Frage des Präjudizes, die aber doch dadurch eingeengt ist, daß hier ein Fall vorliegt, in dem, übrigens in voller Übereinstimmung mit dem Präsidenten Calonder[40], der zuerst auf die pädagogischen Schwierigkeiten hingewiesen hat und vor allem auch die Frage zu entscheiden hat, ob Tausende von Kindern überhaupt ohne Schule bleiben sollten, es sich empfahl, zu erwägen, ob für den Spezialfall der Weg gegangen werden könnte, der hier vorgeschlagen ist. Auf eines bitte ich aber in aller Offenheit hinweisen zu dürfen. Wer hat denn die **Petition wegen der 7000 Kinder[41]** eingereicht? Das war der **Deutsche Volksbund** in Kattowitz. Der Deutsche Volksbund hat sich an die polnische Regierung – die Ostoberschlesier sind staatsbürgerlich Polen – und an den Völkerbund gewandt und in diesen Eingaben den Standpunkt vertreten, der nachher in dem Kompromiß zum Ausdruck gekommen ist. Das heißt, er hat Gefahren darin gesehen, daß polnische Kinder, die kein Wort Deutsch können, in deutsche Minderheitsschulen kommen. Ausdrücklich hat er das auch in seiner Eingabe an den Völkerbund zum Ausdruck gebracht. Nun bitte ich Sie auch einmal, die Situation zu übersehen, in die wir kamen, wenn wir weitergingen, als die Petenten ihrerseits gegangen sind. Wir sind weitergegangen, weil wir den Rechtsstandpunkt vertreten haben, und ich ausdrücklich in der Erklärung, die ich vor der

Minderheit, über das Recht des Besuchs von Minderheitenschulen gekommen. Nach erfolglosen Protesten des Volksbundes und einer Entscheidung Calonders, des Völkerbundsbeauftragten in Ostoberschlesien, im Sinne der Beschwerde des Deutschen Volksbundes (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 371), die von der polnischen Regierung nicht akzeptiert wurde (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 26 vom 16. Januar 1927), gelangte die Frage vor den Völkerbundsrat, der zuletzt am 12. März 1927 darüber verhandelte (zu den Redebeiträgen Stresemanns in dieser Sitzung vom 12. März 1927 vgl. diese Edition). Zum Ergebnis vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 15. März 1927.

[40] Felix Calonder (1863–1952), schweizerischer Politiker; Bundespräsident u. Außenminister 1918; Beauftragter des Völkerbundes (Vorsitzender der gemischten Kommission) für die Einhaltung des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien 1922–1937.

[41] Vgl. oben Anm. 39. – Ein Dankschreiben des Volksbundes an Stresemann für das in Genf Erreichte findet sich abgedruckt in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 127 (Morgenausgabe) vom 17. März 1927.

Annahme dieser Entschließung abgegeben habe[42], gesagt habe, daß es für die Zukunft feststeht, daß auch ein Kind, wenn es kein Wort Deutsch kann, das Recht hat, in die deutsche Minderheitsschule zu kommen. Aber ich stehe mit dieser meiner Auffassung als Außenminister nicht im Einklang mit der Haltung, die unsere eigenen Volksgenossen in Ostoberschlesien eingenommen haben. Nun ist das gewiß nicht die Auffassung aller Ostoberschlesier, die Auffassung ist vielmehr sehr umstritten. Wenn aber gestern von deutschnationaler Seite gesagt worden ist[43], die Entscheidung müßten doch die Leute haben, die in dem Lande wohnen, dann war eben die Entscheidung im Sinne des Kompromisses gegeben. Darüber hinaus, glaube ich, werden wir in allernächster Zeit uns ganz ausführlich über die Frage klar werden müssen: was nutzt dem Deutschtum mehr, das Hineinströmen von Polen, die kein Wort Deutsch können, in die Minderheitsschulen, oder die unbedingte Durchführung des Rechtsstandpunktes. Hier scheint es mir, als wenn die praktischen Erfolge verschieden beurteilt werden. Ich habe aus den Ausführungen eines sehr verehrten Mitgliedes dieses Hohen Hauses, des Herrn Kollegen Ulitzka[44], gehört, daß speziell vom gesamtdeutschen Standpunkt aus das unbedingte Festhalten an diesem Rechtsstandpunkt auch das für das Deutschtum allein Richtige ist. Das wird die Frage sein, über die wir uns entscheiden müssen, um die Einheitlichkeit herzustellen zwischen den Petenten, für die wir eintreten, und der deutschen Delegation, die in der seltsamen Situation ist, weiterzugehen als die Petenten, die an den Völkerbund gehen. Ich erwähne das deshalb – es ist ja einmal publice juris[45], weil diese Eingaben beim Völkerbund vorliegen –, um Sie zu bitten, einmal die ganze Situation, in der hier der einzelne in einer Entscheidung steht, nicht ganz so einfach zu sehen, als sie vielfach in der Kritik erschienen ist, die nach unserer Rückkehr geübt worden ist. Die Dinge gehen nicht immer hundertprozentig auf, man sieht sich plötzlich vor Dinge gestellt, bei denen für die eine Anschauung genau soviel ins Gewicht geworfen wird, wie für die andere. Wir sind am letzten Abend in diesen Dingen zur Entscheidung

---

[42] Vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 12. März 1927.

[43] Stresemann bezieht sich auf die Rede des DNVP-Abgeordneten Spahn vom Vortag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9824–9831).

[44] Carl Ulitzka (1873–1953), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Auf welche Reichstagsrede Ulitzkas (sofern es sich überhaupt um eine Rede im Reichstag handelt) sich Stresemann bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[45] So in der Vorlage. Vermutlich handelt es sich um einen Druckfehler und soll heißen: „publici juris“ oder auch „publico jure“ (im Zusammenhang mit dem Sinngehalt also etwa: es darf öffentlich gesagt werden).

gekommen[46]. Das liegt daran, daß fast alle Dinge, über die gestritten wird, auf den letzten Tag kommen, weil man sich am Anfang nicht einigt. Ich habe mich bis zum letzten gewehrt und die Frage gestellt, ob ich es verantworten kann, hier, wo unser Recht überhaupt nicht bestritten ist – wo es etwas anders ist als in der Saarfrage, wo es bestritten war –, in einem Einzelfalle eine Abweichung aus einem Notstand für die Schulkinder heraus zuzugestehen, und es ist speziell das damals abgegebene Votum derjenigen, die die deutschen Petenten waren, für mich entscheidend gewesen, um mich so zu verhalten, wie ich es getan habe.

Meine Herren, dabei darf ich weiter bitten, etwas Persönliches sagen zu dürfen. Der Herr Abgeordnete Spahn[47] hat gestern von dem engen und vertrauensvollen Verhältnis gesprochen, mit dem **Außenministerium und Kabinett** diese Fragen in Zukunft behandeln sollen. Ich glaube, das ist an sich etwas Selbstverständliches, und ich darf dem um so mehr meine Zustimmung geben, als ich eines sagen möchte: die Verantwortung für die Führung solcher Verhandlungen, in denen oft die Entscheidung in Stunden wechselt und in Kürze zu treffen ist, ist überhaupt mehr, als dem einzelnen zugemutet werden kann, und es ist viel leichter für den Außenminister, sich zu entlasten, als diese Belastung zu tragen. Aber ich glaube, Sie irren sich in einem, wenn Sie glauben, daß man für internationale Verhandlungen feststehende und starre Verhaltungsmaßnahmen geben kann.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten und in der Mitte.)

Damit nehmen Sie den Menschen, die ihr Land vertreten, das Beste, was sie haben, nämlich den Geist, der sie befähigt, sich hineinzufinden in neue Situationen, um dann Unheil abzuwehren, wenn aus starren Dingen, die unter ganz anderen Verhältnissen festgesetzt worden sind, etwa Unheil kommt.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Schließlich kann auch der Vertreter eines Landes bei solchen Verhandlungen nicht eine Grammophonplatte sein, die das wiedergibt, was man in sie hingesprochen hat.

(Sehr gut!)

Es ist schließlich die Frage des Vertrauens oder Nichtvertrauens, die darüber ent-

[46] Gemeint ist wohl der 12. März 1927 (vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der Sitzung des Vökerbundsrates an diesem Tag).

[47] Martin Spahn (1875–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1923 (für das Zentrum) und Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933; für die NSDAP 1933–1945). – Zu seiner Rede vom Vortag vgl. oben Anm. 43.

scheiden muß, ob er seine Sache richtig gemacht hat oder nicht.

(Sehr richtig!)

Nun darf ich noch auf die **polnische Frage** eingehen. Meine Herren, ich habe vorhin dem Herrn Kollegen Haas, wie er in seiner Erwiderung sagte, in äußerst temperamentvoller Weise einen Zwischenruf gemacht[48]. Herr Kollege Haas, nehmen Sie mir nicht mein Temperament, das ist das Beste an mir.

(Große Heiterkeit.)

Es ist ja schließlich die Anerkennung des Redners, wenn es ihm gelingt, den Minister derartig in Harnisch zu bringen, denn das zeugt von der Aufmerksamkeit, mit der der Minister seinen Ausführungen selbst dann gefolgt ist, als der Satz noch nicht ganz vollendet war.

(Abgeordneter Dr. Haas: Danke! – Heiterkeit.)

Aber was Sie dort zum Ausdruck bringen, habe ich in einem größeren Rahmen gesehen. Wenn in Genf der Vertreter Englands darauf hingewiesen hätte, es wäre im Interesse der Gesamtsituation wünschenswert, wenn die Verhältnisse zwischen Polen und Deutschland besser würden, wäre das sein gutes Recht, das ihm niemand bestreiten könnte. Aber ich habe diese Mitteilung der Presse, die ich nicht kannte, die ich von Ihnen zuerst in dieser Form hörte, doch in dem Zusammenhang aufgefaßt, indem immer davon gesprochen wird, als sei die deutsche Regierung, obwohl sie sowohl von Locarno[49] wie vom Berliner Vertrag[50] spreche, innerlich derart weit westlich orientiert, daß sie, wie es so oft in kommunistischen Darstellungen heißt, schließlich auch ihre Selbständigkeit innerlich längst aufgegeben hätte und hinter dem Triumphwagen des englischen Imperiums herliefe, und daß der deutsche Außenminister selbstverständlich alles täte, was der englische Außenminister irgendwie wünsche. Davon kann keine Rede sein.

---

[48] Haas hatte in seiner Rede (vgl. oben mit Anm. 24) den Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen negativ beurteilt und in bezug auf die Beratungen in Genf kritisiert, daß Stresemann das Gespräch mit dem polnischen Außenminister Zaleski nur auf Initiative des britischen Außenministers Chamberlain hin geführt habe; Stresemann hatte dazu dazwischengerufen: „Nicht ein Wort ist von England in dieser Sache erfolgt! Der Herr polnische Außenminister hat mich um eine Unterredung gebeten. Weder von englischer noch von irgendeiner anderen Seite würde ich mir eine solche Einmischung gefallen lassen, und es hat auch keine stattgefunden. Ich bitte, diese englische Einmischung hier nicht immer als eine Tatsache hinzustellen!“ (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9868). – Vgl. dazu auch den Artikel „Stresemanns Zwischenruf. Keine englische Vermittlung in Genf“ in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 139 (Abendausgabe) vom 23. März 1927.

[49] Vgl. oben mit Anm. 9.

[50] Vgl. oben mit Anm. 11.

Aber was die polnische Frage betrifft, so darf ich eines sagen. Zweierlei müssen Sie in der Betrachtung scheiden: das Wirtschaftliche in seiner allgemeinen Natur und das, wobei Wirtschaft und Politik in gewissen Grenzlinien stehen. Ich glaube nirgends Widerspruch zu finden, wenn ich sage: es wäre die größte Torheit, wenn jemand glauben wollte, daß Deutschland oder Polen durch den **Zollkrieg**[51] auf die Dauer etwas gewinnen könnte. Ob wir die Polen lieben oder nicht lieben, Polen war doch das Kernstück des früheren Rußland, mit dem wir dauernd in einem durch die ganze Natur beider Länder gegebenen Warenaustausch standen. Es wäre deshalb eine deutsche Regierung töricht, die einen vernünftigen Vertrag nicht abschließen wollte.

(Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.)

Aber was sich hier bei der Unterbrechung der Verhandlungen[52] abgespielt hatte, das war doch nicht der Widerstand gegen eine Verständigung auf agrarischem, industriellem oder handelspolitischem Gebiet, sondern das war doch der Widerstand dagegen, daß von der anderen Seite das Recht in einem stark antideutschen Sinne ausgelegt wurde und durch Verfolgungen ein Zustand geschaffen worden war, der mindestens eine Regelung des Rechts beider Teile in bezug auf Niederlassungen, Ausweisungen und Verdrängungen erheischte.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Und wenn ich das Ergebnisse sehe: Ja, meine Herren, **Unterbrechungen von Handelsverträgen** sind keine Akte von ewiger Bedeutung. Ich bin der Meinung: jede Handelsvertragsverhandlung muß einmal unterbrochen werden schon aus dem Grunde, weil die beiden Kommissionen sich nach einer Reihe von Monaten so weit

---

[51] Am 12. Februar 1927 war dem polnischen Bevollmächtigten für die Handelsvertragsverhandlungen mitgeteilt worden, daß weitere Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag erst erfolgen würden, wenn die Frage der polnischen Ausweisungen Deutscher und deren Niederlassungsrecht, insbesondere in Oberschlesien, befriedigend geregelt sein würde (vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft Warschau vom 12. Februar 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 304–306; vgl. auch die Aufzeichnung Schuberts für seine Rede im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags vom 16. Februar 1927: ebd., S. 326–329; zur Übergabe der entsprechenden Note: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 74 vom 12. Februar 1927). Polen hatte die deutsche Forderung der Verhandlung über die Ausweisungsfrage umgehend zurückgewiesen (vgl. ebd., Nr. 77 [Abendausgabe] vom 15. Februar 1927). Allerdings hatte Zaleski in einem Gespräch mit Stresemann in Genf am Rande des Völkerbunds die Möglichkeit von Verhandlungen zunächst über die Ausweisungs- und Niederlassungsfrage geäußert, um somit die deutsche Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen zu erfüllen (zu Stresemanns Unterredung mit Zaleski in Genf vom 9. März 1927 vgl. die Aufzeichnung ohne Unterschrift in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 507–510; zu Stresemanns eigener Zusammenfassung dieses Gesprächs vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927).

[52] Vgl. die vorangehende Anm.

festgebissen haben, daß sie nicht mehr weiterkommen, wenn nicht in der Zwischenzeit eine Unterbrechung eintritt. Hier liegen die Dinge ernster. Aber was heute erreicht ist, ist doch das eine, daß wir über diese **Niederlassungsfrage** verhandeln in anderer Zusammensetzung und hoffen, Widerstände aus dem Wege zu räumen, die einem vernünftigen Handelsvertrag entgegenstehen. Also ist im Ergebnis doch wohl auch dieser Schritt nicht so ganz falsch gewesen, wie er hier dargestellt wurde, und die Lösung, die erfolgt ist, ist doch auch möglich gewesen, ohne daß fremde Mächte interveniert haben.

(Sehr richtig! links.)

Ich komme nun zu der letzten Frage: der Frage der **Rheinlandräumung**[53]**,** oder, wenn Sie wollen, der **Gesamtlösung der zwischen Frankreich und uns stehenden Probleme.** Man hat den starken Pessimismus meiner Ausführungen betont. Herr Kollege Dr. Bredt[54] hat vorhin allerdings gesagt, er sehe keine Veränderung der Lage, weil er auch jenen Unterhandlungen am weißgedeckten Tisch in Thoiry[55] gar keine größere Bedeutung beimesse. Das seien lediglich freundliche Redensarten gewesen. Solche Ausführungen, wie sie der Herr Abgeordnete Bredt hier gemacht hat, können unserer Politik sehr schädlich sein, und zwar aus dem Grunde, weil wir doch gar keine Veranlassung haben, nun auch unsererseits uns abdrängen zu lassen von dem, was damals der Führer der französischen Außenpolitik[56] für möglich und durchführbar hielt. Das waren die in einem amtlichen Kommuniqué[57], nicht in irgendeinem Bericht über ein nettes Frühstück dargelegten Versicherungen, daß die beiden Außenminister sich über die Möglichkeit dieser Gesamtlösung einig geworden seien und daß sie sie von der Zustimmung ihrer Kabinette abhängig machen würden, ob auf dieser Basis eine vollkommene Lösung aller dieser Fragen möglich sein wer-

---

[53] Vgl. oben mit Anm. 20.

[54] Johann Victor Bredt (1879–1940), Mitglied des Reichstags (mit Unterbrechung 1932) Mai 1924 – 1933 (für die Wirtschaftliche Vereinigung [„Wirtschaftspartei"]; deren Fraktionsvorsitzender); Reichsjustizminister 1930. – Bredts nachfolgend angesprochene Rede: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9870–9872.

[55] Am 17. September 1926 hatten sich Stresemann und Briand in Thoiry, einem französischen Ort nahe der schweizerisch-französischen Grenze, zu einem mehrstündigen Gespräch getroffen, in dem sie die Möglichkeit eines allgemeinen Ausgleichs zwischen Frankreich und Deutschland erörterten. Vgl. dazu Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 188–191 u. 202–210.

[56] Gemeint ist Briand (vgl. oben Anm. 12).

[57] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das Kommuniqué, das am 16. September 1926 unmittelbar nach dem Gespräch von Thoiry veröffentlicht worden war (u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 442 [Morgenausgabe] vom 18. September 1926; vgl. auch STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 15).

de. Von der Situation, wie sie im September war, sind wir zurückgekommen, weil sich in dem Augenblick, wo man in Frankreich vor der Frage stand, daß diese ganzen Dinge nun Wirklichkeit werden sollten, alle Widerstände zunächst einmal aufballten, die dagegen angingen. Das hat sich verstärkt nach der Dezembertagung des Völkerbundsrats[58]. Darum wird jetzt gekämpft, und ich bin durchaus nicht zweifelhaft darüber, daß das Schwergewicht der Tatsache, daß ohne eine deutsch-französische Annäherung eine **Bereinigung des europäischen Problems** nicht möglich ist, denjenigen den Sieg geben wird, die auch das tun wollen, was natürlich die Basis einer deutsch-französischen Annäherung sein muß: das ist die Befreiung Deutschlands von fremden Truppen.

(Zustimmung in der Mitte.)

Aber gegenüber dem weitgehenden Optimismus des französischen Herrn Außenministers im September sind wir zurückgekommen. Ich glaube, das sollte man auch offen und ohne Nervosität hinnehmen. Als ich zehn Tage nach dem berühmten Thoiry in Deutschland war – der Herr Kollege Schultz[59] (Bromberg) gab mir durch einen Zwischenruf im Dezember erwünschte Gelegenheit, darauf hinzuweisen –, habe ich in Köln einmal ausgeführt[60]: Ich warne davor, zu glauben, daß das alles so schnell geht, es wäre beinahe gegen die Natur der politischen Entwicklung, wenn hier nicht **Rückschläge** eintreten würden.

(Zustimmung bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie sind eingetreten, und zwar aus verschiedenen Gründen. Nicht nur in politischer Hinsicht! Das, was damals in einer Verbindung von Vorausleistungen an Dawes-Zahlungen als ein Äquivalent gedacht war[61], hatte seine Bedeutung, wenn es gebraucht wurde zu großen Transaktionen, die gegenwärtig sich nicht als nötig erwiesen haben. Daneben sind alle politischen Leidenschaften entzündet worden, und in allen Ländern geht dieser Kampf um den Gedanken eines Locarno, das mehr ist als

---

[58] Zur Tagung des Völkerbundsrates vom Dezember 1926 vgl. oben mit Anm. 16.

[59] Georg Schultz(-Bromberg) (1860–1945), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DNVP). – Stresemann bezieht sich mit dem nachfolgenden wohl auf seine Reichstagsrede vom 23. November [!] 1926 (vgl. in dieser Edition).

[60] Vgl. dazu (in dieser Edition) Stresemanns Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln vom 2. Oktober 1926.

[61] Infolge des Dawes-Plans von 1924 zur Zahlung der deutschen Reparationen war die Reichsbahn in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden und mußte als Sicherheit für die Zahlung der Reparationslasten Obligationen bei den Treuhändern des Dawes-Plans hinterlegen. In Thoiry war als Möglichkeit erörtert worden, inwieweit diese Obligationen mobilisiert werden könnten, um Frankreich als Gegenleistung für Zugeständnisse an Deutschland aus seiner Finanzkrise zu helfen.

ein reines Traktat, nämlich eines **Locarno des Geistes,** der dahin geht, die Staaten in Europa zusammen und nicht gegeneinander zu führen, gegen diejenigen, die sich in diese Gedankengänge nicht hineinversetzen können. Deshalb brauchen wir nicht pessimistisch für die Zukunft zu sein. Es bedeutet nicht eine Verschiebung auf [!] der deutschen Demarche ad Calendas Graecas[62], wenn ich Sie gebeten habe, der Regierung den Zeitpunkt zu überlassen, in dem sie glaubt, sie mit Erfolg machen zu können.

Ich darf dabei noch ein anderes sagen. Es ist nicht so, wie in einer Kritik lese: So sind wir denn betrogen worden, denn wir verlassen uns nicht mehr auf die Konsequenzen von Locarno, sondern flüchten uns in das nüchterne Recht des Versailler Vertrags. Die Berufung auf jenen Artikel 431 ist zuerst in Locarno erfolgt an einem Abend, an dem bitter gerungen wurde, und verschiedene Fragen, namentlich das Investigationsprotokoll durch ein gentleman agreement geregelt worden sind[63]. Ich habe gestern nicht gesagt, daß wir auf diese Konsequenzen, diese uns zustehende moralische Rückwirkung, verzichten. Ich habe gesagt, daß wir drei gute Gründe haben, sie zu fordern: einmal unser völkerrechtliches Recht nach dem Zustandekommen der Verständigung über die Abrüstung[64], zweitens die Konsequenz aus Locarno – denn Locarno wird Unsinn, wenn es als friedensbringend gepriesen wird und man gleichzeitig noch Bajonette braucht, um diesen Frieden zu bewahren –,

(lebhafte Zustimmung)

---

[62] Eine von Sueton Augustus zugeschriebene Redewendung mit der Bedeutung „niemals". – Bei der angesprochenen Demarche ist der erwogene deutsche Schritt gemeint, unter Berufung auf den nachfolgend angeführten Art. 431 des Versailler Vertrags, der die Möglichkeit einer vorzeitigen Räumung des Rheinlands eröffnete (VERTRAG VON VERSAILLES S. 222), diese Räumung von den Besatzungsmächten zu fordern. – Vgl. dazu auch oben Anm. 20.

[63] Stresemann bezieht sich hier auf die verschiedenen Absichtsbekundungen von französischer und britischer Seite im Hinblick auf „Rückwirkungen" der Verträge, insbesondere auf die Rheinlandbesatzung und die Militärkontrollfrage („Investigationsprotokoll"), die im Rahmen bzw. am Rande der Konferenz von Locarno abgegeben wurden; vgl. dazu zusammenfassend die Aufzeichnung Stresemanns vom 18. Oktober 1925 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 14, S. 702–705; STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 199–202).

[64] In seiner Sitzung vom 11. Dezember 1926 hatte der Völkerbundsrat zwar unter Berufung auf Art. 213 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 100) einstimmig das Investigationsprotokoll vom 27. September 1924 (Text in deutscher Übersetzung: DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 40, B 2 [1924], S. 14–18) und dessen Ausführungsbestimmungen vom 14. März 1925 (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 449, sowie AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 394, Anm. 2) grundsätzlich bestätigt, jedoch klargestellt, daß die dort vorgesehenen „éléments stables" im entmilitarisierten Rheinland lediglich durch Regierungsvereinbarung zustande kommen könnten (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 497). Ebenso war im Rahmen der Dezemberberatungen im Völkerbund das Ende der Interalliierten Militärkontrolle in Deutschland für den 31. Januar 1927 in Aussicht gestellt worden, was nach zähen Verhandlungen im Januar 1927 über Restfragen tatsächlich auch vollzogen wurde (vgl. etwa das Telegramm Hoeschs an das Auswärtige Amt: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 200–201).

und drittens der Gedanke, daß schließlich die große Politik doch nur im Zusammengehen wieder mit Deutschland gemacht werden kann, auch wenn Deutschland dabei nicht der Machtfaktor ist, der es früher gewesen ist. Ich glaube, daß es viele Staatsmänner gibt, die durchaus diese Konsequenzen einsehen, und daß es ihnen schließlich auch gelingen wird, die öffentliche Meinung, die sich ihnen entgegenstellt – und erbittert entgegenstellt, weil sie überrascht darüber ist, daß diese Dinge ihr zu schnell kommen – zu überwinden.

Ein letztes Wort noch zu Herrn Dr. Breitscheid. Er sagte[65]: Wanderer zwischen zwei politischen Welten, so hätte ich meine Freunde in Variierung eines Wortes von Walter Flex[66] bei einer Betrachtung des alten und neuen Deutschland genannt. Sie haben es etwas verkleinert, Herr Dr. Breitscheid, indem Sie nun mich den Wanderer zwischen zwei Koalitionen nannten[67], und Sie haben die Sorge gehabt, daß ich auf dieser Gratwanderung vielleicht an eine abschüssige Stelle gelangen könnte, wohin andere mich bringen wollten. Aber, Herr Dr. Breitscheid, Sie sind ja jederzeit in der Lage, mich zurückzureißen durch Ihre warnende Stimme.

(Heiterkeit.)

Aber Sie haben ja gestern selbst erklärt – und ich danke Ihnen für diese objektive Erklärung –: Wenn Herr Stresemann nach Genf gegangen wäre als Vertreter eines anderen Kabinetts, wäre wahrscheinlich das Ergebnis auch nicht ein anderes gewesen[68]. Ein freundlicher Zuruf[69] bezog das darauf, daß eben dieser Stresemann nichts anderes erreicht hätte.

(Zuruf von den Völkischen.)

---

[65] Stresemann bezieht sich hier um im folgenden auf die Rede Breitscheids vom Vortag (vgl. oben Anm. 27).

[66] Walter Flex (1887–1917), deutscher Schriftsteller. – Sein im folgenden angesprochenes „Wort" bezieht sich auf seinen Kriegsroman „Der Wanderer zwischen beiden Welten", der zuerst 1916 und danach in zahlreichen weiteren Auflagen erschien. – Stresemann hatte die angesprochene Variierung seiner Rede zur 60-Jahr-Feier der Nationalliberalen Partei in der Stadthalle von Hannover vom 19. März 1927 (vgl. diese Edition) verwendet.

[67] Breitscheid hatte am Vortag unter Anspielung auf die neue Koalition unter Einbindung der DNVP Stresemann gesagt: „Sie sind aber heute auch Wanderer auf dem Wege von der alten auswärtigen Politik zu einer neuen auswärtigen Politik, und das, was wir fürchten, ist, daß Ihre gegenwärtigen Wegkameraden, die Richtung und das Tempo dieses Wanderns ungünstig beeinflussen" (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9823).

[68] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf zwei Passagen in der Rede Breitscheids, in der er für die SPD sagte: „wir wissen, daß in Genf nicht viel mehr zu erreichen war, als erreicht worden ist [...]. Und nun sind wir wieder nicht demagogisch genug, zu behaupten, daß, wenn wir in der Regierung säßen, von heute auf morgen der Rhein befreit würde" (ebd., S. 9822).

[69] Das Protokoll der Rede Breitscheids vermerkt zwar verschiedentlich Zwischenrufe, gibt jedoch in keinem Fall den Wortlaut derart wieder, wie ihn Stresemann hier paraphrasiert.

Ich glaube, das war nicht die Absicht, als Sie sprachen.

(Abgeordneter v. Graefe[70] [Mecklenburg]: Könnte aber stimmen!)

Herr Dr. Breitscheid wollte darauf hinweisen, daß sich schließlich in dieser Frage derjenige versündigt, der nicht das eine anerkennt, daß es nicht darauf ankommt, welche Koalition eine Regierung außenpolitisch unterstützt,

(lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten: Doch, doch!)

sondern daß dem deutschen Außenminister dann die besten Erfolgsmöglichkeiten gegeben werden, wenn er darauf hinweisen kann, daß Regierung und Opposition sich in den deutschen Lebensfragen einig sind.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich möchte wünschen, daß das immer die Situation der deutschen Parteien sein möge.

(Lebhafter Beifall in der Mitte.)[71]

[70] Albrecht von Graefe (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1928 (für die DNVP 1919–1922, für die Deutschvölkische Freiheitspartei als deren Mitbegründer und Vorsitzender 1922–1924, für die Nationalsozialistische Freiheitspartei bzw. die Völkische Arbeitsgemeinschaft 1924–1928).

[71] Nach Stresemanns Rede erfolgen weitere Redebeiträge anderer Abgeordneter; abschließend wird zu diesem Tagesordnungspunkt der Mißtrauensantrag der KPD (vgl. oben Anm. 1) von der Mehrheit des Reichstags (bei Enthaltung der Sozialdemokraten) negativ beschieden und der Haushalt des Auswärtigen Amtes mit leichten Abänderungen gegenüber der vom Haushaltsausschuß vorgeschlagenen Fassung in zweiter Lesung angenommen (ebd., S. 9897–9898).

Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 3. April 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und in Einzelheiten mit kleinen Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 159 (Abendausgabe) vom 4. April 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 159 (Abendausgabe) vom 4. April 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 159 (Abendausgabe) vom 4. April 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 250 (Morgenausgabe) vom 4. April 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22470 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927, S. 4; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 673–674, Anm. 2; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 267–268; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 305–306.

Er hat nie behauptet, daß er ein Reichskonkordat aus außenpolitischen Gründen für erwünscht halte. Sollte nach Bayern auch Preußen ein Konkordat schließen, wäre das meiste vorweggenommen. Daher sollte sich die DVP stark für die geistige Freiheit engagieren.

Ich kann zu meinem großen Bedauern nur kurze Zeit unter Ihnen weilen; ich bedaure das um so mehr, als die Fragen, die Sie behandeln, auch gerade mich veranlaßt haben würden, im Anschluß an das, was ich auf einer kulturpolitischen Tagung vor ein oder zwei Jahren einmal über die Bedeutung der kulturpolitischen Fragen hier ausgeführt habe[2], im Speziellen zu ergänzen. In wenigen Minuten läßt sich das aber nicht tun. Gestatten Sie mir deshalb, nur auf einige Fragen einzugehen, um Richtigstellungen vorzunehmen. Ich sehe eine Anfrage vor mir, die dahin geht, der Außenminister hielte ein Konkordat[3] aus **außenpolitischen Gründen für erwünscht.**

Ich vertrete gern alles, was ich sage, aber ich kann nicht alles vertreten, was andere schreiben (Heiterkeit). **Ich habe einen derartigen Satz niemals ausgesprochen.** Ich glaube, daß die große Bedeutung dieser Frage auf dem inneren Gebiet deutschen Geisteslebens liegt. Die Frage steckt in ihren Anfängen noch völlig in

---

[1] Ein ausführlicher Bericht über diese Kulturtagung der DVP vom 2. und 3. April 1927, allerdings ohne wörtliche Wiedergabe der Reden, findet sich in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 65 vom 5. April 1927.

[2] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf seine Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 11. Oktober 1924 (vgl. diese Edition).

[3] Pläne für ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl waren bereits früher erörtert worden; am 7. Februar 1927 hatte die Reichsregierung in einer Presseerklärung diese bisherige Behandlung rekapituliert, jedoch angesichts von Pressespekulationen dementiert, daß von seiten des aktuellen Kabinetts bereits Verhandlungen geführt worden seien (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 674, Anm. 3).

den Ressorts. Nach dem Vorgang in Bayern[4] heißt sie nicht mehr: „Reichskonkordat oder nicht?“, sondern **„Reichskonkordat oder Landeskonkordat?“** und muß leidenschaftslos behandelt werden. Jetzt geht der ganze Sturm gegen ein etwaiges Reichskonkordat. Es ist seltsam, wenn die Demokratische Partei im Reiche sich an diesem Sturm beteiligt[5], während ihre Aufgabe doch in Preußen liegt, um hier durch den ihrer Partei angehörigen Kultusminister[6] reaktionäre Entschließungen zu verhindern. (Sehr richtig!) Wenn Bayern und Preußen[7] ein Konkordat haben, dann ist für die großen Länder so viel geschehen, daß nur noch wenig zurückgenommen werden kann. Deshalb bitte ich Sie – nachdem das bayerische Konkordat Wahrheit geworden ist, diese zweite Frage einmal rein praktisch zu prüfen. Ich darf dabei eine Reminiszenz anknüpfen: Ich **bedaure,** daß an der Spitze des preußischen Kultusministeriums nicht mehr **unser Freund Dr. Boelitz[8] steht.** (Lebh. Bravo!) Wenn unsere Partei in der Lage gewesen wäre, im Verlauf der letzten Jahre auf die Entwicklung praktisch stärkeren Einfluß zu nehmen, so wäre die Lage in bezug auf das preußische Konkordat eine andere als jetzt. Denn wegen dieser Frage die Volkspartei auszuschalten, hätte eine ganz andere Bedeutung in der Oeffentlichkeit gehabt als jetzt, wo die preußischen Koalitionsparteien unter sich sind[9]. Es fragt sich noch das eine, was von unserer Seite aus geschehen kann, um diese Entwicklung zu hemmen, die vielleicht für eine ganze geschichtliche Periode unseres Geisteslebens bestimmend ist. Ich möchte das eine sagen: **Da diese Fragen aufgetaucht sind, bedaure ich nicht, wenn sie auch ausgefochten werden. Es ist auch für die deutsche politische Erziehung ein Plus, wenn einmal der deutsche Bürger erfährt, daß es**

---

[4] Am 29. März 1924 war ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern geschlossen worden, das am 15. Januar 1925 in Kraft trat (Text in STAAT UND KIRCHE IV, S. 299–305).

[5] So hatte etwa in der Reichstagsdebatte vom 19. März 1927 der DDP-Abgeordnete Heuß sich grundsätzlich gegen den Abschluß von Konkordaten ausgesprochen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 392, S. 9710–9713).

[6] Carl Heinrich Becker (1876–1933), preußischer Kultusminister 1921 u. April 1925 – 1930; parteilos.

[7] Auch Preußen befand sich seit 1926 in Besprechungen mit dem Nuntius über den Abschluß eines preußischen Konkordats; nach Pressespekulationen und Beratungen im preußischen Landtag am 15. März 1927, in deren Verlauf die DDP eine Vertagung der Konkordatsverhandlungen bis auf die Zeit nach dem Beschluß über ein Schulgesetz befürwortet und die DVP jegliches Konkordat abgelehnt hatte (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 126 [Morgenausgabe] vom 16. März 1927), hatte Becker am Folgetag die Erklärung abgegeben, die Frage eines Konkordats sei erst im Stadium der Prüfung (ebd., Nr. 127 [Abendausgabe] vom 16. März 1927).

[8] Otto Boelitz (1876–1951), preußischer Wissenschaftsminister 1921 – Januar 1925; Mitglied der Verfassunggebenden Preußischen Landesversammlung bzw. des Preußischen Landtags 1919–1932 (für die DVP).

[9] Seit dem Austritt Boelitz' (vgl. die vorangehende Anm.) und seines DVP-Kollegen Ernst von Richter aus der Regierung im Januar 1925 war die DVP nicht mehr im preußischen Kabinett vertreten; im April 1925 hatte Braun als Ministerpräsident eine Koalition aus SPD, Zentrum und DDP zustande gebracht, der die DVP fernblieb.

noch andere Dinge als Handelsverträge, Hauszinssteuer usw. gibt. (Lebh. Sehr richtig!) Ich glaube, hier bietet sich uns ein sehr großes Feld der Betätigung. Ich weiß nicht, ob wir parlamentarisch stark genug sind, diese Dinge zu hindern. Aber ich entsinne mich aus der Geschichte der Nationalliberalen Partei, daß einmal ein Schulgesetz gefallen ist, trotzdem die Mehrheit dafür war. Das war, als **Bennigsen**[10] dazu aufrief, die liberalen Parteien zu einigen und alles zurückzustellen gegenüber dieser Frage. Damals ist die Bewegung weit über die Meere gegangen, das Auslandsdeutschland hat sich daran beteiligt und wurde hingerissen durch die Bewegung in Deutschland. So sollten wir auch jetzt andere Fragen geringer schätzen und die Parteiarbeit einmal ganz bewußt auf diese Frage hinlenken.

Ich bin der Ueberzeugung, daß unser Einfluß in diesen Fragen weit hinaus geht über die Grenzen der Partei. Wir werden durch unsere Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Es gibt große bürgerliche Parteien, die es nicht wagen können, in dieser Frage **reaktionäre Wege zu gehen,** wenn wir dagegen protestieren, weil dann Millionen ihrer Wähler zu uns kommen, was im übrigen auch kein Fehler wäre. (Stürmischer Beifall.) Diese Dinge sind immerhin schon weit vorgeschritten, daß, ehe diese Dinge parlamentarisch erörtert werden, zunächst einmal hier auch dieser Ausschuß zu den Dingen im werbenden Gewande Stellung nimmt. Diese Fragen sind so bedeutsam, daß auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei sich mit ihnen befassen muß (Lebh. Bravo!). Deshalb darf ich meine kurzen Begrüßungsworte nur ausmünden lassen in dem Wunsch:

Sorgen Sie dafür, daß wir Führer sind in diesem geistigen Kampf und die andern mitreißen. Ich habe die Absicht, an die Organisationen im Lande den dringenden Appell zu richten, überall jetzt zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Das deutsche Volk ist noch nicht so interesselos, wir sind noch nicht so materialisiert, daß nicht in dieser Frage eine große Bewegung durch unser Volk gehen könnte. Wenn wir das 60jährige Jubiläum der nationalliberalen Partei gefeiert haben[11], so wird es wichtiger sein als alle äußeren Feiern, wenn wir den Spuren Ru-

[10] Rudolf von Bennigsen (1824–1902), Mitglied im Reichstag des Norddeutschen Bundes bzw. des Deutschen Reichstags 1867–1883 u. 1887–1898 (für die Nationalliberale Partei). – Stresemann bezieht sich nachfolgend auf eine Reichstagsrede Bennigsens vom 22. Januar 1892, bei der er anläßlich der Verhandlungen über den deutsch-schweizerischen Handelsvertrag ein stärkeres Zusammengehen der beiden liberalen Parteien anregte und dieses in Verbindung mit der gemeinsamen Ablehnung der Vorlage für ein preußisches Schulgesetz brachte (Text in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS VIII, I, Bd. 6, 3818–3824).

[11] Zu diesen Feiern vgl. in dieser Edition die beiden Reden Stresemanns vom 19. März und diejenige vom 20. März 1927.

dolf von Bennigsens folgen und eintreten wie er **für geistige Freiheit, für staatliche Hoheit, gegen jeden Gewissenszwang, gegen jede Einengung der Persönlichkeit und für die Gewissensfreiheit, die allein die Basis sein kann für einen geistigen und damit jeden anderen Aufstieg des deutschen Volkes** (Lebh. sich immer wiederholender Beifall).[12]

[12] Der oben nachgewiesene Teildruck in DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER schließt mit einer Passage, die in der herangezogenen Vorlage sowie an den übrigen erwähnten Teildruckorten fehlt; es handelt sich dabei aber offenbar um eine Verwechselung mit einer Passage aus derjenigen Rede, die Stresemann am gleichen Tag anläßlich einer Bismarckfeier hielt (vgl. diese Edition).

Rede bei einer Bismarck-Feier in der Stadthalle von Hannover vom 3. April 1927[1]

Nach BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927, S. 2. – Teildrucke (teilweise abweichend) in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927.

Begrüßt den Plan für ein Bismarck-Nationaldenkmal. Bismarcks Größe lag auch im Maßhalten. Deutschland muß arbeiten und kämpfen, um wieder in die Höhe zu kommen und wieder frei zu werden.

Zum heutigen Bismarcktage[2] die **Grüße der Reichsregierung** zu überbringen, ist mir Ehre und Freude zugleich. Herr Dr. Jarres[3] hat vorhin davon gesprochen, daß der Gedanke eines Bismarckdenkmals am Rhein[4] ein Symbol sein soll. Nehmen Sie es auch als Symbol für die **künftige Arbeit** der Vereinigung[5], die sich die Aufgabe gestellt hat, dieses Werk zu schaffen, daß die Reichsregierung sich bei Ihrer ersten Tagung vertreten läßt, um Ihnen damit zu sagen, daß sie mit ihrem Herzen und Willen und mit dem, was sie wirken kann, hinter dieser Idee steht. Es werden noch Zeiten vergehen, ehe dieses Denkmal herniederschaut auf die Fluten des Rheins, denn

---

[1] Stresemann sprach das „Schlußwort“ auf einer Veranstaltung, die per Anzeige in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 151 (Morgenausgabe) vom 31. März 1927, als „Erster Deutscher Bismarck-Tag in Hannover am 2. und 3. April 1927“ angekündigt und vom „BND-Verein“ (dem „Verein zur Errichtung eines Bismarck-National-Denkmals“) unterzeichnet war, und zwar in der abschließenden „Hauptfeier im Kuppelsaal [der Stadthalle]“.

[2] Vgl. die vorangehende Anm. – Dieser Bismarcktag bezieht sich auf Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890. Offenbar war das Datum am Wochenende nach Bismarcks Geburtstag am 1. April gewählt.

[3] Karl Jarres (1874–1951), Reichsinnenminister 11. November 1923 – 15. Januar 1925 (ab 30. November 1923 auch Vizekanzler); Oberbürgermeister von Duisburg 1914–1923 (während der Ruhrbesetzung von den Besatzungsmächten ausgewiesen) und 1925–1933; Mitglied der DVP. – Jarres hatte die Eröffnungsansprache gehalten (vgl. die folgende Anm.).

[4] Jarres hatte in seiner Ansprache laut der Berichterstattung in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927, den Plan rekapituliert, „Bismarck ein Volksehrenmal zu setzen [...]. Der Gedanke bestehe schon seit über 20 Jahren. Kurz vor dem Kriege sei es soweit gewesen, daß man sich hinsichtlich des Platzes geeinigt habe. Das Bismarck-Denkmal solle nicht den allzuvielen Denkmälern in Deutschland ein neues hinzufügen, sondern in unserer Zeit ein Symbol sein von größtem ideellen Wert. Der Bau solle eine Sache des ganzen Vaterlandes sein. ‚So wie Bismarck war, furchtlos und treu und echt deutsch bis ins Mark, wollen wir den Glauben wecken und wachhalten an die deutsche Zukunft.‘“ – Schon vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatten sich die damaligen Initiatoren auf ein Bismarck-Denkmal auf den Höhen über Bingerbrück verständigt; u. a. wegen des Krieges war das Denkmal nicht mehr zur Ausführung gelangt.

[5] Zu dieser „Vereinigung“ (gemeint ist der „BND“) vgl. oben Anm. 1.

auch der steinerne Bismarck soll nur auf ein freies Rheinland[6] herniedersehen.

Lassen Sie mich, wenn ich eine kurze Schlußansprache halten darf, die Frage stellen, **In welchem Geiste Bismarck wirken würde in einem Deutschland der Gegenwart.** Ich glaube, er würde dann nicht träumend resignieren in dem Erinnern an die einstige Größe, er würde **aufrufen zur Tat, um wieder aufzubauen,** soweit es möglich ist. Die Tat, die in die Zukunft schaut, will ein Symbol und das Symbol soll Bismarck sein[7]. Bismarck sah nicht nur den Si[e]g, den Triumph. Er sah weiter in die Zukunft. Er sah ein **Oesterreich, das an Preußens Seite einmal stehen mußte.**

Er wollte nicht das Großpreußen, sondern die **Versöhnung mit Süddeutschland.** Maßhalten auf der Höhe des Triumphes ist vielleicht schwerste Kunst des Menschenherzen. Damals hat sein König[8] ihm einen bitteren Brief geschrieben, worin stand, daß der Ministerpräsident in der Stunde der Gefahr sich von ihm gewandt hätte. Bismarck hat aus dem Kampf neue Kräfte gewonnen und sich stark gemacht. Das ist das große an dem alten Kaiser, daß alle diese Gegensätze ihn nicht wankend machen konnten in dem Verstehen und in dem Ertragen des großen Mannes an seiner Seite. Auf die Abschiedsgesuche Bismarcks antwortete er: „Niemals!“[9]

Nun lassen Sie uns heute das eine fragen: **Was lehrt uns diese ganze Zeit?** Ich glaube, sie lehrt uns das eine, was Bismarck von seinem Leben sagte: **Arbeiten und Kämpfen, um vorwärts zu kommen[10].** Ueber das Trennende hinweg die Kräfte darauf zu lenken, die Trümmer nicht liegen zu lassen, sondern **neu aufzubauen.**

---

[6] Stresemann spricht hier indirekt die noch vorhandene Besetzung der beiden südlichen Rheinlandzonen an. – Zum Stand der deutschen Bemühungen um deren Räumung und zur Haltung Stresemanns in dieser Frage vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns im Ministerrat beim Reichspräsidenten in Berlin vom 15. März 1927.

[7] In der Wiedergabe in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 158 (Abendausgabe) vom 4. April 1927, die an sich kürzer ist, folgt – vermutlich hier anschließend – die Passage: „In der Geschichtsschreibung werden die Dinge oft so hingestellt, als hätte sich alles automatisch ergeben. Wie schwer war es für Bismarck, seinen Weg zu gehen, um Größe und Maßhalten zu gleicher Zeit bei sich zu vereinen. Dieser Kampf hat auch nicht aufgehört in der Zeit nach der Gründung des Reiches. Unendlich klein und kleinlich ist man dem großen Begründer des Reiches gegenüber verfahren. Oft hatte er in seinen schlaflosen Nächten von sich gesprochen: ‚Ich habe die ganze Nacht gehaßt.‘ Art und Unart des deutschen Volkes schaffen Persönlichkeiten. Wer nicht eine große Anzahl von Feinden gehabt hat, der hat wahrscheinlich nicht viel geleistet in seinem Leben. Als die Militärs bei dem Bruderkrieg mit Oesterreich den Kampf bis zur letzten Konsequenz durchführen wollten, da war Bismarck dagegen.“

[8] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888; Deutscher Kaiser 1871–1888. – Zu Bismarcks eigener Darstellung über die nachfolgend angesprochenen Auseinandersetzungen in Nikolsburg 1866 mit Wilhelm I. und den preußischen Militärs über die Frage zusätzlichen Territorialerwerbs vgl. [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 15: Erinnerung und Gedanke. [Hrsg. v.] Gerhard Ritter [...]. Berlin 1932, S. 276–280.

[9] In der Wiedergabe in TÄGLICHE RUNDSCHAU (vgl. oben Anm. 7) folgt – vermutlich hier anschließend – die Passage: „Bismarck sagte einmal: 20 Jahre nach meinem Tode möchte ich einmal auferstehen und sehen, was aus Deutschland geworden ist. Als diese 20 Jahre verflossen waren, war das Reich vernichtet.“

[10] Das betreffende Zitat konnte für Bismarck nicht ermittelt werden.

Das ist die Aufgabe dieser Gegenwart. Es geht nicht mehr, zu sagen: Wie schön war es einst. Es gilt für uns die Hände zu rühren für ein neues Deutschland. Fragen Sie die Menschen über dem Meer: ein großes Staunen und Verwundern geht durch die Welt, für das, was an Lebenskraft in diesem Volk liegt, dem man so viel genommen hatte.

Wir sehen, wie **hanseatischer Geist** Neues geschafft, um eine **deutsche Handelsflotte** wieder erstehen zu lassen[11]. Sie sehen die Leute, die groß dastanden, klein wieder anfangen, um nicht unterzugehen. Wenn man dies betrachtet, dann zeigen auch diese wenigen Jahre, in denen Fieber das deutsche Volk erschütterte, **was wir schaffen können, wenn wir, frei von innerpolitischen Kämpfen, einmal Hand anlegen, um wieder in die Welt zu kommen.**

Denen die uns kränkten, werden wir zurufen, daß wir **den geistigen Kampf mit ihnen aufnehmen,** und wir haben ihn schon geführt nicht ohne Erfolg. Ueber diesem Kampf stehen die Worte „Sieg oder Unsieg steht in Gottes Hand, der Ehre sind wir selber Herr und König!“[12] Das ist die Grundlage der moralischen Stellung Deutschlands in der Welt. **Wir glauben, daß wir ein Volk der Zukunft sind.** Lassen Sie uns arbeiten im Sinne Bismarcks. Wenn es einen Sinn der Weltgeschichte gibt, dann wird auch eine Antwort auf den Ruf kommen: **„Herr, mach’ uns frei!“[13]**

---

[11] Deutschland hatte in Ausführung des Versailler Vertrags (Anl. III zu den Reparationsbestimmungen: VERTRAG VON VERSAILLES S. 118–120) einen Großteil seiner Handelsflotte auszuliefern. Inzwischen war ein Anteil der abgelieferten Schiffe durch Neubauten ersetzt worden.

[12] Stresemann bezieht sich offenbar (vgl. unten die Rede in der Bremerhavener Stadthalle vom 30. April 1927) auf eine Inschrift, die die Reichshauptbank auf einer Gedenktafel angebracht hatte, die der gefallenen und verwundeten Reichsbankbediensteten gedachte (vgl.: Die Reichsbank 1901–1925. Berlin [o.D.], S. 182). Das Zitat selbst entstammt wohl Wilhelm Kubes 1920 verfaßtem Drama „Totila“ über den König der Ostgoten.

[13] Letzteres ist wohl ein Zitat aus einer Nachdichtung Josef Weyls des „Niederländischen Dankgebets“. – Die Vorlage schließt die Berichterstattung zur Rede mit den Worten: „Nachdem der brausende Beifall nach der Rede Dr. Stresemanns verklungen war, sang die Festversammlung gemeinsam das Niederländische Dankgebet.“

Rede auf einer Versammlung der Parteibeamten der DVP in Berlin vom 4. April 1927[1]

Nach NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 66 vom 6. April 1927. – Drucke (mit kleinsten Abweichungen) ebenfalls in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 159 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 159 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 159 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927, S. 1; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 254 (Abendausgabe) vom 5. April 1927; WIENER ZEITUNG, Nr. 80 vom 6. April 1927, S. 7. – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 161 (Abendausgabe) vom 5. April 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22470 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927, S. 4; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 306–307; SCHULTHESS 68 (1927), S. 82.

Dementiert, daß er sich am Vortag grundsätzlich gegen ein Konkordat ausgesprochen habe; angesichts von Länderkonkordaten stelle sich aber die Frage nach deren Beziehung zu einem Reichskonkordat. Die DVP wird für die Gewissensfreiheit eintreten.

Die Berichte über meine Rede zu den kulturellen Fragen[2] tragen ganz überwiegend die Ueberschrift, daß diese Rede eine Kampfansage gegen den Gedanken ei-

---

[1] In der Vorlage heißt es in einem Artikel mit der Überschrift „Zu den Auseinandersetzungen über die Konkordatsfrage“ einleitend: „Auf der am 4. und 5. April in Berlin tagenden Versammlung der Parteibeamten der Deutschen Volkspartei hielt der Reichsaußenminister Dr. Stresemann ein Referat über die Außenpolitik. Anläßlich dieser Ausführungen nahm Dr. Stresemann auch Veranlassung, zu den Berichten über seine Rede auf der kulturpolitischen Tagung der Partei Stellung zu nehmen und führte dazu folgendes aus:“ – Vermutlich handelt es sich bei der Vorlage nur um eine Teilwiedergabe der Rede Stresemanns.

[2] Gemeint ist seine Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 3. April 1927 (vgl. diese Edition). – Zu den angesprochenen Berichten vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 160 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927 (mit der Überschrift: „Der Vorstoß Stresemanns. Gegen die Regierungs-Koalition“); BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 159 (Morgenausgabe) vom 5. April 1927, S. 1 (dort auch eine Stellungnahme des Zentrums); BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 159 (Abendausgabe) vom 4. April 1927 (zwei Artikel mit den Überschriften: „Stresemann gegen ein Konkordat“ bzw. „Das Zentrum ist außerordentlich verschnupft über Stresemanns Rede“). – Zum Zustandekommen der hier wiedergegebenen Rede aus der Erkenntnis, daß offenbar die Fortexistenz der Koalition bedroht war, vgl. auch die Ministerbesprechung vom 4. April 1927 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 672–675 mit den Anm.) sowie Stresemanns eigene Aufzeichnung vom 5. April 1927 (STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 268–269); ebenfalls das Telegramm Stresemanns an die Botschaft beim Heiligen Stuhl vom 4. April 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 125–126). – Laut der Tagebucheintragung Feders vom 4. April 1927 behauptete Zechlin, er habe Stresemann zu der hier wiedergegebenen Rede veranlaßt, um „seine gestrige Rede zu korrigieren“ (FEDER S. 118). – Die BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 162 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927, sowie das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 162 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927, verbreiteten, von „gutunterrichteter Seite“ gehört zu haben, daß Marx zur Einberufung der Ministerbesprechung durch eine Intervention des Nuntius Pacelli in Reaktion auf Stresemanns Rede vom 3. April 1927 veranlaßt worden sei.

nes Konkordats[3] gewesen sei. Das widerspricht den Tatsachen, wie diejenigen von Ihnen, die auch an der kulturpolitischen Tagung teilgenommen haben, am besten feststellen können. Wie auch aus den gekürzten Berichten über meine Rede hervorgeht, habe ich an den Anfang meiner Ausführungen den Gedanken gestellt, daß die Frage des Konkordats nicht von prinzipiellen Gesichtspunkten aus gelöst werden solle, sondern daß man diese Dinge praktisch ansehen müsse. Nachdem in Bayern ein Konkordat abgeschlossen sei[4] und man in Preußen über ein Konkordat verhandle[5], stehe man bezüglich der Frage des Reichskonkordats nicht mehr ohne Bindungen da und habe zu der Frage des **Reichskonkordats neben den Landeskonkordaten** oder **anstelle von Landeskonkordaten** Stellung zu nehmen. Gegenüber der prinzipiellen Ablehnung eines Vertragsabschlusses zwischen dem Staat und der Kurie überhaupt habe ich darum ersucht, die Frage leidenschaftslos zu behandeln und die weitere Entwicklung abzuwarten. Ich befinde mich in meiner Stellung zu dem Gedanken eines Reichskonkordats, zu dem ich als Mitglied des Kabinetts bereits Stellung zu nehmen hatte[6], in vollkommener Uebereinstimmung mit den Erklärungen, die der Reichskanzler[7] seinerzeit über den Stand dieser Dinge und ihre Entwicklung abgegeben hat.

Der zweite Teil meiner Rede, der sich auf die Entwicklung der kulturellen Verhältnisse im Reich und in den Ländern bezog, war nicht auf den Gedanken des Konkordats in erster Linie oder allein abgestellt, sondern umfaßte entsprechend der Tages-

---

[3] Pläne für ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl waren bereits früher erörtert worden; am 7. Februar 1927 hatte die Reichsregierung in einer Presseerklärung diese bisherige Behandlung rekapituliert, jedoch angesichts von Pressespekulationen dementiert, daß von seiten des aktuellen Kabinetts bereits Verhandlungen geführt worden seien (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 674, Anm. 3).

[4] Am 29. März 1924 war ein Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern geschlossen worden, das am 15. Januar 1925 in Kraft trat (Text in STAAT UND KIRCHE IV, S. 299–305).

[5] Auch Preußen befand sich seit 1926 in Besprechungen mit dem Nuntius über den Abschluß eines preußischen Konkordats; nach Pressespekulationen und Beratungen im preußischen Landtag am 15. März 1927, in deren Verlauf die DDP eine Vertagung der Konkordatsverhandlungen bis auf die Zeit nach dem Beschluß über ein Schulgesetz befürwortet und die DVP jegliches Konkordat abgelehnt hatte (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 126 [Morgenausgabe] vom 16. März 1927), hatte Kultusminister Becker am Folgetag die Erklärung abgegeben, die Frage eines Konkordats sei erst im Stadium der Prüfung (ebd., Nr. 127 [Abendausgabe] vom 16. März 1927).

[6] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die oben Anm. 2 erwähnte Ministerbesprechung vom gleichen Tag.

[7] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Mit den Erklärungen Marx' meint Stresemann wohl die oben Anm. 3 erwähnte Presseerklärung.

ordnung dieser kulturpolitischen Tagung[8] die Stellung der Deutschen Volkspartei überhaupt gegenüber einer etwaigen Entwicklung, die **wichtige Grundsätze der Gewissensfreiheit** aufgeben könnte. Demgegenüber habe ich den der Oeffentlichkeit bekannten programmatischen Standpunkt der Deutschen Volkspartei vertreten, der bereits wiederholt zum Ausdruck gekommen ist, und habe darauf hingewiesen, daß im Falle einer solchen Entwicklung die Deutsche Volkspartei die Verpflichtung hätte, führend an der Abwehr derartiger Bestrebungen mitzuwirken.

[8] Zum Programm und Verlauf der kulturpolitischen Tagung der DVP vom 2. und 3. April 1927 in Berlin vgl. die Berichterstattung in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 65 vom 5. April 1927.

Debattenbeiträge im Reichstag vom 5. April 1927[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. 10506–10507 u. 10508. – Druck (mit Abweichungen) auch in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 161 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927. – Teildrucke (unterschiedlicher Länge und teilweise mit kleineren Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 161 (Abendausgabe) vom 5. April, u. Nr. 162 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 160 (Abendausgabe) vom 5. April 1927, S. 2; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 162 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 255 (1. Morgenausgabe) vom 6. April 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 255 (1. Morgenblatt) vom 6. April 1927, S. 2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 161 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22471 (Morgenausgabe) vom 6. April 1927, S. 4; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 268; SCHULTHESS 68 (1927), S. 82–83; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 129–130; AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 675, Anm. 4.

Beantwortet Fragen: Angesichts von Länderkonkordaten muß erwogen werden, wie diese sich zu einem Reichskonkordat verhalten sollen. Will angesichts schwebender Verhandlungen nichts zur albanischen und chinesischen Frage sagen. Er persönlich ist für ein Reichskonkordat, sobald auch Preußen ein Konkordat abschlossen haben wird.

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Herren! Der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid[2] hat im Eingang seiner Ausführungen dem Wunsch Ausdruck gegeben, daß das Auswärtige Amt in manchen Dingen schneller zur Stelle sein möchte als der Herr Reichsaußenminister. Ich darf vielleicht darauf hinweisen, daß seit längerer Zeit für den heutigen Vormittag im Auswärtigen Amt die Verhandlungen mit den Vertretern der saarländischen Bevölkerung angesetzt waren[3], und daß es mir nicht richtig schien, diese Herren, die nach Berlin gekommen waren, mit dem Bemerken zurückzuschicken, daß ich im Reichstag warten müßte, bis mein Etat an die Rei-

---

[1] Stresemann beteiligte sich mit diesen Beiträgen an der dritten Beratung des Reichshaushalts und dort an der Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes.

[2] Rudolf Breitscheid (1874–1944), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die USPD 1920–1922, für die SPD 1922–1933). – Die nachfolgend angesprochenen Ausführungen Breitscheids beziehen sich auf dessen vorangegangenen Debattenbeitrag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. 10504–10508) und denjenigen seines Fraktionskollegen Müller-Franken (ebd., S. 10504), der die Abwesenheit Stresemanns moniert und die Unterbrechung der Sitzung beantragt hatte. Nach zehnminütiger Unterbrechung erschien Stresemann, was Breitscheid zum Kommentar veranlaßte, man hoffe, „daß das Auswärtige Amt im Bedarfsfalle schneller zur Stelle ist als der Außenminister bei der Beratung seines Etats."

[3] Zu den betreffenden Verhandlungen konnte nichts ermittelt werden.

he käme.

Der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid ist auf Ausführungen von mir zu sprechen gekommen[4], von denen er sagte, daß ich sie als Privatmann gemacht hätte, und hat die Frage an mich gerichtet, ob ich als Außenminister die **Zurückweisung des Reichskonkordats[5]** aus grundsätzlichen Erwägungen für wünschenswert hielte. In meiner Stellung zu dieser Frage besteht in keiner Weise eine Divergenz zwischen dem Außenminister und dem Parteiführer. Ich habe gegenüber der Forderung einer grundsätzlichen Ablehnung des Reichskonkordats darauf hingewiesen, daß es sich meines Erachtens um eine ganz andere Situation handle, nachdem Länderkonkordate teils abgeschlossen[6], teils in Vorbereitung[7] sind, und habe gebeten, diese Frage doch leidenschaftslos zu prüfen und die weitere Entwicklung in Preußen abzuwarten. Ich befinde mich in dieser meiner Auffassung in vollkommener Übereinstimmung mit der Erklärung, die die Reichsregierung seinerzeit über den Stand der Konkordatsfrage abgegeben hat[8].

Weiter hat der Herr Abgeordnete Dr. Breitscheid mir die Anregung gegeben, hier über den **Stand der albanischen Frage[9]** – wenn ich sie so nennen darf – zu spre-

---

[4] Breitscheid hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2) zwar keine konkrete Rede Stresemanns angesprochen, sich aber offenbar auf dessen Rede auf der Kulturtagung der DVP in Berlin vom 3. April 1927 (vgl. diese Edition) bezogen.

[5] Pläne für ein Reichskonkordat mit dem Heiligen Stuhl waren bereits früher erörtert worden; am 7. Februar 1927 hatte die Reichsregierung in einer Presseerklärung diese bisherige Behandlung rekapituliert, jedoch angesichts von Pressespekulationen dementiert, daß von seiten des aktuellen Kabinetts bereits Verhandlungen geführt worden seien (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 674, Anm. 3).

[6] Dies bezieht sich auf das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Bayern, das am 29. März 1924 abgeschlossen worden war und am 15. Januar 1925 in Kraft trat (Text in STAAT UND KIRCHE IV, S. 299–305).

[7] Stresemann bezieht sich hier darauf, daß Preußen seit 1926 sich in Besprechungen mit dem Nuntius über den Abschluß eines preußischen Konkordats befand; nach Pressespekulationen und Beratungen im preußischen Landtag am 15. März 1927, in deren Verlauf die DDP eine Vertagung der Konkordatsverhandlungen bis auf die Zeit nach dem Beschluß über ein Schulgesetz befürwortet und die DVP jegliches Konkordat abgelehnt hatte (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 126 [Morgenausgabe] vom 16. März 1927), hatte Kultusminister Becker am Folgetag die Erklärung abgegeben, die Frage eines Konkordats sei erst im Stadium der Prüfung (ebd., Nr. 127 [Abendausgabe] vom 16. März 1927).

[8] Vgl. oben Anm. 5.

[9] Breitscheid hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2) an Stresemann die „Frage [...] nach dem Stande der Dinge in Albanien, nach dem Stand der Beziehungen insbesondere zwischen Italien und Jugoslawien“ gerichtet. Hintergrund war, daß Italien am 18. März 1927 eine Zirkularnote versandt hatte, in der es auf jugoslawische militärische Vorbereitungen für einen Schlag gegen Albanien hinwies und darauf, daß es einem Angriff Jugoslawiens auf Albanien, mit dem es durch einen Freundschaftsvertrag verbunden sei, nicht tatenlos zusehen werde (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 321). Wegen des französisch-jugoslawischen Bündnisvertrags drohten militärische Aktionen zu Weiterungen zu führen. Daher war es zu Verhandlungen seitens Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands über die mögliche Beilegung der Krise gekommen, wobei zuletzt ein zwischen England und Frankreich abgestimmter Vorschlag zur Debatte stand, eine von diesen beiden Mächten und von Deutschland beschickte Offizierskontrollkommission zur Beobachtung des jugoslawisch-

chen. Ich halte das nicht für wünschenswert. Es finden gegenwärtig Verhandlungen über eine Regelung statt, die die Sicherheit geben soll, daß der Friede zwischen den beiden beteiligten Mächten, die für die albanische Frage insonderheit in Betracht kommen, und daß die albanische Unabhängigkeit erhalten wird. Wir sind unterrichtet[10] über Besprechungen, Verhandlungen, Sondierungen, die hierüber zwischen verschiedenen Mächten, auch unter Beteiligung Deutschlands, stattfinden. Ich bin aber nicht in der Lage – und bitte, das zu verstehen –, im gegenwärtigen Moment im Plenum des Reichstags darüber zu sprechen. Ich bin dagegen gern bereit, in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, die ja übermorgen stattfindet, in der unter anderem auch die chinesische Frage[11] auf der Tagesordnung steht, jede mögliche Auskunft zu geben, die ich in einem vertraulichen Ausschuß geben kann. Nur auf eines darf ich hinweisen, Herr Dr. Breitscheid, daß **Waffenlieferungen nach China** im Einverständnis mit der Reichsregierung nicht stattgefunden haben. Ich bin auch bereit, über das, was die Reichsregierung gerade in dieser Beziehung getan hat, um Übelständen, die ihr bekannt geworden sind, abzuhelfen[12], im Auswärtigen Ausschuß Rede und Antwort zu stehen.

[...][13]

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich habe mich vorhin bei meinen Ausführungen auf die Erklärung berufen, die seinerzeit seitens des Herrn Reichskanzlers[14] durch eine Erklärung in Wolffs Telegraphen-

---

albanischen Grenzgebiets zu entsenden, um zwischenzeitlich Italien und Jugoslawien Zeit für Verhandlungen zur friedlichen Beilegung ihres Konflikts zu geben (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 31. März 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 107–109; zur deutschen Haltung zu diesem Vorschlag die Aufzeichnung Schuberts vom 2. April 1927: ebd., S. 117–120). – Zur Rekapitulation der Entwicklung des Konflikts und der internationalen Verhandlungen vgl. auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 7. April 1927: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 124–128.

[10] Vgl. die vorangehende Anm.

[11] Breitscheid hatte in seinem Debattenbeitrag (vgl. oben mit Anm. 2) in Anknüpfung an Vorwürfe von seiten der KPD gefragt, ob Deutschland im chinesischen Bürgerkrieg Waffen geliefert habe.

[12] Vgl. dazu die Aufzeichnung Schubert vom 2. April 1927, wonach er den russischen Botschafter von einer Vereinbarung mit den in Frage kommenden deutschen Reedern informiert habe, „daß diese Reeder keine Waffen und keine Munition nach China befördern sollten“ (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 123–125).

[13] Nach einem kurzen Debattenbeitrag des nationalsozialistischen Abgeordneten Reventlow (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. S. 10507) sprach der DDP-Abgeordnete Dietrich und forderte von Stresemann, er müsse „Farbe bekennen“ und erklären: „Will der Herr Außenminister [...] ein Konkordat bekämpfen, will er ein Reichskonkordat, oder will er ein Länderkonkordat, oder will er gar kein Konkordat?“ (ebd., S. 10507–10508).

[14] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsit-

Bureau über den Stand der Dinge abgegeben worden ist. Wenn der Herr Abgeordnete Dietrich[15] diese Erklärung sich in sein Gedächtnis zurückführen will, so wird er daraus auch das eine ersehen, daß darin ausdrücklich stand, daß diese ganzen Verhandlungen sich in den Anfangsstadien der Beratungen der Ressorts befinden.

(Zuruf links: Wir möchten Ihre Absicht kennen lernen!)

Ich bin infolgedessen nicht in der Lage, über die weitere Entwicklung dieser Dinge hier eine Erklärung abzugeben, zumal sie doch davon abhängt, wie die Verhältnisse in bezug auf die Verhandlungen zwischen Preußen und dem Vatikan[16] ihren Fortgang nehmen.

Wenn Sie meine persönliche Auffassung wissen wollen, so mache ich kein Hehl daraus, daß ich, nachdem mit Bayern ein Konkordat abgeschlossen worden ist[17], nachdem wir eventuell vor dem Abschluß eines Konkordats zwischen Preußen und dem Vatikan stehen, der Meinung bin, daß es wünschenswert ist, ein **Reichskonkordat** abzuschließen.

(Lebhafte Rufe links: Hört! Hört!)

– Ich weiß nicht, warum Sie „Hört! Hört!“ rufen.

(Zuruf links: In der Sonntagsrede[18] hieß es anders!)

Es ist jedenfalls durchaus wünschenswert, daß über gewisse Rahmenbestimmungen auch das Reich Entscheidung trifft, und diese Dinge können durchaus nebeneinander- und miteinandergehen.

(Sehr richtig! im Zentrum.)

Die Stellung im einzelnen wird davon abhängen, welchen Inhalt diese Verhandlungen seinerzeit beim Endergebnis haben werden.

(Sehr richtig! im Zentrum. – Heiterkeit und Zuruf links: Nun wissen wir Bescheid!)[19]

---

zender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926). – Mit den Erklärungen Marx' meint Stresemann wohl die oben Anm. 5 erwähnte Presseerklärung.

[15] Hermann Dietrich (1879–1954), Reichsernährungsminister 28. Juni 1928 – 1930; Reichswirtschaftsminister 1930; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die DDP 1919–1930, für die Staatspartei 1930–1933). – Zu seiner vorherigen Äußerung vgl. oben Anm. 13.

[16] Vgl. oben mit Anm. 7.

[17] Vgl. oben mit Anm. 6.

[18] Gemeint ist die Rede vom Sonntag, dem 3. April 1927 (vgl. oben Anm. 4).

[19] Zum Schluß der betreffenden Debatte wird der Haushalt des Auswärtigen Amtes mit kleineren Änderungen beschlossen (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. 10508–10509).

Vortrag im Deutschen Bühnenclub in Berlin vom 24. April 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 363–376.

Geht den Fragen nach, was Goethe mit seinem „Hauptgeschäft“ meinte und wie es sich mit der Geschichte vom „Kästchen“ in „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ verhält. Er fragt sich, ob es sich um ein unbekanntes Manuskript Goethes handeln könne, das in so etwas wie einem Kästchen versteckt sein könnte.

Rätsel um Goethe

Ich bin Ihnen um so dankbarer, daß Sie vor Beginn des Vortrages Beifallsäußerungen von sich geben, als ich nicht weiß, ob am Schluß der Ausführungen das auch der Fall sein wird. Wollen Sie mir gestatten, hier nicht, wie ich es sonst gewohnt bin, stehend zu sprechen, weil ich bei meinem Vortrag, den ich halten möchte, gezwungen bin, auf manches Material zurückzugreifen, welches ich verlese, und ich glaube, daß das so besser sein kann.

Darf ich zu dem Thema ein Wort einleitend sagen? Das Thema kann den Eindruck erwecken, als wenn es irgendwie beabsichtige, Rätsel, die in der Persönlichkeit Goethes[2] liegen, hier vor Ihnen darzustellen. Ich glaube, die Behandlung eines solchen Themas wäre ein Unterfangen. Das Leben Goethes, vielleicht eines der interessantesten Leben, die in der Geschichte der Literatur ausgebreitet vor uns liegen, genügt wohl, um sich ein ganzes Dasein damit zu beschäftigen. Aber anmaßend wäre es, in irgendeiner kurzen Stunde von dem sprechen zu wollen, was gerade in dem Wesen dieser Persönlichkeit an Geheimnisvollem und Unausgesprochenem liegt. Vielleicht ist niemals das Leben eines Menschen bis auf den einzelnen Tag so Gegenstand von Betrachtungen, von Darlegungen gewesen wie Goethes Leben. Es gehört schon sehr viel dazu, daß eine Persönlichkeit nicht darunter leidet, wenn man bis in die

---

[1] In der Vorlage (S. 363) findet sich als Vorbemerkung des Herausgebers: „Am 24. April 1927 spricht Stresemann im Deutschen Bühnenklub (abends 1/2 11 Uhr). Nach einer Ansprache des Klubpräsidenten Emil Rameau, der in Stresemann das langjährige und vertraute Klubmitglied unter lebhaftem Beifall begrüßt, ergreift Stresemann das Wort. Der Vortrag selbst sollte als Grundlage für eine im Deutschen Bühnenklub geplante Diskussion über das darin behandelte Thema dienen. Infolge Stresemanns großer Inanspruchnahme, später infolge seiner Erkrankung, ist es nicht mehr dazu gekommen.“ – Der Vortrag wird dann unter dem möglicherweise vom Herausgeber ergänzten Titel „Rätsel um Goethe“ wiedergegeben. – Veranstalter ist wohl der 1903 gegründete „Deutsche Bühnen-Klub Berlin“, ein Verein von Mitgliedern und Unterstützern der Berliner Theater im Rahmen des Deutschen Bühnenklubs.

[2] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

kleinsten Details der Tagesstunden durchforscht, was sie im einzelnen getrieben hat. Trotzdem wird bei alledem, was die Biographie über Goethe schreibt und immer weiter schreiben wird – wenn die Könige bau'n, haben die Kärrner zu tun[3] –, das letzte Unausgesprochene nur von uns empfunden, niemals gewußt werden können.

Was allein in seinem Verhältnis zu den Frauen liegt, die eine Rolle in seinem Leben spielten, was Sesenheim[4] ihm bedeutet hat, wie seine Beziehungen zu Charlotte von Stein[5] waren, was ihm Christiane Vulpius[6] war – Sie wissen, daß darüber allein eine bergehohe Literatur angeschwollen ist. Und doch stellt man manchmal fest, daß Einzelheiten, die man bekannt glaubt, auch den in Deutschland anerkanntesten Goetheforschern unbekannt sind.

Ich wurde gestern im Klub danach gefragt, ob etwa das Thema bedeute, daß ich die vielumstrittenen Beziehungen zu Charlotte von Stein behandeln wolle. Das ist nicht der Fall. Aber ich darf vielleicht zu diesem Thema einen Beitrag liefern, der, wie ich jüngst selbst bei Dr. Kippenberg[7] sah, der wohl die größte Bibliothek besitzt, unbekannt war. Irgendwo finden Sie in dem Briefwechsel zwischen Goethe und Charlotte von Stein einen anscheinend ganz harmlosen Satz: „Ich sende Dir etwas, was man nur einmal in seinem Leben erhält."[8] Und doch ist dieser Satz ein ganz großes Geständnis der Beziehungen zu dieser Frau. Goethe war damals als Mitglied in die Loge Amalia in Weimar[9] aufgenommen. Nach dem Brauch seiner Loge hatte er bei seiner Aufnahme drei Paar Handschuhe erhalten: ein Paar weiße Handschuhe, die er tragen sollte bei der Arbeit in der Loge; das zweite Paar, von dem er bestimmen sollte, daß sie über seine Hände gezogen würden nach seinem Tode, wenn er im

---

[3] Stresemann zitiert hier eine der im Briefwechsel zwischen Goethe und Schiller entstandenen epigrammatischen „Xenien" Schillers, nämlich „Kant und seine Ausleger" (Text u. a. in: Friedrich Schiller. Werke und Briefe in zwölf Bänden. [...] Bd. 1. Frankfurt a. M. 1982, S. 280).

[4] Während seines Studiums in Straßburg hatte Goethe eine Liebesbeziehung mit der Sessenheimer Pfarrerstochter Friederike Brion.

[5] Charlotte Freifrau von Stein (1742–1827), Hofdame der Herzogin Anna Amalia von Sachsen-Weimar-Eisenach; enge Freundin und Vertraute Goethes.

[6] Christiane Vulpius [seit 1806: von Goethe] (1765–1816), Geliebte Goethes seit 1788, seine Ehefrau seit 1806.

[7] Anton Kippenberg (1874–1950), deutscher Verleger und Goethe-Sammler; Leiter des Insel-Verlags 1905–1950.

[8] Ein Brief Goethes an Frau von Stein mit dieser Formulierung konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf den Brief Goethes an Frau von Stein vom 24. Juni 1780, in dem es heißt: „Ein geringes Geschenck, dem Ansehn nach, wartet auf Sie wenn Sie wiederkommen. Es hat aber das merckwürdige dass ich's nur Einem Frauenzimmer, ein einzigsmal in meinem Leben schencken kan." (Druck u. a. in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.] Bd. 29 [...]. Frankfurt a. M. 1997, S. 270.)

[9] Im Juni 1780 war Goethe in die Weimarer Freimaurer-Loge „Anna Amalia zu den drei Rosen" aufgenommen worden.

Grabe läge, und das dritte Paar, wie es der Brauch seiner Loge vorschrieb, zum Geschenk an die, die ihm am liebsten in seinem ganzen Leben sei. Dieser Brief war von der Übersendung dieses Paares Handschuhe begleitet. Das ist das Geständnis, daß er zu der Zeit, als er ihr die Handschuhe sandte, in ihr das liebste Geschöpf sah, das ihm überhaupt in seinem Leben beschieden war.

So liegt noch nach unendlich vielen Richtungen Unaufgeschlossenes vor uns. Heute möchte ich mich auf zwei Fragen begrenzen, die denjenigen, die sich mit Goethe beschäftigt haben, nicht fremd sein werden, und zwar möchte ich sie so formulieren:

Erstens: Haben diejenigen recht, die wie die meisten unserer Goetheforscher davon ausgehen, daß das, was Goethe in seinem Tagebuch[10] das **Hauptgeschäft** nennt, der Abschluß des Faust-Werkes[11] war? Ich habe kaum je gesehen, daß in irgendeinem Buche der geringste Zweifel daran bestanden hätte. Als beinahe selbstverständlich wird angenommen, daß diese kurzen, im Telegrammstil gehaltenen Notizen seines Tagebuches sich auf den „Faust“, und nur auf den „Faust“, beziehen.

Die zweite Frage, die ich erörtern möchte: Was bedeutet in dem zweiten Teil der „Wanderjahre“[12] die Hervorhebung jener Geschichte vom **Kästchen,** dessen Inhalt niemals bekanntgegeben wird? Ich las heute noch im Goethe-Handbuch[13] eine Kritik an Goethe. In dieser Kritik – soweit die Heiligen um Goethe es wagen sollten, eine Kritik auszusprechen – war gesagt worden, die ganze Handlung in den „Wanderjahren“, die an sich ja zu sehr skurril und in dem heutigen Umfange überhaupt nicht zu lesen ist – weil Goethe, um den Umfang, den er seinem Verleger[14] zugesagt hatte, auszufüllen, viele Novellen und Aphorismen angehängt hat, die an sich mit den „Wanderjahren“ nichts zu tun haben –, diese ganze Handlung der „Wanderjahre“ also werde noch unübersichtlicher dadurch, daß sich durch die ganze Geschichte der „Wanderjahre“ ein Briefwechsel und eine bedeutsame Erzählung über ein Kästchen

---

[10] Die Tagebucheintragungen Goethes in seinen letzten Lebensjahren sind, allerdings unvollständig, u. a. veröffentlicht in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 38 [...]. Frankfurt a. M. 1993.

[11] Goethe hatte 1808 den ersten Teil der Tragödie „Faust“ veröffentlicht (Text u. a. in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 7, T. 1. 4. Aufl. Frankfurt a. M. 1999, S. 11–199. Gemeint ist hier von Stresemann offenbar die ab 1825 wiederaufgenommene Arbeit an dem schließlich 1832 veröffentlichten „Faust. Der Tragödie zweiter Teil“ (Text ebd., S. 201–464).

[12] Gemeint ist Goethes 1821 erstmals veröffentlichter Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (Druck u. a. in Goethe. [Berliner Ausgabe.] Bd. 11. 3. Aufl. Berlin [O]/Weimar 1976, S. 7–516).

[13] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf das dreibändige, von Julius Zeitler herausgegebene „Goethe-Handbuch“, Stuttgart 1916–1918.

[14] Johann Friedrich Cotta (1764–1832), Verleger; er verlegte u. a. die Werke Goethes und Schillers.

hinzieht, und daß in dem Augenblick, als der Schlüssel gefunden ist und das Kästchen aufspringt, es sofort wieder von dem, der es öffnet, geschlossen wird, weil er der Meinung ist, daß es nicht Absicht des Besitzers wäre, seinen Inhalt sehen zu lassen, so daß er mit den Worten „An diesen Geheimnissen soll man nicht rühren“[15] das Kästchen wieder schließt. Die Kritik sagt: Was haben wir von einer solchen Erzählung, wenn sie abbricht, wo sie anfängt interessant zu werden, wenn wir nicht erfahren, was eigentlich diese Dinge bedeuten?

Ich darf darauf hinweisen, was mir Anregung gegeben hat, mich mit diesen beiden Fragen, die in einem ganz engen Zusammenhang miteinander stehen, zu beschäftigen.

Als die Nationalversammlung in Weimar tagte[16], sah ich in einem dortigen Buchladen ein Werk, das den Titel trug: „Goethes Vermächtnis“ von Else **Frucht[17].** Ich habe es während der Tagung der Nationalversammlung mit großem Interesse gelesen. Ich entsann mich dann, daß kurz vor Ausbruch des Weltkrieges dieses Buch erschienen war, im allgemeinen als Ausgeburt einer erregten Phantasie bespöttelt, weil es davon ausging, daß neben den bekannten Werken Goethes noch ein Manuskript vorhanden sein müsse, nach dem Willen des Dichters selbst der damaligen Gegenwart nicht unterbreitet, sondern dazu bestimmt, erst lange nach seinem Tode bekanntzuwerden. Der Großherzog von Sachsen-Weimar[18] gab, wie mir der Redakteur der Jenaer Zeitung[19] mitteilte, mit dem ich sehr befreundet bin, die Erlaubnis, in Goethes Gartenhaus Nachsuchungen zu halten. Sie wurden unternommen an der Stelle, wo die Kugel des guten Glücks steht. Sie waren ergebnislos. Ehe noch irgendwie zu dem Werke selbst die Öffentlichkeit sich äußern konnte, zu dem, wie ich glaube, bald darauf erschienenen zweiten Buche[20], brach der Weltkrieg aus, und kein Mensch hatte

---

[15] In leichter sprachlicher Abwandlung zitiert Stresemann hier aus „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (vgl. oben mit Anm. 12), S. 483.

[16] Die Verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung, die am 6. Februar 1919 in Weimar zusammentrat, tagte dort bis zum September des gleichen Jahres.

[17] Zu ihrer Person konnte nichts Näheres ermittelt werden. – Bd. 1 von Else Frucht: Goethes Vermächtnis, erschien erstmals München 1913; ein zweiter Band folgte 1914.

[18] Gemeint ist wohl Karl Friedrich (1783–1853), Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach 1828–1853.

[19] Eine „Jenaer Zeitung“ konnte nicht ermittelt werden. Entweder bezieht sich Stresemann auf die „Jenaische Zeitung“ oder auf das „Jenaer Volksblatt“. Auch der Name des Redakteurs konnte nicht ermittelt werden.

[20] Vgl. oben mit Anm. 17.

Interesse für die Darlegungen, und lediglich bei Lienhard[21] habe ich einmal einen kurzen Hinweis darauf gelesen.

Was in diesem Buche gesagt ist, interessiert nun nach zwei Richtungen hin.

Einmal nach der Richtung, die ich bezeichnete mit der Frage: Ist es denn so selbstverständlich, daß, wenn Goethe vom Hauptgeschäft spricht, er damit den „Faust“ meint? Ich muß sagen: Nach den Auszügen aus seinem Tagebuch ist diese Frage nicht unbedingt zu bejahen. Aus zwei Stellen des Goetheschen Tagebuchs selbst geht ganz klar hervor, daß er einmal vom „Faust“ und dann vom Hauptgeschäft spricht. Am 1. Januar 1828 trägt Goethe in sein Tagebuch ein[22]:

> „Faust dritte Szene abgeschlossen, Übergang zur vierten. Später etwas am Hauptgeschäft.“

Wenn man nicht annehmen will, daß Goethe diese Eintragung sehr oberflächlich gemacht hätte, und das ist sicherlich nicht der Fall, dann muß es doch auffallen, daß die Goetheforschung an dieser Eintragung einfach vorübergeht. Wer das Tagebuch kennt, weiß, daß es sich auf das Wesentlichste konzentriert, daß es in einer beinahe seltsam anmutenden Form in abgekürztestem Telegrammstil wiedergibt, was ihm an einem Tage auffällig war. Wenn hier eine so bedeutsame Etappe im „Faust“ vollendet ist – „Faust dritte Szene abgeschlossen, Übergang zur vierten“ –, wenn hier ganz genau gesagt wird, was er am „Faust“ an diesem Tage gearbeitet hat, und weiter hinzugefügt wird: „später etwas am Hauptgeschäft“, dann kann man nicht annehmen, daß Goethe vor Augen stand, das Hauptgeschäft sei die Arbeit am „Faust“, sonst wäre das vollkommen unlogisch und nicht zu verstehen.

In späteren Jahren hat Goethe seine Morgenarbeit – und das war ja nach seinem Geständnis das, was er sich in den Morgenstunden abrang, um den „Faust“ zu vollenden – mit den Worten „Poetisches“ bezeichnet. Fast stets findet sich in seinem Tagebuch, wo das Wort „Hauptgeschäft“ mehr und mehr verschwindet, das Wort „Poetisches“, fast jeden Morgen. Wir wissen, daß er damals nicht mit irgendwelchen Gedichten befaßt war, sondern daß das seine Arbeit am „Faust“ bezeichnete, wie

---

[21] Vermutlich meint Stresemann Friedrich Lienhard (1865–1929), deutscher Schriftsteller; er veröffentlichte verschiedene Schriften zur Weimarer Klassik, etwa 1909 „Das klassische Weimar“ und 1919 „Auf Goethes Pfaden in Weimar“.

[22] Die betreffende Tagebucheintragung, die Stresemann nachfolgend in leichter Abwandlung zitiert, ist gedruckt in: Goethe. Gesamtausgabe der Werke und Schriften in zweiundzwanzig Bänden [...]. Bd. 13 [...]. Stuttgart [ca. 1957], S. 477.

aus seinen Unterhaltungen mit Eckermann[23] hervorgeht. Am 2. Mai[24] schreibt er:

„Poetisches. Bedeutendes Mundum durch John[25]."

Das heißt: es ist ein Abschnitt vollendet, den er als bedeutsam ansah; John hat mundiert. Dann weiter:

„Das Hauptgeschäft durch alles dies nicht unterbrochen."

Zum zweiten Male kommt hier die ganze Diskrepanz, daß Goethe die ganze Arbeit am „Faust" in Gegensatz stellt zu etwas, was er als Hauptarbeit, Hauptgeschäft oder anders bezeichnet und was wir immer als „Faust" angesehen haben.

Nun kommen in dieser Zeit noch vor seinem Tode seltsame Briefe, die er an seine Freunde richtet, insbesondere sind das zwei Briefe, die er an Boisserée[26] geschrieben hat [8. September 1831][27]. Da spricht er von seinen Arbeiten und sagt darin – und hier ist es wohl unzweifelhaft, daß zunächst vom „Faust" die Rede ist:

> „ ... Da steht es nun, wie es auch geraten sei. Und, wenn es noch Probleme genug enthält, **keineswegs jede Aufklärung** darbietet, so wird es doch denjenigen erfreuen, der sich auf Miene, Wink und leise Hindeutung versteht. Er wird sogar mehr finden, als ich geben konnte.
>
> Und so wird denn das Manuskript endlich eingesiegelt, daß es verborgenbleibe und dereinst, wenn's glückt, die spezifische Schwere der folgenden Bände meiner Werke vermehren möge. Alles, was hierzu gehört, wird, sorgfältig redigiert und reingeschrieben, in einem aparten Kästchen verwahrt.
>
> Verzeihen Sie, wenn diese vielen Worte doch am Ende nichts Befriedigendes aussprechen. Möge das Ganze zu guter Stunde künftig zu Gesicht kommen."

Wenn Goethe, bei dem das „Faust"-Manuskript im Tischkasten lag, wohl versiegelt, aber für jedermann sofort greifbar, seinerzeit, als er gebeten wurde, zu fröhli-

---

[23] Johann Peter Eckermann (1792–1854), deutscher Dichter und Vertrauter Goethes. – Goethes Gespräche mit ihm sind u. a. überliefert in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. Münchner Ausgabe. Bd. 19. München 1986, S. 9–697.

[24] Die entsprechende Tagebucheintragung vom 2. Mai 1831 ist gedruckt in: Goethe. Gesamtausgabe [wie Anm. 22], S. 925.

[25] Johann August Friedrich John (1794–1856), Kammerdiener Goethes 1814–1832.

[26] Sulpiz Boisserée (1783–1854), deutscher Kunsthistoriker und Freund Goethes. – Druck des nachfolgend angeführten Briefs vom 8. September 1831 u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 38 [...]. Frankfurt a. M. 1993, S. 459–461; das Zitat: S. 460.

[27] So als Herausgeberergänzung in der Vorlage.

cher Geselligkeit in die oberen Räume zu kommen, seiner Schwiegertochter[28] sagte: „Ich darf nicht, ich muß vor meinem Tode den Faust vollenden“, und dann sagt, daß er am „Faust“ geschrieben habe, alles, was nun noch komme, sei ganz als Geschenk zu bewerten, wenn er seinem Freunde[29] mitteilte, daß der „Faust“ zu Ende komme, dann brauchte er nicht zu schreiben, daß er das Manuskript versiegle, „daß es verborgenbleibe und dereinst, wenn es glückt, die spezifische Schwere seiner Werke vermehren werde“. Der „Faust“ lag wohl eingesiegelt, aber ich habe niemals von einer besonderen Verwahrung in einem Kästchen gehört, und es wäre sehr interessant, wenn man wüßte, ob es existierte. Er selber, als er davon spricht, spricht nie von einem besonderen Kästchen, von dem, was dazu gehört. Und er sagt dann die ganz seltsamen Worte, weil er sich bewußt ist, etwas Eigenartiges zu sagen:

> „Verzeihen Sie, wenn diese vielen Worte doch am Ende nichts Befriedigendes aussprechen. Möge das Ganze zu guter Stunde künftig zu Gesicht kommen.“

Nun würde mir dieser Brief zwar eigenartig scheinen, weil ich immer davon ausgehe, daß Goethe jeden Satz im Alter überlegte, ebenso auch sein Wink, ihn als eigenartig zu empfinden; aber an denselben Boisserée ergeht noch ein zweiter Brief am 24. November 1831[30]. Da sagt er, nachdem er ihm zunächst mitgeteilt hat, daß der „Faust“ eingesiegelt wäre:

> „Als ich meinen abgeschlossenen ‚Faust‘ einsiegelte, war mir denn doch nicht ganz wohl dabei zumute; denn es mußte mir einfallen, daß meine wertesten, im allgemeinen mit mir übereinstimmenden Freunde nicht alsobald den Spaß haben sollten, sich an diesen ernst gemeinten Scherzen einige Stunden zu ergötzen und dabei gewahr zu werden, was sich viele Jahre im Kopf und Sinn herumbewegte, bis es endlich diese Gestalt angenommen. Sogar als Dichter, der sein Licht unter den Scheffel setzen will, mußt ich verzweifeln, indem ich auf die nächste unmittelbare Teilnahme Verzicht tat. Mein Trost ist jedoch, daß gerade die, an denen mir gelegen sein muß, alle jünger sind als ich und seinerzeit das für sie Bereitete und Aufgesparte zu meinem Andenken genießen werden. Nun aber

[28] Ottilie von Goethe (geb. Freiin von Pogwisch) (1796–1872), durch ihre Heirat 1717 mit August von Goethe Schwiegertochter J. W. von Goethes. – Ein Nachweis für den hier beschriebenen Wortwechsel zwischen ihr und Goethe konnte nicht ermittelt werden.

[29] Gemeint ist offenbar Boissereé (vgl. oben mit Anm. 26).

[30] Druck dieses Briefes vom 24. November 1831 u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 38 [...]. Frankfurt a. M. 1993, S. 488–491; Zitat: S: 490–491.

zu vollkommener Ausfüllung des weißen Raums noch ein Geschichtchen: Ich reiste durch eine Landschaft in Thüringen und fragte, ob nicht im Vorbeigehen etwas Bedeutendes zu sehen sei. Darauf erhielt ich eine bejahende Antwort und die Nachricht: es sei soeben auf dem Friedhofe ein sehr schönes Monument aufgestellt worden. Auf meine Erkundigung vernahm ich: der Ehrenmann, der sich solches setzen lasse, sei schon fünfzig Jahr gestorben, habe in seinem Testament eine bedeutende Summe ausgesetzt, zu welcher ein halb Jahrhundert die Interessen[31] geschlagen werden sollten. Nach Verlauf dieser Zeit hätten seine Erben von einem vorzüglichen Künstler ihrer Tage ihm ein Monument setzen zu lassen. Dies sei nun geschehen, und jedermann wallfahre zu dem Grabe des wackeren Mannes. Auch ich besuchte es alsobald, fand es dem antiken Geschmack sich nähernd, gar artig gedacht und gelungen, so daß dieser gute Mann, dem es eigentlich nicht um Ruhm, sondern nur um ein heiteres Andenken zu tun war, seinen Zweck wirklich erreicht hatte."

Es ist sehr interessant, die Antwort von Boisserée[32] [15. Dezember 1831][33] zu sehen. Denn aus dieser Antwort geht hervor, daß Boisserée vollkommen davon überzeugt ist, daß ihm Goethe dieses Geschichtchen nicht geschrieben hat, um den weißen Raum des Briefbogens auszufüllen, sondern daß dahinter mehr steckt:

„Was Sie mir wiederholt von dem Geheimhalten des letzten Teils Ihres ‚Faust' sagen, betrübt mich immer wieder. Es ist zwar sehr edel, ein Vermächtnis zu hinterlassen, und die Parabel, welche Sie in diesem Bezug von dem ehrsamen Thüringer erzählen, ist recht hübsch, aber schöner ist es doch, mit seinen Freunden zu genießen, was die Gunst des Himmels hervorzubringen vergönnt hat. Vor mehreren Monaten, als die Welt noch sehr traurig aussah, war freilich auch noch ein äußerer Grund zum Geheimhalten vorhanden, denn das kann man dem Dichter nicht zumuten, daß er sein Licht in Sturm und Ungewitter aufdeckt; nun aber, da sich der Himmel wieder erheitert, sollte er dasselbe nicht länger unter dem Scheffel halten."

Goethe hat noch zwei Briefe an Boisserée geschrieben nach dieser Zeit, ist aber

---

[31] Gemeint sind offenbar Zinserträge als alte Bedeutung von „Interessen".

[32] Druck u. a. in Sulpiz Boisserée: Briefwechsel/Tagebücher. Bd. 2 [...]. Göttingen 1970 [Nachdr. der Ausgabe Stuttgart 1862], S. 582–598; das nachfolgende Zitat: S. 585.

[33] So als Herausgeberergänzung in der Vorlage.

auf diese Bitte von Boisserée nicht eingegangen, hat auch mit keinem Wort dem widersprochen, daß diese seine Ausführungen über den Ehrenmann in Thüringen, der sein Monument erst fünfzig Jahre nach seinem Tode sich errichten ließ, etwa eine wahre Geschichte wäre. Es wäre übrigens ja auch festzustellen, ob im Jahre 1831 ein, wie es scheint, etwas bedeutendes Grabmonument errichtet wäre, wer im Jahre 1781 starb, der die Bestimmung hinterlassen hat, daß sein Grabmonument ihm zu seinem 50. Sterbetag errichtet werden sollte.

Dasselbe, was er nun hier an Boisserée, beinahe immer mit denselben Worten, schreibt, daß das spezifische Gewicht seiner folgenden Bände vermehrt werde, wie es auch damit werden möge, schreibt er auch an Meyer[34] in einem Brief, daß er sogar mehr finden werde, als man glaube, daß er geben könnte. Er schrieb in derselben Zeit vom „Faust“ an Zelter[35], daß es ein offenbares Rätsel bleiben solle, daß die Menschen fort und fort ergötze und ihnen zu schaffen mache; er schreibt auch in derselben Zeit an den Kanzler Müller[36]:

> „Ich spüre immer mehr die Neigung, das Beste, was ich gemacht habe und noch machen kann, zu sekretieren.“

Das zeigt, daß er in dieser Zeit sich mindestens mit dem Gedanken beschäftigt hat, Dinge, die ihn speziell angingen, nicht sofort der Öffentlichkeit mitzuteilen.

Ich darf darauf eingehen, was die Verfasserin dieses Buches [Else Frucht][37] aus dem Tagebuch weiter glaubt ersehen zu können. Ich bemerke, daß ich das alles referierend wiedergebe, ohne selbst für meine Person dazu Stellung zu nehmen. Die Verfasserin weist darauf hin, daß bei Goethe in den letzten Jahren seines Lebens eine tiefe Liebe erwacht sei für das, was er seinen „unteren Garten“ nennt, wo das kleine Gartenhaus an der Ilm steht. Nun macht sie darauf aufmerksam – ich zitiere ungern, zumal die Worte sich immer wiederholen; ich bitte, das in Goethes Tagebuch selbst nachzulesen – daß stets in der Frühe Goethe sich nach dem Gartenhaus be-

---

[34] Heinrich Meyer (1760–1832), Schweizer Kunstschriftsteller und Zeichner; Freund Goethes. – Der nachfolgend angesprochene Brief vom 20. Juli 1831 findet sich u. a. im Anhang des „Faust“ veröffentlicht (vgl. oben mit Anm. 11, dort S. 804–805).

[35] Carl Friedrich Zelter (1758–1832), deutscher Komponist und Dirigent; Freund Goethes. – Der nachfolgend angesprochene Brief ist derjenige vom 1. Juni 1831 (Druck u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 38 [...]. Frankfurt a. M. 1993, S. 396–398).

[36] Friedrich von Müller (1779–1849), Staatskanzler des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach 1815–1848; Freund Goethes. – Tatsächlich ist das nachfolgend angeführte und sprachlich leicht abgewandelte Zitat nicht einem Brief, sondern einem Gespräch Goethes mit Müller vom 28. Juni 1830 entnommen, das in einer Aufzeichnung Müllers überliefert ist (Goethes Unterhaltungen mit dem Kanzler Friedrich v. Müller. Hrsg. v. C. A. H. Burkhardt. Stuttgart 1870, S. 144).

[37] So als Herausgeberergänzung in der Vorlage. – Vgl. oben mit Anm. 17.

gibt, daß Äußerungen kommen: „Gegen das Hauptgeschäft gewendet“, „das Hauptgeschäft angegriffen“, „einiges am Hauptgeschäft“ , „im Garten gewesen, das Bevorstehende bedacht, dazu Nützliches angegriffen“ und Ähnliches dieser Art; ich könnte das dutzendweise anführen. „Ich fuhr in den unteren Garten, einiges anzuordnen.“ Ich frage: Was bedeutet das? Ist hier gemeint überhaupt die Morgenarbeit am „Faust“? Diese Übertragungen sind nicht etwa nur im Sommer gemacht, sie finden sich auch in anderen Jahreszeiten, und man wird kaum annehmen, daß Goethe, der gewohnt war, sehr früh aufzustehen, in seinen Arbeitsmantel gehüllt ein Luftbad hätte nehmen wollen, um die Diktate im Garten vorzunehmen.

Was hier im Zusammenhang mit dem Hauptgeschäft von Else Frucht vermutet wurde und was ich angedeutet habe durch das Verlangen, das vom Großherzog von Weimar erfüllt wurde, hier im Garten zu graben, war der Gedanke, daß dieses Manuskript vielleicht in seinem Gartenhaus im Garten verborgen worden wäre. Was sie dazu ausführt, ist nicht überzeugend: es gibt eine Möglichkeit, aber nicht eine Wahrscheinlichkeit. Richtig ist das eine: daß Goethe in der letzten Zeit seines Lebens unter seiner eigenen Anleitung den Garten völlig neu hat herstellen lassen, und es ist ganz seltsam – ich kann nicht feststellen, ob es richtig ist –, daß die Verfasserin behauptet, sie sei im Jahre 1906 die erste gewesen, die entdeckt habe, daß bei dem linken Garteneingang, der die viel schöneren Türen hat als das kleine knarrende Pförtchen, durch das man heute in den Garten hineingeführt wird, dort, wo die Türen sich schließen, das **Pentagramm**[38] eingefügt wäre.

Ich habe eine Geschichte erzählen hören von einem Grenadier, der einen Befehl bekam, bei einer Hoffestlichkeit Wache zu stehen, und der verhungert sei, weil er nicht abgelöst worden sei; es ist der Befehl gegeben worden, daß die rechte Tür nie geöffnet würde, und es bedurfte größter Anstrengungen, zu erreichen, daß einmal das andere Tor geöffnet würde, es war seit hundert Jahren das erstemal, daß dies geschah, und das ist der Grund, daß das Doppeldreieck[39], das Goethe einfügen ließ, von niemand gesehen worden sei.

Es steht fest, daß er oft den Garten aufgesucht hat; immer um die Mittagszeit ist er im Garten gewesen, wie überhaupt das Alleinsein eine große Rolle spielt; wie er alles anordnet mit einer Akribie sondergleichen, das Mosaikpflaster besichtigt, die ganze Anlage herstellen läßt, die heute nicht mehr zu erkennen ist und die die Form eines

[38] Gemeint ist ein fünfzackiger Stern, der u. a. als Freimaurer-Symbol gilt.

[39] Offenbar bezieht sich Stresemann auf das genannte Pentagramm, das allerdings kein Doppeldreieck darstellt.

freimaurerischen Tempels hat. In seinem Testament[40] bestimmt Goethe, daß sein Haus und sein Garten dreißig Jahre lang nicht verkauft werden sollten.

Die Folgerung, die Else Frucht daraus zieht, ist die: Es besteht ein Manuskript, das Goethe bezeichnet als das „Hauptgeschäft“, an dem er arbeitet. Dieses Manuskript wollte er nicht zu Lebzeiten der Öffentlichkeit unterbreiten. Er hat es verborgen, und angesichts dieser fortgesetzten Besuche in seinem Garten ist anzunehmen, daß es dort irgendwie verborgen liegt.

Ich sehe davon ab, alles das wiederzugeben, was Else Frucht, vielfach viel hineinlegend in Goethesche Gedichte, als Beweis anführt. Ich bitte, die „Zahmen Xenien“[41] aus seinem Nachlaß nachzusehen, dort findet sich manches, was man dahin deuten kann. Immerhin, glaube ich, leiden Dichter und Komponisten, manchmal selbst Politiker, darunter, daß man viel mehr hinter ihren Sätzen vermutet, als sie in dem bestimmten Augenblick haben sagen wollen, und nichts ist schlimmer, als sich mit solchen Kritiken auseinanderzusetzen.

Ich habe damals, als ich die Bücher las, mich für die Dinge sehr interessiert, und zwar aus dem Grunde, weil ich mir sagte, Goethes Natur hätte ein solches Vorgehen durchaus nicht widersprochen. Wenn ihm irgend etwas gleichgültig war, so war es ihm Popularitätshascherei. Er hat oft zu Eckermann gesprochen[42]: Ich werde nie populär sein. Warum soll ich darum schreiben? Schiller[43] schreibt jetzt die Dramen für die Bühne. – Er war ein Mann, der viel im Romantischen lebte, der sich gern neckt, der Andeutungen über alles liebte, so oft das Halbklare, wo, wie er selbst sagt, der Gedanke wie durch einen Flor hindurchscheint. Er war so veranlagt, daß man sich denken kann, daß er sagte: Mögen die Menschen einer späteren Zeit einmal sehen, welches meine letzten Gedanken über diese oder jene Frage gewesen sind. Vielleicht glaubte er in dem Brief an Boisserée und an andere Freunde Hinweise darauf gegeben zu haben, daß er hier ein Geheimnis bewahren möchte.

---

[40] In Goethes Testament vom 6. Januar 1831 (Text u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. Münchener Ausgabe. Bd. 18, T. 2 [...]. München 1996, S. 341–346) findet sich in § 7 (S. 344) lediglich die Auflage, daß „[mein] Wohnhaus und meine Gärten [...] bis zur Volljährigkeit meiner Enkel [...] unveräußert erhalten werden, es sei denn, daß die Umstände eine Veräußerung besonders rätlich oder notwendig machten“.

[41] Goethes „Zahme Xenien“, zumeist eine Sammlung von epigrammatischen Gedichten und Denk- und Weisheitssprüchen, sind veröffentlicht u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1988, S. 621–683 u. 715–747.

[42] Im nachfolgenden scheint sich ein Fehler eingeschlichen zu haben: Persönlich kannte Goethe Eckermann erst seit 1823, und die Gespräche mit Eckermann sind daher auch erst für die Jahre ab 1823 überliefert. Schiller war jedoch bereits 1805 gestorben.

[43] Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dichter.

Ich habe dann mit allen großen Goethe-Leuten in Weimar über diese Dinge zu sprechen versucht, aber ein völliges Nichtinteresse gefunden. Man sagte, es stehe fest, das Hauptgeschäft sei der „Faust“. Und die einzelnen Abweichungen? Mein Gott, Goethe sei über die Achtzig gewesen und habe es nicht so genau genommen. Womit sollte er sich die ganzen letzten Jahre beschäftigt haben, wenn nicht mit dem „Faust“? Er habe manchmal „Faust“, manchmal „Hauptgeschäft“ gesagt. Daß hier an zwei Stellen beides ganz konträr steht, wurde nicht als irgendwie bedeutsam angesehen. Für mich selbst kam nach dieser Zeit ja so manches andere, was mich beschäftigte, so daß ich es aufgab, über diese Dinge jemals etwas zu schreiben oder anders als in ganz engstem Kreise meiner Freunde darüber zu sprechen.

Manchmal versuchte ich auch, meine Macht als Außenminister auszunutzen; wenn ich hörte, daß ein Attaché literarisch sehr begabt sei, empfahl ich ihm für die Hochzeitsreise, diese Bücher zu lesen und seinen Eindruck zu schildern. Ich habe niemals etwas erhalten; vielleicht ist auch eine Hochzeitsreise nicht der geeignete Moment, sich mit diesen Dingen zu beschäftigen. Aber was ich wünschte, daß mir jemand die Zweifel nähme und klipp und klar mir bewiese, daß das alles Unsinn sei, habe ich nicht von irgendeiner Seite erfahren.

Dann aber kam eine Zeit, in der das, was ich hier in diesem Buch fand, mich doch wieder mehr zu bewegen anfing. Das war die erneute Lektüre der „Wanderjahre“, von denen ich herzlich wünschte, daß jemand eine Ausgabe herausgäbe, in der die Novellen, soweit sie nicht mit der Handlung verbunden sind, herausgenommen wären. Man kann nicht verlangen, daß jemand das Schöne, was darin steht, die schönsten Gedanken, die Goethe ausgesprochen hat, überhaupt liest, wenn dann, wenn es anfängt interessant zu werden, plötzlich jemand gebeten wird, eine Novelle zu erzählen, und fünfzig Seiten kommt nichts, was mit dem Fortgang der Geschichte etwas zu tun hat. Aber wie man bei Wagner[44] nicht eine Note streicht, so streicht man von den „Wanderjahren“ nicht eine Zeile, obwohl Goethe keinen Vorteil davon hat.

Als ich die „Wanderjahre“ wieder las, wunderte ich mich, welche große Bedeutung in ihnen, wenn Sie die Novellen beseitigen, die Geschichte eines **Kästchens** spielt. Sie finden zunächst die Szene, in der Felix herniedersteigt in die Erde und dann ängstlich dem Vater zuruft: „Laß niemand in die Höhle hinein“[45], und dann fortwäh-

[44] Gemeint ist wohl Richard Wagner (1813–1883), deutscher Komponist und Dramatiker.

[45] Dieses und das folgende längere Zitat in leichter Abwandlung aus „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (vgl. oben mit Anm. 12), S. 45.

rend Gegenstände fordert. Wie es dann weiter heißt:

> „Der Vater harrte sehnlich auf die Lösung des Rätsels. Endlich erhub sich der Verwegene schnell aus der Spalte und brachte ein Kästchen mit, nicht größer als ein kleiner Oktavband, von prächtigem, altem Ansehen: es schien von Gold zu sein, mit Schmelz geziert. ‚Stecke es zu dir, Vater, und laß es niemanden sehn!' Er erzählte darauf mit Hast, wie er, aus innerem geheimen Antrieb, in jene Spalte gekrochen sei und unten einen dämmerhellen Raum gefunden habe. In demselben stand, wie er sagte, ein großer eiserner Kasten, zwar nicht verschlossen, dessen Deckel jedoch nicht zu erheben, kaum zu lüften war. Um nun darüber Herr zu werden, habe er die Knüttel verlangt, um sie teils als Stützen unter den Deckel zu stellen, teils als Keile dazwischenzuschieben; zuletzt habe er den Kasten zwar leer, in einer Ecke desselben jedoch das Prachtbüchlein gefunden. Sie versprachen sich deshalb beiderseits ein tiefes Geheimnis."

Hier steckt schon etwas Unlogisches. Wenn jemand in irgendeiner Bergesspalte ein Kästchen findet, braucht er sich mit dem Vater nicht ein tiefes Geheimnis zu versprechen, es sei denn, daß er es als einen Diebstahl ansähe oder daß sie aus diesen Gründen Angst hätten. Aber an sich läge nichts daran, als Finder festzustellen, was in dem Oktavband dieses kleinen Kästchens wäre, um zu versuchen, es dem Besitzer wiederzuzustellen.

Auf Seite 60 heißt es dann in dem ganz skurrilen Briefwechsel der Erzählung[46], der langsam hinschleichenden:

> „Kurz und gut: zu Ihrem Prachtkästchen ist das Schlüsselchen gefunden; das darf aber niemand wissen als ich und Sie. Wie es in meine Hände gekommen, vernehmen Sie nun![“]

Nun wird es geschildert:

> „Mich treibt ein guter oder böser Geist, in die Brusttasche zu greifen; ein winzig kleines, stachliges Etwas kommt mir in die Hand; ich, die ich sonst so apprehensiv, kitzlig und schreckhaft bin, schließe die Hand, schließe sie, schweige, und das Kleid wird fortgeschickt. Sogleich ergreift mich von allen Empfindungen die wunderlichste. Beim ersten verstohlenen Blick seh ich, errat ich, zu Ihrem Kästchen sei es der Schlüssel. Nun gab es wun-

[46] Die beiden folgenden Zitate aus „Wilhelm Meisters Wanderjahre" (vgl. oben mit Anm. 12), S. 339 u. 340).

derliche Gewissenszweifel, mancherlei Skrupel stiegen bei mir auf. Den Fund zu offenbaren, herzugeben, war mir unmöglich: was soll es jenen Gerichten, da es dem Freunde so nützlich sein kann! Dann wollte sich mancherlei von Recht und Pflicht wieder auftun, welche mich aber nicht überstimmen konnten.

Da sehen Sie nun, in was für einen Zustand mich die Freundschaft versetzt: ein famoses Organ entwickelt sich plötzlich, Ihnen zuliebe; welch ein wunderlich Ereignis! Möchte das nicht mehr als Freundschaft sein, was meinem Gewissen dergestalt die Waage hält! Wundersam bin ich beunruhigt, zwischen Schuld und Neugier; ich mache mir hundert Grillen und Märchen, was alles darauf erfolgen könne: mit Recht und Gericht ist nicht zu spaßen. Hersilie, das unbefangene, gelegentlich übermütige Wesen, in einen Kriminalprozeß verwickelt – denn darauf geht's doch hinaus –, und was bleibt mir da übrig, als an den Freund zu denken, um dessentwillen ich das alles leide! Ich habe sonst auch an Sie gedacht, aber mit Pausen, jetzt aber unaufhörlich; jetzt, wenn mir das Herz schlägt und ich ans siebente Gebot denke, so muß ich mich an Sie wenden als den Heiligen, der das Verbrechen veranlaßt und mich auch wohl wieder entbinden kann; und so wird allein die Eröffnung des Kästchens mich beruhigen. Die Neugierde wird doppelt mächtig. Kommen Sie eiligst und bringen das Kästchen mit. Für welchen Richterstuhl eigentlich das Geheimnis gehöre, das wollen wir unter uns ausmachen; bis dahin bleibt es unter uns; niemand wisse darum, es sei auch wer es sei."

Und an dieser Stelle in den „Wanderjahren" geschieht etwas ganz Eigenartiges. Die einzige Illustration in sämtlichen Werken von Goethe – in der ganzen 140bändigen Sophien-Ausgabe[47] findet sich sonst nicht eine einzige – findet sich hier: die Zeichnung des Schlüssels zu dem Kästchen!

Nun kann man gewiß sagen: Goethe war schon sehr alt. Aber alles, was er hier über staatssoziale Erziehung usw. gesagt hat, ist so bedeutsam, daß er nichts Bedeutsameres gesagt hat. Anzunehmen, daß Goethe sich nichts dabei denkt, wenn er hier einen Schlüssel hineinzeichnet, ist mir unmöglich, wenn man nicht etwa annehmen will, Goethe sei plötzlich albern geworden. Er beschreibt den Schlüssel auch

[47] Mit Sophien-Ausgabe (auch Weimarer Ausgabe genannt) ist die 1887–1919 in Weimar in 133 Bänden und 143 Teilen erschienene Ausgabe von „Goethes Werken" gemeint. Vermutlich hat Stresemann sie bei seinen Goethe-Forschungen benutzt.

genau in dem Sinne, wie der Schlüssel hier abgebildet ist[48]:

> „Hier! Aber, mein Freund, nun schließlich zu dieser Abbildung des Rätsels, was sagen Sie? Erinnert es nicht an Pfeile mit Widerhaken? Gott sei uns gnädig! Aber das Kästchen muß zwischen mir und Ihnen erst uneröffnet stehen und dann, eröffnet, das Weitere selbst befehlen."

Hier ist ja wieder etwas Unlogisches: wenn jemand noch gar nicht weiß, was ein Kästchen enthält, kann er kaum sagen, daß es eröffnet das Weitere befehle. Wohl aber hat der Satz einen Sinn, wenn der Betreffende weiß, in dem Kästchen wird stehen, was damit geschehen soll. Dann hat der Satz einen Sinn.

Ich weiß nicht, ob die kleine Novelle von der Neuen Melusine, in der viel von einem andern Kästchen die Rede ist, damit zu tun hat. Jedenfalls schließt Goethe wieder sofort einen Briefwechsel an[49]:

> „Bekanntschaften, wenn sie sich auch gleichgültig ankündigen, haben oft die wichtigsten Folgen, und nun gar die Ihrige, die gleich von Anfang nicht gleichgültig war. Der wunderliche Schlüssel kam in meine Hände als ein seltsames Pfand; nun besitze ich das Kästchen auch, was sagen Sie dazu? Was soll man dazu sagen? Hören Sie, wie's zuging.
>
> Ein junger, feiner Mann läßt sich bei meinem Oheim melden und erzählt, daß der kuriose Antiquitätenkrämer, der mit Ihnen lange in Verbindung gestanden, vor kurzem gestorben sei und ihm die ganze merkwürdige Verlassenschaft übertragen, zugleich aber zur Pflicht gemacht habe, alles fremde Eigentum, was eigentlich nur deponiert sei, unverzüglich zurückzugeben: Eigenes Gut beunruhige niemanden, denn man habe den Verlust allein zu ertragen: fremdes Gut jedoch zu bewahren, habe er sich nur in besonderen Fällen erlaubt; ihm wolle er diese Last nicht aufbürden, ja er verbiete ihm, in väterlicher Liebe und Autorität, sich damit zu befassen. Und hiemit zog er das Kästchen hervor, das, wenn ich es schon aus der Beschreibung kannte, mir doch ganz vorzüglich in die Augen fiel.
>
> Der Oheim, nachdem er es von allen Seiten besehen, gab es zurück und sagte: Auch er habe es sich zur Pflicht gemacht, in gleichem Sinne zu handeln und sich mit keiner Antiquität, sie sei auch noch so schön und wunderbar, zu belasten, wenn er nicht wisse, wem sie früher angehört und

---

[48] Die Abbildung und das nachfolgende Zitat in „Wilhelm Meisters Wanderjahre" (vgl. oben mit Anm. 12), S. 341.

[49] Das folgende Zitat ebd., S. 398–399.

was für eine historische Merkwürdigkeit damit zu verknüpfen sei. Nun zeige dieses Kästchen weder Buchstaben noch Ziffer, weder Jahreszahl noch sonst eine Andeutung, woraus man den früheren Besitzer oder Künstler erraten könne, es sei ihm völlig unnütz und ohne Interesse.

Der junge Mann stand in großer Verlegenheit und fragte nach einigem Besinnen, ob er nicht erlauben wolle, solches bei seinen Gerichten niederzulegen? Der Oheim lächelte, wandte sich zu mir und sprach: ‚Das wär ein hübsches Geschäft für dich, Hersilie; du hast ja auch allerlei Schmuck und zierliche Kostbarkeiten, leg es dazu; denn ich wollte wetten, der Freund, der dir nicht gleichgültig blieb, kommt gelegentlich wieder und holt es ab.‘

Das muß ich nun so hinschreiben, wenn ich treu erzählen will, und sodann muß ich bekennen: ich sah das Kästchen mit neidischen Augen an, und eine gewisse Habsucht bemächtigte sich meiner. Mir widerte, das herrliche, dem holden Felix vom Schicksal zugedachte Schatzkästlein in dem alteisernen Depositenkasten der Gerichtsstube zu wissen. Wünschelrutenartig zog sich die Hand darnach, mein bißchen Vernunft hielt sie zurück; ich hatte ja den Schlüssel, das durfte ich nicht entdecken; und sollte ich mir die Qual antun, das Schloß uneröffnet zu lassen, oder mich der unbefugten Kühnheit hingeben, es aufzuschließen. Allein ich weiß nicht, war es Wunsch oder Ahnung, ich stellte mir vor, Sie kämen, kämen bald, wären schon da, wenn ich auf mein Zimmer träte; genug, es war mir so wunderlich, so seltsam, so konfus, wie es mir immer geht, wenn ich aus meiner gleichmütigen Heiterkeit herausgenötigt werde. Ich sage nichts weiter, beschreibe nicht, entschuldige nicht; genug, hier liegt das Kästchen vor mir in meiner Schatulle, der Schlüssel daneben, und wenn Sie eine Art von Herz und Gemüt haben, so denken Sie, wie mir zumute ist, wie viele Leidenschaften sich in mir herumkämpfen, wie ich Sie herwünsche, auch wohl Felix dazu, daß es ein Ende werde, wenigstens daß eine Deutung vorgehe, was damit gemeint sei, mit diesem wunderbaren Finden. Wiederfinden, Trennen und Vereinigen; und sollte ich auch nicht aus aller Verlegenheit gerettet werden, so wünsche ich wenigstens sehnlichst, daß diese sich aufkläre, sich endige, wenn mir auch, wie ich fürchte, etwas Schlimmeres begegnen sollte.“

Und inmitten dieses Briefwechsels, in dem gebeten wird, daß der Freund komme,

um gemeinsam der Eröffnung beizuwohnen, kommt dann jene seltsamste Art, wie Goethe diese Dinge löst. Das erstemal läßt er den Schlüssel zerbrechen: ‚das Schlüsselchen war abgebrochen, die äußere Hälfte fiel auf den Tisch'. Und dann kommt die Lösung, und die Lösung ist das Interessanteste an dem Ganzen[50]:

> „Ein alter, dem Oheim sehr werter Goldschmied und Juwelenhändler trifft ein, zeigt seltsame antiquarische Schätze vor, ich werde veranlaßt, das Kästchen zu bringen, er betrachtet den abgebrochenen Schlüssel und zeigt, was man bisher übersehen hatte, daß der Bruch nicht rauh, sondern glatt sei. Durch Berührung fassen die beiden Enden einander an, er zieht den Schlüssel ergänzt heraus, sie sind magnetisch verbunden, halten aneinander fest, aber schließen nur dem Eingeweihten. Der Mann tritt in einige Entfernung, das Kästchen springt auf, das er gleich wieder zudrückt: an solche Geheimnisse sei nicht gut rühren, meinte er.
>
> Meinen unerklärlichen Zustand vergegenwärtigen Sie sich, Gott sei Dank, gewiß nicht; denn wie wollte man außerhalb der Verwirrung die Verwirrung erkennen. Das bedeutende Kästchen steht vor mir, den Schlüssel, der nicht schließt, hab ich in der Hand; jenes wollt ich gern uneröffnet lassen, wenn dieser mir nur die nächste Zukunft aufschlösse."

Ich habe hier naturgemäß einige Zitate übergangen, und ich muß, um zu sagen, weshalb diese Darstellung in den „Wanderjahren" mich sehr interessierte, doch auf die Betrachtung der „Wanderjahre" selbst zurückkommen. Ich habe nie etwas Seltsameres gelesen als diesen Roman vom Standpunkte des Romans. Wenn der Mann, der ihn schrieb, nicht Goethe gewesen wäre, sondern wenn er heute unter einem anderen Namen erschiene, könnte ich mir manche Besprechungen denken, die wenig erfreulich wären; vor allen Dingen aber auch aus dem Grunde, weil ja kaum irgendein Werk Goethes so ohne jeden Zusammenhang schließt wie die „Wanderjahre". Wilhelm[51] hat Gelegenheit, als Wundarzt einem Verletzten zu helfen, der sich, Gott sei Dank, nachdem er ins Wasser gefallen war, erholt hat, und da Goethe stets für anständige Formen und anständige Kleidung war, ließ er sie herbeischaffen, und wenn jetzt eine Gesellschaft stattfindet, haben wir die angenehme Überzeugung, daß er gut angezogen erscheinen wird.

Das Ganze, die Entwicklung eines Menschen, wenn sie bis dahin gelangt ist, da-

---

[50] Das folgende Zitat ebd., S. 483.

[51] Gemeint ist Wilhelm Meister, der Protagonist der „Wanderjahre" (vgl. oben mit Anm. 12).

mit vollendet sein zu lassen, kann ganz unmöglich die Absicht des Dichters gewesen sein, so sehr er manchmal seine Werke auch etwas großzügig behandelt.

Und nun bedenken Sie auch ein anderes, was mir zum Nachdenken Veranlassung gegeben hat. In Goethes Leben hat mindestens für lange Zeit die Freimaurerei eine sehr große Rolle gespielt. Die schönsten Lieder, die es überhaupt im Logenleben gibt, sind von Goethe gedichtet. Vor kurzem sind die Trauerreden in der Loge Amalia veröffentlicht worden[52]. Sie werden darin eine sehr bedeutsame Rede von Goethe finden, wie überhaupt das Beste des Geistigen, was es damals in Weimar gab, in dieser kleinen Loge vereinigt war. Sie wissen, daß es drei Stufen gibt: Lehrling, Geselle, Meister; daher neben den Lehrjahren die „Wanderjahre“. Hier in den Schlußbetrachtungen ist eine in vielen Beziehungen auf den Anschauungen des Logenturns aufgebaute Lebensanschauung. Soll man nicht annehmen, daß wenigstens der Plan bestanden hat, den Lehrlings- und Gesellenjahren die **Meisterjahre** folgen zu lassen? Wenn Goethe der Meinung war, mit den „Wanderjahren“ die Erziehung des Menschen abzuschließen, hätte er nicht mit einem so formlosen Schluß geendet. Denken Sie ein Drama, das so endete: Herr Jeßner[53] würde es niemals annehmen, auch sonst würde es auf die größte Ablehnung stoßen. Ist aber der Band das Ende eines zweiten Teiles eines Gesamtwerkes, das fortläuft, dann mag das Schlußkapitel so enden.

Und alle diese Erwägungen, die ich bei diesen Dingen angestellt habe, bringen mich zu folgendem Resümee: Wenn überhaupt nur die Möglichkeit besteht, daß ein unbekanntes Manuskript von Goethe wirklich vorhanden ist, dann sollte man diesen Dingen nachgehen mit Betrachtungen in dem Buch von Goethes Vermächtnis[54]; dann sollte man fragen: was beabsichtigte Goethe, wenn er die Geschichte eines Kästchens erzählt, das auf geheimnisvolle Weise gefunden wird, und das in dem Augenblick, in dem man den Schlüssel – die einzige Abbildung in Goethes sämtlichen Werken! – findet und in dem das Kästchen geöffnet wird, wieder zugeschlagen wird mit den Worten: ‚An solchen Geheimnissen ist nicht gut rühren‘? Man sollte sich mit der Frage beschäftigen: was bedeutet der Brief an Boisserée? Man hat viele kleinere

---

[52] 1923 wurden in Leipzig „Trauerreden gehalten in der Loge Amalia zu Weimar“ veröffentlicht, darunter (S. 5–21) auch diejenige Goethes auf den 1813 in Weimar verstorbenen Christoph Martin Wieland.

[53] Stresemann meint vermutlich Leopold Jessner (1878–1945), deutscher Theater- und Filmregisseur; u. a. Intendant des Staatlichen Schauspielhauses Berlin 1919–1928, Generalintendant der Schauspielbühnen des Staatstheaters Berlin.

[54] Gemeint ist wohl Else Frucht: Goethes Vermächtnis (vgl. oben mit Anm. 17).

Einzelheiten festgestellt, und man könnte daher auch feststellen, ob das eine Parabel oder ein Erlebnis auf einer Reise durch Thüringen ist. Ich glaube deshalb, daß es wünschenswert ist, nicht in der Presse – sonst wird es eine Sensation –, sondern in kleinerem Kreise einmal zu prüfen, was zur Widerlegung dieser Dinge zu sagen ist.

Darf ich noch auf eines hinweisen? Eckermann fragt einmal Goethe in einem seiner vielen Gespräche[55] – ich weiß nicht, ob ich richtig zitiere – nach der Grundidee des „Faust“, und ob er ihm nicht Näheres über die Tendenzen des „Faust“ mitteilen könne. Goethe sieht ihn von der Seite an und sagt ihm die Worte aus dem „Faust“[56]: „Die Mütter! Mütter! s’klingt so wunderlich.“ Ein kleiner Kritiker[57] Goethes hat ironisiert, daß Goethe in der Mütterszene dem Schlüssel eine solche Bedeutung beimesse. Er meinte die Worte[58]: „Faust macht eine entschieden gebietende Attitüde mit dem Schlüssel.“ Zweimal sagt Mephistopheles zu Faust: „Weißt du auch, was du mit diesem Schlüssel besitzt?“ Wenn man bedenkt, daß er Eckermann als Geheimnis der ganzen Idee dieses Zitat gibt, wenn er das als Schlüssel hinstellt, wo man an den Urgrund zu den Müttern gelangt, zu dem, was er in so wundervollen Worten dort zum Ausdruck gebracht hat, dann glaube ich, sind es doch jedenfalls alles Dinge, die, wenn sie nicht völlig außer Zusammenhang stehen, es als wünschenswert erscheinen lassen, ihnen einmal nachzugehen. Ich glaube, daß in dem Kreise, vor dem ich spreche, für diese Frage auch in einer Zeit vielleicht so viel Interesse aufgebracht werden kann wie für ein Fußballspiel, über das die Telegrafen aus sämtlichen Hauptstädten uns berichten, damit wir sehen, wie hoch die Kultur in der Gegenwart gediehen ist.

Mein Vorschlag geht dahin, diesen Ausführungen einmal nachzugehen, die ich mir zu machen gestattet habe, und die ich gern auch einmal aus mir lossein wollte, weil ich schwankte zwischen dem Verwerfen und dem, was ich mir in meinem Innern sagte, daß, wenn etwas daran ist, es etwas ganz Großes bedeute; mein Vorschlag geht also dahin, daß wir in diesem Kreise einmal diesen Dingen nachgehen und uns vielleicht in einem zweiten Diskussionsabend über diese Dinge weiter unterhalten.[59]

---

[55] Das Folgende bezieht sich auf das von Eckermann überlieferte Gespräch mit Goethe vom 10. Januar 1830 (gedruckt u. a. in: Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens, Hrsg. v. Fritz Bergemann. Bd. 1. [Frankfurt a. M.] 1981, S. 359–361).

[56] Gemeint ist: aus „Faust. Der Tragödie zweiter Teil“ (vgl. oben mit Anm. 11; das Zitat dort S. 255).

[57] Es konnte nicht ermittelt werden, wen Stresemann hier meint.

[58] Die beiden folgenden Zitate (das zweite in leichter Abwandlung) sind wiederum aus „Faust. Der Tragödie zweiter Teil“ (vgl. oben mit Anm. 11; die Zitat dort S. 258 bzw. S. 257).

[59] In BERLINER TAGEBLATT, Nr. 193 (Abendausgabe) vom 25. April 1927, ist eine Kolumne Alfred Kerrs über diesen Vortrag Stresemanns abgedruckt.

Rede auf der Mitglieder-Versammlung des Vereins Deutscher Maschinenbau-Anstalten in Berlin vom 28. April 1927[1]

Nach MASCHINENBAU 6 (1927), S. 442–444. – Druck (mit kleinsten Abweichungen) auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 196 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, S. 9. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 199 (Abendausgabe) vom 28. April 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 199 (Abendausgabe) vom 28. April 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 313 (Abendausgabe) vom 28. April 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22492 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, S. 1–2; WIENER ZEITUNG, Nr. 199 vom 29. April 1927, S. 1; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 9 (1927), S. 322–326.

Die deutsche Handelsvertragspolitik muß den verbreiteten Protektionismus überwinden. Handelshemmnisse und -schranken schaden nur der Weltwirtschaft. Das müssen auch die Staaten Europas lernen. Die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz in diesem Zusammenhang. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit muß die Ausfuhr gestärkt werden. Autarkievorstellungen schaden da nur.

Die Reichsregierung und die preußische Staatsregierung sind sich der Bedeutung Ihrer Organisation[2] als der führenden Organisation der Eisen verarbeitenden Industrie in jeder Weise bewußt, und der Herr Reichswirtschaftsminister[3], der gegenwärtig nicht in Berlin weilt, hat mich besonders gebeten, Ihnen zum Ausdruck zu bringen, wie sehr er es bedauert, an Ihrer Tagung nicht teilnehmen zu können. Ihr Herr Vorsitzender[4] hat von dem Zusammenarbeiten gesprochen zwischen der Unternehmerorganisation und den Behörden bei wichtigen Entscheidungen. Ihr Herr Vorsitzender hat ein Bild entworfen von dem Einfluß Deutschlands in einer Periode handelsver-

---

[1] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 196 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, S. 9, führt dazu aus: „Der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, der Spitzenverband der gesamten deutschen Maschinenindustrie, hielt heute in Berlin unter ungewöhnlich starker Beteiligung und im Beisein zahlreicher Regierungsvertreter seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung ab.“ – Laut VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 199 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, die ihren Teildruck der Rede auf der Titelseite unter die Überschrift „Stresemann gegen Wirtschafts-Autarkie. Für internationale Industrie-Verständigung“ stellte, fand die Veranstaltung „im überfüllten Auditorium des Langenbeck-Virchow-Hauses“ statt.

[2] Vgl. die vorangehende Anm.

[3] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Ein Beleg für die nachfolgend erwähnte Bitte konnte nicht ermittelt werden.

[4] Wolfgang Reuter (1866–1947), deutscher Industrieller; Präsident des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten 1923–1933. – Seine Rede vor derjenigen Stresemanns ist paraphrasiert wiedergegeben in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 196 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, S. 9.

traglicher Bindungen, und ich danke ihm für die Objektivität seiner Kritik, in der er einen Fortschritt gegenüber der Vergangenheit anerkennt. Es ist ja wahr, daß Ihre Ziele und Wünsche, wie das bei Handelsverträgen, die immer Kompromisse sein werden, selbstverständlich ist, nicht in jedem Falle erreicht worden sind. Die Entwicklung ist nicht abgeschlossen. Wir stehen vor wichtigsten Entscheidungen unserer deutschen Handelsvertragspolitik[5]. Gerade in der nächsten Zeit wird es sich vielleicht entscheiden, ob sie zu einem Fortschritt oder zu einem Stillstand oder zu einem Rückschlag in bezug auf unseren eigenen Wunsch führt, mit allen anderen Staaten gute Beziehungen auf wirtschaftlichem Gebiete wieder aufzunehmen, auf die wir ebenso angewiesen sind, wie die anderen darauf angewiesen sind, sich einen leistungsfähigen deutschen Markt und das deutsche Konsumgebiet für diejenigen Artikel zu erhalten, die wir aus dem Auslande beziehen müssen.

In dieser Situation der mangelhaften Stabilisation der europäischen Verhältnisse tritt erschwerend hinzu die Unübersichtlichkeit der finanziellen Verpflichtungen der einzelnen Länder untereinander, nicht nur in bezug auf Deutschland, sondern auch in bezug auf die Stellung der verschiedenen Staaten, die zusammen Krieg geführt haben[6]. So stehen wir und auch das Ausland bedeutsamen und schwierigen Aufgaben gerade in **der** Politik gegenüber, die auch für Sie von besonderem Interesse ist, nämlich der Handelsvertragspolitik. Wir rechnen dabei auf Ihre Mitwirkung, meine Herren. Ich darf dabei eines in den Vordergrund stellen: Wenn wir an dem weiteren Ausbau unserer Handelsverträge arbeiten, so ist es notwendig, an die Spitze jeder Arbeit die Erkenntnis zu stellen, daß nur in der gegenseitigen Verflechtung des Güterverkehrs allein der Nutzen und Gewinn aller Volkswirtschaften gesucht und gefunden werden kann. Wir alle müssen uns in unserem wirtschaftlichen Denken freimachen von dem Gedanken, als gäben Verluste und schlechte Absatzverhältnisse im Exporthandel, wie sie die Nachkriegszeit leider überall in der Welt mit sich gebracht hat, den Industrien der Länder darum ein ausschließliches Recht auf den heimischen Markt und als hätten die Regierungen nur dafür zu sorgen, daß ihnen diese inneren Märkte

---

[5] In erster Linie dürfte sich Stresemann auf die laufenden Verhandlungen mit Frankreich über einen Handelsvertrag beziehen, der das bald darauf ablaufende Provisorium ersetzen sollte (zum Stand der Verhandlungen vgl. den ausführlichen telegraphischen Bericht des Pariser Botschaftsrats Rieth an das Auswärtige Amt vom 26. April 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 230–234). Daneben stand in der Handelsvertragspolitik u. a. die Entscheidung an, ob die unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wiederaufgenommen werden sollten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 668 mit den dortigen Anm.).

[6] Neben den deutschen Reparationslasten bezieht sich Stresemann auch auf die interalliierten Schulden, die vor allem aus Krediten der USA für die europäischen Verbündeten resultierten. Entsprechende Abkommen waren noch nicht ratifiziert worden.

durch Einfuhrverbote, Einfuhrbeschränkungen und Zollschranken sichergestellt werden. Was diesbezüglich für uns gilt, gilt natürlich in gleicher Weise für andere Länder, insbesondere für die großen Industriestaaten. Wollten wir eine solche Richtlinie verfolgen, so würden sich die europäischen Länder bald in den tiefsten und engherzigen Protektionismus verstricken. Ich verkenne nicht, daß nach dem Kriege eine solche Tendenz der Abschließung sich deutlich genug bemerkbar gemacht hat. Sie steht im Gegensatz zu der Überzeugung, der wir wohl alle beipflichten, daß es auch international gedacht, unrationell ist, wenn die gleichen Erzeugnisse trotz der verschiedenartigsten Vorbedingungen in allen Industriestaaten der Welt hergestellt werden.

Die Weltwirtschaft ist ein einheitliches Ganzes, dessen Teile ohne Schaden für die Gesamtheit und für alle einzelnen Glieder nicht durch Handelshemmnisse und Verkehrsschranken aus dem Gesamtverbande emanzipiert werden können. Es ist eine Auswirkung dieser von wirtschaftlichen Gesetzen beherrschten Zwangsgemeinschaft aller Glieder der heutigen Weltwirtschaft, daß ein jedes an dem wirtschaftlichen Gedeihen des anderen ein Interesse und Anteil hat.

Ich lese in Ihrer Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt[7], die Sie für die Weltwirtschaftskonferenz[8] vorbereitet haben, ein interessantes Kapitel, in welchem die Frage erörtert wird, ob die fortschreitende Industrialisierung der jungen Überseeländer, zu deren Aufbau Sie durch Belieferung mit Maschinen so wesentlich beitragen, sich nicht endgültig zu einer verhängnisvollen Konkurrenz auswachsen, die schließlich gegen die eigenen Industrien selber ausschlagen wird. Sie kommen nach einer eingehenden Prüfung der Frage zu dem Ergebnis, daß diese Befürchtung grundlos ist, Sie sagen in Ihrer Denkschrift, „daß auch die Entwicklung einer eigenen Maschinenindustrie in den jungen Agrar- und Rohstoffländern keineswegs bedrohlich für die alten Industrieländer ist, da – selbst in der an sich ungünstigen Nachkriegsentwicklung – der gegenseitige Austausch der maschinenerzeugenden Länder untereinander wesentlich wichtiger ist als die Ausfuhr nach den sich industrialisierenden Ländern."

---

[7] Stresemann bezieht sich auf die „Denkschrift über die Maschinenindustrie der Welt. Bestimmt für das Komitee B des Vorbereitenden Ausschusses der Internationalen Wirtschaftskonferenz des Völkerbundes. [Hrsg. v.] Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Berlin-Charlottenburg 1926".

[8] Nach zwei vorbereitenden Tagungen im April und November 1926 (vgl. SCHULTHESSS 67 [1926], S. 459 u. 493) hatte der Völkerbundsrat im Dezember 1926 den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 festgesetzt (vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 623).

Das ist eine außerordentlich interessante Feststellung. Leider hat sich aber dieser Gedanke der internationalen Verflechtung, der internationalen Arbeitsteilung und der gegenseitigen wirtschaftlichen Durchdringung noch nicht überall bei den Industriestaaten Europas durchgesetzt. Im Gegenteil: es hat den Anschein, als ob eine große Anzahl insbesondere junger Staaten durch hohe Zolltarife ihren Markt gegen die eindringenden ausländischen Erzeugnisse abschließen und sich selber neue Industrien großziehen will, zu denen ihnen die Grundlage fehlt. Es ist eine Erfahrung, die durch Ihre Untersuchung ebenfalls eine neue Bestätigung erfahren hat, „daß Zölle in solchen Ländern, deren Wirtschaft noch nicht hinreichend industrialisiert ist, es nicht nur nicht gestatten, eine leistungsfähige Maschinenindustrie hochzuzüchten, sondern sogar die Industrialisierung der übrigen Wirtschaft erschweren. Sind aber die Voraussetzungen für die Entstehung einer eigenen Maschinenindustrie in solchen Ländern bereits gegeben, so wird sich diese Industrie auch ohne Nachhilfe durch hohe Schutzzölle entwickeln; allenfalls kämen vorübergehende Erziehungszölle in Frage."

Meine Herren, wir sehen, wie wichtige Probleme des internationalen Wirtschaftslebens noch heute ihrer Lösung harren, und doch wissen wir alle, daß ihre Lösung für die Existenz und für das Gedeihen einer jeden Volkswirtschaft notwendig ist, wenn wir über die Schwierigkeiten hinwegkommen wollen, die durch die Kriegs- und Nachkriegswirkungen verursacht wurden. Jedes Land der Erde ist dadurch berührt worden, die europäischen Länder aber am meisten. Wenn es eine Tatsache ist, wie es der bekannte französische Wirtschaftler und Staatsmann Loucheur[9] unlängst einmal ausgedrückt hat, daß die politische Befriedung der Welt erst durch die wirtschaftliche Befriedung ihre wahre Festigung erhält, so begrüße ich es, daß die Staaten der Welt diese Notwendigkeit sofort erkannt und so bereitwillig zu der Verwirklichung der vom Völkerbunde nach Genf einberufenen Weltwirtschaftskonferenz beigetragen haben. Dort werden alle diese Fragen demnächst erörtert und damit ihrer Lösung hoffentlich ein gut Teil nähergebracht werden. Wie Ihnen bekannt, ist auch die deutsche Regierung der Einladung gefolgt und hat fünf Mitglieder zur Konferenz er-

[9] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Wiederaufbauminister 1918–1920, Handels- und Industrieminister März – Juni 1924, 1930–1931, Arbeitsminister Mai 1928 – 1930. – Er hatte im September 1925 im Völkerbund den Vorschlag einer Weltwirtschaftskonferenz eingebracht (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1925). – Stresemann bezieht sich mit nachfolgenden Hinweis auf Loucheurs Äußerung wohl auf dessen Vortrag in der Berliner Handelskammer am 8. April 1927 (vgl. die Paraphrase des Vortrags in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 168 [Morgenausgabe] vom 9. April 1927).

nannt[10], um in Genf die deutschen Interessen und Auffassungen zu vertreten. Diese deutschen Delegierten sind keine Vertretung der deutschen Regierung, sondern sie kommen als Exponenten der deutschen Wirtschaft, sie sollen dort ihre eigensten Interessen, ihre eigensten Wünsche und Hoffnungen vortragen und vertreten.

In diesem Gedanken des internationalen Meinungsaustausches zwischen den hervorragenden Vertretern von Handel, Industrie und Landwirtschaft aller Länder liegt ein großer Fortschritt. Die Ergebnisse der Erörterungen in Genf werden mit Spannung in der ganzen Welt erwartet.

Die bevorstehende Konferenz ist gewiß nur ein Anfang, denn es wird kaum möglich sein, alle Fragen, welche auf ihr zur Verhandlung kommen, gleich mit dem ersten Anstoß zu lösen. Aber die Hoffnung auf ein Gelingen der Konferenz ist gewiß begründet, und ich bin überzeugt, daß sie zu einer Klärung der großen Probleme beitragen kann und helfen wird, die Schwierigkeiten, die heute bestehen, durch ein besseres Verstehen der gegenseitigen Nöte und der gegenseitigen Wünsche zu beseitigen, sei es auch praktisch zunächst nur in kleinen Ergebnissen, die aber oft wertvoller sind als große Entschließungen.

Lassen Sie mich zum Schluß einen Blick auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage werfen. Die großen Fragen künftiger Handelsvertragspolitik sind auf das engste verbunden mit dem großen sozialen Problem der Erwerbslosigkeit[11]. Dieses Problem kann nicht dadurch gelöst werden, daß wir finanziell für die Erwerbslosen sorgen[12]. Dieser Versuch finanzieller Sicherstellung ändert nichts an den außerordentlich großen sozialen und politischen Gefahren, die eine Erwerbslosigkeit für Staat und Volk

---

[10] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 84 (Morgenausgabe) vom 19. Februar 1927 hatte die Namen der fünf Delegierten berichtet: „Staatssekretär Trendelenburg, Reichs[tags]abgeordneter Lammers, der Vorsitzende der Enquete-Kommission, Carl Friedrich v. Siemens, als Vertreter der Industrie, Gewerkschaftssekretär Eggers von dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund als Vertreter der Arbeitnehmerschaft und der frühere Reichswirtschaftsminister Dr. Hermes als Vertreter der Landwirtschaft." Zur vorherigen Beratung des Kabinetts vom 15. Februar 1927 über diese deutschen Delegierten vgl. auch AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 543. – Die BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 197 (Abendausgabe) vom 27. April 1927, ergänzte, daß „im besonderen Auftrag des Völkerbunds die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Lüders" teilnehmen werde, und führte noch weitere Mitglieder, Sachverständige und Beamte auf, die der deutschen Delegation beigegeben werden sollten. – Bis zum 28. April 1927 hatten 44 Staaten ihre Teilnahmeabsicht bekundet (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 197 [Morgenausgabe] vom 29. April 1927).

[11] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 193 (Morgenausgabe) vom 27. April 1927, berichtete unter der Überschrift „Immer weniger Erwerbslose. Gesamtrückgang 26 % in einem Monat", daß zum 15. April 1927 die „Gesamtzahl der Arbeitslosen" (in den verschiedenen Unterstützungskategorien) auf 1,221 Mio. zurückgegangen sei.

[12] Die Reichsregierung hatte im Dezember 1926 im Reichstag zur Entlastung der Gemeinden von der Erwerbslosenfürsorge einen Gesetzentwurf für eine Arbeitslosenversicherung eingebracht, der inzwischen in den Ausschüssen beraten wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 539, Anm. 5 u. 6); zum konkreten Inhalt des Gesetzentwurfs vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 12 (Morgenausgabe) vom 8. Januar 1927.

bedeutet. Das Kernproblem ist die Beschaffung der Arbeitsmöglichkeit selbst. Sie ist außerordentlich schwer, weil wir, verglichen mit der Vorkriegszeit, unzweifelhaft auch heute noch in einer Periode wirtschaftlichen Niedergangs und starker wirtschaftlicher Depression uns befinden. Es ist mir unbegreiflich, wie man bei irgendeinem Vergleich unserer einstigen Lage mit der gegenwärtigen mit den Schlagworten von einer deutschen Prosperität oder einem wirtschaftlichen Wiederaufstieg kommen kann. Sinnbild unserer wirtschaftlichen Lage ist die mangelnde Fundierung an Rohstoffen, ist die mangelnde finanzielle Fundierung unserer ganzen Wirtschaft, sind die schweren sozialen und steuerlichen Lasten, die auf ihr ruhen. Es wird der allergrößten Anstrengung bedürfen, um diejenige Ausbalancierung unserer Volkswirtschaft wieder zu erreichen, die uns einst auch im Verhältnis von Einfuhr und Ausfuhr die Stellung gab, die Deutschland vor dem Kriege auf dem Weltmarkt eingenommen hat. Es ist bekannt, daß diese wirtschaftliche Weltmachtstellung aufgebaut war auf der **deutschen verarbeitenden Industrie,** und gestatten Sie mir, dies als meine persönliche Auffassung hinzuzufügen, daß sie aufgebaut war auf der gesunden Situation der Einzelunternehmungen und Einzelpersönlichkeiten, die das beste dazu beigetragen haben, um uns diese Stellung zu schaffen. Ich möchte wünschen, daß der durch die Not der Nachkriegszeit vor sich gegangene Prozeß der Verstärkung des Verbändewesens in der deutschen Industrie uns noch Platz läßt für diese Form deutscher Unternehmungen.

Handelspolitisch darf ich aber eines hinzufügen: es ist selbstverständlich, daß wir alle Möglichkeiten ausnutzen, um uns durch deutschen Erfindungsgeist oder technische Vervollkommnung da vom Auslande unabhängig zu machen, wo wir es entbehren können, was jedes Volk und jeder Staat in der Welt ebenfalls tun würden. Wir müssen uns aber darüber klar sein, daß wir angesichts unserer weltwirtschaftlichen Lage nicht irgendeine wirtschaftliche Autarkie[13] treiben können, sondern daß wir gerade angesichts der Arbeitslosigkeit in der deutschen Industrie darauf angewiesen sind, **die deutschen Ausfuhrinteressen zu fördern.** Wir müssen selbstverständlich bereit sein, anderen Nationen in der Handelspolitik dann entgegenzukommen, wenn sie ihrerseits bereit sind, unsere wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten zu berücksichtigen. Bei der Lösung dieser Fragen fällt auch Ihnen eine besondere Aufgabe zu,

[13] Stresemann reagiert hier möglicherweise auf eine wenige Tage zuvor öffentlich getätigte Äußerung des DNVP-Ernährungsministers Schiele, der sich laut BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 200 (Morgenausgabe) vom 29. April 1927, „für die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Autarkie für Deutschland eingesetzt“ hatte.

und ich hoffe, daß wir mit Ihnen gemeinsam die Lösung derjenigen Fragen herbeiführen können, die im Interesse der deutschen Volkswirtschaft liegen. In diesem Sinne gestatten Sie mir, Ihnen ein gutes Gelingen Ihrer Tagung zu wünschen.[14]

[14] Die weiteren Reden des Tages nach derjenigen Stresemanns finden sich teils in wörtlicher Wiedergabe, teils in Paraphrase u. a. in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 196 (Abendausgabe) vom 28. April 1927, S. 9–11. – Zum Kontext der Veranstaltung und ebenfalls für Paraphrasen aller Reden vgl. STAHL UND EISEN S. 800–801.

Rede bei der Gedenkfeier zum 100jährigen Jubiläum von Bremerhaven im dortigen Stadttheater vom 30. April 1927[1]

Nach NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 100 vom 30. April 1927. – Druck (mit minimalen Abweichungen) auch in WESER-ZEITUNG, Nr. 234 (Abendausgabe) vom 30. April 1927. – Teildrucke (unterschiedlicher Länge und teilweise mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 204 vom 1. Mai 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 203 (Abendausgabe) vom 30. April 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 201 vom 1. Mai 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 200 (Abendausgabe) vom 30. April 1927, S. 1; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 319 (1. Morgenausgabe) vom 1. Mai 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 200/201 vom 1. Mai 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22495 vom 1. Mai 1927, S. 8; SCHULTHESS 68 (1927), S. 92.

Die Bedeutung Bremens und Bremerhavens für den deutschen Wiederaufbau und die deutsch-amerikanischen Beziehungen. Frieden bildet die Voraussetzung für die Wiederaufbauarbeit.

Im Namen der Reichsregierung, sowie im eigenen Namen spreche ich Eurer Magnifizenz[2], dem Hohen Senat und der Bremer Bürgerschaft den aufrichtigen Dank des Reiches für die Einladung zur Teilnahme an der heutigen historischen Feier aus. Ich verbinde damit die herzlichsten Glückwünsche der Reichsregierung, die mit Ihnen in Stolz und Bewunderung auf die ruhmreiche Geschichte Ihrer Stadt und die glanzvolle Entwicklung dieses Welthafens zurückblickt. Deutschland begeht in stolzer Freude diesen Festtag mit Ihnen, der durch die Anwesenheit des hochverehrten **Botschafters**[3] der befreundeten amerikanischen Nation ein besonderes Gepräge erhält. Ich danke Ihnen, Herr Botschafter, besonders, daß Sie an diesem Jubiläum der ehrwürdigen Hansestadt teilnehmen und dadurch die alten Beziehungen zwischen Bremerhaven und den Vereinigten Staaten von Nordamerika neu begründen.

---

[1] Laut WESER-ZEITUNG, Nr. 234 (Abendausgabe) vom 30. April 1927, brachte ein Sonderzug am Morgen die „zahlreichen Gäste“ nach Bremerhaven und anschließend ein Dampfer sie „zum Alten Hafen, dem ersten Hafen, der vor hundert Jahren erbaut worden ist. Von dort gingen die Gäste zum Stadttheater, in dem die eigentliche Festfeier stattfand“. – Die Vorlage mit einer reichen Berichterstattung über die Feierlichkeiten und die dort gehaltenen Reden eröffnet die Wiedergabe der Rede Stresemanns mit den Worten: „Reichsminister Dr. Stresemann, von den Anwesenden stürmisch begrüßt, führte aus:“

[2] Gemeint ist Martin Donandt (1852–1937), Präsident des Bremer Senats und damit Bürgermeister 1920–1933. – Er hatte vor den Worten Stresemanns und einer Festrede eines Senators die Gäste begrüßt (Text seiner Rede in WESER-ZEITUNG, Nr. 234 [Abendausgabe] vom 30. April 1927).

[3] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930.

Kühner Hanseatengeist war es, der vor hundert Jahren in tiefster Not des deutschen Volkes den Entschluß reifen ließ, hier eine Ausfallspforte für den deutschen Handel zu schaffen. Es ist ein tragisches Schicksal, daß wir jetzt nach hundert Jahren in gleicher äußerer Not darangehen müssen, den Wiederaufstieg unseres Volkes vorzubereiten. Wir wollen bei unserer unendlich schweren Arbeit diesen schöpferischen Geist lebendig werden lassen und dem Beispiel des Mannes[4] folgen, der Bremerhaven gegründet, mit dem gleichen Idealismus wie er die Schwierigkeiten meistern, die es jetzt zu überwinden gilt. Es hat mich mit großer Genugtuung und besonderer Freude erfüllt, daß sein Geist hier in Bremen lebendig geblieben ist. Allenthalben im Hafen und in der Stadt regt sich Handel und Schiffahrt. Die schwersten Folgen des tragischen Zusammenbruches unseres Volkes scheinen hier überwunden zu sein. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß wir das, was hier geschaffen worden ist, nicht nur dem deutschen Volke erhalten, sondern, daß die unermüdliche Schaffenskraft der Welthandelsstadt Bremen, ihre zielbewußte Bürgerschaft schon wieder die Fundamente zu weiterem Ausbau gelegt hat. Ein Teil der schwersten Verluste, die Bremens stolze Handelsflotte erlitten hat[5], ist wieder ausgeglichen. Eine ständig wachsende Tonnage läuft in Bremerhaven ein, eine wachsende Zahl von Dampfern wird vom Norddeutschen Lloyd[6], trotz aller Schwierigkeiten, gebaut und als Zeuge friedlicher deutscher Schaffenskraft in den Dienst des Weltverkehrs gestellt. Sie tragen dazu bei, die alten Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den überseeischen Ländern, besonders den Vereinigten Staaten von Nordamerika, neu zu beleben, sie fördern die lebendige Verbindung von Volk zu Volk. Viele Tausende von Deutsche[n] haben hier die alte Heimat verlassen, sie haben in der neuen Welt ihre zweite Heimat gefunden. So ist viel von unserem Blut in den Organismus der Vereinigten Staaten geströmt. Es ist kein Wunder, daß sich hilfreiche Hände dort regten, als es hier in Bremen und in Bremerhaven galt, an die Wiederaufbauarbeit zu gehen. Bremerhaven wird vielfach als eine Vorstadt von Neuyork bezeichnet. Es hat sich in diesem Ruf für das ganze deutsche Volk bewährt, das in seiner wirtschaftlichen Entwicklung sicher nicht so weit fortgeschritten wäre,

[4] Gemeint ist Johann Smidt (1773–1857), Bürgermeister Bremens 1821–1849 und 1852–1857; er hatte wesentlichen Anteil daran, daß 1827 dem Königreich Hannover ein Stück Land abgekauft, dort Bremerhaven gegründet und dessen Hafen gebaut wurde.

[5] Anl. III, Art. 1 zu den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags schrieb Deutschland u. a. die Abtretung aller Handelsschiffe über 1600 Bruttotonnen und die Hälfte aller Schiffe zwischen 1000 und 1600 Bruttotonnen vor (VERTRAG VON VERSAILLES S. 118).

[6] Der Norddeutsche Lloyd war eine 1857 in Bremen gegründete Reederei.

hätte man hier nicht die verbindende Brücke zu dem befreundeten Kontinent geschlagen.

Wenn wir der unsterblichen Verdienste des Schöpfers dieser historischen Stätte und der Männer gedenken, die sein Werk fortgeführt und ausgebaut haben, so muß man [sich] bewußt werden, daß ein solches Werk nur im **Frieden** gedeihen kann. Das deutsche Volk hat das größte Interesse daran, daß die ersten Anfänge seiner friedlichen Wiederaufbauarbeit nicht durch kriegerische Verwickelungen in Europa und der Welt gestört werden. Die Politik des Reiches gilt dem Frieden. Sie ist unablässig bemüht, an der Schlichtung der Streitigkeiten mitzuarbeiten, die seit Versailles[7] leider immer wieder die Völker Europas entzweien. Pflegen Sie mit mir diese Arbeit für den Frieden, damit blühen, wachsen und gedeihen kann, was Sie vor dem Untergange gerettet, was Sie neu dem Leben wiedergegeben haben: der Welthandel Bremens und die Weltgeltung seiner Tochterstadt Bremerhaven. (Lebhafter Beifall.)[8]

[7] Gemeint ist der am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Vertrag (Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES).

[8] Die Vorlage gibt im folgenden weitere Grußansprachen anderer Festgäste, darunter auch Schurmans, wieder.

Rede beim Festmahl zum 100jährigen Jubiläum von Bremerhaven in der dortigen Stadthalle vom 30. April 1927[1]

Nach NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 101 vom 2. Mai 1927. – Drucke (mit Abweichungen) auch in WESER-ZEITUNG, Nr. 235 (Morgenausgabe) vom 1. Mai 1927; WESERMÜNDER NEUESTE NACHRICHTEN, Nr. 101 vom 2. Mai 1927; DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 260–263. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und teilweise mit Abweichungen) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 204 vom 1. Mai 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 201 vom 1. Mai 1927; NORDDEUTSCHE VOLKSSTIMME, Nr. 101 vom 2. Mai 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 320 (1. Morgenblatt) vom 1. Mai 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 202/203 vom 3. Mai 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22495 vom 1. Mai 1927, S. 8; AMERIKA IM SPIEGEL DES DEUTSCHEN POLITISCHEN DENKENS S. 252–253; QUELLEN ZU DEN DEUTSCH-AMERIKANISCHEN BEZIEHUNGEN S. 101–102.

Würdigt Rede und Person des amerikanischen Botschafters Schurman. Erinnert sich an seine Amerikareise und die dortigen Eindrücke. Die Aufbauleistung der deutschen Seeschiffahrt. Deutschland tut gut daran, die Interessen der Seefahrt zu unterstützen. Frieden ist die Voraussetzung für internationales Gedeihen.

Als ich mich heute morgen mit dem Zuge Bremerhaven näherte, wurden mir Zeitungen in den Wagen gebracht, und ich las darin, daß ich die Absicht hätte, heute nachmittag eine große politische Rede zu halten[2]. (Heiterkeit.) Es ergibt sich daraus wieder einmal, daß die Zeitungen viel mehr zu wissen scheinen als diejenigen, über die sie schreiben. Ich bin nach Bremerhaven gekommen, um mich von der Politik zu erholen und nicht etwa, um Politik zu treiben. (Heiterkeit.) Ich bin hierhergekommen anläßlich eines Ereignisses, das in seiner geschichtlichen Bedeutung von meinen Herren Vorrednern[3] bereits ausführlich gewürdigt ist, besonders von Herrn Botschafter Schurmann [!][4]. Ich glaube, aus dieser Rede sprach ein tiefes Empfinden dafür,

---

[1] Der Gedenkfeier im Bremerhavener Stadttheater am Vormittag (vgl. dazu in dieser Edition Stresemanns dortige Rede) folgte ein Festakt mit Kranzniederlegung am Bürgermeister-Smidt-Denkmal (vgl. u. a. WESER-ZEITUNG, Nr. 234 [Abendausgabe] vom 30. April 1927) sowie am Nachmittag ein Festbankett in der Bremerhavener Stadthalle, bei dem Stresemann erneut das Wort ergriff.

[2] Eine entsprechende Zeitungsmeldung konnte nicht ermittelt werden.

[3] Zu den Reden vor derjenigen Stresemanns vgl. ebd., Nr. 235 (Morgenausgabe) vom 1. Mai 1927.

[4] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930. – Schurman hatte unmittelbar vor Stresemann gesprochen; zum Text seiner Rede: vgl. ebd.. – Die NORDWESTDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 101 vom 2. Mai 1927, berichtete dazu und zur Erwiderung Stresemanns: „Es war interessant, unseren Außenminister während der [...] Ansprache des Botschafters Schurman zu beobachten, wie Stresemann plötzlich den Bleistift aus der Rocktasche hervorholte und sich bei einigen besonders markanten Stellen der Rede des Bot-

was die Vereinigten Staaten von Amerika und was Deutschland im Austausch geistiger Güter für einander sind. Und wer Sie so kennt, sehr verehrter Herr Botschafter Schurmann [!], wie ich die Freude habe, der weiß, daß zwischen den Zeilen Ihrer Rede noch viel mehr stand, als sie uns gegeben hat. (Beifall.) Es war eine Freude zu hören, wie Sie von Deutschland denken. Ich weiß, daß Sie Ihre Kinder[5] nach Weimar geführt haben, um ihnen die Stadt zu zeigen, in der **Goethe[6]** und **Schiller[7]** geweilt haben. Ich weiß, daß Sie Ihre Kinder hingeführt haben auf den **Markt von Hildesheim,** um ihnen zu zeigen, was Giebeldächer in Deutschland sind, was beste deutsche Handwerkskunst des Mittelalters in Deutschland geschaffen hat. Ich sagte Ihnen damals, als Sie an meinem Tische saßen und von diesen Dingen sprachen[8], daß mich das erinnerte an eines der schönsten Gedichte des Prinzen Schönaich-Carolath[9]: „Mondschein und Giebeldächer in einer deutschen Stadt". Ich weiß noch, wie Sie damals davon sprachen, **daß Sie Ihre Kinder hingeführt haben in den Harz und nach Göttingen, wo Sie einst als deutscher Student[10] gelebt** und empfunden haben. Sie sprachen damals davon, daß Sie „Alt-Heidelberg, du feine"[11] hatten ins Englische übersetzen wollen und dabei bemerkten, daß alles, was in dem Worte „Du feine" liege, sich auf Englisch nicht wiedergeben lasse. Damals empfand ich es, wie Sie selbst die Versinnbildlichung von amerikanischem und gleichzeitig auch deutschem Blut und deutschem Empfinden sind. (Beifall.)

Das haben Sie zum Ausdruck gebracht in den wundervollen Worten, in denen Sie, ohne einen Namen zu nennen, anknüpfen an das, was Sinnbild des heutigen Tages

---

schafters Notizen machte. Einmal warf Stresemann halblaut auch ein Wort dazwischen, wofür der Botschafter mit einem lauten ‚Sehr richtig' quittierte. Der erste, der Schurman an der Ehrentafel applaudierte, war Stresemann; der Botschafter dankte durch Händedruck. Stresemann sprach völlig frei; wiederholt schlug er in seiner impulsiven Art mit der Rechten auf den Tisch, so gewissermaßen die markanten Stellen in seinen Ausführungen unterstreichend. Stresemanns Worte lösten stürmischen Beifall aus."

[5] Schurman hatte mit seiner Frau acht Kinder, von denen eines früh verstarb. Auf welche Kinder sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden.

[6] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter.

[7] Friedrich Schiller (1759–1805), deutscher Dichter.

[8] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[9] Prinz Emil von Schoenaich-Carolath (1852–1908), deutscher Dichter. – Das nachfolgend genannte Gedicht mit dem Titel „O Deutschland!" (und den von Stresemann zitierten Anfangszeilen) ist u. a. gedruckt in: Emil Prinz von Schoenaich-Carolath: Ausgewählte Werke in zwei Bänden. Bd. 2 [...]. Paderborn 1997, S. 24–25.

[10] Schurman studierte nach dem Erwerb eines Doktorats in Edinburgh 1878 insgesamt zwei Jahre 1878–1880 in Heidelberg, Berlin, Göttingen und in Italien als „Hibbert Fellow".

[11] Das Gedicht „Alt Heidelberg, du feine" aus dem 1853 erstmals veröffentlichten Versepos „Der Trompeter von Säckingen" Joseph Victor von Scheffels (Text u. a. in Scheffels Werke. Hrsg. v. Friedrich Wagner, Bd. 2. Leipzig/Wien 1919, S. 212–213) fand in einer vertonten Version als Studentenlied weite Verbreitung.

war, von dem Mann[12], der den Gedanken faßte, **die Versandung Bremens nicht zu dulden,** sondern eine neue Ausfallspforte für Bremen zu schaffen, indem Sie mit vollem Recht davon sprachen, daß es schließlich nicht die materiellen Dinge sind, die das Leben der Völker bestimmen, sondern daß es die Menschen, die Persönlichkeiten sind, die eine Brücke schlagen können über das Meer hinaus. Es ist heute von **Goethe** gesprochen worden[13], von diesem Mann, der weit mehr war als einer der feinstempfindensten [!] Dichter, und einer der größten philosophischen Denker, einem Mann, der, um ein modernes Wort zu gebrauchen, im Kontinent[14] lebte, der den Gedanken des Panamakanalbaues zuerst empfunden hat wie den Gedanken, was Bremerhaven bedeuten könnte für Deutschlands Entwicklung[15]. „Daß sich das gute Werk vollende, genügt ein Geist für tausend Hände."

Es ist schließlich doch das Empfinden des Einzelnen, der die Zukunft baut, der den ganzen Völkern den Weg weisen kann, und ich wundere mich nicht, daß ich aus den Reden, die ich heute gehört habe, den Gedanken entnehmen mußte, daß diejenigen, die in seiner[16] Gegenwart lebten, ihn befehdeten; denn nie ist **ein Volk undankbarer** als gegen diejenigen, die ihm **einen Weg zeigen,** ehe die große Masse begriffen hat, um was es sich handelt; und dabei denke ich nicht nur an die breite Masse im heutigen Sinne, sondern auch an **die Masse der Intellektuellen.** (Sehr richtig!) Goethe hat Amerika, als dieses Land ein Begriff war, der vielen vor Augen stand als etwas völlig Unbekanntes und Unbegriffenes, seinen Tribut gezollt, als er sagte[17]: „Amerika, du hast es besser, als unser Kontinent, der alte. Du hast keine verfallenen Schlösser und keine Basalte."

---

[12] Gemeint ist Johann Smidt (1773–1857), Bürgermeister Bremens 1821–1849 und 1852–1857; er hatte wesentlichen Anteil daran, daß 1827 dem Königreich Hannover ein Stück Land abgekauft, dort Bremerhaven gegründet und dessen Hafen gebaut wurde.

[13] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Ansprache des Bremer Bürgermeister Donandt vom Vormittag (Text in WESER-ZEITUNG, Nr. 234 [Abendausgabe] vom 30. April 1927).

[14] So in der Vorlage. In der Fassung u. a. in DEUTSCHE STIMMEN, vermutlich zutreffend: „in Kontinenten".

[15] Goethe prophezeite im Gespräch mit Eckermann vom 21. Februar 1827 den Bau eines Kanals durch Mittelamerika, den die USA unternehmen würden (Text in Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens, Hrsg. v. Fritz Bergemann. Bd. 1. [Frankfurt a. M.] 1981, S. 555–557). – Das nachfolgende Zitat entnimmt Stresemann in leichter Abwandlung Goethes 1832 veröffentlichtem „Faust. Der Tragödie zweiter Teil" (Text in: Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke [Frankfurter Ausgabe]. Bd. 7, T. 1. Frankfurt a. M. 1994, S. 201–464; das Zitat: S. 443).

[16] Stresemann meint hier offenbar den Gründer Bremerhavens, Johann Smidt (vgl. oben mit Anm. 12). – Vermutlich bezieht er sich nachfolgend darauf, daß Bürgermeister Donandt in seiner Vormittagsrede (vgl. oben Anm. 13) von notwendigen Rechtfertigungen Smidts berichtet hatte.

[17] Stresemann zitiert hier in leichter Abwandlung aus Goethes Gedicht „Den Vereinigten Staaten", das in der Sammlung „Zahme Xenien" veröffentlicht ist (Druck u. a. in Johann Wolfgang Goethe. Sämtliche Werke. [Frankfurter Ausgabe.]. Bd. 2. Frankfurt a. M. 1988, S. 739).

Dabei wird sich der Begriff „Amerika“ erst ergeben aus der Synthese zwischen dem alten und dem neuen. **Ich bin selbst in Ihrem Lande gewesen[18],** ich habe den Weg genommen von Neuyork nach Albany und habe mich gefangennehmen lassen von der großen Symphonie der Millionen Dächer da drüben, jenes brausenden Lebenswillens da drüben, und doch weiß ich mich mit Ihnen eins, sehr verehrter Herr Botschafter, daß das, was in dem Worte liegt auf die Brücke über den Neckar[19], – daß dieses Empfinden uns die Brooklyn-Bridge nie geben kann. (Beifall.) Ich muß Herrn Bürgermeister **Dr. Petersen[20],** meinem sehr verehrten Freunde zustimmen, der sagte: „Was gut ist am Alten, das halte – was gut am Neuen, das suche und fasse!“ Die Jugend schaffe für die Zukunft, aber in Ehrerbietung für das Alte und für das, was unsere Väter uns gegeben haben. (Beifall.)

Das Sinnbild Ihres Volkes, Herr Botschafter, ist dieses Jugendliche, dieses Mächtige, dieses Sichhineinwerfen in den Strudel einer kaum geahnten Zukunft. Vielleicht aber ist es leichter, auf dem Wege, der nach oben führt, immer weiter zu schreiten und den Gipfel in Sehnsucht zu erschauen als den Weg wieder zu gehen, **wenn man von der Höhe herabgestürzt ist.** (Beifall.) Für uns ist das der Fall. Ich will, wie Sie, nicht sprechen von einer Vergangenheit, deren Fehler bestand in der Verkennung dessen, was notwendig war, und der verteilt ist auf alle und nicht auf einen. „Sieg oder Unsieg stehen in Gottes Hand, der Ehre sind wir selber Herr und König.“[21] So steht es in der Inschrift, die die Reichsbank denen gegeben hat, die im Kriege für Deutschland gefallen sind. Aber ich will auf das eine hinweisen: Ob je-

---

[18] Stresemann war im September und Oktober 1912 als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation zunächst zum Internationalen Handelskammerkongreß in Boston gereist und bereiste mit dieser Delegation anschließend Nordamerika. Berichte Stresemanns über seine Eindrücke von dieser Reise finden sich unter dem Titel „Amerikanisch-kanadische Reiseeindrücke. Vom amerikanischen Wirtschaftsleben“ in: Sächsische Industrie 9 (1912/13), S. 102–106; unter dem Titel „Vom Deutschtum in Amerika“ in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 325 vom 22. November 1912.

[19] Die Neckarbrücke in Heidelberg wurde in mehreren Gedichten verewigt, so etwa in einem 1849 verfaßten Gedicht Gottfried Kellers mit dem Titel „Schöne Brücke“ (Text u. a. in: Gottfried Keller: Nachgelassene Gedichte seit 1846. Berlin 1949, S. 3) sowie in dem 1806 verfaßten Gedicht Clemens Brentanos „Lied von eines Studenten Ankunft in Heidelberg und seinem Traum auf der Brükke“ (Text u. a. in: Clemens Brentano: Sämtliche Werke und Briefe. Bd. 1, Teil 1 [...]. Stuttgart 2014, S. 127–139).

[20] Carl Wilhelm Petersen (1868–1933), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – 30. Januar 1924 (für die DDP; deren Partei- und Fraktionsvorsitzender 1919–1924); Erster Bürgermeister von Hamburg Januar 1924 – 1930 u. 1932–1933. – Petersen hatte ebenfalls in der Veranstaltung am Vormittag gesprochen und dabei u. a. die nachfolgend zitierten Worte verwendet (vgl. WESER-ZEITUNG, Nr. 234 [Abendausgabe] vom 30. April 1927).

[21] Die entsprechende Inschrift hatte die Reichshauptbank auf einer Gedenktafel angebracht, die der gefallenen und verwundeten Reichsbankbediensteten gedachte (vgl.: Die Reichsbank 1901–1925. Berlin [o. D.], S. 182). Das Zitat selbst entstammt wohl Wilhelm Kubes 1920 verfaßtem Drama „Totila“ über den König der Ostgoten.

mand im Menschenleben sich bewährt, **das hängt davon ab, ob er nach Schicksalsschlägen im Charakter stark genug ist, neu** zu arbeiten und vorwärtszukommen.

Wenn ich mich frage, ob wir diesen Charakter haben, dann kann ich mit Ja antworten, namentlich in bezug auf die **deutsche Wasserkante.** Wir haben vor dem Kriege die größten Schiffe der Welt gehabt. Es sind manche, die diese Schiffe geführt haben, als einfacher Kapitän von Küstendampfern wieder hinausgezogen, als wir klein wieder anfangen mußten[22]. Dies hält sie wieder aufrecht, diese Idee: „Die Welt gehört auch mir", diese Idee: **„Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn"[23].** Das war das Sinnbild von Hamburg, Bremen, Lübeck und Stettin. **Mit jedem neuen Schiff** ging ein Lebensnerv neu hinaus, der sagte: „Auch ich habe mein Recht in der Welt wie jedes andere Volk!" (Lebhafter Beifall.) Das ist etwas, was gerade in den Vereinigten Staaten verstanden werden wird, die diese neue deutsche Jugendlichkeit nachfühlen können. Sie haben nicht eine veraltete Aristokratie, in der der Enkel lebt von dem, was sein Ahn ihm gegeben hat, Sie schätzen die Menschen, die von der Tiefe zur Höhe gelangen. **Und wenn die besten Schichten des deutschen Volkes alles verloren haben, was sie hatten,** so kann ich mich mit dem Furchtbaren, was darin liegt, nur aussöhnen, wenn ich mir sage: In die Höhe sind stets nur Menschen gekommen, die Hindernisse zu überwinden hatten. Vor den Erfolg haben die Götter den Schweiß gesetzt[24] und nicht das Ausruhen. Und wenn eine Generation kommt, die Zähne und Nägel einsetzen muß, um wieder in die Höhe zu kommen, so ist das der Ausfluß bester deutscher Philosophie, die da sagt, daß das Leben köstlich gewesen ist, wenn es Mühe und Arbeit gewesen ist[25]. (Bravo!) Wenn über den alten römischen Legionären das Wort steht, „sine missione nascimur" – ohne Urlaub werden wir geboren[26] –, so steckt darin doch der eine große Gedanke: Was wir besaßen, als Deutschland auf der Höhe seiner Weltgeltung stand, das war nicht nur Kapital, das

---

[22] Anl. III, Art. 1 zu den Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags schrieb Deutschland u. a. die Abtretung aller Handelsschiffe über 1600 Bruttotonnen und die Hälfte aller Schiffe zwischen 1000 und 1600 Bruttotonnen vor (VERTRAG VON VERSAILLES S. 118). Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die Zeit nach der Ablieferung.

[23] Dieser Halbsatz ist ein Zitat aus dem Alten Testament (Genesis 32,27) aus der Szene, in der Jakob mit Gott kämpft und ihn zum Segen zwingt.

[24] Stresemann verwendet hier ein Zitat aus „Werke und Tage" des altgriechischen Dichters Hesiod, bei dem es heißt: „Vor die Tugend haben die unsterblichen Götter den Schweiß gesetzt".

[25] So – in leichter Abwandlung – lautet Psalm 90, Vers 10, in der Luther-Übersetzung.

[26] Stresemann bezieht sich hier auf die bei Seneca gebrauchte Wendung „sine missione nascimur". – Zur Frage, ob es sich bei seiner Interpretation um eine zu freie Übersetzung handele, vgl. das Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Staatssekretär Albert, o. D., in: STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 615–616.

waren Zinsen, die wir empfingen von dem Lebenswerk unserer Generationen, die vor uns gearbeitet haben. – Wir haben den Krieg verloren. **Töricht ist es, nur hinzuschauen auf das Vergangene.** Die Sehne muß gespannt sein auf das Kommende. Lassen Sie uns sagen: Wohlan! Wenn wir Nutznießer waren einer großen Vergangenheit, so können wir jetzt Samenspender sein einer neuen Zukunft! Möge es einst von uns heißen: Als es schlimm um uns stand, als wir den Krieg verloren hatten, da haben wir den Grund gelegt für eine neue deutsche Zukunft. (Beifall.) Das hat ein junger deutscher Dichter, der unterging in einer Seeschlacht, das hat **Gorch Fock**[27] in einem wunderbaren Roman: „Schiffahrt[28] ist not“ zum Ausdruck gebracht. Wer dieses Buch einmal gelesen hat – und ich wünschte, daß **die Senate der drei Hansestädte allen Schülern dieses Buch in die Hand gäben –,** wer die Schilderung des Todeskampfes gelesen hat dieses Seemannes, eines Einzelunternehmers, der sich bemüht hat, auf der See vorwärtszukommen, der dann gelesen hat, wie der Sohn dieses Seemannes denselben Tod wagt, aber nicht in der Form des Einzelunternehmers, der erkennt daraus dieses zwingende „navigare necesse est, vivere non est necesse“[29], dieses: Wir wollen aufs Meer, wir wollen kämpfen um das Meer, wir wollen mit dem Meere vorwärtskommen. Das ist deutsche Geschichte. Das ist deutsches Leben, und das wird verstanden werden nicht nur hier, sondern überall da, wo schließlich unser Menschenleben wieder aufbaut.

Nun höre ich zu meinem Bedauern, daß auch **manche pessimistische Töne** heute in unsere Feier hineinklangen. Sie, verehrter Herr Bürgermeister[30], sprechen davon, daß Bremen alles tun werde, um seine Stellung zu wahren, wenn das Reich ihm die Entwicklungsmöglichkeiten dazu gebe. Sehr verehrter Herr Bürgermeister! **Es ist so schwer, irgendeine Erklärung im Namen der Reichsregierung abzugeben.** (Heiterkeit.) Das Wort Reichsregierung ist weder ein **Synonym für Homogenität,** noch für **Konstanz der Geschehnisse.** (Heiterkeit.)

Ich kann Ihnen aber wohl sagen: Ich kann mir keine Reichsregierung, wie sie auch zusammengesetzt sein möge, denken, die nicht dafür Verständnis hätte, daß **Seein-**

---

[27] Gemeint ist der deutsche Schriftsteller Johann Kinau (1880–1916), der den Künstlernamen Gorch Fock annahm. – Sein nachfolgend angesprochener Roman „Seefahrt ist not!“ erschien erstmals 1913 und in den folgenden Jahren in mehreren Neuauflagen.

[28] So in der Vorlage. In der Fassung u. a. in DEUTSCHE STIMMEN zutreffend: „Seefahrt“.

[29] Stresemann verwendet hier ein von Plutarch für Pompeius überliefertes Zitat; es befindet sich als Inschrift am Haus Seefahrt in Bremen, einer Fürsorgeeinrichtung für ehemalige Seeleute.

[30] Martin Donandt (1852–1937), Präsident des Bremer Senats und damit Bürgermeister 1920–1933. – Donandt hatte in seiner Rede vom Vormittag (vgl. oben mit Anm. 13) formuliert: „Wir wollen wieder aufbauen, was noch in Trümmern liegt und werden das vollbringen – wenn uns das Reich die Freiheit läßt, unsere Aufgabe mit ungeschwächter Kraft auf eigene Verantwortung zu erfüllen“.

teressen im besten Sinne nur wahrnehmen kann, wer mit der See zusammenhängt, und daß keine Zentralisierung der Bureaukratie erwecken kann, was hier höchster Gemeinsinn bei Ihnen und anderer Werte[31] geschaffen hat in den Jahrhunderten und weiter schaffen wird für künftige Jahrhunderte. (Lebhafter Beifall.) Ich sehe das Reich festgegründet, wenn alle Glieder sich bemühen, für sich das Höchste zu leisten, dann wird die Zusammenfassung dieses Höchsten auch eine Höchstleistung sein für das, was uns alle eint: unser deutsches **Reich,** unser deutsches **Volk,** unsere deutsche **Heimat,** unsere deutsche **Sprache!**

Dazu, daß wir eine glückliche Zukunft vor uns liegen sehen, gehört aber auch das Verständnis dafür, daß wir ein Volk sind unter Völkern, daß wir nicht [nur][32] Europäer unter Europäern sind, sondern daß **wir gehören der ganzen Menschheit,** und daß wir vom **Segelschiff** bis zum **modernsten Dampfer** Fäden schlingen um die ganze Welt. Empfangen, was sie uns geben kann und will, und geben, was sie von uns empfangen kann und will. Dazu gehören diese großen Ausfallstore des deutschen Welthandels, dazu gehört der große Blick, der schließlich London und Neuyork ebenso früh kennt wie Berlin. Dazu gehört die Erkenntnis, daß Sie nicht die kleine Republik von einigen hunderttausend Einwohnern sind, dazu gehört, daß man versteht, was Hamburg und Bremen und Lübeck für das deutsche Volk bedeuten. Davon ist Kunde die Anwesenheit des deutschen Botschafters der Vereinigten Staaten.

Ich möchte zurückkehren zu meinem Ausgang: Wenn wir im Zusammenhang das Leben der Völker und Persönlichkeiten als Vertreter von Staaten sehen, die so in sich aufgenommen haben, was die Kultur eines anderen Volkes bedeutet, die so verstehen, was die anderen gegeben haben, dann können wir erwarten, daß das Ganze, was heute Hoffnung ist, Wirklichkeit wird: **Frieden und Verständigung der Völker im Wettstreit auf dem Boden der Tatkraft in ideeller und materieller Beziehung.** Und ich glaube, Sie alle empfinden mit mir, wie sehr wir uns freuen, am heutigen Tage unseren verehrten Herrn Botschafter Schurmann [!] unter uns zu sehen. Und ich bitte Sie, das, was hier inbegriffen ist und was ich als deutscher Außenminister in meiner Politik verfolge: **Verständigung der Völker, Gleichberechtigung des deutschen Volkes –** zusammenzufassen in den Ruf: Unser verehrter Gast, Herr Botschafter Schurman, er lebe hoch!

---

[31] So in der Vorlage. In der Fassung u. a. in DEUTSCHE STIMMEN, wohl zutreffend: „bei Ihnen und anderwärts“.

[32] Dieses „nur“ fehlt in der Vorlage, findet sich aber, wohl zutreffend, u. a. in der Fassung in DEUTSCHE STIMMEN.

Rede auf dem Niedersächsischen Wirtschaftstag in Bad Eilsen vom 7. Mai 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 255–256. – Teildrucke in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 216 (Morgenausgabe) vom 8. Mai 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 216 vom 8. Mai 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 341 (Morgenausgabe) vom 9. Mai 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 214/215 vom 10. Mai 1927; VORWÄRTS, Nr. 110 vom 8. Mai 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22503 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, S. 3; WIENER ZEITUNG, Nr. 108 vom 10. Mai 1927, S. 10.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist erfreulich, darf aber nicht über die Kapitalknappheit, niedrigen Börsenwerte und hohen Auslandskredite hinwegtäuschen. Die Landwirtschaft muß gestärkt werden, aber nicht durch Protektionismus.

Es ist zu begrüßen, daß eine gewisse Besserung der Wirtschaftslage festzustellen ist und auch in dem Rückgang der **Arbeitslosenziffern** zum Ausdruck kommt. [Die Zahl der Arbeitslosen beträgt am 15. April 1927 1 221 000, das sind 438 000 weniger als am 15. März 1927.][2] Trotzdem muß entschieden davor gewarnt werden, daß dieser Beginn einer Besserung, deren Weiterentwicklung gar nicht abzusehen ist, dazu verleitet, die produktiven Kräfte Deutschlands zu überschätzen. Die finanzielle Basis Deutschlands ist durch den verlorenen Krieg außerordentlich stark geschwächt. Ein Zeichen dafür ist die Tatsache, daß die Sparkasseneinlagen nur etwa 3 Milliarden Mark[3] gegenüber 19 Milliarden im Frieden betragen. Auch die so oft als Kennzeichen der Prosperität genannten Börsenkurse[4] bedeuten doch, an dem realen Friedenswert gemessen, nur 52 v. H. des damaligen Aktienstandes, trotzdem vielfach die Bewer-

---

[1] In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 216 vom 8. Mai 1927, heißt es zum Kontext der Rede: „Am Sonnabend und Sonntag tagte der Wirtschafts- und Verkehrsausschuß Niedersachsen-Kassel, die Vertretung der Wirtschaftskreise der Provinz Hannover. Außer zahlreichen Vertretern von Reichs- und Landesbehörden nahm auch Reichsaußenminister Dr. Stresemann [...] an der stark besuchten Tagung teil. Hauptgesichtspunkt der Beratung war das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Gemeinden. Unter gespannter Aufmerksamkeit der Teilnehmer nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort." – Aus der in dieser Zeitung lediglich paraphrasierten folgenden Wiedergabe der Rede geht hervor, daß es sich bei der Vorlage wohl nur um einen Auszug handelt.

[2] So als Herausgeberergänzung in der Vorlage. – Die Zahl stimmt überein mit der in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 193 (Morgenausgabe) vom 27. April 1927, berichteten „Gesamtzahl der Arbeitslosen" zum 15. April 1927.

[3] Laut STATISTISCHES JAHRBUCH 1927, S. 383, beliefen sich die deutschen Gesamtspareinlagen für Ende März 1927 auf gut 3,7 Mrd. Reichsmark.

[4] Die 1926 und in den ersten Monaten des Jahres 1927 steigenden Aktienkurse lassen sich den Tabellen ebd., S. 372–373, entnehmen.

tung der Aktien jetzt die Prosperität der Werte übersteigt. Die deutsche Industrie ist weiter aufgebaut auf **Auslandskrediten,** die sie zu verzinsen und zu amortisieren hat. In alledem liegt auch eine Warnung vor der Überschätzung der Transfermöglichkeiten[5]. Wenn daher auch erfreulicherweise eine Ankurbelung mancher Wirtschaftszweige zu verzeichnen ist, soll man sich darüber nicht im unklaren sein, daß wir weit weniger leistungsfähig sind als im Frieden.

So angenehm es in die Ohren klingt, wenn man vom Ausland hört, daß die deutsche Industrie alles leisten könne, so wenig entspricht das den tatsächlichen Verhältnissen. Auch unsere **Landwirtschaft** ist in einer wenig glücklichen Lage. Es ist selbstverständlich, daß die Erhöhung ihrer Kaufkraft eine große Bedeutung für die gesamte Wirtschaftsentwicklung hat. Was hier geschehen kann zur Durchführung eines großen Meliorationsprogramms und zur Intensivierung der Landwirtschaft, was ferner geschehen kann zur Durchführung eines Siedlungsprogramms im **Osten,** ist die gegenwärtige Aufgabe der Volkswirtschaft, an der alle mitarbeiten sollten. Unsere geographische Lage und die ganze Struktur unserer Volkswirtschaft gestatten jedoch nicht, uns von unseren weltwirtschaftlichen Beziehungen irgendwie zurückzuziehen. Unsere Exportsituation ist durch den Mangel an Kapitalskraft erschwert. Internationale Wirtschaftsverständigungen sind vielfach notwendig, um gegen wirtschaftlich stärkere Erdteile sich zu behaupten. Unsere Handelsvertragspolitik muß auf der Politik des Do ut des aufgebaut sein. Wer unseren Lebensnotwendigkeiten Rechnung trägt, dem dürfen wir auch unseren Markt nicht sperren. Wenn neuerdings auf Bestrebungen anderer Länder hingewiesen wird, die **nationale** Produktion unter allen Umständen zu bevorzugen, so kann eine solche Entwicklung jedenfalls nicht Akt der Gesetzgebung, sondern nur der Selbsterziehung eines Landes sein. Unser früheres Auslandsvermögen steht uns nicht mehr zur Verfügung[6], um aus seinen Erträgnissen

[5] Vermutlich bezieht sich Stresemann damit auf die Transferleistungen, die Deutschland nach dem Dawes-Plan von 1924 zu zahlen hatte; am gleichen Tag, dem 7. Mai 1927, meldeten amerikanische Zeitungen, daß Gilbert Parker, der für die Feststellung der Höhe dieser Transferleistungen zuständige Reparationsagent, bekundet habe, „daß Deutschland solange keine Revision des Dawes-Plans erwarten könne, als aus Reichsmitteln Kredite und Subsidien gezahlt werden. Im übrigen werde auch das Reichsbudget kritisiert und der wirtschaftliche Fortschritt Deutschlands, der besonders an der Zunahme der deutschen Auslandsanlagen erkennbar sei, hervorgehoben“ (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 215 [Abendausgabe] vom 7. Mai 1927; vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 215 [Abendausgabe] vom 7. Mai 1927). Möglicherweise hielt Stresemann die hier wiedergegebene Rede, um die Höhe der von Deutschland zu fordernden Transferleistungen zu mindern.

[6] Stresemann bezieht sich darauf, daß der Versailler Vertrag die Siegermächte berechtigte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen der davon betroffenen Reichsangehörigen verpflichtete (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159). Zudem hatte Deutschland gemäß

eine etwaige Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr zu decken.

Nur stärkste Einschränkung unnötiger Ausgaben und die Erkenntnis dessen, daß wir die Finanzpolitik eines Volkes treiben müssen, das **den Krieg verloren** hat, und auf der anderen Seite der Wille zur Intensivierung aller Produktionsmöglichkeiten und der Kampf um die Erhaltung unserer weltwirtschaftlichen Beziehungen können die schweren Probleme lösen, die uns bevorstehen.[7]

Art. 119 des Vertrags den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte, damit auch Vermögensrechte, abtreten müssen (ebd. S. 73).

[7] Paraphrasen und teilweise wörtliche Wiedergaben weiterer Reden nach derjenigen Stresemanns (u. a. von Reichsverkehrsminister Wilhelm Koch) finden sich in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 214 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, S. 2–3.

Rede auf dem DVP-Parteitag des Wahlkreises Westfalen in Bad Oeynhausen vom 8. Mai 1927[1]

Nach BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 214 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, S. 2. – Drucke (mit minimalen Abweichungen) auch in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 214 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 214/215 vom 10. Mai 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 342 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927; VORWÄRTS, Nr. 107 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927. – Teildrucke (unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22503 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, S. 3; SCHULTHESS 68 (1927), S. 93–94; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 231.

Es trifft nicht zu, daß er als Außenminister in seiner Politik im Kabinett isoliert ist. Wenn es nationalistische Kundgebungen gibt, liegt das an der fehlenden Abrüstung der anderen. Die Frage der Ostgrenze ist durch die Schiedsverträge von Locarno geregelt.

Der „Temps“[2] hat vor wenigen Tagen erklärt, daß der Außenminister, ebenso wie die Deutsche Volkspartei, im Reichskabinett **in Bezug auf ihre Anschauungen isoliert** seien. Diese Behauptung des „Temps“ entspricht nicht den Tatsachen. In den Richtlinien, die zur Bildung der gegenwärtigen Regierung führten[3], haben die Parteien, die heute die Regierung bilden, sich zur Fortführung der bisherigen Außenpolitik entschlossen. In dieser Fortführung der Außenpolitik sind mir seitens der Regierung

---

[1] Ein zusammenfassender Bericht über den Verlauf des Parteitages findet sich in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 343 (1. Morgenausgabe) vom 10. Mai 1927. – Die Vorlage eröffnet ihren Artikel unter der Überschrift „Wiederbeginn der politischen Debatten. Stresemann verteidigt seine Außenpolitik. [...]“: „Anläßlich der Tagung des Wahlkreisverbandes Westfalen der Deutschen Volkspartei in Bad Oeynhausen sprach [nach vorherigen Referaten] der Reichsaußenminister Dr. Stresemann in einer Diskussionsrede und führte dabei folgendes aus:“ – Aus der Berichterstattung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, die in weiten Teilen eine Paraphrase der Rede Stresemanns bietet, geht hervor, daß es sich bei der Vorlage wohl nur um eine gekürzte Fassung der Rede handelt; aus der Berichterstattung in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927, läßt sich erschließen, daß es sich bei der Vorlage um die Fassung nach „dem Bericht des halbamtlichen Wolffschen Telegraphen-Bureaus“ handelt.

[2] Stresemann bezieht sich auf einen Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 23401 vom 3. Mai 1927, S. 1, mit dem Titel „Le malaise allemand“.

[3] Die „Richtlinien“, nach denen das Kabinett gebildet wurde und auf die sich die beteiligten Parteien verständigten, sind gedruckt in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 516–517, Anm. 3. Nach ersten nicht autorisierten Presseveröffentlichungen wurden sie am 17. Februar 1927 von der Zentrumsfraktion bekanntgegeben (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 82 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 82 [Morgenausgabe] vom 18. Februar 1927).

keine Hindernisse bereitet worden. Wenn Kundgebungen in Deutschland, die insbesondere an die Tradition der alten Armee anknüpfen[4], etwa mit einem Abweichen von dieser Außenpolitik in Verbindung gebracht werden, so ist dies eine völlig falsche Darstellung. Die in Deutschland bestehenden Organisationen dieser Art sind schließlich doch **nur der psychologische Reflex der einseitigen deutschen Abrüstung.** Sie würden ihre Bedeutung, vielleicht ihre Existenz, in dem Augenblick verlieren, in dem der deutschen Abrüstung die Abrüstung anderer Völker folgte[5]. Wenn man sie anders ansieht, wenn man davon spricht, daß neben der Reichswehr in Deutschland gewissermaßen noch ein heimliches schlafendes Heer bestände, das in einem Augenblick erwache und sich auf seine Nachbarn stürze, wo irgend jemand es erweckt, so sind das **Märchen, würdig eines Jules Verne[6], aber nicht würdig ernsthafter Betrachtung.** Ich darf doch darauf hinweisen, daß es die Regierungserklärung des neuen Kabinetts[7] war, die offen davon gesprochen hat, daß die Reichsregierung **jede Politik der Revanche ablehnt.** Schließlich ist mein Name mit der Außenpolitik, die in den letzten Jahren geführt worden ist, derart verbunden, daß ich **selbstverständlich nicht Außenminister bleiben könnte, wenn an dieser grundsätzlichen Einstellung zur Außenpolitik sich etwas änderte.**

Bisher sind aber auf dem Gebiet der Außenpolitik **keine** Vorgänge zu verzeichnen, die als ein solches Abweichen zu bezeichnen sein würden. – Was die Erörterungen über die **Frage eines Ostlocarno** anbelangt[8], so bemerke ich, daß unser Verhältnis

---

[4] Stresemann meint offenbar den „Tag der Frontsoldaten“ des Stahlhelm, der am 8. Mai 1927 in Berlin stattfand; in der reichen Presseberichterstattung finden sich Angaben von 61 000 bis 120 000 Teilnehmer, die aufgeboten worden sein sollen (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 217 [Abendausgabe] vom 9. Mai 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 214 [Abendausgabe] vom 9. Mai 1927).

[5] Stresemann bezieht sich hier auf die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100). In der Einleitung zu den betreffenden Bestimmungen heißt es, daß Deutschland sich zu deren Einhaltung verpflichte, „[u]m die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen“ (ebd., S. 82). – Zwischenzeitlich tagten seit 1926 intermittierend eine „Vorbereitende Abrüstungskonferenz“ bzw. „Vorbereitende Abrüstungskommissionen“, die allerdings bisher kaum Fortschritte gemacht hatte (vgl. etwa zum Abschluß einer entsprechenden Kommissionstagung das Schreiben Dufour-Feronces an Bülow vom 14. April 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 185–187).

[6] Jules Verne (1828–1905) französischer Schriftsteller. Er hatte überwiegend Abenteuer- und Zukunftsromane, häufig fiktionaler Art, geschrieben.

[7] Gemeint ist die Regierungserklärung, die Reichskanzler Marx am 3. Februar 1927 im Reichstag abgab (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8791–8796).

[8] Mit „Ostlocarno“ war im allgemeinen Sprachgebrauch ein Vertrag zur Garantierung der deutschen Ostgrenzen, insbesondere gegenüber Polen, in Analogie zu den Verträgen von Locarno für die Westgrenzen, gemeint. – Offenbar reagiert Stresemann hier auf die am 1. Mai 1927 auf einer „Ostmarkentagung“ gehaltene Rede des Reichsjustizministers Hergt, wonach Deutschland niemals entsprechende Verträge über seine Ostgrenze abschließen werde, was in eine von der Tagung verab-

zu unseren östlichen Nachbarn, insbesondere zu Polen, geregelt ist durch diejenigen Abmachungen, die **in Locarno[9] selbst getroffen worden sind.** Diese Abmachungen werden vielfach nur auf unser Verhältnis zu Frankreich und Belgien bezogen. Ihr Gesamtwert besteht aus diesen Abmachungen mit ihren starken Bindungen mit den westlichen Nachbarstaaten, anderseits aus dem mit Polen abgeschlossenen Schiedsvertrag, der jedenfalls eine friedliche Auseinandersetzung über Differenzen zwischen beiden Ländern gewährleistet. Diese Situation hat das neue Kabinett bei seiner Begründung vorgefunden und sie durch nochmaliges Aussprechen der Anerkennung der bestehenden Verträge[10] besonders unterstrichen. Die Frage unseres Verhältnisses zu Polen ergibt sich daher aus der hierdurch geschaffenen Grundlage.[11]

schiedete Resolution mündete (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 230; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 300 mit Anm. 2).

[9] Text der am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215 (darunter auch das nachfolgend erwähnte Schiedsabkommen mit Polen: S. 208–214).

[10] Gemeint ist: in den „Richtlinien“ (vgl. oben mit Anm. 3) sowie in der Regierungserklärung (vgl. oben mit Anm. 7).

[11] Einen Kommentar zur Bedeutung der Rede Stresemanns bietet die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 217 (Abendausgabe) vom 9. Mai 1927.

Rede beim Festakt des Verbandes Sächsischer Industrieller in Dresden vom 21. Mai 1927[1]

Nach SÄCHSISCHE INDUSTRIE, Nr. 22 vom 28. Mai 1927, S. 500–502. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 455–460; STRESEMANN, Schriften S. 138–142.

Blickt auf die Geschichte des Verbandes und seine eigene Rolle darin zurück. Die Bedeutung des privaten Unternehmertums. Wendet sich gegen übertriebene Konzernbildung und gegen Zentralisierung der Interessenvertretungen. Die Probleme ausländischer Anleihen. Die abgewendeten Gefahren im Herbst 1923.

Sehr verehrter Herr Vorsitzender!

Lieber Freund Moras[2]!

Meine Herren!

Lassen Sie mich Ihnen zuerst dafür danken, daß Sie mir Gelegenheit geben, mit Ihnen zusammen zu sein, um noch einmal die Erinnerung in uns wachzurufen an ein Vierteljahrhundert des Bestehens des Verbandes[3]. Als ich in den Tagen Ihres Erinnerungsfestes in San Remo weilte[4] und mir vorstellte, welche Stunden Sie hier in Dresden verleben würden, bin ich sehr melancholisch gewesen. Vor meiner Erinnerung stand dabei auch jener erste Abschnitt in der Geschichte des Verbandes, das zehnjährige Bestehen, das wir einst schon festlich begangen haben[5], und das schöne

---

[1] Der Verband Sächsischer Industrieller, den Stresemann 1902 gegründet und in dem er zunächst bis 1918 als Syndikus und anschließend bis 1923 als Vorstandsmitglied gewirkt hatte, hatte ihn im Februar 1927 anläßlich des 25jährigen Bestehens zum Ehrenmitglied ernannt. Die Rede hielt Stresemann bei einem dafür angesetzten Festakt des Gesamtvorstandes. Zuvor hatte der Vorsitzende Moras die betreffende Urkunde und ein Geschenk überreicht (vgl. die Erläuterung in der Vorlage, S. 496). – Die Vorlage führt aus, daß Stresemann „in einer längeren Rede [...] u. a. nachstehende Darlegungen machte“. Dies legt nahe, daß es sich bei der Vorlage um eine gekürzte Fassung der Rede Stresemanns handelt.

[2] Otto Moras (1871–1945), sächsischer Industrieller; Vorsitzender des Verbandes sächsischer Industrieller 1918–1928. Er hatte unmittelbar vor Stresemann gesprochen (in der Vorlage: S. 496–500).

[3] Vgl. oben Anm. 1.

[4] Beim Festakt am 21. Februar war Stresemann im Erholungsurlaub in San Remo gewesen; er hatte jedoch zur Feier zu diesem Tag einen „Jubiläumsgruß“ geschickt (vgl. SÄCHSISCHE INDUSTRIE, Nr. 8 vom 19. Februar 1927, S. 1–2).

[5] Am 11. und 12. März 1912 hatte der Verband seines zehnjährigen Bestehens gedacht; vgl. dazu: Festschrift zur Feier des zehnjährigen Bestehens des Verbandes Sächsischer Industrieller [...]. Dresden 1912.

Singspiel, das auch diesmal von der Erinnerung sprach[6] und das Einst und Jetzt uns vor Augen stellte.

Es ist eine Eigenschaft, die wohl allen Menschen angeboren ist, daß Erinnerungen der Jugend in ihnen am stärksten wirken. **Diese Jugenderinnerungen sind das Fundament, der große Reservefonds der Empfindungen und Gedanken, von dem wir später zehren.** Das gilt wohl auch von der Jugend der Berufstätigkeit. In jungen Jahren wurde ich an die Spitze der Geschäftsführung des Verbandes berufen[7]. Sie haben bereits darauf hingewiesen, wie schwer die ersten Versuche gewesen sind, die Industrie Sachsens zu einer einheitlichen Organisation zusammenzuschließen[8]. Was diesen Versuchen schließlich Erfolg gab, war die starke Heraushebung des Gedankens der Verbundenheit eines Wirtschaftsgebietes. Wir stehen gerade gegenwärtig vor einer Entwicklung, in der nach einem verlorenen Kriege der Gedanke der Zentralisierung sich auch in der deutschen Wirtschaft ausdehnt. Die Bedenken, die gegen diese Zentralisierung der Wirtschaft bestehen, haben mit dem Gedanken des staatlichen Föderalismus nichts zu tun. Man kann fragen, ob die Konzernbildung, die Kapitalszusammenballung, die wir gegenwärtig erleben, für Deutschland etwas Gutes in sich tragen wird. Gewiß kann durch Zusammenfassung eines ganz großen Kapitals technisch viel geleistet werden, was der Mangel an materiellen Mitteln sonst nicht gestattet. Aber so wenig etwa ein künstliches Musikwerk die Blutwärme ersetzt, mit der der einzelne aus seinem Empfinden die Musik erstehen läßt, so wenig kann das Kapital die im Blute des einzelnen liegende Initiative, so wenig kann das Anstellungsverhältnis die Freudigkeit der Übernahme des Risikos seitens des Einzelunternehmers ersetzen. Ich habe oft der Überzeugung Ausdruck gegeben, **daß die vor dem Kriege so bedeutsame wirtschaftliche Stellung Deutschlands uns niemals zuteil geworden wäre, wenn wir in jenen Jahren schwerer Entwicklung lediglich Kartelle und Milliarden-Konzerne besessen hätten. Denn was da aufgebaut wurde, das trug eine rein persönliche Note.** Es ist falsch, selbst in der Wirtschaft nur das Materielle allein gelten lassen zu wollen und das Psychologische gering einzuschätzen. Ich weiß, daß die Bildung der großen Konzerne eine Folgewirkung unserer Lage war, daß sie entstanden, um sich enger zusammenzuschließen, da Deutschland sowohl die Rohstoffe, wie der einstige Kapitalreichtum fehlten. Ich bin mir dessen auch wohl bewußt, was es gerade für meine

[6] Zu diesem Singspiel konnte nichts ermittelt werden.

[7] Vgl. oben mit Anm. 1.

[8] Dies bezieht sich auf die vorangegangene Rede Moras' (in der Vorlage: S. 496–500).

Außenpolitik bedeutet, daß sogar über die Grenzen der Länder hinaus internationale Zusammenschlüsse heute wirtschaftlich wegweisend sind für einen verarmten Erdteil, der einst an der Spitze aller Kontinente stand.

Aber **ich fürchte mich vor einem: davor, daß jemals ein Deutschland kommen könnte, in dem es nur noch Verwaltungsbeamte von Konzernen auf der einen und ein Millionenproletariat auf der anderen Seite gibt.** Das können wir weder sozialpolitisch, noch volkswirtschaftlich, noch staatspolitisch aushalten. Deshalb muß bleiben inmitten dieser Volkswirtschaft, mag sie sich auf Einzelgebieten auch noch so zusammenballen, ein selbständiges deutsches Unternehmertum von eigener Verantwortlichkeit und eigenem Unternehmergeist. Ich bin davon überzeugt, daß nur die qualitative und differenzierte Arbeit unseren Gesamtanteil am Außenhandel erhält. Wir sind nicht das Land des Rohstoffexportes, wir sind das Land der Mannigfaltigkeit unserer Waren, das Land der Vielfältigkeit der Muster, das Land der Erfindungen, und durch diese Qualitäten werden wir unsere Stellung auf dem Weltmarkt erhalten. Der Industrie von Mitteldeutschland als Kern dieser Veredlungs-Industrie, die einst zwei Drittel unserer Ausfuhr bestritt, kommt deshalb eine besondere Bedeutung zu.

Das sehen wir auch an dem Einfluß Ihrer Organisationen, unter denen der Verband Sächsischer Industrieller eine der führenden ist, so wie in Thüringen, in Mitteldeutschland, in Schlesien nach seinem Vorbild sich andere gebildet haben. Deshalb haben diese Organisationen eine besondere Bedeutung, die weit hinausgeht über die Landesgrenzen. In der ersten Rede, die ich als jüngster Abgeordneter des Deutschen Reichstags einst zum Etat des Reichsamts des Innern gehalten habe[9], sind diese Gedanken ausgesprochen worden, und bis in die letzten Tage hinein habe ich für diese Gedanken gekämpft. **Das gilt auch für die Vertretung der regionalen Interessen in einem kommenden Reichswirtschaftsrat[10]. Ich habe das deshalb aus voller Überzeugung getan, weil ich eine Entwicklung nicht möchte, die,** durch den Krieg begonnen und durch die Nachkriegszeit verstärkt, **geistige, kulturelle, wirtschaftliche und psychologische Gefahren in sich**

[9] Tatsächlich hielt Stresemann, der am 6. Februar 1907 in den Reichstag gewählt worden war, seine erste (kurze) Rede am 5. März 1907 zum Gesetzentwurf zur Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1907 (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 227, S. 259–260). Hier bezieht er sich wohl auf seine erste längere Reichstagsrede zum Haushalt des Reichsamts des Innern vom 12. April 1907 (ebd., S. 709–715).

[10] 1920 wurde als vorübergehender Ersatz für den in der Verfassung vorgesehenen Reichswirtschaftsrat lediglich ein „Vorläufiger Reichswirtschaftsrat“ eingerichtet; am 18. Mai 1927 hatte eine Ministerbesprechung abschließend über Gesetzesentwürfe zur Errichtung des Reichswirtschaftsrates beraten, die nun auf den Weg gebracht werden sollten (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 750–752).

birgt, eine Entwicklung nämlich, **daß Berlin zu einer Stellung kommt, wie sie etwa Paris in Frankreich hat. Daran hat niemand ein Interesse, auch nicht derjenige, der Berlin seine Geburtsstadt nennt.**

Und was die Industrie besonders anbetrifft, **so ist niemand in der Lage, bestimmte Gruppen, die in anderen Teilen Deutschlands angesessen sind, auch wenn der Sitz dieser Verbände in Berlin ist, so zu vertreten wie jemand, der inmitten seiner Berufsgenossen steht. Es ist etwas ganz anderes, ob ich eine Eingabe von einer Behörde oder Organisation eines Landes vertrete, dessen Verhältnisse ich genau kenne, als eine solche, die nur Wiedergabe dessen ist, was bei der Zentrale einläuft.** Das Eigenleben, das Sie hier führen, muß auch durch Männer Ihrer Industrie in der Reichshauptstadt zum Ausdruck kommen, denn aus der Diagonale, die aus den verschieden gelagerten Interessen der Gesamt-Industrie gezogen werden muß, ergibt sich die deutsche Industriepolitik.

Ihr verehrter Herr Dr. März[11], der wohl dasselbe Temperament hat, das Herr Moras mir bescheinigte[12], hat einmal in einer solchen Temperamentswallung gesagt, daß **schließlich der Reichswirtschaftsrat nicht ein „Klub von Berlin“ werden darf.** Nun hat ihr Herr Vorsitzender in den freundlichen Worten, die er mir widmete, darauf hingewiesen, daß mein organisatorisches und wirtschaftspolitisches Wirken bald über Sachsens Grenzen hinausgegriffen und mich schließlich vor die Entscheidung gestellt hätte: **Wirtschaft oder Politik.** Ich glaube, daß die Entsendung in den Deutschen Reichstag, die der 21. sächsische Reichstagswahlkreis vornahm[13], dem Verbande nicht abträglich gewesen ist. Denn so wie ich aus voller Überzeugung für berechtigte wirtschaftliche Interessen eingetreten bin, so bekämpfe ich doch die falsche Einstellung mancher Kreise der Industrie, die da glauben, allein zu leben und nicht verstehen, daß ihren Gedankengängen die Gedankengänge anderer Kreise entgegenstehen. Ich bin noch heute erfreut darüber, daß wir einstmals den **Gedanken der Pensionsversicherung der Privatangestellten und -beamten** von seiten unseres Verbandes in der Öffentlichkeit vertreten haben[14], weil wir erkannten, daß

---

[11] Johannes März (1878–1936), Geschäftsführer des Verbandes Sächsischer Industrieller seit 1912; Redakteur der „Sächsischen Industrie“. – Bei welcher Gelegenheit er die nachfolgend von Stresemann erwähnte Aussage gemacht hat, konnte nicht ermittelt werden.

[12] Nämlich in der vorherigen Rede (vgl. oben mit Anm. 2).

[13] Stresemann wurde 1907 im 21. sächsischen Wahlkreis Annaberg-Eibenstock in den Reichstag gewählt.

[14] Stresemann hatte wesentlich dazu beigetragen, daß als Ergebnis jahrelanger Bemühungen ein Gesetz vom Dezember 1911 die Altersversorgung der Angestellten (wozu nach damaliger Bezeichnung auch die „Privatbeamten“ gehörten) einrichtete.

ein Zusammengehen der Interessen[15] für beide Teile wichtiger war als ein Kämpfen gegeneinander. **Der Gedanke, auszugleichen** und anderen gerecht zu werden, wird naturgemäß eher erzogen durch ein Wirken in Kreisen, in denen verschiedene Interessen und Anschauungen sich Geltung verschaffen wollen. Gewiß wächst dabei auch der Sinn für das Kompromiß. Ich bin in meinem Leben aber zu der Ansicht gekommen, daß ohne Kompromiß, d. h. ohne einen Ausgleich, noch nie etwas Großes in der Welt geschaffen worden ist, was Bestand hatte. **Deshalb habe ich nie ein Eigeninteresse der Konsumentenkreise anerkannt, weil es keinen Menschen gibt, der nur Konsument ist** und weil Produktion und Konsumtion genau so zusammengehören wie Arbeitgeber und Arbeitnehmer. **Noch immer ist die beste Förderung der Sozialpolitik die Förderung der Wirtschaftsinteressen der deutschen Industrie gewesen. Mit jeder aufsteigenden Konjunktur hob sich auch die Stellung derer, die zur Wirtschaft gehören. Geht die Wirtschaft zurück, dann versiegt ihre Quelle nicht nur für ihre Führer, sondern dann dürsten alle, die zu ihr gehören, und ihr soziales Niveau wird sich genau so senken wie das Niveau der Wirtschaft, mit dem alle für das ganze Leben verbunden sind.**

Heute sind wir durch Umstände, auf die ich hier nicht näher eingehen möchte, in Verhältnisse geraten, die viele Dinge unter dem Gesichtspunkt der Massenwirkung betreiben, weil Massenwirkung ein Faktor geworden ist, den wir in diesem Maße früher nicht kannten. Viel zu weit versuchen wir, den Staat zum Regulator aller Dinge zu machen. Der Gedanke der Allmacht der Behörde ist stärker als der Gedanke der Freiwilligkeit zum mächtigen Faktor geworden. Unter den Lasten, die auf der Wirtschaft ruhen, ist die Last des Verkehrs mit den Behörden eine der schwersten. **Dabei wäre es ein schwerer Fehler, zu glauben, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung uns gestattete, zu sagen, daß wir bereits über den Berg hinweg sind.** Die deutsche Wirtschaft ist vielfach aufgebaut auf fremdem Kapital, das verzinst und amortisiert werden muß, und wehe dem, der einen Kredit nimmt und nicht weiß, ob er die Macht hat, ihn zur rechten Zeit zu verzinsen und abzustoßen. Schwierig ist es auch, wenn fremdes Geld nicht nur einströmt für die Wirtschaft, sondern auch für reine Spekulationsgeschäfte. Wir haben im Dawesabkommen[16], das viel besser ist als

[15] In STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 457, folgt hier: „von Arbeitgeber und Arbeitnehmer".

[16] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle

sein Ruf, die Bestimmung, daß nur transferiert werden darf, wenn die deutsche Wirtschaft durch den Transfer nicht gefährdet wird. Wenn wir aber den falschen Eindruck einer Geldflüssigkeit da erwecken, wo wir in Wirklichkeit nur auf schwankem Boden fremder Borgungen aufgebaut haben, so kann die Entziehung durch Transferierung zu einem schweren Zusammenbruch führen, wenn wir auf die geringe eigene Kraft angewiesen sind. **Man sollte nicht den Eindruck erwecken, als wenn das deutsche Volk alles könne und als wenn es in der Lage wäre, alles zu vollbringen, was man von ihm verlange.** Man sollte aber auch weiter, namentlich auch seitens der Städte, sich daran erinnern, daß wir den Krieg nicht gewonnen, sondern verloren haben. Es ist nicht notwendig, daß Luxusdinge angeschafft werden, die interessant und lehrreich sind, aber für die man Millionen hinwirft, die man in früheren Zeiten deutschen Wohlstands nicht zur Verfügung hatte. Man sagt sich im Ausland, wenn das deutsche Volk wirklich so arm wäre, wie es sich hinstellt, dann würden seine Stadtverwaltungen nicht derartige Ausgaben machen, wie es in Wirklichkeit geschieht. Wenn man demgegenüber darauf hinweist, daß wir das beste Mark unseres Volkes, den früheren deutschen Mittelstand, verloren haben, daß vermögende Menschen zu Bettlern geworden sind, dann wird es schwer, diese tatsächliche Wahrheit glauben zu machen angesichts dieses Gehabens von Festen, Kongressen, neuen Bauten, Dingen, die einmal ein falsches Bild geben und zweitens doch nur aufgebaut sind auf einer Belastung der Wirtschaft, die auf die Dauer nicht zu tragen ist. **Hier liegen große Aufgaben auch für den Verband, und ich möchte wünschen, daß er mitarbeitet an der tatsächlichen Aufklärung über unsere Lage und dabei mitwirkte, die Linie zu gehen, die die Grenze darstellen muß für das, was nach einem verlorenen Kriege an öffentlichen Arbeiten, Wohltun und Luxus möglich ist.**

Sie haben heute in Ihrer Rede an mich und in den Denkschriften, die Sie die Güte hatten, mir anläßlich Ihres Jubiläums zuzuweisen[17], so viel über die Entwicklung des Verbandes in dem Vierteljahrhundert seines Bestehens gesagt, daß ich nur wenig dem hinzufügen kann. Ich darf für mich wohl sagen, daß **ich mit Lust und Liebe einst in dieser Organisation gearbeitet habe.** Tatsächliches Können setzt sich nur dann in Erfolg um, wenn eine große Liebe zur Sache hinzukommt, wie sie ja immer

der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[17] Anläßlich des Jubiläums hatte der Verband eine Schrift veröffentlicht (25 Jahre Arbeit im Dienste der sächsischen Industrie und der sächsischem Wirtschaft durch den Verband sächsischer Industrieller [...]. Leipzig 1927), auf die sich Stresemann vermutlich bezieht.

das Psychologische, das Treibende in solchen Dingen ist. Krieg und Nachkriegszeit haben neue Anforderungen an Sie gestellt. Der Begriff Geschäftsführung hat einen immer größeren Umfang angenommen. Die Räume wuchsen, es dehnte sich das Haus[18]. Die moderne Auffassung des Verbandes betätigte sich auch in der Anstellung hochbegabter weiblicher Kräfte für die Behandlung sozialer Fragen. Ortsgruppen und Fachverbände führten ein reges Leben innerhalb des Verbandes. **So ist das kleine Pflänzchen, das mit vieler Mühe aufgezogen wurde, zu einem großen Baum geworden.**

Ich habe seitdem nur die Dinge von draußen ansehen können. Aber auch in meiner Stellung als Reichskanzler und Außenminister habe ich manchmal Veranlassung gehabt, auf Grund der Erfahrungen, die ich sammelte, für berechtigte sächsische Wirtschaftsinteressen einzutreten. **Das Kabinett, das meinen Namen trug** zu der Zeit, als ich Reichskanzler war[19], **ist zusammengebrochen, als ich** im Einverständnis mit den maßgebenden Instanzen **die Reichswehr in Sachsen und Thüringen einmarschieren ließ[20],** um nicht den Zustand zu dulden, daß Mitglieder der kommunistischen Partei Minister in einem deutschen Lande wären. **Aber es war wohl besser, daß das Kabinett zugrunde ging, als daß die Wirtschaft in Sachsen und Sachsen[21] [!] selbst zugrunde gegangen wäre.** Hat doch Herr Sinowjew[22] mit dem

---

[18] Stresemann zitiert hier in leichter Abwandlung aus Friedrich Schillers 1799 erstmals veröffentlichtem Gedicht „Das Lied von der Glocke“ (Text u. a. in: Schillers Sämtliche Werke. Säkularausgabe. Bd. 1 [...]. Stuttgart/Berlin [1904], S. 45–58; das Zitat: S. 49).

[19] Stresemann leitete als Reichskanzler (und zugleich Außenminister) die Reichsregierung vom 13. August bis zum 23. November 1923; bis zum 30. November 1923 blieb er mit seinem Kabinett geschäftsführend im Amt. Danach behielt er das Amt des Außenministers. – Bis zum Austritt der SPD-Minister am 2. November 1923 bildete sein Kabinett eine Große Koalition; theoretisch verfügte es damit über weit mehr als 300 Stimmen der insgesamt 459 Reichstagsabgeordneten.

[20] Gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207, 208). – Neben Sachsen war auch in Thüringen die Reichswehr einmarschiert, und zwar am 5. November 1923, um Aufstände zu verhindern, die aus der Regierungsbeteiligung der KPD und deren Aufruf zur Bildung bewaffneter Verbände drohten; unter dem dadurch aufgebauten Druck traten die kommunistischen Minister am 12. November 1923 aus der Regierung aus (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 966–968; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 502; SCHULTHESS 64 [1923], S. 211 u. 216).

[21] So (vermutlich als Druckfehler) in der Vorlage sowie im Teildruck in STRESEMANN, Vermächtnis. Gemeint ist wohl: „Sachsen und Thüringen“.

[22] Grigorij Evseevič Zinov’ev (1883–1936), Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU 1921–1926; Vorsitzender des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) bis November 1926. – Auf welche Rede Zinov’evs Stresemann sich im folgenden konkret bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden.

ganzen Zynismus, der dem Bolschewismus eigen ist, davon gesprochen, daß diese kommunistische Bewegung nicht nur nach der sächsischen und thüringischen Seite hin, sondern zum Stoß gegen Berlin eingesetzt werden würde. Diese Bestrebungen traten auf zu einer Zeit, in der törichte Menschen in Bayern davon sprachen, nach Berlin zu marschieren[23] und als man den Kanzler angriff, der sich Mühe gab, das Reich zu konsolidieren, indem er zunächst den kommunistischen Herrschaftsgelüsten in Sachsen den Garaus machte. **Es war wohl damals die vorletzte Stunde zum Vorgehen, aber sie genügte doch, um eine Bewegung nicht aufkommen zu lassen, die dem ganzen Reich hätte gefährlich werden können.** Wenn jemals ähnliche Verhältnisse wieder kämen, wird man hoffentlich ebenso handeln und durch die Tat die Gefahr bekämpfen, die in solchem Zustande liegt.

Lassen Sie mich nach diesen Betrachtungen einiger der wesentlichsten Punkte, zu denen mich diese Stunde anregt, den Dank aussprechen für die persönlichen Ehrungen, die Sie mir zugedacht haben[24] und die eine dauernde Erinnerung sein werden an die Zeit meines Lebens, die untrennbar mit dem Gedanken an die sächsische Industrie und Ihren Verband verbunden ist. Mögen auch die vielen persönlichen Beziehungen, die ich in früheren Zeiten anknüpfen konnte und die vielleicht nicht mehr so eng sein können, weil ich in meinem Amte nicht die Möglichkeit habe, sie so zu pflegen, wie ich möchte, noch dazu dienen, um den Konnex von Mensch zu Mensch zu denen zu erhalten, die einst an meiner Seite standen, als ich mit Ihnen arbeiten und wirken konnte.

Lassen Sie mich alles, was ich empfinde, in den Wunsch zusammenfassen, **daß der Verband unter der Führung seines Vorsitzenden, seines Gesamtvorstandes, seines Syndikus[25] und seiner Geschäftsführung weiter blühen, wachsen und gedeihen und so ein wichtiges Glied bleiben möge unserer deutschen**

Vermutlich meint er den im VORWÄRTS, Nr. 57 vom 3. Februar 1924, teilweise paraphrasierend wiedergegebenen Text unter der Überschrift „Sinowjews Enthüllungen“ einer Rede „auf der letzten Parteikonferenz“ der Russischen Kommunistischen Partei, also vermutlich seiner am 18. Januar 1924 (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 299; dort allerdings [wohl fälschlich] unter der Überschrift „Parteitag“) gehaltenen Rede. Auszüge der Rede auch in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 505–507. – In der Sache vgl. auch seine „Instruktion an die Zentrale der KPD zum Eintritt in die sächsische Landesregierung“ vom 1. Oktober 1923 (in DEUTSCHER OKTOBER S. 187) sowie die „Lehren der deutschen Ereignisse“, eine Resolution des EKKI vom 19. Januar 1924 (ebd., S. 455–466).

[23] Stresemann bezieht sich hier auf die Verhältnisse in Bayern vor und bei dem Hitlerputsch vom 8./9. November 1923, als von verschiedenen rechtsgerichteten Kreisen und schließlich von Hitler propagiert wurde, mit einem „Marsch nach Berlin“ die Reichsregierung zu stürzen.

[24] Vgl. oben Anm. 1.

[25] Gemeint ist wohl Johannes März (vgl. oben mit Anm. 11).

Wirtschaft und unseres deutschen Vaterlandes.[26]

[26] Die Vorlage schließt die Berichterstattung mit einer Darlegung über „ein gemeinsames Mahl im Hotel Bellevue“, in dessen Verlauf verschiedene auf Stresemann gemünzte Reden gehalten werden, die knapp paraphrasiert werden (S. 502).

Rede auf einer DVP-Versammlung in Freiberg vom 22. Mai 1927[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22517 (Abendausgabe) vom 23. Mai 1927, S. 3, und Nr. 22518 (Morgenausgabe) vom 24. Mai 1927, S. 4. – Teildruck (mit kleinen Abweichungen) in WIENER ZEITUNG, Nr. 120 vom 24. Mai 1927, S. 7.

Die deutsche Wirtschaft steht nicht so glänzend da, wie behauptet wird. Befürwortet die Ostsiedlung; fordert Vertragstreue gegenüber den Deutschen im Ausland. Für das Aufwerfen der Rheinlandräumungsfrage muß der geeignete Moment abgewartet werden. Wer in Deutschland mit dem Gedanken an Krieg spielt, ist ein Verbrecher.

Die leider auch im Ausland verbreitete Meinung, daß unsere wirtschaftliche Lage eine außerordentlich glänzende sei, muß zurückgewiesen werden. Wir stehen gegenwärtig noch immer in einer **wirtschaftlichen Krisenzeit.** Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß augenblicklich einige hunderttausend Arbeitslose weniger sind[2]. Deutschlands geographische Lage läßt nicht die Fragestellung „Weltwirtschaft oder Eigenproduktion?“ zu, sondern nur das Verhältnis beider zueinander. **Wir werden niemals atmen können, ohne den Hauch des Weltmeeres in uns aufzunehmen.** Die deutsche Volkspartei unterstützt alles, was zu einer Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft führen könnte, ebenso alles, was dazu führen könnte, gerade **im Osten durch deutsche Siedlung** die Zahl der Menschen auf eigener Scholle soweit als möglich zu vermehren und dadurch **eine deutsche Menschenmauer an unsere Grenze zu legen.**

Wir haben den Wunsch, mit unseren Nachbarn zu guten handelsvertraglichen Abmachungen zu gelangen. In dieser positiven Einstellung ist das Kabinett völlig einig[3]. Voraussetzung dafür ist aber ebenso die Möglichkeit der Niederlassung Reichs-

---

[1] Paraphrasen in verschiedenen Zeitungen lassen als sicher annehmen, daß es sich bei der Vorlage um eine gekürzte Fassung der Rede Stresemanns handelt.

[2] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 243 (Morgenausgabe) vom 26. Mai 1927, führt in einem Artikel unter der Überschrift „Wieder starker Rückgang der Arbeitslosenziffer“ aus, daß vom 1. bis 15. Mai 1927 die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 14,3 Prozent und die „Gesamtzahl der Arbeitslosen vom 15. April bis zum 15. Mai 1927 von 1 217 000 auf 972 000 zurückgegangen [sei]. Der Rückgang beträgt also im letzten Monat rund 245 000 gleich 20,1 Prozent“.

[3] Zur Frage der Wiederaufnahme der im Februar 1927 unterbrochenen Verhandlungen über einen deutsch-polnischen Handelsvertrag, auf die sich diese und die folgende Passage Stresemanns in erster Linie bezieht, vgl. die unterschiedlichen Positionen, die der Gesandte in Warschau, Rauscher, und Reichswirtschaftsminister Curtius, beide am 5. Mai 1927, niedergelegt hatten (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 278–280 u. 283–288). Nach deutscher Auffassung mußte zunächst von polnischer Seite die Frage des Niederlassungsrechts Deutscher in Polen geklärt werden.

deutscher wie die **vertragstreue Behandlung aller Menschen deutschen Blutes,** mit denen uns natürliche Zusammenhänge verbinden, **auch wenn sie Bürger eines anderen Staates geworden sind.**

[...][4]

Der **Kampf um die Rheinlandräumung**[5] wird zur **psychologischen Stunde fortgesetzt** werden. Man muß dazu den Moment des geringsten Widerstandes zu finden wissen. Aber **Wahnsinn** wäre es, im **unrechten Augenblick loszugehen,** nur damit etwas geschehe. Den richtigen Augenblick zu bestimmen, ist Sache der Regierung. Sie würde aber jede Aktion von vornherein unmöglich machen, wenn sie sie vorher in der Presse ankündigte. Der **außenpolitische Kurs bleibt unverändert.** Wenn irgendwo in Deutschland an verantwortlicher Stelle mit dem Gedanken an einen Krieg gespielt würde, so ist das in seinen [!] Augen ein Verbrechen. Wir haben heute nur eines zu tun: alles daran zu setzen, damit die nächste Generation in einer

---

Eine allgemeine Debatte des Kabinetts über die Frage der Handelsvertragsverhandlungen hatte länger nicht stattgefunden.

[4] Die Berichterstattung wird in der Vorlage einen Tag später wieder aufgegriffen und gibt offenbar einen weiteren Teil der Rede Stresemanns wieder. – In einigen anderen Zeitungen werden lediglich Paraphrasen der Rede geboten, wobei in den paraphrasierten Passagen Teile enthalten sind, die sich in der Vorlage nicht finden; so heißt es etwa in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 379 (Morgenausgabe) vom 23. Mai 1927, von der Sache her vermutlich an diese Stelle gehörend: „Dr. Stresemann ging dann auf die Angriffe ein, die namentlich in letzter Zeit mit der Begründung gegen ihn erhoben würden, daß die deutsche Außenpolitik stagniere. Er wies darauf hin, daß die absolut neue Idee der Räumung einem Volk erst eingehämmert werden müsse. Vor kurze Zeit habe Poincaré beispielsweise erklärt, daß die Räumungsfristen noch nicht zu laufen begonnen hätten, und Herriot habe sich 1924 im Namen der französischen Linken auf den gleichen Standpunkt gestellt. Man müsse also einen großen Wandel feststellen. Wenn aber bei uns nicht sofort alles erreicht würde, dann gehe der Sturm los. Wir hätten nicht gelernt, auf den richtigen Moment zu warten. Bei uns sei die Stimmung so, ‚daß irgend etwas geschehen müsse', selbst auf die Gefahr eines Mißerfolgs. Im übrigen sei nach zuverlässigen Mitteilungen auch das Ergebnis von London nicht so überwältigend, wie die französische Presse es darstelle. Dr. Stresemann stellte noch einmal nachdrücklich die Mitteilungen über die sogenannte Privatisierung der Reichspost in Abrede und befaßte sich kurz mit dem angeblichen Aufmarschplan Frankreichs und Englands gegen Deutschland. In starker Erregung betonte er, daß derjenige, der einen solchen Plan in Händen hätte und ihn der Reichsregierung nicht mitteile, Landesverrat begehe. Im übrigen hielt er diesen Aufmarschplan für eine Mystefikation [!]. Weiter beschäftigte sich Stresemann noch mit den angeblichen Schwierigkeiten im jetzigen Reichskabinett. Dieses Kabinett sei keine Liebes-, sondern eine Vernunftehe, arbeite aber sehr sachlich und objektiv. Es handle sich um eine Zusammenfassung aller aufbauwilligen Kräfte. Das Ideal wäre natürlich eine einheitliche Front von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, womit außen- und innerpolitisch alles erreicht werden könnte; aber dadurch, daß die Sozialdemokraten, wie beispielsweise Scheidemann, Levi und Dittmann, die berechtigten nationalen Empfindungen verwundeten, schalteten sie sich selbst aus. [...]"

[5] Gemeint ist die Räumung der noch besetzten beiden südlichen Rheinlandzonen. – Zuletzt hatte am 10. Mai 1927 die Botschaft Paris nach Berlin berichtet, daß die französische Öffentlichkeit nicht zu einer Räumung ohne Gegenleistung bereit sei, und am 17. Mai 1927 telegraphierte Müller, der Gesandte in Bern, daß er aus der Umgebung von Briand erfahren habe, daß „scharfe Vorstöße in deutscher Presse" Briand daran hindern könnten, in der Räumungsfrage Entgegenkommen zu zeigen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 319–323 u. S. 361). – Zu Stresemanns eigener Einschätzung dieser Frage vgl. seine Aufzeichnung von Ende April 1927 in: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 138–140).

Periode des Friedens etwas von den wirtschaftlichen Gütern schaffen kann, was in den Jahren des Krieges verloren gegangen ist. Eingeklemmt in unsere unabänderliche geographische Lage, kann nur **ein törichter Mensch** oder nur einer, dem die Sinne umnebelt sind, **daran denken,** den **Kurs unserer Außenpolitik zu wechseln.** Nichts vergessen Menschen leichter als überstandene Gefahren.[6]

[6] Die Berichterstattung in der Vorlage fährt paraphrasierend fort: „Weiter warnte der Außenminister vor der Ueberschätzung der Leistungsfähigkeit Deutschlands und kritisierte die vielen systematischen Versuche, durch Falschmeldungen Beunruhigung in die Bevölkerung zu tragen, so durch die Meldung über angebliche Dokumentenfunde in der Arcos in London, durch die Meldung über die Absicht, die Reichspost in den Dawes-Plan einzubeziehen. Zum Schlusse sprach Dr. Stresemann auch über die innerpolitische Lage und übte scharfe Kritik an der von den Deutschnationalen betriebenen Beamtenpolitik. Die Rede schloß mit einem Protest gegen die mißbräuchliche Anwendung des Wortes national, auf das gewisse Kreise scheinbar ein besonderes Patent angemeldet zu haben glauben." – Zur Motivation von Stresemanns Rede insbesondere in bezug auf die deutschnationale Beamtenpolitik vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 246 (Morgenausgabe) vom 26. Mai 1927. – Der VORWÄRTS, Nr. 123 (Morgenausgabe) vom 24. Mai 1927, leitete seine paraphrasierende Wiedergabe der Rede ein: „[...] Stresemann hat sich veranlaßt gesehen, in der Hochburg der völkischen Bewegung Sachsens, Freiberg, eine Rede zu halten, die besondere Schärfen gegen seine deutschnationalen Koalitionsfreunde enthielt", und charakterisierte die Rede zusammenfassend: „Das Ganze war eine scharfe Lektion für die Hugenberg-Presse und für die noch weiter rechtsstehenden Politiker der Deutschnationalen. [...]"

Rede auf der Jahresversammlung des Deutschen Ausland-Instituts in Stuttgart vom 26. Mai 1927[1]

Nach BERICHT ÜBER DIE TÄTIGKEIT DES DEUTSCHEN AUSLAND-INSTITUTS 1926/27, S. 18–21. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und mit kleineren Abweichungen) in NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 99 vom 28. Mai 1927; DER AUSLANDDEUTSCHE 10 (1927), S. 478–479; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 244/245 vom 28. Mai 1927; SCHWÄBISCHER MERKUR, Nr. 241 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1927, S. 1–2; STUTTGARTER NEUES TAGBLATT, Nr. 241 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 247 (Morgenausgabe) u. Nr. 248 (Abendausgabe) vom 27. Mai 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 248 (Abendausgabe) vom 27. Mai 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 244 (Abendausgabe) vom 27. Mai 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 389 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22521 (Morgenausgabe) vom 27. Mai 1927, S. 4; REICHSPOST, Nr. 146 vom 28. Mai 1927, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 123 vom 28. Mai 1927, S. 9 [mit falscher Datierung auf den 27. Mai 1927].

Bedankt sich für die Verleihung des „deutschen Rings". Optimismus ist die Voraussetzung für die Zukunft eines Volkes. Grundlagen seiner Außenpolitik. Ein Aktivposten dieser Außenpolitik ist neben der wirtschaftlichen Stärke die Kulturgemeinschaft aller Deutschen auf der Welt. Deutschland ist schwächer als einst, wird sich mit Geduld aber wieder erheben und muß die Fehler der Vorkriegszeit vermeiden. Es wird für das Auslandsdeutschtum eintreten, wo dessen Rechte verletzt werden. Vorbilder aus der Vergangenheit für Deutschlands Zukunft.

Lassen Sie mich Ihnen herzlich und aufrichtig danken für die große Ehrung, die Sie mir mit der Verleihung des deutschen Rings[2] haben zuteil werden lassen. Sie

---

[1] Die NATIONALLIBERALE CORRESPONDENZ, Nr. 99 vom 28. Mai 1927, leitet ihre Berichterstattung unter der Überschrift „Stresemann über die deutsche Kulturgemeinschaft" ein: „Auf der Feier des 10jährigen Bestehens des Deutschen Auslandsinstitutes in Stuttgart, das die Verdienste Stresemanns um das Deutschtum im Auslande durch die Verleihung des Deutschen Rings ehrte, hielt der Reichsaußenminister eine große Rede, in der [er] in tiefempfundenen Worten über das Sehnen nach einer umfassenden Kulturgemeinschaft aller Deutschen sprach." – Die Festversammlung, auf der Stresemann hier spricht, fand im Rahmen der Jahresversammlung des Ausland-Instituts „im Konzertsaal der Liederhalle" statt. Nach Ehrungen anderer Mitglieder wurde Stresemann der „Deutsche Ring" überreicht, und Stresemann antwortete der Begrüßung und Laudatio des Vorstandsvorsitzenden (vgl. DER AUSLANDDEUTSCHE 10 [1927], S. 476–478).

[2] Der Vorstand des Deutschen Ausland-Instituts hatte 1925 die Schaffung eines „Deutschen Ringes" beschlossen und in der Satzung verankert, daß er „eine besondere Auszeichnung bedeuten [soll] für hervorragende Verdienste um die Erhaltung und Mehrung der geistigen und wirtschaftlichen Stellung des Deutschtums im Ausland [...]. Die Inhaber des ‚Deutschen Rings' sollen dem deutschen Volke innerhalb und außerhalb der deutschen Reichsgrenzen ein leuchtendes Beispiel treuester Pflichterfüllung im Dienste des deutschen Volkstums sein." Erstmals 1927 verliehen, erhielten den

haben, sehr verehrter Herr Vorsitzender[3], von einer Eigenschaft meines Wesens gesprochen, die oft Grund zur Kritik und von Angriffen gewesen ist, nämlich von dem, was wir mit einem Fremdwort Optimismus nennen, was ich selber nennen möchte: Glauben an die Zukunft. Ich bekenne mich zu diesem Glauben und ich bin der Meinung, daß weder ein einzelner Mensch, noch ein Volk eine Zukunft hat, wenn es nicht den Glauben an diese Zukunft in sich trägt. Nur dieser Glaube selbst gibt die Kraft, aus Niederbruch, aus Sturz, aus Elend heraus sich wieder aufzuraffen, um aus Trümmern ein neues Haus zu bauen. Wer die Trümmer liegen läßt, wer lediglich in Träumen der Resignation an alte bessere Zeiten denkt, der mag sein Gemüt beschwichtigen, aber er wird nicht bestehen vor denen, die ihn einmal fragen: Und was hast du dazu getan, daß aus diesen Trümmern sich mindestens das Fundament erhob, um einst uns, die nach Euch kommen, ein Haus zu geben, wie Ihr es besessen habt?

Ich sehe diesen Glauben an die Zukunft begründet in dem Glauben daran, daß der Sturz des deutschen Volkes nicht auf seiner Schuld begründet ist[4], daß es das Recht hat, moralisch sich so frei zu fühlen, wie irgendein anderes Volk auf dieser Erde. (Lebhafter Beifall.) Unser Land hat eine Prüfung durchmachen müssen, die ihm aber zum Heile dient. Gerade in der Zeit nach dem unglücklichen Weltkrieg hat der Auslanddeutschtumsgedanke sich stärker durchgesetzt, als einstmals in Tagen des Glücks, draußen sowohl wie drinnen. Es ist, glaube ich, auch ein Dichter[5] Ihrer engeren Heimat, der einmal in einem seltsamen Roman, zu dessen Schönheiten man nur auf langen Umwegen gelangt, davon gesprochen hat, daß die Deutschen das Glück nicht ertragen könnten, daß sie vielleicht erst einmal nach einem großen verlorenen Krieg sich wieder zusammenfinden und damit ihre Zukunft neu bauen würden. Um diese Zukunft ringen wir. Und im Kampf um diese Zukunft mit Bezug auf Reichs- und Auslanddeutschtum lassen Sie mich zu Ihnen in dieser Stunde sprechen.

Ich darf dabei anknüpfen an Worte, die der sehr verehrte Herr Vorsitzende des

---

Ring Reichspräsident Hindenburg (dem er bereits einige Wochen vorher überbracht worden war) und Stresemann (vgl. ebd., S. 477).

[3] Theodor Wanner (1875–1955), Gründer und Vorstandsvorsitzender des Deutschen Ausland-Instituts 1917–1933. – Das Nachfolgende bezieht sich auf die vorangehende Laudatio Wanners für Stresemann (Druck u. a. ebd., S. 477–478).

[4] Stresemann bezieht sich hier indirekt auf den „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

[5] Gemeint ist Friedrich Theodor Vischer (1807–1887), deutscher Literaturwissenschaftler und Schriftsteller. – Der nachfolgende Hinweis auf die „engere Heimat“ bezieht sich auf Vischers Geburtsort Ludwigsburg. Bei dem angesprochenen Roman handelt es sich um „Auch Einer. Eine Reisebekanntschaft“; er erschien in zwei Bänden erstmals Stuttgart 1879.

Vereins für das Deutschtum im Auslande, Exzellenz v. Hintze[6], heute im kleinen Kreis zu uns gesprochen hat. Sie nannten drei Dinge, von denen Sie einen Erfolg außenpolitischer Bemühungen glaubten herleiten zu können. Das war einmal die Persönlichkeit dessen, der die Geschäfte führt, das war Harren und Geduld derjenigen, die ihn in seinen Werken unterstützen oder die ihm schaden können. Das war drittens das, was Sie zusammenfaßten in den Begriff des Erfassens der politischen Lage. Ich bin der letzte, der die Persönlichkeit geringschätzen wollte, aber ich glaube, daß jeder sich darüber klar sein muß, auf welcher Grundlage derjenige steht, der heute solche Außenpolitik zu führen hat. Wir sind das Volk des verlorenen Weltkriegs, sind niedergesunken in einem Kampf, in dem das Niedersinken keine Unehre war, aber gleichzeitig Verlust unserer politischen und unserer materiellen Weltstellung bedeutet hat. Welche Hilfsquellen bleiben nun einem, der nach dieser Niederlage nun dieses Volk außenpolitisch mitführen soll? Ihm fehlt die materielle Macht. Und was immer gesprochen werden mag und mit Recht gesprochen werden mag von der „großen Gewalt der Ideen“, von der „Macht des Geistes“ im Verhältnis der Völker zueinander, – wie ganz anders weiß derjenige die Ideen seines Volkes durchzusetzen, bei dem hinter seinen Worten auch die Möglichkeit steht, etwas durchzuführen, was dem nicht gegeben ist, der lediglich auf das Geistige sich angewiesen sieht. Gewiß, wir sind in Einem groß geblieben, in unserer Wirtschaftsstellung in der Welt. Sie hat uns geholfen, Weltgeltung wieder zu erhalten, sie führte uns ein in die Gemeinschaft der Weltwirtschaft, sie führte uns zu Verträgen und Verständigungen mit Völkern, die den Weg nach normaler Betätigung des Weltgüteraustauschs suchen wollten. Und wo immer auch Auslanddeutschtum zusammen ist, ist auch die Frage weltwirtschaftlicher Betätigung im Austausch der Güter eine der Fragen, die Reichs- und Auslanddeutschtum miteinander verbinden. Aber schließlich kann letzten Endes nicht das Materielle wegweisend sein für den Weg in die Zukunft. Mir steht immer vor Augen als eines der schönsten Worte, die je gesprochen worden sind, das Wort des Preußenkönigs[7] bei der Eröffnung der Universität Berlin, die wenige Jahre nach dem

[6] Otto Hintze (1861–1940), deutscher Historiker; Vorsitzender des „Vereins für das Deutschtum im Ausland“. – Der nachfolgend angesprochene „kleine Kreis“ bezieht sich vermutlich auf die vorangegangene Vorstandssitzung des Deutschen Ausland-Instituts. Ein Beleg dafür konnte nicht ermittelt werden.

[7] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840. – Er soll mit den nachfolgend und leicht abweichend zitierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

Frieden von Tilsit[8] erfolgte, bei deren Einweihung der König das Wort sprach, „daß Preußen versuchen müsse, das, was es an materieller Macht verloren habe, auf dem Wege der Bildung des Geistes, des sittlichen Vorwärtsstrebens wieder zu schaffen“.

Geht unser Volk heute diesen Weg? Die Frage ist schwer zu beantworten, denn ich glaube, die ganze Zeit, in der wir leben, ist eine Zeit der Gärung, ist eine Zeit umwälzender Ideen, ist eine Zeit, in der alles fließt und in der man nicht von Dogmen sprechen kann, die anerkannt werden, sondern von einem Suchen, – aber ich füge doch auch hinzu, – von einem Suchen nach einem Lebensideal, nach dem die Menschen lechzen. Das war nicht immer so in der Zeit nach dem Kriege. Und wenn davon gesprochen worden ist, vom Ausland gesehen, wie ganz anders Deutschland heute dastände als 1919, – freuen wir uns dessen zuerst: Es steht sittlich ganz anders da als in der ersten Zeit der Ungebundenheit, der Hemmungslosigkeit, des Sichhineinstürzens nicht nur in seltsamste Ideen, sondern in seltsamste Arten, das Leben genießen zu wollen. Deutschland hat wieder festen Grund unter seinen Füßen gefunden und in seinem tiefsten Fall beginnt eine Klärung. Wir sehen sie einmal in einem großen Sehnen nach der Pflege des Körpers, nach körperlicher Ästhetik, die dann etwas sehr Gutes für ein Volk sein wird, wenn sie die Grundlage für eine gesunde geistige Betätigung gleichzeitig in sich bildet, aber sie nicht etwa ausschließt. (Beifall.)

Wir sehen heute ein schweres Ringen in unserem Volke nach Aufstieg. Ob wir mit diesem Ringen durchkommen, wer vermag das zu sagen? Wir haben ja durch den Krieg neben Provinzen und Rohstoffen, Kolonien und materiellen Gütern eines verloren, was wohl das beste im allen Deutschland war und was das neue Deutschland sich hoffentlich wieder schaffen wird, jene gesunde Mittelschicht, die selber aufsteigen konnte, die da sparte, um den Söhnen, die da nachkamen, ein besseres Los zu ermöglichen, als es die Eltern hatten. Das waren die, deren Vermögen nicht ererbt, sondern erworben war im besten Sinne des Wortes durch ihre Lebensarbeit. Das waren die, welche die Mittellage des deutschen Schiffes darstellten und die es vor Schwankungen und Stürmen so lange bewahrten, als diese Mittellage bestand. Denn alles, was an Gärung sich bei uns geltend machte, hat seine tiefsten Ursachen darin, daß diese Schichten nicht mehr in der Weise Deutschland dienen konnten, wie sie es vorher getan haben. (Sehr richtig! Beifall und Händeklatschen.) Deshalb, weil wir das

[8] Gemeint ist der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs, der den Charakter eines Diktatfriedens hatte und Preußen zur Mittelmacht zurückstufte. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263.

alles durch die Schuld dieser oder jener Zeit nicht haben, deshalb ist unser Ringen um Aufstieg ein so schweres. Wenn ich mich frage, ob neben diesem Ringen nach einem neuen Lebensziel, neben dieser ungeheuren Aktivität des deutschen Lebens, diesem großen, trotz der Hemmung der Kriegsverträge, erfolgten Fortschritt in Wissenschaft und Technik nicht ein anderer Aktivposten für die Außenpolitik auf diesem Gebiete besteht, dann glaube ich das Eine sagen zu können, und ich schließe mich hiermit ja nur den Worten an, die vorhin gesprochen worden sind[9], daß ich einen wesentlichen Aktivposten in dem festen Verbundensein der deutschen Kulturgemeinschaft auf der Erde sehe, jenem Verbundensein, das nie so stark war, wie nach diesem verlorenen Krieg.

Es ist vorhin die Erinnerung geweckt worden an die Einweihung des Hauses[10]. War es nicht erhebend zu sehen, wie inmitten des tief geprüften Deutschlands seine Söhne aus dem Erdenrund kamen, ihm Liebes erweisen wollten und zum Ausdruck brachten: Du bist unsere Mutter, zu der wir gehören. Staatsbürgerpflicht kann nicht daran binden[11], das Herz so sprechen zu lassen, wie es empfindet. Dieses Sehnen nach einer umfassenden Kulturgemeinschaft ist ja seitdem doch immer stärker geworden. Ich denke gerne einer Stunde in meinem Hause[12], auf die ich stolzer bin, als auf viele andere, in der Vertreter fast aller deutschen Minderheiten aus den verschiedensten Staaten und Ländern im Hause des deutschen Reichsaußenministers in der deutschen Reichshauptstadt sich einfanden, und ihm dort das Gefühl gaben: Hinter Deutschland steht kulturell eine ganz große Welt deutschen Blutsempfindens, das hinübergeht in alle Erdteile und das zu einer Einheit zusammengeschmolzen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Was kann uns dieses Deutschtum draußen geben? Was wollen wir ihm geben? Wenn ich von dem sprechen wollte, was wir ihm geben wollten, ihm geben möchten, dann möchte ich es wohl in die Worte eines alten Liedes kleiden[13]: „Und seh' ich auf der Heide dort im Sturme Dich, mit meinem

[9] Stresemann bezieht sich nachfolgend wohl auf die Aussagen von Edmund Steinacker, der zuvor mit einer Ehrenurkunde des Instituts ausgezeichnet worden war und in seinen Dankesworten sich in diesem Sinne äußerte (vgl. DER AUSLANDDEUTSCHE 10 [1927], S. 477).

[10] Vgl. dazu in dieser Edition die beiden Reden Stresemanns vom 21. Mai 1925, die er anläßlich der Einweihung des „Hauses des Deutschtums" in Stuttgart hielt.

[11] So in der Vorlage; „hindern" würde mehr Sinn ergeben.

[12] Auf welche Begebenheit sich Stresemann bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Denkbar wäre eine entsprechende Einladung an die Vertreter des „Bundes der Auslandsdeutschen", vor denen Stresemann am 29. August 1925 eine Rede in Berlin hielt (vgl. diese Edition), oder an die Vertreter der deutschen Handelskammern im Ausland bei ihrem Treffen in Berlin, vor denen Stresemann am 23. September 1924 ebenfalls eine Rede hielt (vgl. diese Edition).

[13] Stresemann zitiert nachfolgend in Abwandlung die Anfangszeilen eines von Ferdinand Freiligrath gedichteten und von Felix Mendelssohn-Bartholdy vertonten Volksliedes.

Mantel vor dem Sturm beschütz' ich Dich!"

Um diesen Mantel ist kein Schwert gegürtet, er deckt kaum die eigene Blöße, aber wir teilen ihn gern mit denen, die wie wir vom Sturm umtobt sind, und gerade, wenn wir oft gemeinsam körperlich frieren, dann muß uns umsomehr die Seele erwärmen. Wir ringen in schwerem Kampfe um die Wiedererringung unserer Geltung unter den Völkern. Man hat versucht, uns moralisch als weniger wertvoll hinzustellen als andere Völker[14]. Wir können dem gegenüber das Eine betonen, daß wir uns dessen bewußt sind, mindestens so wie sie vor dem Weltenrichter bestehen zu können. Nicht, als ob wir uns erheben und uns besser dünkten als andere. In jedem Menschen sind nicht nur die Triebe zum Hohen entwickelt. Aber so, wie in unserem Volke dunkle Kräfte mit denen, die zur Helle drängen, kämpfen, und trotz alledem, was wir an Schwächen und Fehlern im eigenen haben, können wir sagen, daß das Göttliche und Hochstrebende in uns keinem anderen Volk auf diesem Erdenrund nachsteht. (Beifall und Händeklatschen.) Deshalb können wir Macht und Gewalt als einen moralischen Urteilsspruch der Geschichte nicht entscheidend sein lassen, und so lange noch ein Mensch deutschen Blutes lebt, so lange werden wir uns wehren gegen jede Diffamierung der Nation, die genau so mit ihrem Wollen und mit heißer Liebe für ihre Heimaterde gekämpft hat, wie andere Völker das für ihren Grund und Boden getan haben. Wir sind heute weit schwächer als einst, da uns der Sonnenglanz der deutschen Weltgeltung noch wärmte. Aber es geht durch die ganze Welt die Empfindung, daß uns eine große Zukunft nicht verschlossen ist. Und wenn man draußen diese Empfindung hat, sollten wir nicht kleiner sein als die Menschen, die uns von draußen her sehen. Wir sollten lernen, den Blick zu erheben. Wir sollten nicht ersticken in Tagespolitik, sondern uns darüber klar sein, daß wir ein Volk sind, das einmal nach dem gewertet wird, was es geschichtlich in der Periode leistet, in der wir uns befinden. Da draußen traut man uns zu, daß wir vorwärts kommen und sieht einen Weg, der vorwärts gegangen ist. Ich habe oft die Empfindung, daß wir darunter leiden, daß die Menschen bei uns das, was wir sind, was sich entwickelt, immer nur messen mit jenem Gesichtspunkt eines Menschenlebens und es nicht messen mit jenem Blick der geschichtlichen Entwicklung, der nicht gestattet, alle drei Monate[15] eine Bilanz ziehen zu wollen, wie weit man vorwärts gekommen ist. Nichts schadet uns mehr in dieser Beziehung, als daß uns das fehlt, was hier mit vollem Recht als eine wichtige Grund-

[14] Vgl. oben Anm. 4.

[15] Stresemann bezieht sich wohl auf die Völkerbundsberatungen, die im Turnus von drei Monaten stattfanden.

lage jeder Außenpolitik hingestellt wird, das ist die Geduld, Entwicklungen abzuwarten, den richtigen Moment abzupassen und nicht lieber einen Fehlschlag zu erleiden, weil man um der Popularität willen etwas vorzeitig anfaßt[16]. (Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie mich in dieser Beziehung noch an zwei Worte des größten deutschen Staatsmannes[17] erinnern, der, wie es scheint, solche Erfahrungen zu seiner Zeit irgendwo und irgendwie gemacht haben muß, denn er hat einmal in einer Parlamentsrede gesagt[18]: „Ich bin viel zu lange Jäger und Fischer gewesen, als daß ich nicht wüßte, daß man warten muß, ehe der Schuß fällt oder ehe man die Angel hebt." Und er hat ein anderes Mal auch vom deutschen Volk gesprochen und gesagt[19]: „Es gibt in der Politik Menschen, die fortwährend meinen, die Aufgabe zu haben, nachzusehen, ob das Radieschen nicht schon etwas weiter gewachsen ist." (Heiterkeit.) Ich warne davor, das zu tun, ich warne vor einem strahlenden Optimismus, daß wir über den Berg seien und [man] nicht sieht, welche unendliche Schwierigkeiten vor uns liegen. Ich warne vor jedem Pessimismus, der glaubt, es wird doch nichts, weil es nicht so schnell geht, wie der Einzelne glaubt. Man hat oft Schuldfragen aufgeworfen über die Vergangenheit. Nicht in Bezug auf die große Frage des Weltgeschehens will ich davon sprechen. Man sollte alles zurückstellen, was entzweit, wenn man gemeinsam arbeiten muß, um vorwärts zu kommen. Aber eins darf ich in diesem Kreise sagen: Als wir in der Welt groß waren, und eines der reichsten Völker, auch[20] die es gab, sind wir erbärmlich kleinlich gewesen, in dem, was wir für das Deutschtum draußen getan haben. Andere, die nicht unsere Mittel besessen, haben sich in ganz

---

[16] Stresemann bezieht sich hier vermutlich auf die Frage einer möglichen deutschen Initiative im Hinblick auf die Räumung der noch besetzten beiden südlichen Rheinlandzonen. – Zuletzt hatte am 10. Mai 1927 die Botschaft Paris nach Berlin berichtet, daß die französische Öffentlichkeit nicht zu einer Räumung ohne Gegenleistung bereit sei, und am 17. Mai 1927 telegraphiere Müller, der Gesandte in Bern, daß er aus der Umgebung von Briand erfahren habe, daß „scharfe Vorstöße in deutscher Presse" Briand daran hindern könnten, in der Räumungsfrage Entgegenkommen zu zeigen (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 319–323 u. S. 361). – Zu Stresemanns eigener Einschätzung dieser Frage vgl. seine Aufzeichnung von Ende April 1927 in: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 138–140.

[17] Stresemann meint offenbar Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[18] Stresemann zitiert hier (in starker Abwandlung) aus Bismarcks Ansprache an die Abordnung der Universität Jena vom 30. Juli 1892 (Druck in: [Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 13: Reden 1885 bis 1897. Bearb. v. Wilhelm Schüßler. Berlin 1930, S. 467–470; das Zitat: S. 468).

[19] Offenbar bezieht sich Stresemann mit dem folgenden Zitat auf ein von Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst unter dem 24. März 1871 überliefertes Gespräch mit Bismarck, in dessen Verlauf dieser in bezug auf den Reichstag äußerte, er „mache ihm den Eindruck wie das, was ihm seine Eltern von seiner Kindheit erzählt hätten. Er habe einen Garten bearbeitet und da jeden Tag die Pflanzen herausgezogen, um zu sehen, wie dick die Radieschen seien." ([Otto von] Bismarck: Gesammelte Werke. Bd. 7: Gespräche. Teil 1. Hrsg. u. bearb. v. Willy Andreas. Berlin 1924, S. 508).

[20] So in der Vorlage. Offenbar ist hier das Komma falsch gesetzt.

anderer Weise verbunden gefühlt mit ihren Volksgenossen. Wir waren kleinlich und engherzig, obwohl wir groß dastanden, hatten Kolonien und wagten nicht, Geld hineinzustecken, um sie zu entwickeln; schätzten den Kampf bei irgendeinem Genußmittel höher als die letzte Durchführung der Wehrpflicht[21], die uns wahrscheinlich überhaupt den Weltkrieg vermieden hätte, weil ein so gerüstetes Deutschland nicht angegriffen worden wäre. (Lebhafter Beifall.)

Lernen wir aus den Fehlern der Vergangenheit, um wenigstens für die Zukunft unter schwierigeren Verhältnissen und, obwohl wir kulturpolitisch weit schwächer sind, das gut zu machen, was wir damals verträumt haben. Wenn wir an das Deutschtum in der Welt denken, dann steht auch alles vor uns, was von deutschem Geist geschaffen ist, auch wenn es nicht in unseren Landesgrenzen liegt. Deutsch ist die Marienkirche in Danzig[22], ist der Dom in Reval, Deutsche sind es, die in Leitmeritz[23] sich rüsten, ihr 700jähriges Bestehen ihrer Stadt in den nächsten Wochen zu feiern, deutsch in ihrer Kultur sind Hermannstadt und Kronstadt[24], deutsch in ihrem Wesen sind all die Bauern, die hinausgezogen sind, wo immer sie leben mögen im heiligen Lande, in Rußland. In jedem von uns lebt ein Jahrtausend deutscher Geschichte, und wer sich sehnt zu den Quellen, aus denen sein ganzes Denken und Empfinden entstand, und wer fühlt, daß er mit diesem Denken und Empfinden zu uns gehört, der gehört zur deutschen Kulturgemeinschaft, und niemand darf ihn deshalb schelten. Es ist mir heute gerade im Gespräch mit Vertretern eines anderen Landes[25] ein Urteil zu Ohren gekommen, das vollkommen das sagt, was ich heute zu Ihnen sagen wollte: Dem Deutschen ist der Begriff der Anerkennung des Staates, die Loyalität gegenüber der Autorität so eingeboren, daß man selten bessere Staatsbürger finden wird als die Deutschen, auch wenn sie die Minderheit in einem andern Lande sind. (Sehr

---

[21] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Debatten über die Heeresvorlagen von 1912 und 1913 und die damit verbundenen Fragen der Präsenzstärke des Heeres, der vollständigen Durchführung der Wehrpflicht und deren Finanzierung, die vornehmlich durch die Erhöhung indirekter Steuern gewährleistet werden sollte.

[22] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67).

[23] In Leitmeritz (heute Litoměřice in Tschechien) hatte beim Zerfall der Habsburgermonarchie Ende 1918 die überwiegend deutschsprachige Bevölkerung die Deutschen in Böhmen für selbständig erklärt und eine Nationalversammlung gebildet. Sie wurde von der tschechoslowakischen Volkswehr militärisch niedergeschlagen. – Anfang Juni 1927 feierte die Stadt ihre 700jährigen Stadtrechte (vgl. Leitmeritz – 700 Jahre Stadt. Jubel- und Heimatfest vom 3. bis 7. Juni 1927. Leitmeritz 1927).

[24] Gemeint sind die beiden auch nach dem Ersten Weltkrieg überwiegend bzw. in einer bedeutenden Minderheit von ethnisch Deutschen („Siebenbürger Sachsen“) bewohnten Städte in Siebenbürgen, die beim Zerfall der Habsburgermonarchie an Rumänien gelangt waren (heute Sibiu bzw. Braşov in Rumänien).

[25] Es konnte nicht ermittelt werden, wen Stresemann hier meint.

richtig.) Deshalb sollte man auch Achtung haben vor dem, worauf sie Anspruch erheben können, Sinnbild dessen, was ich den Blutstrom der Geschichte nannte: Sprache und Empfinden. Oft fällt religiöses Denken mit Deutschtum, Siedlung zusammen, sei es im evangelischen, sei es im katholischen Glauben. Wo nicht Entschlossenheit religiösen Empfindens die Einheit des Deutschtums an sich umschlingt, auch da lebt man in Duldsamkeit und Liebe und getreu zum Deutschtum nebeneinander.

Und ein anderes möchte ich denen, die draußen sind, sagen: Wenn wir schon Parteien haben müssen – Parteien gibt es in jedem Land – sie sind notwendig, weil sonst die Entwicklung stagnieren würde – aber wenn ihr Kampf ausartet in Kleinlichkeit und Engherzigkeit, so ahmen sie [!] dieses Beispiel nicht nach! (Lebhafter Beifall.) Für Sie darf es draußen nicht Parteien, sondern nur ein Deutschland geben, und ob Ihre Liebe, ob Ihre Erinnerung, ob Ihre Tradition hängt an alten Farben und alten Zeiten, ehren und achten Sie auch die Tradition des heutigen Deutschland! Wichtiger als der Kampf um Farben und Staatsbekenntnis ist der gemeinsame Kampf aller für Deutschland, deutsches Volk und deutsche Zukunft. (Lebhafter Beifall.)

Wer draußen diesen Deutschen gegenüber vertragstreu ist, wer Ehrfurcht hat vor ihrer Sprache, ihrem Empfinden, ihrem Gemüt, der wird gute Staatsbürger an ihnen haben können. Aber wir wollen das eine auch nicht vergessen, daß wir im Weltringen unsere Waffen niederlegten, weil das Selbstbestimmungsrecht der Völker das Sinnbild einer neuen Zeit werden sollte[26].

Wo man Entgegengesetztes tat, da werden wir innerhalb der Möglichkeiten, die uns gegeben sind, für das Deutschtum eintreten und das Deutschtum in der Welt soll wissen, daß wir uns in diesen Fragen als seine Vertreter fühlen. Das ist das Schwere, das ist aber auch das Schöne der Aufgaben deutscher Außenpolitik und ich glaube, es wird die Aufgabe jedes Außenministers sein, auch diese Stellung, diese seine Pflicht mit in den Mittelpunkt seiner Arbeit zu stellen. Und wenn Sie heute mir eine besondere Ehrung erwiesen haben, für die ich stets dankbar sein werde, werde ich das als einen Ansporn ansehen, in diesen Dingen weiterzuwirken.

Lassen Sie mich ein anderes noch sagen. Ich habe vorhin von der Notwendigkeit des Ausharrens gesprochen. Ich will nicht auf all das eingehen, was in so prächtiger

[26] Stresemann bezieht sich offenbar auf das deutsche Waffenstillstandsgesuch, das am 3. Oktober 1918 Präsident Wilson übermittelt wurde und auf dessen vorherige programmatische Reden zum Friedensschluß Bezug nahm (Text u. a. in Ursachen und Folgen II, S. 378–379), worunter aus deutscher Sicht auch das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu verstehen war.

Weise Exzellenz v. Hintze sonst gesagt hat über die treue Mitarbeit, die der Außenminister bei jedem Deutschen findet, weil jeder Deutsche diese Materie weit besser versteht als diejenigen Leute, die damit berufsmäßig zu tun haben[27]. (Heiterkeit.) Aber vor allem will ich auch darüber an dieser Stelle einmal sprechen, daß es so außerordentlich leicht ist, immer davon zu sprechen, daß der Weg einer Außenpolitik geradeaus gehen müßte. Nein, er geht nicht immer geradeaus, es gibt Windungen, es gibt Krümmungen, es gibt Zeiten, wo man stehen bleibt und nicht vorwärtsschreitet, es gibt auch Zeiten, wo man zurückgeworfen wird von einer Stellung, die man schon hatte. Das Entscheidende ist, daß man das Ziel im Auge hat und ihm zustrebt. Erreichen wir es oder kommen wir ihm näher, dann fragen Sie doch nicht nach der Methode, auf der man diesem Ziele zustrebt. (Lebhafter Beifall.) Ich habe oft die Empfindung, daß das Auslanddeutschtum in weit höherem Sinn diese Entwicklung richtig beurteilt, als wie sie bei uns vielfach in der Heimat eingeschätzt wird. (Sehr richtig!) Wenn ich vorhin von dem sprach, was wir uns als Kulturgemeinschaft sind, darf ich doch auch das eine sagen;[28] was die deutsche Kultur andern Völkern gegeben hat und was auch heute leidenschaftsloser anerkannt wird, als in Zeiten, in denen man den Ausdruck Deutscher glaubte durch einen anderen Ausdruck ersetzen zu sollen[29], der vielleicht nur eine sehr geringe Anerkennung des Geistigen in sich barg. Ich will nicht mit Wildenbruch[30] sagen, daß die Welt keine Seele mehr besäße, wenn sie kein Deutschland mehr hätte, aber ich kann wohl sagen: Schönste Teile dieser Weltseele wären in ihrer Stärke nicht vorhanden, wenn nicht deutscher Geist sie besonders gepflegt hätte. Daß das heute anerkannt wird in den großen Beethoven-Feiern dieses Jahres[31], daß man draußen sich freut, wenn Sendboten kommen, ist dafür ein Beweis. Und es gilt auch ebenso für die, welche vom neuen Deutschland

[27] Vgl. oben mit Anm. 6.

[28] So in der Vorlage; ein Komma würde den Satz verständlicher machen.

[29] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die britische Propaganda im Ersten Weltkrieg, die die Deutschen (in Anlehnung an die „Hunnenrede“ Wilhelms II.) als „Huns“ bezeichnete.

[30] Ernst von Wildenbruch (1845–1909), deutscher Schriftsteller und Diplomat. – Das nachfolgende und abgewandelte Zitat entstammt seinem 1889 verfaßten Gedicht „Deutschland und die Welt“, das Zitat lautet korrekt: „Die Welt hat keine Seele, Sie hat kein Deutschland mehr!“ (in: Ernst von Wildenbruch: Ausgewählte Werke. Bd. 1. Berlin 1919).

[31] Anläßlich der einhundertsten Wiederkehr des Todestages des Komponisten Ludwig van Beethoven (1770–1827) fanden in Deutschland und Österreich verschiedene große Gedenkveranstaltungen statt, u. a. an seinem Todesort Wien am 26. März (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 146 [Morgenausgabe] vom 27. März 1927) und mehrtägige Feiern im Geburtsort Bonn vom 21. bis 31. Mai 1927 (vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 241 [Abendausgabe] vom 23. Mai 1927).

Kunde bringen, wie der verehrte Reichskanzler Dr. Luther[32], von dem ich wohl sagen kann, daß ich ihm zuerst in schweren Tagen, – als er stürzte[33] – wer es öfter durchgemacht hat, kommt leichter darüber hinweg – (Heiterkeit) gesagt habe[34]: Gehen Sie hinaus in die Welt und bringen Sie dieser Welt einen Gruß von diesem Deutschland, denn wenn wir Menschen hinausschicken, sollen wir die besten hinausschicken, die wir haben. Das waren Sendboten des neuen Deutschland, die von unserem Ringen und Arbeiten erzählen können. Aber auch andere sind hinausgegangen und haben deutsche Kunde herübergebracht in die fernen Lande, und die Herzen haben aufgejauchzt in fremden Ländern, wenn sie diesen Gruß wieder von uns empfingen. Und so glaube ich, daß wir nicht traurig, verzweifelt oder nur pessimistisch in die Zukunft zu sehen brauchen. Deutsches Ringen und deutsches Hoffen, das sind die beiden Pole, die uns bewegen. Und ein oft zitiertes Wort, im innerpolitischen Kampf zitiert, aber nach außen wohl weit besser Sinnbild weitester Empfindungen, ist das Wort[35]: Durch Arbeit und Opfer zur Freiheit! Ohne Arbeit, ohne Opfer geht es nicht, aber ich glaube, wir kommen über diese Arbeit und über diese Opfer doch dann hinweg, wenn wir uns das eine vorstellen, daß in der Zeit, in der Deutschland groß, mächtig und gewaltig war, nicht wir es waren, die dieses Deutschland geschaffen hatten, sondern daß wir Nutznießer der Generationen waren, die vorher darum gekämpft hatten, von der Paulskirche[36] an bis zu denen, die auf dem Schlachtfeld verbluteten. Auch darf man derer nicht vergessen, die das ganze ideale diplomatische Geschick besaßen wie ein Bismarck, um diese Dinge in die deutsche Einheit ausmünden zu

---

[32] Hans Luther (1879–1962), Reichsernährungsminister 1922 – 6. Oktober 1923; Reichsfinanzminister 6. Oktober 1923 – 15. Januar 1925; Reichskanzler 15. Januar 1925 – 13. Mai 1926; Reichsbankpräsident 1930–1933; Botschafter in den USA 1933–1937. Parteilos (Mitglied der DVP 1927–1930).

[33] Infolge von Abstimmungsniederlagen und einer Mißbilligung im Reichstag in der Debatte über die Flaggenverordnung hatte die Regierung Luther am 12. Mai 1926 demissioniert (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Luther II, S. 1367–1369).

[34] Dazu konnte kein Beleg ermittelt werden. – In der Sache handelt es sich im folgenden darum, daß Luther nach seinem Rücktritt als Kanzler eine längere Südamerika-Reise unternommen hatte (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 604 [Abendausgabe] vom 22. Dezember 1927). Nach der Rückkehr hielt er über einen längeren Zeitraum hinweg in Deutschland Vorträge über diese Reise und insbesondere über die Auslandsdeutschen in Südamerika (vgl. etwa ebd., Nr. 605 [Morgenausgabe] vom 23. Dezember 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 6 [Abendausgabe] vom 5. Januar, S. 2, und Nr. 21 [Morgenausgabe] vom 14. Januar 1927, S. 2).

[35] Stresemann dürfte sich hier in erster Linie selbst zitieren; seine Rede auf dem DVP-Parteitag vom 30. März 1924 (vgl. diese Edition) stand unter der Überschrift „Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit“, was auch für die Plakatierung der DVP im Wahlkampf 1924 genutzt wurde. Das Zentrum wählte für ein Plakat in diesem Wahlkampf die gleiche Formel.

[36] Gemeint ist die Deutsche Nationalversammlung von 1848/49, die in der Frankfurter Paulskirche tagte.

lassen, und nicht vergessen des großen Kaisers[37], der deshalb gerade groß war, weil er es verstand, große Menschen in seiner Umgebung zu dulden und ihnen die Stellung zu geben, die ihnen gebührte. (Lebhafter Beifall.)

Heute müssen wir Wegbereiter sein für die, die nach uns kommen. So hat jede Generation ihre besondere Aufgabe, so steht über unserem Leben, wie ich es oft gesagt habe, der Sinnspruch der alten römischen Legionen: Sine missione nascimur, ohne Urlaub werden wir geboren[38]. Das deutsche Volk hat das, was eingesammelt war in Generationen, im Krieg und in der Inflation[39] wieder verloren. Es gibt heute keinen Menschen, der vorwärts kommen kann ohne zu arbeiten und ohne Schwierigkeiten zu überwinden, aber ich behaupte, es wird auch kein Mensch groß, der nicht Schwierigkeiten im Leben gehabt hat. Wem das Leben geebnet ist wie ein Parkettboden, der lernt vielleicht auf dem Parkett sich bewegen, aber er lernt nicht Berge zu ersteigen. Wer kämpfen und ringen muß, wer nicht weiß, ob der morgige Tag ihn nicht vor schwerere Aufgaben stellt als der vorangegangene, wird auch nicht das Letzte daran setzen, um in die Höhe kommen zu können. Und so wird eine Generation, die ihr Vermögen in materieller Hinsicht verloren hat, den Trieb, in geistiger und sittlicher Hinsicht vorwärts zu kommen, umsomehr in sich spüren, und damit die Gewähr geben, daß es mit uns vorwärts geht.

Es wurde heute noch von dem dritten Gesichtspunkt des Ergreifens des Moments gesprochen[40], wohl des Moments, wo das Geschick an uns vorüberrauscht, und daß wir nicht vergessen sollen, einen Zipfel seines Gewands zu erfassen[41]. Ich weiß nicht, ob und wann andere Zeiten für uns kommen. Verlassen auf irgend ein Wunderbares können wir uns nicht, das werden wir nicht, aber, wenn es irgendwie kommt, muß man vorbereitet sein. Nicht das ist das Entscheidende im Leben Fried-

---

[37] Gemeint ist offenbar Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888; Deutscher Kaiser 1871–1888.

[38] Stresemann bezieht sich hier auf die bei Seneca gebrauchte Wendung „sine missione nascimur". – Zur Frage, ob es sich bei seiner Interpretation um eine zu freie Übersetzung handele, vgl. das Schreiben Stresemanns an den ehemaligen Staatssekretär Albert, o. D., in: STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 615–616.

[39] Stresemann dürfte sich hier in erster Linie auf die Inflation und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923 beziehen; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Mark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[40] Auf wen und was Stresemann sich hier bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise bezieht er sich auf die Laudatio Wanners (vgl. oben Anm. 3), in der dieser Stresemann selbst mit dem Bild vom Silberstreifen zitiert hatte.

[41] Vermutlich lehnt sich Stresemann hier an ein Bismarck zugeschriebenes Wort an, wonach „der Staatsmann [...] nur abwarten und lauschen [kann], bis er den Schritt Gottes durch die Ereignisse hört; dann vorzuspringen und den Zipfel seines Mantels zu fassen, das ist alles" (zit. bei Paul Liman: Fürst Bismarck nach seiner Entlassung. Neue vermehrte Volksausg. Berlin 1906, S. 3).

richs des Großen[42], daß die Kaiserin von Rußland[43] starb und dadurch der Siebenjährige Krieg einen anderen Ausgang nahm. Er hat ja wohl nicht darauf gewartet, aber daß er durchhielt mit seinen Nerven bis zu dem Moment, in dem er den Nutzen ziehen konnte, das war das Große an seiner Persönlichkeit. Walter v. Molo[44] hat einmal das Bild Friedrichs des Großen in einem Roman, in einer Schrift gekennzeichnet. Er läßt in einer Nacht sein ganzen Leben an ihm vorüberziehen, läßt alles Schlimme, Kapitulation der Armee, Munitionsmangel, den Bruder[45], der ihm, um Frieden bittend, zu Füßen stürzt, läßt alle Deputationen verzweifelter Städte an seinem geistigen Auge passieren, dann kommt die eine Frage und damit eine Antwort: was ist richtig?, und die Friedericianische Antwort ist: **Richtig ist, was uns aufrecht erhält.** Das gilt auch für uns, richtig ist, was uns aufrecht erhält, und deshalb müssen wir, obwohl ich unsere wirtschaftliche Lage durchaus nicht für so gesichert ansehe, wie viele es tun, obwohl die Gefahren, die in unserer politischen Lage liegen, jedem vor Augen stehen, der sich unsere geographische Lage und unsere Machtlosigkeit vor Augen hält, ich sage, trotz allem müssen wir den einen Glauben in uns tragen, daß wir das Recht auf eine bessere Zukunft haben und deshalb die Pflicht, für diese bessere Zukunft zu arbeiten. Ich glaube nicht an eine Wendung der Dinge durch Krieg. Wir hoffen auf eine Besserung der Menschentwicklung durch die Erhaltung des Friedens, und wenn große Völker sich gegeneinander kehren[46], so kann es nur unsere Aufgabe sein, den Krieg zu verhüten und sie näher heranzuführen. Wir werden eine ganze Generation brauchen, um irgendwie das wieder aufzubauen, was zusammengestürzt ist. Wenn hier von einer politischen Konjunktur gesprochen wurde[47], so lassen Sie mich hoffen, daß sie einmal kommt, und zwar ein politischer Moment, in dem drei große Gedanken fest in die Herzen der Völker hineinverwebt sind,

---

[42] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

[43] Gemeint ist Elisabeth (1709–1762), Kaiserin von Rußland 1741–1762. – Das Nachfolgende bezieht sich darauf, daß nach ihrem Tod und unter ihrem Nachfolger als Zaren, Peter III., Rußland im Siebenjährigen Krieg die Allianzen wechselte und somit als Gegner Preußens ausschied.

[44] Walter Reichsritter von Molo (1880–1958) veröffentlichte erstmals 1918 in München als ersten Band der Trilogie „Ein Volk wacht auf“ den Roman „Fridericus“.

[45] Gemeint ist wohl August Wilhelm (1722–1758), 1744–1758 als „Prinz von Preußen“ präsumtiver Thronfolger 1744–1758. Friedrich II. überwarf sich 1757 mit ihm und entließ ihn ungnädig aus dem Militärdienst.

[46] Dies bezieht sich wohl auf die wachsenden Spannungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion, die am 26. Mai 1927 zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 248–249). Großbritannien beschuldigte die Sowjetunion, sowohl in China als auch in England selbst durch Propaganda und Agententätigkeit der britischen Politik entgegenzuwirken.

[47] Es konnte nicht sicher ermittelt werden, wen Stresemann meint (vgl. jedoch oben Anm. 38).

so daß sie Sinnbild dieses Jahrhunderts werden können: Friede nach außen, Freiheit nach innen und Selbstbestimmung aller Volksarten.

Läßt man den Völkern diese Entwicklung, dann wird im Ringen der Völker Deutschland nicht der schlechteste Teil sein. Und lassen Sie uns mit Achtung vor allen, die guten Willens sind, unseres eigenen Ringens und Kämpfens gedenken, und in dieser Stunde uns bekennen zu dem großen mächtigen Volke deutschen Wesens, deutschen Glaubens, deutschen Kämpfens und vor allem deutschen Glaubens an deutsche Zukunft. (Stürmischer, langanhaltender immer erneut wiedereinsetzender Beifall.)[48]

[48] DER AUSLANDDEUTSCHE 10 (1927), S. 479, schließt die Berichterstattung über die Festveranstaltung folgendermaßen: „Die Rede Reichsaußenministers Dr. Stresemann machte auf alle Anwesenden und insbesondere auf die Gäste aus dem Auslanddeutschtum, die den Minister zum größten Teil zum ersten Male hörten, den tiefsten Eindruck und wurde mit lang andauerndem Beifall bedankt. Mit dem gemeinsam gesungenen ersten Vers des Deutschland-Liedes erreichte die Festversammlung ihr Ende.“

Rede vor der Studentenschaft in Tübingen vom 27. Mai 1927[1]

Nach SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, Nr. 243 (Abendausgabe) vom 28. Mai 1927. – Teildrucke in FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 395 (Morgenausgabe) vom 30. Mai 1927, S. 5; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 395 (2. Sonntagsausgabe) vom 29. Mai 1927.

Dankt jenen die sich nach dem Krieg dem Vaterland zur Verfügung stellten. Das Ausland lernt, Deutschland wieder zu achten und zu fürchten.

Nur ein geringer Teil des Akademikertums stellte sich anfangs dem neuen Reich zur Verfügung, aber langsam kam nach dem furchtbaren Chaos der Revolutionsjahre die Volksseele wieder zur Sammlung. Doch so oft unser Volk an das Ufer, an die Oberfläche wollte, wurde es von den feindlichen Mächten in den Abgrund gestoßen. Diese Dinge sind heute überwunden. Der Dank gebührt dafür jenen, die sich auch damals, zu einer Zeit, wo es für keine besondere Ehre galt, für Deutschland zu arbeiten, sich dem Vaterland zur Verfügung stellten. Wenn wir doch lernten, die Einigkeit und Geschlossenheit, das beste Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Volksganzen, über alle Parteipolemik und Pedanterie zu stellen, der Krieg hätte gewiß wenigstens innerpolitisch einen anderen Ausgang gekommen! Heute beginnt uns das Ausland wieder zu achten und zu fürchten. Der Lebenswille des deutschen Volkes,

[1] In DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 246 (Abendausgabe) vom 28. Mai 1927, wo die Rede selbst weder abgedruckt noch paraphrasiert wird, heißt es: „Auf Einladung des Hochschulrings deutscher Art sprach gestern nachmittag im dichtgefüllten Schiller-Saal des Museums Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann vor der Studentenschaft und in Anwesenheit zahlreicher Universitätsprofessoren sowie sonstiger herausragender Persönlichkeiten über das Thema ‚Die Stellung des Akademikers zum und im neuen Staat'. Der Vortrag fand stärksten Beifall." – Die Vorlage paraphrasiert den Anfang der Rede Stresemanns folgendermaßen: „Der Redner zog zu Beginn einen geschichtlichen Vergleich zwischen dem Deutschen Volk und der akademischen Jugend zur Zeit Bismarcks und der Vor- und Nachkriegszeit. Er erinnerte an die Rede Bismarcks an die Studentenschaft auf dem Marktplatz zu Jena, an die kühnen, opferwilligen Neuerer der Zeitperiode vom Frieden zu Tilsit bis zum Wiener Kongreß, an Scharnhorst, der zum erstenmal den Gedanken verfolgte, aus dem Volke heraus das Heer zu bilden und das Söldnerheer abzuschaffen. Er erinnerte an den Freiherrn vom Stein, der durch die Beseitigung der staatlichen Bevormundung, die Einführung der Selbstverwaltung der Gemeinden durch die Stadtordnung, durch die Befreiung des Landvolkes von der Hörigkeit, die Hebung der nationalen Gesinnung und damit die Befreiung Preußen vom französischen Joch vorbereitete, an Fichte, der unbekümmert um die feindlichen Besatzungstruppen begeisternde Reden hielt, dabei immer nur das feste Ziel der Wiedergeburt des Reiches im Auge haltend, an den damaligen Zusammenschluß der Burschenschaften, die für den Gedanken der Einigkeit und Zusammengehörigkeit eintraten, an den Kampf des Volkes zur Mitwirkung an den politischen Geschehnissen des Führertums durch die akademische Jugend. Dieser Zeit stellte Stresemann das neue Deutschland und die Stellung der akademischen Jugend gegenüber." Sie fährt dann in direkter Rede fort.

den man kaum nach den furchtbaren Jahren erwarten sollte, läßt das Ausland erstaunen, da es erwartete, nur Resignation in Deutschland zu sehen.[2]

[2] Die Vorlage schließt ihre Berichterstattung mit der Paraphrase eines weiteren Teils der Rede: „Der Minister erklärte, daß es keine törichtere Formel gebe, wie ‚Rechts oder Links'. Nur auf der breiten Basis von Rechts und Links könne eine Regierung die Staatsinteressen fruchtbar vertreten, nur dann, wenn das ganze deutsche Volk zur Verantwortung herangezogen werde; über die Parteien hinaus müsse der Gedanke der deutschen Volksgemeinschaft gehegt werden. Die Zukunft liegt in den Händen der Jugend, insbesondere der studentischen, den kommenden Führern des Volkes. Wenn die Akademikerschaft nicht auch politisch ihre Kräfte wirksam werden lasse, stehe ihr auch nicht das Recht zur Kritik an der Politik zu. Am Schluß seiner mit großer Begeisterung aufgenommenen Rede erinnerte Stresemann an den am 2. Oktober dieses Jahres stattfindenden 80. Geburtstag des Reichspräsidenten. Möge das deutsche Volk an diesem Ehrentage einmütig und geschlossen hinter seinem obersten Repräsentanten stehen."

Rede beim Empfang für die amerikanischen Atlantikflieger in Stresemanns Haus in Berlin vom 9. Juni 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 266/267 vom 11. Juni 1927. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit leichten Abweichungen) in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 265 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 270 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 192; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 265 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927, S. 1; VORWÄRTS, Nr. 138 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 417 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22534 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927, S. 10.

Gratuliert den Atlantiküberquerern. Wichtiger als die Maschinen ist der persönliche Mut. Sieht darin eine besondere Beziehung und Ähnlichkeit zwischen Deutschland und den USA.

Ich möchte unser Zusammensein nicht vorübergehen lassen, ohne unsere jungen Freunde zu begrüßen, die aus den Vereinigten Staaten zu uns gekommen sind[2]. Wir sehen jährlich Tausende von Amerikanern bei uns und freuen uns darüber. Sie kommen auf wundervollen Schiffen, steigen vom Schiff auf die Bahn, von der Bahn in das Auto, vom Auto ins Hotel. So bequem ist Ihre Fahrt nicht gewesen. Sie haben eine neue Form des Einzelbesuches gefunden. Sie reisten ohne Karte und vertrauten dem Geschick. Es war vielleicht eine gewollte Absicht des Geschickes, daß Sie

---

[1] Die Vorlage, ein Artikel unter der Überschrift „Stresemanns Gruß an die Flieger. ‚Wichtiger als starke Maschinen sind starke Herzen'", leitet die Berichterstattung folgendermaßen ein: „Bei der zu Ehren der amerikanischen Flieger im Hause des Reichsaußenministers veranstalteten Festlichkeit brachte der Reichsaußenminister Dr. Stresemann folgenden Trinkspruch aus:" – Wann die Festlichkeit stattfand, geht zwar aus der Vorlage nicht hervor. Allerdings war in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 264 (Abendausgabe) vom 9. Juni 1927, bereits berichtet worden: „Heute mittag gab Reichsaußenminister Dr. Stresemann zu Ehren der Ozeanflieger ein Frühstück, an dem etwa dreißig Gäste teilnahmen." Offenbar bezieht sich die Rede auf diese Gelegenheit. In BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 265 (Morgenausgabe) vom 10. Juni 1927, S. 1, ist zudem ausdrücklich von „gestern" die Rede, so daß die Datierung als sicher gelten kann.

[2] Clarence Duncan Chamberlin (1893–1976), amerikanischer Flieger, und Charles Albert Levine (1897–1991), amerikanischer Flugzeugbau-Unternehmer. Beiden war (als zweiten nach Charles Lindbergh, dem dies etwa 14 Tage zuvor geglückt war) vom 4. bis 6. Juni 1927 ein Non-Stop-Flug vom amerikanischen zum europäischen Kontinent gelungen, wobei dies die erste Überquerung war, bei der neben dem Piloten ein weiterer Passagier an Bord war. – Die Aufmerksamkeit für den Flug und anschließend für den Aufenthalt der beiden in Deutschland mit Empfängen und Ehrungen über mehrere Tage hinweg spiegeln sich in einer außerordentlich reichen Presseberichterstattung wider; vgl. beispielhaft die mehrseitigen Berichte in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 264 (Morgenausgabe) vom 7. Juni 1927. Ein sehr detaillierter Bericht über den Flug auch in THE TIMES, Nr. 44601 vom 7. Juni 1927, S. 12.

vor Berlin eine **andere deutsche Stadt** kennen lernten[3]. Denn das Leben des Menschen vollzieht sich nicht nur in den Wolkenkratzern der Großstadt, sondern auch da, wo nicht Millionen Menschen zusammenleben. Ich freue mich, in Ihnen die Ehrenbürger einer deutschen Stadt begrüßen zu können. Mein Gruß gilt darüber hinaus den Ehrengästen des deutschen Volkes.

Ich habe Ihrem Herrn Botschafter[4] und der amerikanischen Presse zum Ausdruck gebracht, welches unsere Empfindungen anläßlich Ihres Fluges sind. In einem Blatte eines anderen Landes[5] las ich die etwas verärgerte Kritik, die Amerikaner haben die stärksten Maschinen und die stärksten Motore[n]. Ich weiß nicht, ob das richtig ist. **Wichtiger als die starken Maschinen sind die starken Herzen.** Es ist für mich geradezu eine Befriedigung, daß Ihr Flug zeigt, wie **der Mensch über die Maschine siegt,** denn die Technik soll nicht die Gewalt über uns haben, sondern wir wollen die Gewalt über die Technik haben. Führend sein muß die Beherztheit und die Blutwärme des Herzens. **Den Persönlichkeiten und ihrem Wagemut gilt unser erster Gruß.**

Darüber hinaus möchte ich in Ihrem Besuch in Deutschland ein Symbol der Beziehungen unserer Völker und Länder sehen. Sie sind verhältnismäßig noch ein junges Volk, und wir verhältnismäßig noch ein jüngeres Reich. Sie sind die größte, wir sind die jüngste Republik in der Welt. Unsere Entwicklung war eine ähnliche. Aus dem Lande der Farmer wurden wir überwiegend zum Lande der Industrie und der Großstädte. Die neue Generation in unseren Ländern wächst auf in dem Gedanken an Technik und Wirtschaft. Sie führt den Kampf gegen die Großstadt durch die Entwicklung des Sports. Sie erzieht ein Geschlecht, das in kühner Weise alle Hindernisse zu überwinden strebt. Sie haben einen Beweis davon gegeben, was menschliche Energie in der Ueberwindung von Sturm und Ungewitter zu leisten vermag. **Sturm und Ungewitter lasten auch auf Deutschland.**

Auch wir müssen der Welt den Beweis geben, was menschliche Leistungsfähigkeit im Kampfe dagegen zu tun vermag. So grüßen wir in Ihnen die Lebensenergie der Person, die für uns ein Ansporn zur Lebensenergie eines Volkes sein soll. Wenn unsere beiden Völker ihre höchste Energie anspannen, um dem zu dienen, was Aufga-

---

[3] Chamberlin und Levine waren am 6. Juni 1927 zunächst in der Nähe von Eisleben und dann erneut bei Cottbus notgelandet (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S.105). Cottbus verlieh ihnen daraufhin die Ehrenbürgerschaft der Stadt (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 264 [Morgenausgabe] vom 7. Juni 1927).

[4] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930.

[5] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

be eines Volkes ist: Friede nach außen, Freiheit nach innen, Anteilnahme an allem Großen der kulturellen Entwicklung der Menschheit, dann wird dieses Zusammenwirken der Menschheit zum Besten gedeihen. In diesem Sinne bringe ich Ihnen, Herr Botschafter, noch einmal die Glückwünsche anläßlich der Tat Ihrer Landsleute zum Ausdruck. In diesem Sinne beglückwünsche ich persönlich unsere jungen amerikanischen Freunde zu ihrem großen Erfolg.[6]

[6] Die Vorlage schließt die Berichterstattung: „Alsdann überreichte der Reichsaußenminister im Namen des Reichskanzlers und in seinem eigenen den beiden Fliegern als Erinnerungsgabe zwei goldene Zigarettenetuis, worauf der amerikanische Botschafter dem deutschen Volke für die seinen beiden Landsleuten erwiesenen Ehrungen und den über alle Maßen herzlichen Empfang seinen Dank aussprach, dem sich Mr. Levine mit einigen herzlichen Worten anschloß.“ Anschließend werden die anwesenden Minister und hohen Beamten aufgezählt.

Rede anläßlich des Festbanketts des Amerikanischen Clubs für die amerikanischen Atlantikflieger in Berlin vom 10. Juni 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 268/269 vom 12. Juni 1927. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit einzelnen Abweichungen) in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 268 (Abendausgabe) vom 11. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 268 (Abendausgabe) vom 11. Juni 1927, S. 1; SCHULTHESS 68 (1927), S. 107–108[2].

Die Begeisterung Berlins für die Atlantiküberquerer. Großes wird nur von dem erreicht, der Hindernisse überwinden kann. Auch die deutsche Außenpolitik muß durch Stürme hindurch und hat das Ziel noch nicht erreicht; das Ideal hinter diesen Zielen vertreten aber auch die USA.

Herr Botschafter[3]! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich den Dank aussprechen für die freundlichen, herzlichen und bedeutsamen Worte, die der Botschafter an diesem Tage zu uns gesprochen hat, und die vornehmlich auch an das deutsche Volk und und die deutsche Regierung gerichtet sind.[4] Die Berliner Bevölkerung, die viel besser ist als ihr Ruf, hat ihre [!] beiden Landsleute[5] mit einer Begeisterung be-

---

[1] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 272 (Morgenausgabe) vom 11. Juni 1927, berichtet (wenn auch nur in indirekter Wiedergabe der Rede Stresemanns) über diesen Festabend: „Der Amerikanische Club von Berlin hatte gestern abend in den Räumen des Hotels Adlon die amerikanische Kolonie zu einem großen Festabend eingeladen, um die beiden Ozeanflieger Chamberlin und Levine zu begrüßen. Die Halle des Hotels und die großen Speisesäle waren mit dem amerikanischen Sternenbanner und der deutschen Nationalflagge reich geschmückt.“ Nach der Wiedergabe der Rede Schurmans [vgl. unten mit Anm. 3] fährt der Artikel fort: „Auch die Antwort des deutschen Außenministers Dr. Stresemann hatte einen viel ernsteren politischen Ton, als bei solchen Gelegenheiten sonst üblich ist.“

[2] Der Teildruck ist falsch datiert auf den 11. Juni.

[3] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930. – Seine Rede, die er vor derjenigen Stresemanns hielt, ist gedruckt in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 267 (Morgenausgabe) vom 11. Juni 1927, S. 1.

[4] Auch bei der Vorlage handelt es sich offenbar um eine leicht gekürzte Fassung, denn in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 272 (Morgenausgabe) vom 11. Juni 1927, folgt (vermutlich an dieser Stelle) in der dortigen Wiedergabe in indirekter Rede: „Stresemann begann seine Rede mit einigen launigen Worten [...] Er meinte, er sei sehr besorgt um die beiden Flieger, die ganz gut bis Berlin gekommen seien, aber ob sie durch Berlin ebenso gut kommen würden, das sei ihm einstweilen noch bei den vielen Empfängen zweifelhaft.“

[5] Gemeint sind Clarence Duncan Chamberlin (1893–1976), amerikanischer Flieger, und Charles Albert Levine (1897–1991), amerikanischer Flugzeugbau-Unternehmer. Beiden war (als zweiten nach Charles Lindbergh, dem dies etwa 14 Tage zuvor geglückt war) vom 4. bis 6. Juni 1927 ein Non-Stop-Flug vom amerikanischen zum europäischen Kontinent gelungen, wobei dies die erste Überquerung war, bei der neben dem Piloten ein Passagier an Bord war. – Die Aufmerksamkeit für den Flug und anschließend für den Aufenthalt der beiden in Deutschland mit Empfängen und Ehrungen über mehrere Tage hinweg spiegeln sich in einer außerordentlich reichen Presseberichterstattung

grüßt, die von Tag zu Tag nicht abgenommen, sondern, soweit es noch möglich war, immer noch mehr zugenommen hat. Sie konnten da sehen, welch ein **starkes Empfinden für persönlichen Mut,** für hohe Zielsetzung sich in unserem Volke ausspricht.[6]

Wir hätten, Herr Botschafter, gerne die Namen Ihrer Landesleute in einer der Straßen der Stadt Berlin verewigt gesehen. Ein Gesetz verbietet uns aber, Straßen nach Lebenden zu benennen[7]. Wir haben keine Hindenburgstraße, und so haben wir angeknüpft an ein **Symbol,** das Symbol, das an die erste Entdeckung Amerikas erinnert[8] und vielleicht – vom amerikanischen Standpunkt aus – an die Entdeckung Berlins. Sie haben Berlin entdeckt als die Hauptstadt in ihrem starken Volksempfinden. Wenn unsere Zeit mir manchmal erscheint als eine solche, die das rein Physische zu hoch hält, so freut es mich um so mehr, daß diesmal die physische Leistung mit einer großen geistigen Bewegung verbunden ist. Was mich so sehr bewegt, ist das Hochgefühl, daß der Mensch nicht zum Diener der Maschine geworden ist, sondern die Maschine zwingt, sein Diener zu sein. Wir müssen neben der Materialisierung **die Individualität hochhalten,** das ist es, was empfunden wurde in diesen Tagen, was so jugendlich die Begeisterung emporschlagen ließ.

Als sie einstiegen[9], ein neues Land zu suchen, waren sie überzeugt, daß sie den Brennpunkt Deutschlands auch ohne Karte finden würden. Daß die Fahrt nicht vor sich ging bei gutem Wetter, als ob es genauso bestellt wäre, daß sie nicht automatisch vor sich ging, gerade das scheint mir das Entscheidende. Im Leben des einzel-

---

wider; vgl. beispielhaft die mehrseitigen Berichte in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 264 (Morgenausgabe) vom 7. Juni 1927. Ein sehr detaillierter Bericht über den Flug auch in THE TIMES, Nr. 44601 vom 7. Juni 1927, S. 12.

[6] In DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 268 (Abendausgabe) vom 11. Juni 1927, folgt – vermutlich hier anschließend – eine Passage, die in der Vorlage fehlt: „Die Mission, die Chamberlin und Levine erfüllt haben, ist weit hinaus gegangen über die eines sportlichen Rekordes. Er [!] war der Rekord der Ueberwindung vergangener Zeiten, der Start einer neuen Epoche, über der nur das Wort Freundschaft und Wettbewerb in allem Hohen und Edlen stehen möge. Sie starteten nach einem sportlichen Ziele und sie haben weit mehr vollbracht: eine Kundgebung zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke."

[7] Ein entsprechendes Gesetz konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich bezieht sich Stresemann auf eine preußische Verordnung dieses Inhalts. Allerdings wurde diese Verordnung bald durchbrochen: Im Zuge der Feierlichkeiten zu Hindenburgs achtzigstem Geburtstag im Oktober 1927 wurden reichsweit und auch in Preußen verschiedene Straßen und Plätze nach Hindenburg benannt.

[8] Am Mittag des gleichen Tages hatte der Berliner Oberbürgermeister bei einem Empfang für die Atlantikflieger bekanntgegeben, daß die Straße zum Flughafen Tempelhof nach dem Namen des Flugzeugs („Miss Columbia") in Columbia-Straße umbenannt werden solle (vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 266 [Abendausgabe] vom 10. Juni 1927, S. 1); Stresemann meint hier offenbar die Erinnerung an den Namen Kolumbus.

[9] Gemeint ist der Start der beiden Flieger am 4. Juni 1927; zu ausführlichen Berichten über die Flugbedingungen vgl. oben Anm. 5.

nen, wie im Leben der Völker wird Großes nur von dem erreicht, der Hindernisse zu überwinden weiß. Wer das Leben wie einen Parkettboden vor sich liegen hat, wem alle Wege geebnet sind durch Vermögen, Geburt und Rang, daß er nur übernehme, was andere ihm gegeben haben, mag zu hoher Stellung kommen. Das ist wohl schön! Aber schöner ist im Menschenleben das Aufsteigende, das sich selbst sein Ziel setzt, das nicht Erbe einer Generation ist, sondern **Schöpfer einer Generation.** Man redet viel von Demokratie; Demokratie ist nicht bloß Masse, sondern sie ist **Auslese von Persönlichkeiten aus der Masse.** Das ist vielleicht auch das Empfinden, das mitklingt, wenn Menschen, die sich ein Ziel setzen, das andere sich noch nicht gesetzt, die sich einen neuen Raum schaffen, beitragen, Ideen aufsteigen zu lassen von neuen Zeitaltern, in denen die räumlichen Entfernungen schwinden und in denen, des bin ich gewiß, zwischen dem deutschen und dem amerikanischen Volk auch die Herzensentfernungen, wenn sie bestanden haben, schwinden werden.

Der Herr Botschafter[10] hat die Güte gehabt, die große Bedeutung der Locarno-Verträge[11] weit über den Kreis der unmittelbar beteiligten Nationen zu kennzeichnen, als einen Versuch, an Stelle von neuen Kriegen die Idee der Verständigung zu setzen, an Stelle von Rüstungen Entwaffnung, Verständigung, Freundschaft und Schiedsgericht. Ich danke Ihnen dafür, daß Sie, die von diesem Vertrage an sich nicht unmittelbar betroffen sind, die Ideen, die den Verträgen zugrunde liegen, so gekennzeichnet haben. Dem Außenminister manchen Landes geht es wie Ihren berühmten Landsleuten. Er startet in Sturm und Unwetter, er hat schon ein Ziel, er weiß aber nicht, wo er landen wird. Er hat die Empfindung, er könnte auch abstürzen, er hat die Empfindung, daß Unwetter ihn selbst zu stürzen die Absicht haben. Aber schließlich kommt es auch in der Politik darauf an, nicht zu fragen, ob man startet bei gutem Wetter oder Unwetter, bei Sonne oder Regen, oder bei jenem unbestimmten Wetter, bei dem man nicht weiß, ob es warm oder kalt ist, ob es regnet, oder ob vielleicht dahinter ein Silberstreifen sich zeigt, sondern nur eines zu wissen: **Das Ziel, das man erreichen will.** Darauf kommt es an. Wir sind noch **nicht** am Ziele, noch gibt es Sturm und Unwetter, und das politische Barometer am Vorabend von Genf[12] zeigt nicht gerade auf schönes Wetter. Ich glaube aber eines sagen zu können. Ich

---

[10] Gemeint ist Schurman (vgl. oben mit Anm. 3).

[11] Text der am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[12] Noch für den gleichen Abend des 10. Juni 1927 war die Abreise Stresemanns über Frankfurt nach Genf geplant, wo am 13. Juni die Tagung des Völkerbundsrates eröffnet werden sollte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 271 [Abendausgabe] vom 10. Juni 1927).

bin mit dem Herrn Botschafter der festen Ueberzeugung, daß die großen Ideen von Gerechtigkeit, von Eintreten für die großen kulturellen Ziele der Menschheit, das tiefe Sehnen der Völker, in Ruhe aufbauen und hochkommen zu können, von Sturm und Unwetter nicht niedergerungen werden. Wir werden diese Ziele aber leichter erreichen, wenn man draußen weiß, daß das **deutsche** und das **amerikanische Volk** diesen Idealen **gemeinsam** zustreben. Daß diese Ziele in beiden Völkern warme Empfindungen und herzliche Bewunderung finden, hat diese Woche gezeigt, und so lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß so wie hier die deutschen und die amerikanischen Farben den Saal schmücken[13], unsere gemeinsamen Ideale sich zum Wohle der Menschheit in gemeinsamer Arbeit verwirklichen mögen.

[13] Vgl. oben Anm. 1.

Rede beim Festakt zur Eröffnung der Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ in der Frankfurter Oper vom 11. Juni 1927[1]

Nach GENERAL-ANZEIGER DER STADT FRANKFURT A. M., Nr. 134 vom 11. Juni 1927, S. 4. – Teildruck (mit Abweichungen) in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 421 (1. Sonntagsausgabe) vom 12. Juni 1927.

Musik ist der Ausdruck der Weltsprache. Heute besteht die Gefahr, daß der Rhythmus über die Harmonie siegt. Wünscht der Ausstellung ein gutes Gelingen.

Herr Oberbürgermeister[2], meine Damen und Herren! Sie haben die Güte gehabt, die deutsche Reichsregierung zu dem heutigen Tage der Eröffnung der Internationalen Musikausstellung einzuladen, und es ist meine Aufgabe, Ihnen den **Dank der Reichsregierung** dafür zum Ausdruck zu bringen, und Ihrer Ausstellung von ganzem Herzen gutes Gelingen und guten Erfolg zu wünschen. Der Herr Oberbürgermeister hat soeben davon gesprochen[3], daß dieses Jahr dem Andenken geweiht [sei] jenes großen Genius, der durch die gewaltigen Töne, die er selbst nicht mehr zu vernehmen vermochte[4], die aber in heißer Inbrunst seinem Innern entquollen, ein Band geschlungen hat um alle Völker. Wo immer Menschen sprechen, da sind sie gebannt an die Sprache und an die Sprachverschiedenheiten. In der Musik allein liegt der **große Ausdruck der Weltsprache,** der große Ausdruck eines geheimnisvollen Sehnens, das tief in den Herzen aller Völker wurzelt, das von der frühesten Stufe an bis zur höchsten Vollendung in den Menschen lebt und sie Raum, Zeit, Landesgrenzen, Politik und Gegensätze überwinden läßt. Deshalb ist es verständlich, daß Ihre Ausstellung den Charakter einer internationalen Ausstellung hat. Zweimal schon fand

---

[1] Die Vorlage, die auch die übrigen Reden bei der Ausstellungseröffnungsfeier wiedergibt, überschreibt die betreffende Rede: „Stresemann über die moderne Musik. ‚Dieses Trommelfeuer auf die Nerven!‘“ – Allgemeine Informationen sowie einen Eindruck von der Veranstaltung, den Festrednern und dem weiteren Tagesprogramm gibt ein Artikel in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 275 (Abendausgabe) vom 13. Juni 1927.

[2] Ludwig Landmann (1868–1945), Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. 1924–1933.

[3] Landmanns Rede findet sich in der Vorlage vor derjenigen Stresemanns wiedergegeben.

[4] Gemeint ist der Komponist Ludwig van Beethoven (1770–1827); anläßlich der einhundertsten Wiederkehr seines Todestages fanden in Deutschland und Österreich verschiedene große Gedenkveranstaltungen statt, u. a. an seinem Todesort Wien am 26. März (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 146 [Morgenausgabe] vom 27. März 1927) und mehrtägige Feiern im Geburtsort Bonn vom 21. bis 31. Mai 1927 (vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 241 [Abendausgabe] vom 23. Mai 1927). – Beethoven komponierte einen Großteil seiner Werke trotz eines starken Gehörleidens, das schließlich zu völliger Taubheit führte.

sich die Welt zur Gedenkfeier an Beethoven zusammen[5] zu internationaler Huldigung und nicht aus deutschem Munde allein erklangen Dank und Bewunderung. Staatsmänner anderer Nationen sind erschienen[6], um hier an deutscher Stätte zum Ausdruck zu bringen, was sie mit diesem Genius verbindet. Wir haben heute, wie der Herr Oberbürgermeister zum Ausdruck brachte und wie ich es namens der Reichsregierung auch meinerseits tun möchte, die Ehre und Freude, Staatsmänner und Diplomaten von hohem Rang und Ansehen hier mit uns sich vereinigen zu sehen, um zum Ausdruck zu bringen, was eben mein Herr Vorredner von der **Bedeutung der Musik als eines großen Bindemittels der Völker, als ein Zusammenwirken der Völker für die Ideen der Menschheit** zum Ausdruck gebracht hat. Wir sehen heute, wie die Technik die Musik an die letzten Menschen heranbringt. Wir sehen technische Fortschritte, die uns früher undenkbar erschienen sind. Wir sehen die Musik auch in der Art ihrer Wirkung, Raum und Zeit überwindend. Sie hören heute, wenn Sie wollen, Uebertragungen von Musikstücken, die herüberkommen aus anderen Ländern, herüberkommen über das Meer. Gewiß gibt es zahllose Menschen, zu denen in dieser Form Musik dringt. Das ist so groß, so unfaßbar eigentlich für Gemüt und Empfinden, daß man an die Worte des griechischen Dichters[7] erinnert wird: Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gewaltiger als der Mensch. Ich glaube, daß, was mechanische Uebertragung und was diese Ueberwindung von Raum und Zeit, was die Mechanisierung geschaffen hat, wird doch nur dann ein nationales großes Werk, wenn es gelingt, **die heutige quantitative Erfassung der Musik zu vereinigen mit der Qualität.** Wird Musik lediglich hingenommen als Massenwirkung, dann kann sie diese Bedeutung nicht haben. Lassen Sie mich an dieser Stätte hier rein nur als Person eines sagen – auch ein Minister darf ja einmal für seine Person und als Einzelmensch sprechen, wenn etwas mich bedrängt in der Musik dieser Gegenwart, dann ist es das Eine, daß ich die **Empfindung einer gewissen Verflachung habe,** gerade wenn ich denke an die großen Meisterwerke der Vergangenheit. **Heute will der**

[5] Vgl. die vorangehende Anm.

[6] Offenbar bezieht sich Stresemann hier nicht auf die Beethovenfeiern, sondern auf die anwesenden Ehrengäste; in der Vorlage (S. 4) findet sich eine Liste der prominentesten Teilnehmer der Eröffnungsveranstaltung, darunter des französischen Bildungsministers (und ehemaligen Ministerpräsidenten) Herriot, der auch eine Rede hielt (Text in der Vorlage), und des belgischen Außenministers Vandervelde.

[7] Gemeint ist der griechische Dichter Sophokles (497/96–406/05 v. Chr.). Das nachfolgende Zitat entstammt der vermutlich 442 v. Chr. uraufgeführten Tragödie „Antigone“ (vgl. etwa [mit leicht abgewandelter Übersetzung]: Sophokles. Die Tragödien. München 1977, S. 51–92; das Zitat: S. 62).

Rhythmus alles bedeuten[8], und manchmal hat man die Empfindung, als wenn im Großstadttrubel alles verloren ginge, was einst im Kleinen und Engen geschaffen wurde. Der bloße Rhythmus siegt heute über die Harmonie. Haben wir den Weg von der äußersten Primitivität gemacht zu den größten und äußersten Schöpfungen, um auf dem Wege gesellschaftlich geräuschvoller, aber seelenloser Art wieder zurückzugehen? (Großer Beifall.) Je mehr wir davon zurückkommen, zur inneren Sammlung kommen, je mehr uns **wehren gegen** den **Ansturm auf unsere Nerven,** je mehr wir wieder **Feiertagsstunden in unserer Seele haben wollen,** je mehr wir in den Tagen und Stunden, in denen wir uns erholen und sammeln wollen, uns dagegen wehren, daß dieses **Trommelfeuer auf unsere Nerven uns als Musik gegeben wird, um so besser wird es auch für die Musik sein. (Stürmischer Beifall.)[9]**

Auf Genf, die Stadt des Völkerbundes, die in diesem Frühjahr eine große Musikausstellung in seinen Mauern gesehen hat[10], folgt heute Frankfurt. Möchte der Gedanke der Verehrung alles dessen, was ausgesprochen wird durch die Musik, über diesem Sommer stehen, in dem die Klänge verschiedener Nationen, verschiedener großer Künstler und ihrer Werke ertönen[11]. Herr Oberbürgermeister, nehmen Sie und Ihre Stadt in diesem Sinne herzliches „Glück auf!“ entgegen. Es möge gelingen! **(Lebhafter Beifall.)[12]**

---

[8] Im Teildruck in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 421 (1. Sonntagsausgabe) vom 12. Juni 1927, folgt hier der Satz: „Heute tritt der Negerrhythmus an die Stelle der Harmonie.“

[9] Im Teildruck ebd. lautet die nachfolgende Schlußpassage: „Mögen sich deshalb in Frankfurt die Worte des größten Genius der Stadt erfüllen: ‚Die Musik ist ganz vorn und erhöht und veredelt alles, was aus ihr spricht.‘ Diesen Gedanken der Veredlung alles dessen, was durch die Musik ausgesprochen wird, möchte ich als Motto über diesen Sommer der Musik stellen. Ein Glückauf für ein gutes Gelingen dieser kulturellen Tat! (Stürmischer Beifall.)“

[10] Vom 28. April bis zum 22. Mai 1927 hatte in Genf eine Internationale Musikausstellung stattgefunden (vgl. den Vorbericht in JOURNAL DE GENÈVE, Nr. 77 vom 19. März 1927).

[11] Die Ausstellungseröffnung diente auch als Auftaktveranstaltung für den Frankfurter „Sommer der Musik“.

[12] Die Vorlage schließt den Bericht über die Rede Stresemanns mit folgendem Satz: „Als Dr. Stresemann dann seine Proszeniumsloge betritt und Herriot und Vandervelde ihm die Hand schütteln, erneut sich der Jubel des Publikums.“

Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 13. Juni 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 744.

Die mit der Botschafterkonferenz vereinbarten Listen zum deutschen Flugverkehr müssen nicht dem Völkerbund vorgelegt werden; beantragt die Absetzung dieses Tagesordnungspunktes.

Conformément aux accords conclus le 22 mai avec la Conférence des ambassadeurs[2], les listes concernant l'aéronautique allemand ont été dressées par le Gouvernement allemand et sont tenues à jour. Aux termes des accords existants, il n'est pas prévu que ces listes doivent être communiquées à la Société des Nations, si ce n'est en cas d'enquête. Cela ressort clairement des discussions qui ont récemment eu lieu à Paris entre les représentants de la Conférence des ambassadeurs et ceux du Gouvernement allemand[3], et il a été convenu qu'il n'est pas présentement nécessaire de discuter la question devant le Conseil de la Société des Nations. Le Gouvernement allemand demande donc que la question des listes concernant l'aéronautique allemande soit retirée de l'ordre du jour.[4]

---

[1] Mit der Sitzung vom 13. Juni 1927 wurde unter dem Vorsitz des britischen Außenministers Chamberlain die betreffende Völkerbundsratstagung eröffnet. Ein zusammenfassender Bericht über die Ergebnisse der Sitzung findet sich u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 275 (Abendausgabe) vom 13. Juni 1927; eine stärker auch die Atmosphäre schildernde Berichterstattung in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 275 (Abendausgabe) vom 13. Juni 1927. – Bei der zunächst nichtöffentlichen Verhandlung zur Festlegung der Tagesordnung gibt Stresemann zum Punkt „Conditions dans lesquelles les listes d'enregistrement concernant l'aéronautique civile allemande seront tenues à la disposition de la Société des Nations en application de l'Accord du 22 mai 1926" die folgende Erklärung ab. – Vermutlich sprach Stresemann wie bei früheren Gelegenheiten im Völkerbundsrat auch hier Deutsch oder Englisch, so daß es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] Zum deutsch-französisch-belgischen Luftfahrtabkommen und zum Notenwechsel mit der Botschafterkonferenz vom Mai 1926 vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 444 (dort auf den 21. Mai datiert).

[3] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die im telegraphischen Bericht der Botschaft Paris vom 27. Mai 1927 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 412–412) übermittelte Verständigung mit der französischen Regierung.

[4] Die Vorlage hält die Zustimmung des Völkerbundsrates fest, daß der angesprochene Punkt nicht auf die Tagesordnung der Ratssitzungen gelangen solle.

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 14. Juni 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 761–762 u. 763.

Schlägt die Vorverlegung der Konferenz zur Aufhebung von Wirtschaftsschranken vor; sie soll die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz berücksichtigen. Dankt dem ausscheidenden britischen Mitglied im Wirtschaftskomitee und schlägt dessen Nachfolger vor.

Dans sa dernière session, le Conseil a provisoirement fixé la date de la Conférence diplomatique pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation au 14 novembre 1927[2], se réservant la faculté de revenir sur sa décision, si, en raison des circonstances, il devenait nécessaire de modifier cette date.

Or, comme vous le savez, une réunion de la Commission préparatoire pour le désarmement est également envisagée pour le mois de novembre[3]. Il serait préférable, pour des raisons administratives, de ne pas convoquer deux grandes réunions en même temps. De plus, en avançant la date de la Conférence diplomatique sur les prohibitions, on répondrait au désir de la Conférence économique internationale[4], qui a entièrement approuvé l'action entreprise par le Comité économique de la Société des Nations et a exprimé l'espoir de voir la Conférence sur les prohibitions aboutir promptement à un accord. Je me permets donc de proposer au Conseil de fixer la date de réunion de cette Conférence au 17 octobre, au lieu du 14 novembre prochain.

---

[1] In dieser Vormittagssitzung des Völkerbundsrates berichtet Stresemann zunächst unter dem Tagesordnungspunkt „Conférence diplomatique pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation". Das Protokoll vermerkt zum Eingang des betreffenden Tagesordnungspunktes: „Le Dr Stresemann donne lecture du rapport et du projet de résolutions ci-après." – Vermutlich sprach Stresemann – wie in früheren Sitzungen – englisch oder deutsch, so daß es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handeln dürfte. – Ein kurzer zusammenfassender Bericht über die Sitzung findet sich u. a. in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 277 (Abendausgabe) vom 14. Juni 1927.

[2] Der betreffende Beschluß wurde in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 11. März 1927 getroffen (vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in der betreffenden Sitzung).

[3] Die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hatte vom 21. März bis zum 26. April 1927 ihre dritte Tagung abgehalten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 537–540); ihr Vorsitzender hatte abschließend den erneuten Zusammentritt für Anfang November 1927 vorgeschlagen (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 196 [Morgenausgabe] vom 27. April 1927).

[4] Die Weltwirtschaftskonferenz hatte vom 4. bis zum 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ. Zu ihrem von Stresemann nachfolgend angesprochenen Wunsch der Herbeiführung einer baldigen Vereinbarung: ebd., S. 323–324.

Il me semble, en outre, qu'il serait utile d'attirer l'attention des Etats invités à ladite Conférence diplomatique sur les conclusions adoptées par la Conférence économique internationale, en ce qui concerne les inconvénients du régime des prohibitions et la nécessité d'y mettre fin.

Finalement, je voudrais rappeler au Conseil que, lors de la Conférence sur les formalités douanières[5], la présence d'une délégation de la Chambre de Commerce internationale a été d'une très grand utilité. La même procédure me semble d'autant plus indiquée en ce qui concerne la Conférence des prohibitions, en raison de l'importance des travaux entrepris par la Chambre de Commerce internationale pour arriver au but que la Société des Nations se propose d'atteindre.

J'ai l'honneur de vous proposer la résolution suivante :

Le Conseil,

a) Fixe définitivement la date de la Conférence diplomatique pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation, au 17 octobre 1927 ;

b) Recommande à l'attention des Etats invités à la Conférence, les conclusions formulées en matière de prohibitions par la Conférence économique internationale ;

c) Invite la Chambre de Commerce internationale à nommer une délégation qui assisterait à la prochaine Conférence diplomatique à titre consultatif.

[…][6]

Je suis certain de répondre au sentiment unanime des membres du Conseil en manifestant publiquement le très grand regret que nous cause la démission de sir Hubert Llewellyn Smith[7] de membre du Comité économique, dont il a fait partie depuis la création des cet organisme. Ses connaissances étendues, sa grande expérience et ses qualités remarquables de travail lui avaient acquis la confiance et l'estime de ses collègues, et le Conseil n'ignore pas la part importante qu'il a prise à tous les travaux du Comité.

Vous serez certainement d'accord pour prier le Secrétaire général[8] d'exprimer à sir Hubert Llewellyn Smith la gratitude du Conseil pour les grands services qu'il a

---

[5] Die Genfer Konferenz zur Vereinfachung der Zollformalitäten hatte vom 15. Oktober bis 3. November 1923 getagt und zu einem Abkommen zur Vereinfachung dieser Zollformalitäten geführt (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 430).

[6] In der Vorlage ist im Protokoll vermerkt, daß der Rat die Resolution annimmt. – Einige Tagesordnungspunkte später ergreift Stresemann als Berichterstatter über die Arbeit des Wirtschaftskomitees erneut das Wort.

[7] Sir Hubert Llewellyn Smith (1864–1945), Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung; Mitglied (und zeitweilig Vorsitzender) der Wirtschaftskommission des Völkerbundes 1920–1927.

[8] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

rendus et pour le dévouement avec lequel il a participé à l'œuvre du Comité économique.

Je suis persuadé aussi que mon collègue, sir Austen Chamberlain[9], sera d'accord avec moi pour estimer que sir Sydney Chapman[10], secrétaire permanent du « Board of Trade », serait le digne successeur de sir Hubert Llewellyn Smith et pour proposer au Conseil sa nomination comme membre du Comité économique.[11]

[9] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[10] Sir Sydney Chapman (1871–1951), Staatssekretär im britischen Handelsministerium 1920–1927; Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung 1927–1932.

[11] Das Protokoll der Sitzung vermerkt, daß nach dem Dank Chamberlains als Präsident des Völkerbundsrates und als Vertreter Großbritanniens an Stresemann für dessen Danksagung an Smith die Nominierung Chapmans als Mitglied der Wirtschaftskommission bestätigt wird (in der Vorlage: S. 763).

Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 14. Juni 1927[1]

Nach AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 537–538, 540. – Teildrucke in STRESEMANN, Vermächtnis 151, 152; MARX II, S. 64.

Deutschlands Haltung zu den britisch-sowjetischen Spannungen; ein Kreuzzug gegen den Bolschewismus ist jedenfalls zu vermeiden. Wird sich bei der Sowjetunion dafür einsetzen, daß aus den sowjetisch-polnischen Spannungen kein Krieg entsteht.

[...][2]

Wir sind in Deutschland der Überzeugung, daß es notwendig ist, die bolschewistische Agitation im Innern zu bekämpfen, und wir haben das getan. Aber wir halten es für falsch, Rußland etwa durch irgendein gemeinsames Vorgehen bewußt zu isolieren und zur inneren Krisis zu treiben. Ich sehe keine Regierungsform, die an die Stelle der jetzigen gesetzt werden könnte, sehe aber voraus, wenn man einen Versuch machte, innere Unruhe in Rußland zu stiften, daß die Folge davon die Anarchie wäre, von der niemand in Europa einen Nutzen hat. Jede Idee eines Kreuzzuges gegen Rußland halte ich für töricht und unsinnig. Er würde Rußland zusammenschmelzen[3] und würde Europa nur schwächen. Wir haben mit Rußland Kreditverhandlungen geführt[4] und stehen mit ihm in einem regen Güteraustausch. Nicht nur, weil wir ihn brauchen, sondern weil ich der Meinung bin, daß es notwendig ist, Rußlands Wirt-

---

[1] Die Vorlage gibt eine am 15. Juni 1927 formulierte Aufzeichnung Stresemanns über die Unterredung vom Vortag wieder. Neben den Vertretern der Locarno-Mächte war auch der japanische Vertreter Ishii anwesend. – Die Passagen mit wörtlichen Wiedergaben beruhen möglicherweise auf den Aufzeichnungen des Dolmetschers Schmidt. – Von britischer Seite gibt es eine Parallelüberlieferung zur betreffenden Sitzung (ein „Meeting [...] in Sir Austen Chamberlain's room in Geneva") als Aufzeichnung Selbys, allerdings nur in indirekter Rede: DOCUMENTS ON BRITISH FOREIGN POLICY I A, 3, S. 370–378).

[2] Einleitend schildert Chamberlain, daß er dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens mit Rußland erst zugestimmt habe, nachdem eindeutige Beweise für sowjetische Propaganda in Großbritannien gefunden worden seien; er versichert, daß er keinen „Kreuzzug" gegen Rußland plane, er andere Staaten nicht hineinziehen und nicht weiter als bis zu diesem Abbruch der Beziehungen gehen wolle (in der Vorlage: S. 536–537). Darauf antwortet Stresemann.

[3] So in der Vorlage; vermutlich gemeint im Sinne von „zusammenschmieden".

[4] Am 2. April 1927 hatten Stresemann und weitere Reichsminister dem Kabinett vorgeschlagen, eine weitere Ausfallbürgschaft für Lieferungen an die Sowjetunion zu übernehmen (vgl. das betreffende Schreiben in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 122). Das Kabinett hatte dem zugestimmt, aber auch festgestellt, daß es nicht bereit sei, weitere Kredite zu gewähren (ebd., Anm. 3).

schaft so eng mit dem kapitalistischen System der westeuropäischen Mächte zu verknüpfen, daß wir dadurch den Weg ebnen für eine Evolution in Rußland, die meiner Meinung nach allein die Möglichkeit gibt, aus Sowjetrußland einen Staat und eine Wirtschaft zu machen, mit der sich leben läßt. Wir perhorreszieren das brutale Vorgehen Rußlands in den ohne Gericht vorgenommenen Hinrichtungen[5], und ich sehe in diesem Vorgehen der russischen Regierung die größte moralische Schwächung, die Sowjetrußland bisher erlitten hat. Aber wir dürfen unsere Politik nicht von Empörung beeinflussen lassen, sondern ich bin der Meinung, daß wir ein gemeinsames Interesse daran haben, Rußland auf diesen Weg der Evolution zu treiben und unsere Beziehungen aufrecht zu erhalten. Meine Unterhaltung mit Tschitscherin[6] über die laufenden Kredite hatte nicht den Sinn, irgendeine Reichsunterstützung für diese Kredite herbeizuführen. Wie weit die einzelnen Banken Kredite geben, muß ihnen selbst überlassen werden. Das Risiko muß die Industrie oder die Bankwelt tragen. Ich bin mir persönlich nicht darüber klar, welche Stellung die deutsche Wirtschaft einnehmen wird.

[...][7]

Ich glaube, daß eine Einwirkung auf Tschitscherin wohl möglich wäre. Aber ich kann ihn in dieser Woche nicht mehr persönlich sprechen. Wenn ich nach Berlin zurückkomme, ist er in Moskau[8]. Ich glaube nicht, daß Herr Tschitscherin das Vorgehen in Moskau billigt, denn er hat im ersten Augenblick, als er von den Vorgängen in Warschau hörte[9], sie nicht als politisch, sondern als persönlich aufgefaßt. Ich werde

---

[5] Zur Hinrichtung von 20 Personen ohne vorheriges Gerichtsverfahren, die von sowjetischer Seite als „monarchistische Weißgardisten“ bezeichnet wurden, vgl. ebd., S. 538, Anm. 7; SCHULTHESS 68 (1927), S. 370–371.

[6] Georgij Vasil'evič Čičerin (1872–1936), sowjetischer Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten 1918–1930. – Stresemann bezieht sich offenbar auf das Gespräch, das er am 7. Juni 1927 in Baden-Baden mit Čičerin geführt hatte und bei dem dieser auch die Kreditfrage ansprach, allerdings von Stresemann eine ausweichende Antwort erhielt (vgl. dazu die Aufzeichnung Stresemanns vom 7. Juni 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 465–474; insb. S. 469).

[7] Nach zustimmenden Äußerungen Vanderveldes und Briands und dem Hinweis des letzteren auf die Möglichkeit einer sowjetisch-polnischen Zuspitzung bittet Chamberlain Stresemann, seine Beziehungen zu Čičerin zu nutzen, um zu verhindern, daß die Sowjetunion einen Krieg gegen Polen beginne (in der Vorlage: S. 538–540). Darauf antwortet Stresemann.

[8] Čičerin hielt sich vom 9. bis 17. Juni 1927 in Berlin auf, ehe er nach Moskau zurückkehrte (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 269 [Abendausgabe] vom 9. Juni, u. Nr. 284 [Morgenausgabe] vom 18. Juni 1927).

[9] Gemeint ist: im Gespräch mit Stresemann (vgl. Anm. oben 6). – In Warschau war am 7. Juni 1927 der sowjetische Gesandte Vojkov von einem Exilrussen erschossen worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 400). Die Sowjetunion hatte darauf am gleichen Tag mit der Übergabe einer scharfen Note an Polen reagiert, in der diese Ermordung mit britischen antisowjetischen Aktivitäten in Verbindung gebracht wurde; die polnische Regierung drückte in ihrer Antwortnote vom 9. Juni 1927 ihr Bedauern aus, lehnte jedoch jede Verantwortung ab und bot eine Entschädigung für die Familie des Ermordeten an (ebd., S. 369–370).

mich mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau[10] in Verbindung setzen und sehen, ob er mit Tschitscherin sprechen kann. Sonst werde ich mit ihm durch das Auswärtige Amt sprechen.

[...][11]

[10] Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869 – 8. September 1928), deutscher Staatssekretär des Auswärtigen bzw. Außenminister 1919; Botschafter in Moskau November 1922 – 8. September 1928. – Zu Stresemanns telegraphischer Weisung vom 14. Juni 1927 nach Berlin, auf den dortigen sowjetischen Botschafter oder auf Čičerin mäßigend im Sinne der Entschärfung des sowjetisch-polnischen Gegensatzes einzuwirken, vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 540, Anm. 10.

[11] Stresemanns Aufzeichnung schließt mit der Bemerkung, daß sich die Unterredung nunmehr dem „jugoslawisch-albanischen Zwischenfall“ zugewandt habe (in der Vorlage: S. 540). – Ein Kommuniqué über die Besprechung, das allerdings im wesentlichen lediglich auf einen „Gedankenaustausch über die politische Lage“ hinwies, ist u. a. veröffentlicht in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 273 (Morgenausgabe) vom 15. Juni 1927.

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 15. Juni 1927[1]

Nach VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 279 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927. – Drukke (mit minimalen Abweichungen) auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927, S. 1 u. 2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 428 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit und teilweise mit kleineren Abweichungen) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 279 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 279 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 438 (1. Morgenausgabe) vom 16. Juni 1927, S. 1; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 274/275 vom 16. Juni 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22540 (Morgenausgabe) vom 16. Juni 1926, S. 5; REICHSPOST, Nr. 164 vom 16. Juni 1927, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 138 vom 16. Juni 1927, S. 7; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, B 1 (1927), S. 34–35.

Unzufriedenheit mit der bisherigen Behandlung der Abrüstungsfrage, die doch eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbunds ist. Zur Memelfrage zeigt er sich mit der litauischen Erklärung zufrieden und verzichtet für die aktuelle Tagung auf eine weitere Behandlung der Frage durch den Völkerbundsrat.

Wir alle haben mit größtem Interesse, aber auch mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der vorbereitende Abrüstungsausschuß bisher vollbracht hat[2]. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir sagen, daß der vorbereitende Ausschuß nicht imstande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß eine grundlegende Aenderung

[1] Die Vorlage leitet den betreffenden Artikel unter der Überschrift „Abrüstungsrede Stresemanns. Die bisherigen Mißerfolge“ folgendermaßen ein: „Im Verlaufe der heutigen Ratssitzung kam es zu einer großen Debatte über die Abrüstungsfrage, in der nach dem Bericht von Benesch, in dem die Ueberweisung des Berichtes über die bisherige Arbeit der Abrüstungskommission an alle Regierungen beraten wurde, Paul-Boncour, Dr. Stresemann, Vandervelde und der Ratspräsident Chamberlain sprachen. Während Paul-Boncour sich sehr lobend über die Arbeit der Abrüstungskommission aussprach, machte Dr. Stresemann erhebliche Einschränkungen. Seine in englischer Sprache gehaltene Rede lautet ungefähr folgendermaßen:“ – Laut FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 438 (1. Morgenausgabe) vom 16. Juni 1927, S. 1, gab Stresemann den ersten Teil, die Erklärung zur Abrüstungsfrage, in englischer Sprache ab, so daß es sich bei der Vorlage also in diesem Teil um eine Übersetzung handelt (vgl. jedoch unten Anm. 7). – Die betreffenden Passagen sind in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 768–769, inhaltsgleich, jedoch lediglich in indirekter Rede wiedergegeben.

[2] Die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hatte vom 21. März bis 26. April 1927 ihre dritte Tagung abgehalten; die ausführliche Fassung ihrer Ergebnisse lag den Ratsmitgliedern vor (ebd., S. 860–879; vgl. auch zusammenfassend: SCHULTHESS 68 [1927], S. 537–540). – Beneš hatte zuvor in der Ratssitzung den Bericht wiedergegeben (SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 [1927], S. 767–768), dessen Inhalt von Paul-Boncour positiv gewürdigt worden war (ebd., S. 768–769).

durchgeführt werden muß, wenn die zweite Lesung nicht mit einem Fehlschlag enden soll, der dem Ansehen des Völkerbundes abträglich wäre.

Das Abrüstungsproblem ist eine der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes und auf seiner Lösung beruht in weitgehendem Maße die **ganze Wirksamkeit des Völkerbundes.**

Die Lösung, die noch im vorigen Jahr einfach aussah, scheint dem Bericht[3] zufolge auf einen fernliegenden Zeitpunkt vertagt. Nach dem Pakt[4] haben alle Völkerbundsmitglieder die Verpflichtung, ihre Rüstungen zu vermindern und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkerbundsverfassung festgelegt ist[5], weil sowohl die Existenz wie die Tätigkeit des Völkerbundes von der allgemeinen Abrüstung abhängen.

Ich will hier nicht die Gründe wiederholen, die die Abrüstung zu einer dringenden Aufgabe machen; sie wurden im vergangenen März und April zur Genüge dargelegt[6]. Aber ich möchte die Aufmerksamkeit aller Völkerbundsmitglieder auf die Wichtigkeit der Schriftstücke lenken, die vor uns liegen, und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Erörterungen der Völkerbundsversammlung im September dem **Abrüstungsproblem einen neuen Anstoß** geben, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abrüstung und Durchführung von Artikel 8 des Völkerbundpaktes gestärkt werde.

[...][7]

Auf die einleitenden Worte, die der Ministerpräsident von Litauen[8] über die frühere

---

[3] Vgl. die vorangehende Anm.

[4] Stresemann bezieht sich offenbar auf die Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), nach deren Art. 8 „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder war und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen hatte (ebd., S. 11–12).

[5] So in der Vorlage. In anderen Versionen, etwa in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927, S. 1, heißt es, der Sache nach wohl zutreffend: „wäre“.

[6] Stresemann bezieht sich wohl auf die früheren Diskussion in der Vorbereitenden Abrüstungskommission (vgl. oben Anm. 2).

[7] Die Vorlage gibt anschließend paraphrasierend wieder, daß Vandervelde Stresemann zustimmt, Beneš auf die Verdienste der Vorbereitenden Abrüstungskommission und Chamberlain auf die Komplexität des Abrüstungsproblems hinweisen. – Dann geht die Vorlage auf die am Ende der öffentlichen Sitzung behandelte Memelfrage ein: Sie gibt eine Erklärung Voldemaras' wieder, in der er die Wahl eines memelländischen Landtags für spätestens September 1927 ankündigt und die Absicht Litauens bekundet, auch ansonsten die autonomen Rechte des Memellandes zu gewährleisten (Druck auch in SCHULTHESS 68 [1927], S. 516). Stresemann antwortet mit einer Erklärung, „mit der die öffentliche Sitzung beendet wurde.“ Laut FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 428 (1. Morgenblatt) vom 16. Juni 1927, S. 1, antwortete Stresemann dabei in deutscher Sprache.

[8] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929. – Zu seiner vorherigen Erklärung vgl. die vorangehende Anm.; sowie SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 772–773.

Behandlung von Memelfragen[9] gesprochen hat, möchte ich nicht näher eingehen. Ich darf meinerseits auf die Erklärung verweisen, die ich in der Tagung des Völkerbundrates vom September vorigen Jahres abgegeben habe[10]. Angesichts der von dem Herrn Ministerpräsidenten Woldemaras nunmehr im Namen seiner Regierung abgegebenen Erklärung[11] glaube ich meinerseits, auf der jetzigen Ratstagung darauf verzichten zu können, daß die Angelegenheit weiterverhandelt wird. Ich hoffe, daß durch die in Aussicht gestellten Maßnahmen der litauischen Regierung mit großer Beschleunigung im Memelgebiet derjenige Zustand sichergestellt wird, der dem Statut[12] entspricht.[13]

[9] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. – Über die Auslegung und Anwendung des Statuts kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Memelländern und der litauischen Zentralregierung. Zuletzt hatte Stresemann am 24. Mai 1927 in einem Telegramm an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, gebeten, die Denkschrift der Führung der deutschen Bevölkerungsgruppe, in der sie über die Mißachtung des Memelstatuts Klage führte, auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen (vgl. ebd., B 5, S. 507, Anm. 2), und am 3. Juni 1927 in einem weiteren Telegramm an Drummond sich gegen den litauischen Vertagungsvorschlag ausgesprochen (vgl. ebd., S. 508, Anm. 5, u. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 258 [Abendausgabe] vom 4. Juni 1927, S. 2). Am 12. Juni 1927 hatte Stresemann ein Gespräch mit Voldemaras geführt, in dem allerdings lediglich die unterschiedlichen Rechtsstandpunkte im Hinblick auf das Memelland ausgetauscht wurden (vgl. dazu die Aufzeichnung Dirksens vom 13. Juni 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 506–508; zu den weiteren mehrtägigen deutschen Bemühungen in Genf um das Zustandekommen der Erklärung Voldemaras' vgl. Dirksens Telegramm vom 15. Juni 1927: ebd., S: 545–546).

[10] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag im Völkerbundsrat vom 20. September 1926.

[11] Vgl. oben Anm. 7 u. 8.

[12] Vgl. oben Anm. 9.

[13] In BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927, S. 2, heißt es im Anschluß an die Wiedergabe der Erklärung Stresemanns und zum Schluß der Berichterstattung über die Sitzung: „Der Ratsvorsitzende Chamberlain erklärte zum Schluß, der Rat nimmt mit Freuden Kenntnis von der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten. Er beglückwünscht ihn zu dem Entschluß, der den Rat der Notwendigkeit enthebt, die vorliegende Frage zu behandeln und hofft, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkerbundsrat erübrigt.“

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 16. Juni 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 777, 782–785 u. 786–787. – Teildrucke (in deutscher Sprache, in unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit kleinen Abweichungen) in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ S. 291–295 u. 296–297; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 281 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 281 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 276 (Abendausgabe) vom 16. Juni, S. 1–2, u. Nr. 277 (Morgenausgabe) vom 17. Juni 1927, S. 1–2; VORWÄRTS, Nr. 281 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 430 (Morgenausgabe) vom 17. Juni 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 441 (1. Morgenausgabe) vom 17. Juni 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 276/277 vom 17. Juni 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22541 (Morgenausgabe) vom 17. Juni 1927, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 139 vom 18. Juni 1927, S. 6; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, B 1 (1927), S. 35–36.

Vorschläge des Wirtschaftskomitees zur Erweiterung der Schiedsgerichtsklausel zu Handelsverträgen. Berichtet über die Weltwirtschaftskonferenz und plädiert für die Übernahme von deren Ergebnissen und Vorschlägen. Deutschland hat sich nach dem belgischen Beispiel die Ergebnisse bereits zu eigen gemacht.

[...][2]

Le dernier rapport du Comité économique, adressé au Conseil au début du mois de mars 1927 (document C. 103 (2) M. 48 (1). 1927. II.)[3] signalait que les juristes, auxquels le Comité s'était adressé pour chercher la possibilité de compléter par un nouvel accord international les dispositions du Protocol de 1923 relatif aux clauses d'arbitrage dans les contrats commerciaux[4], devaient se réunir à nouveau à bref délai.

Ces juristes ont tenu une session du 28 mars au 4 avril 1927[5] et ont élaboré un texte destiné à combler une lacune du Protocole de 1923, en assurant, dans certaines conditions, l'exécution des sentences arbitrales rendues à l'étranger (Annexe

---

[1] Laut DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 276 (Abendausgabe) vom 16. Juni 1927, wurden die ersten beiden Redebeiträge Stresemanns in englischer und wurde der letzte Beitrag in deutscher Sprache abgegeben; mithin handelt es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung ins Französische.

[2] Unter dem Tagesordnungspunkt „Projet de protocole relatif à l'exécution des sentences arbitrales rendues à l'étranger: Rappport du Comité d'experts" heißt es einleitend in der Vorlage: „Le Dr Stresemann lit le rapport suivant:"

[3] Gedruckt in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 569–590.

[4] Der Text des Genfer Protokolls zu Schiedsverfahren bei Handelsverträgen, das 1924 auch von Deutschland unterzeichnet wurde, u. a. in REICHSGESETZBLATT 1925 II, S. 47–53.

[5] Zu dieser Sitzung konnte nichts weiter ermittelt werden.

969)[6].

A la suite de l'examen de ce texte et du rapport qui l'accompagne, les membres du Comité économique ont recommandé d'inscrire à l'ordre du jour de la prochaine Assemblée la question de l'ouverture de ce Protocole nouveau à la signature de tous les Etats qui voudraient y adhérer. Le Secrétaire général[7] a déjà adressé, avec mon autorisation, à tous les Etats membres de la Société, une communication provisoire à cet effet (C. L. 56. 1927) en invitant les différents gouvernements à formuler les observations qu'ils voudraient présenter, avant l'ouverture de la prochaine Assemblée.

Chaque gouvernement conserve naturellement la liberté de prendre, au sujet des dispositions du projet de Protocole, l'attitude qu'il jugera opportune, et il serait souhaitable que les amendements ou les dispositions additionnelles qui paraîtraient désirables dans chaque pays fussent communiqués au Secrétariat à temps pour que celui-ci puisse préparer, en vue de la discussion qui aura lieu devant la deuxième Commission de l'Assemblée prochaine, tous les documents utiles à un examen complet et approfondi de la question.

C'est dans ces conditions que je vous demande d'approuver l'inscription de cette question à l'ordre du jour de la prochaine Assemblée.

[…][8]

La Conférence économique internationale, qui a été convoquée en vertu d'une décision de l'Assemblée, en date du 24 septembre 1925, sur la proposition de la délégation française, s'est réunie du 4 au 23 mai[9] et elle a attiré sur elle l'attention des hommes d'Etat, des économistes, des hommes d'affaires et du public du monde entier. Le terrain avait été admirablement préparé par le Comité préparatoire et le Se-

---

[6] Gedruckt in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 890–899.

[7] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933. – Die nachfolgend erwähnte Mitteilung Drummonds an die Völkerbundsmitglieder konnte nicht ermittelt werden.

[8] In der Vorlage und damit im Protokoll folgt, daß Scialoja, der Vertreter Italiens, grundsätzlich zustimmt, aber nahelegt, bei der Anfrage an die Regierungen zusätzlich zu erfragen, wie dort die Fassung von der „endgültigen Entscheidung" des Schiedsgerichts, die in dem Vorschlag enthalten und die völkerrechtlich unterschiedlich interpretiert werden kann, jeweils verstanden wird. Mit diesem zusätzlichen Hinweis beschließt der Rat, dem Vorschlag Stresemanns zu folgen und das Thema auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Völkerbundsversammlung zu setzen. – Im späteren Tagesordnungspunkt „Rapport sur les travaux de la Conférence économique internationale" gibt Stresemann in seiner Eigenschaft als Berichterstatter über die Weltwirtschaftskonferenz folgenden Bericht ab.

[9] Die Weltwirtschaftskonferenz hatte vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ. Den Vorschlag zu einer solchen Konferenz hatte Loucheur u. a. am 15. September 1925 in einer Völkerbunds-Kommissionssitzung eingebracht (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1925); am 24. September 1925 stimmte die Völkerbundsversammlung dem Vorschlag zu (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 453).

crétariat[10]. Les résultats de la Conférence sont consignés dans un rapport dont les Membres du Conseil sont déjà saisis (document C.E.I. 44)[11].

Je ressens très vivement l'honneur qui m'échoit de signaler officiellement à l'attention de mes collègues du Conseil, les résultats d'une des conférences les plus remarquables et les plus fécondes qui aient jamais encore été convoquées par la Société des Nations. La Conférence avait pour tâche d'exposer en termes clairs et précis la nature des difficultés et des maux dont le monde souffre actuellement au point de vue économique ; il lui appartenait d'indiquer la façon dont il serait possible, par une coopération internationale, tout en tenant compte des exigences de la vie nationale, de supprimer ces difficultés et ces maux, ou tout au moins de les atténuer.

De l'avis de ceux qui, dans tous les pays, se sont intéressés à ses travaux, la Conférence a abouti, dans cette direction, à des résultats de la plus haute importance. Ce n'est pas qu'elle ait révélé aux gouvernements ou aux économistes des faits ou des remèdes nouveaux, mais elle a permis à un nombre considérable d'experts d'une compétence indiscutable, provenant de tous les pays du monde, de condenser, en des résolutions unanimes, les résultats à la fois de leurs études et de leur expérience, et d'indiquer en même temps les différentes voies qui peuvent mener à une amélioration de la situation actuelle.

Il est naturel que les experts aient porté tout d'abord leur attention sur la situation économique de l'Europe qui, pendant et depuis la guerre, s'est trouvée plus sérieusement atteinte que celle d'aucune autre partie du monde. Toutefois, ils n'ont pas perdu de vue la réaction que les difficultés économiques de l'Europe produisent sur les autres continents. Ils n'ont pas davantage laissé d'accorder la plus vive attention à tout un ensemble de problèmes généraux qui présentent une importance égale pour toutes les parties du monde.

Les résolutions de la Conférence s'appliquent, en grande partie, au domaine du commerce, de l'industrie et de l'agriculture.

Le **commerce** est, par excellence, une question d'intérêt internationale : elle se trouve en même temps très largement influencée à la fois par l'action indépendante des différents pays et par les relations qu'établissent entre eux les traités de commerce. Il n'est donc pas surprenant que la Conférence ait accordé la première place

[10] Zur Vorbereitung und Organisation der Weltwirtschaftskonferenz vgl. VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ S. XI–XVI.

[11] Der vollständige Text des Konferenzberichts (in amtlicher deutscher Übersetzung) ist gedruckt ebd., S. 314–358.

aux problèmes du commerce international. Dans ce domaine important, la Conférence a reconnu, en principe, la nécessité de libérer le commerce international de toutes les barrières et des obstacles artificiels, particulièrement de ceux que créent les hauts tarifs douaniers.

La Conférence déclare le moment venu de mettre fin à l'accroissement des tarifs et de s'orienter dans une direction opposée.

C'est là une déclaration importante qui implique tout un programme de travail dont la réalisation ne pourra être obtenue que progressivement. Les moyens pour atteindre ce but sont avant tout la simplification et l'unification du mécanisme des tarifs douaniers, l'établissement d'une stabilité plus grande dans les droits de douane, l'introduction de meilleures méthodes pour la rédaction des traités, et, enfin, la réduction graduelle des charges que constituent les tarifs douaniers.

Trois voies mènent à ce but : l'action individuelle des Etats sur leurs propres tarifs, l'action bilatérale par la conclusion de traités de commerce appropriés, et, enfin, l'action internationale concertée. La Conférence a souligné tout particulièrement l'importance d'une coopération internationale dans ce domaine, et c'est précisément cet aspect du problème qui rentre dans la compétence de la Société des Nations et de son organisation économique.

Dans le domaine de l'**industrie,** la Conférence a insisté tout spécialement sur la réduction des frais de production par l'étude et l'application des meilleures méthodes possibles de stabilisation économique ; elle a reconnu l'importance d'accords internationaux, pour certaines industries, dans l'intérêt général du commerce, sous réserve de certaines conditions et garanties nettement spécifiées.

En ce qui concerne les besoins de l'**agriculture,** la Conférence a vu une possibilité de progrès, particulièrement grâce à l'emploi de meilleures méthodes de travail, au développement du système coopératif et à une meilleure organisation des institutions de crédit.

Je ne crois pas nécessaire de discuter plus en détail le rapport général de la Conférence, étant donné que tous les Membres du Conseil ont déjà pris connaissance de ce rapport. Dans presque chaque résolution, qu'elle soit relative au commerce, à l'industrie ou à l'agriculture, la Conférence a formulé des suggestions ou des recommandations, confiant à la Société des Nations de nouveaux travaux tendant à la réalisation du but envisagé.

Un simple coup d'œil sur le rapport que vous avez entre les mains vous montrera

immédiatement que les tâches léguées par la Conférence à la Société des Nations sont à la fois nombreuses et variées et qu'elles exigeront des études techniques continues et méthodiques. Le Conseil devra donc, le moment venu, examiner l'opportunité de modifier ou de compléter l'organisation économique de la Société en vue de l'adapter à ses tâches nouvelles.

Pourtant, je suis enclin à croire qu'il serait encore prématuré d'entamer aujourd'hui une discussion de ce problème important et je proposerai d'en ajourner l'examen à la session de septembre. Cependant, dans l'intervalle, j'espère que le Comité économique et le Secrétariat poursuivront leur tâche dans toute la mesure du possible ; ils peuvent, par exemple, commencer immédiatement à esquisser et à préparer un plan d'action future, particulièrement en ce qui concerne les tarifs douaniers.

Enfin, n'oubliez pas, Messieurs, que la Conférence diplomatique convoquée pour le 17 octobre[12], à Genève, en vue d'établir une convention pour la suppression des prohibitions d'importation et d'exportation, constituera, si elle peut compter sur l'appui complet des gouvernements, un premier pas important dans l'application des recommandations de la Conférence.

Permettez-moi d'ajouter encore quelques observations. Le Conseil se souviendra que la Conférence comprenait environ 200 membres (avec un nombre à peu près égal d'experts) de 50 pays différents : ces membres, à quelques exceptions près, ont été nommés par les gouvernements et représentaient à peu près toutes les compétences, tous les intérêts et toutes les opinions possibles.

Parmi nous nombreux étaient, je le crois, ceux qui, lorsque nous avons décidé de convoquer une vaste conférence composée de cette manière, craignaient que le caractère complexe et si controversé des problèmes économiques et la composition si variée de la Conférence ne rendissent impossible l'élaboration de recommandations unanimes possédant une force et une signification réelles. Le rapport qui nous a été soumis montre que ce danger, tout réel qu'il ait pu être, a été heureusement évité. Le rapport, en effet, contient des recommandations qui sont non seulement unanimes, mais même enthousiastes, et qui renferment les principes et les propositions les plus considérables sur les questions essentielles de politique économique et commerciale, et ce résultat, à mon avis, est dû non seulement à la façon dont les délégués ont mené leurs travaux, mais aussi au fait qu'ils avaient conscience d'exprimer un

[12] Zur Einberufung einer Konferenz zur Aufhebung von Wirtschaftsschranken vgl. (in dieser Edition) die Redebeiträge Stresemann in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 14. Juni 1927.

désir puissant et réel ressenti dans toutes les parties du monde.

Ces recommandations, cependant, représentent le commencement et non pas la fin de la tâche réelle qui doit être accomplie. Le président, M. Theunis[13], dans son discours de clôture, a rappelé aux délégués – et j'ai été heureux de le constater – l'engagement moral personnel que chacun d'eux avait pris, en votant les recommandations, de faire tous ses efforts pour en assurer l'adoption et l'exécution.

Je suis sûr que nous tous, Membres du Conseil, qui avons lancé l'invitation à la suite de laquelle les membres du Comité préparatoire ont travaillé pendant une année avant la Conférence[14] et qui avons prié les gouvernements de désigner les membres mêmes de la Conférence, serons conscients de l'engagement moral, tout au moins aussi puissant, de faire tout ce qui sera en notre pouvoir pour que ces recommandations soient mises en pratique dans la politique économique et commerciale des différents Etats et particulièrement de ceux que chacun d'entre nous représente directement au Conseil.

De même, je ne doute pas non plus que tous ceux qui ont participé aux travaux de la Conférence et à sa préparation ne continuent à lui donner leur appui inlassable.

Je suis heureux, en particulier, de savoir que la Chambre de commerce internationale, est sur le point de tenir à Stockholm son Congrès bisannuel, qui portera son attention sur les meilleures méthodes pour mettre à exécution les recommandations de la Conférence.

Enfin, je me permets de vous rappeler que l'Organisation économique de la Société ne pourra accomplir avec succès la tâche lourde et difficile qui va lui incomber à la suite de cette Conférence, si elle n'est assurée de trouver l'appui le plus complet auprès des gouvernements, des organisations intéressées et de tous les hommes de bonne volonté.

Avant de terminer ce bref rapport, ce m'est un devoir et un plaisir d'exprimer à tous les membres de la Conférence économique internationale les remerciements du Conseil pour la compétence et le zèle qu'ils ont déployés et le succès qu'ils ont obte-

---

[13] George Theunis (1873–1944), belgischer Ministerpräsident 1921 – 5. April 1925 u. 1934–1935; Vorsitzender der Weltwirtschaftskonferenz 1927. – Die Schlußansprache von Theunis ist (in Übersetzung) gedruckt in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ S. 277–287.

[14] Im April und November 1926 hatten zwei vorbereitende Konferenzen stattgefunden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 459 u. 493). Anschließend hatte der Völkerbundsrat im Dezember 1926 den Beginn der Weltwirtschaftskonferenz auf den 4. Mai 1927 festgesetzt (vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 17. Dezember 1926: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 623).

nu. Nos remerciements vont tout particulièrement à M. Theunis, président de la Conférence : c'est grâce à ses brillantes qualités et à son énergie qu'il a été possible d'achever des travaux aussi importants dans un court espace de trois semaines.

Nous avons également une dette de reconnaissance vis-à-vis des organisations industrielles des différents pays, ainsi que des organisations internationales qui ont si largement contribué aux travaux préparatoires de la Conférence, en particulier au Bureau international du Travail, à la Chambre internationale de commerce et à l'Institut international d'agriculture.

L'inlassable activité du Secrétariat et de la Section économique en particulier, a certainement contribué d'une manière considérable au succès de la Conférence.

J'ai l'honneur de proposer au Conseil la résolution suivante :

« Le Conseil prend acte du rapport de la Conférence économique internationale ;

1º Il exprime ses remerciements les plus chaleureux au président, M. Theunis, à tous les membres et experts qui ont assisté à la Conférence, ainsi qu'à toutes les organisations et personnes qui ont collaboré à sa préparation ;

2º Il estime que la Conférence s'est pleinement acquittée de la tâche qui lui incombait de formuler les principes et les recommandations les plus indiquées pour contribuer à l'amélioration de la situation économique du monde entier, et de celle de l'Europe en particulier, contribuant ainsi à favoriser en même temps les relations pacifiques entre les peuples ;

3º En conséquence, le Conseil invite tous les pays et tous les gouvernements à accorder à ces principes et à ses recommandations, la plus grande attention, ainsi que le concours actif qui est nécessaire pour en faciliter l'adoption et l'application.

4º Se réservant d'examiner à sa prochaine session, en tenant compte des résultats de la Conférence, les modifications qu'il conviendrait d'apporter à l'Organisation économique de la Société des Nations, invite le Comité économique à tenir dans l'intervalle une session spéciale pour procéder, à une date très rapprochée, à une étude préparatoire portant sur les résolutions de la Conférence économique relatives aux tarifs douaniers, et notamment à l'unification de la nomenclature tarifaire. »

[…][15]

La Conférence économique internationale a accompli une œuvre des plus méritoires. C'est à nous qu'il appartient maintenant de prendre notre part du travail en appliquant les décisions de la Conférence ; c'est à nous qu'il appartient de veiller à ce que ses décisions ne restent pas purement « platoniques » – pour employer le mot dont s'est servie la Conférence économique – mais qu'elles deviennent bientôt des réalités.

Nous venons d'apprendre que le Gouvernement belge a pris une décision qui devrait servir d'exemple aux autres gouvernements[16]. Je suis heureux de dire que je me joins immédiatement à cette initiative au nom du Gouvernement allemand. Comme le Gouvernement belge, mon gouvernement donne son approbation entière et sans réserve aux décisions de la Conférence économique. Il y a quelques jours, le Gouvernement allemand a défini son attitude en adoptant la résolution suivante[17] :

> « Le Gouvernement du Reich approuve le rapport général de la Conférence économique internationale et se rallie à ses conclusions.
>
> Il est prêt à collaborer activement à la mise en œuvre des recommandations et suggestions de la Conférence.
>
> Le Gouvernement du Reich estime que les grands principes énoncés par la Conférence dans le domaine de la politique douanière et commerciale fournissent un moyen pratique d'assurer une liberté plus grande dans les relations économiques internationales, et, plus particulièrement, dans celles de l'Europe ; il estime, avec la Conférence, que c'est là une des conditions essentielles de la restauration économique de l'Europe, du progrès de la civilisation et du maintien de la paix.
>
> En conséquence, il estime hautement désirable que la Société des Nations entreprenne et exécute sans tarder les travaux nécessaires. »

Puis-je exprimer l'espoir que d'autres gouvernements suivront l'exemple donné par le Gouvernement belge ?

---

[15] Die Vorlage gibt wieder, wie mehrere Mitglieder des Rates ihre uneingeschränkte (Vandervelde für Belgien und Beneš für die Tschechoslowakei) oder qualifizierte (Niederlande und Italien) Zustimmung zu Stresemanns Vorschlägen ausdrücken (S. 784–786), ehe er erneut das Wort ergreift.

[16] Vandervelde hatte als Vertreter Belgiens in seiner vorherigen Wortmeldung (vgl. die vorangehende Anm.) bekundet, daß die belgische Regierung bereits entsprechende Vorlagen zur Übernahme der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz für das belgische Parlament ausgearbeitet habe.

[17] Zur Befassung des Kabinetts mit den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz am 2. und 9. Juni 1927 vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 775–781. Text des in der Sitzung vom 9. Juni verabschiedeten Pressekommuniqués, das Stresemann hier wiedergibt: ebd., S. 780–781, Anm. 12.

Mais des décisions de cette nature, même prises par des gouvernements, et quelque valeur qu'elles puissent avoir, ne constituent pour le moment que des gestes platoniques. L'initiative des gouvernements dépend de l'initiative des organismes de la Société, puisque c'est à ces organismes que la Conférence économique a donné compétence pour l'application de la majorité de ses décisions. Les gouvernements doivent donc d'abord demander à ces organismes de la Société de prendre l'initiative et de le faire aussitôt que possible. Les discussions de la Conférence économique internationale ont attiré l'attention de l'opinion publique sur les problèmes économiques ; elles ont éveillé dans cette opinion le désir d'une solution. Profitons de cette attention et de ce désir pour passer immédiatement à l'exécution pratique. Chaque jour qui passe est un jour perdu, car chaque jour, les décisions de la Conférence économique perdent du terrain dans l'intérêt public et ce désir unanime de coopération et d'entente pourra cesser d'exister.

C'est pourquoi je suis particulièrement heureux de constater que la résolution que j'ai l'honneur de soumettre au Conseil, dans l'une de ses dernières phrases, invite le Comité économique de la Société à se réunir à une date rapprochée afin qu'il entreprenne une tâche particulièrement importante et urgente, à savoir, l'unification de la nomenclature et de la classification des tarifs douaniers. Il s'agit là d'un travail tout spécialement urgent, car, d'après ce que je puis voir, un certain nombre de pays sont sur le point de moderniser leurs tarifs douaniers. Nous manquerions l'occasion d'appliquer les décisions de la Conférence, si ces pays ne pouvaient pas ajourner leurs décisions sur la modernisation de leurs tarifs douaniers jusqu'au moment où un plan de tarif uniforme aura été élaboré sous les auspices de la Société. Si ces pays se mettent à l'œuvre individuellement, cela voudrait dire que, pendant des années, il faudrait renoncer à la possibilité d'une application large et générale d'un tarif douanier uniforme, étant donné que ces pays ne pourraient, au bout de quelques années, modifier à nouveau leur système tarifaire. Il s'agit également là d'une condition pour l'application d'une autre recommandation de la Conférence économique, à savoir que les traités de commerce à court terme soient remplacés par des traités à plus longue échéance.

La Conférence économique internationale, dans une de ses résolutions, s'est servie d'une expression dont la portée est considérable, à savoir que la Conférence économique constitue une ère nouvelle des relations commerciales internationales. C'est à nous maintenant qu'il appartient d'employer toute notre bonne volonté et

notre énergie pour réaliser cet espoir, si nous voulons que les réalisations qui suivront la Conférence soient à la hauteur des espoirs qu'elle a fait naître.[18]

[18] Anschließend ist in der Vorlage, dem Protokoll, zu diesem Tagesordnungspunkt vermerkt, daß die Fortsetzung der Diskussion auf die nächste Sitzung verschoben worden sei. – In der am gleichen Tag folgenden Nachmittagssitzung, die nur paraphrasierend protokolliert ist, drängte Chamberlain darauf, daß angesichts der Notwendigkeit der sorgfältigen Prüfung des Berichts der von Stresemann vorgeschlagene dritte Punkt in seiner Formulierung dahingehend abgeschwächt werde, daß er den Regierungen nur eine „wohlwollende Aufmerksamkeit" empfehle. Stresemann gibt zwar seiner Enttäuschung Ausdruck, gesteht Chamberlain aber diese Abschwächung zu. In der geänderten Form werden die betreffenden Vorschläge sodann vom Völkerbundsrat angenommen (vgl. VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ S. 297–299).

Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 17. Juni 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 278 (Abendausgabe) vom 17. Juni 1927, S. 1.

Fordert in bezug auf die Westerplatte, daß trotz der Vertagung der Frage die Danziger Vorbehalte ins Protokoll aufgenommen werden und Polen sich bis zur nächsten Völkerbundsratstagung kooperativ zeigt.

Stresemann würde im Sinne der Vorschläge Sahms[2] entscheiden. Weil aber der Berichterstatter[3], im Besitze aller Dokumente, erklärt, mehr Zeit zu brauchen und heute keinen Vorschlag machen zu können, müssen wir uns beugen. Wenn wir die Entscheidung auf Vertagung aussprechen, möchte ich **meine Stellungnahme** präzisieren. Der Oberkommissar[4] hat von neuen und alten Entscheidungen gesprochen. Es handelt sich jetzt um die Sachlage, die durch die Entladungen des Kriegsmaterials auf der Westerplatte[5] entstanden ist ohne Beteiligung der Danziger Behörden, also in einer Weise, als ob die Westerplatte exterritorial wäre. Trotz unserer bevorstehenden Entscheidung bleibt die Freiheit des Völkerbundrats für September unver-

---

[1] Laut dem Bericht über die letzte Ratssitzung der Session in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 284 (Morgenausgabe) vom 18. Juni 1927, „kam der Rat endlich gegen 1/2 1 Uhr mittags zu dem letzten Hauptpunkt seiner Tagung, der unter dem Namen ‚Polnisches Munitionsdepot auf der Westerplatte in Danzig' geht [!]". Einleitend schlug der Berichterstatter Villegas vor, den betreffenden Punkt zu vertagen, nämlich die Behandlung des Danziger Antrags, das vom Völkerbundskommissar provisorisch erlaubte polnische Munitionsdepot bzw. dessen Nichtüberwachung durch Danziger Behörden auf der Westerplatte wegen der Gefährdung der Stadt Danzig von der Westerplatte nach Gdingen zu verlegen. Stresemann widersprach dem Antrag auf Vertagung mit dem Argument, man könne erst vertagen, wenn man die Danziger Argumente kenne und wisse, daß keine akute Gefahr bestehe. Er erwirkte nach einem Disput mit Chamberlain und in einer „anderthalbstündige[n] Geschäftsordnungsdebatte" (VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 283 [Abendausgabe] vom 17. Juni 1927), daß Sahm den Standpunkt Danzigs über die Gefährdung bei dem vom Berichterstatter vorgeschlagenen Provisorium erläutern konnte (vgl. die paraphrasierende Zusammenfassung in der Vorlage). Danach ergreift Stresemann das Wort, und die Vorlage gibt seinen Redebeitrag im Übergang von indirekter zu direkter Rede wieder. – In der amtlichen Veröffentlichung (SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 [1927], S. 801–806) ist der Tagesordnungspunkt weitgehend (und in bezug auf die Wortmeldungen Stresemanns ausschließlich) in indirekter Rede wiedergegeben.

[2] Heinrich Sahm (1877–1939), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–1931. – Zu seinen Äußerungen vgl. die Vorlage.

[3] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935.

[4] Joost Adriaan van Hamel (1880–1964), niederländischer Politiker; Völkerbundskommissar in Danzig 1925–1929. – Van Hamel hatte dem Völkerbund im Vorfeld der Ratssitzung eine Liste von zwischen Danzig und Polen kontroversen Punkten zur Entscheidung vorgelegt (vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 261 [Morgenausgabe] vom 8. Juni 1927, S. 3).

[5] Vgl. oben Anm. 1.

ändert. **Dies muß ins Protokoll** aufgenommen werden. In der Zwischenzeit sollen also die Verladungen ohne Danziger Intervention stattfinden, was absolut nicht als fait accompli angesehen werden darf und was nicht als Präzedenzfall dienen kann. Die Beurteilung der Sachlage ist auf Grund der hier vorliegenden Ausführungen schwer. Präsident Sahm fürchtet sichtlich angesichts der Ausschließung seiner Organe von den Vorgängen auf der Westerplatte, die Verantwortung vor dem Senat und dem Danziger Volke nicht tragen zu können. Dies muß ebenfalls festgestellt werden. Ich würde es gern sehen, wenn der Vertreter Polens[6] einwilligen würde, daß in der Zwischenzeit – auch ohne ein Präjudiz zu bilden – die Danziger Organe an den Manipulationen mitwirken könnten.[7]

[6] Henryk Leon Strasburger (1877–1951), polnischer Generalkommissar in Danzig 1924–1932; Vertreter Polens im Völkerbundsrat 1927.

[7] Die Vorlage gibt wieder, daß sich Villegas mit den Ausführungen Stresemanns einverstanden erklärt. „In dieser unklaren Sachlage wird Schluß der Debatte erklärt". In VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 283 (Abendausgabe) vom 17. Juni 1927, heißt es zum Ende der betreffenden Berichterstattung ausführlicher: „Die Vertagung der Sache auf September wurde vom Rat gegen 2 Uhr nachmittags angenommen. Der Rat stellte dabei auf Wunsch des deutschen Ratsmitgliedes Dr. Stresemann ausdrücklich fest, daß die ganze Frage auf den September vertagt wird und also auch die vorläufige Neuordnung des Aus- und Einladeverfahrens auf der Westerplatte ohne Beteiligung der Danziger Behörden nur provisorisch gilt und bei der späteren endgültigen Entscheidung von Polen nicht als Präzedenzfall herangezogen werden kann."

Rede vor der Presse in Berlin vom 20. Juni 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 162–166.

Die Ergebnisse der Genfer Beratungen: Falsch ist die Darstellung, daß Deutschland seine Position gegenüber den britisch-sowjetischen Spannungen geändert habe. In anderen Fragen, sowohl in derjenigen zum Memelland wie auch zur Danziger Westerplatte, hat Deutschland keine Niederlagen hingenommen. Zur Weltwirtschaftskonferenz und zur Abrüstung konnten keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden. In der Frage der Rheinlandtruppen war keine Verständigung möglich. Das Verhältnis zu den Vertragspartnern von Locarno ist in einer gewissen Krise.

Ich bedaure außerordentlich, daß mehr und mehr bei uns die Tendenz Platz greift, alles, was in Genf geschieht, nur unter dem Gesichtspunkt rein deutscher Fragen anzusehen, die zwischen uns und den Alliierten stehen. Was diesmal in Genf beraten wurde[2], geht über diese speziellen Fragen sehr weit hinaus. Es ist kein Zweifel, daß die Frage des **europäischen Friedens** die entscheidende Frage ist. Noch vor drei Monaten hat der **englische** Außenminister[3] sich mit großer Entschiedenheit auf

---

[1] In keiner der überprüften Tageszeitungen findet sich ein expliziter Hinweis auf diese Rede Stresemanns „vor der Presse“, wie sie in der Vorlage genannt wird; allerdings gibt die REICHSPOST, Nr. 169 vom 21. Juni 1927, S. 2, eine WTB-Meldung wieder; danach „erfahren die Blätter“, und im folgenden ist inhaltlich das enthalten, was Stresemann hier eingangs formuliert; ähnlich verhält es sich mit der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 282 (Abendausgabe) vom 20. Juni 1927, S. 1, die „aus informierten Kreisen“ einiges erfährt und darauf einen Kommentar über die Ergebnisse der Genfer Beratungen aufbaut. – Es ist also gut möglich, daß Stresemann vor einem kleineren Kreis von Pressevertretern sprach und seine Worte als vertrauliche Information deklarierte, so daß die Zeitungen seinen Namen nicht nennen durften; denkbar wäre sogar, daß diese von der Vorlage als Rede vor Pressevertretern behauptete Erklärung gar nicht stattgefunden hat, sondern nur über eine Agenturmeldung lanciert wurde.

[2] Stresemann bezieht sich auf die Tagung des Völkerbundsrates vom 13. bis 17. Juni 1927. – Am gleichen Tag (und offenbar nach dieser Rede vor der Presse: vgl. unten mit Anm. 32) berichtete er in einer Ministerbesprechung über die Ergebnisse dieser Tagung (vgl. das allerdings nur stichwortartige Protokoll: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 803–804); das Kabinett hielt im abschließenden Kommuniqué lediglich den Dank der Reichsregierung an die Delegation fest, ohne – wie sonst üblich – seine Haltung zu den Ergebnissen zu konstatieren. – Einen umfangreicheren Bericht über die Ergebnisse der Völkerbundsratstagung bietet auch der vertrauliche Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. Juni 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 586–596). – Über eine Sitzung der DNVP-Reichstagsfraktion vom 20. Juni, bei der heftige Unzufriedenheit über Stresemann geäußert und ein Kurswechsel gefordert worden sein soll, berichtet das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 288 (Morgenausgabe) vom 21. Juni 1927.

[3] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Mit den „noch vor drei Monaten“ ist vermutlich die Märztagung des Völkerbundsrates gemeint bzw. Stresemanns Gespräch mit Chamberlain vom 6. März 1927 in Genf, in dem auch die britisch-

den Standpunkt gestellt, daß er sich gegen einen Bruch mit **Rußland** ausspreche, um Rußland eine Chance zu geben, in Verbindung mit anderen Mächten zu stehen, die es ermöglichten, die diplomatischen Beziehungen fortzusetzen. Auf Grund der Vorgänge in London ist die Richtung des englischen Kabinetts, die diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund stellte, zu der Mehrheit übergegangen, und der Bruch ist erfolgt[4].

Wenn ein Staat von dieser Bedeutung einen solchen Bruch vollzieht, so entsteht die Frage, ob dieser Schritt der letzte Schritt in einer langen Reihe von diplomatischen Vorgängen ist, oder ob er einer der ersten Schritte ist, der über diesen diplomatischen Bruch hinaus zu einer weiteren Entwicklung führt. Und daraus entstand für **Deutschland** die Frage: Was würde nun die Situation für Deutschland sein, wenn über diesen diplomatischen Bruch hinaus eine Störung des Friedens erfolgte, und würde es ihm gestattet sein, die Stellung, die es gegenwärtig einnimmt, beizubehalten? Seit Monaten, beinahe seit Jahren, wird die Meinung vertreten, daß die Tendenz, die Deutschland nur einnehmen könne, die sei, einer antisowjetistischen Front, die zu bilden sei, sich anzuschließen, und daß die imperialistisch-kapitalistischen Mächte darin einig seien, in dieser Richtung zu marschieren. Es kam hinzu, daß durch den Mord in Warschau[5] eine Situation geschaffen ist, die sehr leicht zu ernsthaften Spannungen führen könnte. Daran hat sich eine Reihe von Kommentaren geknüpft, die auch von der Notwendigkeit eines Systemwechsels in der deutschen Politik sprachen und bemerkten, daß die jetzige Situation Deutschlands, die durch Locarno[6] und den Berliner Vertrag[7] gegeben sei, überhaupt unhaltbar geworden sei

---

sowjetischen Beziehungen angesprochen wurden (vgl. seine Aufzeichnung vom gleichen Tag: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 478–483).

[4] Die auch zuvor schon gespannten Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion wurden durch eine britische Note vom 26. Mai 1927 für abgebrochen erklärt, weil die Londoner Regierung die fortgesetzte Spionagetätigkeit in England und antibritische sowjetische Propaganda im Empire als erwiesen ansah (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 249–250).

[5] In Warschau war am 7. Juni 1927 der sowjetische Gesandte Vojkov von einem Exilrussen erschossen worden (vgl. ebd., S. 400). Die Sowjetunion hatte darauf am gleichen Tag mit der Übergabe einer scharfen Note an Polen reagiert, in der diese Ermordung mit britischen antisowjetischen Aktivitäten in Verbindung gebracht wurde; die polnische Regierung drückte in ihrer Antwortnote vom 9. Juni 1927 ihr Bedauern aus, lehnte jedoch jede Verantwortung ab und bot eine Entschädigung für die Familie des Ermordeten an (ebd., S. 369–370); am 11. Juni 1927 antwortete die Sowjetregierung wiederum mit einer Note, in der sie einen umfassenden Katalog an Forderungen aufführte, die Polen zu erfüllen habe (ebd., S. 371–372). – Am 15. Juni 1927 wurde der Attentäter von einem polnischen Standgericht zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt, wobei das Gericht dem Staatspräsidenten gleichzeitig empfahl, die Strafe in eine 15jährige Haft umzuwandeln (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 280 [Morgenausgabe] vom 16. Juni 1927).

[6] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

und voraussichtlich zu einer unwünschenswerten Entwicklung führen werde. Über alle diese Fragen haben in Genf ausführliche Aussprachen stattgefunden[8]. Es ist höchst eigenartig, wenn in diesem Zusammenhang in der ausländischen Presse und im Anschluß daran in der deutschen Presse davon die Rede gewesen ist, die alliierten Mächte nähmen in der äußeren Politik Deutschland in die Mitte, um ihm zu sagen, daß es keine eigene Politik führen dürfe, sondern sich ihnen anzuschließen habe. Das war eine der Darstellungen, die sich an unsere erste Zusammenkunft in Genf[9] knüpften. Diese Zusammenkunft hat stattgefunden, um die Gesamtsituation, die Gesamttendenz zu besprechen. Sie ist nicht von englischer Seite inauguriert worden und hat das Ergebnis gehabt, daß von keiner der beteiligten Mächte eine Verpflichtung verlangt und keiner der beteiligten Mächte irgendeine Zusicherung auf eine Verpflichtung gegeben worden ist. Der deutsche Standpunkt in dieser Frage, der sich nicht geändert hat, ist auch von der anderen Seite anerkannt worden, so wie jedes Land seine Stellung gegenüber dem russischen Problem sich selbst vorbehalten hat und kein Land in irgendeiner Weise eingeladen worden ist, seine Stellung zu ändern, während der englische Gesichtspunkt der Freiheit und Unabhängigkeit der englischen Politik entspricht.

Wenn man in unseren Besprechungen sich auch über die Gesamtlage unterhalten hat, so ist es natürlich, daß auch auf die Schwierigkeiten hingewiesen wurde, die durch eine gewisse Weltpolitik entstehen, die von allen Staaten unangenehm empfunden und deshalb zurückgewiesen werde. Das ist eine Selbstverständlichkeit und auch für Deutschland nichts Neues. Wir haben derartige Versuche auch in Deutschland – ich erinnere an das Jahr 1923[10] – mit viel größerer Gewalt und Schärfe zu-

---

[7] Text des „Berliner Vertrags“, eines deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrags, vom 24. April 1926 einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

[8] Vgl. dazu neben den in dieser Edition enthaltenen Redebeiträgen Stresemanns im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 14. Juni 1927 seine verschiedenen Aufzeichnungen in STRESEMANN, Vermächtnis III, 143–162.

[9] Gemeint ist das Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte vom 14. März 1927 (vgl. die vorangehende Anm.).

[10] Gemeint sind die Versuche, in Deutschland im Herbst 1923 einen „Deutschen Oktober“ zu inszenieren, die von Moskau aus nachdrücklich unterstützt wurden; gegen Sachsen war am 29. Oktober 1923 als Vorbeugung gegen einen befürchteten kommunistischen Umsturzversuch durch eine Notverordnung des Reichspräsidenten nach Art. 48 der Reichsverfassung die Reichsexekution derart verhängt worden, daß Stresemann ermächtigt wurde, die von der SPD und der KPD gebildete Landesregierung abzusetzen und das Land durch „andere Personen“ verwalten zu lassen (REICHSGESETZBLATT 1923 I, S. 995). Stresemann ernannte daraufhin Heinze zum Zivilkommissar, und zeitgleich besetzten Reichswehrtruppen die Ministerien und den Landtag in Dresden. Ministerpräsident Zeigner beugte sich am 30. Oktober 1923 diesem Druck und trat mit seiner Regierung zurück; am folgenden Tag wählte der Landtag eine neue Regierung (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 207,

rückgewiesen, als es bei anderen Ländern notwendig gewesen war. Diese Kritik an gewissen Methoden und Propagandaarten, die sich geltend machen, hat nichts zu tun mit der Stellung von **Staat zu Staat,** mit der Stellung Deutschlands zum russischen Sowjet-Staat. Die Auffassung, als ob unsere Haltung eine Unmöglichkeit, nicht durchzuhalten sei, ist vollkommen unrichtig. Diejenigen, die diese Politik bisher vertreten haben, sind gestärkt aus Genf zurückgekehrt.

Eine zweite Reihe von Fragen, die in Genf erörtert worden sind, betrifft die eigentlichen Fragen des Völkerbundes. Hier ist eine ganze Reihe von Dingen teils diskutiert, teils erledigt worden, teils – was zur Kritik Veranlassung gegeben hat – vertagt worden, auf andere Tagungen[11]. Die Kritik hat zunächst in Deutschland eingesetzt bei der Behandlung des **Memellandes[12].** Wenn die deutsche Delegation mit **einem** vollkommen zufrieden sein kann, so ist es gerade das Ergebnis in dieser Frage. Die klugen Herren, die davon gesprochen haben, daß die deutsche Delegation dabei eine Schwäche gezeigt habe – ein Blatt[13] hatte sogar die Schamlosigkeit, zu schreiben: die Frage sei erledigt nach den Wünschen der Litauer, eine große Lüge und Verdrehung der Tatsachen –, wissen um den wirklichen Hergang nicht Bescheid. Es war die Erwägung maßgebend, was geschehe, wenn der Völkerbundsrat selbst die Frage erörtere. Was wäre dabei herausgekommen? Eine Empfehlung an den litauischen Staat, das und das zu tun. Haben wir denn nicht mehr getan? Der litauische

208). – Neben Sachsen war auch in Thüringen die Reichswehr einmarschiert, und zwar am 5. November 1923, um Aufstände zu verhindern, die aus der Regierungsbeteiligung der KPD und deren Aufruf zur Bildung bewaffneter Verbände drohten; unter dem dadurch aufgebauten Druck traten die kommunistischen Minister am 12. November 1923 aus der Regierung aus (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 966–968; URSACHEN UND FOLGEN V, S. 502; SCHULTHESS 64 [1923], S. 211 u. 216).

[11] Dies bezieht sich insbesondere auf die Danziger Beschwerde über das polnischen Munitionsdepot auf der Westerplatte (vgl. dazu in dieser Edition den Redebeitrag Stresemanns im Völkerbundsrat in Genf vom 17. Juni 1927).

[12] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. – Über die Auslegung und Anwendung des Statuts kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Memelländern und der litauischen Zentralregierung. Am 24. Mai 1927 hatte Stresemann in einem Telegramm an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, gebeten, die Denkschrift der Führung der deutschen Bevölkerungsgruppe, in der sie über die Mißachtung des Memelstatuts Klage führten, auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen (vgl. ebd., B 5, S. 507, Anm. 2). Zur dortigen Behandlung vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 15. Juni 1927.

[13] Der betreffende Zeitungsartikel konnte nicht ermittelt werden.

Ministerpräsident[14] hat durch seinen Sekretär[15] ersucht, den deutschen Außenminister zu sprechen[16]. Er hat dabei nach einem Versuch, seinen Rechtsstandpunkt zu vertreten, zum Ausdruck gebracht, daß er bereit sei, dem deutschen Standpunkt entgegenzukommen. Er hat eine Erklärung aufgesetzt, die uns nicht genügt. Er hat über diese Frage weiter mit uns Fühlung genommen. Wir haben die Angelegenheit rechtlich geprüft und erwogen, was von der Eingabe zu übernehmen ist und was nicht. Es handelte sich bekanntlich darum, daß gegen Recht und Gesetz das Memelland **ohne Parlament** gelassen wurde, unter dem Vorwande, es müßten noch Litauer eingetragen und bis dahin die Wahl hinausgeschoben werden. Kein Termin dafür war angegeben. Es handelte sich um den Grundsatz, daß das Memelland eine demokratische Verfassung hat, bei der das Gouvernement dem Parlament verantwortlich sein muß, und daß man dies nicht anerkennen wollte. Es handelte sich letzten Endes um die Möglichkeit, den Belagerungszustand im Memelland[17] zu beendigen. Nach dreitägigen Verhandlungen hat sich der litauische Ministerpräsident bereit erklärt, erstens die Wahlen auszuschreiben, und zwar spätestens bis zum 1. September, und zweitens bezüglich der Wählerlisten das Memelstatut gelten zu lassen, daß nur diejenigen, die dauernd im Memelland ihren Wohnsitz haben, an den Wahlen teilnehmen dürfen. In der Praxis war bekanntlich dieser Grundsatz geändert. Dieses alles hat außerhalb der Völkerbundsberatung seine Vorbereitung gefunden. Die Erklärung ist dann vor dem Völkerbundsrat abgegeben worden[18], und der litauische Ministerpräsident hat ausdrücklich betont, daß er diese Erklärung vor der deutschen Beschwerde abgebe. Der Vorsitzende, der englische Außenminister[19], hat darauf erklärt[20], er hof-

---

[14] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929.

[15] Sein Name konnte nicht ermittelt werden.

[16] Am 12. Juni 1927 hatte Stresemann ein Gespräch mit Voldemaras geführt, in dem allerdings lediglich die unterschiedlichen Rechtsstandpunkte im Hinblick auf das Memelland ausgetauscht wurden (vgl. dazu die Aufzeichnung Dirksens vom 13. Juni 1927: ebd., S. 506–508); zu den nachfolgend angesprochenen weiteren mehrtägigen deutschen Bemühungen in Genf um das Zustandekommen der Erklärung Voldemaras' (s. u. mit Anm. 18) vgl. Dirksens Telegramm vom 15. Juni 1927 (ebd., S: 545–546).

[17] Im Dezember 1926 war in Litauen infolge eines Staatsstreichs über das ganze Land der Kriegszustand verhängt worden (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 362); vermutlich bezieht sich Stresemann darauf.

[18] In der Völkerbundsratssitzung vom 15. Juni 1927 (vgl. in dieser Edition die Redebeiträge Stresemanns in dieser Sitzung in Genf).

[19] Chamberlain präsidierte der Völkerbundsratstagung vom Juni 1927 als Vorsitzender.

[20] Laut BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927, S. 2, erklärte Chamberlain „zum Schluß, der Rat nimmt mit Freuden Kenntnis von der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten. Er beglückwünscht ihn zu dem Entschluß, der den Rat der Notwendigkeit enthebt,

fe, daß man **zum letzten Male** sich mit dieser Frage zu beschäftigen habe. Freiwillig hat der litauische Ministerpräsident diese Erklärung abgegeben.

Eine zweite Frage sind die **Danziger** Fragen, im ganzen vier. Drei sind geregelt worden[21], die vierte ist einer Vertagung verfallen[22] auf Grund des Vorschlags des durchaus objektiven Berichterstatters, des **chilenischen** Vertreters[23]. Diese Vertagung hängt mit neuen wichtigen Restakten zusammen, die Danzig auf Grund seines Standpunktes vorgebracht hat. Danzig und Polen waren durchaus bereit, diese Dinge zu diskutieren, und **Zaleski[24]** hat mir selbst gesagt, daß er bereit gewesen sei, aber sie seien beide vom Völkerbundsgeneralsekretariat aus dem Felde geschlagen worden. Ich will hier nicht auf die Einzelheiten eingehen. Es spielt hinein der Standpunkt der Souveränität Danzigs auf der einen Seite und deren Verweigerung durch Polen auf der anderen Seite. Die Westerplatte[25] wird hierbei zurücktreten gegenüber einer anderen Lösung, so daß die Nichtentscheidung in dieser Sitzung[26] wohl unter anderen Gesichtspunkten zu betrachten ist, als das allgemein geschieht.

Zwei Fragen sind in Berichten weiter gefördert, ohne daß eine abschließende Debatte stattgefunden hätte: die Frage der **Weltwirtschaftskonferenz[27]** und die Stellung des Völkerbundsrats zu den Arbeiten der **Abrüstungskonferenz[28].** Wir waren an den Debatten über beide Fragen sehr beteiligt, und es war eine Schwierigkeit, ein

---

die vorliegende Frage zu behandeln und hofft, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkerbundsrat erübrigt."

[21] Dabei handelte es sich um die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit für eventuelle Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen in der Angelegenheit des Tabakmonopols und um die Frage der Durchfuhr von nicht für Polen bestimmtem Kriegsmaterial, die in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 13. Juni 1927 geregelt wurden (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 270 [Abendausgabe] vom 13. Juni 1927), sowie um die Frage der Priorität von Anleihen für Danzig (für Hafenausbau statt für allgemeine Kosten), die im Danziger Sinne in der Sitzung vom 17. Juni 1927 entschieden wurde (vgl. ebd., Nr. 278 [Abendausgabe] vom 17. Juni 1927).

[22] Zur Frage des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte und der Vertagung in der Sitzung des Völkerbundsrats vom 17. Juni 1927 vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag in der Sitzung.

[23] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935. – Zur Sache vgl. den Redebeitrag Stresemanns in der Sitzung vom 17. Juni 1927 (wie die vorherige Anm.).

[24] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941).

[25] Vgl. oben mit Anm. 22.

[26] Gemeint ist die Sitzung des Völkerbundsrats vom 17. Juni 1927 (vgl. oben mit Anm. 22).

[27] Zum von Stresemann im Völkerbundsrat vorgetragenen Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt hatte (Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ), vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 16. Juni 1927.

[28] Zur Behandlung der Ergebnisse der vorbereitenden Abrüstungskommission auf der Völkerbundsratstagung vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 15. Juni 1927.

Einverständnis herbeizuführen zwischen denjenigen Ländern, die sich bereits durch Kabinettsbeschlüsse für die Weltwirtschaftskonferenz gebunden hatten, und denjenigen, die, wie England, eine solche Bindung noch nicht eingegangen waren. Bindend wurde die Erklärung genehmigt durch Deutschland, Belgien und die Tschechoslowakei[29]. Diese Debatte wird aber jedenfalls einen ziemlich weiten Raum bei der Vollsitzung im September[30] einnehmen. Das wird auch die geeignete Tribüne sein, um über die Abrüstungsfrage zu diskutieren, die diesmal nur im Rahmen eines Berichtes behandelt worden ist. Wir haben kein Hehl daraus gemacht, daß der erste Teil für uns durchaus unbefriedigend war[31].

Ich komme nun zu einem dritten Punkte der Genfer Besprechung, den Fragen, die speziell unser Verhältnis zu den Alliierten betreffen, die also insofern eigentlich gar nicht Sache des Völkerbundes sind, aber stets mit den Völkerbundsfragen wieder zusammengeworfen werden. Ich bin nicht in der Lage, über diese Besprechungen hier endgültig zu berichten, möchte mir das auch vorbehalten für die Kabinettssitzung[32], die heute nachmittag stattfindet. Ich darf aber das eine sagen: Es ist bedauerlich, daß in bezug auf eine der für uns wesentlichsten Fragen[33] nur mit **Chamberlain** ausführliche Besprechungen gehalten werden konnten[34], daß es mit **Briand**[35] aber nicht mehr möglich war, zu einem Abschluß zu gelangen. Ich habe den in Genf versammelten Pressevertretern dringend ans Herz gelegt, man möchte nicht die Geschmacklosigkeit begehen, diese Krankheit Briands[36] als eine politische zu bezeichnen. Briand kam schon krank nach Genf. Er hat die erste Unterhaltung mit uns ge-

---

[29] Vgl. oben Anm. 27.

[30] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die nächste Tagung der Versammlung des Völkerbundes, die auf den 7. September 1927 angesetzt war.

[31] Vgl. oben Anm. 28.

[32] Vgl. oben Anm. 2.

[33] Gemeint ist offenbar die Frage der Reduzierung der Besatzungstruppen in den verbliebenen beiden Rheinland-Besatzungszonen.

[34] Zu den Zweiergesprächen mit Chamberlain am 13. und 18. Juni 1927 vgl. die Aufzeichnungen Stresemanns in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 519 u. 559–563; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 148–149 u. 159–162.

[35] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[36] Briand war am 16. Juni 1927 krankheitsbedingt, wohl aufgrund einer das Auge angreifenden Gürtelrose, aus Genf abgereist (vgl. etwa DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 276 [Abendausgabe] vom 16. Juni, und Nr. 277 [Morgenausgabe] vom 17. Juni 1927); ein am 13. Juni 1927 geführtes Zweiergespräch mit Stresemann (vgl. dessen Aufzeichnung vom 14. Juni 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 513–518; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 143–148) war in der Frage der Truppenreduktion ergebnislos verlaufen. – Für den von Stresemann angesprochenen Hinweis an die Presse konnte kein Beleg ermittelt werden.

führt[37], ohne viel sehen zu können, weil er den ganzen Kopf verbunden hatte. Es war uns peinlich, mit einem so kranken Manne zu verhandeln. Er hätte nach Wunsch des Arztes früher abfahren sollen, er ist bis zur letzten Sitzung dageblieben. Sein Kabinettschef[38] hat mir dann sagen lassen, daß er hätte abfahren müssen. Ob die Krankheit sehr gefährlich ist, darauf kommt es nicht an. Daß er aber eine äußerst peinigende, schmerzhafte Krankheit durchzumachen hat, darüber ist kein Zweifel. Das bedeutet nun noch nicht, daß sein weiteres Verbleiben in Genf die ganze Situation geändert hätte, die mit Recht Gegenstand einer Kritik gewesen ist, einer Kritik, die nur nach der französischen, nicht nach der englischen und belgischen Seite ging.

Die Frage der **Truppenreduzierung**[39] ist ja längst keine Frage der Ziffern im Rheinland mehr. Sie ist eine politische Frage, die sich darauf bezieht, daß eine vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge gegebene Erklärung[40] auch gehalten werden muß und daß das Vertrauen in alle Zusagen leiden wird, wenn eine an erster Stelle gegebene Erklärung unausgeführt bleibt, indem man sie hinstellt als einen Akt des Wohlwollens an Deutschland, das dieses sich durch einen Akt von seiner Seite verdienen müsse. Davon kann nicht die Rede sein. Man ist aber auf der anderen Seite selbst sich bewußt, eine nicht rechtmäßig zu wertende Sache hier zu vertreten.

Das Verhältnis Deutschlands zu den Locarno-Mächten befindet sich in einer gewissen Krise. Sie kann ebenso eine Erschütterung bedeuten oder ein starkes Fieber, das zur Genesung führen kann.

---

[37] Vgl. die vorangehende Anm.

[38] Gilbert Peycelon (1867–1940), Vertrauter und seit 1925 Kabinettschef Briands.

[39] Vgl. oben mit Anm. 33.

[40] Stresemann bezieht sich hier auf die Note der Botschafterkonferenz, die am 14. November 1925 (also vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London am 1. Dezember 1925) Botschafter Hoesch in Paris übergeben worden war; sie kündigte die Räumung der nördlichen („Kölner") Rheinland-Besatzungszone sowie Erleichterungen des Besatzungsregimes an (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405). Zu Einzelheiten vgl. auch in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge im ersten Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 16. November 1925.

Regierungserklärung im Reichstag vom 23. Juni 1927[1]

Nach VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. 11001–11009. – Druck auch in STRESEMANN, Reichstagsreden S. 248–269. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit und mit leichten Abweichungen) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 294 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 294 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 289 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 289 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927, S. 2–3; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 294 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 444 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 461 (2. Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927, S. 1–2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 288/289 (Morgenausgabe) vom 24. Juni, u. Nr. 290/291 (Morgenausgabe) vom 25. Juni 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22548 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927, S. 2–3; REICHSPOST, Nr. 172 vom 24. Juni 1927, S. 1 u. 2–3; WIENER ZEITUNG, Nr. 145 vom 25. Juni 1927, S. 6–7; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 9 (1927), S. 495–503; SCHULTHESS 68 (1927), S. 113–121; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, A 1 (1927), S. 160–166; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 57–58; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 167.

Deutschland kann sich schon aus eigenem Interesse nicht in eine antisowjetische Front einreihen. Vielmehr trägt es auch in den russisch-polnischen und jugoslawisch-albanischen Spannungen zu deren Beilegung bei. Die Genfer Beratungen über die Weltwirtschaftskonferenz, die Abrüstungsfrage, das Memelland, das deutsche Mitglied in der Mandatskommission, Danzig. Die Reduktion der früher zugesagten Rheinlandbesatzung ist zu einer Frage nach der Methode der Locarno-Politik geworden und hat mit deutschen Vorleistungen, etwa in der Frage der Ostfestungen, nichts zu tun. Weist Poincarés Rede von Lunéville mit ihren Vorwürfen gegen Deutschland zurück. Deutschland will endlich die Wiederherstellung seiner Souveränität. Frankreich muß sich über seine künftige Politik entscheiden.

---

[1] Stresemann gab die Regierungserklärung im Reichstag unter dem Tagesordnungspunkt „Erklärung der Reichsregierung über die auswärtige Politik“ ab, der mit der Beratung über vorliegende Interpellationen (vgl. die folgende Anm.) verbunden war. – Eine atmosphärische Beschreibung findet sich in einem Artikel Ernst Feders im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 294 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927, wo es unter der Überschrift „Die Antwort an Poincaré“ einleitend heißt: „Der Reichstag bot gestern wieder das äußere Bild eines großen Tages. Der Sitzungssaal war stark besetzt und alle Tribünen [waren] überfüllt. In der Mitte der Diplomatenloge folgte vom Anfang der Sitzung bis zum Ende der russische Botschafter Krestinski sehr aufmerksam den Verhandlungen; ebenso der litauische Gesandte Sidzikaujkaŝ, der wegen der Behandlung der Memelfrage ein besonderes Interesse an der gestrigen Sitzung hatte. Als pünktlich um drei Uhr die Glocke des Reichstagspräsidenten Löbe erschallt, sitzt Stresemann bereits auf seinem Platz. Kurz darauf erscheinen der Reichskanzler Marx, der Vizekanzler Hergt und der Reichsfinanzminister Dr. Köhler. Löbe erteilt sofort dem Reichsaußenminister das Wort. Stresemann spricht anfangs leise und setzt sich erst allmählich durch. Am Manuskript haftend, das die im Reichskabinett festgelegten Grundlinien enthält, nicht ganz so frisch wie sonst, legt er in einstündiger Rede den Standpunkt der Reichsregierung zu den mit Genf zusammenhängenden Fragen dar. [...]“

Dr. **Stresemann,** Reichsminister des Auswärtigen: Meine Damen und Herren! Ich begrüße es außerordentlich, daß durch die Interpellationen[2], von denen der Herr Präsident[3] soeben Kenntnis gegeben hat, die Möglichkeit einer Aussprache über die gegenwärtige **außenpolitische Lage** gegeben ist. Ich begrüße das um so mehr, als die Tagung in Genf[4] nicht nur die Gelegenheit gab für die Fortsetzung der laufenden Völkerbundsarbeit, sondern auch für die Möglichkeit der Erörterung der europäischen Lage mit den Staatsmännern der anderen Nationen.

In diese Erörterungen führt zunächst der Wortlaut der kommunistischen Interpellation hinein[5]. Die kommunistische Fraktion des Deutschen Reichstags glaubt, daß diese Erörterungen den Zweck und das Ziel gehabt haben, Deutschland in die **antisowjetrussische Front** einzugliedern. Ich könnte mich bei der Verehrung, die Sowjetrußland gerade auf Seiten der Interpellanten genießt, darauf beziehen, mit den Worten zu antworten, mit denen die „Iswestija“[6] über die Völkerbundstagung gesprochen hat. Die „Iswestija“ erklärt, daß die Zustimmung Deutschlands zu den Antisowjetplänen nicht erlangt werden konnte. Sie fährt fort, sie glaube nicht, daß dieser Umstand eine Niederlage Deutschlands auf der Ratstagung bedeute; im Gegenteil habe Deutschland durch seinen Widerstand, der zweifellos auf volles Verständnis für

---

[2] Dem Reichstag lagen vier Interpellationen der vorangegangenen Tage vor. Zwei hatte die KPD eingebracht; deren erste befragte die Reichsregierung, ob sie bereit sei, „sich über ihr Einschwenken in die britische Antirußlandfront und ihre imperialistische Politik [...] sofort vor dem Deutschen Reichstag zu rechtfertigen“ (Druck in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 416, Drucks. Nr. 3440); die zweite forderte die Ablehnung des deutschen Eintritts in die Mandatskommission des Völkerbundes (ebd., Drucks. Nr. 3460); eine hatte die SPD eingebracht; sie verlangte Auskunft „über die Ergebnisse der letzten Tagung des Völkerbundsrats und die in Genf gepflogenen Verhandlungen der Außenminister (ebd., Drucks. Nr. 3439); eine letzte war von den Regierungsfraktionen vorgelegt worden und forderte die Regierung auf, „über die Entwicklung der auswärtigen Politik in den letzten Monaten Auskunft zu geben“ (ebd., Drucks. Nr. 3449).

[3] Paul Löbe (1875–1967), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für die SPD); dessen Präsident 1920–1924, 1925–1932. – Zu seiner Sitzungseröffnung und Einführung in die Tagesordnung vgl. ebd., Bd. 393, S. 11001.

[4] Gemeint ist die Tagung des Völkerbundsrates vom 13. bis 17. Juni 1927. – Stresemann hatte am 20. Juni 1927 in einer Ministerbesprechung über die Tagung berichtet (vgl. das allerdings nur stichwortartige Protokoll: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 803–804); das Kabinett hielt im abschließenden Kommuniqué lediglich den Dank der Reichsregierung an die Delegation fest, ohne – wie sonst üblich – seine Billigung der Ergebnisse zu konstatieren (zur Aufnahme und Bewertung dieses unüblichen Kommuniqués in der Presse vgl. zusammenfassend NEUE FREIE PRESE, Nr. 22545 [Abendausgabe] vom 21. Juni 1927, S. 2). – Einen umfangreicheren Bericht über die Ergebnisse der Völkerbundsratstagung bietet auch der vertrauliche Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. Juni 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 586–596).

[5] Vgl. oben Anm. 2.

[6] Offenbar bezieht sich Stresemann auf den Artikel in der regierungsnahen Moskauer „Izvestija“ vom 18. Juni, wie er u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 286 vom 19. Juni 1927, und BERLINER TAGEBLATT, Nr. 285 (Abendausgabe) vom 18. Juni 1927, zusammengefaßt wird.

eigene Interessen schließen ließ, das politische Prestige Deutschlands in der Weltpolitik gestärkt. Das ist die Auffassung, die in einem, wie ich glaube, der Regierung von Sowjetrußland äußerst nahestehenden Organ über die Verhandlungen in Genf zum Ausdruck kommt.

Aber meine Herren, ich möchte diese wichtige Frage nicht mit diesen Ausführungen der „Iswestija“ etwa beschlossen sein lassen. Die Bedeutung dieses Themas veranlaßt mich doch zu eingehenderen Ausführungen. Es versteht sich von selbst, daß wir zu dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen **England und Sowjetrußland**[7] nicht in irgendeinem Sinn kritisch Stellung nehmen, sondern daß wir diesen Abbruch einfach als eine politische Tatsache zu betrachten haben. Es ist ein Vorgang, der für die gesamte internationale Lage von größter Bedeutung ist und der deshalb begreiflicherweise in der Weltöffentlichkeit das Hauptthema der außenpolitischen Erörterungen darstellt.

Es ist bekannt und war nur natürlich, daß auch in Genf über dieses Thema Unterhaltungen zwischen den dort anwesenden Vertretern anderer Regierungen und mir stattgefunden haben[8]. Ich glaube, daß wir die Möglichkeit einer derartigen vertrauensvollen und offenen Aussprache, wie sie in Genf stattgefunden hat, vom deutschen Standpunkte aus nur aufs wärmste begrüßen können. Ich habe schon in der letzten Reichstagsdebatte[9] gesagt, daß, wie die Dinge sich auch entwickeln würden, dadurch an der **grundsätzlichen Einstellung unserer** bisherigen **Außenpolitik** sich nichts ändern werde, daß der Weg, den wir zu gehen haben würden, durch die in den letzten Jahren getätigten internationalen Verträge, insbesondere durch die Verträge von Locarno[10], den Eintritt in den Völkerbund[11] und den Berliner Vertrag[12] gekennzeichnet sei, und daß damit unsere Absichten und Ziele offen vor aller Welt zu-

---

[7] Die auch zuvor schon gespannten Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion wurden durch eine britische Note vom 26. Mai 1927 für abgebrochen erklärt, weil die Londoner Regierung die fortgesetzte Spionagetätigkeit in England und antibritische sowjetische Propaganda im Empire als erwiesen ansah (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 249–250).

[8] Vgl. dazu insbesondere in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge im Gespräch mit den Vertretern der Locarno-Mächte in Genf vom 14. Juni 1927; zu weiteren Unterredungen vgl. seine verschiedenen Aufzeichnungen in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 143–162.

[9] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf seine Reichstagsreden vom 22. und 23. März 1927 (vgl. diese Edition).

[10] Text der am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[11] Zum deutschen Eintritt in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[12] Text des „Berliner Vertrags“, eines deutsch-sowjetischen Freundschaftsvertrags, vom 24. April 1926 einschließlich des zugehörigen Notenaustauschs vom gleichen Tag in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 2,1, S. 402–406.

tage lägen. Von einer folgerichtigen Außenpolitik könnte überhaupt nicht die Rede sein, wenn die Grundsätze, die für sie festgelegt sind, dann ins Wanken kämen, wenn Umstände eintreten, unter denen sie vielleicht praktische Bedeutung gewinnen können. Grundsätze von der Art, wie sie hier in Frage stehen, werden eben doch gerade für den Fall internationaler Verwicklungen festgelegt. Die klar[e] Stellungnahme der Reichsregierung hat allerdings nicht gehindert, daß in der verschiedensten Form Zweifel darüber lautgeworden sind, ob wir im Auslande Verständnis für den Sinn und die Aufrichtigkeit unserer Politik gewinnen, und ob es uns auf die Dauer möglich sein werde, sie praktisch durchzuführen. Ich kann auf Grund der Genfer Besprechungen derartigen Zweifeln aufs neue mit aller Bestimmtheit entgegentreten. Ich kann feststellen, daß sich von keiner Seite Einflüsse bemerkbar gemacht haben, die darauf abzielten, uns von der selbständigen Linie unserer Außenpolitik abzudrängen. Ich glaube im Gegenteil sagen zu dürfen, daß die Genfer Unterhaltungen dazu beigetragen haben, Zweck und Sinn unserer Politik den beteiligten anderen Regierungen gegenüber weiter zu klären und dafür Verständnis und Anerkennung zu gewinnen. Leider ist nicht zu hoffen, wie es schon die Fassung der Interpellation der kommunistischen Fraktion beweist, daß diese Erklärungen die Schlagworte von einer Koalition gegen Sowjetrußland, von einer britischen Antisowjetrußlandfront verstummen lassen. Ich kann jedenfalls aufs bestimmteste erklären, daß mir von einer derartigen Koalition nichts bekanntgeworden ist, daß ich vielmehr die Überzeugung habe, daß alle einzelnen in Betracht kommenden Staaten volle Freiheit haben und behalten wollen, ihr Verhältnis zu Sowjetrußland selbständig und nach Maßgabe ihrer individuellen Interessen zu bestimmen.

(Heiterkeit bei den Kommunisten.)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit über unser **eigenes Verhältnis zu Sowjetrußland** noch folgendes betonen. Oberster Grundsatz jeder internationalen Politik ist die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten. Wenn sich aus diesem Grundsatz die selbstverständliche Folge ergibt, daß für uns eine Intervention irgendwelcher Art in die inneren Angelegenheiten des russischen Regimes nicht in Betracht kommen kann, so ergibt sich daraus auf der anderen Seite ebenso selbstverständlich, daß wir, genau wie wir dies[13] in der Vergangenheit getan haben, auch in Zukunft allen Versuchen mit größter Schärfe entgegentreten müßten, die sich etwa von außen aus gegen unsere eigene Staatsordnung richten würden. Soweit wir in

[13] In der Vorlage sind offenbar die folgenden zwei Druckzeilen vertauscht; dies ist hier korrigiert.

dem entschiedenen **Widerstand gegen eine weltrevolutionäre Propaganda** der dritten Internationale uns in faktischer Übereinstimmung mit anderen Staaten befinden, ist dies nicht die Folge einer ausdrücklichen oder stillschweigenden Verabredung,

(Heiterkeit bei den Kommunisten)

sondern lediglich die rein tatsächliche Folge des alle[n] Staaten gemeinsamen elementaren Gesetzes der Selbsterhaltung.

(Sehr gut! in der Mitte und rechts.)

Ein derartiger Widerstand hat weder mit einer Koalitionspolitik noch überhaupt etwas mit unserer staatlichen Politik gegenüber dem sowjetrussischen Staat zu tun, einer Politik, die unverändert den Richtlinien folgen wird, die in den von uns abgeschlossenen Verträgen niedergelegt sind und die, soweit uns diese Verträge Raum zu neuen Entschließungen lassen, lediglich durch unsere eigenen Interessen bestimmt sein werden. Das besondere deutsche Interesse hierbei läßt sich aber leicht umschreiben und geht ausschließlich dahin, das unsrige zur Beseitigung von Spannungen und Störungen herbeizuführen, die eine gesunde und friedliche Entwicklung der Verhältnisse in Europa unterbrechen könnten. Es ist nicht zu verkennen, daß schon die stationäre Fortdauer des augenblicklichen Zustandes eine Belastung der europäischen Gesamtsituation bedeutet. Wir können deshalb, ohne damit irgendeine Kritik nach der einen oder anderen Seite verbinden zu wollen, nur dem Wunsche Ausdruck geben, daß es gelingt, bald zu einer Beruhigung der Atmosphäre und zu einem Ausgleich akuter Gegensätze zu gelangen.

Dieser Absicht haben auch die Besprechungen gedient, die in der sogenannten **Sechsmächtekonferenz**[14] stattgefunden haben. Über diese Besprechungen ist auch in dem Parlament eines anderen Landes bereits eine Erklärung auf eine Anfrage eines Mitgliedes der Labor Party[15] abgegeben worden. Der Unterstaatssekretär des englischen Foreign Office[16] erklärte, daß in diesen Besprechungen keine Verpflich-

[14] Gemeint ist die oben mit Anm. 8 angeführte Unterredung mit den Vertretern der Locarno-Mächte, an der auch der japanische Delegierte beim Völkerbund teilnahm.

[15] Joseph Montague Kenworthy [ab 1934: Baron Strabolgi] (1886–1953), Mitglied des Unterhauses 1919–1931 (zunächst für die Liberal Party, ab 1926 für die Labour Party).

[16] Godfrey Locker-Lampson (1875–1946), Staatssekretär im britischen Außenministerium (Under-Secretary of State for Foreign Affairs) Dezember 1925 – Juni 1929. – Zur Anfrage Kenworthys und zur Antwort Locker-Lampson vom 21. Juni 1927 vgl. HANSARD V, Bd. 207, Sp. 1676–1677; zusammenfassend auch DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 22. Juni 1927; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 1927, B I, S. 113–114.

tung von irgendeinem Staat übernommen und daß keine derartige Verpflichtung von irgendeiner Seite verlangt worden ist. **Deutschlands besondere Lage gegenüber Sowjetrußland** ist dabei auch von mir zum Ausdruck gebracht worden[17]. Unsere Lage verlangt die wirtschaftliche Verknüpfung mit allen Ländern. Wir könnten gar nicht irgendeine Sicherheit für die Verpflichtungen haben, die auf uns ruhen[18], wenn wir damit rechnen sollten, daß ein großes, mächtiges Wirtschaftsgebiet von den allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen abgeschlossen werden sollte, wenn das, was uns in dieser Beziehung mit Sowjetrußland verbindet, etwa auch einem Zustande weichen sollte, der derartige Verbindungen ausschließt. Aber ich glaube, daß hier die Auffassung, die wir in bezug auf die enge Verbindung und Eingliederung von Sowjetrußland in den Kreis und die Wechselbeziehungen mit anderen Staaten vertreten, auch europäisches Gesamtinteresse darstellt. Unsere Staatsauffassung steht im schärfsten Gegensatz zu der sowjetrussischen Republik, und trotzdem könnte dieser Gegensatz kein Grund für uns sein, etwa an einer Isolierung Rußlands mitzuwirken. Nur die Universalität der Beziehungen aller Völker kann für die Menschheit von Nutzen sein, und nur der Austausch geistiger Gedanken und wirtschaftlicher Verbindungen kann die vernünftige Evolution der Völker sichern. Wenn auch dieser große Volkskörper etwa in weitgehenden Verfall käme, so hätten alle Mächte die Folgen davon zu tragen. Deshalb war unsere Stellungnahme vom allgemeinen europäischen Standpunkt aus und vom speziellen deutschen Standpunkt aus gegeben.

Ein zweiter Gesichtspunkt dieser Besprechungen war, wie ich erwähnte, die **Sicherung des Friedens gegenüber den gegenwärtigen Spannungen.** Zwei derartige Spannungsmomente hat gerade die letzte Zeit gebracht. Wir erfuhren an einem Pfingsttage von der Ermordung des russischen Gesandten in Warschau[19]. Wir erhielten an einem anderen Tage die Mitteilung, daß infolge eines Zwischenfalls die diplo-

---

[17] Gemeint ist: in der mit oben Anm. 8 und 14 nachgewiesenen Unterredung.

[18] Stresemann spricht hier wohl die deutschen Reparationsverpflichtungen nach dem Dawes-Plan an.

[19] Pëtr Lazarevič Vojkov (1888–1927), sowjetischer Gesandter in Polen Oktober 1924 – 7. Juni 1927. – Er war in Warschau von einem Exilrussen erschossen worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 400). Die Sowjetunion hatte darauf am gleichen Tag mit der Übergabe einer scharfen Note an Polen reagiert, in der diese Ermordung mit britischen antisowjetischen Aktivitäten in Verbindung gebracht wurde; die polnische Regierung drückte in ihrer Antwortnote vom 9. Juni 1927 ihr Bedauern aus, lehnte jedoch jede Verantwortung ab und bot eine Entschädigung für die Familie des Ermordeten an (ebd., S. 369–370); am 11. Juni 1927 antwortete die Sowjetregierung wiederum mit einer Note, in der sie einen umfassenden Katalog an Forderungen aufführte, die Polen zu erfüllen habe (ebd., S. 371–372). – Am 15. Juni 1927 wurde der Attentäter von einem polnischen Standgericht zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt, wobei das Gericht dem Staatspräsidenten gleichzeitig empfahl, die Strafe in eine 15jährige Haft umzuwandeln (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 280 [Morgenausgabe] vom 16. Juni 1927).

matischen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Albanien abgebrochen seien[20].

Meine Damen und Herren! Die **Ermordung des russischen Gesandten in Warschau** schuf eine komplizierte Lage. Wenn gewisse Mitteilungen richtig waren, standen wir vor der Gefahr, daß die Erregung, die in Moskau, in Rußland über diesen Fall sich geltend machte, daß die Forderungen, die dieserhalb an Polen gestellt wurden[21], zu einer außergewöhnlichen Spannung zwischen beiden Ländern führen konnten. Auf Grund unserer korrekten und guten Beziehungen zu Sowjet-Rußland waren wir berechtigt und verpflichtet, in freundschaftlicher Weise den Vertreter von Sowjetrußland[22] darauf hinzuweisen, daß der bedauerliche Vorfall in Warschau nicht zur Verschärfung der europäischen Lage führen dürfe. Wir suchen den Frieden und nichts als den Frieden in Europa und in der Welt. Soweit wir einzuwirken in der Lage sind, dient unsere diplomatische Arbeit diesem Ziel. Wir befinden uns dabei in Übereinstimmung mit den in den Genfer Besprechungen einmütig zum Ausdruck gekommenen Tendenzen. Wir haben inzwischen mit Befriedigung feststellen können, daß die Regierung von Sowjetrußland nicht die Absicht hat, diesen Zwischenfall irgendwie so zu verschärfen. Die Haltung der polnischen Regierung, die, glaube ich, als eine durchaus der russischen Auffassung genugtuende angesehen werden kann, wird, hoffe ich, dieselbe bleiben, die sie bisher gewesen ist.

Ich habe weiter darauf hingewiesen, daß nicht nur der Gesandtenmord in Warschau, sondern auch der **Abbruch der Beziehungen zwischen Albanien und Jugoslawien** ein weiteres Spannungsmoment in die europäische Lage einführte. Schon vorher hatte die Reichsregierung auf Grund von Besprechungen mit Frankreich und England sich entschlossen, jenem Komitee in Belgrad beizutreten, das im Fall von Grenzstreitigkeiten die Tatsachen feststellen und dadurch zur Entspannung

[20] Jugoslawien hatte die Beziehungen zu Albanien anläßlich der Verhaftung eines Dragomans seiner Gesandtschaft in Tirana am 4. Juni 1927 abgebrochen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 421); die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 268 (Morgenausgabe) vom 9. Juni 1927, berichtete, daß am 8. Juni 1927 das beidseitige diplomatische und konsularische Personal das jeweilige Gastland verlassen habe; verschiedene andere Zeitungen, u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 278 (Morgenausgabe) vom 15. Juni 1927, und BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 278 (Morgenausgabe) vom 15. Juni 1927, berichteten abweichend, daß dem albanischen Gesandten in Belgrad erst am 14. Juni die Pässe ausgehändigt worden seien.

[21] Vgl. oben Anm. 19.

[22] Nikolaj Nikolaevič Krestinskij (1883–1938), sowjetischer Botschafter in Berlin 1922–1930. – Zu Stresemanns telegraphischer Weisung vom 14. Juni 1927 aus Genf nach Berlin, mit ihm (oder auch mit dem in Deutschland sich aufhaltenden Außenminister Čičerin) mäßigend im Sinne der Entschärfung des sowjetisch-polnischen Gegensatzes einzuwirken, vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 540, Anm. 10.

beitragen soll[23]. In den Besprechungen in Genf wurde eine Einigung darüber erzielt, Jugoslawien und Albanien Vorschläge zur Lösung der Fragen zu machen, die zu dem Abbruch der Beziehungen geführt haben, und die normalen Beziehungen beider Länder wieder herstellen zu helfen[24]. Ich glaube der zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben zu können, und zwar auf Grund der Nachrichten, die uns bisher amtlich zugekommen sind[25], daß das Zusammenwirken, in diesem Fall das Zusammenwirken von England, Frankreich, Italien und uns, dieses Ziel erreichen wird. Gerade die beiden neugebildeten Staaten werden ein Lebensinteresse daran haben, in friedlicher Entwicklung ihr neues Staatswesen zu konsolidieren und auszubauen, wobei unsere besten Wünsche sie begleiten. Ich glaube das Hohe Haus damit einverstanden, daß wir unsere Kräfte diesem Ziel der Erhaltung des Friedens, der Entspannung in bezug auf Schwierigkeiten, die zwischen einzelnen Staaten sich ergeben konnten, gewidmet haben, so wie wir das in allen ähnlichen Fällen gleichfalls tun werden. Es ist keine Einmischung in fremde Angelegenheiten, wenn wir das unsrige dazu beitragen, den Frieden zu erhalten. Wenn wir eine gleichberechtigte Nation im europäischen Konzert sein wollen, dann können wir uns derartigen Aufgaben nicht entziehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Neben diesen Verhandlungen, die außerhalb der eigentlichen Völkerbundstagung stattgefunden haben, gestatten Sie mir, über die Tagung des Völkerbundes selbst in einigen wichtigen Fragen speziell zu berichten. Ich hatte die Aufgabe, auf dieser Tagung den Bericht über die Beratungen

---

[23] Die ursprünglich aus einem italienisch-jugoslawischen Konflikt entsprungene Auseinandersetzung über Albanien hatte bereits im März und April 1927 zu Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland über die mögliche Beilegung der Krise geführt, wobei zuletzt ein zwischen England und Frankreich abgestimmter Vorschlag zur Debatte stand, eine von diesen beiden Mächten und von Deutschland beschickte Offizierskontrollkommission zur Beobachtung des jugoslawisch-albanischen Grenzgebiets zu entsenden, um zwischenzeitlich Italien und Jugoslawien Zeit für Verhandlungen zur friedlichen Beilegung ihres Konflikts zu geben (vgl. den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 31. März 1927: ebd., S. 107–109); dem hatte Deutschland schließlich zugestimmt (zur deutschen Haltung zu diesem Vorschlag vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 2. April 1927: ebd., S. 117–120). – Am gleichen Tag wie die hier vorliegende Rede, am 23. Juni 1927, wurden von den Vertretern der vier Mächte in einem Kollektivschritt entsprechende Noten in Belgrad und Tirana überreicht (vgl. ebd., S. 605, Anm. 4; ausführlicher BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 289 [Morgenausgabe] vom 24. Juni 1927, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 145 vom 25. Juni 1927, S. 7). – Zur Rekapitulation der Entwicklung des Konflikts und der internationalen Verhandlungen vgl. auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 7. April 1927: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 124–128.

[24] Zu Stresemanns anfangs zögerlichen, schließlich aber zustimmenden Haltung gegenüber einer gemeinsamen Demarche unter Beteiligung Deutschlands vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 16. Juni 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 552–555).

[25] Vgl. ebd., S. 605, Anm. 4.

der **Weltwirtschaftskonferenz in Genf**[26] zu erstatten. Sie wissen, daß die deutsche Reichsregierung vor kurzem eine Erklärung[27] erlassen hat, worin sie den Beschlüssen der Wirtschaftskonferenz zustimmt. Ich bin im Völkerbundsrat für eine beschleunigte Inangriffnahme der Arbeiten zur Durchführung der Beschlüsse eingetreten. Der Völkerbundsrat hat in diesem Sinne auch beschlossen, und ich habe die Genugtuung festzustellen, daß inzwischen das Comité économique des Völkerbundes bereits auf den 12. Juli zusammenberufen worden ist[28], um mit den Arbeiten zur praktischen Verwirklichung der Beschlüsse auf dem Zolltarifgebiet zu beginnen.

Die weitaus überwiegende Mehrheit der im Völkerbund vertretenen Regierungen hat zu den Beschlüssen der Weltwirtschaftskonferenz ähnlich positive Erklärungen abgegeben wie wir. Ich nenne hier insbesondere die Vertreter der belgischen[29] und tschechoslowakischen[30] Regierung, die ebenso wie die deutsche Regierung bereits formell dazu Stellung genommen haben. Wenn der Vertreter Großbritanniens[31] um eine Abänderung der von mir vorgeschlagenen Entschließung ersuchte, so hat er das damit begründet, daß diese Entschließung von den dem Völkerbund angehörenden Regierungen die Ausführung der Beschlüsse forderte, indem er darauf hinwies, daß er nicht wie die Vertreter der drei genannten Nationen in der Lage sei, bereits eine formelle Erklärung seines Kabinetts hierzu abzugeben, und daß er aus diesen formellen Gründen die weitgehende Bindung der Beschlüsse in diesem Augenblick nicht gutheißen könne.

Meine Damen und Herren! Die Weltwirtschaftskonferenz ist verschieden beurteilt worden, und es hat auch nicht an skeptischen Anschauungen über die Bedeutung

---

[26] Zum von Stresemann im Völkerbundsrat vorgetragenen Bericht über die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt hatte (Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ), vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 16. Juni 1927.

[27] Text des entsprechenden Pressekommuniqués, das in der Ministerbesprechung vom 9. Juni 1927 vom Kabinett gebilligt worden war, in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 780–781, Anm. 12.

[28] Zur Einladung des Wirtschaftskomitees des Völkerbundes, das die Durchführung der Beschlüsse der Weltwirtschaftskonferenz in die Wege leiten sollte, auf den 12. Juli 1927 nach Genf vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22548 (Morgenausgabe) vom 24. März 1927, S. 4.

[29] Gemeint ist Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Zu seiner Erklärung in der Ratssitzung vom 16. Juni 1927 vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in dieser Sitzung des Völkerbundsrates.

[30] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Zu seiner Erklärung in der Ratssitzung vom 16. Juni 1927 vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in dieser Sitzung des Völkerbundsrates.

[31] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zu seinen Einschränkungen in der Ratssitzung vom 16. Juni 1927 vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in dieser Sitzung des Völkerbundsrates.

der Konferenz gefehlt. Wieweit die Beschlüsse dieser Konferenz einmal verwirklicht werden, ist heute natürlich noch nicht zu übersehen. Sicher ist nur, daß eine allgemein skeptische Einstellung das schlechteste Mittel ist, um die Beschlüsse zu verwirklichen.

(Sehr gut! in der Mitte.)

Vielmehr ist dazu Zuversicht und der Wille zur Zusammenarbeit und zur Verständigung notwendig. Die Reichsregierung hat sich in den Dienst dieser Aufgabe gestellt.

(Rufe links: Auch Herr Schiele[32]?)

– Ich glaube nicht, daß in dieser Frage Differenzen innerhalb der Reichsregierung bestehen.

(Lachen links.)

Die Entschließung der Reichsregierung zur Weltwirtschaftskonferenz ist vom Kabinett einmütig gebilligt worden[33]. – Die Reichsregierung wird sich in den Dienst dieser Aufgabe stellen, sowohl durch positive Mitarbeit im Comité économique des Völkerbundes als auch durch eigene Initiative bei uns. Sie beabsichtigt, wie Sie gelesen haben, die zuständigen Körperschaften, den Reichswirtschaftsrat und den Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags, demnächst mit einer Prüfung des deutschen Zolltarifs zwecks Herabsetzung des Zollniveaus zu befassen. Ich hoffe, zu gegebener Zeit die Mitarbeit des Hohen Hauses dafür zu finden.

Die zweite große Frage, die den **Völkerbundsrat** beschäftigte, war die Stellungnahme zu dem vorliegenden Bericht über die Angelegenheiten der Abrüstungskonferenz[34]. Dieses Problem der **allgemeinen Abrüstung** als ein zentrales Problem liegt noch ungelöst über den Beziehungen der Staaten.

(Sehr richtig! bei der Deutschen Volkspartei.)

Sie wissen, daß dieses Problem seit Abschluß des Krieges im Rahmen der Völkerbundsarbeit und entsprechend der klaren Forderung des Artikels VIII der Völker-

---

[32] Martin Schiele (1870–1939), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DNVP); Reichsinnenminister 15. Januar – 26. Oktober 1927; Reichslandwirtschafts- und -ernährungsminister 29. Januar 1927 – 29. Juni 1928 u. 1930–1932.

[33] Vgl. oben mit Anm. 27.

[34] Die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hatte vom 21. März bis 26. April 1927 ihre dritte Tagung abgehalten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 537–540). In der Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Juni 1927 wurde der betreffende Bericht wiedergegeben und diskutiert; vgl. dazu in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in dieser Sitzung.

bundssatzung[35] zu einer fast unübersehbaren Fülle von Beratungen und Resolutionen geführt hat, welche die allgemeine Abrüstung beinahe zu einer Art von Geheimwissenschaft gestempelt haben. Und doch ist das Problem nicht so kompliziert, wenn man es nur entschlossen in die Hand nehmen will.

(Lebhafte Zustimmung.)

Auch die deutsche Regierung hat sich im späteren Verlauf an der Vorarbeit für eine allgemeine Abrüstungskonferenz beteiligt[36]. Wir haben dies getan mit gutem Gewissen. Man sagt, jeder Abrüstung müßten Sicherheiten vorausgehen. Welcher unserer Nachbarn könnte von uns noch weitere Sicherheiten fordern!

(Allseitige lebhafte Zustimmung.)

Unsere eigene Entwaffnung bis zur Nacktheit[37] und die Garantien, die in den Verträgen von Locarno liegen, sind doch wohl das Äußerste, was man als Sicherheit seinen Nachbarn bieten kann.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wir nehmen also an den Abrüstungsverhandlungen nicht als Schuldner, sondern als Gläubiger teil.

(Sehr gut!)

Die moralische und rechtliche Verpflichtung unserer Vertragsgegner von Versailles, nun ihrerseits endlich zur Abrüstung zu schreiten, ist aus berufenem Munde unserer früheren Gegner anerkannt worden. Vergleicht man hiermit den tatsächlichen Stand der Vorarbeiten zur Abrüstungskonferenz in Genf, so kann man nicht anders – und ich habe dies in Genf getan[38] –, als ernste Zweifel daran äußern, ob sich überall der rechte Wille durchgesetzt hat, der moralischen und rechtlichen Abrüstungsverpflichtung nachzukommen.

(Sehr wahr! in der Mitte und rechts.)

---

[35] Art. 8 der Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20) schrieb vor, daß „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder sei und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen habe (ebd., S. 11–12).

[36] Was Stresemann hier meint, ist nicht recht ersichtlich. Tatsächlich war Deutschland seit Beginn der 1. vorbereitenden Abrüstungskonferenz im Mai 1926 durch einen Vertreter beteiligt. Vielleicht bezieht er sich darauf, daß die Reichsregierung vor 1926 nicht in der „Rüstungskommission“ des Völkerbundes vertreten war.

[37] Stresemann bezieht sich hier auf die weitreichenden Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrags für Deutschland (vgl. zu den Details dessen Art. 159–213: ebd. S. 82–100).

[38] Vgl. oben Anm. 34.

Ich kann an dieser Stelle nur die Erwartung aussprechen, daß die Einstellung der beteiligten Regierungen zu der Fortsetzung der Abrüstungsverhandlungen nicht dieselbe bleiben möge wie bisher.

(Zustimmung.)

Träte hierin kein Wandel ein, so müßten alle auf die Erhaltung des Friedens der Welt gerichteten Bestrebungen, die sich an das Instrument des Völkerbundes knüpfen, vergeblich bleiben. Für den Völkerbund selbst – das habe ich in Genf ausgeführt, das möchte ich hier wiederholen – ist die Lösung dieser Frage einfach eine Frage seiner eigenen Geltung, ja eine Frage seiner moralischen Existenzberechtigung.

(Sehr richtig! in der Mitte und rechts.)

Meine Herren! Unter den übrigen Fragen, die in Genf zur Erörterung kamen, darf ich eingehen auf die dem Völkerbundsrat zur Beschlußfassung vorliegenden **Beschwerden der memelländischen Bevölkerung[39].** Der Herr litauische Ministerpräsident[40] ersuchte mich am ersten Tage meiner Anwesenheit in Genf um eine Unterredung und gab den Willen zu erkennen, diese Frage zu regeln. Auf Grund der geführten Besprechungen erfolgte innerhalb der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats eine Erklärung, die er im Namen der litauischen Regierung abgegeben hat[41], die der Völkerbundsrat zur Kenntnis nahm und die dem Präsidenten des Völkerbundes[42] Veranlassung gab, in seinem Schlußwort noch der bestimmten

---

[39] Das vordem deutsche Memelland war durch Art. 99 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 63–64) zu einem Mandatsgebiet der Alliierten geworden. Am 10. Januar 1923 besetzten bewaffnete litauische Kräfte das Gebiet. Zunächst erkannte die Botschafterkonferenz am 16. Februar 1923 die Souveränität Litauens in diesem Gebiet an (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 366); am 8. Mai 1924 übertrugen die Alliierten ihre Rechte vertraglich auf Litauen (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 10, S. 429–430 mit Anm. 2), verpflichteten dieses jedoch durch das wenige Tage später in Kraft tretende „Memelstatut“ zur Gewährung von Autonomie und zur Wahl eines Landtags. – Über die Auslegung und Anwendung des Statuts kam es wiederholt zu Auseinandersetzungen zwischen den Memelländern und der litauischen Zentralregierung. Am 24. Mai 1927 hatte Stresemann in einem Telegramm an Drummond, den Generalsekretär des Völkerbundes, gebeten, die Denkschrift der Führung der deutschen Bevölkerungsgruppe, in der sie über die Mißachtung des Memelstatuts Klage führten, auf die Tagesordnung des Völkerbundsrates zu setzen (vgl. ebd., B 5, S. 507, Anm. 2).

[40] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929. – Zu seinem nachfolgend angeführten Gespräch mit Stresemann vom 12. Juni 1927 vgl. die Aufzeichnung Dirksens vom 13. Juni 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 506–508).

[41] In der Völkerbundsratssitzung vom 15. Juni 1927; Voldemaras kündigte die Wahl eines memelländischen Landtags für spätestens September 1927 an und bekundete die Absicht Litauens, auch ansonsten die autonomen Rechte des Memellandes zu gewährleisten (Druck u. a. in SCHULTHESS 68 [1927], S. 516). – Vgl. dazu auch in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge in dieser Sitzung.

[42] Gemeint ist Chamberlain, der der Ratstagung vom Juni präsidierte. Zu seinem nachfolgend angesprochenen Schlußwort berichtet die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 274 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1927, S. 2: „Der Ratsvorsitzende Chamberlain erklärte zum Schluß, der Rat nimmt mit Freuden

Erwartung Ausdruck zu geben, daß damit auch der Völkerbundsrat der Aufgabe enthoben sein möge, sich noch einmal mit der Regelung dieser Frage beschäftigen zu müssen. Diese Erklärung, die im Namen der litauischen Regierung abgegeben worden ist, enthielt einmal die Zusage, daß der Landtag, auf dessen Existenz und Mitwirkung innerhalb des Memellandes die memelländische Bevölkerung auf Grund des Memelstatuts[43] ein Recht hat, zu einem bestimmten Termin, nämlich spätestens bis zum September, gebildet sein werde. Der Termin dieser Wahlen war bisher willkürlich hinausgesetzt worden mit der Begründung, daß die Wählerlisten noch nicht in Ordnung seien. Diese Erklärung hat zweitens festgestellt, daß das Wahlrecht zum memelländischen Landtag auf dem Memelstatut beruhen müsse, d. h. daß nur solche litauische Staatsangehörige, die ihren dauernden Wohnsitz im Memelland haben, Wahlberechtigung genössen; eine Auffassung, die die litauische Regierung bis dahin bestritten hatte. Diese Erklärung hat ferner noch einmal zum Ausdruck gebracht, daß die litauische Regierung anerkenne, daß für die Verfassung im Memelland der Grundsatz maßgebend ist, daß die Regierung dem Landtag verantwortlich ist und daß sie die Mehrheit dieses Landtags für die Durchführung ihrer Beschlüsse zur Verfügung haben müsse. Damit, meine Herren, ist die Abstellung der berechtigten Beschwerden des Memellandes erfolgt. Das Hauptorgan der Deutschen im Memelgebiet, das „Memeler Dampfboot“[44], spricht infolgedessen von einem vollen Sieg in bezug auf die Durchsetzung der memelländischen Forderungen. Die letzte Unterredung, die ich mit dem Herrn litauischen Ministerpräsidenten vor zwei Tagen in Berlin haben konnte[45], bestärkte mich in der Auffassung, daß Litauen gewillt ist, die memelländische Frage unter Berücksichtigung der größeren Gesichtspunkte seiner Beziehungen zu seinen Nachbarländern zu verfolgen. Ich hoffe, daß die bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen mit Litauen auch als Zeichen der Wiederherstellung guter Beziehungen zu Litauen gewertet werden können, die wir durchaus wünschen, die aber naturgemäß auch davon mitbestimmt sind, daß wir stets an dem mit uns in kultureller Verbindung bleibenden Memelland und an der

---

Kenntnis von der Erklärung des litauischen Ministerpräsidenten. Er beglückwünscht ihn zu dem Entschluß, der den Rat der Notwendigkeit enthebt, die vorliegende Frage zu behandeln und hofft, daß die Herstellung normaler Verhältnisse im Memelgebiet für alle Zukunft die Behandlung dieses Problems im Völkerbundsrat erübrigt.“

[43] Vgl. oben Anm. 39.

[44] Der betreffende Artikel konnte nicht ermittelt werden.

[45] Dazu konnte lediglich eine kurze Meldung u. a. in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 289 (Abendausgabe) vom 21. Juni 1927, ermittelt werden, wonach dieser Besuch Voldemaras’, zusammen mit dem Gesandten Litauens, bei Stresemann am 21. Juni 1927 stattfand.

Wahrung seiner Rechte interessiert sein werden.

Meine Herren! Ich wende mich nunmehr den Fragen zu, welche sich auf das Verhältnis Deutschlands zu denjenigen Mächten beziehen, die in der Botschafterkonferenz[46] vertreten sind.

Eine der behandelten Fragen war die **Zuziehung eines Mitgliedes deutscher Nationalität zu der Mandatskommission[47].** Ein Antrag der kommunistischen Fraktion fordert den Deutschen Reichstag auf[48], diesen Eintritt eines Deutschen in die Mandatskommission abzulehnen. Ich glaube, daß hier zunächst eine falsche Auffassung über den Begriff der Mandatskommission obwaltet; denn sie ist nicht eine Vertretung der einzelnen Länder und Regierungen, sondern es ist bestimmt, daß Persönlichkeiten verschiedener Nationalität auf Grund ihrer Erfahrungen in kolonialen Fragen in ihr mitwirken, ohne daß sie offizielle Vertreter ihrer Regierung sind.

Aber ich glaube, daß der Einwand, der hier erhoben worden ist, auch sonst unberechtigt ist. Es ist eine vollkommen falsche Auffassung, die Mitwirkung in der Mandatskommission als eine gegen die Interessen der Eingeborenen gerichtete Handlung hinzustellen. Es ist doch kein Zweifel, daß wir an der Entwicklung der kolonialen Dinge, auch wenn wir selbst nicht Mandatbesitzer oder auf Grund unserer Souveränität Besitzer von **Kolonien** sind[49], in hohem Maße interessiert sind. Das ergibt sich allein daraus, daß der Völkerbund schon bisher, ohne daß wir Mitglieder der Mandatskommission waren, uns in verschiedenen Fragen zur Mitarbeit aufgefordert hat, weil er glaubte, diese Mitarbeit nicht entbehren zu können. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß beispielsweise in der kulturell bedeutsamen Frage der Bekämpfung der Seuchen unter den Eingeborenen,

---

[46] Gemeint ist die Pariser Botschafterkonferenz, die als Gremium der Botschafter Großbritanniens, Italiens und Japans sowie des französischen Außenministers (die USA waren nur beobachtend vertreten) die Ausführung der Friedensverträge überwachte.

[47] Die Mitgliedschaft in der Mandatskommission des Völkerbundes, die die Aufsicht über die ordnungsgemäße Ausführung der Mandate u. a. über die ehemaligen deutschen Kolonien innehatte, gehörte schon seit den ersten Verhandlungen über die deutsche Mitgliedschaft im Völkerbund im September 1924 zu den deutschen Forderungen. Zum Verlauf der Verhandlungen über diese Frage bis einschließlich der Ratstagung vom Juni 1927 vgl. den Runderlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 586–596; dort: S. 594). In der Sitzung des Völkerbundsrates vom 16. Juni 1927 hatte dieser die Frage der Mitgliedschaft eines Deutschen der Mandatskommission selbst übertragen; dies galt jedoch als Formsache, und eine Zustimmung wurde allgemein erwartet (vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 282 [Morgenausgabe] vom 17. Juni 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 277 [Morgenausgabe] vom 17. Juni 1927).

[48] Vgl. oben Anm. 2.

[49] Deutschland hatte im Versailler Vertrag den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte abtreten müssen (Art. 119: VERTRAG VON VERSAILLES S. 73) mit der dahinterliegenden, wenn auch nicht im Vertrag selbst formulierten Begründung, es habe sich durch seine mangelhafte Verwaltung der Kolonien als unwürdig erwiesen.

(Lachen bei den Kommunisten)

ich glaube sagen zu können, Deutschland das Hauptverdienst hat, hier mitgewirkt zu haben[50]. – Meine Herren! Sie lachen darüber. Sie stellen sich hin, als wären Sie die Vertreter dieser Eingeborenen. Was hier die deutsche Wissenschaft getan hat, um diese Seuchen abzuwehren, ist hundertmal mehr als alle Ihre Redensarten.

(Lebhafte Zustimmung in der Mitte und rechts.)

Wir haben weiter zu berücksichtigen, daß die Zahl der Deutschen, die wieder in fremden Kolonien tätig sind, eine außerordentlich wachsende ist. Ich erinnere daran, daß kürzlich im englischen Unterhaus eine Frage über die Einwanderung in das frühere Deutsch-Ostafrika beantwortet worden ist[51]. Ich erinnere an die Arbeit, die in Kamerun von Deutschen geleistet wird[52]. Ich glaube, daß es von außerordentlicher Bedeutung zunächst für unsere Wirtschaft ist, daß die kolonialen Erfahrungen uns nicht verlorengehen. Ich sehe nicht, wie in alle Zukunft das, was wir wirtschaftlich und finanziell zu leisten haben, erfüllt werden soll, wenn wir nach dem Verlust alles Vermögens im Auslande[53] nicht wenigstens die Möglichkeit haben, uns auch in diesen Rohstoffgebieten wieder zu betätigen. Dazu gehört koloniale Erfahrung, dazu gehört, daß uns das an Wissen bleibt, was wir von früher besaßen, und daß, wenn diese koloniale Generation ausgestorben ist, andere mit diesen Dingen zu tun haben und damit mittelbar für Deutschland wirken.

(Zurufe von den Kommunisten.)

---

[50] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die unmittelbar nach dessen Konstituierung gegründete Hygienesektion des Völkerbundes, der deutsche Wissenschaftler schon vor dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund im September 1926 inoffiziell angehört hatten.

[51] Am 20. Juni 1927; Druck von Frage und Antwort in HANSARD V 207, Sp. 1468. Vgl. auch zusammenfassend BERLINER TAGEBLATT, Nr. 289 (Abendausgabe) vom 21. Juni 1927 (dort falsche Datierung von Frage und Antwort auf den 21. Juni 1927).

[52] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die Folge der Londoner Versteigerung ehemals deutscher Plantagen in Kamerun im Herbst 1924, für die sich ehemalige deutsche Besitzer zu einer Art Genossenschaft zusammengeschlossen hatten (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK A 11, S. 529–531). Dem Artikel in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 248 (Abendausgabe) vom 15. Juni 1925, ist zu entnehmen, daß es gelungen war, „die ehemaligen deutschen Pflanzungen in Kamerun bis auf eine wieder in deutschen Besitz zu bringen“, und die Besitzer im März 1925 in Kamerun eingetroffen waren. – Zu dieser Geschichte des Wiedererwerbs, der offenbar auch mit einem Kredit aus Reichsmitteln getätigt wurde, vgl. auch den Bericht des „Vorsitzenden der Vereinigung Kameruner Pflanzer“: Wilhelm Kemner: Deutscher Wiederaufbau in Kamerun. In: Das Buch der deutschen Kolonien. [...] 3. Aufl. Leipzig 1937, S. 326–335; zur Wiederbeschaffung: S. 328–329.

[53] Stresemann bezieht sich darauf, daß der Versailler Vertrag die Siegermächte berechtigte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen der davon betroffenen Reichsangehörigen verpflichtete (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159). Zudem hatte Deutschland gemäß Art. 119 des Vertrags den Siegermächten alle überseeischen Besitzungen und Rechte, damit auch Vermögensrechte, abtreten müssen (ebd., S. 73).

Meine Herren! Wenn dabei in Äußerungen der Presse Zweifel über die Sicherheit der Beschlüsse zum Ausdruck kamen, die der Völkerbundrat gefaßt hat, so glaube ich, daß diese Zweifel nicht berechtigt sind angesichts der Erklärungen, die der Präsident des Völkerbundrats in der entscheidenden Sitzung des Völkerbundrats selbst abgegeben hat. Sir Austin [!] Chamberlain führte nach dem Protokoll des Völkerbundrats[54] über diese Frage folgendes aus:

> Der Etatsposten, auf den der Generalsekretär[55] die Aufmerksamkeit des Rates lenke, sei eine der zahlreichen Änderungen und Vermehrungen des Budgets, die mit Rücksicht auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorgenommen seien, um deutschen Staatsangehörigen die volle Teilnahme an den gemeinsamen Arbeiten zu ermöglichen. Dieser besondere Posten erfordere eine Entscheidung des Rates, da der Rat diese Entscheidung noch nicht in Aussicht genommen habe. Wenn er aber nach den Bestimmungen des Budgets, das die Bundesversammlung zu genehmigen habe, und nach den schriftlichen Erläuterungen, die zu diesen Budgetposten gemacht worden seien, urteile, so könne nach seiner Ansicht der Rat annehmen, daß die Bundesversammlung die Ernennung eines deutschen Mitgliedes der Mandatskommission als natürliche Folge dieser Budgeterhöhung erwarte. Ihm scheine es aus Gründen der Höflichkeit geboten, daß den Mitgliedern der Mandatskommission Gelegenheit gegeben werde, ihre Ansichten zu äußern, ehe der Rat seinerseits eine Entscheidung fälle. Er schlage deshalb vor, daß die Frage an die Mandatskommission verwiesen werde in der Erwartung – wenigstens seinerseits bestehe diese Erwartung –, daß die Mandatskommission den Gedanken dieser Ernennung freundlich aufnehmen werde und daß der Rat sie im September vollziehen könne.

Da diesen Beschlüssen des Völkerbundsrats auch eine Vorbesprechung vorangegangen ist[56], darf ich auf Grund der gehabten Besprechungen annehmen, daß im September die Zuziehung eines deutschen Mitglieds in die Mandatskommission er-

---

[54] Dies bezieht sich auf die Sitzung des Völkerbundsrates vom 16. Juni 1927; zum Kontext und zur nachfolgend wiedergegebenen Erklärung Chamberlains vgl. den oben in Anm. 47 angeführten Runderlaß.

[55] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933. – Die nachfolgend erwähnte Mitteilung Drummonds an die Völkerbundsmitglieder konnte nicht ermittelt werden.

[56] In der Besprechung Stresemanns mit den Vertretern der Mächte der Botschafterkonferenz vom 15. Juni 1927 (vgl. seine Aufzeichnung: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 540–545).

folgt. Ich glaube, daß es wünschenswert ist, daß wir einmal als ständige Ratsmacht wie in allen anderen wichtigen Kommissionen auch in dieser vertreten sind. Ich glaube weiter, daß es wünschenswert ist, auf diesem Gebiete durch diese Mitwirkung auch unterrichtet zu werden über die Entwicklung der kolonialen Verhältnisse in den früheren deutschen Besitzungen.

Es ist, wenn ich einen Augenblick noch zurückkommen darf auf eine Frage, die ich im Zusammenhang mit der litauischen Frage erörtern wollte, mit Recht mit Enttäuschung aufgenommen worden, daß die Wünsche der **Freien Stadt Danzig**[57] in bezug auf die Feststellungen des Rechtszustandes auf der **Westernplatte [!]** eine Verzögerung erfahren haben durch Vertagung der Entscheidung dieser Angelegenheit auf September[58]. Wenn ich recht unterrichtet bin, hat der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig[59] gestern in Danzig eine Erklärung abgegeben, daß er dem Völkerbundrat neue Vorschläge zu unterbreiten gedenke, Vorschläge, die, wie ich zu wissen glaube, sich auf eine andere Art der Lösung dieses Differenzpunktes zwischen Polen und Danzig beziehen. Es war dies ein Grund mit, der uns und, glaube ich, auch den Vertreter der Freien Stadt Danzig[60] bestimmt hat, nicht in dieser Sitzung des Völkerbundrats auf die letzte Entscheidung zu drängen.

Neben dieser nichterledigten Frage, der allerdings drei erledigte Fragen, die die Freie Stadt Danzig betreffen, entgegenstehen[61], hat es die stärkste Enttäuschung in Deutschland hervorgerufen, daß in den Verhandlungen, die außerhalb des Rats

---

[57] Danzig war durch den Versailler Vertrag von Deutschland abgetrennt und als „Freie Stadt“ unter den Schutz des Völkerbundes gestellt worden (zu den einzelnen Bestimmungen vgl. VERTRAG VON VERSAILLES S. 64–67).

[58] Zur Frage des polnischen Munitionsdepots auf der Westerplatte und der Vertagung in der Sitzung des Völkerbundsrats vom 17. Juni 1927 vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag in der Sitzung.

[59] Heinrich Sahm (1877–1939), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–1931. – Zur nachfolgend angesprochenen Erklärung Sahms vom 22. Juni 1927 im Hauptausschuß des Danziger Volkstags vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 287 (Morgenausgabe) vom 23. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 288 (Abendausgabe) vom 23. Juni 1927, S. 3. – Zur Anregung der Reichsregierung gegenüber Danzig im Hinblick auf die weitere Verfolgung der Angelegenheit vgl. das Privatdienstschreiben Dirksens an Thermann, den Generalkonsul in Danzig, vom 21. Juni: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 572–575.

[60] Sahm selbst hatte Danzig auf der Juni-Tagung des Völkerbundsrates vertreten.

[61] Dabei handelte es sich um die Frage der Schiedsgerichtsbarkeit für eventuelle Streitigkeiten zwischen Danzig und Polen in der Angelegenheit des Tabakmonopols und um die Frage der Durchfuhr von nicht für Polen bestimmtem Kriegsmaterial, die in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 13. Juni 1927 geregelt wurden (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 270 [Abendausgabe] vom 13. Juni 1927), sowie um die Frage der Priorität von Anleihen für Danzig (für Hafenausbau statt für allgemeine Kosten), die im Danziger Sinne in der Sitzung vom 17. Juni 1927 entschieden wurde (vgl. ebd., Nr. 278 [Abendausgabe] vom 17. Juni 1927).

stattfanden, die **Frage der Truppenreduktion im Rheinland**[62] bei der diesmaligen Besprechung in Genf nicht gelöst worden ist. Ich möchte dabei an die französische Adresse eines voranschicken. Es ist eine völlig falsche Auffassung, die man fortwährend in der französischen Presse findet, daß die Erfüllung dieser deutschen Forderung ein Beweis des guten Willens gegenüber Deutschland sei, dem ein anderer guter Wille Deutschlands als Kompensation gewissermaßen gegenüberstehen müsse. Es handelt sich hier nicht um irgendeine Konzession an uns, die von unserm Wohlverhalten abhängig wäre, sondern die Truppenreduktion bildet einen Teil derjenigen Zusicherungen, von denen die Unterzeichnung des Locarno-Vertrags abhängig war.

(Lebhafte Zustimmung.)

Diese Zusicherungen sind am 14. November 1925 erfolgt[63], und bei ihnen stand die Frage der Truppenreduktion naturgemäß bei ihrer Bedeutung mit an erster Stelle. Wir wollen objektiv anerkennen, daß Zusicherungen anderer Art loyal erfüllt worden sind und daß die Situation des Rheinlands in bezug auf das Verhältnis zu den Besatzungsbehörden besser geworden ist als unter dem früher bestehenden Delegiertensystem[64]. Aber wenn wir auf der unbedingten Erfüllung der Zusage der Truppenreduktion bestehen, so hat das einmal einen formellen und zweitens einen über das Formelle weit hinausgehenden politischen Grund. Meine Herren, der formelle Grund besteht in der unbedingten Klarheit der gegebenen Zusage. Es ist gar kein Zweifel, es gibt keine Auslegungszweifel darüber,

(lebhafte Zustimmung)

---

[62] Gemeint ist die Frage der Reduzierung der Besatzungstruppen in den verbliebenen beiden Rheinland-Besatzungszonen. In Genf hatte Stresemann dazu zwei Gespräche mit Chamberlain am 13. und 18. Juni 1927 geführt (vgl. die Aufzeichnungen Stresemanns in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 519 u. 559–563; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 148–149 u. 159–162); ein mit Briand am 13. Juni 1927 geführtes Gespräch Stresemanns (vgl. dessen Aufzeichnung: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 513–518; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 143–148) war in der Frage der Truppenreduktion ergebnislos verlaufen; zu einem weiteren Gespräch kam es nicht, weil Briand am 16. Juni 1927 krankheitsbedingt, wohl aufgrund einer das Auge angreifenden Gürtelrose, aus Genf abgereist war (vgl. etwa DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 276 [Abendausgabe] vom 16. Juni, und Nr. 277 [Morgenausgabe] vom 17. Juni 1927).

[63] Die Note der Botschafterkonferenz, die am 14. November 1925 (also vor der Unterzeichnung der Locarno-Verträge in London am 1. Dezember 1925) Botschafter Hoesch in Paris übergeben worden war, kündigte die Räumung der nördlichen („Kölner“) Rheinland-Besatzungszone sowie Erleichterungen des Besatzungsregimes an (Text in SCHULTHESS 66 [1925], S. 411–412; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 404–405). Zu Einzelheiten vgl. auch in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge im ersten Ministerrat beim Reichspräsidenten vom 16. November 1925.

[64] Die Abschaffung des Delegiertensystems wurde Deutschland mit der in der vorangegangenen Anm. angeführten Note der Botschafterkonferenz mitgeteilt, in der es u. a. heißt: „Die Abänderung des bisherigen Verwaltungsregimes umfaßt andererseits die Beseitigung des Systems der Delegierten, denen bisher die Verbindung zwischen den Besatzungstruppen und den deutschen Behörden oblag.“

wer hier im Rechte sei oder nicht im Rechte sei. Auch die Gegenseite hat niemals versucht, dieses Recht irgendwie in Frage zu stellen. Wenn in der Note der Botschafterkonferenz[65] gesprochen worden ist von einer „réduction sensible“, so kann eine Verminderung, von der der Herr französische Außenminister[66] mir gegenüber sprach, eine Verminderung, die stattgefunden habe in der Höhe von 4000 bis 5000 Mann, in keiner Weise diesen Worten entsprechen. Ich bemerke, daß das auch nicht von ihm zum Ausdruck gebracht worden ist, daß er vielmehr nur auf diesen Beginn der Durchführung der Zusage hingewiesen hat. Aber meine Herren, diese réduction sensible, die noch näher bestimmt wurde[67] durch die Worte „s'approchant aux chiffres normaux“, die sich annähere den Normalziffern, kann doch nur den Sinn haben, daß sie derjenigen Truppenbelegung entsprechen soll, die unter normalen, d. h. Nichtkriegsverhältnissen im Rheinland stattgehabt hat.

(Lebhafte Zustimmung.)

Und dafür ist nur die Zahl der Truppen maßgebend, die früher von Deutschland im Rheinland gehalten worden sind.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, die Erledigung dieser Frage ist einmal eine Frage des Rheinlands, das ein Recht hat, zum mindesten die Verminderung dieser Besatzungslasten seinerseits zu fordern; aber ich glaube, sagen zu müssen, sie ist mehr geworden, nämlich der Kampf um die Methode der **Locarno-Politik.**

(Lebhafte Zustimmung.)

Wenn das Mißtrauen in den Wert feierlich gegebener Zusagen sich ausbreitet und erhärtet wird durch eine Nichterfüllung auf einem Gebiete, so ist die Gefahr vorhanden, daß die Zuversicht auf anderen Gebieten ihrerseits mit erschüttert werden kann.

(Lebhafte Rufe rechts und in der Mitte: Sehr wahr!)

Ich begrüße es deshalb, daß in der Antwort des Herrn Unterstaatssekretärs Locker

---

[65] Vgl. oben Anm. 63.

[66] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Auf welche Äußerung Briands Stresemann sich nachfolgend bezieht, ist nicht genau ersichtlich; im Gespräch in Genf mit den Vertretern der Botschafterkonferenz vom 15. Juni 1927 soll Briand nach der Aufzeichnung Stresemanns (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 540–545; hier: S. 543) von „3000 Mann“ gesprochen haben, die seit dem Dezember 1926 abtransportiert worden seien.

[67] Gemeint ist: in der Note der Botschafterkonferenz (vgl. oben mit Anm. 63).

Lampson auf die Anfrage des Herrn Kennworthy [!][68] ausdrücklich Bezug genommen worden ist auf die Note der Botschafterkonferenz und daß darauf hingewiesen worden ist, daß Sir Austin [!] Chamberlain es als ein Resultat der Ergebnisse von Genf ansehe, daß die frühzeitige Inkraftsetzung der **Reduktion der Rheinlandstruppen,** die in der Botschafternote zum Ausdruck gekommen sei, früh verwirklicht werden könnte. Ich möchte insbesondere nach einer Unterhaltung, die der deutsche Botschafter in London[69] über diese Erklärung gehabt hat, darauf hinweisen, daß die englische Seite die Schlußsätze der Antwort nicht so anzusehen wünscht, als ob der gleichzeitige Wunsch, daß die Fragen der deutschen Entwaffnung[70] auch bald gelöst werden müssen, als eine Voraussetzung für diese Frage anzusehen wäre.

Meine Herren, die früheren Alliierten stehen uns in dieser Frage als eine Einheit gegenüber. Wenn der Herr belgische Außenminister[71] – und mit Recht – darauf hinweist, daß Belgien die größte Truppenverminderung vorgenommen hätte – irre ich mich nicht, waren es wohl beinahe zwei Drittel der früheren Besatzung –, wenn er darauf hinweist, daß Belgien infolgedessen jetzt seine Truppen nicht weiter reduzieren könne, so ist die Frage der Verteilung der Truppenreduktion auf die drei Besatzungsmächte eine interne Frage der drei genannten Mächte.

(Sehr richtig!)

Uns stehen sie als eine Einheit gegenüber, und wir haben unsererseits die Veranlassung zu fordern, daß sie in ihrem Zusammenwirken die Erfüllung dieses feierlichen Versprechens wahrmachen. Dies ist eine Frage des Vertrauens geworden zu der Ehrlichkeit der Absichten unserer Vertragsgegner,

(sehr richtig!)

und es liegt nicht an uns, sondern an der Hinauszögerung der Entscheidung in dieser Frage, wenn die deutsche Öffentlichkeit die Geduld verloren und auch scharfe Töne darüber gefunden hat.

---

[68] Vgl. oben mit Anm. 15 u. 16 sowie VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 291 (Abendausgabe) vom 22. Juni 1927.

[69] Friedrich Sthamer (1876–1931), deutscher Botschafter in London 1920–1930. – Ein Bericht Sthamers über die betreffende Unterredung konnte nicht ermittelt werden.

[70] Dies bezieht sich insbesondere auf die noch ausstehende Verifizierung der Zerstörung der deutschen Ostfestungen, die auch in Genf diskutiert worden war (vgl. etwa die oben Anm. 67 nachgewiesene Aufzeichnung Stresemanns). Zur Verständigung in Genf über den Fortgang dieser Angelegenheiten vgl. die Aufzeichnung Schuberts vom 17. Juni 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 556–556).

[71] Gemeint ist Vandervelde (vgl. oben Anm. 29). – Sein nachfolgend angesprochener Hinweis erfolgte in der oben Anm. 8 nachgewiesenen Besprechung Stresemanns mit den Vertretern der Botschafterkonferenz.

(Sehr wahr! rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, ich habe darauf hingewiesen, daß die Lösung dieser Frage rechtlich nicht irgendwie abhängig sein kann von deutschen Gegenleistungen auf irgendwelchen anderen Gebieten. Auf angebliche Verfehlungen Deutschlands, von denen der Herr französische Ministerpräsident[72] in seiner Rede gesprochen hat, darf ich nachher eingehen. Aber ich darf im Zusammenhang mit den Fragen, die in Genf erörtert worden sind, hier auch die Frage der **Zerstörung an der Ostgrenze[73]** berühren. Ihre Verquickung mit der Frage der Truppenreduktion entbehrt jedes logischen Zusammenhanges und ist deshalb von uns auch jederzeit in den diplomatischen Besprechungen abgelehnt worden. Deutschland hat keine Verpflichtung in bezug auf die Verifizierung der Zerstörung der Festungen im Osten übernommen.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Wenn das deutsche Kabinett sich gleichwohl entschlossen hat[74], durch den Herrn Vertreter des Reichskanzlers[75] in dieser Frage, Herrn General v. Pawelsz[76], Einladungen an einen oder zwei Experten ergehen zu lassen, um diesen die Möglichkeit einer Ergänzung des ihnen gegebenen Berichts[77] durch persönlichen Augenschein zu geben, so entspringt dieser Schritt eigener Initiative der Reichsregierung. Er ist erfolgt, weil die deutsche Regierung nichts zu verbergen hat und weil diese Frage, die im Zusammenhang mit größeren zu lösenden Fragen der Zukunft steht, isoliert zu gering ist, um ein Streitobjekt zwischen den Mächten abzugeben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

---

[72] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929. – zur nachfolgend angesprochenen Rede vgl. unten mit Anm. 79.

[73] Gemeint ist die Zerstörung der Festungen an der deutschen Ostgrenze; vgl. oben mit Anm. 70.

[74] Zum entsprechenden Beschluß des Kabinetts vgl. die Ministerbesprechung vom 9. Juni 1927 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 778–781).

[75] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[76] Richard von Pawelsz (1872–1942), deutscher General. – Pawelsz war seit dem September 1924 Reichskommissar für die Verhandlungen mit der Interalliierten Militärkontrollkommission und seit dem Februar 1927 Beauftragter der Reichsregierung für Entwaffnungsfragen.

[77] Der entsprechende Bericht über die Durchführung der deutschen Verpflichtungen wurde den betreffenden Botschaftern bzw. Gesandten am 13. Juni 1927 übergeben (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 486 mit Anm. 7). – In Genf hatte Stresemann in der strittigen Frage des Rechts der Siegermächte auf eine Inspektion der zerstörten Ostfestungen sich mit deren Vertretern darauf geeinigt, daß zwei Militärattachés der Berliner Vertretungen dieser Mächte die Inspektion vornehmen könnten, ohne daß dies ein Präjudiz bilde (vgl. ebd., S. 549–550 u. 557–558).

Daß damit kein Präjudiz für die Zukunft geschaffen ist, ist von seiten der in Betracht kommenden Mächte mündlich und schriftlich[78], zugleich mit Worten der Genugtuung über die Initiative der deutschen Reichsregierung, bestätigt worden.

Meine Herren, gerade angesichts dieser entgegenkommenden Haltung Deutschlands in einer Frage, in der es rechtlich nicht gebunden war, ist die deutsche Öffentlichkeit um so mehr empfindlich berührt worden durch die Art und Weise, in der der französische Ministerpräsident, Herr **Poincaré,** in seiner kürzlich in **Lunéville gehaltenen Rede[79]** geglaubt hat, das **Verhältnis Deutschland – Frankreich** darlegen zu sollen. Mir erscheint diese Rede für die Betrachtung des Verhältnisses der deutsch-französischen Beziehungen so bedeutsam, daß ich ganz offen zu den verschiedenen Punkten, die Herr Poincaré in Lunéville berührt hat, hier Stellung nehmen will.

Ein Teil dieser Rede befaßt sich mit einer etwas auffallenden und wohl aus den Stimmungen der Lokalität zu erklärenden Auswahl von vereinzelten Vorgängen aus den Jahren vor dem Kriege.

(Sehr gut! bei der Deutschen Volkspartei.)

Ich glaube, mir und dem Hohen Hause ein Eingehen auf diesen Teil der Ausführungen ersparen zu können, wenn es auch recht leicht wäre, die hierbei von dem französischen Herrn Ministerpräsidenten erwähnten Tatsachen und die Schlußfolgerungen, die er daraus ziehen zu können meint, ganz wesentlich zu berichtigen. Ich glaube, es mir ersparen zu können; denn ich bin der Ansicht, daß wir den großen Problemen der Gegenwart nicht dadurch näherkommen, daß wir namentlich das Problem der deutsch-französischen Beziehungen wenig fördern, wenn wir in den Akten zurückblättern, um einzelne Vorgänge aus vergangenen Tagen auszugraben und zum Gegenstand der Diskussion zu machen.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Sozialdemokraten.)

Auch soweit die Rede von Lunéville wieder auf die **Kriegsschuldfrage[80]** anspielt und alte Vorwürfe gegen die **Art der deutschen Kriegführung** erneuert, glaube ich, auf eine nochmalige Widerlegung verzichten zu können. Dazu berechtigt mich die Tatsache, daß die Aufklärung der Weltöffentlichkeit zu weit vorgeschritten ist, als daß

---

[78] Die entsprechende schriftliche Zusicherung ist in einem Schreiben Chamberlains an Stresemann vom 18. Juni 1927 enthalten (vgl. ebd., S. 558).

[79] Zur Rede Poincarés vom 19. Juni 1927 in Lunéville anläßlich der Einweihung eines Kriegerdenkmals vgl. LE TEMPS, Nr. 24049 vom 20. Juni 1927, S. 2; Auszüge auch in SCHULTHESS 68 (1927), S. 295–296.

[80] Gemeint ist der „Kriegsschuldartikel“ 231 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 211).

noch zu befürchten wäre, daß derartige Behauptungen ein gläubiges Ohr fänden.

(Sehr richtig!)

Erheblicher erscheint mir dagegen zu sein, was Herr Poincaré über die Fragen der Gegenwart gesagt hat. Wenn er betont, daß ihm nichts ferner liege als irgendwelche Pläne der Rache, wenn er versichert, daß **Frankreich** ein Interesse an der **Wiederherstellung guter Beziehungen zu seinen Nachbarn** habe und diese Beziehungen in vollem gegenseitigem Vertrauen und ohne Hintergedanken zu pflegen wünsche, so kann er überzeugt sein, daß solche Worte in Deutschland den stärksten Widerhall finden werden. Leider muß ich aber aus den von ihm vorausgeschickten Erklärungen auf seine Ansicht schließen, daß es auf deutscher Seite noch einer starken Änderung der politischen Einstellung bedürfe, um das Ziel guter Beziehungen zwischen beiden Ländern erreichen zu können.

Herr Poincaré will Schlußfolgerungen auf die deutsche Geistesverfassung aus der Tatsache ziehen, daß ein **deutsches Kriegsschiff,** das kürzlich Portugal besuchte, gerade den Namen „Elsaß“ trug[81]. Bei einem so guten Kenner des Versailler Vertrages[82] ist dieser Vorwurf wohl nur eine Übereilung.

(Sehr gut!)

Das Linienschiff „Elsaß“ ist im Jahre 1903 gebaut, hat damals, also vor 23 Jahren, seinen Namen erhalten, und daß gerade dieses Schiff heute noch zur deutschen Flotte gehört, steht im Artikel 181[83] des Versailler Vertrags zu lesen,

(hört! hört! bei den Regierungsparteien)

dessen Bestimmungen uns wohl nicht nur zufällig gerade die ältesten Kriegsschiffe belassen haben.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

---

[81] Die „Elsaß“ war ein 1904 vom Stapel gelaufenes Linienschiff der damaligen kaiserlichen Marine, das am Weltkriegsende außer Betrieb gesetzt, aber 1924 wieder in die Reichsmarine integriert worden war. Anfang Juni 1927 hatte sie mit einem deutschen Geschwader einen Flottenbesuch in Lissabon absolviert (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 228; zum Flottenbesuch auch: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 250 [Abendausgabe] vom 3. Juni, Nr. 265 [Abendausgabe] vom 7. Juni, Nr. 266 [Morgenausgabe] u. Nr. 267 [Abendausgabe] vom 8. Juni 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 268 [Morgenausgabe] vom 9. Juni 1927).

[82] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichnete Versailler Vertrags (im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung) u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Poincaré war zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrags französischer Staatspräsident.

[83] In Art. 181 des Versailler Vertrags (ebd., S. 91) steht nicht explizit der Name des Schiffes, aber die Anzahl aus den verschiedenen Kategorien von Kriegsschiffen, die Deutschland nach der ansonsten zu tätigenden Auslieferung der Kriegsflotte behalten darf.

Der Herr französische Ministerpräsident will aber ferner Sätze aus **Reden deutscher Minister**[84] zum Beweise dafür verwerten, daß die Verpflichtungen, die wir in Locarno eingegangen sind, von uns nicht richtig verstanden würden oder nicht aufrichtig gemeint seien. Ich muß nach den Daten, die er anführt, sogar annehmen, daß er dabei wenigstens in der einen oder anderen Hinsicht Reden im Auge hat, die ich selbst gehalten habe. Ich glaube doch, daß Herr Poincaré selbst in Frankreich ziemlich allein stehen würde, wenn er allen Ernstes die Behauptung verfechten wollte, ich sei kein aufrichtiger Anhänger der **Locarno-Politik** und die Reden, die ich in den Monaten des Herbstes 1925 gehalten habe, um im deutschen Volke für Locarno zu werben, seien ein Beweis für Hintergedanken und Unaufrichtigkeit. Ich könnte mich sofort einverstanden damit erklären, wenn man alles das, was ich damals über das Thema „Locarno“ gesagt habe, allerdings nicht in einzelnen aus dem Zusammenhang gerissenen Sätzen gekürzter Zeitungsauszüge, sondern in seiner Vollständigkeit der französischen Öffentlichkeit zur Lektüre vorlegen wollte, um auf diese Weise für Aufklärung über unsere politischen Absichten und Ziele zu sorgen.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Es bedarf keiner Auseinandersetzung über die Auslegung der Bestimmungen von Locarno, die klar und eindeutig sind und deren Befolgung durch Deutschland bei uns niemals von verantwortlicher Seite in Frage gestellt worden ist. Warum bezieht sich Herr Poincaré, wenn er seinen Zuhörern die maßgebende Auffassung der deutschen Reichsregierung darlegen will, nicht zum Beispiel auf die feierliche, programmatische Erklärung, die der Herr Reichskanzler nach der Bildung des gegenwärtigen Kabinetts an dieser Stelle abgegeben hat[85]? Damals hat der Herr Reichskanzler Dr. Marx ausgeführt:

> Es versteht sich von selbst, daß die Reichsregierung die bisherige Außenpolitik im Sinne der gegenseitigen Verständigung weiterverfolgen wird. Diese Linie ist klar und eindeutig ersichtlich aus den mit Zustimmung der verfassungsmäßigen Instanzen getroffenen Entscheidungen der letzten Jahre. Die Außenpolitik, welche die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlaß unbeirrt verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawes-

---

[84] Poincaré hatte sich in seiner Rede, ohne Namen zu nennen, u. a. auf die in dieser Edition wiedergegebene Rundfunkrede Stresemanns vom 1. November 1925 bezogen.

[85] Mit der nachfolgend auszugsweise zitierten Regierungserklärung von Reichskanzler Marx ist diejenige vom 3. Februar 1927 gemeint (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 391, S. 8791–8796; das Zitat: S. 8792).

> Abkommen[86], zum Vertragswerk von Locarno und zum Eintritt in den Völkerbund geführt hat, ist gekennzeichnet durch den Verzicht auf den Gedanken der Revanche; ihre Tendenz ist vielmehr die Herbeiführung der gegenseitigen Verständigung.

Ich glaube, Herr Poincaré diente der Aufklärung seiner Öffentlichkeit weit mehr, wenn er diese Erklärung zitierte, anstatt zu blättern, ob er irgendwelchen Jahrgängen der Vergangenheit irgendeinen aus dem Zusammenhang gerissenen Satz findet, um damit das deutsche Volk einer nicht ehrlichen Politik zu beschuldigen.

(Lebhafte Zustimmung der Regierungsparteien.)

Er würde angesichts dieser Erklärung, an der nicht zu drehen und zu deuteln ist, nicht mehr von uns ein aufrichtiges Bekenntnis zu Locarno fordern können, das er als erforderlich bezeichnet, um die Politik von Locarno wirklich zur Durchführung zu bringen.

Nicht anders steht es mit seiner Erklärung, daß Deutschland doch zunächst einmal die Forderungen der Botschafterkonferenz[87] in den einzelnen **Entwaffnungsfragen** erfüllen und dadurch der Welt eine Gewähr für den Frieden geben möge. Man kann sich eine derartige Äußerung wirklich kaum erklären als dadurch, daß der Herr Ministerpräsident Poincaré infolge dieses seines Amtes der tatsächlichen Behandlung der von ihm erwähnten Einzelfragen nicht mehr nahe genug steht, um über den Stand der Dinge genau unterrichtet zu sein.

(Sehr gut! und Heiterkeit bei den Regierungsparteien.)

Wie liegt denn die Entwaffnungsfrage? Am 12. Dezember vorigen Jahres ist von den Mächten der Botschafterkonferenz in Genf förmlich und mit Genugtuung festgestellt worden[88], daß, wie es in dem damals aufgenommenen Protokoll wörtlich heißt, über den größten Teil der mehr als hundert Fragen, die zwischen den beteiligten Regie-

---

[86] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[87] Poincaré hatte sich in seiner Rede auf die Forderungen der Botschafterkonferenz von Anfang Februar 1927 bezogen, in der die von deutscher Seite noch zu erledigenden Einzelheiten im Bereich der Entwaffnung zusammengestellt waren (Auflistung dieser noch ausstehenden deutschen Entwaffnungsmaßnahmen: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 303).

[88] Text des am 12. Dezember 1926 von den Außenministern der Locarno-Mächte und dem japanischen Vertreter Ishii verabschiedeten Protokolls, mit dem die Aufhebung der Interalliierten Militärkontrollkommission zum 31. Januar 1927 und der weitere Umgang mit den noch offenen Punkten der deutschen Entwaffnung beschlossen wurden, in SCHULTHESS 67 (1926), S. 497–498.

rungen im Juni 1925 hinsichtlich der Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrags von Versailles streitig gewesen seien[89], eine Verständigung erzielt worden sei;

(hört! hört! bei den Regierungsparteien)

nur über zwei Fragen stehe die Verständigung noch aus.

(Lebhafte Rufe bei den Regierungsparteien: Hört! Hört!)

Alles berechtige daher zu der Hoffnung, daß diese beiden Fragen geregelt werden könnten. Das ist die offizielle Erklärung der fünf Mächte, die in der Botschafterkonferenz vertreten sind. Die allein noch offenen zwei Fragen von den mehr als hundert Fragen, über die vorher miteinander gestritten worden war, waren bekanntlich die Fragen der Ostfestungen und die Frage des Kriegsgerätegesetzes[90]. Auch Herr Poincaré wird wissen, daß diese beiden letzten Fragen innerhalb der vorgesehenen Frist, das heißt bis zum 31. Januar dieses Jahres, ihre endgültige Regelung gefunden haben. Jetzt handelt es sich in der ganzen Entwaffnungsfrage um nichts anderes mehr, als in einigen Punkten die vereinbarte Regelung in den dafür vorgesehenen Fristen durchzuführen. Diese Durchführung nimmt in jeder Beziehung ihren normalen Verlauf, so daß irgendeine Beschwerde gegen Deutschland nicht in Betracht kommen kann.

Die **deutsche Polizei,** von der Herr Poincaré gesprochen hat, ist entsprechend den Vereinbarungen mit der Botschafterkonferenz reorganisiert worden. Der preußische Gesetzentwurf, der die Anstellungsverhältnisse der Polizeibeamten regeln soll, liegt dem Landtage vor[91]. Was die Frage der sogenannten **vaterländischen Verbände** anlangt, so sind diejenigen Verbände, die sich den gesetzlichen Vorschriften zuwider mit militärischen Dingen befaßt haben, aufgelöst worden. Die Botschafter-

---

[89] Text der alliierten Entwaffnungsnote vom 4. Juni 1925 samt ihrer Anlagen in MATERIALIEN ZUR ENTWAFFNUNGSNOTE I, S. 7–47; auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 401, Drucks. 971 [mit eigener Seitenzählung]; vgl. auch SCHULTHESS 66 (1925), S. 402–404.

[90] Gemeint ist die Frage, ob und in welchem Umfang Deutschland Materialien produzieren und ausführen dürfe, die im weiteren Verarbeitungsprozeß auch in der Rüstungsindustrie Verwendung finden könnten. Zu Details der Unterscheidung vgl. etwa die Ministerbesprechung vom 11. Dezember 1926 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 431–432). Eine entsprechende Vorlage für ein Gesetz war dem Reichstag inzwischen von der Reichsregierung zugegangen (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 270 [Morgenausgabe] vom 10. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 266 [Abendausgabe] vom 10. Juni 1927, S. 2).

[91] Zu den Diskussionen des preußischen Landtags in dessen Hauptausschuß über den Entwurf eines neuen Polizeibeamtengesetzes vgl. u. a. ebd., Nr. 280 (Morgenausgabe) vom 16. Juni 1927; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 279 (Abendausgabe) vom 15. Juni, u. Nr. 282 (Morgenausgabe) vom 17. Juni 1927; am gleichen Tag wie die hier vorliegende Rede wurde die Debatte im Landtag selbst über das Polizeibeamtengesetz geführt und schließlich vertagt (vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 289 [Morgenausgabe] vom 24. Juni 1927, S. 4).

konferenz selbst hat Ende Januar dieses Jahres schriftlich anerkannt[92], daß ein Bedürfnis zu weiterer Auflösung nicht vorliegt.

(Lebhafte Rufe bei den Regierungsparteien: Hört! Hört!)

Die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die **Munitionswerkstätten und Munitionsfabriken[93]** sind im Einvernehmen mit der Gegenseite durchgeführt worden. Auch von den durch die Verringerung der deutschen Wehrmacht frei gewordenen alten **Kasernen** ist bereits ein großer Teil dem privaten Erwerbsleben zugeführt worden. Für die Verwertung der übrigen Teile, von denen Herr Poincaré sagt, daß wir sie im Gegensatz zu den Verträgen behielten, ist eine am 1. Januar dieses Jahres beginnende Frist von 5 Jahren vereinbart worden[94].

(Erneute lebhafte Rufe: Hört! Hört!)

Diese Vereinbarung wird programmäßig verwirklicht. Endlich ist auch die **Zerstörung der Unterstände an der deutschen Ostgrenze** vereinbarungsgemäß vorgenommen, und die vor einiger Zeit strittig gewesene Frage der Verifizierung dieser Zerstörung hat, wie ich vorhin bereits mitteilte, eine Regelung gefunden, die die Gegenseite mit Genugtuung anerkannte. Selbst wenn sich also der französische Herr Ministerpräsident auf diese Restpunkte, die doch im Vergleich zu den durchgeführten gewaltigen deutschen Entwaffnungsmaßnahmen ohne Bedeutung sind, berufen will, kann er auch nicht den geringsten Anlaß mehr finden, um die deutsche Vertragserfüllung in Zweifel zu ziehen.

(Sehr richtig! bei den Regierungsparteien.)

Wenn demnach, wie Herr Poincaré gesagt hat, nichts anderes nötig sei, um die auch von ihm als erwünscht bezeichnete Annäherung zwischen unseren Ländern zu erleichtern, so steht diesem großen Ziele auf deutscher Seite nicht das Geringste mehr im Wege. Er kann dann das, was er als seine politische Absicht bezeichnet, sofort verwirklichen. Er kann der gesamten deutschen Öffentlichkeit ohne weiteres den unwiderleglichen Beweis dieser Absicht erbringen, wenn er seinen großen persönlichen Einfluß dafür einsetzt, uns beispielsweise in der hier erörterten Frage der Truppenreduktion Genugtuung zu verschaffen.

---

[92] Stresemann bezieht sich vermutlich auf einen Notenaustausch vom 31. Januar 1927 (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B I,2, S. 641–642, Anm. 4).

[93] Gemeint sind die Art. 168 und 169 des Versailler Vertrags, die Details über die Deutschland verbotenen bzw. weiterhin zustehenden Produktionsstätten für Waffen regelten (VERTRAG VON VERSAILLES S. 85).

[94] Eine entsprechende Vereinbarung konnte nicht ermittelt werden.

(Sehr gut! bei den Regierungsparteien.)

Meine Herren! Ich darf aber doch diese Frage, die hier in der Rede des Herrn Poincaré zum Ausdruck kommt, auch von dem, ich möchte sagen, größeren Gesichtspunkte der **Zukunft unserer deutsch-französischen Beziehungen** aus betrachten. Ich habe alle Hindernisse angeführt, die Herr Poincaré als solche nennt, die es ihm nicht ermöglichen, die von ihm gewünschte Politik durchzuführen. Soweit in diesen Fragen bei ihm bisher Hemmungen bestanden, ist der Weg frei. Aber die Frage ist: Will der Herr französische Ministerpräsident diesen Weg verbauen oder will er diesen Weg gehen? Die Rede des Herrn Ministerpräsidenten ist verschiedener Deutung fähig. In ihrer Hervorhebung alter Trennungspunkte klang sie wie ein schriller Ton aus vergangenen Kriegszeiten. Aber sie enthielt auch Schlußworte, die den Eindruck erwecken können, als fühle der Herr französische Ministerpräsident sich von der deutschen Öffentlichkeit verkannt; er sei kein Monomane, er sei kein widerborstiger alter Lothringer[95]. Nicht zuletzt Frankreich – sagt Herr Poincaré – wünscht den Frieden mit Deutschland. Was ist nun das Ziel des Herrn Poincaré, Ruhrpolitik[96] oder Locarno-Politik? Eins oder das andere ist möglich, aber nicht eins und das andere.

(Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.)

Meine Herren! Der Herr Ministerpräsident Poincaré sprach schon in einer früheren Rede von der **Geistesverfassung in Deutschland[97],** die er anklagte. Ich glaube, daß die Geistesverfassung der überwiegenden Mehrheit des deutschen Volkes klar vor aller Augen liegt. Sie ist in dem Maße dem Geiste der Verständigung und des Friedens gefolgt wie die Entwicklung der europäischen Verhältnisse. Sie hat dem Druck der Ruhrinvasion den moralischen Widerstand berechtigten deutschen Empfindens entgegengesetzt. Sie hat dann die schweren Verpflichtungen des Dawes-Abkommens[98] auf sich genommen, weil sie darin den Versuch sah, die internationale Verständigung über deutsche Leistungen an die Stelle der Willkür zu setzen. Sie ging ferner den Weg nach Locarno und Genf, und niemand hat stärkere Worte der Anerkennung über die darin liegenden imponderabilen Opfer gefunden als der französi-

[95] Der Geburtsort Poincarés war Bar-le-Duc in Lothringen.

[96] Gemeint ist die Politik, die 1923 zum Einmarsch französischer Truppen ins Ruhrgebiet und zum Versuch der wirtschaftlichen Ausbeutung dieses Gebiets als Ersatz für ausstehende deutsche Reparationen geführt hatte.

[97] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Kammerrede Poincarés vom 23. November 1923 (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320–321).

[98] Vgl. oben mit Anm. 86.

sche Außenminister Briand[99] noch vor wenigen Monaten. Sie hat den Gedanken der französischen Annäherung innerlich begrüßt. Wer einen Beweis dafür sehen will, dem rufe ich die Huldigungen ins Gedächtnis, die dem französischen Minister Herriot[100] zuteil wurden, als er vor kurzem in Frankfurt am Main für die kulturelle Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich und für den Frieden zwischen Deutschland und Frankreich sprach. Sie ist bereit, die Hand zu erfassen, die sich ihr im Geiste einer Versöhnung entgegenstreckt, aber nicht die Hand des Siegers, die man dem Besiegten geben will,

(lebhafte Zustimmung)

nicht die Hand, die uns einer einseitigen moralischen Schuld zeihen will.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Ich weiß, wie stark die Strömungen auch im französischen Volke für ein Zusammenwirken mit Deutschland sind. Aber immer spricht man uns von der bedrohten französischen Sicherheit. Nun, niemand bedroht diese Sicherheit von deutscher Seite. Es gibt keinen verantwortlichen Menschen in Deutschland, der so verbrecherisch wäre, Deutschland in irgendeinen Krieg gegen irgendeine Macht im Westen oder im Osten hetzen zu wollen. Aber wir wollen endlich acht Jahre nach dem Frieden die **Wiederherstellung der deutschen Souveränität!**

(Stürmische Zustimmung.)

Wir wollen ein friedliches, aber freies Volk auf freiem deutschen Boden sein. Wir haben uns nicht versagt, als man uns anrief, den Frieden für andere Völker zu sichern. Aber man gebe auch dem deutschen Rheinland den Frieden, auf den es einen berechtigten Anspruch hat!

(Lebhafte Zustimmung.)

Unser Volk ist schwer enttäuscht, daß die Aussichten auf eine Gesamtlösung der zwischen Frankreich und uns bestehenden Fragen stehengeblieben und zurückgeworfen sind.

---

[99] Stresemann bezieht sich vermutlich auf die Kammerrede Briands vom 30. November 1926 (vgl. ebd., 67 [1926], S. 296–298).

[100] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Stresemann bezieht sich nachfolgend auf die Eröffnung der Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ in Frankfurt a. M. vom 11. Juni 1927 (vgl. seine eigene Rede in dieser Edition), bei der auch Herriot anwesend war und eine Rede hielt (deren Wiedergabe in GENERAL-ANZEIGER DER STADT FRANKFURT A. M., Nr. 134 vom 11. Juni 1927, S. 4).

(Erneute Zustimmung.)

Unsere Stellungnahme liegt klar vor aller Augen. Es war die gegenwärtige Regierung, die ausdrücklich den Verzicht auf Revanche entschieden erklärte[101]. Aber an Frankreich haben wir die Frage zu richten: „Gallia quo vadis?“ Wohin, Frankreich, führt dein Weg? Soll der tötende Geist der Kriegspsychose dauernd gelten, oder der Geist, der ein neues Kapitel der Geschichte aufschlägt, auf dem die Anfangsworte stehen „Für Frieden und Freiheit aller“?

Wir sind berechtigt, diese Frage zu stellen, und nicht nur wir, sondern alle Völker, die den Frieden wollen, warten auf Antwort![102]

(Stürmischer Beifall.)

[101] Stresemann bezieht sich auf die Regierungserklärung von Reichskanzler Marx (vgl. oben mit Anm. 85).

[102] In dem auch die Atmosphäre wiedergebenden Artikel Ernst Feders im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 294 (Morgenausgabe) vom 24. Juni 1927, heißt es im Nachgang zum Bericht über die Rede Stresemanns: „Im ganzen muß, wer auf eine schneidige Attacke gegen den französischen Ministerpräsidenten gerechnet hat, enttäuscht sein. Das merkt man den Deutschnationalen an. Das lebhafte Bravo kommt nur von den Mittelparteien. Der deutschnationale Vizekanzler drückt dem Redner, ebenso wie die Herren Marx und Köhler, die Hand, die übrigen Deutschnationalen schütteln den Kopf.“ – Nach einigen weiteren kurzen Redebeiträgen wird die Debatte auf den Folgetag vertagt. Dort werden zum Abschluß der KPD-Antrag gegen den Eintritt in die Mandatskommission und ein zwischenzeitlich eingebrachtes Mißtrauensvotum gegen Stresemann abgelehnt (vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 393, S. 11054–11055; SCHULTHESS 68 [1927], S. 122).

Rede in Oslo anläßlich der Feier zur Verleihung des Nobelpreises vom 29. Juni 1927[1]

Nach LES PRIX NOBEL S. 1–15. – Drucke (teilweise mit minimalen orthographischen Abweichungen) auch in STRESEMANN, Weg des neuen Deutschland S. 1–24; DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 449–461; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 460–473; FRIEDENS-NOBELPREIS S. 19–33; FRIEDENSPOLITIK UND FRIEDENSFORSCHUNG S. 91–102; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 305 vom 3. Juli 1927 (zuvor in Nr. 299 [Morgenausgabe] vom 30. Juni 1927 schon ein Teildruck). – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit und teilweise mit Abweichungen) in SCHULTHESS 68 (1927), S. 354–362; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, B 1 (1927), S. 160–162; LA SOCIÉTÉ DES NATIONS, Revue 9 (1927), S. 513–516; STRESEMANN, Schriften S. 373–383; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 11–12, 69–70; REDEN, DIE DIE WELT BEWEGTEN S. 323–336; URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 448–454; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 304 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927; BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 299 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927, S. 1; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 304 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 477 (2. Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927, S. 1–2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 456 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927; VORWÄRTS, Nr. 304 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22554 (Morgenausgabe) vom 30. Juni 1927, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 149 vom 1. Juli 1927, S. 2–3.

Dankt für die Preisverleihung. Vergleicht das alte und das neue Deutschland. Nationales Wirken und Internationalität sind kein Widerspruch. Der schwierige deutsche Nachkriegsweg und der windungsreiche Weg über Locarno nach Genf. Die Mehrheit in Deutschland ist sich einig im Friedenswillen. Deutschland hat alle Schichten des Volkes, auch die Arbeiterschaft, integriert. Hindenburg als Reichspräsident symbolisiert die Einigkeit Deutschlands. Die deutsche und die europäische Wirtschaft. Fordert Verständnis für die Verbände der Frontsoldaten in Deutschland und Frankreich.

---

[1] Der Friedensnobelpreis für 1926 wurde zu gleichen Teilen Stresemann und Briand verliehen, derjenige für 1925 Chamberlain und Dawes; am 10. Dezember 1926 waren diese Verleihungen bekanntgegeben worden (vgl. u. a. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926. sowie in dieser Edition Stresemanns Erklärung vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1926 und die Rede Stresemanns zu diesem Anlaß im Völkerbundsrat vom 11. Dezember 1926). Der ursprüngliche Plan Stresemanns und Briands, ihre Nobel-Vorträge gleichzeitig in Oslo zu halten, ließ sich terminlich nicht realisieren, so daß Stresemann schließlich im Rahmen einer eigenen Feier alleine (Chamberlain und Briand ließen ihre Vorträge von Botschaftern vortragen) seinen Nobel-Vortrag unter dem Titel „Der Weg des neuen Deutschland“ hielt (vgl. FRIEDENS-NOBELPREIS, S. 16, Anm *; die Rede wurde 1927 und 1928 in Berlin auch jeweils separat auf englisch, französisch und spanisch veröffentlicht). Die Feier fand im überfüllten Auditorium der Universität Oslo statt und wurde in Norwegen, Schweden und Dänemark im Rundfunk übertragen. – Zur Anreise Stresemanns nach Oslo, zu seinem dortigen Programm und verschiedenen Besuchen finden sich vielfältige Erläuterungen im Umfeld der Reise in zahlreichen Zeitungen, z. B. in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 292 (Abendausgabe) vom 25. Juni; Nr. 295 (Morgenausgabe) und Nr. 296 (Abendausgabe) vom 28. Juni; Nr. 297 (Morgenausgabe) und Nr. 298 (Abendausgabe) vom 29. Juni 1927; zu seiner Rückkehr: VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 310 vom 3. Juli 1927.

Betont die Bedeutung von Locarno, die nicht vereinbar ist mit einer Politik des Mißtrauens.

Euere Majestät[2], Herr Präsident[3], Eure Magnifizenz, meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich, wenn ich heute die Ehre habe, vor Ihnen zu sprechen, beginnen mit dem Ausdruck des tiefgefühlten Dankes für die grosse Auszeichnung, die mir das Nobelkomitee zuerkannt hat[4], und lassen Sie mich hinzufügen den Ausdruck desselben tiefgefühlten Dankes für die so herzliche Begrüssung, die Sie mir soeben zuteil werden liessen[5]. Ich weiss, diese Auszeichnung hat einen besonderen Charakter. Sie gilt nicht der wissenschaftlichen und theoretischen Forschung, sondern der praktischen Politik. Sie gilt nicht einem einzelnen und nicht dem Repräsentanten eines einzelnen Landes. Sie bildet eine Einheit in bezug auf die Politik derjenigen Länder, die denselben Weg gehen. Somit gilt sie, auch für Deutschland, nicht allein einer einzelnen Persönlichkeit. Als überzeugter Anhänger des Individualismus möchte ich allerdings das Wirken der einzelnen Persönlichkeit nicht gering einschätzen. Denn nicht die Masse führt den einzelnen, sondern der einzelne vermag die Masse zu führen. Aber wenn es sich um grosse Ideen, um Lebensfragen eines Volkes handelt, braucht die Einzelpersönlichkeit die Unterstützung der geistigen Führer ihrer Nation.

Ich habe in den letzten Jahren einen teilweise harten Kampf um die deutsche Aussenpolitik geführt. Deshalb bin ich vielleicht am ehesten in der Lage, die Frage zu beantworten, die so oft gestellt wird, die Frage nach der Geistesverfassung Deutschlands. Die Auffassung des Auslandes schwankt in bezug auf diese Geistesverfassung zwischen Anerkennung, Skepsis, Kritik und Angriff. Lassen Sie mich versuchen, soweit die geschichtlich kurze Nachkriegszeit das gestattet, die Frage zu beantworten, welche geistig politischen Strömungen in diesem neuen Deutschland die führenden sind.

Ich müsste diese Betrachtung beginnen mit einer Darlegung des alten Deutschland. Auch dieses Deutschland hat darunter gelitten, dass es vielfach nach Äusser-

[2] Haakon VII. (1872–1957), König von Norwegen 1905–1957.

[3] Fredrik Stang (1867–1941), Präsident des Friedensnobelpreis-Komitees 1922–1941; Rektor der Universität Oslo 1921–1927. Auch die nachfolgende Anrede für einen Universitätsrektor ist offenbar auf ihn gemünzt. – Stang hatte die Begrüßungsansprache gehalten, bevor Stresemann das Wort ergriff.

[4] Vgl. oben Anm. 1.

[5] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Begrüßungsansprache Stangs (vgl. Anm. 3) oder allgemeiner auf die Begrüßung durch das Auditorium.

lichkeiten beurteilt wurde, und dass Schein und Sein nicht immer auseinandergehalten worden sind. Es hatte wohl noch die Züge Friedrich Wilhelms I.[6], d. h. den Zug der Bevormundung. Aber die Bevormundung war eingegeben von einer eisernen Pflichttreue gegen Staat und Volk. Es hatte die rauhe Aussenseite eines Beamtentums, das als Bureaukratie in der Welt verschrien war, das aber nur einen Ehrbegriff kannte: die Unterordnung unter den Staat. Es war teilweise unterlegen im Kampfe mit den vorwärtsschreitenden Ideen des Sozialismus, hatte im Bürgertum keine siegende Idee diesem sozialistischen Gedanken entgegengestellt. Aber es war ein Land des sozialpolitischen Fortschrittes und viel weniger manchesterlich als andere Staaten mit anderer Staatsform. Es war das Land der Kasernen, das Land der allgemeinen Dienstpflicht und einer starken Militärfreundlichkeit; aber es war auch das Land der Technik und der Chemie wie überhaupt modernster Forschung. Altes und Neues rang in ihm nach Gestaltung. Wer seine Geschichte schreibt, der sehe in die Tiefe und bleibe nicht an der Oberfläche.

Es war das Land, in dem die meisten von uns, die heute an verantwortlicher Stelle in Deutschland stehen, den grössten Teil ihres Lebens verbracht haben. Wie das Kind der Vater des Mannes ist[7], so sind die Jugendeindrücke im Menschen am stärksten. Wie das Kind seinen Vater ehrt, auch wenn es Schwächen und Fehler an ihm wahrnimmt, so wird ein Deutscher nicht das alte Deutschland geringachten, das ihm einst Sinnbild der Grösse gewesen. Das englische Wort „England, with all Thy faults, I love Thee still“[8] gilt für das Gute und Verehrungswürdige des alten Deutschland, wie von denen, die in ihm lebten und webten, dieselbe Anerkennung für das Verehrungswürdige und Grosse des heutigen Deutschland aus denselben Gründen verlangt werden muss.

Dieses Deutschland ist durch den Weltkrieg zusammengebrochen. Zusammengebrochen in seiner Verfassung, in seiner gesellschaftlichen Form, in seiner wirtschaftlichen Gestaltung. Sein Denken und Fühlen ist umgeformt. Niemand kann sagen, dass diese Umformung ihr Ende gefunden hätte. Es ist ein Prozess, der sich durch Generationen fortsetzen wird. Aber wie Hast und Unruhe Sinnbild unseres heutigen Lebens sind, so geht auch die Entwicklung in schnellerem Tempo als ehedem. Gilt

---

[6] Friedrich Wilhelm I. (1688–1740), König in Preußen 1713–1740.

[7] Stresemann zitiert hier vermutlich aus dem Gedicht „My Heart Leaps Up“ („The Child is Father of the Man“) des britischen Dichters William Wordsworth (Druck u. a. in William Wordsworth: The Poems. Vol. I. Ed. by John O. Hayden. New Haven/London 1977, S. 522).

[8] Ein Zitat aus dem Gedicht „The Task“ des britischen Dichters William Cowper (Druck u. a. in ders., The Task. A Poem in Six Books. London 1900; das Zitat: S. 31).

doch für die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Völkern dasselbe wie für die Entwicklung eines einzelnen Volkes.

Die Idee der Nobelstiftung ist die Förderung des Friedens. Der leitende Gedanke des Mannes[9], der sie schuf, war, den von ihm selbst mit genialem Erfinderblick entfesselten Naturkräften die bändigende Macht des Menschengeistes entgegenzusetzen. Entspricht die Friedenspolitik, die hier belohnt werden sollte, der heutigen Entwicklung im deutschen Volke? Man könnte wohl sagen, dass die Antwort dadurch gegeben ist, dass die Grundideen der deutschen Verständigungs- und Friedenspolitik nicht möglich wären, wenn sie nicht dem tiefsten Sehnen der deutschen Volksseele, dem Sehnen nach friedlicher internationaler Zusammenarbeit in Recht und Freiheit, entsprochen hätten.

Dabei kreuzen sich zwei Ideen, mit denen sich die Gegenwart auseinandersetzen muss: die Idee des nationalen und die Idee des internationalen Zusammenwirkens. Oberflächliche Betrachtung glaubt, dass nationales Denken, Geistesstreben und Fühlen begrenzt seien durch Sprache, Volkstum und Grenzen. Diese Gegenüberstellung des nationalen und internationalen Zusammenwirkens als zweier Gegensätze erscheint mir töricht. Ich habe als Vertreter Deutschlands mich gerade mit diesen Ideen in Genf versucht auseinanderzusetzen[10] und den Gedanken zum Ausdruck gebracht, dass es nicht der Wille einer göttlichen Weltordnung gewesen sein kann, dass die höchste Leistungsfähigkeit der Menschen sich gegeneinanderkehren solle. Ich habe versucht darzulegen, dass, wer das Höchste in sich entwickelt auf Grund dessen, was Nationalität und die Blutströme des eigenen Volkes ihm geben, über das seinem Volk Eigene die grosse Linie des allgemeinen Wissens, des allgemeinen Empfindens in sich so fühlen und nach aussen zum Ausdruck bringen wird, dass auf dem erdgewachsenen Boden seiner Anschauungen das grosse Menschliche die Wölbung über dem Dom des vaterländischen Empfindens ist. So wie Shakespeare[11] nur möglich war auf englischem Boden. So wie Ihre grossen Dramatiker und Dichter das ausstrahlen, was Natur und Seele des norwegischen Volkes erfüllt, und doch das Allgemeingültige des Menschentums damit verbinden. So wie Dante[12] nur ver-

[9] Alfred Nobel (1833–1896), Erfinder des Dynamits. – Er verfügte testamentarisch die Gründung einer Stiftung, aus deren Erträgen jährlich die nach ihm benannten Preise verliehen werden sollten.

[10] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf die Sitzung des Völkerbundsrates vom 15. Juni 1927 (vgl. in dieser Edition seine Redebeiträge in der betreffenden Sitzung).

[11] William Shakespeare (1564–1616), englischer Schriftsteller.

[12] Dante Alighieri (1265–1321), italienischer Dichter.

standen werden kann von der italienischen Volksseele aus, so wie Faust[13] nur denkbar ist auf dem Grunde einer deutschen Seele – beide Allgemeingut, indem sie die Fesseln sprengen, die sie an die eigene Nation knüpfen, und doch nur gross, weil sie erdgewachsen sind auf dem Boden des Fühlens dieser eigenen Nation. Es braucht nicht Hemmnis zu sein, sondern wird Brücke der Verständigung auf geistigem Gebiete. So wie es auf diesem Gebiete ist, so ragen die Grossen eines Volkes hinein in die Menschheit, nicht trennend, sondern verbindend, international versöhnend und doch national gross. So wie vor kurzem der französische Minister Herriot[14] auf der Internationalen Musikausstellung in Frankfurt a. M. das schöne Wort aussprach: „International kann nur wirken, wer zunächst national fühlt“, so wie er das andere Wort prägte: „dass für den Frieden nur wirken kann, wer innerlich friedlich gestimmt ist.“ Hier aber steht das grosse Fragezeichen von der einen Nation zu der anderen: „Meinst du es ehrlich mit dem Zusammenwirken? Wie denkst du in deinem Geist? Kann ich tief in deine Seele schauen, um zu wissen, dass du neben und mit mir wirken und schaffen willst?“ Es ist die Frage, die besonders so oft an Deutschland gestellt worden ist und über die ich hier im speziellen sprechen möchte.

Wenn man die Erfahrungen und Empfindungen der ersten Nachkriegszeit analysieren will, dann darf man wohl, ohne des Mangels an Objektivität geziehen zu werden, sagen, dass das Aussprechen des Friedensgedankens dem Sieger leichter ist, als dem, der die Niederlage erlitten hat. Denn für den Sieger bedeutet der Frieden die Aufrechterhaltung einer Machtstellung, die der Sieg ihm verliehen hatte. Für den Unterlegenen bedeutet er dagegen das Sichabfinden mit der Stellung, die ihm geblieben. Auf einem Wege, den man neben anderen geht, zurückbleiben, neidlos den anderen den Vortritt lassen, ist schwer für den einzelnen Menschen, schwer für ein ganzes Volk. Aber in einer halbhundertjährigen Entwicklung glauben, auf der Höhe angekommen zu sein, und von der Höhe herabstürzen, ist weit schmerzlicher für die menschliche Seele. Die Psychologie eines Volkes, die das erlebt, ist nicht so einfach zu begreifen und nicht so einfach umzugestalten, wie viele glauben.

Das neue Deutschland stand vor diesem Problem. Die Entwicklung zu jenen We-

[13] Mit „Faust“ ist die in ihrem ersten Teil 1808 veröffentlichte Tragödie Johann Wolfgang von Goethes gemeint (Text u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 9–145).

[14] Édouard Herriot (1872–1957), französischer Ministerpräsident 15. Juni 1924 – 10. April 1925 (zugleich Außenminister), 19.–21. Juli 1926 u. 1932. – Stresemann bezieht sich nachfolgend auf die Eröffnung der Ausstellung „Musik im Leben der Völker“ in Frankfurt a. M. vom 11. Juni 1927 (vgl. seine eigene Rede in dieser Edition), bei der auch Herriot anwesend war und eine Rede hielt (deren Wiedergabe in GENERAL-ANZEIGER DER STADT FRANKFURT A. M., Nr. 134 vom 11. Juni 1927, S. 4).

gen, die Ihr Präsident[15] durch die Worte Locarno und Genf, durch den Hinweis auf den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund[16] bezeichnete, wurde ihm nicht leicht gemacht. Die Höflichkeit, die gerade dem Sieger am ehesten ansteht, wurde ihm gegenüber lange vernachlässigt. Die Leistungen, die es übernehmen musste, waren übermenschlich und wären niemals von dem Volke ertragen worden, wenn nicht der Gedanke der Staatsraison in ihm jahrhundertealtes Erbteil gewesen wäre. Der Geschichtsforscher sieht heute noch den Ausgang des Krieges für Deutschland vielfach nur in verlorenen Gebietsteilen, verlorener praktischer Kolonialbetätigung, verlorenem Staats- und Volksvermögen[17]. Er übersieht vielfach den schwersten Verlust, den Deutschland mit erlitten hat. Dieser schwerste Verlust bestand meiner Auffassung nach darin, dass jene geistige und gewerbliche Mittelschicht, die traditionsgemäss Trägerin des Staatsgedankens war, ihre völlige Hingabe an den Staat im Kriege mit der völligen Aufgabe ihres Vermögens bezahlte und proletarisiert wurde[18]. Wie weit die Staatsraison dazu befugt war, dieses Opfer von einer ganzen Generation zu fordern, dieses Opfer, das darin bestand, dass das vom Staate ausgegebene Geld wertlos und nicht wieder ersetzt wurde, darüber ist der Streit der Geister und vielleicht auch die Praxis der Gesetzgebung bis heute nicht zum Abschluss gekommen. Aber alles, was in Deutschland in der Zeit nach dem Kriege vorgegangen ist, muss auch nach dem Gesichtspunkte dieser Stimmung einer völlig entwurzelten Schicht angesehen werden. Zu dieser Schicht gehörte nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages das Offizierkorps der alten Armee[19], gehörte auch derjenige Teil der heranwachsenden Generation, der im alten Deutschland vielfach nur die Arbeit im Offizier- und Beamtenkorps gekannt hatte. Hier handelt es sich um eine wirtschaftliche Entwurzelung. Zu denen aber, die geistig und politisch plötzlich in ihrem Denken und Empfinden ohne feste Basis dastanden, gehörten alle diejenigen, denen das halbtausendjährige Bestehen einer Monarchie fest in Herz und Hirn geschmiedet

---

[15] Gemeint ist Fredrick Stang (vgl. oben Anm. 3) mit seiner vorherigen Begrüßungsansprache.

[16] Mit Locarno bezieht sich Stresemann auf die dortige Konferenz im Oktober 1925 und die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215. – Zum deutschen Eintritt in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[17] Stresemann bezieht sich hier auf Bestimmungen des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919 (Text im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES).

[18] Deutschland hatte einen Großteil seiner Kosten des Ersten Weltkriegs durch neun Inlandskriegsanleihen aufgebracht. Die bereits während des Krieges einsetzende Inflation und die Hyperinflation des Jahres 1923 machten diese Anleihen praktisch wertlos.

[19] Der Versailler Vertrag hatte in seinem Art. 159 die Reduktion der Zahl der deutschen Offiziere auf 4000 verfügt (vgl. ebd., S. 163).

war. Sie alle hatten im Weltkrieg das Auf und Ab durchgemacht, aber den tiefen Fall hatte niemand erwartet. Sie wollten nicht mit de[m][20] Alten brechen, weil sie sich in das, was vorgegangen war, nicht hineinzufinden wussten. Dazu kam, wie vielfach in der Geschichte, der Übereifer der Neuerer, die das Neue zu stark herausstellten, statt das Alte mit dem Neuen gewissermassen zu verbinden.

Getreten und gedemütigt, Bettler, die einst die Führenden waren, wandte sich diese Schicht Deutschlands in der schärfsten Kritik, die aus ihrem Lebenspessimismus zu verstehen ist, gegen ungerechtfertigte Angriffe von aussen, gegen eine Verachtung des Traditionellen im Innern. Weiter hatte die Entwicklung nach diesem Sturz der bis dahin führenden Schicht – damit meine ich nicht etwa den Adel und das Grossgrundbesitzertum, sondern den Mittelstand, der sein in einer Lebensarbeit erworbenes Vermögen verrinnen sah und die nackte Existenz wieder gründen musste – die starke Erschütterung der ganzen Gesellschaftsform des alten Deutschland zur Folge. Dann kam eine weitere politische Erschütterung: der Ruhrkrieg[21]. Noch einmal brauste das Gefühl der Vergewaltigung in äusserstem Widerstand auf. Aber es begann doch schon zu differenzieren zwischen denen, von denen es glaubte, dass sie den Kampf gegen Deutschland weiterführen wollten, und denen, die seine rechtliche Basis schon damals nicht für gegeben hielten. Es kamen aus den Vereinigten Staaten von Amerika Stimmen, die erkennen liessen, dass Amerika ein friedliches und einiges Europa als Basis für eine Zusammenarbeit und ein Zusammenwirken wünschte. Es kam die Konferenz in London über den Dawes-Plan[22]. An die Stelle der Wirtschaftler und der Bankengruppen traten die Staatsmänner und von MacDonald[23] kamen damals, als er Downing Street verliess, die Worte, in seinen Ohren klinge das

---

[20] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „den“. An den anderen nachgewiesenen Druckorten, wohl zutreffend: „dem“.

[21] Am 11. Januar 1923 besetzten französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet mit der Begründung, dem Schutz der entsandten Ingenieure zu dienen, die nun selbst die Beschaffung der ausstehenden Reparationsleistungen an Holz und Kohle vor Ort in die Wege leiten sollten (vgl. die betr. Note der französischen Regierung vom 10. Januar 1923 in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 16–18); nach dem Einmarsch wurde der Belagerungszustand verkündet (ebd., S. 18–20), was zusammen mit dem passiven Widerstand von deutscher Seite zum nachfolgenden „Ruhrkampf“ führte.

[22] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat.

[23] Ramsay MacDonald (1866–1937), britischer Premierminister 23. Januar – 4. November 1924 (zugleich Außenminister) und 5. Juni 1929 – 1935. – Vermutlich bezieht sich Stresemann nachfolgend auf eine Szene nach der Unterzeichnung des Dawes-Plans; ein Beleg für die Anekdote der Erwähnung des schottischen Liedes konnte nicht ermittelt werden.

alte schottische Lied: „Should old acquaintance be forgot?“

Das verwundete deutsche Volk sah zum ersten Male seine Vertreter nicht als Objekt der Gesetzgebung anderer, sondern in einer gemeinsamen Verhandlung mit ihnen, es vernahm aus dem Munde Herriots die Zusicherung der Ruhrräumung[24]. In dem heftigen Kampf zwischen dem Pessimismus, der an die Änderung der Weltpsyche nicht glaubte, und denen, die bewusst einen anderen Weg beschritten, siegten die letzteren. Ihnen zur Seite stand neben den nicht Zahlreichen, die den Weg von Anfang an mit gingen, die Arbeiterklasse, die, nicht weniger national als irgendeine andere Gruppe in Deutschland, alte Verbindungen wieder angeknüpft hatte und in ihren politischen und gewerkschaftlichen Kameraden Helfer zu finden hoffte in ihrem Ideal des Zusammenwirkens der Völker.

An die Spitze der französischen Aussenpolitik trat Briand[25], der Nachfolger Herriots, der die Zusicherung der Ruhrräumung einlöste. Es kam mit der deutschen Initiative des Memorandums vom 9. Februar 1925[26] die Inauguration der Politik von Locarno. Es wäre eine Unwahrheit, zu sagen, dass diese Politik vom ersten Augenblick an freudige und herzliche Zustimmung gefunden hätte. Misstrauen draussen verhinderte die schnelle Beantwortung des deutschen Schrittes[27]. Missdeutung im Innern trat ihr entgegen, die schwächliche Resignation da sah, wo in Wirklichkeit eine aktive Politik einsetzte, die man glaubte als eine Verzichtspolitik bezeichnen zu können. Neue Fragen warf die Gegenseite in die Debatte, um Deutschlands Wunsch nach Frieden zu erproben. Der Eintritt in den Völkerbund wurde als Voraussetzung

---

[24] Am Rande der Londoner Konferenz wurde von Herriot und von belgischer Seite die Räumung des Ruhrgebiets, der „Sanktionsstädte“ und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257).

[25] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Die nachfolgend angesprochene Räumung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Besatzungstruppen war am 31. Juli 1925 abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[26] Stresemann bezieht sich auf die Initiative des Auswärtigen Amtes, das zunächst im Januar (nur) in London, dann im Februar in Paris in der Sicherheitsfrage sondiert und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein“ garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar u. 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60).

[27] Stresemann spielt darauf an, daß nach einer kurzen Notifizierung durch die französische Regierung vom 20. Februar 1926 (ebd., S. 69) die erste inhaltliche Antwort aus Paris erst durch eine Note vom 16. Juni 1925 (ebd., S. 100–103) erfolgte.

geschaffen für die Bekräftigung der Locarno-Verträge[28]. Welche Wendung sprach sich darin aus! Einst hatte Deutschland 1919 den Eintritt in den Völkerbund erstrebt[29] und war von kurzsichtigen und einsichtslosen Leuten in diesem Wunsche zurückgewiesen worden. Jetzt wünschte man seinen Eintritt. Der Völkerbund, begründet als Bund der Sieger, strebte nach der Mitarbeit und Versöhnung mit seinen mächtigsten Gegnern aus dem Weltkrieg. Auch hier galt es, starke Empfindlichkeit zu überbrükken. Denn nicht immer war, nach Auffassung Deutschlands, das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Bestimmungen des Völkerbundes zum Siege gekommen in seinen Beschlüssen über das Schicksal einst deutscher Länder[30]. Dann kam im Auf und Ab zwischen Misstrauen und Vertrauen die Verständigung über die Verträge. Dann kamen falsche Taktik und falsche Empfindlichkeit, die noch einmal im März 1926 Deutschlands Eintritt in den Völkerbund unmöglich machten[31]. Damals aber kamen auch die Worte der bekannten Entschliessung der einstigen Alliierten[32], dass sie auch ohne die offizielle Aufnahme Deutschlands so handeln würden, als wenn Deutschland dem Völkerbund angehörte.

Im September geschah Deutschlands Eintritt in den Völkerbund, bei dem Herr Briand in einer Rede, die in allen Erdteilen gehört wurde[33], davon sprach, dass die Zeit der Kanonen und Mitrailleusen vorbei sein müsse, und in der er die Worte sprach, die über diesem Jahrhundert stehen sollten, dass die beiden grossen Völker, Deutsche und Franzosen, so viel Lorbeeren im Kriege auf den Schlachtfeldern gegenseitig errungen hätten, dass die Zukunft sie nur sehen sollte im Wettbewerb um die

---

[28] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[29] In den deutschen Gegenvorschlägen vom 29. Mai 1919 zu den alliierten Friedensbedingungen hatte Deutschland seine Abrüstung angeboten unter der Voraussetzung, daß es gleichberechtigtes Völkerbundsmitglied werde; dies hatten die Siegermächte am 16. Juni 1919 zurückgewiesen (vgl. URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 467–469).

[30] Stresemann bezieht sich hier wohl in erster Linie auf die Rolle des Völkerbunds bei der Grenzziehung in Oberschlesien von 1921, die nach vorangegangener Volksabstimmung vom März 1921 und nach einem Schiedsspruch des Völkerbundsrates vom Obersten Rat der Siegermächte im Oktober 1921 verfügt wurde und Oberschlesien zwischen Deutschland und Polen teilte.

[31] Im März 1926 war der Eintritt Deutschlands daran gescheitert, daß gleichzeitig auch von anderen Staaten ein ständiger Sitz im Völkerbundsrat gefordert wurde, wie er Deutschland zugestanden worden war (vgl. dazu etwa in dieser Edition die Rede Stresemanns vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf vom 17. März 1926).

[32] Am 16. März 1926 hatten sich die Locarno-Mächte bei ihren Verhandlungen auf ein Kommuniqué geeinigt, das u. a. feststellte, „daß das Friedenswerk, das sie in Locarno verwirklichten […], dadurch [durch den vorläufigen deutschen Nichtbeitritt zum Völkerbund] nicht beeinträchtigt wird“ (Text des Kommuniqués in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,1, S. 720).

[33] Zum deutschen Beitritt am 10. September 1926 vgl. oben mit Anm. 16. – Zu Briands Rede bei dieser Gelegenheit vgl. SCHULTHESS 67 (1926), S. 477–481. Die offiziellen Reden dieses Tages wurden auch im Rundfunk übertragen.

grossen idealen Ziele der Menschheit.

Wer diese Stunden in Genf erlebt hat, der wird sie in seinem Leben nicht vergessen.

Nicht immer folgen in der Geschichte der Völker den Worten sogleich die Taten. Die Geschichte misst mit anderen Massstäben der Zeit als das Leben des einzelnen Menschen. Der Mensch ist zu leicht geneigt, seinen eigenen Massstab an die Entwicklung der Geschichte zu legen. Die Zeiten, die seitdem gekommen sind, zeigten Wellenberge und tiefe Täler, zeigten keimendes Vertrauen, auf das der Schnee des Misstrauens und der Kriegspsychose folgte, zeigen gegenwärtig mehr eine Vertrauenskrisis in die ganze Entwicklung des Friedens als eine einmütige Bejahung von allen Völkern der Erde.

Das waren die Vorgänge, die sich draussen ausserhalb in diesem ersten Versuche des Sichwiederfühlens, des Sichwiederzusammenlebens zwischen den einstigen Gegnern zeigten. Diese Entwicklung ist nicht eine geradlinige gewesen. Ich habe ausdrücklich Wert darauf gelegt, sie nicht mit irgendeiner Retusche zu versehen, sondern den Niederbruch und das Auf und Ab im Kampfe zu zeigen. Denn nichts scheint falscher in der Geschichtsforschung und -erzählung der einzelnen Völker, als wenn der heranwachsenden Jugend das, was an Grossem geschieht, so dargestellt wird, dass man meinen müsste, es hat sich von selbst ergeben. Es ist nichts falscher, als das Ergebnis gleich hinter den Anfang zu stellen, als ob es etwas anderes nicht geben könnte. Nur der Kampf bringt den Menschen vorwärts. Das Leben des einzelnen Menschen ist ein ständiger Kampf mit Irrtümern und Hindernissen. Nie ist ein Sieg schöner zu empfinden, als wenn vorher Kampf gewesen und Entwicklung. Das Leben des Menschen ist kein geebnetes Parkett, auf dem der einzelne ohne Kampf vorwärtskommen kann, wie es ihm gefällt. Es ist falsch, im Pessimismus zu vergehen, weil eine kleine Zahl von Jahren nicht die Erfüllung des Ideals gebracht. Eine vollkommene Erfüllung des Ideals wäre ja das Aufhören des eigentlichen Lebensdranges. Denn das Menschenleben hätte keine Bedeutung mehr, wenn ihm nicht übrig bliebe, etwas zu tun, um dem zuzustreben, was dem einzelnen Menschen vor Augen steht. Deshalb will ich mit dieser Darstellung der Schwierigkeiten nicht dem Pessimismus das Wort reden, sondern ich will mich an alle diejenigen wenden, die da fragen, warum wir nicht weiter sind, will ihnen zeigen, dass man in einer solchen Zeit auch noch nicht erwarten kann, dass auf allen Seiten Misstrauen und alte Auffassungen wie mit einem Schlage einer neuen Erleuchtung weichen.

Da diese Entwicklung nicht eine geradlinige war, weil der hochgesteigerten Hoffnung die Enttäuschungen folgten, war auch die Geistesentwicklung Deutschlands nicht eine gerade Linie. Ein Volk des Individualismus, wie das deutsche, lässt sein Fühlen und Empfinden nicht ohne weiteres auf einen gleichen Nenner bringen. Und doch kann heute gesagt werden, und die letzten Reichstagsdebatten[34] haben es bewiesen, dass in dem Willen nach Frieden und Verständigung die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes sich einig ist.

Dabei sehe ich ab von dem Extrem der Empfindung links und rechts. Ein Volk, das durchgemacht hat, was das deutsche Volk durchgemacht hatte, bietet naturgemäss einen Nährboden für die Extreme. Die beste Mittelladung des deutschen Schiffes, die es vor harten Schwankungen bewahrte, die unendlich wertvolle staatsbürgerliche Mittelschicht der Vergangenheit, ist nicht mehr vorhanden. Die entwurzelten Existenzen sehen ihr Heil in einer völligen Umkehrung der Dinge. Die grosse Welle des Bolschewismus brandete gerade auch an der deutschen Mauer. In ihren Abzweigungen zeigt sie den Bolschewismus links und den Nationalbolschewismus nach rechts. Wenn ein Volk, dessen Währung so zusammenbrach[35], dessen Umschichtung so gewaltsam war wie die unserige, das sich in völlig neue Entwicklungen in kurzer Zeit einleben musste, dieses Bolschewismus nach beiden Seiten Herr geworden ist, so zeigt dies gerade das Gesunde seines Geistes und Arbeitswillens, den Sieg des Realpolitischen über das Imaginäre und über den Illusionismus.

Ein deutscher Staatsmann der Nachkriegszeit hat davon gesprochen, dass das napoleonische Wort, die Politik sei unser Schicksal, heute nicht mehr bestehe[36]. Er hat geglaubt, davon sprechen zu können, dass heute die Wirtschaft unser Schicksal sei. Ich vermag diese Umkehrung nicht anzuerkennen. Aber anerkennen will ich, dass die Politik der Völker und Nationen kaum jemals von wirtschaftlichen Entwicklungen und Tendenzen so beeinflusst worden ist, wie gegenwärtig. Und wenn ich deshalb, nicht weil es das Wichtigste ist, vom Wirtschaftlichen aus beginne, so ist festzustellen, dass der alte Trieb des Deutschen, zu arbeiten und zu schaffen, Ein-

---

[34] Stresemann bezieht sich auf die Reichstagsdebatten vom 23. und 24. Juni 1927, die am 23. Juni mit seiner Regierungserklärung zur Außenpolitik (vgl. in dieser Edition) eröffnet wurden.

[35] Stresemann meint offenbar die Hyperinflation vom Spätsommer und Herbst 1923.

[36] Dies bezieht sich auf Walther Rathenau (1867–1922), Reichsminister für Wiederaufbau 1921; Reichsaußenminister 1922. Er hatte eine Rede in München vom 28. September 1921 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie unter dem Titel „Die Wirtschaft ist Schicksal“ veröffentlicht und damit Napoleons Diktum „Die Politik ist das Schicksal“ widersprochen. – Vgl. auch VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 (Abendausgabe) vom 28. September 1921, mit einer Wiedergabe des Vortrags, die in dieser Sentenz gipfelt.

gestürztes wieder aufzubauen, sich in einem kaum noch vollendeten Jahrzehnt im deutschen Volke in guter Weise gezeigt hat. Man hat nicht etwa in manchesterlichem Sinne die Sozialpolitik zum Stoppen gebracht. Man hat sich vor allem in weitgehendem Masse bemüht, die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen zu mindern[37]. Vielleicht sind manche Entwicklungen stärkster Arbeitsintensität durch diese weitgehende soziale Fürsorge des Staates zeitweilig sogar zurückgedrängt worden. Aber in ihrer Gesamtheit zeigt diese Politik den richtigen Weg. Man hat im neuen Deutschland die Arbeiterklasse, gleichgültig welche politische Vertretung sie sich gab, an das Reich und den Staat gebunden. Gegenüber aller Kritik, die vielfach sich geknüpft hat an den angeblich überwiegenden Einfluss dieser Schichten, möchte ich doch das eine feststellen, dass die dadurch bewirkte Bindung der ganzen Nation an den Staat ein Ergebnis ist, das weit höher zu werten ist als die Unzulänglichkeit oder Einseitigkeit der Gesetzgebung. Ein ganzes Volk steht heute in der Verantwortlichkeit hinter dem Staat und seiner Zukunft. In allen Städten und Gemeinden ist die grundsätzliche Opposition und Negation gebunden worden und an Stelle einer Zeit vor Jahrhunderten, da der König[38] mit Recht sagen konnte, er sei der erste Diener des Staates, hat die Gegenwart alle Schichten des Volkes als Diener des Staates vorgesehen.

Keine Änderungen der Parteikonstellation können an diesem Gesamtwillen, keine Schicht von der Mitarbeit und Verantwortung am Staate auszuschliessen, irgend etwas ändern. Das gab eine starke Mauer gegenüber dem Extrem, gab die Gemeinschaft der Idee zum Wiederaufbau des Staates, die Grundlage der Konsolidierung wie der Erhaltung der Reichseinheit. Deutschland war einig in dem Willen seines ganzen Volkes, diese Einheit zu bewahren gegen den grössten Ansturm von innen und aussen. Es war im Unglück stärker als im Glück.

Dieser Gebundenheit der einst prinzipiell staatsfeindlichen Schichten stand in den ersten Jahren, unterstützt von der Nichtrücksichtnahme auf wichtige Imponderabilien der Volksseele, die Abneigung weiter intellektueller und mächtiger produzierender Schichten gegen das neue Staatsleben gegenüber. Diese Negierung, Abneigung und Feindschaft ist heute auf wenige rechtsradikale Kreise beschränkt. Der Heranzie-

[37] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 295 (Morgenausgabe) vom 28. Juni 1927, berichtete, daß zum 15. Juni die Arbeitslosigkeit in Deutschland im Vergleich zum Vormonat erneut um 16,8 % zurückgegangen sei. – Die Reichsregierung hatte zudem im Dezember 1926 im Reichstag einen Gesetzentwurf für eine Arbeitslosenversicherung eingebracht, der allerdings noch nicht angenommen war, sondern noch in den Ausschüssen beraten wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, I, S. 539, Anm. 5 u. 6); zum konkreten Inhalt des Gesetzesentwurfs vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 12 (Morgenausgabe) vom 8. Januar 1927.

[38] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

hung derjenigen, die einst in alten Zeiten den Staat negierten, folgte die Heranziehung derjenigen Schichten, die zuerst glaubten, den neuen Staat und die neue Staatsform ablehnen zu müssen. Auch hier vermögen Tagesereignisse und Tagespolitik nichts an der geschichtlichen Tatsache zu ändern, dass hier eine gemeinsame Arbeit an dem Ganzen erreicht ist, die ich kennzeichnen möchte an der einen Tatsache, dass in dem industriellsten Lande Deutschlands, in dem Land, in dem die Sozialdemokratie auf die längste Tradition zurücksehen kann, in dem früheren Königreich, dem heutigen Freistaat Sachsen[39], ein Ministerium die Geschäfte führt, in dem Sozialisten mit Deutschnationalen gemeinsam arbeiten[40]. Der Drang zur Sachlichkeit wird auf die Dauer stärker sein als aller Parteiwille. Die Verschiedenheit der Auffassungen ist ja heute gar nicht mehr gekennzeichnet durch die Grenzen der Parteien und Fraktionen, sondern geht mitten hindurch durch die einzelnen Parteien. Schliesslich siegte über alle Verschiedenheit der Anschauungen der Gedanke, dass alle Hände notwendig waren zum Aufbau, und dass die Söhne und Enkel, die einst rückblicken werden auf diese Zeit, die Palme der Anerkennung nur denen reichen werden, die in dieser schweren Zeit nicht beiseite standen, sondern Hand mitanlegten, um das zusammengestürzte Haus wieder aufzubauen.

Gewiss, der Streit um Altes und Neues ist noch nicht ausgefochten. Wie sollte das auch in einem Jahrzehnt möglich sein!

Aber gegenüber der Idee und der Kampfstellung „Altes oder neues Deutschland“ fand sich die Synthese des Alten mit dem Neuen. Niemand in Deutschland kämpft für die Wiederherstellung dessen, was war. Seine Schwächen und Fehler liegen zutage. Aber was weite Schichten fordern als Anerkennung im neuen Deutschland, das ist die Achtung vor dem, was gross und ehrwürdig in dem alten gewesen ist. Alle Entwicklung knüpft an an Persönlichkeiten, die ihr Sinnbild sind. Die Persönlichkeit, die die Synthese des Alten und Neuen in sich vollzieht, erscheint dem deutschen Volk in der Gestalt seines Reichspräsidenten[41], der dem Manne[42] gefolgt ist, der als erster

---

[39] In Leipzig in Sachsen wurde 1863 der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, der sich 1875 mit der 1869 gegründeten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands zusammenschloß, die sich 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschlands umbenannte.

[40] In Sachsen regierte (formal allerdings erst vom 30. Juni 1927 an) eine Koalition, der neben Ministerpräsident Heldt (Alte Sozialistische Partei Sachsens, eine Rechtsabspaltung der SPD) u. a. auch ein Mitglied der DNVP als Minister angehörte.

[41] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[42] Friedrich Ebert (1871 – 28. Februar 1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925. Ebert war zuvor seit 1913 Vorsitzender der zu dieser Zeit oppositionellen SPD gewesen.

Präsident des Deutschen Reiches, hervorgegangen aus der grundsätzlichen Opposition, mit grossem Takt und politischer Weisheit und mit Vaterlandsliebe den Weg vom drohenden Chaos zur Konstitution[43], von der Konstitution zum Wiederaufbau geebnet hat. In dem vom Volke gewählten Reichspräsidenten v. Hindenburg sieht das Volk in grosser Einigkeit weit über Parteien hinweg die Persönlichkeit, die es deshalb so hoch achtet, schätzt und liebt, weil sie, aufgewachsen in den Traditionen des alten Kaiserreichs, die Pflichten gegenüber der jungen Republik in schwerster und das Herz am meisten angreifender Zeit erfüllte. Und deshalb ist in der Persönlichkeit des Reichspräsidenten die Idee der Volksgemeinschaft verkörpert. Das wird dazu führen, dass demnächst an seinem achtzigsten Geburtstage[44] sich alles zusammenfinden wird, um an diesem Tage zu zeigen, dass der Begriff Deutschland der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes höher steht als der Begriff einzelner Parteien und der Weltanschauungskämpfe.

Man ist gewiss nur schwer und zögernd zu dieser Auffassung der Bekundung der Treue zum neuen Deutschland gekommen. Aber mit jedem Tage sind die Reihen derer stärker geworden, die sich hier zusammenfanden. Und nicht, was im Überschwang der Änderung von heute auf morgen, sondern was im harten Ringen und Gegenspiel der Seele wurde, gibt Gewähr für seinen Bestand. Man kann nicht kommen und sagen wie der Bischof[45] zu dem merowingischen König[46]: „Beuge dein Haupt in Demut, stolzer Sigambrer, bete an, was du verbrannt hast, und verbrenne, was du angebetet hast.“ Solche Entwicklungsprozesse gehen nicht von heute auf morgen, sondern sie müssen durchgekämpft werden in der Seele. Und wer nach hartem Kampfe sich dazu bereit findet, nunmehr um des Vaterlandes willen mit Liebe und Treue dem deutschen Volke zu dienen und für das heutige Deutschland zu kämpfen, der ist für diesen Bestand viel wichtiger als manche, bei denen diese Entwicklung nur kurze Zeit gebraucht hat.

---

[43] Gemeint ist die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“), die am 31. Juli 1919 von der Nationalversammlung in Weimar beschlossen und am 11. August 1919 ausgefertigt wurde; veröffentlicht u. a. in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

[44] Für Hindenburgs 80. Geburtstag am 2. Oktober 1927 waren bereits verschiedene Vorbereitungen in Form von Sammlungen und ähnlichem im Gange. So hatte u. a. die Reichsregierung nach einem entsprechenden Beschluß des Kabinetts vom 20. Juni 1927 zu einer „Hindenburg-Spende“ für ein Geburtstagsgeschenk aufgerufen und die Veröffentlichung einer Briefmarke angekündigt (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 288 [Morgenausgabe] vom 21. Juni 1927).

[45] Gemeint ist Remigius (ca. 436–553), Bischof von Reims.

[46] Chlodwig I. (466–511), fränkisch-merowingischer König. – Das nachfolgende Zitat, das Remigius bei der Taufe Chlodwigs gesprochen haben soll, überliefert Gregor von Tours in seinen Historiae (auch Historia Francorum).

An die Stelle des Kampfes gegen die neue Staatsform, an die Stelle träumender Resignation, die allein in die Schönheit vergangener Zeiten sich versenkte, ist der Gedanke aktiver Mitarbeit getreten. Deshalb hat mit diesem republikanischen Deutschland nicht nur die Gegenwart, sondern auch die Zukunft zu rechnen.

Aber die Staatsform ist nicht das Entscheidende im Leben der Völker, sie hat nichts zu tun mit dem Gedanken des Sozialismus oder des Nationalismus. Ja, man kann sogar fragen, ob nicht beispielsweise auf wirtschaftlichem Gebiete die Herrschaft der Parteien dem Kapitalismus mehr Einfluss öffnet, als es andere Regierungsformen getan haben. In Deutschland ist die Wirtschaft gerade durch ihre Bindungen, durch die ganze Gestaltung, die Europa gewonnen hat, die erste mit gewesen, die nach dem Kriege den Weg über die Grenzen, den Weg internationaler Verflechtung gefunden hat. Ich sehe die Entwicklung zur Konzernbildung, die sich überall in der Welt vollzieht, an sich nicht als einen Fortschritt für die Völker und Menschen an. Ich bedaure es, dass hiermit immer weiter die Zahl der selbständigen Persönlichkeiten abnimmt, die mit eigenem Risiko für das Haus, das ihren Namen trägt, einstehen. Das, was einst die Wirtschaft in die Höhe brachte, war die Einzelpersönlichkeit.

Es hat aber keinen Sinn, über Vergangenes theoretisch zu klagen. Die Entwicklung war gegeben durch alles, was mit dem Weltkriege zusammenhing. Dieser Weltkrieg hat Europa aus seiner bisherigen Stellung herausgerissen und zu einem aus vielen Wunden blutenden Erdteil gemacht, der nicht nur in Deutschland wertvolle Schichten der Bevölkerung verarmt sieht. „Wo das Eisen wächst in der Berge Schacht, da entspringen der Erde Gebieter.“[47] Europa ist nicht mehr der Erdteil, in dessen Boden die Hauptrohstoffe der Welt ruhen, so wenig, wie wir uns einbilden können, dass Europa in der Welt führend ist. Deshalb rücken die Völker Europas zusammen, um sich zu schützen vor Überwältigung und Überflutung. Und soweit Wirtschaft auf Politik einwirkt, ist dieses Aneinanderrücken, mag es auch wirtschaftlich bedenklich sein, doch ein Fortschritt für das Verständnis der Völker und für den Frieden. Mag das Psychologische dieser Milliardenunternehmungen auch den Soziologen zu manchen Bedenken Veranlassung geben, so ist es doch ein Aktivum für das gegenseitige Verständnis der Völker.

Damit komme ich zu den geistig-politischen Strömungen im heutigen Deutschland.

[47] Ein Zitat aus Friedrich von Schillers 1803 uraufgeführtem Drama „Die Braut von Messina oder die feindlichen Brüder“ (Text u. a. in: Friedrich Schiller. Werke und Briefe in zwölf Bänden. [...] Bd.5. Frankfurt a. M. 1996, S. 302).

Man hält diesem Deutschland vor, dass sich in ihm Hunderttausende zusammenfinden in Organisationen, die die Erinnerung an die Kriegserlebnisse lebendig halten, die vom Frontsoldatentum sprechen, vom Frontgeist und von ähnlichen Dingen. Ich möchte aber an alle die Frage richten: Kann das psychologisch anders sein? Ich war im Kriege nicht an der Front[48], aber wenn ich es gewesen wäre, dann wäre das wohl das Grösste und Eindrucksvollste, was das Leben eines Menschen in sich aufzunehmen vermag. Diese Hingabe des einzelnen Ich an die Staatsidee, dieses Aufsspielsetzen des Lebens, diese Anspannung aller Triebkräfte, all diese Erinnerungen mit Gleichgesinnten zu besprechen, in welchem Lande der Welt geschieht es nicht? Wir haben keinen Lethestrom[49] der Gegenwart, der den Menschen das Bild nimmt, das in ihrer Erinnerung lebt, und dem Einzelnen die Möglichkeit gibt, zu vergessen, was vor seinen Augen steht.

Ebenso wie in Deutschland, lesen wir, dass in Frankreich die anciens combattants zusammenkommen. Ist es nicht für Herrn Briand eine Freude, wenn diese anciens combattants ihn rufen, um seine Ansichten zu hören, wenn er mit ihnen sprechen kann, er sich mit ihnen eins fühlt? Ich habe die Rede des Herrn Briand gelesen, die er vor den Kriegern, die im Orient gestanden haben, gehalten hat[50] und in der er davon sprach, dass einer der drei glücklichsten Momente seines Lebens der gewesen, als er die Nachricht erhalten hatte, dass Verdun[51] von den Deutschen nicht erobert sei. Warum will man es da einem Deutschen verdenken, dass er ebenso zu den glücklichsten Augenblicken seines Lebens die Stunde zählt, in der ihm die Kunde von der Schlacht von Tannenberg[52] ward, von der Bewahrung deutschen Bodens vor dem Ansturm der Gegner? Ich wende mich an Herrn Briand selbst, erinnere an seine Worte in Genf[53], als er von den grossen Taten beider Völker im Ringen gegeneinander in mächtigen Zeiten der Vergangenheit sprach, von Taten, die so gross waren, dass sie keiner neuen Taten mehr bedürfen. Ich bin so sicher wie Herr Briand, dass

---

[48] Stresemann wurde in verschiedenen Phasen des Krieges und wiederholt aus gesundheitlichen Gründen für dienstuntauglich erklärt.

[49] Die Lethe war in der griechischen Mythologie einer der Flüsse der Unterwelt, aus dem die Verstorbenen trinken mussten, was zum vollständigen Vergessen führte.

[50] Briand hielt diese Rede am 6. Februar 1927 auf einem Bankett der Veteranen der Orient-Armee; Text in SUAREZ VI, S. 246–250.

[51] Um Verdun fand 1916 eine der größten und längsten Schlachten des Ersten Weltkriegs statt; die deutsche Armee scheiterte mit ihrem Ziel, Verdun einzunehmen.

[52] Mit dem Sieg in der Schlacht von Tannenberg (Ostpreußen) Ende August 1914 gelang es der deutschen Armee unter der Führung Hindenburgs, die in die Provinz eingedrungenen russischen Kräfte wieder aus Ostpreußen zu vertreiben.

[53] Gemeint ist Briands Rede anläßlich des deutschen Völkerbundsbeitritts am 10. September 1926 (vgl. oben mit Anm. 33).

gerade diejenigen, die den Weltkrieg an der Front mitgemacht haben, in all seiner Grösse und in all seinem Grauen, die Träger einer neuen Zukunft des Friedens sein werden. Darüber können irgendwelche Reden einzelner nicht hinwegtäuschen.

Nur sei man auch, wenn man von der Geistesverfassung Deutschlands redet, nicht ungerecht. Frankreich erklärt in allen Reden seiner Staatsmänner, dass es das Frankreich des Friedens ist, das Land, das den Frieden ansieht als das grosse Ideal aller Menschen. Und dieses Frankreich hat seinen Arc de triomphe, ehrt in einem wundervollen Denkmal die Erinnerung an Napoleon I[54]. Warum erregt man sich dann, dass an Friedrichs des Grossen Denkmal[55] in Deutschland Kränze niedergelegt werden, und dass wir uns erbauen an dem, was deutsche Heimatliebe in der Verteidigung von Haus und Hof, von Frau und Kind einst erlebte auf dem blutgetränkten Boden Deutschlands, der mehr als irgendein anderer vom Kriege zerstampft wurde? In jedem Lande lebt die Erinnerung an die Zurückwerfung derjenigen, die das Land zu erobern suchten. Man singt hier in Norwegen von dem Tode des mächtigen Mannes, der zu rütteln versuchte an der Unabhängigkeit dieses Landes[56]. In jedem Menschen lebt die Erinnerung an Kämpfe und Grössen der Vergangenheit. Diese Erinnerungen sind nicht unvereinbar mit der Liebe zum Frieden für die Zukunft. Genau so wie ein Mensch Ruhe und Ausruhen dann am meisten empfindet, wenn er sein Leben durch Stürme und Kämpfe geführt hat. Nur dann findet man das Meer ruhig, wenn es vordem vom Sturm durchwühlt war. Wir wollen uns nicht darüber täuschen, dass die Erde kein Paradies ist. Was wir wollen, ist der feste Wunsch, dass die Zukunft eine andere, eine neue Aera bringen müsse, aufgebaut auf den Idealen, die aus dem Blute der Kämpfe erwachsen sind. Wo sollte diese Erkenntnis stärker sein als in Europa, und in Europa in den Ländern, die am meisten unter dem Kriege gelitten haben?

Es war ein Wendepunkt europäischer Entwicklung, als von deutscher Seite die Politik inauguriert wurde[57], die über Locarno nach Genf führte. Lesen Sie, was Herr

---

[54] Napoleon I. (1769–1821), Kaiser der Franzosen 1804–1814/15. – Der Arc de triomphe in Paris wurde ab 1806 auf Veranlassung Napoleons zur Verherrlichung seiner militärischen Siege errichtet.

[55] Gemeint ist das Reiterstandbild Friedrichs II. Unter den Linden in Berlin. – Möglicherweise bezieht Stresemann sich hier indirekt auf eine Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré vom 19. Juni 1927 in Lunéville, in deren Verlauf er Deutschland den Willen zum Frieden absprach und die Auflösung der deutschen „Militärvereinigungen“ (also wohl der Veteranenverbände) forderte (Text in LE TEMPS, Nr. 24049 vom 20. Juni 1927, S. 2).

[56] Auf welches Lied und welches damit verknüpfte Ereignis sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Möglicherweise handelt es sich um ein Stück aus der Saga-Literatur.

[57] Vgl. oben mit Anm. 26.

Briand über die Bedeutung dieses Entschlusses Deutschlands gesagt hat[58]. Deutschland hat auf diesem Wege manche und schwere Enttäuschungen erlebt. Es ist hier nicht der Ort, im einzelnen darauf einzugehen. Ich sehe auch Locarno nicht lediglich an unter dem Gesichtspunkt der Auswirkung für Deutschland allein. Für mich ist Locarno viel mehr. Es ist einmal der Zustand des dauernden Friedens am Rhein, gewährleistet durch feierlichen Verzicht der beiden grossen Nachbarnationen auf Anwendung von Gewalt, gewährleistet durch die Verpflichtung anderer Staaten, demjenigen ihre Macht zu leihen, der entgegen dieser feierlichen Vereinbarung Opfer der Gewalt wird. Das ist die treuga dei, das ist der Gottesfriede, der dort herrschen soll, wo seit Jahrhunderten immer wieder die Völker blutige Kriege geführt haben. Er kann, er soll weiter die Unterlage sein für ein gemeinsames Zusammenwirken dieser Mächte, um den Frieden weiter zu verbreiten, wohin immer ihre moralische und materielle Macht und ihr Einfluss reicht. Für diesen Gedanken steht heute die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes ein. Hierfür ist heute auch die deutsche Jugend zu gewinnen, die in der Ausbildung der Einzelpersönlichkeit an Geist und Körper, im friedlichen Wettstreit olympischer Spiele und, wie ich hoffe, in geistiger und technischer Entwicklung ihr Ideal sieht.

Die für diese Ideen kämpfen, können aber auf die Dauer nicht Sieger bleiben in diesem Kampfe, wenn auf dem Boden eines Landes, das als das unterlegene Land trotzdem der Revanche absagt und dem Frieden sich bietet, auf Jahre hinaus fremde Bajonette stehen sollen[59]. Die Politik von Locarno ist unvereinbar mit der Politik des Misstrauens, der Gewalt, der Unterdrückung. Sie ist die Politik der Verständigung und des freien Willens. Sie ist die Politik des Glaubens an eine neue Zukunft und sollte gegenüber der Politik der Vergangenheit Politik der Zukunft sein. Deutschland sieht dieser Zukunft entgegen, konsolidiert in seinem Staatswesen durch letzte Arbeitsenergien, im grossen und ganzen konsolidiert in seiner Wirtschaft, die auf dem beengten Raume wachsenden Millionen Leben und Sicherheit geben soll, konsolidiert in seinen Ideen, die entsprechend der Einstellung von Kant[60] und Fichte[61] dem

[58] Worauf Stresemann sich hier bezieht, ist nicht sicher zu ermitteln; möglicherweise gilt der Bezug erneut der Rede Briands anläßlich des deutschen Beitritts in den Völkerbund (vgl. oben mit Anm. 33).

[59] Stresemann bezieht sich hier offenbar auf die Frage der Räumung der noch besetzten beiden südlichen Rheinlandzonen. Zuletzt hatte Botschaftsrat Rieth aus Paris in einem ausführlichen Bericht vom 25. Juni 1927 die Haltung französischer Kreis zur dieser Frage dargelegt (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 596–601).

[60] Immanuel Kant (1724–1840), deutscher Philosoph.

[61] Johann Gottlieb Fichte (1762–1814), deutscher Philosoph.

Frieden zustreben.

Verstehe ich Sie recht, dann war es Ihr Volk – ein Volk, das, in mehr als hundertjährigem Frieden lebend, diese Ideen bekräftigen wollte durch die Entscheidung des Nobelkomitees[62] – das den Männern von Locarno den Preis zuerkannte für ihr Streben. Sie sind damit den grossen Ideen Ihres Landes treu geblieben. Sie haben Ihre grosse friedliche Entwicklung benutzt zu schaffender weitsichtiger Arbeit auf den verschiedensten Gebieten der Wissenschaft und Forschung. Sie haben Männer entsandt nach fernen Erdzonen, die im faustischen Streben die menschliche Erkenntnis erweitern wollten bis zum Letzten der Dinge[63]. Sie haben Ihr mitfühlendes Herz geöffnet den Nationen, die unter der Nachkriegszeit litten, den von ihrem Urboden verjagten Völkern, die Opfer des Krieges und seiner Folgen wurden. So verbanden sich bei Ihnen Heimatliebe und Menschheitsstreben, nationaler Stolz mit internationalem Wirken.

Ich freue mich, in der Hauptstadt Ihres Landes heute den Dank aussprechen zu dürfen für diese Ehrung, die Sie uns erwiesen haben. Ich verbinde mit diesem Danke die Hoffnung, dass die Ideen, die Ihrer Ehrung zugrunde lagen, Gemeingut werden möchten der ringenden Nationen der Gegenwart. Möge in diesem Sinne wahr werden, was der grosse Deutsche[64], der wohl am meisten über die Grenzen hinaus auf die Völker wirkte, von seiner Zeit sagte: Wir bekennen uns zu dem Geschlecht, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt.[65]

---

[62] Vgl. oben Anm. 1.

[63] Stresemann bezieht sich hier wohl in erster Linie auf Fridtjof Nansen, dem als norwegischem Polarforscher 1895 die bis dahin größte Annäherung an den Nordpol gelang, und auf Roald Amundsen, der 1911 als erster Mensch den Südpol erreichte.

[64] Gemeint ist Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgende Zitat ist eine leichte Abwandlung einer Wendung aus einer Rezension Goethes, die er 1826 in seiner Zeitschrift „Über Kunst und Altertum“ veröffentlichte (gedruckt u. a. in Johann Wolfgang Goethe: Sämtliche Werke in 40 Bänden. Bd. 22. Frankfurt a. M. 1999, S. 283).

[65] Die WIENER ZEITUNG, Nr. 149 vom 1. Juli 1927, S. 3, berichtet im Nachgang zu Stresemanns Rede über den Fortgang und Abschluß der Veranstaltung: „Nachdem Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann seine Rede beendet hatte, wurde ihm lebhafter Beifall gespendet, der sich immer wiederholte und kaum ein Ende nehmen wollte. Prof. Stang sprach dem Redner nochmals den Dank der Versammlung aus, und der König beglückwünschte Dr. Stresemann. Die zahlreichen Zuschauer, die vor der Universität versammelt waren, brachten Dr. Stresemann, als er in sein Auto stieg, um zum Hotel zurückzukehren, warme Kundgebungen dar.“

Rede auf einem Bankett des Nobelkomitees in Oslo vom 29. Juni 1927[1]

Nach BERLINER TAGEBLATT, Nr. 305 (Abendausgabe) vom 30. Juni 1927. – Teildrucke (unterschiedlicher Länge und mit Abweichungen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 300 (Abendausgabe) vom 30. Juni 1927, S. 2; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22554 (Abendausgabe) vom 30. Juni 1927, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 149 vom 1. Juli 1927, S. 3.

Betont das Verbindende zwischen Deutschland und Norwegen. Praktische Politik bedarf der Phantasie.

Ich weiß es wohl, was es für Sie bedeutete, den Preis dem Außenminister des Deutschen Reiches jetzt zuzuerkennen[2], **dessen Bild noch von der Parteien Gunst und Haß verwirrt ist[3].** Als ein Mann, den aus seiner Jugendzeit her nur geistige Fäden mit Norwegen verbanden, habe ich seit meiner Ankunft in diesem Lande[4] von Stunde zu Stunde mehr empfunden, **wieviel Gemeinsames unsere Völker verbindet,** wie in den Besprechungen mit den politischen Führern dieses Landes[5] **dieselben sozialen und wirtschaftlichen Probleme, die uns bewegen,** hervortraten. **Die große Gemeinsamkeit des Schicksals unserer Völker** und der Nationen überhaupt beruht **nicht auf dem Güteraustausch, sondern die Größe der Idee,** das ist es, worauf es ankommt und was uns verbindet. Gemeinsam stand über uns eine große politische Dominante. **Wohin geht der Weg? Wohin weisen uns unsere Ideale?** Die Entscheidung des Nobelkomitees hat verantwortliche Führer verschie-

---

[1] Die Vorlage führt zu diesem Bankett einleitend aus: „In dem Festsaal des Grand-Hotels gab gestern abend das Nobelkomitee ein Bankett für den Reichsminister Dr. Stresemann und Gemahlin, zu dem mehr als 80 Personen mit ihren Damen erschienen waren. Der Präsident des Nobelkomitees, Professor Stang, begrüßte den Minister und trank auf sein Wohl. In seiner Antwort sagte Dr. Stresemann:“

[2] Am 10. Dezember 1926 war in Oslo bekanntgegeben geworden, daß das Nobelpreiskomitee den Friedensnobelpreis für 1925 an Chamberlain und Dawes, denjenigen für 1926 an Stresemann und Briand verliehen habe (vgl. TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 577 [Morgenausgabe] vom 11. Dezember 1926). Zu Stresemanns erster öffentlicher Reaktion vgl. in dieser Edition seine Erklärung vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1926 sowie seine Rede im Völkerbundsrat in Genf vom 11. Dezember 1926. Zu seiner Rede anläßlich dieser Verleihung, ebenfalls vom 29. Juni 1927, vgl. diese Edition.

[3] Stresemann zitiert hier aus dem Prolog zu Friedrich von Schillers 1798 uraufgeführtem Drama „Wallensteins Lager“, dem ersten Teil seiner Wallenstein-Trilogie („Von der Parteien Gunst und Haß verwirrt schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“); Druck u. a. in Schillers Werke. Nationalausgabe. Neue Ausg. Bd. 8, Teilbd. 2. Weimar 2010, S. 387–390.

[4] Stresemann war am 27. Juni 1927 in Oslo eingetroffen (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 295 [Morgenausgabe] vom 28. Juni 1927).

[5] Zum Besuchs- und Besprechungsprogramm Stresemanns in Oslo vgl. ebd., Nr. 296 (Abendausgabe) vom 28. Juni, Nr. 297 (Morgenausgabe) und Nr. 298 (Abendausgabe) vom 29. Juni 1927.

dener Nationen zusammengefaßt um des Strebens nach dem gleichen Ziele willen[6]. Wir sprechen verschiedene Sprachen, aber wir verstehen uns in dem einen Gedanken, daß **Gott die Völker nicht geschaffen hat, damit sie ihre Kultur gegenseitig zerstören,** sondern damit sie ihr Bestes hingeben in gemeinsamer Arbeit. Das **deutsche Memorandum vom 9. Februar 1925[7]** hat, Gott sei Dank, Menschen gefunden, die nicht geneigt waren, die Noten der Regierungen nur zu lesen mit dem zergliedernden Sinn des Juristen, sondern sie **zu lesen mit dem Atem des führenden Politikers, der seine Phantasie, seine Auffassung von der Zukunft der Menschheit hineinlegt.** Es ist eine ganz falsche Auffassung, die praktische Betätigung des **Menschen** habe mit **der Phantasie nichts zu tun.** Die Verbindung von praktischer Betätigung und Phantasie sehen wir glänzend verkörpert in dem großen Norweger Fridtjof **Nansen[8].** Er hätte das große Ziel seines Lebens im Praktischen nie erreicht, wenn ihm nicht in seiner Phantasie das Bild von dem, was ehrlich und recht ist, vorgeschwebt hätte. Das schönste im Leben für die menschliche Persönlichkeit ist **nicht, Ideen vorzufinden, sondern sie zu formen.** Sich auf diesem Wege nie abschrekken zu lassen, **den Kelch des Persönlichen bis auf die Neige zu leeren,** das ist gelebtes Leben. Es hat mich tief ergriffen zu hören, daß die Männer vom norwegischen Nobelkomitee in dem, was mir als Ziel der europäischen Entwicklung vorschwebte, einen Klang ihrer eigenen Melodie fanden.[9]

---

[6] Vgl. oben Anm. 2.

[7] Stresemann bezieht sich auf die Initiative des Auswärtigen Amtes, das zunächst im Januar 1925 in London, dann im Februar 1925 in Paris in der Sicherheitsfrage sondiert und Deutschlands Bereitschaft bekundet hatte, einen Pakt abzuschließen, der den „gegenwärtigen Besitzstand am Rhein" garantiere (vgl. die betreffenden streng vertraulichen Memoranden vom 20. Januar und 9. Februar 1925: LOCARNO-KONFERENZ S. 52–53 u. 61–62, sowie die betreffenden Erlasse Schuberts bzw. Stresemanns an Sthamer und Hoesch vom 19. Januar bzw. 5. Februar 1925: ebd., S. 47–51 u. 55–60). Die Initiative war der Ausgangspunkt für die Konferenz von Locarno im Oktober 1925 und die dort abgeschlossenen Verträge.

[8] Fridtjof Nansen (1861–1930), norwegischer Polarforscher. Für seine Tätigkeit als Hochkommissar für Flüchtlingsfragen des Völkerbundes seit 1921 war ihm 1922 ebenfalls der Friedensnobelpreis verliehen worden. – Welches konkrete „große Ziel seines Lebens" (Polarexpeditionen mit der bis dahin größten Annäherung an den Nordpol 1895, Eintreten für die Unabhängigkeit Norwegens, Tätigkeit als Flüchtlingskommissar) Stresemann im folgenden meint, kann nur vermutet werden.

[9] Die WIENER ZEITUNG, Nr. 149 vom 1. Juli 1927, S. 3, führt in ihrem Teildruck als abschließenden Satz aus: „Dafür ihnen zu danken, ist mir eine ernste Pflicht, und ihnen zu sagen, daß mir dieser Tag unvergeßlich sein wird, ein besonderes Bedürfnis." Sie schließt ihre Berichterstattung ab: „Hierauf wies Nansen auf die Bedeutung Locarnos als eines Versuches hin, eine neue politische Ära gegenseitigen Vertrauens einzuleiten, sowie auf die Schwierigkeiten, die die Welt von diesem Ziele noch trennen. Der frühere Ministerpräsident und jetzige Vizepräsident des Storthing, [Johan Ludwig] Mowinckel, brachte ein Hoch auf die deutschen Frauen aus."

Rede vor der Presse in Oslo vom 1. Juli 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 303 (Morgenausgabe) vom 2. Juli 1927. – Teildruck in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 460 (Morgenausgabe) vom 2. Juli 1927.

Dankt für die Aufnahme in Oslo und will wiederkommen.

Die Tage, die ich in Oslo verleben durfte[2], gehören zu solchen, die für das Leben eines Menschen von bleibender Bedeutung sind. Die Sympathien, die mir von allen Seiten bekundet wurden und die – wie ich mir bewußt bin – nicht mir als Person, sondern dem Leiter der deutschen Außenpolitik und damit **der politischen Entwicklung des deutschen Volkes gelten,** sind mir um so wertvoller, als mir in zahlreichen Gesprächen mit hervorragenden Männern Norwegens[3] immer wieder eine eigentümliche Art, die Dinge ohne Beschönigung und doch frei von untätigem Pessimismus zu sehen, entgegengetreten ist. Ich bedauere nur, daß meine Zeit so knapp gewesen ist, um Land und Volk noch näher kennenzulernen, aber was ich davon gesehen habe, hat so tiefe Eindrücke in mir hinterlassen, daß es mein dringender Wunsch ist, in nicht zu ferner Zeit mit größerer Muße wieder hierherzukommen.

---

[1] Die Vorlage führt unter der Überschrift „Dr. Stresemanns Abschied von Oslo“ einleitend aus: „Heute nachmittag reiste Reichsminister Dr. Stresemann vom Ostbahnhof aus Oslo ab. Zahlreiche Persönlichkeiten [...] hatten sich am Bahnhof eingefunden. Dr. Stresemann unterhielt sich lebhaft mit dem Ministerpräsidenten. Als der Zug sich in Bewegung setzte, wurde dem deutschen Außenminister eine lebhafte Kundgebung zuteil. Stresemann winkte grüßend, solange er noch zu sehen war. In einer Erklärung, die Dr. Stresemann Vertretern der Presse gegeben hat, sagt er u. a.:“ – Dieser Wortlaut schließt nicht vollständig aus, daß es sich um eine schriftliche Erklärung gehandelt haben könnte.

[2] Stresemann war am 27. Juni 1927 in Oslo eingetroffen (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 295 [Morgenausgabe] vom 28. Juni 1927).

[3] Zum Besuchs- und Besprechungsprogramm Stresemanns in Oslo vgl. ebd., Nr. 296 (Abendausgabe) vom 28. Juni, Nr. 297 (Morgenausgabe) und Nr. 298 (Abendausgabe) vom 29. Juni 1927.

Erklärung in der Ministerbesprechung vom 13. Juli 1927[1]

Nach AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 856–857.

Formuliert die Vorbehalte und Änderungswünsche der DVP-Minister zum Entwurf des Reichsschulgesetzes. Über die Haltung der DVP entscheiden wird allerdings deren Reichstagsfraktion.

Im Namen des Herrn Reichsministers Dr. Curtius[2] und in meinem Namen habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Wir sind bereit, die vorgeschlagene Formel zum letzten Absatz des § 2[3] anzunehmen, die davon spricht, daß die freie Entwicklung der Schulformen **unbeschadet des Artikel 146 Absatz 1**[4] gewährleistet sein soll, weil wir in dieser Bezugnahme auf Artikel 146 Absatz 1 diejenige Bezugnahme auf die Reichsverfassung sehen, ohne die ein Reichsschulgesetz nach unserer Auffassung nicht geschaffen werden kann. Wir sind dagegen nicht in der Lage, die vorgeschlagenen Maßnahmen wegen der südwestdeutschen Simultanschulen[5] als ausreichend anzusehen, da weder die Sperrfrist von 5 plus 2 Jahren, noch die Befugnis, sich gegen die Errichtung von

---

[1] Die Beratung bezog sich auf die Diskussion der Minister über den Entwurf eines Reichsschulgesetzes; dazu lagen verschiedene Anträge vor, die die Möglichkeit der Errichtung von Konfessionsschulen in einzelnen südwestdeutschen Ländern unterschiedlich regelten. Die gesamte Diskussion erwuchs aus den gegensätzlichen Haltungen der Regierungsparteien zu Konfessionsschulen: Während das Zentrum die Möglichkeit dazu auch in den Ländern einführen wollte, die bisher keine solchen Konfessionsschulen hatten, lehnte die DVP Konfessionsschulen eher ab und versuchte die Errichtung solcher Schulen zu erschweren. – Nach einer Herausgeberanmerkung in der Vorlage ist der Wortlaut der von Stresemann abgegeben Erklärung auf den Antrag von Curtius hin nachträglich ins Protokoll aufgenommen worden; ursprünglich gab das Protokoll eine wesentlich kürzere Fassung wieder.

[2] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP).

[3] Offenbar bezieht sich diese Diskussion auf den Entwurf, der in STAAT UND KIRCHE S. 252–257 unter dem Datum 16. Juli 1927 abgedruckt ist. Der dort (S. 253) wiedergegebene § 2 Abs. 2 lautet: „Diesen Schulformen [Gemeinschaftsschulen, Bekenntnisschulen, bekenntnisfreien Schulen] ist – unbeschadet des Art. 146 Abs. 1 der Reichsverfassung – im Rahmen der Bestimmungen dieses Gesetzes freie Entwicklungsmöglichkeit zu geben."

[4] Die Weimarer Reichsverfassung sah in diesem Absatz vor, daß die Aufnahme eines Kindes in eine Schule unabhängig von der Konfession zu erfolgen habe. Abs. 2 eröffnete den Landesregierungen jedoch das Recht, Regelungen zur Errichtung von Konfessionsschulen zu schaffen.

[5] In Baden, Hessen und dem ehemaligen Herzogtum Nassau sollte das Gesetz laut Art. 20 Abs. 2 des Entwurfs (vgl. oben mit Anm. 3) erst fünf Jahre nach seiner Verkündung in Kraft treten, wozu zwei Jahre kamen, innerhalb derer die Länder das Gesetz in Landesrecht umformen sollten. – In der Sache ging es darum, daß Stresemann und Curtius verhindern wollten, daß bei der Errichtung von Konfessionsschulen in kleineren Gemeinden die parallele Fortführung von Simultanschulen unmöglich gemacht würde.

Zwergschulen in höherem Maße als in anderen Ländern zu wehren, als genügend angesehen werden kann, um der ausdrücklichen Bestimmung des Artikel 174 der Verfassung[6] zugunsten der Simultanschulländer Genüge zu leisten. Wir werden dem Gesetzentwurf im ganzen zustimmen, möchten aber bemerken, daß wir unsere Auffassung über die in Südwestdeutschland bestehenden christlichen Simultanschulen und die Notwendigkeit ihrer Erhaltung auch im Falle der Ablehnung unseres Antrages aufrecht erhalten.

Ich muß ferner für uns das Recht in Anspruch nehmen, von dieser grundsätzlichen, abweichenden Haltung bezüglich der christlichen Simultanschule der Öffentlichkeit in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Ferner bemerke ich, daß unsere Fraktion ausdrücklich erklärt hat[7], daß sie durch die Haltung ihrer Mitglieder im Reichskabinett sich nicht als gebunden erachten würde, so daß ich auch bezüglich des ganzen Gesetzentwurfs alles der Stellungnahme der Fraktion vorbehalten muß.[8]

[6] Art. 174 der Reichsverfassung sah als Anforderung eines Reichsschulgesetzes vor, die Lage in einzelnen Ländern, die gesetzlich Simultanschulen zugelassen hatten, besonders zu berücksichtigen.

[7] Daß die Reichstagsfraktion der DVP einige Passagen des Gesetzesentwurfs ablehnte, war öffentlich bekannt; ein einschlägiger dokumentierter Beschluß konnte jedoch nicht ermittelt werden.

[8] Im weiteren Verlauf der Sitzung wird § 2 Abs. 2 von den Ministern einstimmig angenommen; in der Frage der Formulierung der Ausnahmeregelung für die südwestdeutschen Schulen werden Stresemann und Curtius von der Mehrheit des Kabinetts überstimmt (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 857).

Redebeitrag im Völkerbundsrat in Genf vom 1. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1099.

Mitteilung über zwei Rücktritte aus dem Wirtschaftskomitee; dankt den Ausscheidenden für ihre bisherige Mitarbeit.

Il vous a été communiqué une lettre de M. Adolph Jensen[2], par laquelle celui-ci, pour des raisons de santé, donne sa démission de membre du Comité économique. Vous êtes également saisis d'une lettre du Dr Alberto Pirelli[3], qui donne sa démission de membre du même Comité, à la suite de son élection à la présidence de la Chambre de Commerce internationale.

Je suis certain que le Conseil sera unanime pour exprimer les regrets très sincères que lui cause la démission de ces deux personnalités. Leur longue collaboration avec le Comité économique, leurs vastes connaissances techniques, leur très grande expérience de toutes les questions économiques et le concours dévoué qu'ils ont prêté aux travaux de ce Comité, leur ont acquis l'estime de leurs collègues et la gratitude du Conseil. Le Conseil désirera certainement charger le Secrétaire général[4] d'exprimer à M. Adolph Jensen et au Dr Alberto Pirelli sa vive appréciation et ses remerciements pour la précieuse collaboration qu'ils ont prêtée aux travaux du Comité économique et les services qu'ils ont rendus à la Société des Nations.

Le Conseil enregistrera avec plaisir l'intention exprimée par M. Pirelli, dans sa lettre, de poursuivre, comme président de la Chambre de Commerce internationale, la collaboration de cette importante institution avec le Comité économique.

---

[1] Unter dem Tagesordnungspunkt „Démissions de M. Adolph et du Dr Alberto Pirelli en tant que membres du Comité économique" gibt Stresemann als Berichterstatter für Wirtschaftsfragen den folgenden Bericht ab. – Vermutlich sprach Stresemann – wie bei früheren Gelegenheiten im Völkerbundsrat – in deutscher oder englischer Sprache, so daß es sich um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] Adolph Jensen (1866–1948), dänischer Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker; Leiter der Statistikabteilung des dänischen Finanzministeriums 1913–1936. – Der angesprochene Brief konnte nicht ermittelt werden.

[3] **Alberto Pirelli (1882–1971), italienischer Industrieller; Präsident der Internationalen Handelskammer 1927–1929. – Der angesprochene Brief konnte nicht ermittelt werden.**

[4] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

En ce qui concerne la nomination de membres destinés à remplacer M. Jensen et le Dr Pirelli, je suppose que le Conseil désirera ajourner sa décision jusqu'à ce qu'il ait examiné la question de réorganisation du Comité économique.[5]

[5] Laut der Vorlage spricht Villegas Echeburú, der Vertreter Chiles, als Präsident des Rates im Namen aller Ratsmitglieder sein Bedauern über das Ausscheiden von Jensen und Pirelli aus; das Protokoll hält fest, daß Stresemanns Bericht vom Rat angenommen wird.

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 2. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1105 u. 1108–1109. – Teildrucke (in deutscher Sprache, unterschiedlicher Ausführlichkeit und teilweise leichten Abweichungen) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 415 (Abendausgabe) vom 2. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 585b (Abendausgabe) vom 2. September 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22616 (Morgenausgabe) vom 3. September 1927, S. 3.

Lobt den Wert der vom Völkerbund veranstalteten internationalen Konferenz von Presseexperten. Wenn eine seiner Äußerungen als Kritik an der Presse aufgefaßt wurde, liegt ein Mißverständnis vor. Verweist auf die Arbeit des Wirtschaftskomitees in Ausführung der Weltwirtschaftskonferenz.

L'honorable représentant de la Belgique[2] a ajouté, après la lecture de son rapport, quelques remarques personnelles au sujet des impressions qu'il a retirées du travail de la Conférence des experts de presse[3]. Je n'ai pas eu le plaisir d'assister moi-même aux délibérations de cette Conférence, présentées par M. de Brouckère. La Société des Nations peut se féliciter de l'initiative qu'elle a prise en convoquant cette Conférence. C'était une très importante affaire que de réunir les représentants de la presse de trente-huit Etats ; c'était une affaire très importante que de convoquer en une même conférence les directeurs de journaux et les représentants d'agences qui ne sont pas toujours d'accord et qui, à cette Conférence, se sont heureusement efforcés de faciliter leur œuvre politique et la diffusion de leurs informations.

Je suis certain que le Conseil décidera de donner suite, dans la plus large mesure possible, aux résolutions prises par la Conférence. Je tiens surtout à faire remarquer

---

[1] Stresemann spricht zunächst zum Tagesordnungspunkt „Travaux de la Conférence d'experts de presse", zu dem zuvor der belgische Ratsvertreter de Brouckère einen Bericht abgegeben und die Beschlußvorlagen der Expertenkonferenz verlesen sowie der Vorsitzende der Pressekonferenz gesprochen hat (in der Vorlage: S. 1103–1105). – Laut DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 410 (Abendausgabe) vom 2. September 1927, sprach Stresemann in seinem ersten Redebeitrag deutsch, so daß es sich um eine Übersetzung handelt, im zweiten Beitrag (ausnahmsweise) französisch.

[2] Louis de Brouckère (1870–1951), belgischer Politiker; Vertreter Belgiens beim Völkerbund 1922 und 1925–1927. – In dieser Ratssitzung und in der Berichterstattung vertrat er den kurzfristig abgereisten Außenminister Vandervelde. Zum nachfolgend angesprochenen Bericht und seinen ergänzenden Anmerkungen vgl. die vorangehende Anm.

[3] Zur 1. Internationalen Pressekonferenz vom 24. bis 29. August 1927 in Genf vgl. (neben dem in Anm. 1 genannten Bericht) SCHULTHESS 68 (1927), S. 547; zur Einladung und zum Programm der Konferenz vgl. auch BERLINER TAGEBLATT, Nr. 359 (Abendausgabe) vom 1. August 1927.

que le préambule qui précède les résolutions[4] constitue en quelque sorte une déclaration solennelle des droits fondamentaux de la presse.

Nous autres, hommes politiques, nous connaissons l'importance de l'opinion publique et savons dans quelle mesure elle sert à compléter notre œuvre, car ou bien la presse contribue à la pacification du monde, ou elle produit un résultat exactement contraire. Par conséquent, je considère qu'il est de bon augure de voir la presse collaborer avec la Société des Nations pour des fins de bonne entente.

Je désire encore présenter quelques observations sur les conditions extérieures dans lesquelles la Conférence a travaillé. Vous savez que les négociations de cette Conférence des experts de presse ont eu lieu à la Salle de la Réformation[5], c'est-à-dire au même endroit où l'Assemblée se réunit, et les délibérations se sont déroulées selon la même procédure que nous suivons nous-mêmes et avec une représentation internationale correspondant à peu près à celle de la Société des Nations.

Les représentants de la presse ont pu faire eux-mêmes l'expérience qu'il n'est pas toujours facile d'obtenir l'unanimité sur une décision, lorsque les délégués appartiennent à un grand nombre de pays ; ils ont également pu se rendre compte qu'un compromis ne constitue pas toujours un signe de faiblesse, mais qu'il est souvent un signe de sagesse. J'espère que les expériences faites par les représentants de la presse à la Conférence auront leur répercussion dans leur collaboration avec la Société des Nations.

[…][6]

Je regretterais beaucoup qu'une de mes remarques ait pu être comprise par le rapporteur comme constituant une critique ou impliquant un sentiment d'hostilité à l'égard de la presse[7]. Je crois au contraire toucher à la presse d'aussi près que l'honorable représentant de la Belgique. Mais nous autres, hommes d'Etat, nous sommes accoutumés à être critiqués par la presse et mon grand compatriote Gœthe[8] avait raison d'estimer le plus hautement ceux qui ne finissent jamais d'apprendre.

---

[4] De Brouckère hatte in seinem Bericht diese Präambel derart zusammengefaßt, daß die Konferenz vom Völkerbund erwarte, daß er die in seinen Resolutionen genannten Probleme beobachte und gegebenenfalls eine weitere solche Konferenz einberufen werde (in der Vorlage S. 1103).

[5] Im Genfer Reformationssaal tagte über einige Jahre hinweg die Völkerbundsversammlung.

[6] Nach den Äußerungen anderer Ratsmitglieder (in der Vorlage S. 1105–1108), u. a. de Brouckéres (S. 1107–1108), der Stresemanns Bemerkung, wonach die Pressekonferenz ähnliche Erfahrungen gemacht habe wie die Politiker, wenn sie im internationalen Rahmen diskutieren, in Frage gestellt hatte, ergreift Stresemann zu diesem Tagesordnungspunkt erneut das Wort.

[7] Vgl. die vorangehende Anm.

[8] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das nachfolgend angesprochene Zitat konnte nicht ermittelt werden.

Nous sommes prêts à accepter toute critique justifiée de la part de la presse, mais qu'il me soit permis de faire remarquer que la presse elle-même peut, dans des travaux tels que ceux de cette Conférence, se rendre compte des difficultés auxquelles nous devons faire face. Je n'ai donc aucunement voulu, je le répète, prendre position contre la presse ni prétendre qu'il existe une inégalité quelconque entre des hommes d'Etat et des représentants de la presse.

[…][9]

Le Dr Stresemann donne lecture du rapport suivant :

« Le Comité économique donnant effet à la résolution du Conseil en date du 16 juin 1927[10], s'est réuni en session extraordinaire du 12 au 14 juillet 1927, afin d'organiser, sans perdre de temps, les travaux préparatoires concernant la mise en exécution de certaines résolutions urgentes de la Conférence économique[11].

Le Comité économique a consacré cette session aux trois tâches suivantes :

En vue de dresser un tableau aussi clair que possible de la situation en ce qui concerne **les tarifs et les traités de commerce,** de façon à pouvoir juger à quel moment et dans quelles conditions on pourrait envisager une nouvelle orientation, vers une politique commune, les membres du Comité se sont mis d'accord sur les grandes lignes d'un exposé confidentiel qui sera fourni par chacun d'eux sur les caractéristiques essentielles du tarif de leur pays, les avantages et les inconvénients de son régime douanier, ainsi que la forme et l'application de la clause de la nation la plus favorisée, etc. Le Secrétariat prendra les dispositions nécessaires pour obtenir des exposés similaires des pays qui ne sont pas représentés au Comité.

En ce qui concerne la question de **l'unification de la nomenclature douanière,** le premier stade de l'œuvre à accomplir et, par conséquent, la

---

[9] De Brouckère äußert, das Mißverständnis sei behoben (in der Vorlage S. 1108). Villegas Echeburú, der Vertreter Chiles, führt als Ratspräsident einen Beschluß herbei (S. 1108), wonach die von de Brouckère vorgeschlagene Resolution (Dank an die Pressekonferenz; Sammlung und Kommunikation der Ergebnisse; weitere Beratung in der Ratssitzung im Dezember: Text der Resolution: in der Vorlage S. 1103) angenommen wird. Anschließend ergreift Stresemann unter dem Tagesordnungspunkt „Rapport du Comité économique sur les travaux de sa session extraordinaire" erneut das Wort.

[10] Zu den Beschlüssen vom 16. Juni 1927 vgl. (in dieser Edition) Stresemanns Redebeiträge in der Sitzung des Völkerbundsrates in Genf vom 16. Juni 1927.

[11] Gemeint ist die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt hatte; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

tâche la plus urgente a paru être l'établissement du cadre général d'un tarif unifié qui pourrait former la base de discussions ultérieures. En conséquence, le Comité économique a réuni un groupe restreint d'experts appartenant à des pays qui possèdent des tarifs extrêmement développés. Ce Comité restreint poursuit actuellement ses travaux et nous avons toutes raisons de croire qu'il pourra aboutir à des conclusions positives au sujet des grandes lignes d'une nomenclature commune en matière de tarif et formuler également de précieuses suggestions en ce qui concerne la meilleure méthode qu'il conviendrait d'adopter pour continuer ces travaux.

Enfin, le Comité économique a donné au Secrétariat des instructions précises au sujet de l'établissement des documents préparatoires destinés à servir de base aux discussions de la Conférence internationale sur le **traitement des entreprises et ressortissants étrangers.**

Je propose que le Conseil prenne acte du rapport du Comité économique (Annexe 979)[12] et approuve les mesures adoptées par le Comité en ce qui concerne les questions susmentionnées. »[13]

[12] Der Bericht über die Arbeit des Wirtschaftskomitees in seiner 22. Sitzung vom 12. bis 14. Juli 1927 ist gedruckt in der Vorlage: S. 1165–1166.

[13] Die Vorlage, das Protokoll, vermerkt, daß der Vorschlag Stresemanns angenommen wird (S. 1109).

Rede vor der Presse in Genf vom 2. September 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 412 (Abendausgabe) vom 3. September 1927. – Drucke auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 412 (Abendausgabe) vom 3. September 1927, S. 1; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 417 (Abendausgabe) vom 3. September 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 412 (Abendausgabe) vom 3. September 1927; VORWÄRTS, Nr. 206 (Abendausgabe) vom 3. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 587b (Abendausgabe) vom 3. September 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 655 (Abendausgabe) vom 3. September 1927, S. 1; REICHSPOST, Nr. 241 vom 4. September 1927, S. 4; WIENER ZEITUNG, Nr. 202 vom 4. September 1927, S. 7. – Teildruck in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22616 (Abendausgabe) vom 3. September 1927, S. 2.

Äußert Unverständnis darüber, daß die belgische Regierung nach ihrem früheren Einverständnis nun doch die unparteiische Untersuchung von Kriegsvorkommnissen ablehnt.

Ich bin von dem Kommuniqué[2] **auf das äußerste befremdet.** Der wirkliche Sachverhalt ist vor kurzer Zeit, nämlich am 19. August, in einem mit der belgischen Regierung vereinbarten Kommuniqué gleichzeitig in Brüssel und Berlin bekanntgegeben worden[3]. Aus diesem Kommuniqué geht klar hervor, daß **die belgische Regierung die Initiative ergriffen** hat, indem sie in einer amtlichen Note[4] die Aufmerksamkeit

---

[1] Die Vorlage unter der Überschrift „Stresemanns Befremden über die Ablehnung der Franktireur-Enquete“ leitet den Artikel folgendermaßen ein: „Zu dem von der Belgischen Telegraphen-Agentur über die Einsetzung einer Internationalen Enquetekommission veröffentlichten Kommuniqué gab der deutsche Außenminister einigen hiesigen Pressevertretern folgende Erklärung ab:“ – Die Datierung enthält eine Ungewißheit: Die meisten angeführten Zeitungen datieren sie auf den 2. September, einige wenige (so auch die Vorlage) unter dem 3. September 1927. Vermutlich wurde die Erklärung am 2. September abgegeben und am 3. September über Nachrichtenagenturen verbreitet.

[2] Das von der belgischen Regierung am 2. September 1927 veröffentlichte Kommuniqué ist im Wortlaut gedruckt u. a. in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 411 (Morgenausgabe) vom 3. September 1927, S. 1. – Zuvor war Außenminister Vandervelde aus Genf nach Brüssel abgereist, um am 2. September 1927 an einer Kabinettssitzung teilzunehmen, die im Ergebnis zu diesem Kommuniqué führte. Es widerrief die Abmachung zu einer unparteiischen Untersuchung der Franktireur-Frage im Weltkrieg u. a. mit der Begründung, daß Deutschland die Ausdehnung dieser Methode auch auf andere Länder angekündigt habe und „daß unter den gegebenen Umständen eine Enquete die Leidenschaften übermäßig aufwühlen würde“ (ebd.). – In verschiedenen deutschen Zeitungen wurden Vermutungen angestellt, Frankreich habe Belgien zum Rückzieher aufgefordert, um Fragen von Verantwortlichkeiten im Weltkrieg aus dem Weg zu gehen (vgl. etwa VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 415 [Abendausgabe] vom 2. September 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 412 [Abendausgabe] vom 3. September 1927).

[3] Vgl. dazu u. a. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 387 (Morgenausgabe) vom 20. August 1927, S. 1. – Zur Vereinbarung mit Belgien vgl. den telegraphischen Bericht des Gesandten Keller vom 18. August 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 265–267).

[4] Vgl. dazu die telegraphische Weisung Stresemanns an die Gesandtschaft Brüssel ebd., S. 195–196 (samt den Anm.).

der deutschen Regierung darauf lenkte, daß die belgische Regierung mit einer unparteiischen Untersuchung der deutsch-belgischen Streitfrage einverstanden sei. Die deutsche Regierung hat dieses Angebot selbstverständlich angenommen[5], ohne daß sie ihrerseits irgendwelche neuen Anträge oder Anregungen auf diesem Gebiete an die belgische Regierung gestellt hätte. Es ist **deshalb unverständlich,** daß in dem neuen belgischen Kommuniqué von einer deutscherseits angestrebten Ausdehnung auf andere, von der belgischen Regierung nicht ins Auge gefaßten Fragen gesprochen und daß der deutschen Regierung dabei die Forderung der Anwendung eines gleichen Verfahrens gegenüber anderen Mächten unterstellt wird. Ich kann diese Behauptung des neuen belgischen Kommuniqués nur auf eine **Verkennung des wahren Sachverhalts seitens des belgischen Kabinetts** zurückführen.

[5] Vgl. ebd.

Rede vor der Presse in Genf vom 6. September 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 175–177.

Skepsis über den weiteren Fortgang hinsichtlich des polnischen Antrags zum friedlichen Austrag von Differenzen sowie des niederländischen Vermittlungsvorschlags.

Ich möchte Sie über den Fortgang derjenigen Dinge unterrichten, die wahrscheinlich den Hauptgegenstand der Beratungen in Genf[2] hier bilden werden, und zwar zuerst über die Weiterentwicklung des viel diskutierten sogenannten **polnischen Vorschlags[3].** Von dem polnischen Delegierten[4] sind die **französische** und die englische **Delegation** unterrichtet worden, daß die Absicht bestehe, eine allgemeine Entschließung zu fassen, die auf der Basis der Entschließung des Völkerbundes vom 25. September 1926[5] den Gedanken zum Ausdruck bringen solle, daß die hier versammelten Mächte einig seien in der Überzeugung, die zwischen ihnen bestehenden Differenzen nicht durch Mittel der Gewalt, sondern nur durch friedliche Mittel aller Art zum Austrag zu bringen. So ungefähr, aber noch nicht formuliert, scheint die zweite Etappe der polnischen Offensive zu sein. Denn die erste Etappe[6] ging sehr viel weiter, sprach direkt von dem Abschluß eines **Nonaggression-Paktes.**

---

[1] In der Vorlage heißt es einleitend: „In den regelmäßigen Konferenzen mit der Presse berichtet Stresemann über die Fortentwicklung der in dem bevorstehenden Bericht [betreffend die Erwartungen für die Völkerbundsversammlung] skizzierten Fragen. So führt er am 6. September aus:“ – In FEDER S. 136 ist unter der Eintragung zu diesem Tag eine „Pressebesprechung bei Stresemann“ erwähnt; möglicherweise ist damit die hier wiedergegebene „Rede vor der Presse“ gemeint. Da Feder aber in dem von ihm mit Artikeln aus Genf bedienten „Berliner Tageblatt“ die Pressebesprechung nicht ausdrücklich erwähnt oder Stresemann zitiert, dürfte sie der inoffiziellen Information gedient haben und war wohl nicht zur Veröffentlichung bestimmt oder freigegeben.

[2] In Genf war nach der Völkerbundsratstagung (am 1. September) am 5. September 1927 auch die 8. Völkerbundsversammlung eröffnet worden; ausführliche zusammenfassende Berichterstattung über deren Verhandlungen in SCHULTHESS 68 (1927), S. 518–532.

[3] Im Vorfeld der Versammlung war bekannt geworden, daß Polen in Genf die im folgenden skizzierte Initiative ergreifen werde, ohne daß bisher Einzelheiten genannt worden wären.

[4] **Franciszek Sokal (1881–1932), Vertreter Polens in der Völkerbundsversammlung.**

[5] Am 25. September 1926 war von der Versammlung ein jugoslawischer Antrag angenommen worden, die Bestimmungen der Locarno-Verträge auch auf andere Regionen zu übertragen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 492).

[6] Zur deutschen Erwartung eines polnischen Vorschlags für ein „Ost-Locarno“, also die Übertragung der Bestimmungen von Locarno auch auf die Grenzen im Osten Europas (und damit die deutsch-polnische Grenze), vgl. die Aufzeichnung Hagenows vom 1. September 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 366–367.

Ich glaube, es liegt ziemlich offen zutage, bei wem diese Idee zuerst auf einigen Widerstand stieß, so daß sie jetzt in dieser allgemeineren Form wieder aufgetaucht ist, ohne daß, mindestens bis zum heutigen Vormittag, eine Formulierung vorlag. Es erscheint mir ausgeschlossen, daß diese polnische Initiative etwa in der Form erfolgte, wie heute eine andere Initiative erfolgt ist[7], nämlich ohne Voranzeige aus der Versammlung herausgeboren, sondern es erscheint mir als sicher, daß sie der Gegenstand von Vorberatungen der anderen Mächte sein würde, von denen ja wohl kaum eine solche Idee einstimmig oder auch nur mit einem genügenden moralischen Gewicht hier angenommen werden könnte. Die Zurückhaltung, die sich die Vertreter einzelner Mächte in bezug auf die Teilnahme an der großen Debatte auferlegt haben, dürfte damit zusammenhängen. Heute vormittag war das Bild der großen Debatte überhaupt parlamentarisch ganz ungewöhnlich, insofern man mit größtem Eifer und dringend für den Nachmittag nach Rednern suchte und nicht wußte, wie man die Debatte in Gang bringen solle. Aber wie hier das Bild so oft wechselt, glaube ich sagen zu müssen, daß diese ganze Frage der polnischen Initiative stark in den Hintergrund getreten ist oder in der Diskussion vollkommen überschattet wird durch die heute von dem **holländischen** Außenminister **[Beelaerts van Blokland]**[8] am Schluß seiner Rede eingebrachte Entschließung.

Diese ist etwa ein Mittelding zwischen dem ersten polnischen Vorschlag und dem Rückzug auf die Resolution, indem sie verlangt, daß das Studium der wesentlichen Grundsätze des **Genfer Protokolls**[9] und der Schlußfolgerungen des vorbereiteten[10] Abrüstungsausschusses[11] den zuständigen Kommissionen überwiesen werden möge. Ich glaube annehmen zu müssen, daß die Einbringung dieser Resolution nicht im

---

[7] Gemeint ist offenbar die niederländische Initiative (vgl. die folgende Anm.).

[8] So in der Vorlage als Herausgeber-Ergänzung. Gemeint ist Frans Beelaerts van Blokland (1872–1956), niederländischer Diplomat und Politiker; Außenminister 1. April 1927–1933. – Zur im folgenden angesprochenen Rede vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927 (beide mit breiter Paraphrase der Rede und ausführlicher Zusammenfassung der Sitzung).

[9] Am 2. Oktober 1924 hatten zehn Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf das „Protokoll zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen“ unterzeichnet, das als Ausführung der Völkerbundssatzung gedacht war und u. a. künftig ein obligatorisches Schiedsverfahren bei Konflikten zwischen Staaten vorsah sowie jedem Mitgliedsstaat verbindlich die Verpflichtung auferlegen sollte, einem angegriffenen Völkerbundsmitglied automatisch zu Hilfe zu kommen (Text u. a. in SCHULTHESS 65 [1924], S. 464–470). Großbritannien verzögerte zunächst seine Umsetzung, ehe Außenminister Chamberlain deutlich bekundete, daß Großbritannien das Genfer Protokoll nicht ratifizieren werde (vgl. seine entsprechende Erklärung in der Unterhaussitzung vom 24. März 1925: HANSARD V 182, Sp. 307–315).

[10] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „vorbereitenden“.

[11] Die Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz hatte zuletzt vom 21. März bis 26. April 1927 ihre dritte Tagung abgehalten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 537–540).

Einverständnis mit allen anderen Mächten erfolgt ist und infolgedessen Veranlassung geben wird, die voraussichtlich abweichende Stellungnahme anderer Großmächte sehr stark unterstrichen in der folgenden Debatte zum Ausdruck zu bringen. Es dürfte sich dabei um die Hauptfrage handeln, ob die Absicht der Versammlung ist, an dem bestehenden Völkerbundsstatut[12] etwas zu ändern und etwa das kommende Jahr der Völkerbundsarbeit dem Ziele zu widmen, die Vorbereitungen für diese Änderungen zu treffen. Wer an die Kämpfe zurückdenkt, die um das Genfer Protokoll geführt worden sind, kann, glaube ich, nicht im Zweifel sein, daß in dieser Form voraussichtlich der holländische Vorschlag auf Widerspruch stoßen wird. Darauf möchte ich mich beschränken, da alles jetzt im Fluß ist und voraussichtlich ja die beiden nächsten Tage die Beratungen und Besprechungen zwischen den einzelnen Delegierten über diese Fragen bringen werden.

Da die Besprechungen der Außenminister immer besonders interessieren und hinter einem etwaigen Nichterwähnen vielleicht wieder irgendeine Geheimniskrämerei gesehen werden könnte, will ich die Ihnen wahrscheinlich bekannte Tatsache mitteilen, daß ich mich mit Herrn **Chamberlain[13]** über den polnischen Vorschlag unterhalten habe, um zu hören, wie diese Dinge ständen. Im übrigen werden diese Besprechungen sich wahrscheinlich häufiger abspielen.

[...][14]

Wenn es richtig ist, daß die Holländer ihre Rede[15] aus dem Haag mitgebracht haben, so kann ich andererseits erklären: Die Polen haben ihre Rede nicht von Hause mitgebracht, sie haben sie erst in Genf zu formulieren angefangen, so daß ein Zusammenhang wohl nicht besteht. Wenn Sie die ausländische Presse verfolgen, können Sie dort die allerseltsamsten Kombinationen über die polnische Sache lesen. Herr **Briand[16]** sei verdrossen, die Polen hätten ihm die ganze schöne Genfer Atmo-

---

[12] Gemeint ist wohl die Satzung des Völkerbunds, die als Teil der Pariser Vorortverträge auch in den Versailler Vertrag integriert war (in dessen Artikeln 1–26; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20).

[13] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zur nachfolgend angesprochenen Unterhaltung vgl. Stresemanns Aufzeichnung vom 6. September 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 396–397.

[14] Als Herausgeberergänzung folgt in der Vorlage: „Ein Pressevertreter hält es für wertvoll, die Auffassung der Delegierten darüber zu erfahren, ob der Antrag der Holländer in irgendeinem Zusammenhang mit dem polnischen Vorstoß steht oder stehen könnte. Die Holländer legten sehr großes Gewicht darauf, zu unterstreichen, daß ihr Antrag schon im Haag vorbereitet und fertiggemacht worden sei, unbeeinflußt durch die Genfer Ereignisse. Stresemann erklärt dazu:“

[15] Vgl. oben mit Anm. 8.

[16] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April

sphäre aus Tapsigkeit zunichte gemacht. Das steht im „Echo de Paris“[17].

1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[17] Vgl. den Artikel in L’ECHO DE PARIS, Nr. 16622 vom 6. September 1927, S. 3.

Rede vor der Presse in Genf vom 7. September 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 177–179.

Deutschland kann der Version zur Kriegsverzichtserklärung, die aus dem polnischen Vorschlag abgeändert wurde, zustimmen. Sie liegt im deutschen Interesse.

Heute vormittag habe ich Besprechungen gehabt mit Herrn **Sokal[2] [dem polnischen Delegierten][3],** der mich in Kenntnis gesetzt hat von dem Entwurf, den er die Absicht hatte dem Völkerbund zu unterbreiten. Dieser Entwurf ist Gegenstand der Beratungen der Delegation[4] gewesen, und ich habe auf Grund dessen mit Herrn Chamberlain[5] am Nachmittag gesprochen. Daraufhin ist eine Konferenz von Juristen zusammengetreten, unter Teilnahme des Herrn **Gaus[6],** die sich in mehrstündigen Verhandlungen über den Text unterhalten haben, der voraussichtlich nunmehr nicht von Polen allein, sondern von mehreren Mächten der Assemblée unterbreitet werden soll.

[...][7]

Stresemann: Wenn die Einigung über diesen Vorschlag erfolgt, nehme ich an,

---

[1] In der Vorlage heißt es: „Am 7. September, abends 9 ½ Uhr, führt Stresemann vor der Presse aus:" – In den konsultierten Zeitungen findet sich kein Artikel, der explizit auf diese Rede vor der Presse Bezug nimmt; allerdings finden sich in allen diesen Zeitungen Hintergrundinformationen zu den Vorgängen des Tages. Möglicherweise verhält es sich damit wie am Vortag (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vor der Presse vom 6. September 1927 mit der dortigen Anm. 1): Auch die hier wiedergegebene Rede vor der Presse könnte der inoffiziellen Information gedient haben und war wohl nicht zur unmittelbaren Veröffentlichung bestimmt oder freigegeben.

[2] Franciszek Sokal (1881–1932), Vertreter Polens in der Völkerbundsversammlung. – Zu seinem Gespräch mit Stresemann vgl. dessen Telegramm an das Auswärtige Amt vom 7. September 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 404–405. Dort heißt es als Zusammenfassung des nachfolgend angesprochenen Entwurfs: „Nach dem Entwurf sollten Völkerbundsstaaten in feierlicher Form eine Erklärung abgeben, wonach sie unter allen Umständen auf jeden Krieg verzichten und sich uneingeschränkt verpflichten, Staatenkonflikte nur auf friedlichem Wege beizulegen."

[3] So als Herausgeber-Ergänzung in der Vorlage.

[4] Vgl. zu diesen Beratungen das in Anm. 2 genannte Telegramm Stresemanns.

[5] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929. – Zu Stresemanns Gespräch mit ihm vgl. das in Anm. 2 genannte Telegramm Stresemanns.

[6] Friedrich Gaus (1881–1955), Leiter der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes 2. Mai 1923 – 1943. – Das Ergebnis der anschließend angesprochenen Juristen-Beratung war die Formel, die sich als Anm. 2 zu dem oben Anm. 2 genannten Telegramm Stresemanns abgedruckt findet.

[7] Als Herausgeber-Ergänzung folgt in der Vorlage: „Ein Pressevertreter: Ist der holländische Vorschlag jetzt ganz zurückgetreten?"

daß der holländische Vorschlag[8] zugunsten dieses Vorschlags verschwinden wird.

[...][9]

Ich möchte dem, was ich vorhin vor Ihnen ausgeführt habe, folgendes hinzufügen. Wir haben in der Delegation den Bericht des Herrn Ministerialdirektors **Gaus** über die heutigen Nachmittagsverhandlungen entgegengenommen[10], und wir sind einmütig der Überzeugung, daß der Entschließung, die das Ergebnis dieser Beratungen gewesen ist, von uns zugestimmt werden kann. Wir werden das bei den Beratungen, die sich morgen wahrscheinlich in der Form, von der ich gesprochen habe, vollziehen werden, auch zum Ausdruck bringen.

Uns scheint die Entschließung von einer angesichts der europäischen Situation, die doch wiederholte Konfliktsstoffe in sich zu bergen schien, nicht zu unterschätzenden moralischen Bedeutung für die Bekundung des unbedingten Willens zum Frieden und der Verwerfung des Angriffskriegs. Ich darf bemerken, daß beispielsweise die Abrüstung gegenüber denen, die keine Abrüstung wollen, am besten dadurch gefördert werden kann, daß der Friedenswille der Nationen zum Ausdruck kommt und sie damit des Argumentes beraubt werden, daß die Lage in Europa sie zwinge, übermäßige Rüstungen aufrechtzuerhalten. Das Prinzip der **Sicherheit,** das eine so große und zum Teil verhängnisvolle Rolle in unseren Beziehungen auch zu anderen Mächten gespielt hat, kann nicht mehr mit den bisherigen Argumenten aufrechterhalten werden, wenn eine Kundgebung von 47 Mächten[11] vorliegt, in der sie erklären, daß es ihre Aufgabe sei, nicht Kriege hervorzurufen, sondern mit friedlichen Mitteln die Dinge zu gestalten. Ich würde es nicht für richtig halten, wenn man in Erörterungen darüber einträte, was sich juristisch und völkerrechtlich dadurch ändert. Ich glaube, die Bedeutung der Kundgebung liegt in der Zeit, in der sie erfolgt, und in den Umständen, unter denen sie erfolgt. Ich darf, was ja auch öffentlich bekannt geworden ist, unterstreichen, daß sowohl der **französische** als der **englische** Außenmini-

---

[8] Zum am Vortag in der Völkerbundsversammlung unterbreiteten niederländischen Vorschlag vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927 (beide mit breiter Paraphrase der entsprechenden Rede und ausführlicher Zusammenfassung der betreffenden Sitzung).

[9] Als Herausgeber-Ergänzung folgt in der Vorlage: „Um 11 Uhr wird die Besprechung fortgesetzt. Stresemann nimmt das Wort:“

[10] Vgl. oben mit Anm. 6; zur Beratung der deutschen Delegation vgl. das oben Anm. 2 erwähnte Telegramm Stresemanns.

[11] Gemeint ist mit dieser Zahl wohl die Gesamtheit der aktuell in der Völkerbundsversammlung vertretenen Staaten.

ster[12], die „Mitkontrahenten“ des Locarno-Vertrages[13] gewesen sind, gegenüber fortgesetzten Beanstandungen der deutschen Haltung bei den Locarno-Verträgen jetzt jeder für sich erklärt haben, daß unsere damaligen Abmachungen jede gewünschte Friedensgarantie für den Osten und für den Westen bilden und daß es deshalb eines Annexes, einer Verstärkung dieser Bestrebungen durch Besonderheiten wie das Wiederaufleben des Genfer Protokolls[14] nicht bedürfe. Ich weise auf die Erklärungen von Chamberlain hin, die er im „Journal de Genève“[15] gegeben hat. Auch diese Erklärungen nehmen denjenigen das Wasser von der Mühle ihrer Agitation, die damit alle möglichen Maßnahmen, alle möglichen Stimmungen des Mißtrauens gegen Deutschland und alle möglichen aufrechtzuerhaltenden Maßnahmen haben verteidigen wollen. Ich würde es deshalb von diesen Gesichtspunkten aus für sehr falsch halten, wenn man diese morgen abzugebende Erklärung, die, wie ich annehme, auch ohne Kommissionsberatung im Plenum erledigt werden wird, von unserer Seite aus bagatellisieren würde. Ich glaube, kaum ein Staat hat so das Interesse, die anderen Mächte auf ihre Erklärung, andere Völker nicht mit Krieg zu überziehen, festzulegen, wie gerade Deutschland in seiner Situation. Und wenn etwa von unserer Seite gesagt würde, das sei nur die Manifestation irgendeiner Stunde des Aufschwungs oder irgendeine Finesse des Völkerbundes, um aus einer Sackgasse herauszukom-

---

[12] Gemeint sind Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918, sowie Austen Chamberlain (vgl. oben Anm. 5).– Die nachfolgend angesprochene „Erklärung“ gab Briand beim Abschlußbankett des Kongresses der Interparlamentarischen Union in Paris ab, als er in seiner Rede vom 30. August 1927 die im folgenden wiedergegebene Aussage machte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 560–561; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 410 [Morgenausgabe] vom 31. August 1927). Zu entsprechenden Äußerungen Chamberlains vgl. unten Anm. 15.

[13] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[14] Am 2. Oktober 1924 hatten zehn Mitgliedsstaaten des Völkerbundes in Genf das „Protokoll zur friedlichen Regelung internationaler Streitfragen“ unterzeichnet, das als Ausführung der Völkerbundssatzung gedacht war und u. a. künftig ein obligatorisches Schiedsverfahren bei Konflikten zwischen Staaten vorsah sowie jedem Mitgliedsstaat die obligatorische Verpflichtung auferlegen sollte, einem angegriffenen Völkerbundsmitglied automatisch zu Hilfe zu kommen (Text u. a. in SCHULTHESS 65 [1924], S. 464–470). Großbritannien verzögerte zunächst seine Umsetzung, ehe Außenminister Chamberlain deutlich bekundete, daß Großbritannien das Genfer Protokoll nicht ratifizieren werde (vgl. seine entsprechende Erklärung in der Unterhaussitzung vom 24. März 1925: HANSARD V 182, Sp. 307–315).

[15] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf einen Artikel im JOURNAL DE GENÈVE, Nr. 245 vom 7. September 1927, S. 8, in dem eine Erklärung Chamberlains gegenüber britischen Journalisten in Genf in Form eines Agenturberichts im Wortlaut wiedergegeben wird. Zur Sache vgl. auch u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927, unter der Überschrift „Chamberlain gegen Polen. ‚Völkerbundpakt und Locarno genügen.‘“ – Zur Haltung Chamberlains gegenüber dem polnischen Vorschlag vgl. auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 3. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 378–383, insb. 380–381).

men, so würden wir das, was darin für die Stärkung unserer Position liegt, geradezu entwerten.

Es steht bis zur Stunde, da die Verhandlungen sehr lange gedauert haben, noch nicht fest, welche Mächte die Erklärung einbringen werden, und es steht noch nicht fest, ob die Besprechung in der Assemblée sofort im Anschluß an die bisher gemeldeten Redner morgen vormittag oder am Nachmittag erfolgt. Das wird erst in den Morgenstunden zwischen den Beteiligten zum Austrag gebracht werden.

Rede vor der Presse in Genf vom 8. September 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 179–180.

Die verabredete Erklärung zum Gewaltverzicht droht am Widerstand Polens zu scheitern, das auf die Aufnahme einer Nichtangriffsformel drängt; diese würde jedoch die Locarno-Verträge entwerten. Er hofft dennoch auf eine Einigung.

Die Erwartungen, die sich an die gestrigen Vereinbarungen knüpften[2], haben sich **nicht erfüllt.** Der Text, der in den Beratungen der juristischen Sachwalter der drei großen Locarno-Mächte[3] und Polens[4] zustande gekommen war, hat die Zustimmung des **polnischen Außenministers[5]** nicht gefunden. Der polnische Delegierte Herr Sokal[6] hat mich heute gegen Schluß des Völkerbundes[7] ebenso wie Herrn Briand[8] und Herrn Chamberlain[9] davon unterrichtet, daß die polnische Regierung einen an-

---

[1] In der Vorlage heißt es einleitend: „Am 8. September 1927, abends 10 Uhr, spricht Stresemann wiederum vor der Presse:“ – In den konsultierten Zeitungen findet sich kein Artikel, der explizit auf diese Rede vor der Presse Bezug nimmt; allerdings finden sich in vielen dieser Zeitungen Hintergrundinformationen zu den Vorgängen des Tages. Möglicherweise verhält es sich damit wie an den beiden Vortagen (vgl. in dieser Edition die Reden Stresemanns vor der Presse vom 6. und 7. September 1927 mit den jeweiligen dortigen Anm. 1): Auch die hier wiedergegebene Rede vor der Presse könnte der inoffiziellen Information gedient haben und war wohl nicht zur Veröffentlichung bestimmt oder freigegeben.

[2] Vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Presse vom 7. September 1927.

[3] Gemeint sind Hurst für Großbritannien, Fromageot für Frankreich und Gaus für Deutschland; zu ihren Beratungen vom Vortag vgl. ebd. – Das Ergebnis dieser angesprochenen Juristenberatung über die von Polen angeregte Kriegsverzichtserklärung war die Formel, die sich im Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 7. September 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 404–405 als dortige Anm. 2 abgedruckt findet.

[4] Sein Name konnte nicht sicher ermittelt werden. Als Namen von Juristen in der polnischen Delegation werden im VORWÄRTS, Nr. 217 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927, „Prof. Rostworowski und Rundstein“ genannt. – Allerdings ist in dem in Anm. 3 genannten Telegramm Stresemanns auch nicht die Rede davon, daß von polnischer Seite der „juristische Sachwalter“ sich an den Diskussionen beteiligt habe, sondern für Polen Sokal die betreffenden Beratungen gepflogen habe.

[5] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941).

[6] Franciszek Sokal (1881–1932), polnischer Politiker; Vertreter Polens beim Völkerbund 1922–1932.

[7] Gemeint ist vermutlich das Ende der Sitzung der Völkerbundsversammlung und nicht des ebenfalls am 8. September 1927 tagenden Völkerbundsrates.

[8] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[9] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

deren Vorschlag mache[10], indem sie in die Schlußformel der geplanten Vereinbarung eine Einladung zum Abschluß gewisser **Nichtangriffspläne** aufgenommen wissen wolle. Wir haben gegen eine derartige Änderung der gestern getroffenen Vereinbarungen das meiner Meinung nach kaum übersteigliche Bedenken, daß wir durch eine derartige Einladung den von uns im vorigen Jahre abgeschlossenen und durch den Eintritt in den Völkerbund[11] zur Wirksamkeit gekommenen **Locarno-Vertrag[12] entwerten** und uns selbst desavouieren würden. Erst vor wenigen Wochen hat der französische Außenminister anläßlich des interparlamentarischen Kongresses in Paris[13] in starker und vorher auch angekündigter Weise zum Ausdruck gebracht, daß die Locarno-Verträge die notwendige Friedenssicherung auch für den Osten geben. Der englische Außenminister hat dieselbe Erklärung vor wenigen Tagen in Genf abgegeben[14]. Ich habe diese Erklärung vor einigen Monaten angesichts der Angriffe der polnischen Presse wegen der Ausführungen des Herrn Reichsministers Hergt[15] ebenfalls gegeben[16]. Also die Außenminister der drei großen Locarno-Mächte haben unabhängig voneinander in der letzten Zeit wiederholt erklärt, daß nach ihrer festen Überzeugung jede notwendige und mögliche Friedenssicherung auch im Osten gegeben sei. Es ist unmöglich, daß sie sich jetzt selbst desavouieren und sich zu einer Ergänzung ihrer Abmachungen einladen [!]. Ich glaube, daß das klar ist und daß eine

---

[10] Der Wortlaut dieses neuen polnischen Vorschlags findet sich u. a. in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 421 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927, S. 2.

[11] Zum deutschen Eintritt in den Völkerbund vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[12] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 (also knapp zwei Jahre zuvor) als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215. – Stresemanns Formulierung ist insofern mißverständlich, als die Verträge knapp zwei Jahre zuvor abgeschlossen waren, aber formal erst durch den Eintritt in den Völkerbund zur Gültigkeit kamen.

[13] Beim Abschlußbankett des Kongresses der Interparlamentarischen Union in Paris hatte Briand in seiner Rede vom 30. August 1927 die nachfolgend wiedergegebene Aussage gemacht (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 560–561; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 410 [Morgenausgabe] vom 31. August 1927).

[14] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf entsprechende Äußerungen Chamberlains gegenüber britischen Pressevertretern, die das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927, unter der Überschrift „Chamberlain gegen Polen. ‚Völkerbundpakt und Locarno genügen'" wiedergibt.

[15] Oskar Hergt (1869–1967), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DNVP; auch deren Parteivorsitzender 1918 – Oktober 1924 u. Fraktionsvorsitzender 1920 – Oktober 1924); Reichsjustizminister und Vizekanzler 31. Januar 1927 – 29. Juni 1928. – Offenbar bezieht sich Stresemann hier auf die am 1. Mai 1927 auf einer „Ostmarkentagung" gehaltene Rede des Reichsjustizministers Hergt, wonach Deutschland niemals den Verträgen von Locarno entsprechende Verträge über seine Ostgrenze abschließen werde, was in eine von der Tagung verabschiedete Resolution mündete (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 230; AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 5, S. 300 mit Anm. 2). – Zu polnischen Reaktionen vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 213 (Abendausgabe) vom 6. Mai 1927.

[16] Stresemann bezieht sich hier wohl auf seine Rede auf dem DVP-Parteitag des Wahlkreises Westfalen in Bad Oeynhausen vom 8. Mai 1927 (vgl. diese Edition).

Entwertung der Bedeutung der Locarno-Verträge, auf die heute Graf **Apponyi**[17] in seiner Rede noch besonders hingewiesen hat, nicht von den Trägern der Locarno-Politik vertreten werden kann. Ich glaube deshalb, daß es das Bestreben aller drei Mächte sein sollte, dafür zu sorgen, daß die Deklaration bleibt, aber in dem Sinne und in dem Geiste derjenigen Vereinbarungen, die gestern einmütig akzeptiert worden sind. Ich nehme an, daß nach dem Studium der vorgeschlagenen Änderungen darüber weitere Fühlungnahmen morgen stattfinden werden, und ich möchte die Hoffnung nicht aufgeben, daß man doch noch zu einer einmütigen Stellungnahme gelangt.

[17] Graf Albert Apponyi von Nagy-Apponyi (1846–1933), ungarischer Politiker; Vertreter Ungarns im Völkerbund. – Zu seiner nachfolgend angeführten Rede vom gleichen Tag vgl. deren Paraphrase in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 426 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927.

Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf vom 9. September 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 180–187. – Teildrucke (manchmal mit nur kurzen Auslassungen, gelegentlich in leichter Abwandlung) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 423 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927, S. 1–2; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 428 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 423 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 428 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; VORWÄRTS, Nr. 218 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 423 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 673 (2. Morgenausgabe) vom 10. September 1927, S. 1–2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 600b (Morgenausgabe) vom 10. September 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22623 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927, S. 3–4; REICHSPOST, Nr. 247 vom 10. September 1927, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 208 vom 11. September 1927, S. 12–13; SCHULTHESS 68 (1927), S. 519–523; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, B 2 (1927), S. 13–16; DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 582–588; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 21 (ohne genaue Datumsangabe). – Druck in französischer Übersetzung in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel. Suppl. spécial 54 (1927), S. 79–82.

Die Bedeutung der Weltwirtschaftskonferenz und der Weltwirtschaft: Auch sie bedarf des Willens zur Zusammenarbeit. Der deutsch-französische Handelsvertrag. Krieg würde nur neues Elend schaffen. Dem deutschen Volk ist dies bewußt. Locarno sichert den Frieden nach Osten wie nach Westen. Eine Angriffsverzichtserklärung des Völkerbundes hätte ihren Wert. Die deutsche Absicht zur Unterzeichnung der Schiedsgerichtsklausel. Die Abrüstung wird zum Prüfstein des Völkerbunds werden. Erinnert an den deutschen Beitritt und an die Rede Briands ein Jahr zuvor.

Aus der Debatte, die in diesen Tagen geführt worden ist[2], ragen drei Fragen hervor, die Ziel und Richtung der Völkerbundsarbeit weisen. Darunter verstehe ich einmal die Initiative, die der Völkerbund entfaltet auch in der Frage der Weltwirtschaftskonferenz[3], weiter die beiden großen Fragen, die die Völkerbundspolitik beherrschen und die öffentliche Meinung der Welt auf das stärkste bewegen: die Frage der Sicherheit und die Frage der Abrüstung. Gestatten Sie mir, bereits im Rahmen dieser

[1] Die Rede wurde in Deutschland „durch Rundfunk über den Deutschlandsender und die Ortssender verbreitet“, wie der VORWÄRTS, Nr. 217 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927, ankündigte.

[2] Zur Sache vgl. (in dieser Edition) Stresemanns drei Reden vor der Presse an den drei vorangegangenen Tagen.

[3] Die vom Völkerbund einberufene Weltwirtschaftskonferenz hatte vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

Generaldebatte in allgemeiner Form den Standpunkt Deutschlands in diesen Fragen vor Ihnen hier darzulegen.

Der sehr verehrte Vertreter von Großbritannien, Sir Edward Hilton **Young**[4]**,** hat mit vollem Recht gestern hingewiesen auf die starke Bedeutung, die der **Weltwirtschaftskonferenz** und ihren Ergebnissen zuzumessen ist. Man steht in der Öffentlichkeit großen internationalen Konferenzen vielfach skeptisch gegenüber. Diese Skepsis ist in bezug auf die Weltwirtschaftskonferenz sicherlich nicht angebracht. In die Initiative für diese große Idee teilten sich ein führender Staatsmann[5] und eine Persönlichkeit[6], die mit ihren großen staatsmännischen Qualitäten auch die Erfahrungen des praktischen Wirtschafters vereint. Und in der Tat reichten sich Politik und Wirtschaft in der Arbeit der Konferenz die Hand. Es ist an sich Theorie, wenn in der Gegenwart darüber gestritten wird, wem der Vorrang gebührt, der Politik oder der Wirtschaft[7]. Ich persönlich vertrete die Ansicht, daß alle großen materiellen Fragen, so bedeutsam sie auch sein mögen, niemals die Gemüter der Menschen, die Völkerschicksale formen, so bewegen oder hinreißen können wie die Fragen der Politik. Aber auch wer auf diesem Standpunkt steht, wird anerkennen und zugestehen müssen, daß niemals die politischen Beziehungen der Völker stärker durch die Wirtschaft beeinflußt wurden als in der Gegenwart, leider nicht nur in dem Sinne des Zusammenwirkens, sondern vielfach des Aufeinanderplatzens großer Interessengegensätze. Neben dem Gedanken des Krieges steht der Gedanke des Wirtschaftskrieges, neben dem Gedanken des Kampfes der Gedanke des Wirtschaftskampfes. Oft korrespondiert durchaus mit den Bestrebungen des Völkerbundes die Idee der Verständigung und die Idee, die Zusammenarbeit auch auf diesem Gebiete zur Wahrheit werden zu lassen. Ich möchte in diesem Stadium der Verhandlungen nicht auf die

---

[4] Sir Edward Hilton Young (1879–1960); britischer Politiker; Vertreter Großbritanniens in der Völkerbundsversammlung 1926–1928. – Kurze Zusammenfassungen seiner Rede vom 8. September 1927 finden sich u. a. in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 421 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 426 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927.

[5] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Wiederaufbauminister 1918–1920, Handels- und Industrieminister März – Juni 1924, 1930–1931, Arbeitsminister Mai 1928 – 1930. – Er hatte im September 1925 im Völkerbund den Vorschlag einer Weltwirtschaftskonferenz eingebracht (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1925).

[6] Wen Stresemann hier meint, konnte nicht sicher ermittelt werden; möglicherweise handelt es sich um Walter Runciman (1870–1949), Präsident der Internationalen Industrie- und Handelskammer; früherer britischer Minister.

[7] Stresemann bezieht sich hier wie in verschiedenen anderen Reden offenbar auf ein Diktum Walther Rathenaus, der eine Rede in München vom 28. September 1921 vor dem Reichsverband der deutschen Industrie in der Sentenz „Die Wirtschaft ist Schicksal“ gipfeln ließ und damit Napoleons Diktum „Die Politik ist das Schicksal“ widersprochen hatte. Vgl. dazu VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 457 (Abendausgabe) vom 28. September 1921, mit einer Wiedergabe des Vortrags.

Einzelheiten der Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz eingehen, aber ich darf in Übereinstimmung mit der Auffassung deutscher, und, wie ich glaube, auch französischer Sachverständiger das eine sagen, daß das Zustandekommen des **deutsch-französischen Handelsvertrags [am 17. August 1927]**[8] durch die Zusammenarbeit in der Weltwirtschaftskonferenz und die von ihr ausgehenden Ideen wesentlich erleichtert worden ist. Seit über 60 Jahren hat ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern nicht bestanden[9]. Die Differenzierung der wirtschaftlichen Arbeit macht das Zustandekommen solcher Verträge, in denen um Tausende von Positionen gerungen wird, fast unmöglich, wenn die Unterhändler sich auf den Standpunkt stellen, daß sie nur Interesse gegen Interesse zu verteidigen haben. Auch für diese Arbeiten auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Verhältnisse gilt der Satz[10]: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut." Der Geist und der Wille, zur Verständigung zu gelangen, hat trotz hartnäckigster Kämpfe um wohlberechtigte, vielfach entgegenstrebende Interessen beider Länder zu diesem Abschluß geführt. Lassen Sie uns hoffen, daß dieser Geist der Verständigung und der Zusammenarbeit, der immer mehr internationale Formen auch in anderen Beziehungen sucht, uns helfen möge, um durch die Verbindung wirtschaftlicher Gemeinschaften der Verständigung der Völker selbst zu dienen. Lassen Sie uns die Arbeit, die hier begonnen ist, praktisch weiterführen und uns hoffen, daß die an sich schon unter den Wirkungen der großen Weltereignisse **verarmten** Staaten, die von ihren Bürgern weit größere Abgaben fordern müssen, als der Staat es jemals in früheren Zeiten tat, ihr Land nicht als Bollwerke[11] ansehen, die gegen jeden Einbruch anderer zu verteidigen sind, sondern daß die den Außenministern so oft vorgeworfene Art, auch auf die Interessen anderer Rücksicht zu nehmen, Sinnbild des gegenseitigen Güteraustausches sein möge.

Lassen Sie mich daher der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Weltwirtschaftskonferenz in der Welt verstanden werden möge nicht als die Zusammenballung dessen,

---

[8] So in der Vorlage als Herausgeber-Ergänzung. – Text des nach mehrjährigen Verhandlungen am 17. August 1927 in Paris unterzeichneten Handelsvertrags: REICHSGESETZBLATT 1927 II, S. 524–876. – Der Vertrag war wenige Tage vor der Rede Stresemanns, am 6. September 1927, allgemein in Kraft getreten (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22621 [Morgenausgabe] vom 8. September 1927, S. 4).

[9] Stresemann bezieht sich wohl auf den preußisch-französischen Handelsvertrag vom 2. August 1862, dem später die Mitglieder des Deutschen Zollvereins beitraten; Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 126, S. 177–238.

[10] Stresemann zitiert hier aus Friedrich von Schillers 1799 uraufgeführtem Trauerspiel „Wallensteins Tod" (vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 8. Neue Ausg., Teil II. Weimar 2010, S. 5–151; das Zitat S. 73).

[11] So in der Vorlage. An einigen der anderen genannten Druckorte „Bollwerk" (und der nachfolgende Anschluß im Singular).

was man so oft die **kapitalistischen Interessen** der Völker nennt. Wir werden nicht zu einer Befriedung im sozialen Leben der Völker gelangen, wenn nicht die Erkenntnis durchdringt, daß Kapitalismus und Arbeit keine Gegensätze sind, sondern daß beides nur gedeihen kann, wenn es unter den gemeinsamen Gesichtspunkt vernünftiger Wirtschafts- und Produktionspolitik und gleichzeitig vernünftiger sozialer Gesetzgebung gestellt wird. Dem, der führt in der Wirtschaft, die Führung, dem, der durch geistige und körperliche Mitarbeit ihm zum Gelingen der Arbeit unentbehrlich ist, der gerechte Lohn und die soziale Fürsorge! Dazu ist notwendig eine gemeinsame **Tiefladelinie[12] der sozialen Belastung,** damit fair play im internationalen Wettbewerb möglich sei. Das sind die Gedanken, die von den Räumen des Völkerbundes hinüberführen zu dem Internationalen Arbeitsamt[13], das sind die Gedanken, unter denen auch die späteren Arbeiten der Weltwirtschaftskonferenz unter Zusammenwirken der Arbeitgeber und Arbeiter hoffentlich stehen werden.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Welt, zumal in den Monaten, die hinter uns liegen, auf politischem Gebiet oft beunruhigt schien. An sich braucht das nicht wunderzunehmen. Die Epoche, in der wir leben, ist gekennzeichnet durch ihren geistig umwälzenden Charakter. Der **Weltkrieg** war wohl das größte revolutionäre Ereignis, das Jahrhunderte gesehen haben. Er sah die höchste Entflammung des kriegerischen Geistes, er sah jene „mystische Auffassung“ der Völker, von der Herr Briand[14] erst kürzlich in einem Aufsatz über den Frieden gesprochen hat. Er sah die Größe des einzelnen, der das Leben gering achtete gegenüber der Idee Heimat und Vaterland, endete aber in einem großen Fragezeichen, mit dem die Gedanken der Menschheit nicht abschlossen, sondern vor neuen Problemen standen. Neben Glanz und Glorie großer Taten sahen wir zerstörte Fluren, menschliches Elend und so viele ungelöste Rätsel, wie sie kaum jemals vorher in der Welt bestanden. Wir sahen, wie die Erregung der Völker sich geltend machte in der Umwälzung ganzer Staatswesen,

---

[12] „Tiefladelinie“ bezeichnet die Linie auf dem Schiffsrumpf, die die maximal zulässige Beladbarkeit des Schiffes anzeigt.

[13] Das Internationale Arbeitsamt fungierte als Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, die durch Teil XIII des Versailler Vertrags ins Leben gerufen worden war und „einen Bestandteil der Bundeseinrichtungen [des Völkerbundes]“ bildete (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 207–220; Zitat: S. 209). Es war ebenfalls in Genf ansässig, und zwar seit 1926 in einem neuen Gebäude. Stresemann hatte am 15. September 1926 dieses kurz zuvor eingeweihte neue Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes in Genf besucht (zu seiner Rede anläßlich des Besuchs vgl. diese Edition).

[14] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Der nachfolgend angesprochene Aufsatz konnte nicht ermittelt werden.

in einer neuen sozialen Gliederung, die vielfach zu einer sozialen Revolutionierung führte, in völlig neuen Ideen über das Verhältnis des Staates zum einzelnen, in einem Wechsel der Entwicklungen, die zwischen den entgegengesetztesten Formen des Staatsaufbaus hin und her schwanken. Wir befinden uns – seien wir uns darüber klar – noch nicht am Abschluß jener großen geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Umwälzung alles Bestehenden, die von dem Weltkrieg eingeleitet, aber keineswegs in ihren Folgewirkungen beendet ist.

Aus diesem Gegensatz der Meinungen, dieser Wirrnis der Welt, auch dieser ganzen weltwirtschaftlichen Umwälzung, die das wirtschaftliche Verhältnis der Erdteile zueinander vielfach völlig umgekehrt hat, ragt eine Erkenntnis hervor, die von uns positiv gelöst werden muß, wie immer die Entwicklung der Völker und Staaten gehen mag, die Erkenntnis, daß der Krieg weder der Wegbereiter zu einer besseren Zukunft noch überhaupt der Regulator der Entwicklung sein kann, die Erkenntnis, daß er nach allem menschlichen Ermessen nur neues Elend, neue Wirrnis und schließlich die **Anarchie** schaffen würde.

Gewiß ist diese Auffassung nicht Gemeingut aller Menschen. Auch wenn man von der Einstellung eines Volkes spricht, kann man nicht für den letzten Bewohner seines Gebiets sprechen. In jedem Lande ringen die Anhänger der alten Ideen und Meinungen mit denen, die einen neuen Weg ins Freie suchen. Mißtönend klingt in die Idee der Verständigung und des Friedens immer wieder die Empfindung des Mißtrauens, ja des Aufflackerns des Hasses, unberechtigter nationaler Leidenschaften, die nicht über die Grenzen des eigenen Volkstums hinaus zu sehen vermögen. Und wo immer solche Stimmen ertönen, werden sie durch den Lautsprecher der Presse vermillionenfacht und ergeben in einer Zeit, die die Sensationslust vielfach an die Stelle der sachlichen Beratung der Dinge gesetzt hat, ein falsches Bild von der tatsächlichen Kraft und Bedeutung dieser Empfindung.

Innerhalb des **deutschen** Volkes kann über die Zustimmung zu dem Grundgedanken der Verständigung und des Friedens nicht einen Augenblick ein Zweifel sein. Von allen Mächten in dem alten Erdteil Europa am meisten der Sicherheit bedürftig, um ein wachsendes Volk auf enger gewordenem Boden zu erhalten, wünschen wir nicht nur Mittätige, sondern Vorkämpfer zu sein auf dem Wege derjenigen Bestrebungen zum allgemeinen Frieden, für die der Völkerbund sich einsetzt. Gewiß, die Feierstunde der Idee und der Alltag ihrer Verwirklichung in der täglichen Arbeit für den Frieden sind nicht dasselbe. Nicht rauschende Reden, sondern Taten allein wer-

den entscheiden über den Fortgang der Entwicklung. Aber ich glaube, daß Deutschland ein Recht hat, sich als mittätiges Volk in dieser Entwicklung zu fühlen. Es war kein Geringerer als der Außenminister Frankreichs, der verehrte Kollege **Briand,** der vor wenigen Monaten jenes große psychologische Opfer, das Deutschland in den Verträgen von Locarno[15] brachte, in seiner ganzen Tragweite gewürdigt und die Frage gestellt hat, ob ein anderes Volk nach den Wunden eines verlorenen Krieges hierzu ebenso fähig gewesen wäre[16].

Graf **Apponyi**[17] hat gestern auf diese Entwicklung hingewiesen, und ich danke ihm für die so anerkennenden Worte, die er denen gewidmet hat, die an dieser Entwicklung gearbeitet haben. Mit Recht hat er gerade auch den Abschluß der Locarno-Verträge auf die Aktivseite der Bilanz der Entwicklung des Völkerbundes gestellt. Die Locarno-Verträge stehen nicht außerhalb, sondern innerhalb des Völkerbundes, wie ja Deutschlands Mitgliedschaft in diesem Bunde durch sie mit herbeigeführt wurde[18]. Es ist unverständlich, wenn manchmal Zweifel daran laut geworden sind, ob das in Locarno begründete Werk nur einige oder alle beteiligten Völker umfaßt. Ich darf mich in dieser Beziehung nur den Erklärungen anschließen, die der französische und der englische Außenminister[19] vor kurzem gaben[20], daß sie eine weittragende Wirksamkeit im Westen und für den **Osten** haben. Wie überhaupt diese Verträge die großen Grundgedanken des Völkerbundes in besonderer Form zur praktischen Anwendung brachten. Wir sehen in diesen im Völkerbund wurzelnden Friedenssicherungen den unter den heutigen Realitäten gegebenen Weg, Bestehendes vor Krieg und Kampf zu schützen, aber auch die künftige, naturgemäße Entwicklung der Verhältnisse zwischen den Völkern durch friedliche Mittel so zu gestalten, daß das Höchst-

---

[15] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[16] Eine entsprechende Äußerung Briands konnte nicht ermittelt werden; möglicherweise findet sie sich in dem oben (mit Anm. 14) angesprochenen Aufsatz.

[17] Graf Albert Apponyi von Nagy-Apponyi (1846–1933), ungarischer Politiker; Vertreter Ungarns im Völkerbund. – Zu seiner nachfolgend angeführten Rede vom Vortag vgl. deren Paraphrase in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 426 (Morgenausgabe) vom 9. September 1927.

[18] Auf Drängen insbesondere Frankreichs und Großbritanniens war das Inkrafttreten des Hauptvertrags von Locarno daran gebunden, daß Deutschland in den Völkerbund eintreten würde (vgl. Art. 10: LOCARNO-KONFERENZ S. 202).

[19] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[20] Mit Bezug auf Briand bezieht sich Stresemann wohl auf dessen beim Abschlußbankett des Kongresses der Interparlamentarischen Union in Paris gehaltene Rede vom 30. August 1927, in der er die nachfolgend wiedergegebene Aussage machte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 560–561; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 410 [Morgenausgabe] vom 31. August 1927). – Für Chamberlain gilt der Bezug vermutlich zu dessen entsprechenden Äußerungen gegenüber britischen Pressevertretern, die das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 (Morgenausgabe) vom 7. September 1927, unter der Überschrift „Chamberlain gegen Polen. ‚Völkerbundpakt und Locarno genügen‘“ wiedergibt.

maß der Verständigung zwischen ihnen gewährleistet wird durch Beseitigung dessen, was sie in dieser oder in jener Frage gegenwärtig noch trennt.

Gewiß sind wir uns klar darüber, daß die bisherigen Methoden des Völkerbundes nicht alle Wünsche erfüllen, die mancher hegen mag. Aber auch der Völkerbund ist ein Stück Menschenwerk, Synthese zwischen Idealität und Realität. Aber wer zur Kritik aufruft gegen den Völkerbund und wer das langsame Fortschreiten mancher Entwicklung bemängelt, der entziehe seine Mitarbeit dem Völkerbund nicht, wenn nicht alle Blütenträume reifen, sondern stelle seine Kritik positiv ein, damit sie anspornend wirkt und mitschafft an seinen Gesetzen und Ideen. Darüber, wie man die allen wünschenswerte Entwicklung weitertreibt, sind verschiedene Gedanken in der vorangegangenen Diskussion zum Ausdruck gekommen. Wenn ich die Schwierigkeiten nicht verkenne, die naturgemäß dieser Entwicklung entgegenstehen, so möchte ich mich doch nicht mit dem weniger hoffnungsvollen „attendez“ beruhigen, das aus der so kenntnisreichen und aufschlußvollen Rede des verehrten Vertreters **Griechenlands [Politis]**[21] in einer gewissen skeptischen Schlußanwendung hervorklang. Ich möchte auch nicht glauben, daß dieses „attendez“ durch das „espérez“ des so verehrungswürdigen Grafen Apponyi[22] genügend ergänzt wurde. Vor allem aber bedaure ich, daß in den Ausführungen des Vertreters Griechenlands ein geringes Zutrauen zu der tragenden und fortreißenden Gewalt einer etwaigen Manifestation des Völkerbundes zum Ausdruck kam. Es ist allgemein bekannt, daß für die diesjährige Tagung des Völkerbundes der Gedanke einer Manifestation erörtert wird, die den Gedanken des **Verzichtes auf Angriff** und Gewalt zum Ausdruck bringen sollte[23]. Ist dem wirklich so, daß eine solche feierliche Erklärung, abgegeben von den hier vertretenen Nationen, nichts bedeuten würde gegenüber dem gegenwärtigen Stand der Dinge? Es mag sein, daß mancher der Wege vertragsmäßiger Bindungen wün-

---

[21] So in der Vorlage als Herausgeber-Ergänzung. Gemeint ist Nikolaos Politis (1872–1942), griechischer Politiker; Vertreter Griechenlands im Völkerbund. – Eine Zusammenfassung seiner Rede in der Völkerbundsversammlung vom 8. September 1927 in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 425 (Abendausgabe) vom 8. September 1927. – Die genaue Bedeutung des von Stresemann angesprochenen „attendez“ konnte mangels Wortlaut der Rede nicht ermittelt werden. Vermutlich bezieht es sich aber darauf, daß Politis der Versammlung empfahl, „den Zeitpunkt abzuwarten, um auf das [Genfer] Protokoll zurückzukommen“ (ebd.).

[22] Vgl. oben mit Anm. 17. Die Die genaue Bedeutung des von Stresemann angesprochenen „espérez“ konnte mangels Wortlaut der Rede nicht ermittelt werden.

[23] Zum ursprünglichen polnischen Vorschlag für eine Resolution und zu demjenigen der Niederlande sowie den nachfolgenden Bemühungen um einvernehmliche Formulierungen vgl. die drei vorangehenden Reden Stresemanns vor der Presse. Zwischenzeitlich war verabredet, daß Polen in der Völkerbundsversammlung seinen Antrag in der allgemein akzeptierten Formulierung (vgl. den Wortlaut in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 187) einbringen würde.

schenswerter erscheint. Aber ich habe die Empfindung, daß der Glaube und daß die Idee ebenso bedeutend sein können wie die juristische Formel. Nicht die Paragraphen allein machen den Frieden, sondern der Geist der Völker und das Gewissen ihrer verantwortlichen Lenker. Wir dürfen auch nicht sagen: Abrüstung hängt von der **Sicherheit** ab, die Sicherheit hängt von dem Recht ab, das Recht hängt von der Moral ab, um schließlich in einem „non possumus" zu enden. Aus vielen mißtönenden Stimmen, die wir gerade in letzter Zeit gehört haben, wäre es ein bedeutsames Herausklingen, wenn die verantwortlichen Staatsmänner sich dazu verständen, zu erklären, daß sie den Willen zur Führung der Weltdinge in sich fühlen, und deshalb feierlich und in bindender Form ihren Willen zur Diffamierung der zu Gewalt und Angriff schreitenden Mächte zum Ausdruck brächten. Ich weiß nicht, ob unsere Erörterungen mit einer Erklärung abschließen werden, die diese Gedanken zum Ausdruck bringt. Mich zu ihnen im Namen des Reiches zu bekennen, ist mir Pflicht und Bedürfnis.

Lassen Sie mich hiernach eine andere Frage berühren. Man hat es bedauert, daß bisher so wenige Staaten der **Fakultativklausel** des **Schiedsgerichts im Haag**[24] beigetreten sind. Die Politik des Deutschen Reiches liegt durchaus in der hier angestrebten Richtung. Wir haben das seit Jahren zum Ausdruck gebracht durch eine große Reihe von **Schiedsverträgen,** die wir mit verschiedenen Staaten geschlossen haben[25]. Ich werde dementsprechend auch die Unterschrift unter die Fakultativklausel im Namen des Reiches noch in dieser Session vollziehen[26].

Die Frage der Sicherheit und die Frage der Abrüstung, so sagte ich einleitend, bedingen einander. Wir werden, wenn der Wille zum Frieden auch noch so stark bei allen Nationen zum Ausdruck kommt, doch mit Recht die Kritik auf uns ziehen und

---

[24] Die Fakultativklausel aus dem Statut des 1922 eröffneten Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag besagte, daß die (freiwilligen) Unterzeichnerstaaten untereinander alle juristischen Streitfälle durch ein Schiedsverfahren dieses Gerichtshofes regeln würden (Text u. a. in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 180). Bisher hatten erst einige Staaten, darunter mit Frankreich nur eine Großmacht, die aber die Unterzeichnung bisher nicht ratifiziert hatte, diese Klausel unterzeichnet. – Zu deutschen Überlegungen über die Opportunität der Unterzeichnung vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 8. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 408–409), die undatierte Aufzeichnung Plancks über die Ministerbesprechung vom 9. September 1927 (ebd., S. 410–412) sowie das Privatdienstschreiben Köpckes an Schubert vom 9. September 1927 (ebd., S. 413–415).

[25] Zur deutschen Schiedsvertragspolitik vgl. die undatierte Aufzeichnung (von 1925) ohne Unterschrift ebd., A 14, S. 34–45 u. insb. S. 37–41.

[26] In der Wiedergabe der Rede im VORWÄRTS, Nr. 218 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927, ist hier „Lebhafter andauernder Beifall" eingefügt. Laut dem oben Anm. 24 genannten Schreiben Köpckes habe man in Berlin im Rundfunk gehört, daß die Ankündigung „einen Beifallssturm sondergleichen erregt" habe.

skeptischer Beurteilung unterliegen, wenn wir jetzt nicht mit größter Energie an diejenigen Aufgaben herantreten, die Graf Apponyi gestern mit vollem Recht als einen Prüfstein für die moralische Existenzfähigkeit des Völkerbundes hingestellt hat: die Frage der **allgemeinen Abrüstung.** Man könne nicht den Krieg verfemen, gleichzeitig aber unsere Sicherheit noch aufbauen auf den Fortbestand der Rüstungen. Die moralische Macht, die von dem Völkerbund ausgehen soll, wird auch für die Zukunft abhängen von den Taten, die auf diesem Gebiet erstehen werden. Vor uns liegt das der Welt feierlichst gegebene Wort, das die moralische Grundlage gab für die Entstehung des Völkerbundes, das besagt, daß die Abrüstung der im Kriege unterlegenen Nationen die Voraussetzung sein solle für die kommende allgemeine Abrüstung[27]. Wenn Sie dem Glauben an große Ideen eine Bedeutung beimessen und mit Recht beimessen für die Entwicklung der Völker, dann **täuschen Sie nicht** den Glauben an die Heiligkeit dieser Geburtsurkunde des Völkerbundes. Was vielen von Ihnen noch vorschwebt als Ergänzung vorhandener Lücken der Friedensversicherung, werden Sie leichten und freudigen Herzens entgegengebracht sehen, wenn der Weltfriede, zu dem sich der Völkerbund bekennt, nicht mehr auf Bajonetten, sondern auf dem Geiste des Glaubens und des Vertrauens ruht.

Lassen Sie mich meine kurzen Ausführungen mit einem Bild der Erinnerung schließen:

Es war fast auf den Tag vor einem Jahr, als ich zum erstenmal diesen Raum betrat[28]. Lebendig geblieben ist diese Stunde allen, die sie erlebt haben. Lebendig vor allem durch jene Ausführungen des Vertreters Frankreichs, der die unvergeßlichen Worte[29] aussprach, daß zwei Nationen wie Frankreich und Deutschland auf dem Gebiete des Krieges und des Schlachtenruhmes so viel geleistet hätten, daß sie nicht nötig hätten, der Welt einen neuen Beweis für ihre Tapferkeit zu geben, und daß ihr Wettstreit sich vollziehen möge auf den Gebieten der Kultur, des Geistes und des Menschenfortschrittes. Einmütig war der Jubel, der Herrn **Briand** entgegenbrauste,

---

[27] Stresemann bezieht sich auf die Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), nach deren Art. 8 „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder war und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen hatte (ebd., S. 11–12). Zudem war in diesem Friedensvertrag die deutsche Abrüstung als Einstieg in die allgemeine Abrüstung deklariert worden (ebd., S. 82).

[28] Stresemann bezieht sich auf den 10. September 1926, den Tag des deutschen Beitritts zum Völkerbund (vgl. in dieser Edition seine an dem Tag gehaltene Rede).

[29] Stresemann bezieht sich auf die Rede Briands vom 10. September 1926 (deren Text u. a. in SCHULTHESS 67 [1926], S. 477–481) im Anschluß an seine eigene, die in der vorangegangenen Anm. genannt ist.

als er das Wort sprach: „Weg mit den Kanonen, weg mit den Mitrailleusen!“ Mögen diese Worte ihre Bedeutung für alle Nationen behalten! Möge man, wenn man eine neue Zukunft aufbauen will, sich daher auch darüber klar sein, daß diese neue Zukunft nicht aufgebaut sein darf auf Mißtrauen, sondern auf gegenseitiger Achtung und Gleichberechtigung, und daß man die volle Wirkung dieses Geistes bei keinem Volke bis in die letzten Verästelungen seiner Seele erwarten kann, solange es selbst noch **fremder Gewalt** ausgesetzt ist[30].

Wenn wir feierlich dem Kriege absagen, müssen wir die Sicherheit der Völker begründen auf dem Geiste, der diese Erklärung durchweht. Eine neue Jugend ist aufgewachsen seit den Tagen jenes mörderischen Ringens der Nationen gegeneinander. Sie schaut mit klaren Augen in die Welt, sie liebt die Sonne und die Natur. Sie sieht neben dem geistigen Wirken in dem Körper das gottähnliche Bild, dessen Pflege und dessen Ausgestaltung zu Schönheit und Kraft und damit zu höchsten Leistungen ihr als Ideal vorschwebt. Wir sehen Menschenleistungen vor uns, an die wir früher nie gedacht haben. Nicht können Weltenmeere mehr verhindern, daß todesmutige Menschen uns Grüße von fremden Erdteilen bringen[31], und niemals haben die alten griechischen Sätze mehr Bedeutung gehabt als heute[32]: „Vieles Gewaltige lebt, doch nichts ist gewaltiger als der Mensch.“

Wohlan, ist der Mensch das Höchste der Schöpfung auf dieser Erde, dann wende er alle seine Kräfte des Geistes und des Körpers an, um das, was in ihm ruht, zum Höchsten, zur Entwicklung für sich und die Seinen, für die innere Heimat und sein Vaterland, aber über das Vaterland hinaus für die Ziele des Zusammenwirkens und der Verständigung der Völker zu führen. Die Welt sehe uns im Wettstreben um die Erreichung der höchsten Ideale. Aber sie sehe nicht wieder die Waffen der Völker gegeneinander gekehrt. So lassen Sie uns zusammenwirken in dem Kampf, der der Arbeit folgt, der der schwerste, aber auch der ehrenvollste ist: im Kampf für den Frieden und die auf Frieden und Gerechtigkeit beruhende große Entwicklung der Völ-

---

[30] Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf die Fortführung der Besatzung in den beiden südlichen Zonen des Rheinlands.

[31] Offenbar bezieht sich Stresemann auf die im Frühsommer 1927 erstmals und dann wiederholt durchgeführten Atlantikflüge, u. a. auch von Amerika nach Deutschland; vgl. etwa (in dieser Edition) seine Rede beim Empfang für die amerikanischen Atlantikflieger in seinem Haus in Berlin vom 9. Juni 1927 und die Rede anläßlich des Festbanketts des Amerikanischen Clubs für die amerikanischen Atlantikflieger in Berlin vom 10. Juni 1927.

[32] Stresemann zitiert hier nachfolgend den griechischen Dichter Sophokles aus dessen vermutlich 442 v. Chr. uraufgeführter Tragödie „Antigone“ (vgl. etwa [mit leicht variierender Übersetzung]: Sophokles. Die Tragödien. München 1977, S. 51–92; das Zitat: S. 62).

ker.[33]

[33] Zum Fortgang der Sitzung, u. a. mit der polnischen Einbringung der Resolution zum Gewaltverzicht, vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 428 (Morgenausgabe) vom 10. September 1927.

Rede vor der internationalen Presse in Genf vom 16. September 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 439 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927. – Teildrucke (mit Abweichungen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 435 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927, S. 1–2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 435 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 435 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927[2]; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 440 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 435 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 614b (Morgenausgabe) vom 17. September 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22630 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927, S. 3.

Die Tagung der Völkerbundsversammlung war wertvoller als zuvor erwartet. Wehrt sich gegen die fortdauernden Zweifel an der deutschen Friedenspolitik, auch gegen Lügen von Deutschen. Die Grundlagen der deutschen Außenpolitik werden von allen deutschen Parteien mitgetragen. Die Besprechungen am Rande des Völkerbundes richten sich nicht gegen die kleinen Länder; deren Einfluß ist größer, als behauptet wird. Die Bedeutung der Abrüstungsfrage und des Minderheitenschutzes.

Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir, daß ich Sie hier in diesen Räumen[3] herzlich willkommen heiße. Wir haben in Berlin die Tradition, daß an jedem Freitag nachmittag die ausländische Presse sich zu einem Tee versammelt und dabei Gele-

---

[1] Die Vorlage druckt die Rede unter der Überschrift ab „Stresemanns Rede an die Weltpresse. Gehalten am Freitag, dem 16. September im Hotel Métropole zu Genf". – Die NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22630 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927, S. 3, erläutert die Umstände etwas näher: „Dr. Stresemann hat heute nachmittag die in Genf versammelten Vertreter der Weltpresse zum Tee geladen. Der Einladung waren etwa hundertfünfzig Journalisten aller Länder gefolgt. Der deutsche Außenminister hielt an die Pressevertreter eine Ansprache, die nicht verfehlen wird, großes Aufsehen in der ganzen Welt zu erwecken, sowohl wegen des allgemein sachlichen Inhaltes, der überaus beifällig aufgenommen wurde, als auch wegen einiger Angriffe, die der Außenminister gegen französische Zeitungen und gegen zwei deutsche Persönlichkeiten richtete, denen er jede Berechtigung absprach, über deutsche Angelegenheiten zu urteilen." – Vermutlich handelt es sich bei dem hier wiedergegebenen Text um eine bereinigte Fassung: Die BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 470 (Morgenausgabe) vom 5. Oktober 1927, erläutert: „Die vielbeachtete Schimpfrede, welche der Außenminister Dr. Stresemann in Genf vor dem Kreise der Journalisten gegen die Pazifisten Professor Förster und Karl Mertens gehalten hat, scheint doch nachträglich in ihm selber Bedenken geweckt zu haben. Es ist ihm in der Weltpresse mit Ausnahme der deutschen Stahlhelmpresse seine rhetorische Entgleisung sehr übel vermerkt worden, auch da, wo man die Methoden jener beiden nicht für richtig hält. [...] Inzwischen hat sich Dr. Stresemann bemüht, den angeblichen ‚authentischen' Text seiner Rede als Berichtigung der Pressemeldungen in die Oeffentlichkeit zu bringen." – So sind die im Kopf der hiesigen Wiedergabe genannten Teildrucke, sofern sie vom 17. September 1927 datieren, möglicherweise näher am tatsächlichen Text. Z. B. sind in der Überlieferung in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 440 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927, noch andere Begriffe enthalten wie etwa „Lumpen", mit denen Stresemann Foerster und Mertens belegt.

[2] Vgl. dazu Anm. 1 im Hinblick auf die unterschiedlichen Versionen der Rede.

[3] Vgl. Anm. 1.

genheit hat, über alle diejenigen Fragen, die sie bewegen und interessieren, sich mit den Vertretern der Reichsregierung oder auch der deutschen Länderregierungen auszusprechen. Ich bin es gewohnt, sehr oft meinen Freitag dazu zu benutzen, und habe gesehen, welch eine gute Wirkung dieser Gedankenaustausch für beide Teile gehabt hat. Lassen Sie mich deshalb auch heute gewissermaßen in Anknüpfung an diese Tradition zu Ihnen sprechen, und gestatten Sie mir, daß ich es ebenso tue wie in Berlin, nicht in der Form einer Rede, sondern mehr eines Gedankenaustausches. Sie wollen mir deshalb auch erlauben, sitzen zu bleiben, wenn ich spreche.

Meine Herren! Wir sind zum zweiten Male im zweiten Jahre als Deutsches Reich im Völkerbund vertreten[4]. Wir haben im vorigen Jahre an den Arbeiten der Assemblée nur teilweise teilgenommen[5]. Diesmal war es uns dagegen möglich, an all den großen Fragen mitzuarbeiten, die den Völkerbund beschäftigen. Als die Delegationen abreisten[6], war die allgemeine Auffassung die, daß die diesjährige Tagung des Völkerbundes[7] so langweilig sein würde, daß es sich eigentlich gar nicht lohne, nach Genf zu gehen, und das Erschrecken der Journalisten darüber, was man über eine derartig langweilige Tagung berichten solle, war sehr groß. Aber so unbeständig wie das Wetter ist auch die politische Entwicklung im Völkerbund, und ich glaube, man wird die diesjährige Tagung doch **zu den bedeutungsvollsten** des Völkerbundes zählen. Es ist gar kein Zweifel, daß die Generaldebatte in der Assemblée Gegensätze gezeigt hat, einen Streit der Meinungen, einen Gedankenaustausch, bei dem es an Angriffen und Gegenwehr nicht gefehlt hat. Und ich möchte an meiner Auffassung keinen Zweifel lassen, daß ich einen derartigen Gedankenaustausch für sehr viel besser halte als das, was der Vertreter einer Nation[8] den Ausspruch lediglich der Höflichkeiten, der Anerkennung und einiger ganz allgemeinen Ideen nannte.

Von zwei Seiten ist der Versuch gemacht worden, daß [!] was einzelne Nationen bewegte, in En[t]schließungen zusammenzufassen. Das eine war der Versuch der

---

[4] Dies bezieht sich offenbar darauf, daß Deutschland zum zweiten Mal (nach dem September 1926) an der Völkerbundsversammlung teilnahm.

[5] Deutschland war am 10. September 1926 dem Völkerbund (und damit dessen Versammlung) beigetreten (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns anläßlich dieses Beitritts); die Versammlung war 1926 bereits am 6. September und damit zunächst ohne einen Vertreter Deutschlands zusammengetreten.

[6] Gemeint ist offenbar die Abreise aus der jeweiligen Heimat.

[7] Gemeint ist offenbar wiederum die Völkerbundsversammlung, die vom 5. bis 27. September 1927 tagte.

[8] Wer hier gemeint ist, konnte nicht ermittelt werden.

polnischen Resolution[9], das zweite der Versuch **Hollands[10].** Beide Resolutionen haben dasselbe Schicksal gehabt, daß sie verschiedenen Aenderungen ausgesetzt waren. Wir haben die polnische Resolution unterstützt[11], weil wir der Meinung waren, daß eine feierliche Erklärung der Art, daß alle Mächte, die im Völkerbund vertreten seien, den Krieg verabscheuten, nicht schaden könnte in einer Zeit, in der **unverantwortliche Menschen,** die nicht Staaten repräsentieren doch vielfach in einer Sprache gesprochen haben, die ganz anders ist als diejenige, die man als Sprache des Völkerbundes bezeichnen kann. Herr **Briand[12]** hat in seiner Rede auf Zeiten hingewiesen, die nicht lange zurückliegen und in denen sich doch Spannungen bemerkbar gemacht hätten, die vielleicht stärker waren, als man im allgemeinen in der Oeffentlichkeit weiß. Deshalb habe ich dem Gedanken Ausdruck gegeben, daß, wenn eine Entschließung auch nichts ändert an dem Pakt[13] und dem, was jeder einzelnen Nation auferlegt ist, eine solche Entschließung in der Form, die sie erhalten hätte, von Bedeutung sein könnte, weil ja schließlich alles das, was zum Ausdruck kommt durch die Empfindungen der Menschen, durch ihre Gefühle, auch eine moralische Weltgeltung hat, die [e]benso stark sein kann wie völkerrechtlich bindende Paragraphen. So war unsere Entschließung in dieser Frage. Vielleicht wäre sie als etwas Platonisches aufgefaßt worden, und man wäre vielleicht der Kritik begegnet, daß man durch Worte allein die Dinge nicht ändere. Meine Herren, ich glaube in Anspruch nehmen zu können, daß die deutsche Delegation sich mit Worten nicht begnügt hat. Unser **Beitritt zu der sogen. Fakultativklausel** des Schiedsgerichtsho-

---

[9] Zur polnischen Resolution zum Kriegsverzicht vgl. in dieser Edition die Reden Stresemanns vor der Presse vom 6. bis 8. September.

[10] Am 6. September 1927 hatte der niederländische Vertreter Beelaerts van Blokland in einer Resolution in der Versammlung gefordert, die Grundsätze des Genfer Protokolls von 1924 im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Vorbereitenden Abrüstungskommission erneut zu behandeln (vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 422 [Morgenausgabe] vom 7. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 422 [Morgenausgabe] vom 7. September 1927 [beide mit breiter Paraphrase der Rede]).

[11] Deutschland hatte sich entschlossen, eine abgeänderte Fassung des polnischen Vorschlags zu unterstützen (vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Presse in Genf vom 7. September 1927).

[12] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Mit der nachfolgend angesprochenen Rede Briands ist wohl diejenige in der Völkerbundsversammlung vom 10. September 1927 gemeint (vgl. die weitgehend paraphrasierenden Wiedergaben in VORWÄRTS, Nr. 212 [Abendausgabe] vom 10. September 1927; SCHULTHESS 68 [1927], S. 525; vollständige deutsche Übersetzung auch in: BRIAND S. 198–203).

[13] Gemeint ist offenbar die Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20). – Mit dem Bezug auf sich selbst meint Stresemann seine Rede in der Völkerbundsversammlung vom 9. September 1927 (vgl. diese Edition).

fes[14] ist doch deshalb von Bedeutung, weil jetzt damit wohl der Bann gebrochen sein dürfte oder könnte, der manche Nationen bisher zurückgehalten hat, den gleichen Weg zu gehen, und die Worte, mit denen Herr Briand dieses Vorgehen Deutschlands begleitet hat[15], berechtigen wohl zu der Hoffnung, daß **auch Frankreich** die Reserven, die es bisher gegen den Beitritt zu dieser Schiedsgerichtsklausel gemacht[16] hat, aufgeben wird.

Allerdings gibt es auch Gegenströmungen, und man kann sehr zweifelhaft sein, ob die Gedanken, die hier ausgesprochen worden sind, wirklich die Gedanken der großen Mehrheit der Menschen, die Einfluß auf die Bildung der weltöffentlichen Meinung haben, sind. Wenn man die Artikel liest, die im **„Journal“** in Paris von Herrn Franklin Bouillon[17] erscheinen, und weiter den Leitartikel des **„Temps“[18],** eines Blattes, dessen offiziöser Charakter allerdings von allen verantwortlichen Staatsmännern Frankreichs mit Entschiedenheit abgelehnt wird – ich sage, wenn man diese Artikel liest, so wird in diesen Aufsätzen den Erklärungen Deutschlands über seinen Willen zum Frieden der Zweifel entgegengesetzt, indem man sich einmal auf Aeußerungen deutscher Politiker bezieht und zweitens auf Aeußerungen einzelner Persönlichkeiten, die früher als Vorkämpfer des Pazifismus gegolten haben[19]. Lassen Sie mich darüber hier ein sehr offenes Wort sagen: In jedem Lande, das viele Millionen von Einwohnern hat, ist **die öffentliche Meinung,** wie ich es auch in meiner Rede sagte[20], natürlich **nicht** die Meinung, die bis zu jedem einzelnen dieser bei uns 63 Millionen Menschen durchdringt. In jedem Lande gibt es das Spiel und Gegenspiel der Kräfte und

---

[14] Stresemann hatte in seiner in der vorherigen Anm. genannten Rede angekündigt, daß Deutschland die Fakultativklausel aus dem Statut des 1922 eröffneten Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag unterzeichnen würde. Sie besagte, daß die (freiwilligen) Unterzeichnerstaaten untereinander alle juristischen Streitfälle durch ein Schiedsverfahren dieses Gerichtshofes regeln würden (Text u. a. in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 180). Bisher hatten erst einige Staaten, darunter mit Frankreich nur eine Großmacht, die aber die Unterzeichnung bisher nicht ratifiziert hatte, diese Klausel unterzeichnet. – Zu deutschen Überlegungen über die Opportunität der Unterzeichnung vgl. das Telegramm Stresemanns an das Auswärtige Amt vom 8. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 408–409), die undatierte Aufzeichnung Plancks über die Ministerbesprechung vom 9. September 1927 (ebd., S. 410–412) sowie das Privatdienstschreiben Köpckes an Schubert vom 9. September 1927 (ebd., S. 413–415).

[15] Vgl. die oben in Anm. 12 erwähnte Rede Briands.

[16] So in der Vorlage. – In der Sache ist damit gemeint, daß Frankreich die Klausel zwar unterzeichnet, bisher aber nicht ratifiziert hatte (vgl. oben Anm. 14).

[17] So in der Vorlage. Gemeint ist offenbar Henry Franklin-Bouillon (1870–1937), französischer Politiker und Journalist. – Welche Artikel, wohl im Pariser „Petit Journal“, Stresemann hier meint, konnte nicht ermittelt werden.

[18] Möglicherweise bezieht sich Stresemann auf den Leitartikel in LE TEMPS, Nr. 24131 vom 11. September 1927, S. 1.

[19] Vgl. unten mit Anm. 28 u. 29.

[20] Vgl. oben mit Anm. 13.

der Anschauungen, auch bei uns. Aber wenn hier eine Delegation Deutschland vertritt, hinter der **alle großen Parteien Deutschlands** stehen[21], und wenn diese Delegation sich einig ist in der Politik, die sie hier dem Völkerbund gegenüber vertritt, so bedeuten die Stimmen einzelner, die das nicht billigen, sehr wenig. Und wenn das „Journal“ die ganze Einstellung Deutschlands zu diesen Ideen aus einer Rede herleitet, wie sie Herr **v. Kardorff[22]** bei der Verfassungsfeier gehalten hat, und sagt, er habe die alte Monarchie gepriesen, so wird einem klar sein, **mit wie wenig Verständnis die Welt regiert wird** und mit welch geringer Geschicklichkeit Leitartikel geschrieben werden. Wer diese Rede des Herrn v. Kardorff angehört hat, weiß, wie verkehrt diese Anschauung ist. Daß bei uns naturgemäß dieser Entwicklung[23], die wir seit den letzten Jahren durchgemacht haben, Hemmungen gegenüberstehen, ist selbstverständlich, und man sollte objektiv genug sein, anzuerkennen, daß diese Hemmungen geringer wären, wenn die Konsequenzen größer gewesen wären, die diese Politik für Deutschland gehabt hat. Als wir in Genf, aufgefordert, dem Völkerbunde beizutreten, 14 Tage hier verweilten und durch das Veto einer anderen Macht dieser Eintritt Deutschlands unmöglich gemacht wurde[24], gehörte die ganze Verantwortlichkeit der Staatsmänner dazu, um nach diesem Mißerfolg die Politik fortzusetzen, die sie sich als Aufgabe gestellt hatten. Daß **alle diese Rückschläge,** so viele nicht zur Tat gewordenen Erwartungen, sowie die **Fortdauer einer Besetzung des Rheinlandes[25]** die stärksten Feinde eines vollständigen Sieges der Locarnopolitik[26] sind, dazu braucht man kein großer politischer Psychologe zu sein, um das zu erkennen. Wenn wir in einem Geiste gegenseitigen Vertrauens diese Maßnahmen längst beseitigt hätten, dann würde die deutsche Reichsregierung, die diese Politik

---

[21] Neben Parlamentariern der Regierungsparteien gehörte der Delegation auch Rudolf Breitscheid von der oppositionellen SPD an (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 172).

[22] Siegfried von Kardorff (1873–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1933 (für die DVP); dessen Vizepräsident 1928–1932. – Zu seiner Rede bei der Verfassungsfeier im Reichstag am 11. August 1927 vgl. SCHULTHESS 68 (1927), S. 133–135.

[23] Aus der abweichenden Wiedergabe der Rede in NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22630 (Morgenausgabe) vom 17. September 1927, S. 3, wird deutlich, daß sich Stresemann auf die deutsche „Friedenspolitik“ bezieht.

[24] Stresemann bezieht sich auf die Situation im März 1926, als der geplante deutsche Beitritt zum Völkerbund nicht zustande kam. Vgl. dazu (in dieser Edition) etwa seine Rede vor Vertretern der ausländischen Presse in Genf vom 17. März 1926.

[25] Stresemann bezieht sich hier auf die Frage der Räumung der noch besetzten beiden südlichen Rheinlandzonen. Vgl. dazu zuletzt die Aufzeichnung Stresemanns über ein Gespräch mit Briand vom 3. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 383–386) und die Mitteilung Briands an Stresemann vom 5. September 1927 (ebd., S. 392–393) die Besatzungstruppen um weitere 10 000 Mann zu verringern.

[26] Gemeint ist eine Politik im Sinne der Verträge von Locarno, die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphiert wurden (Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215).

treibt und mit allem Ernste weitertreiben wird, sich allerdings auf die Zustimmung fast aller Kreise in Deutschland beziehen können. Die Ausräumung der letzten Nachkriegswirkungen wird auch gleichzeitig die Ausräumung dieser Hemmungen sein, von denen hier gesprochen wird.

Meine Herren, es ist dann aber hingewiesen worden auf diejenigen Gruppen von Menschen, von denen man sagt, sie seien früher Vorkämpfer des Pazifismus gewesen. Herr Franklin Bouillon bezieht sich mehrere Male[27] auf Herrn **Prof. Foerster[28]** und auf Herrn **Karl Mertens[29].** Wenn jemand seit Jahren überhaupt nicht mehr in Deutschland lebt[30], hat er natürlich kein Recht, über die Geistesverfassung des Landes und des Volkes zu sprechen, das er nicht mehr kennt. Wenn aber jemand von deutschem Blut dafür eintritt, daß **das Rheinland nicht frei** von Besetzung werden darf, wenn seine ganze Tätigkeit nur darin besteht, **seine eigenen Volksgenossen zu denunzieren,** so ist das ein Mangel an Charakter und Anstand. Wenn das bei einer anderen Nation der Fall wäre, dann würde derartigen Gedanken eines solchen Menschen nicht die geringste Meinung beigelegt werden. Daß Herr Karl Mertens in den Organen, die zum Teil sicherlich von Feinden Deutschlands subventioniert werden, **eine Lüge nach der anderen** ausspricht, weiß ich als Außenminister. Er hat sich nicht gescheut, vor kurzem zu sagen, daß ich die Absicht gehabt hätte, hier auf dieser Tagung in Genf die Erhöhung der Reichswehr zu beantragen, und daß ich so erschrocken gewesen wäre darüber, daß diese Pläne bekannt geworden wären, daß ich vor Schreck meinen Urlaub unterbrochen hätte und nach Berlin gereist wäre[31], um zu besprechen, was werden solle, nachdem das Geheimnis entdeckt sei. Nun, meine Herren, soweit Sie mich hier in Genf kennengelernt haben, die Idee, auf dieser Tagung der Assemblée eine Rede zu halten für die Verstärkung der deutschen

---

[27] Offenbar in den oben angesprochenen Artikeln (vgl. oben mit Anm. 17).

[28] Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), deutscher Philosoph und Pazifist. – Foerster hatte Ende Juni 1927 in der Zeitschrift „Die Menschheit“ Äußerungen über militärische Organisationspläne der Reichswehr veröffentlicht, die in Teilen der französischen Presse aufgegriffen wurden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 131–132). Vermutlich wird in den genannten Artikeln Franklin-Bouillons, die nicht ermittelt werden konnten, darauf Bezug genommen.

[29] Carl Mertens (1902–1932), Pazifist und Journalist, ehemaliger Offizier. – Er hatte 1925 in der „Weltbühne“ die Fememorde in der „Schwarzen Reichswehr“ aufgedeckt und 1926 dazu ein Buch „Verschwörung und Fememörder“ publiziert. – Auf welche neueren Äußerungen Mertens’ in den genannten Artikeln Bezug genommen wird, konnte nicht ermittelt werden.

[30] Foerster war 1922 in die Schweiz und von dort 1926 nach Frankreich emigriert; Mertens entzog sich der Strafverfolgung, indem er 1926 über Österreich und die Schweiz nach Paris ging.

[31] Stresemann hatte tatsächlich seinen Urlaub in Bad Wildungen unterbrochen und war am 4. August nach Berlin zurückgekehrt (STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 171). Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags dementierte er am folgenden Tag die Veröffentlichungen Foersters (SCHULTHESS 68 [1927], S. 132).

Reichswehr, diese Idee ist derartig absurd, daß man daran allein schon die ganze Erfindung erkennt. Es ist an dieser wie an anderen Behauptungen, die fortgesetzt über die deutschen Außenpolitik hier aufgestellt werden, nicht ein Wort wahr, sondern **eine infame Lüge reiht sich an die andere,** und es ist unerhört, daß diese Aeußerung hier fortwährend dazu benutzt wird, um darzutun, wie Deutschland denkt, statt selbst einmal zu studieren, wie es in Deutschland heute aussieht.

Daß ein Volk wie das deutsche nach einem großen Kriege Schwierigkeiten hat, wieder in die Bilanz der Geistesverfassungen hineinzukommen, ist selbstverständlich, zumal bei einem Lande, das so gelitten hat wie Deutschland. Aber niemand kann mehr als ich das eine sagen. Wie die Stellung der großen Oeffentlichkeit, wie diese Gedanken von Locarno und von Genf sich in unserem Volk durchgesetzt haben, und wenn ich in meiner Rede[32] in einer Form, die manchem vielleicht als eine etwas lyrische Art der Betrachtung der Dinge vorgekommen ist, von der Jugend gesprochen habe, so ist das nicht ohne Absicht geschehen. Denn dieses Geschlecht, das jetzt heranwächst und das sich infolge der **Proletarisierung weiter Schichten Deutschlands** durch den Verlust des Vermögens vor die Notwendigkeit gesetzt sieht, ein neues Leben zu beginnen, um vorwärts zu kommen, hat auch ein starkes psychologisches Verständnis für eine neue Politik, die nicht in Träumen der Resignation nur an die Vergangenheit denkt, sondern sich ebenfalls neue Aufgaben setzt, um vorwärts zu gelangen unter den Verhältnissen, unter denen man leben muß. Ich habe gesehen, wie Jahr für Jahr gerade in dem heranwachsenden Geschlecht das Verständnis für diese Politik stärker geworden ist, auch die Zustimmung stärker geworden ist, die diese Politik und ihre Träger buchen konnten. In Deutschland wird jetzt in den verantwortlichen Kreisen der großen Parteien wohl **gestritten über die Nuancen** dieser Politik, über Ausdruck und Art, das ist selbstverständlich, aber **nicht mehr über die Grundlagen** dieser Politik; diese werden für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse als gegeben angesehen.

Meine Damen und Herren! Ich bin ja gegenüber den Vertretern anderer Nationen in der Schwierigkeit, daß naturgemäß Ausführungen, die ich in deutscher Sprache mache, bei der Uebersetzung nicht in allen Nuancen so wiedergegeben werden können, wie es wünschenswert wäre, vielleicht auch wegen meines eigenen schnellen Sprechens nicht so wiedergegeben werden können. – Lassen Sie mich ganz kurz noch einen Gesichtspunkt wiederholt betonen, den ich in meinen vorherigen Ausfüh-

[32] Gemeint ist die oben mit Anm. 13 angesprochene Rede.

rungen zum Ausdruck b[r]achte: Ich habe insbesondere betont, daß die Politik, die die deutsche Delegation hier vertreten hat, doch unmöglich wäre, wenn sie nicht getragen wäre nicht nur von den großen Parteien, die hinter der Regierung stehen, sondern auch von den Parteien der Opposition, die in der Delegation vertreten sind[33]. Regierungsbildungen in einzelnen Ländern sind beeinflußt von Gedanken auswärtiger und innerer Politik. Wenn sich aber **Regierung und Opposition zusammenfinden in wichtigen Grundfragen der äußeren Politik,** dann kann man auch unbeschadet einiger abweichender Stimmen, die es überall im politischen Leben und bei allen Parteien aller Länder gibt, von einer Einstellung der großen Mehrheit des Volkes sprechen, und diese ganz große Mehrheit des Volkes, ob sie nun die Einleitung dieser Politik gebilligt hat oder nicht, wünscht, daß Deutschland auf der Grundlage dieser Politik weitergehe und weiterarbeite.

Aus den Erfahrungen bei der Führung dieser Politik kann ich sagen: Umbrandet von Kritik, heftig angegriffen, hat diese Politik trotz aller Hemmungen, **trotzdem die Erwartungen nicht erfüllt wurden,** die man für Deutschland selbst daran geknüpft hat, doch heute Besitz ergriffen von den Gedanken der Menschen in Deutschland, und damit sind alle diese ewigen Zweifel, sind alle diese schon im Satz stehenden Ausführungen von dem Rachegeist, von Haß, von schlechtem Willen, von unserer nicht erfolgten moralischen Abrüstung weiter **nichts als Schlagworte.** Menschen, die den Geist nicht haben, der hier im Völkerbund der geltende ist, gibt es in allen Nationen, und es gibt sie in Deutschland nicht mehr als in irgendwelchen anderen Landen.

Lassen Sie mich aber hier noch von einigen anderen Fragen sprechen, die den Völkerbund besonders bewegen. Da war einmal in der Generaldiskussion und in ihrem Niederschlag in der Presse der Gedanke, daß **die großen hier nicht Rücksicht nähmen auf die kleineren Nationen[34].** Es war auch in der sehr interessanten und

[33] Vgl. oben mit Anm. 21.

[34] Entsprechende Äußerungen neben den in der folgenden Anm. angeführten, die sich in erster Linie gegen Großbritannien richteten, wurden in den vorangegangenen Tagen wiederholt in der Versammlung und in der Presse getätigt. So wurde aus Genf berichtet, daß von einigen kleineren Staaten kritisch betrachtet werde, daß Chamberlain faktisch den daraufhin gewählten Vorsammlungspräsidenten Guani designiert habe (vgl. LE MATIN, Nr. 15876 vom 7. September 1927, S. 1); zu dieser allgemeinen kritischen Stimmung vgl. auch den Leitartikel unter der Überschrift „Klage der Kleinen“ in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 418 vom 4. September 1927; ähnliches galt im Hinblick darauf, daß die Locarno-Mächte den polnischen Vorschlag zum Kriegsverzicht verwässert hätten (ebd., Nr. 423 [Abendausgabe] vom 7. September 1927).

von mir begrüßten Rede des Herrn **norwegischen** Delegierten[35] die Frage, ob es richtig sei, daß besondere Konferenzen während der Tagungen des Rates und der Assemblée unter den Locarno-Mächten stattfinden[36]. Auch hierzu ein offenes Wort: Diese Konferenzen haben bisher regelmäßig stattgefunden, und Herr **Vandervelde**[37] hat ja seine Kandidatur für den Rat damit begründet, daß er Wert darauf lege, an diesen Konferenzen weiter teilzunehmen. Aber wem galten dann diese Konferenzen? Sie haben nie eine Tagesordnung gehabt, es hat nie etwas so Informales gegeben wie diese Besprechungen. Sie haben sich nie bezogen auf Angelegenheiten des Völkerbundes, sondern sie haben sich bezogen auf Angelegenheiten der Mächte, die dort zusammenkamen, um das, was niedergelegt war bei **Abschluß der Locarno-Verträge** und was noch nicht alles durchgeführt ist, untereinander zu besprechen. Ich kann darauf hinweisen, daß doch während dieser Tagung in der Presse stand, daß die Staaten der kleinen Entente[38] eine Sitzung in Genf abgehalten hätten, daß in der Presse stand, daß Herr Sokal[39] eine Besprechung mit den baltischen Staaten und den Staaten der kleinen Entente abgehalten hätte. Ich kann auch darauf hinweisen, daß im vorigen Jahre die südamerikanischen Staaten[40] ihre Gedanken austauschten über ihre Vertretung im Rat. Sobald das nachher wieder zusammen-

---

[35] Carl Joachim Hambro (1885–1964), norwegischer Politiker; Vertreter Norwegens im Völkerbund. – Die angesprochene und stark applaudierte Rede hielt er am 8. September 1927 in der Völkerbundsversammlung (vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 420 [Abendausgabe] vom 8. September 1927, S. 1).

[36] Entsprechende Beratungen, wie sie sich seit dem deutschen Beitritt 1926 etabliert hatten, fanden auch während der September-Beratungen 1927 statt, zuletzt am 14. September 1927 (vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 14. September 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 442–443).

[37] Émile Vandervelde (1866–1938), belgischer Außenminister 17. Juni 1925 – 21. November 1927. – Vandervelde hatte zu Beginn der Versammlungsberatungen schriftlich die Zustimmung zur Wiederwahlmöglichkeit für Belgien in den Völkerbundsrat beantragt (die für nichtständige Mitglieder notwendig war). Am 15. September 1927 erhielt Belgien in der Versammlung jedoch nicht die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit, so daß es (und damit Vandervelde) aus dem Völkerbundsrat ausschied (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 187; vgl. auch unten Anm. 43). – Die nachfolgend angeführte Begründung Vanderveldes für die Ratskandidatur findet sich auch in seiner Rede nach dieser Abstimmungsniederlage (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September 1927). – Stresemann verwendete selbst die wünschenswerte künftige Präsenz Vanderveldes in den Gesprächen der Locarno-Mächte als Argument gegenüber dem eher ablehnenden Reichskanzler, um die Kandidatur Belgiens zu unterstützen (vgl. die Aufzeichnung Pünders vom 14. September 1927, in: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 442–443).

[38] „Kleine Entente“ bezeichnet das unter Förderung Frankreichs und zur Abwehr revisionistischer Bestrebungen insbesondere Ungarns 1920/21 entstandene Bündnissystem, das die Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien umfaßte. Über ein Treffen der Außenminister dieser Staaten in Genf am 10. September berichtet das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 431 vom 12. September 1927.

[39] Franciszek Sokal (1881–1932), polnischer Politiker; Vertreter Polens beim Völkerbund 1922–1932. – Über die nachfolgend erwähnte Besprechung der Vertreter der baltischen Staaten, allerdings ohne polnische Beteiligung, wird ebd., Nr. 420 (Morgenausgabe) vom 6. September 1927, berichtet.

[40] Zu diesem Treffen am 9. September 1926 vgl. ebd., Nr. 428 (Abendausgabe) vom 10. September 1926.

fließt in der großen Völkerbundsversammlung, selbst wo es Fragen des Völkerbundes sind, werden ja doch aus den Besprechungen zu zweien oder dreien sich derartige Diskussionen immer ergeben. Jedenfalls möchte ich als unseren Standpunkt das eine sagen: Es ist selbstverständlich, daß **der Völkerbund seinen Zweck verfehlen** würde, wenn er nichts anderes wäre, als daß die kleinen Staaten irgendwie nur der Anschluß wären an irgendwelche Kooperationen der großen Mächte. Herr Motta[41] hat mit vollem Recht gesagt: Der Völkerbund kann es ertragen, daß große Länder außerhalb des Völkerbundes stehen, aber er würde es nie ertragen können, daß die neutralen und die sogenannten kleineren Nationen ihm nicht angehören. Als wir um unseren Eintritt in den Völkerbund kämpften, wurde mir von Gegnern entgegengehalten: Dort ist ja alles vorher erledigt; die Großen machen die Dinge, und die Kleinen sind nur Statisten. Daß das falsch ist, hat diese Tagung wohl zur Genüge bewiesen. Niemand von Ihnen hat gewußt, wer Präsident der Assemblée[42] werden würde, niemand hat gestern nachmittag gewußt, wer in den Rat gewählt werden würde[43], und wenn hier Wetten abgeschlossen worden wären über den Ausgang der einzelnen Wahlen, hätte es zum Teil hohe Odds gegeben, weil einige Ueberraschungssiege erfolgt sind. Daraus geht hervor, daß in Wirklichkeit doch der ganze demokratische **Gedanke der Einzelabstimmung** und des Einzelwahlrechts im Völkerbunde obwaltet. Das ist auch gut so, und wir unsererseits werden den Wert des Völkerbundes gerade darin sehen, daß er diesen Charakter behält.

Ich möchte dabei zum Ausdruck bringen, daß ich es sehr bedauere, daß Persönlichkeiten wie Herr Vandervelde und Herr Benesch[44], die in den Jahren der Völkerbundsarbeit, die vor[45] uns liegen, mitgearbeitet haben, aus dem Rat ausgeschieden sind. Ich darf auch vielleicht für meine Person sagen, daß mir bei den Wahlen, die hier erfolgen und in der Zukunft noch erfolgen werden, eines allerdings wünschens-

---

[41] Guiseppe Motta (1871–1940), schweizerischer Außenminister („Leiter des Eidgenössischen Politischen Departements“) 1920–1940. – Die nachfolgend angeführten Äußerungen beziehen sich auf Mottas Rede in der Völkerbundsversammlung vom 12. September 1927 (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 426 vom 13. September 1927).

[42] Am 5. September 1927 war mit knapper Mehrheit der Vertreter Uruguays, Alberto Guani, zum Präsidenten der Versammlung gewählt worden.

[43] Am 15. September 1927 hatte die Versammlung Kuba, Finnland und Kanada in den Völkerbundsrat gewählt; der belgische Antrag auf Wiederwählbarkeit scheiterte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 527; ausführlichere Berichte über die betreffende Sitzung: BERLINER TAGEBLATT, Nr. 437 [Abendausgabe] vom 15. September, und Nr. 438 [Morgenausgabe] vom16. September 1927).

[44] Edvard Beneš (1884–1946), tschechoslowakischer Außenminister 1918–1935. – Die Tschechoslowakei war als bisheriges nichtständiges Mitglied turnusgemäß aus dem Völkerbundsrat ausgeschieden.

[45] So in der Vorlage. Richtig wäre wohl eher „hinter“.

wert erscheint, daß man nicht allein die allgemeine Ueberlegung: welchen Staat wählen wir? zur Grundlage der Wahl machen [sollte], sondern die zweite Frage mit hineinziehen: **welche Persönlichkeit** erhalte ich für den Rat, oder welcher Persönlichkeit nehme ich die Möglichkeit, im Rat mitzuwirken. Denn ich glaube, daß auch im Leben der Völker die Persönlichkeit vielfach doch das Entscheidende für die Fortentwicklung der Dinge, zu denen der Völkerbund sich selbst berufen hat, ist.

Meine Herren, zwei Fragen werden in den weiteren Tagungen wohl noch die Assemblée beschäftigen. Das ist einmal die **Frage der Abrüstung**[46]**.** Erwarten Sie nicht von mir, daß ich zu dem heute abend veröffentlichten Entwurf des Herrn Paul-Boncour[47] das Wort nehme. Diese Resolution ist mir erst seit ganz kurzem bekannt, und ich kann infolgedessen ihre Tragweite und Bedeutung nicht übersehen. Daß wir in der Frage der Abrüstung naturgemäß außerordentlich **aktiv mitarbeiten** werden, ist selbstverständlich, denn **wir sind das der Sicherheit am meisten bedürftige Land.** Und wir haben außerdem unserer Oeffentlichkeit gegenüber, vor der wir auch unseren Eintritt in den Völkerbund zu verteidigen hatten, dafür einzustehen, daß das, was in der Satzung des Völkerbundes und in den Schlußabsätzen der Locarnoverträge über die Frage der allgemeinen Abrüstung gesagt ist[48], **aus der Zeit der Theorie in die Praxis übersetzt** wird. Ich möchte hier an dieser Stelle darüber nichts weiteres sagen. Ich nehme aber an, daß die deutsche Delegation ihre Stellungnahme zu dieser Frage auch in der Assemblée noch selbst zum Ausdruck bringen wird. Wir werden uns darum bemühen, daß diese Frage nicht versandet, und werden jedem die Hand reichen, der uns einen Ausweg bietet aus der jetzigen doch sicherlich unbefriedigenden Situation, die so wohl auch von denen empfunden wird, die an sich Wortführer von Nationen sind, die große Rüstungsausgaben haben und selber einen Weg suchen, um ins Freie zu kommen gegenüber der bedenklichen Situation, in der

---

[46] In Fortführung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, die vom 21. März bis 26. April 1927 ihre dritte Tagung abgehalten hatte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 537–540), arbeitete parallel zur Völkerbundsversammlung deren betreffende Kommission. Frankreich hatte am Tag der hiesigen Rede Stresemanns den nachfolgend erwähnten Resolutionsentwurf veröffentlicht (Text in VORWÄRTS, Nr. 217 [Abendausgabe] vom 16. September 1927).

[47] Joseph Paul-Boncour (1873–1972), französischer Politiker; Ministerpräsident 1932–1933.

[48] Art. 8 der Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20) schrieb vor, daß „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder sei und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen habe (ebd., S. 11–12). – Was die Locarnoverträge anbelangt, bezieht sich Stresemann auf das am 16. Oktober 1925 paraphierte Schlußprotokoll, in dem sich die beteiligten Staaten verpflichten, „an den vom Völkerbund bereits aufgenommenen Arbeiten hinsichtlich der Entwaffnung aufrichtig mitzuwirken und die Verwirklichung der Entwaffnung in einer allgemeinen Verständigung anzustreben“ (Text in LOCARNO-KONFERENZ S. 198).

wir immer noch schweben.

Ich darf weiter darauf hinweisen, daß die große Entscheidung, vor der der Rat morgen in einer Frage steht[49], die zwei Nationen gegeneinander abhängig[50] gemacht haben, ja doch zeigt, welche **Bedeutung als Schiedsrichter** ihm beigemessen wird. Es ist jener Paragraph der Statuten, der hier angezogen ist, der die Möglichkeit gibt, Fragen vor den Völkerbundsrat zu bringen, wenn die Besprechungen der Nationen selbst unter gewissen Vorkommnissen und Ereignissen leiden[51]. Ich möchte hoffen, daß das, was Herr Briand über die große moralische Macht zum Ausdruck brachte, die vom Völkerbund ausgeht, als er von den beiden Nationen sprach, die Krieg miteinander führen wollten, und vor der Sitzung des Völkerbundsrates sich dem Schiedsspruch unterwarfen[52], morgen zur Tat werden möge, und daß ein positives Ergebnis erzielt werden könnte.

Schließlich eine letzte Frage, die in gewissem, wenn auch losem Zusammenhang mit dieser Frage steht. Das ist die große Aufgabe des Schutzes der Minderheiten, die dem Völkerbund gegeben ist[53]. Hier sind Ausstrahlungen der großen **Idee des Selbstbestimmungsrechtes** auf der einen Seite, des Schutzes der **Lebensrechte der Menschen** anderen Blutes, anderer Sprache, anderer Religion in Staaten, in denen sie leben, auf der anderen Seite. Ich glaube, daß hier die großen Aufgaben des Völkerbundes auch für die Zukunft offen liegen. Er hat gekämpft in den Ideen gegeneinander. Er hat Fragen der Organisation, Fragen größeren und kleineren Einflusses im Völkerbund gerade in dieser Tagung in Debatten ausgetragen, die aufeinander prallten. Aber ich glaube, er hat gerade durch die Offenheit, mit der er diese Schwächen einer menschlichen Institution, die auch er bleibt, zum Ausdruck brachte, nur wieder **seine Leistungsfähigkeit bewiesen.** Eine Organisation, die Kritik nicht verträgt, ist krank. Eine Organisation, die diese Kritik aushalten kann, ist lebensfähig. Und weil gerade die ganz großen Aufgaben noch vor ihm liegen, freue ich mich sei-

---

[49] Gemeint ist offenbar der rumänisch-ungarische Schiedsgerichtsstreitfall.

[50] So in der Vorlage; „anhängig“ ergäbe mehr Sinn.

[51] Die Art. 11–13 der Völkerbundssatzung regeln die Möglichkeiten und Pflichten der Bundesmitglieder, Streitfragen vor den Völkerbund zu bringen (VERTRAG VON VERSAILLES S. 12–13). Welchen der drei Artikel Stresemann hier meint, läßt sich nicht eindeutig entscheiden.

[52] Gemeint ist der griechisch-bulgarische Konflikt von 1925, den Briand in seiner Rede vom 10. September 1927 angesprochen hatte (vgl. oben mit Anm. 12) und der in einer außerordentlichen Sitzung des Völkerbundsrates im Oktober 1925 beigelegt wurde (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 454).

[53] Der Völkerbund war beauftragt, die Einhaltung der Minderheitenschutzverträge zu überwachen, die von einigen Staaten Ostmittel- und Südosteuropas – zeitgleich mit der Unterzeichnung des Versailler Vertrags – im Rahmen der Pariser Friedensverhandlungen 1919 mit den Siegermächten des Weltkriegs abgeschlossen worden waren, darunter – für Deutschland am wichtigsten – der Vertrag Polens mit den Siegermächten vom 28. Juni 1919 (Text u. a. in COLLIARD S. 391–395).

ner Lebensfähigkeit, die er gerade in dieser Session bewiesen hat und hoffentlich in aller Zukunft beweisen wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

[...][54]

Ueber Art und Form, in der diese Frage[55] weiter verhandelt werden wird, wird das deutsche **Reichskabinett nach der Tagung in Genf Beschluß fassen.** Ich kann aber bezüglich meiner Auffassung das eine sagen: Diese ganzen Fragen sind bisher zwischen den Mächten, die diese Fragen angehen, den sogenannten Locarnomächten, behandelt worden, und ich habe gar keinen Zweifel, daß wir sie innerhalb der Locarno-Mächte in friedlicher und freundschaftlicher Weise regeln werden. Meine Bestrebungen werden darauf gerichtet sein, diese Fragen mit denjenigen zu regeln, mit denen ich bisher die Ausführung der Locarnoverträge im Geiste gegenseitiger Verständigung zu regeln versucht habe.

[...][56]

Die Beantwortung dieser Frage ergibt sich aus unserer allgemeinen Auffassung von den Rechten der Minderheiten. Wenn die Fragen der Minderheiten, nicht nur derjenigen, die uns angehen, vor den Völkerbund gebracht werden, werden wir es für unsere Pflicht halten, **für verletzte Rechte der Minderheiten einzutreten.** Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß der Völkerbund als solcher darüber zu wachen hat, daß diese Aufgabe, die er gegenüber den Minderheiten hat, auch von ihm beobachtet wird, selbst wenn direkte Klagen einzelner Mächte nicht bei ihm einlaufen. Ich halte das für eine seiner größten und höchsten Aufgaben.

[...][57]

Für alle diejenigen, für die der Völkerbund kompetent ist.

---

[54] In der Vorlage heißt es überleitend: „Auf die Frage eines Pressevertreters, ob der Herr Reichsminister nicht der Ansicht sei, daß in der Frage der Besetzung des Rheinlandes jetzt für Deutschland der Augenblick gekommen wäre, den Artikel 19 anzurufen, erwidert Reichsminister Dr. Stresemann:“

[55] Vgl. die vorangehende Anm. und oben mit Anm. 25.

[56] In der Vorlage heißt es überleitend: „Ein Pressevertreter bittet um Auskunft, in welchem Sinne Deutschland die Minderheitenpolitik im Völkerbund vertreten und verfechten werde. Hierauf antwortet Reichsminister Dr. Stresemann:“

[57] In der Vorlage heißt es überleitend: „Eine weitere Frage, ob das für alle Staaten Geltung habe oder nur für diejenigen, die dem Völkerbunde angehören, beantwortet Reichsminister Dr. Stresemann:“

Rede im Völkerbundsrat in Genf vom 17. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1397–1398. – Teildrucke (in deutscher Wiedergabe) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 437 vom 18. September 1927, S. 1–2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 437 vom 18. September 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 437 vom 18. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 616b (1. Sonntagsausgabe) vom 18. September 1927; REICHSPOST, Nr. 255 vom 18. September 1927, S. 3–4; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 194.

Für den Fall, daß die beiden Parteien im rumänisch-ungarischen Schiedsgerichts-Streitfall der Empfehlung der Kommission des Völkerbundsrates nicht zustimmen können, regt er an, die Frage wegen ihrer grundsätzlichen Bedeutung dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorzulegen und dort eine Empfehlung einzuholen.

Le Dr Stresemann. – Je pense que tous les Membres du Conseil sont unanimes à considérer que nous avons raison d'être reconnaissants au Comité de Trois[2] pour les efforts pleins de mérite qu'il a déployés afin de résoudre ce problème difficile et important. J'estime que, quel que puisse être le résultat final, les efforts qu'il a déployés pour élucider cette question ardue n'auront pas été vains.

Je voudrais maintenant définir mon attitude à l'égard du rapport. Je m'abstiendrai, tout d'abord, d'expliquer mon point de vue sur les recommandations finales du rapport.

Quant aux recommandations du début[3], j'estime qu'elles constituent une base sur

---

[1] In der Nachmittagssitzung, um die es sich hier handelt, wurde in Fortführung des Tagesordnungspunkts der Vormittagssitzung über die ungarisch-rumänische Streitangelegenheit verhandelt: Bei dem zwischen beiden Staaten geführten Streitfall ging es um die Abgrenzung zwischen Schiedsgerichtsbarkeit und innerstaatlichem Recht in bestimmten Enteignungsfragen bezüglich Optanten (Erläuterungen zur Sache in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 403 [Morgenausgabe] vom 30. August 1927, S. 2; VORWÄRTS, Nr. 226 [Morgenausgabe] vom 20. September 1927). Am Vormittag hatte Chamberlain als Ergebnis der Beratungen eines Dreierkomitees (vgl. in dieser Edition den Redebeitrag Stresemanns im Völkerbundsrat vom 7. März 1927) dessen Bericht abgegeben (in der Vorlage S. 1379–1383; vgl. auch SCHULTHESS 68 [1927], S. 532). In der Folge wurde über diesen Bericht diskutiert. Der ungarische Vertreter Apponyi, der die Einholung eines Gutachtens des Ständigen Internationalen Gerichtshofs vorschlug, und der rumänische Vertreter Titulescu blieben bei ihren Rechtsstandpunkten (vgl. ebd., S. 532–533; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 442 vom 18. September 1927). Danach ergreift Stresemann das Wort. – Wie in den meisten vergleichbaren Fällen ist davon auszugehen, daß Stresemann seine Rede auf Deutsch oder Englisch hielt, so daß es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] Vgl. Anm. 1. Neben Chamberlain gehörten dem Komitee Vertreter Chiles und Japans an.

[3] Gemeint ist wohl, daß der Bericht des Dreierkomitees einleitend feststellte, daß die Friedensverträge eine Agrarreform in Rumänien, auch unter Einbeziehung von ungarischer Bevölkerung, nicht ausschließen würden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 532).

laquelle les deux parties pourraient s'unir dans cette question litigieuse pour arriver à un règlement transactionnel. Cela constituerait un accord volontaire entre les deux parties qui tomberaient d'accord sur l'interprétation des clauses du Traité de Trianon[4] et donnerait en même temps au tribunal compétent une interprétation authentique.

A mon grand regret, je ne peux pas être d'accord sur chaque point de la recommandation qui termine le rapport du Comité de Trois[5]. Je ne peux m'empêcher de déclarer qu'à ce point de vue, l'exposé du délégué de Hongrie[6] a fait sur moi une profonde impression. D'après ces recommandations, la désignation des juges suppléants doit dépendre de la question de savoir si la Hongrie accepte ou non les thèses juridiques du rapport. Cette condition péremptoire ne me semble pas justifiée d'après les clauses du Traité de Trianon. Je crois que le comte Apponyi n'a pas tort de faire observer que le fait d'imposer de telles conditions constitue un mélange dangereux de questions politiques et de question juridiques. Il est tout à fait vrai que le Conseil peut se prononcer sur la situation juridique et recommander aux parties l'acceptation de son opinion ; mais il ne peut pas l'imposer aux parties et faire que l'accomplissement d'une demande juridique en dépende. Une telle condition ne me semblerait possible que si les thèses, quelles que soient les idées qu'on ait à leur égard du point de vue juridique, non seulement n'émanaient pas du Conseil, mais d'un organisme purement juridique dont le Conseil invoquerait l'autorité avec le consentement des deux parties.

Dans ces conditions, je soutiens que si les deux parties n'acceptent pas volontairement les trois thèses du Comité des Trois – et les débats qui viennent d'avoir lieu semblent indiquer que ce sera le cas – on pourrait peut-être prendre en considération la demande du délégué hongrois, à savoir : s'il ne serait pas utile et opportun d'inviter la Cour permanente de Justice de La Haye à donner un avis consultatif sur cette question. Pourvu que les deux parties puissent tomber d'accord, cette procédure ne constituerait, en aucune façon, une atteinte au principe de l'arbitrage, principe auquel nous attachons tous la plus grande importance, pour lequel nous profes-

[4] Der am 4. Juni 1920 unterzeichnete Vertrag von Trianon stellte den Friedenszustand zwischen Ungarn und den Siegermächten her und regelte im Detail die Abtretungen des vormaligen Königreichs Ungarn an die Nachbarstaaten bzw. die aus seinem früheren Staatsgebiet hervorgegangenen Staaten und die Beziehungen zu diesen (leicht gekürzter Text in COLLIARD S. 501–516).

[5] Die Schlußfolgerung des genannten Berichts des Dreierkomitees forderte die Streitparteien auf, den Inhalt des Berichts zu akzeptieren und die Arbeit des für die Festsetzung der Entschädigung zuständigen Schiedsgerichts durch Besetzung der Schiedsmänner zu unterstützen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 532).

[6] Graf Albert Apponyi von Nagy-Apponyi (1846–1933), ungarischer Politiker; Vertreter Ungarns im Völkerbund. – Zu seiner Argumentation vgl. ebd., S. 532–533.

sons un respect absolu et que nous tenons tous à mettre en vigueur.

Permettez-moi d'ajouter quelques mots à cette déclaration formelle. Dans son exposé habile et éloquent, le représentant de la Roumanie[7] a fait allusion à certaine phrase qu'en ma qualité de président du Conseil[8], j'ai prononcée à la session où l'on avait débattu cette question. Il a tout spécialement attiré l'attention sur ce fait que je n'avais pas hésité à reconnaître la grande importance de cette décision. Si vous me le permettez, je lirai les mots que j'ai prononcés en cette circonstance :

> « Il ne s'agit pas simplement, en l'espèce, d'un différend entre deux Membres de la Société des Nations. Le problème est beaucoup plus important. Il s'agit de la compétence des tribunaux arbitraux en rapport avec le droit interne et le droit international sur un même sujet. Il est impossible au Conseil d'entreprendre maintenant l'examen approfondi de cette question ; il sera nécessaire d'étudier les documents qui ont été cités et les exposés qui viennent d'être faits. »

Je n'hésite pas à maintenir ce point de vue et à déclarer qu'en fait, il s'agit bien d'une question de la plus haute importance. Il est question de la limitation des compétences des tribunaux internationaux d'arbitrage dans les conflits qui peuvent surgir entre eux et les lois et tribunaux des divers pays.

A cette occasion, je voudrais vous rappeler les dernières phases prononcées par M. Briand[9] à l'Assemblée, lorsqu'il a déclaré que luttions tous pour amener l'avènement d'un état de choses qui rendra impossible le recours à la guerre pour le règlement des conflits et qui fera que, seuls, les tribunaux arbitraux essaieront, en pleine impartialité, de résoudre les litiges. Dans ces conditions, je crains un peu que certaine phrase prononcée par le délégué roumain ait des conséquences dangereuses.

---

[7] Nicolae Titulescu (1882–1941), rumänischer Politiker und Diplomat; wiederholt Außenminister, u. a. 1927–1928; rumänischer Vertreter im Völkerbund seit 1921.

[8] In der März-Session des Völkerbundsrates hatte Stresemann als dessen Präsident fungiert. In der Sitzung vom 7. März 1927 (vgl. auch Stresemanns Redebeiträge in dieser Edition), in der die Angelegenheit bereits ausführlich diskutiert worden war, hatte er sich geäußert, wie er sich nachfolgend selbst zitiert (zur Diskussion vom 7. März in der Vorlage S. 350–372; das Zitat [dort nur in indirekter Rede wiedergegeben]: S. 372).

[9] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Die nachfolgend angesprochene Rede hielt Briand in der Völkerbundsversammlung am 10. September 1927 (vgl. die weitgehend paraphrasierenden Wiedergaben in VORWÄRTS, Nr. 212 [Abendausgabe] vom 10. September 1927; SCHULTHESS 68 [1927], S. 525; vollständige deutsche Übersetzung auch in: BRIAND S. 198–203).

Je ne mets pas le moins du monde en doute les déclarations de M. Titulesco sur l'importance de la réforme agraire en Roumanie et je ne doute pas qu'il y n'ait le danger d'un mouvement révolutionnaire qui, peut-être, ne s'arrêterait pas aux frontières de la Roumanie. Nous avons tous passé par des expériences analogues et nous avons tous dû faire face à des dangers de cet ordre. Mais si vous soutenez de telles opinions, n'allez-vous pas créer ce grand péril de compromettre le principe de l'arbitrage international en mettant en avant les intérêts vitaux de plusieurs nations ? N'y a-t-il pas ici la possibilité d'un conflit entre l'arbitrage international, d'une part, et les intérêts nationaux essentiels, d'autre part, conflit qui mettra en danger la noble cause de l'arbitrage que nous avons tous à cœur ? C'est pourquoi j'ai déclaré que ce qui était en jeu, c'était beaucoup plus qu'une simple dispute entre deux nations : c'était le grand principe de l'arbitrage international.

Dans ces conditions, je pense que si les deux parties ne peuvent pas, comme je l'avais vivement espéré, accepter la proposition du Comité des Trois, à savoir : accepter l'interprétation donnée après consultation de juristes, pour laquelle nous avons le plus grand respect, il serait opportun et utile d'en appeler à la Cour permanente de Justice internationale de La Haye et d'obtenir d'elle un avis consultatif de façon que le monde entier pût voir que le Conseil a fait tout ce qui était en son pouvoir pour déterminer un règlement juste et équitable de cette question, ce qui rehaussera grandement l'importance morale et l'influence mondiale du Conseil.[10]

[10] Nach weiterer Diskussion (in der Vorlage S. 1398–1401), an der sich auch Stresemann noch einmal beteiligt (Wiedergabe seiner Meinungsäußerung in indirekter Rede in der Vorlage: S. 1399) beschließt der Rat die Vertagung der weiteren Behandlung der Angelegenheit (S. 1401).

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 19. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1410. – Teildrucke (in deutscher Wiedergabe) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 439 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927, S. 1–2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 439 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927]; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22633 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927, S. 4.

Schlägt vor, im rumänisch-ungarischen Schiedsgerichtsstreitfall die drei Prinzipien der Völkerbundsrats-Kommission anzunehmen und anschließend die weitere Behandlung der Frage auf die Dezembertagung des Völkerbundsrates zu verschieben.

Le Dr Stresemann. – Les suggestions que le président[2] a bien voulu faire au Conseil se divisent en deux parties.

Dans la première partie, il a proposé que le Conseil fût appelé à se prononcer sur les trois principes contenus dans le rapport du Comité des Trois[3]. Sir Austen Chamberlain[4] a bien voulu dire, ce matin[5], que cette proposition est en plein accord avec ce que j'ai dit samedi[6]. Je ne puis que corroborer cette affirmation et répéter que ces recommandations pourraient constituer, pour les parties, une base d'arrangement à l'amiable.

En second lieu, le président a déclaré qu'à son avis, les deux parties ne devraient pas être appelées à se prononcer dès maintenant, afin que leurs gouvernements respectifs pussent, en connaissance de cause et à l'aide de tous les éléments qui

---

[1] Bei der Vorlage handelt es sich um das Protokoll der Nachmittagssitzung und in der Sache um die Fortsetzung der Diskussion des rumänisch-ungarischen Streitfalls aus der Sitzung vom 17. September (vgl. diese Edition) und aus der Vormittagssitzung vom 19. September 1927 (Protokoll in der Vorlage: S. 1402–1408); zur Sache zusammenfassend VORWÄRTS, Nr. 226 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927.

[2] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935; Präsident des Völkerbundsrates September 1927. – Er hatte zuvor vorgeschlagen, die Ergebnisse des Berichts der Dreierkommission (vgl. die folgende Anm.) als Empfehlung an die Streitparteien anzunehmen und danach die Angelegenheit auf die Dezembertagung des Völkerbunds zu vertagen, falls eine weitere Beratung notwendig werde (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22633 [Morgenausgabe] vom 20. September 1927, S. 4).

[3] Am 17. September hatte eine damit beauftragte Dreierkommission, darunter Chamberlain, einen Bericht zu dem Streitfall vorgelegt und dessen Annahme empfohlen ((in der Vorlage S. 1379–1383; vgl. auch SCHULTHESS 68 [1927], S. 532).

[4] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[5] Zur Vormittagssitzung vgl. oben Anm. 1.

[6] Gemeint ist die Sitzung vom 17. September 1927 (vgl. oben Anm. 1 und 3).

résultent de notre discussion, examiner à nouveau cette question en vue de faire connaître éventuellement leur point de vue au Conseil, lors de la session de décembre.

J'ai cru comprendre, ce matin, que le comte Apponyi[7] est disposé à se rallier à cette proposition, et il devrait certes être le premier à le faire. Cela permettrait à la critique publique de se manifester et aux gouvernements d'en tenir compte dans leurs mémoires. Le Conseil devrait ainsi, en décembre, prendre cette critique en considération.

M. Scialoja[8] a posé, ce matin, la question de savoir s'il est souhaitable, s'il est nécessaire de s'adresser à la Cour permanente de Justice internationale en vue d'obtenir d'elle un avis consultatif. Il semble que le représentant de la Hongrie veuille faire, dès maintenant, procéder à un vote sur cette question. Je crois qu'agir ainsi serait commettre une erreur psychologique. Si le Conseil procédait de la sorte, il pourrait donner l'impression qu'il doute lui-même du succès de sa proposition. Si l'on procédait à un vote sur la partie négative de la procédure, la confiance pourrait être ébranlée. Or, on a un besoin urgent de cette confiance. A mon avis, il y aurait donc lieu, pour des raisons d'ordre psychologique, d'ajourner le vote à décembre.

[…][9]

Le Dr Stresemann. – Il s'agit du vote concernant la question de savoir s'il y a lieu de demander un avis consultatif à la Cour permanente.[10]

---

[7] Graf Albert Apponyi von Nagy-Apponyi (1846–1933), ungarischer Politiker; Vertreter Ungarns im Völkerbund. – Zu seiner Rede vom Vormittag vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 439 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927, S. 1.

[8] Vittorio Scialoja (1856–1933), italienischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1919–1920; Vertreter Italiens beim Völkerbund 1921–1932. – Zu seinen Änderungsvorschlägen vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22633 (Morgenausgabe) vom 20. September 1927, S. 4.

[9] Chamberlain fragt nach, ob sich Stresemanns Vorschlag der Vertagung auf den Vorschlag des Präsidenten beziehe (in der Vorlage: S. 1410), worauf Stresemann antwortet.

[10] Nach weiterer Diskussion (vgl. in der Vorlage S. 1410–1414), an der sich Stresemann nicht mehr aktiv beteiligt, wird dem betreffenden Vorschlag der Vertagung einer Entscheidung gefolgt (vgl. VORWÄRTS, Nr. 226 [Morgenausgabe] vom 20. September 1927).

Redebeitrag vor der Völkerbundsversammlung in Genf vom 23. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel. Suppl. spécial 54 (1927), S. 138–139. – Teildruck (in deutscher Wiedergabe) in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927.

Dankt für die Anerkennung für Deutschland anläßlich seiner Unterzeichnung der Fakultativklausel des Ständigen Internationalen Gerichtshofs.

Le Dr Stresemann (Allemagne). – Monsieur le Président[2], vous avez eu la bonté de rappeler que l'Allemagne vient d'apposer sa signature à la clause facultative reconnaissant la juridiction obligatoire de la Cour permanente de Justice internationale[3].

Je désire exprimer mes cordiaux remerciements pour les aimables paroles que vous avez eu l'amabilité de prononcer à cette occasion, paroles s'adressant à l'Allemagne et à moi-même.

En même temps, je tiens à remercier l'Assemblée pour le bon accueil qu'elle a bien voulu faire à mes paroles.[4]

---

[1] Stresemann sprach unter dem Tagesordnungspunkt „Adhésion de l'Allemagne à la clause facultative reconnaissant la juridiction obligatoire de la Cour permanente de Justice internationale". Stresemann sprach deutsch (vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 447 [Morgenausgabe] vom 24. September 1927), so daß es sich hier um eine Übersetzung handelt.

[2] Alberto Guani (1877–1956), uruguayischer Politiker und Diplomat; Vertreter Uruguays im Völkerbund; Präsident der Völkerbundsversammlung 1927. – Guani hatte zuvor als Präsident die Versammlung darüber informiert, daß Deutschland gerade die Fakultativklausel unterzeichnet habe, dafür Deutschland gedankt und Stresemann gratuliert sowie diesem das Wort erteilt.

[3] Die Unterzeichnung der Fakultativklausel durch Stresemann für Deutschland war am 23. September, dem Tag dieser Rede, vor der Eröffnung der Sitzung der Völkerbundsversammlung im Generalsekretariat des Völkerbunds erfolgt (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 [Morgenausgabe] vom 24. September 1927). – Die Fakultativklausel aus dem Statut des 1922 eröffneten Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag besagte, daß die (freiwilligen) Unterzeichnerstaaten untereinander alle juristischen Streitfälle durch ein Schiedsverfahren dieses Gerichtshofes regeln würden (Text u. a. in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 180). Bisher hatten erst einige Staaten, darunter mit Frankreich nur eine Großmacht, die aber die Unterzeichnung bisher nicht ratifiziert hatte, diese Klausel unterzeichnet. – Zu deutschen Überlegungen über die Opportunität der Unterzeichnung vgl. Stresemann Telegramm an das Auswärtige Amt vom 8. September 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 6, S. 408–409), die undatierte Aufzeichnung Plancks über die Ministerbesprechung vom 9. September 1927 (ebd., S. 410–412) sowie das Privatdienstschreiben Köpckes an Schubert vom 9. September 1927 (ebd., S. 413–415).

[4] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, fährt in ihrer Berichterstattung über die Rede fort: „Abermals [wie nach der Ankündigung durch den Präsidenten: s. oben Anm. 2] durchbrauste lebhafter Beifall den Reformationssaal. Als Briand während der englischen

Übersetzung der Rede des Präsidenten den Saal betrat, ging er sofort auf den deutschen Außenminister zu und gratulierte ihm, indem er ihm lange herzlich die Hand schüttelte.“

Rede vor den Mitgliedern der deutschen Delegation in Genf vom 23. September 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 147 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927. – Drucke (teilweise mit minimalen Abweichungen) auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 447 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, S. 1; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 447 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 628b (Morgenausgabe) vom 24. September 1927. – Teildrucke in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22637 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, S. 9; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 475.

Gedenkt der Fähigkeiten und der Leistungen des verstorbenen Maltzans auf seinen verschiedenen Posten in den vorangegangenen Jahren.

Ich möchte die Gelegenheit unseres Zusammenseins benutzen, um des **schweren Verlustes** zu gedenken, den wir durch den so jähen und unerwarteten Tod des Herrn Botschafters v. Maltzan[2] erlitten haben. Jeder, der den Verstorbenen gekannt hat, weiß, welche **starke und große Persönlichkeit** in ihm dahingegangen ist. Auch in Zeiten, in denen er im Auswärtigen Amt eine Stellung bekleidete, die nicht zu den ersten und leitenden gehörte[3], hat er der Arbeit, die er leistete, seinen Stempel aufzudrücken gewußt. Er war maßgebend und wegweisend für viele Entscheidungen unserer Außenpolitik. Als er Staatssekretär des Auswärtigen Amtes war, habe ich mit ihm täglich arbeiten und dabei feststellen können, welche großen Gaben des Geistes ihm gegeben waren. Als er nach Washington ging, stand er vor einer schwierigen Aufgabe. In unverhältnismäßig kurzer Zeit ist es ihm gelungen, sich dort eine große Position zu verschaffen, Beziehungen anzuknüpfen und Vertrauen und Freundschaf-

---

[1] Die TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 447 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, leitet ihre Berichterstattung über die Rede folgendermaßen ein: „Um 7 ½ Uhr abends fand im Sitz der deutschen Delegation, dem Hotel Metropole, eine interne Sitzung statt, die dem Gedächtnis des verstorbenen Diplomaten [Maltzan] gewidmet war. Dr. Stresemann sprach folgenden Nachruf:“

[2] Adolf Georg Otto („Ago“) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877 – 23. September 1927), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922 – Dezember 1924; Botschafter in Washington Dezember 1924 – 23. September 1927. – Maltzan war während eines längeren Deutschlandurlaubs am 23. September mit einem Flugzeug, das ihn von Berlin nach München bringen sollte, über Thüringen abgestürzt. Eine breite Berichterstattung über die Umstände des Absturzes und die ersten Reaktionen findet sich in allen Zeitungen, in denen Stresemanns Rede ganz oder in Teilen abgedruckt ist.

[3] Vor seiner Zeit als Staatssekretär hatte Maltzan seit 1906 eine der üblichen Diplomatenkarrieren mit wechselnden Posten im Ausland und im Auswärtigen Amt absolviert; zuletzt (seit 1921) war er dort Leiter der Ostabteilung des Amtes gewesen.

ten zu erwerben, die den Beziehungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten zugutegekommen sind. Wir hofften, daß er, der auf der Mittagshöhe des Lebens stand, in der Lage sein würde, in seiner heutigen Stellung und vielleicht in anderen großen Tätigkeiten noch vieles für Deutschland auf Grund seiner Erfahrungen und Fähigkeiten zu wirken. Es ist so **unendlich schmerzlich,** sich vorstellen zu müssen, wie seine Frau[4] ihn erwartet, um mit ihm zusammen die Rückreise nach Washington anzutreten, und dann statt des Gatten die Nachricht von seinem Tode erhält. Ich glaube, es gibt viele unter uns, vielleicht sind es die meisten, die ihm auch persönlich näher standen und deshalb nicht nur den Tod des Diplomaten, sondern auch den Tod des Freundes beklagen. In diesem Sinne möchte ich seinem Gedächtnis diese Worte weihen. Sein Andenken wird uns **unvergessen** bleiben.

[4] Maltzan war seit 1914 mit Edith, geb. Gruson (1886–1976), verheiratet gewesen. Sie war laut einer Meldung in REICHSPOST, Nr. 219 vom 24. September 1927, S. 5, aus der Kur in Partenkirchen Maltzan „nach München entgegengefahren, um ihn dort zu begrüßen“.

Rede vor amerikanischen Pressevertreten in Genf vom 23. September 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 447 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927.

Gedenkt der Fähigkeiten des verstorbenen Maltzans und seiner Verdienste um die deutsch-amerikanischen Beziehungen.

Ich bin tief bewegt durch die Nachricht von dem Tode des Botschafters **v. Maltzan[2].** Er war unter meiner Ministerschaft Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, und ich habe daher in täglicher Zusammenarbeit mit ihm seine großen Fähigkeiten und staatsmännischen Eigenschaften kennengerlernt. Maltzan hat diese großen Eigenschaften erneut bewiesen, als er die schwierige Aufgabe übernahm, Deutschland in Washington zu vertreten. Nach allem, was ich inzwischen von meinen amerikanischen Freunden hörte, ist es ihm in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen, sich das **Vertrauen und die Freundschaft maßgebender amerikanischer Kreise** zu erwerben und dadurch die **guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland** in wirksamer Weise zu fördern und zu entwickeln. Die große Wertschätzung, die ihm die deutsche Oeffentlichkeit entgegenbrachte, trat zutage, als der Botschafter vor kurzem seinen 50. Geburtstag in Deutschland beging[3]. Sein Tod **reißt eine große Lücke im auswärtigen Dienst des Deutschen Reiches,** und wir beklagen bei seinem Heimgang den Verlust eines der fähigsten deutschen Diplomaten der Gegenwart.

---

[1] Die TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 447 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, leitet ihre Berichterstattung über die Rede folgendermaßen ein: „Von tiefer persönlicher Rührung waren die Nachworte erfüllt, die Reichsaußenminister Stresemann [...] an die Genfer Vertreter der amerikanischen Presse richtete:“ – Es kann allerdings nicht ganz ausgeschlossen werden, daß die folgenden Worte in schriftlicher Form den Pressevertretern zur Verfügung gestellt wurden.

[2] Adolf Georg Otto („Ago“) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877 – 23. September 1927), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922 – Dezember 1924; Botschafter in Washington Dezember 1924 – 23. September 1927. – Maltzan war während eines längeren Deutschlandurlaubs am 23. September mit einem Flugzeug, das ihn von Berlin nach München bringen sollte, über Thüringen abgestürzt. Zur breiten Berichterstattung über die Umstände des Absturzes und die ersten Reaktionen vgl. in dieser Edition die Rede vor den Mitgliedern der deutschen Delegation in Genf vom 23. September 1927, Anm. 2.

[3] Zu Glückwünschen aus Regierungskreisen anläßlich dieses 50. Geburtstags vgl. etwa DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 354 vom 1. August 1927. Stresemann selbst hatte am Geburtstag, dem 31. Juli, ein Glückwunschtelegramm geschickt (STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 475).

Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf vom 24. September 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 202–205. – Drucke (mit minimalen Abweichungen) auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 449 vom 25. September 1927, S. 1; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 449 vom 25. September 1927; VORWÄRTS, Nr. 454 vom 25. September 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 630b (1. Sonntagsausgabe) vom 25. September 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 449 vom 25. September 1927. – Teildrucke in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 454 vom 25. September 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 454 vom 25. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 454 vom 25. September 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 714 (2. Morgenausgabe) vom 25. September 1927, S. 1; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22638 vom 25. September 1927, S. 6; REICHSPOST, Nr. 262 vom 25. September 1927, S. 5; WIENER ZEITUNG, Nr. 221 vom 27. September 1927, S. 7; SCHULTHESS 68 (1927), S. 529–531; DEUTSCHER GESCHICHTSKALENDER 43, B 2 (1927), S. 31–33; DEUTSCHE STIMMEN 39 (1927), S. 597–600; STRESEMANN, hrsg. v. Ostwald, S. 37–39 (unter dem falschen Datum 26. September 1926). – Druck in französischer Übersetzung in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel. Suppl. spécial 54 (1927), S. 163–164.

Abrüstung ist eines der Kernprobleme des Völkerbundes, an dessen Lösung er beurteilt werden wird. Deutschland will daran mitarbeiten, Abrüstung und Sicherheit in ein richtiges Verhältnis zu setzen. Von der Lösung des Abrüstungsproblems hängt der Glaube der Menschen an eine sichere Zukunft ab.

Als ich die Ehre hatte, vor dieser Versammlung in den ersten Tagen unserer diesjährigen Session zu sprechen[2], habe ich in meinen Ausführungen auf die außerordentliche Bedeutung hingewiesen, die dem Problem der Abrüstung zukommt. In Übereinstimmung mit anderen Rednern dieser hohen Versammlung bin ich der Auffassung, daß in dieser Frage eines der Kernprobleme des Völkerbundes liegt. In sachlich mächtigen Worten ist der Welt verkündet worden, daß der durch den Weltkrieg herbeigeführten Abrüstung derjenigen Staaten, die sich den Friedensbedingungen ihrer Gegner unterwarfen, die **freiwillige Beschränkung der Rüstungen ande-**

[1] Stresemann hielt diese Rede in der Nachmittagssitzung der Völkerbundsversammlung, in der zuvor der Bericht der Abrüstungskommission entgegengenommen worden war (vgl. unten mit Anm. 5). – Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 449 vom 25. September 1927, S. 2, erläutert: „Die Ausführungen des Reichsaußenministers, der bereits beim Besteigen der Rednertribüne auf allen Bänken mit lebhaftem Beifall begrüßt worden war, wurde von dem dicht besetzten Hause mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt und auch zum Schluß durch allgemeinen Beifall stark unterstrichen. [...] Dr. Stresemann, der die Rede vom Manuskript ablas und sich fast wörtlich an den Text hielt, sprach klar und ruhig mit Akzentuierung einzelner Stellen."

[2] Gemeint ist offenbar seine Rede vor der Völkerbundsversammlung vom 9. September 1927 (vgl. diese Edition).

rer Völker folgen würde[3], um die Völker von dem Alpdruck der Furcht, des Hasses und des Mißtrauens zu befreien und eine Entwicklung anzubahnen, die in friedlichem Wettbewerb die höchste Entwicklung der menschlichen Leistungen gewährleistet. Der Völkerbund wird in der Weltöffentlichkeit danach beurteilt werden, wie er sich mit diesem Problem auseinandersetzt und wie er Worte, die eine Erlösung bedeuten sollen, in die Tat umzusetzen vermag.

Es ist deshalb verständlich, daß die Erörterungen dieser Session um die Gedanken der Abrüstung und der Sicherheit der Völker sich bewegen. Deutlich trat in der Debatte das Empfinden der Versammlung hervor, daß der Völkerbund infolge dieses Problems geradezu in ein **kritisches Stadium** seiner Entwicklung eingetreten ist, daß er sich entscheiden muß, ob er einer wirklich fruchtbringenden Zukunft entgegengeht.

Zwei Grundsätze scheinen sich zunächst gegenüberzustehen. Von Deutschland ist stets mit Nachdruck die Auffassung vertreten worden, daß es nicht angängig sei, den Beginn der allgemeinen Abrüstungsaktion noch von der Schaffung **neuer Sicherheiten** abhängig zu machen. Das war auch der ganz eindeutige Standpunkt, auf den sich die Versammlung in ihrer vorjährigen Resolution[4] gestellt hat. Demgegenüber schien sich neuerdings die Ansicht geltend zu machen, daß neue Garantien auf dem Gebiete der Sicherheit die Voraussetzung für den Beginn der Abrüstung bilden müssen. So ist es erklärlich, daß in der Öffentlichkeit vielfach der Eindruck entstand, als ob der Völkerbund durch das Entwaffnungsproblem in eine gefährliche Sackgasse geraten sei.

Ich begrüße deshalb, daß es seitdem in schwierigen Verhandlungen gelungen ist, den Weg zur praktischen Arbeit freizulegen. Ich bedaure es nicht, daß in diesen Verhandlungen die Geister aufeinanderplatzen und daß man, statt die Zeit mit schönen Komplimenten zu vertreiben, in klarer Ausarbeitung des Standpunktes der einzelnen Länder miteinander in Kampf und Streit gelegen hat, bis man zu einer Einigung ge-

[3] Stresemann bezieht sich auf die Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), nach deren Art. 8 „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder war und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen hatte (ebd., S. 11–12). Zudem war in diesem Friedensvertrag die deutsche Abrüstung als Einstieg in die allgemeine Abrüstung deklariert worden (ebd., S. 82).

[4] Die betreffende Resolution der Völkerbundsversammlung vom 24. September 1926 ist wiederabgedruckt in SCHULTHESS 68 (1927), S. 527–528.

langte[5]. Denn ich bin überzeugt, daß der Völkerbund um so mehr praktische Arbeit leisten wird, je freier und ungehemmter naturgemäße, in seiner Zusammensetzung liegende Verschiedenheiten der Auffassung nach Ausdruck ringen und zum Ausdruck kommen.

Nunmehr haben wir in der vom Herrn Berichterstatter[6] zuletzt vorgetragenen Resolution ein Programm vor uns, in dem die beiden Grundsätze der Abrüstung und der Sicherheit zueinander in das richtige Verhältnis gestellt werden. Die Methode, die man gefunden hat, um die gegebenen Sicherheitsgarantien weiter auszubauen, scheint mir durchaus erfolgversprechend zu sein. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland den Wunsch und Willen hat, bei den in Aussicht genommenen Arbeiten tatkräftig mitzuwirken. Die Gedanken, die in den Verträgen von Locarno[7] für den Westen und den Osten verwirklicht worden sind, werden sich in gleicher oder ähnlicher Gestalt unter Anpassung an die jeweiligen Umstände auch für die Verhältnisse in anderen Gebieten verwerten lassen. Die Verhandlungen in den verschiedenen Kommissionen haben aufs neue gezeigt, welch bedeutsame Rolle hierbei der Entwicklung des **Schiedsgerichtsgedankens** zufallen wird. Möge der Name Locarno zu einem Symbol für die Sicherheit benachbarter Völker, für den Gedanken friedlicher Verständigung und den Gedanken des Vertrauens unter den Nationen werden.

So weitreichend aber auch die Möglichkeiten sind, die in dieser Richtung vor uns liegen, so dürfen sie keineswegs unseren Blick von der nächsten Aufgabe ablenken, die vom Völkerbund erfüllt werden muß. Diese Aufgabe wird uns in der Resolution zu meiner Genugtuung mit voller Klarheit vor Augen geführt. Wie immer sich auch die Arbeiten auf dem Gebiete der Sicherheit in ihrem Verlauf gestalten mögen, die Resolution stellt fest, daß die erste **Entwaffnungskonferenz** einzuberufen ist, sobald die noch notwendigen Vorarbeiten rein technischer Art zum Abschluß gebracht worden sind. Wenn, wie ich nicht zweifle, der jetzt von der Versammlung zu fassende Beschluß seinem Inhalt und Geist nach getreu durchgeführt wird, so wird damit eine wichtige Etappe auf dem Wege zu unserem Ziele erreicht sein. Sobald die allgemeine Abrüstung auf allen Gebieten wirklich begonnen ist, werden die weiteren Schritte

---

[5] Zu den Beratungen der Sicherheitskommission in den Vortagen und zu dem Ergebnis, einer der Versammlung zuvor vorgelegten Resolution, vgl. ebd., S. 527–528.

[6] Louis de Brouckère (1870–1951), belgischer Politiker; Vertreter Belgiens beim Völkerbund 1922 u. 1925–1927. – Zur seiner vorherigen Einbringung der Resolution (zum Text vgl. die vorangehende Anm.) vgl. ebd., S. 529, sowie BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 449 vom 25. September 1927, S. 2.

[7] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

geringeren Schwierigkeiten begegnen und der Welt von selbst neue Faktoren der Sicherheit bringen. So wird sich der grundlegende Satz des Völkerbundpaktes[8] verwirklichen, daß die Erhaltung des Friedens die Herabsetzung der Rüstungen fordert. Rüstungen können und dürfen nicht die Grundlage der Sicherheit sein. Sie sind nicht einmal mehr der sicherste Schutz, und sie haben überdies unvermeidlich die Wirkung, den Nachbar zu bedrohen. Das ist eine naturnotwendige Tatsache, die auch durch friedliche Einstellung der Regierungen nicht völlig aus der Welt geschafft werden kann. Wir in Deutschland sind heute oft versucht, unseren Nachbarn das Wort zuzurufen, das einst einem Bürger des alten Rom auf dem Forum entgegenklang. Als er, bis an die Zähne bewaffnet, unter einer friedlichen Volksmenge erschien und seine Rüstung mit der Furcht vor Überfällen zu rechtfertigen suchte, stellte man ihm einfach die Frage: „Quis tibi sic timere permisit?“ „Wer hat dir denn erlaubt, dich so zu fürchten?“[9]

Ich bin mir völlig klar darüber, wie stark die natürlichen Hemmungen sind, die Waffen aus der Hand zu geben. Ich erinnere mich der Worte, mit denen Herr **Briand**[10] kürzlich davon sprach, welcher Sonnenglanz der Poesie, welche heroische Empfindung mit dem Gedanken: Waffen und Kampf! verbunden ist und wie viel schwerer es ist, dem Gedanken des Friedens Formen zu geben, die dieser Aufwallung des Geistes gleichen. Deshalb ist es auch völlig verständlich, wie schwer psychologisch auf ein Volk wie das deutsche, das auf Jahrhunderte militärischer Tradition herabsah, der Gedanke der alleinigen Abrüstung[11] wirkte, namentlich unter dem Gesichtspunkt der Bedrückung, auf die ich in meiner Rede zur Generaldebatte[12] hingewiesen habe. Deutschland hat diese psychologischen Hemmungen unter Verhältnissen, wie sie schwieriger überhaupt nicht gedacht werden konnten, überwunden. Wenn diese Überwindung möglich war, so mit aus dem Grunde, weil hinter ihr der Gedanke stand, daß es sich bei dieser Abrüstung nicht handeln könne um den Gegensatz zwischen Militarismus und Abrüstung, sondern daß es sich hier um die Durchführung

---

[8] Vgl. oben Anm. 3 mit dem Bezug auf Art. 8 der Völkerbundsatzung.

[9] Stresemann zitiert hier aus der „Institutio oratoriae“ des römischen Rhetoriklehrers Quintilian (dort Buch 8, 5, 15).

[10] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Auf welche Rede Briands Stresemann sich bezieht, konnte nicht eindeutig ermittelt werden.

[11] Der Versailler Vertrag schrieb in seinen Art. 159–213 die Details der (einseitigen) deutschen Abrüstung vor (VERTRAG VON VERSAILLES S. 82–100).

[12] Vgl. oben mit Anm. 2.

eines Grundsatzes handle, der neue Methoden und eine neue Moral unter den Völkern herbeiführen wolle.

Der Glaube der Menschen an eine bessere Zukunft, die einer trüben Gegenwart folgt, ist eine Macht und Kraft, die gerade der Völkerbund am höchsten schätzen sollte. Lassen Sie diesen Glauben nicht erschüttern! Wenn das Land, das einst als die stärkste Militärmacht der Welt galt, heute abgerüstet ist, so sollte es für die anderen Staaten viel leichter sein, ihm jetzt zu folgen. Wir stehen vor einer gebieterischen Pflicht, einer Pflicht, deren Nichtachtung ganz sicher zu schwierigen Folgen führen würde. Wir haben also keine Wahl. Die ganze Institution des Völkerbundes kann nur dann lebendig und wirksam werden, wenn die Vorschrift der allgemeinen Abrüstung durchgeführt und damit die Voraussetzung gegeben ist für jene Atmosphäre, die notwendig ist für eine gemeinsame und solidarische Sicherung des Friedens, zu der sich alle hier im Völkerbund vertretenen Nationen bekennen.[13]

[13] Zum weiteren Fortgang der Sitzung vgl. u. a. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 449 vom 25. September 1927, S. 2; die vorgelegte Resolution (vgl. oben mit Anm. 5 u. 6) wird am 26. September 1927 von der Völkerbundsversammlung angenommen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 531).

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 27. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1433–1434, 1435, 1436, 1438–1440.

Die Danziger Souveränität auf der Westerplatte kann durch die dortigen polnischen Soldaten nicht eingeschränkt werden. Danzig muß seine Bürger schützen können. Auch die Grenzkontrolle ist Sache Danziger Behörden. Schlägt vor, daß Juristen ein Gutachten über die Entschädigungspflicht im Falle eines Unglücks auf der Westerplatte erstellen. Der Völkerbund und die Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz: Vorschläge für die künftige Zusammensetzung der Wirtschaftskommission und des Beratungsausschusses.

Le Dr Stresemann. – Dans les explications du rapporteur[2], pour lesquelles nous lui serons tous très reconnaissants, il y a deux points qui paraissent être d'une importance essentielle, et qui ne sont pas uniquement d'un intérêt technique, mais d'un intérêt général.

Il s'agit tout d'abord de la question du contrôle des mesures de sécurité prises sur le terrain de la Westerplatte[3] et, d'autre part, des questions relatives au service du dédouanement sur ce territoire.

Je considère qu'il est hors de discussion – on en trouve l'exposé dans le rapport et le représentant de la Pologne[4] l'a également admis – que le territoire de la Westerplatte n'est pas exterritorial, mais qu'il relève de la souveraineté de la Ville de Dant-

---

[1] In der Ratssitzung gibt unter dem Tagesordnungspunkt „Ville libre de Dantzig: Transport des munitions et de matériel de guerre polonais en transit par Dantzig. Mise en service de la Westerplatte" zunächst der chilenische Vertreter Villegas den Bericht ab (in der Vorlage S. 1423–1432), ehe Stresemann das Wort ergreift. Stresemann hat vermutlich deutsch, vielleicht auch englisch gesprochen, so daß es sich hier um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935. – Zu seinem Bericht vgl. die vorangehende Anm.

[3] Dem Völkerbund hatte schon in der Junitagung ein Antrag Danzigs vorgelegen, das polnische Munitionsdepot auf der Westerplatte, das vom Völkerbundskommissar provisorisch genehmigt worden war, wegen der Gefährdung Danzigs nach Gdingen zu verlegen. Der Antrag war am 17. Juni 1927 im Völkerbundsrat diskutiert (vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag in dieser Sitzung), dann jedoch wegen des Ablaufs der Ratstagung auf den September vertagt worden. – Villegas hatte in seinem Bericht (vgl. oben Anm. 1) vorgeschlagen, die zu ergreifenden Sicherheitsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Munitionsdepot alleine Polen zu übertragen.

[4] Henryk Leon Strasburger (1877–1951), polnischer Generalkommissar in Danzig 1924–1932; Vertreter Polens im Völkerbundsrat 1927.

zig. Il en résulte incontestablement, à mon avis, que Dantzig doit avoir la possibilité d'exercer cette souveraineté d'une façon effective. De même qu'il a été reconnu en principe, dans la décision du Haut Commissaire[5], que les fonctionnaires dantzikois pourront accéder au terrain de la Westerplatte pour l'exercice de leurs fonctions, de même il faut admettre que pourront y accéder les fonctionnaires dantzikois qui y sont appelés en vertu du droit de Dantzig d'assurer le contrôle du règlement de sécurité.

Le fait qu'en vertu des conventions intervenues, des militaires polonais stationnent sur le territoire de la Westerplatte ne saurait, à mon avis, dispenser le Gouvernement de la Ville libre d'exercer ses droits et devoirs découlant de sa souveraineté. Ce ne serait pas possible, quand bien même le Sénat de la Ville libre, lui-même, le désirerait pour une raison quelconque.

Dans des questions aussi graves, la Ville de Danzig ne peut ni ne doit se décharger des responsabilités publiques qui lui incombent. Il serait, par exemple, impossible qu'à une interpellation présentée au président[6] du Sénat de la Ville libre au sujet de la sécurité sur la Westerplatte, le président répondît que, bien que le territoire de la Westerplatte soit sous sa souveraineté, les mesures de sécurité ne le regardent pas et rentrent dans la compétence d'une Puissance étrangère. Un vote de défiance serait la conséquence inévitable, parce qu'il est impossible qu'un président du Sénat de la Ville libre ne puisse pas garantir la sécurité des citoyens sur le territoire appartenant à la Ville libre.

Il se peut que, dans certains cas particuliers, une délimitation entre les fonctions des fonctionnaires dantzikois et celles des organes polonais présente certaines difficultés, mais ce ne sont là que des difficultés d'ordre technique qui devront être résolues en observant le principe fondamental d'après lequel les responsabilités proprement dites de l'observation des règlements de sûreté incombent uniquement à la Ville libre elle-même.

J'estime, pour ma part, que le fait que la Pologne aurait à payer des dommages pour les dégâts éventuels occasionnés par l'explosion de munitions ne saurait porter atteinte à ces principes. Il ne s'agit pas ici d'une question d'indemnités, mais d'une question de sécurité. Or, la solution proposée par le rapporteur ne tient pas suffisamment compte de ce point de vue fondamental, étant donné qu'elle revient pratiquement à reporter simplement les responsabilités qui incombent aux organes dant-

---

[5] Joost Adriaan van Hamel (1880–1964), niederländischer Politiker; Völkerbundskommissar in Danzig 1925–1929.

[6] Heinrich Sahm (1877–1939), Senatspräsident der Freien Stadt Danzig 1920–1931.

zikois sur les organes polonais inférieurs.

Telle est la première observation que j'avais à formuler au sujet du rapport qui vient de nous être soumis. J'ai été amené à formuler cette observation fondamentale en considérant qu'il s'agit là d'une question tout à fait générale, d'une question de principe qui ne s'appliquera pas seulement à ce cas particulier, mais aussi à d'autres cas analogues.

Ma seconde considération est relative aux questions du service de dédouanement. Il me semble résulter clairement de la documentation dont nous disposons qu'aux termes des traités existants[7], l'administration douanière sur le territoire dantzikois se trouve exclusivement entre les mains des autorités dantzikoises. Ceci posé, je ne saurais comprendre pour quel motif on devrait faire une exception pour le territoire de la Westerplatte. La procédure proposée par le Haut Commissaire[8] conduirait à faire une brèche dans la barrière douanière, ce qui pourrait, le cas échéant, porter un préjudice considérable aux revenus douaniers dantzikois.

Il se peut que le contrôle exercé par les douaniers dantzikois à l'occasion du déchargement de munitions ne soit pas précisément agréable au Gouvernement polonais, mais celui-ci ne devrait pas perdre de vue que ces transports de munitions se font ici sur un territoire étranger.

Comme il n'a pas été possible d'arriver à un accord sur ces deux points, je voudrais me permettre de faire ici une suggestion.

Le représentant de la Pologne a fait remarquer que cette affaire nous occupe déjà depuis longtemps et que nous en avions ajourné la décision au mois de juin dernier[9]. Il faut admettre que ce n'était ni la faute de la Pologne ni celle de la Ville libre, que cet ajournement était nécessaire, afin de donner au rapporteur l'occasion de procéder à une étude approfondie de la matière. C'est maintenant que, pour la première fois, nous sommes en possession de toute la documentation nécessaire pour que nous puissions prendre une décision. Cette documentation et ces éclaircissements ne sont parvenus au Conseil que dans les derniers jours de la session de juin.

Voici donc la suggestion que je voudrais faire au rapporteur : c'est de s'adjoindre deux juristes de son choix et de nous présenter un nouveau rapport sur ces deux

---

[7] Vermutlich bezieht sich Stresemann auf den Vertrag zwischen Polen und Danzig vom 9. November 1920 (vgl. SCHULTHESS 61, 1 [1920], S. 333) und das ergänzende Warschauer Wirtschaftsabkommen vom 24. Oktober 1921 (ebd., 62, 1 [1921], S. 346).

[8] Villegas hatte in seinem Bericht (vgl. oben mit Anm. 1 u. 2), der sich auf Empfehlungen van Hamels stützte, die Überwachung des Zolls auf der Westerplatte durch Polen vorgeschlagen.

[9] Vgl. oben Anm. 3.

questions de principe, à savoir à qui, sur un territoire appartenant à une Ville libre, incombe la responsabilité de dégâts éventuels dus à une explosion et à qui appartient la souveraineté douanière, afin que nous y puisions les éléments d'une décisions.

[…][10]

Le Dr Stresemann. – Le représentant de la Pologne[11] a fait remarquer que, le 15 septembre[12], j'avais proposé l'ajournement de cette question pour quelques jours seulement. Je regrette que le représentant de la Pologne n'ait pas rappelé la suite de mes paroles, car j'avais ajouté que c'était pour donner aux parties intéressées le temps de se mettre d'accord.

C'était, en effet, pour donner à tous les intéressés l'occasion de tomber d'accord que j'ai fait des suggestions d'ajournement, d'abord en juin, ensuite en septembre. Je considère qu'il vaut toujours mieux se mettre d'accord que d'avoir une discussion ici autour de la table du Conseil, et toutes les suggestions que j'ai faites n'avaient pas d'autre but que de permettre ce résultat.

En ce qui me concerne, je considère que nous sommes aujourd'hui amenés pour la première fois à discuter cette affaire au point de vue des principes ; les discussions antérieures étaient plutôt des discussions de procédure.

Les deux questions dont je viens de parler me semblent d'une importance fondamentale, qui dépasse de loin le cas dont il s'agit ici, et elles ont une portée considérable par rapport à toute une série d'autres questions. C'est pour cette raison que j'ai proposé au rapporteur de s'adjoindre deux juristes, qu'il pourrait choisir librement et dont l'avis permettrait de dissiper tous les doutes qui peuvent encore subsister.

D'autre part, je crois qu'un malentendu s'est glissé dans l'esprit du représentant de la Pologne au sujet de l'observation faite par le président du Sénat de la Ville libre ; lorsque celui-ci déclinait toute responsabilité, cela voulait dire qu'il déclinait toute responsabilité aussi longtemps qu'il n'aurait pas la possibilité de veiller à l'application des dispositions de sécurité.

Pour moi – je l'ai dit tout à l'heure, indépendamment de l'opinion exprimée par le président Sahm – je considère qu'aucun sénat au monde ne pourrait décliner sa res-

---

[10] Nach Stresemann spricht Strasburger für Polen und wendet sich gegen den Vorschlag einer weiteren Vertagung (in der Vorlage: S: 1434–1435).

[11] Vgl. die vorangehende Anm.

[12] Zu Stresemanns Vorschlag auf Vertagung in der Sitzung vom 15. September 1927 vgl. die Vorlage, S. 1143 (dort allerdings in paraphrasierter Form, so daß der genaue Wortlaut nicht zu ermitteln ist).

ponsabilité pour une partie quelconque du territoire dont il a la souveraineté, et c'est une question de principe que de savoir si le plus haut fonctionnaire d'un Etat peut décliner la responsabilité sur une portion quelconque de son territoire.

Je demande au représentant de la Pologne de ne pas m'en vouloir lorsque je dis que si nous ne pouvons pas tomber d'accord sur ces deux points de principe, je serai forcé de voter contre le rapport. Mais je considère que c'est précisément la tâche des Membres du Conseil d'essayer, dans la mesure du possible, d'arriver à l'unanimité dans leurs décisions.

En d'autres occasions, lorsqu'il s'est agi des intérêts de mon pays, j'ai très souvent fait des concessions dans le seul but d'arriver à cette unanimité que je considère comme si désirable et si importante pour le travail du Conseil, et c'est dans cet esprit que j'ai fait la suggestion d'adjoindre au rapporteur deux juristes qu'il pourrait choisir lui-même.

[…][13]

Le Dr Stresemann. – Mais n'est-ce pas là le sens du terme « souveraineté » ?

[…][14]

Vous avez devant vous les deux résolutions (Annexe 994)[15] adoptées par la présente Assemblée[16] en ce qui concerne, d'une part, les suites à donner aux recommandations de la Conférence économique internationale[17] et, d'autre part, les modifications qu'il convient d'apporter à l'Organisation économique de la Société des Nations pour la mettre en mesure de s'acquitter des tâches qui résultent pour elle desdites recommandations.

---

[13] Nach Stresemann ergreift van Hamel das Wort und argumentiert, daß der Bericht bereits das Maximum für Danzig vorsehe und daß durch die Beschränkungen Danzigs durch Verträge und Völkerbundsentscheidungen der Stadt keine Verantwortlichkeit erwachse (in der Vorlage: S. 1435–1436). Darauf spricht erneut Stresemann.

[14] Nach weiterer Diskussion ohne Beteiligung Stresemanns (in der Vorlage: S. 1436–1438) beschließt der Völkerbundsrat, die Angelegenheit auf den Dezember zu vertagen; bis dahin soll Villegas von zwei Juristen Gutachten zu den hier aufgeworfenen Rechtsfragen einholen. – Im übernächsten Tagesordnungspunkt „Conférence économique internationale: Organisation économique de la Société des Nations: Suite à donner aux résolutions adoptées par l'Assemblée au cours de sa huitième session ordinaire" spricht Stresemann als Berichterstatter über die Weltwirtschaftskonferenz und deren Aufträge.

[15] Anlage 994, der Beschluß der Versammlung vom 24. September 1927 (vgl. die folgende Anm.), ist auch in der Vorlage gedruckt wiedergegeben (S. 1481–1482).

[16] Am 24. September 1927 hatte die Bundesversammlung über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz und die künftige Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes diskutiert; zur Diskussion und den Beschlüssen vgl. das Protokoll in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel. Suppl. spécial 54 (1927), S. 147–155.

[17] Die Weltwirtschaftskonferenz hatte vom 4. bis 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

Vous connaissez également le très intéressant exposé de M. Loucheur[18], rapporteur de la deuxième Commission.

L'Assemblée a soumis ce problème à un examen si approfondi, et elle est arrivée finalement à des conclusions si précises que la tâche exécutive du Conseil s'en trouve grandement facilitée. Je peux donc passer sans plus tarder aux détails dont le règlement a été laissé aux soins du Conseil.

Comité économique.

L'Assemblée fixe à quinze le nombre maximum de ses membres ; le Comité étant aujourd'hui composé de quatorze membres, vous serez d'accord avec moi pour interpréter la décision de l'Assemblée dans le sens de faire une place au sein du Comité à un ressortissant des Etats-Unis d'Amérique.

L'Assemblée désire octroyer au Comité économique l'autorisation de prendre toutes mesures nécessaires pour ses travaux préparatoires, qu'il s'agisse de la consultation d'experts, de la formation de sous-commissions spéciales ou d'autres mesures analogues. Je pense, toutefois, qu'il demeure entendu que toute décision revient au Conseil dès le moment où les travaux du Comité, ayant franchi le stade de la préparation, entrent dans celui de l'action.

Contrairement aux usages suivis jusqu'ici, je voudrais proposer de limiter à trois ans le mandat des membres du Comité économique.

Le Conseil devra donc procéder tous les trois ans à une nouvelle nomination des membres. Je sais tout le prix qui s'attache à une collaboration continuelle des mêmes personnes dans un même Comité et à l'importance de l'éducation mutuelle qui en est le résultat.

L'échéance triennale du mandat des membres du Comité économique ne doit pas faire obstacle à leur renouvellement dans les cas où il paraît désirable, mais il est, à mon avis, indispensable de donner au Conseil, après un intervalle raisonnable, la possibilité de faire participer aux travaux de cet important comité – sans augmenter le nombre total de ses membres – des ressortissants d'Etats qui n'y ont pas pris part dans les précédentes périodes.

Si je n'ai pas suggéré de règle fixe à ce sujet, c'est pour marquer que la compétence personnelle doit toujours jouer un rôle prépondérant pour le choix du Conseil et

[18] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Politiker; Wiederaufbauminister 1918–1920; Handels- und Industrieminister März – Juni 1924 und 1930–1931; Arbeitsminister Mai 1928 – 1930. – Zu seinem Bericht in der Völkerbundsversammlung vom 23. September 1927 vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927.

qu'il vaut mieux le laisser libre de se régler suivant les circonstances. Naturellement, il serait désirable que des ressortissants des Etats ayant un siège permanent au Conseil fissent toujours partie du Comité.

Le Comité subirait toutefois une grosse perte si la sortie d'un de ses membres devait entraîner non seulement l'interruption d'une longue collaboration, mais le priver en même temps du moyen de rester en contact avec l'économie d'un pays déterminé, d'y faire des recherches ou des enquêtes, d'en recevoir des propositions et des conseils. C'est pour parer à cet inconvénient que je vous propose, conformément à une idée exprimé dans la résolution de l'Assemblée[19], de créer des membres correspondants dans les conditions spécifiées dans le projet de résolution ci-après.

Je pense que la liaison ainsi assurée, outre qu'elle donnerait aux membres sortants une légitime satisfaction et la possibilité de suivre et même de participer aux travaux du Comité par la présentation de mémoires écrits, aurait de très grands avantages pour le Comité lui-même et pour la Section économique et financière, qui a toujours besoin de l'aide de collaborateurs dévoués dans les différents pays.

C'est également pour assurer la continuité de direction et un appui constant et autorisé au Secrétariat que je prévois, dans mon projet de résolution, que le président du Comité économique restera en fonction pour une année entière. La même coutume est suivie par le Comité financier.

Comité consultatif.

En ce qui concerne la constitution de cet important comité, le Conseil n'aura qu`à se conformer aux directives assez détaillées que l'Assemblée vient de lui donner.

Il eût, sans doute, été désirable de procéder sans délai à la nomination de ses membres. Toutefois, dans les deux ou trois jours qui se sont écoulés depuis la décision de l'Assemblée, il n'aurait guère été possible, pour votre rapporteur, d'étudier toutes les combinaisons nécessaires pour établir une liste répondant aux désirs exprimés par l'Assemblée, en ce qui concerne les diverses compétences et intérêts qui doivent être représentés et l'équilibre qu'il est souhaitable de maintenir entre eux. Je suis donc obligé de vous proposer de renvoyer à la prochaine session de décembre la nomination des membres du Comité consultatif. Ce retard ne semble, d'ailleurs, pas devoir comporter d'inconvénient majeur, étant donné qu'il n'est pas probable que ce comité puisse se réunir avant la fin de l'année courante.

Votre rapporteur fera de son mieux, si vous le désirez, pour vous soumettre une

[19] Vgl. oben Anm. 16.

liste à la prochaine session.

Je termine en soumettant à votre approbation la résolution suivante :

« Le Conseil

Ayant pris connaissance des deux résolutions adoptées par la huitième session ordinaire de l'Assemblée, le 24 septembre 1927, et se rapportant, d'une part, aux suites à donner aux résolutions de la Conférence économique internationale et, d'autre part, aux modifications qu'il convient d'apporter à l'Organisation économique de la Société des Nations pour la mettre en mesure de s'acquitter des tâches qui résultent pour elle des recommandations de ladite Conférence ;

Après avoir pris connaissance et approuvé l'exposé des motifs contenu dans le rapport ci-joint du représentant de l'Allemagne, rapporteur pour les questions économiques,

Décide ce qui suit :

I. Comité économique.

Le Comité économique, dont le caractère et le mandat se trouvent résumés dans la résolution précitée de la huitième session ordinaire de l'Assemblée, fonctionne désormais dans les conditions suivantes :

1. Il est composé de quinze membres de nationalités différentes.

2. Les membres sont nommés par le Conseil à titre personnel, en raison de leur compétence en matière économique et notamment en matière de relations économiques entre Etats. Ils ne représentent pas leurs gouvernements.

3. Le mandat des membres dure trois ans, de septembre à septembre. A l'expiration de cette période, le Conseil procède à une nouvelle nomination de tous les membres, sans préjudice des nominations partielles qui pourraient devenir nécessaires dans l'intervalle.

4. A l'expiration de la période susindiquée, les membres sortants, s'ils ne sont pas remplacés par des membres de même nationalité, deviennent « membres correspondants du Comité ».

a) « Les membres correspondants » doivent être tenus au courant de tous les travaux du Comité économique. A cet effet, ils reçoivent les documents du Comité ainsi que des sous-commissions et commissions spéciales.

b) Ils prêtent leur concours au Comité pour toutes études ou enquêtes que

ce dernier entreprendra, notamment en ce qui concerne leur pays, et ils peuvent lui envoyer toutes observations et lui soumettre par écrit tout avis ou proposition qu'ils jugeront utile.

c) En règle générale, ils ne prennent pas part aux réunions du Comité, mais ce dernier peut les convoquer chaque fois qu'il le juge utile pour participer à ses séances plénières et pour prendre part aux travaux des sous-commissions ou commissions spéciales.

d) Le Comité économique est autorisé à proposer au Conseil la nomination de « membres correspondants » autres que les membres sortants dans les conditions indiquées ci-dessus.

5. Les membres du Comité économique élisent leur président, qui reste en fonction au moins pendant une année.

6. Le Comité économique est autorisé à prendre toutes mesures utiles au cours de ses travaux d'étude et de préparation, y compris la consultation d'experts et la formation de sous-commissions ou commissions spéciales, sans en référer chaque fois au Conseil, qui, cependant, se réserve de prendre les décisions nécessaires sur le vu des rapports du Comité dès que les travaux, ayant franchi le stade de la préparation, entrent dans celui de l'action.

II. Comité consultatif.

Se réservant de procéder, lors de sa prochaine session, à la nomination des membres du Comité consultatif, dans les conditions établies par la résolution de la huitième session ordinaire de l'Assemblée, le Conseil :

Prie le rapporteur pour les questions économiques d'établir, de concert avec le Secrétaire général[20] et après avoir procédé aux consultations nécessaires, une liste des membres du Comité consultatif, qui devra être soumise à l'approbation du Conseil, lors de sa prochaine session. »

[…][21]

[20] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

[21] Die folgende Aussprache, in der auch Stresemann noch zweimal das Wort ergreift, ist in der Vorlage lediglich in indirekter Rede wiedergegeben (S. 1440–1443). Im Ergebnis beschließt der Rat, die weitere Beratung auf seine nächste Sitzung zu vertagen (S. 1443). – Am Ende der Nachmittagssitzung, so berichtet das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 458 (Morgenausgabe) vom 28. September 1927, unter der Überschrift „Mehr Luft im Völkerbund!", beschwert sich Stresemann ausführlich über die hygienischen Bedingungen, unter denen der Völkerbundsrat und die -versammlung tagen müßten: „Er sagt: Keine andere Versammlung würde sich so unhygienisch behandeln lassen, wie der Völkerbund. Sowohl im Ratssaal wie im Versammlungssaal fehle jede Ventilationsanlage. Es sei kein

Wunder, wenn die Debatten manchmal einen erregten Ton annähmen, denn die Luft, die in den Beratungsräumen herrsche, müsse unbedingt ungünstig wirken. Er [...] forderte unter großer Heiterkeit die Hygieneabteilung des Völkerbundes auf, doch einmal im eigenen Hause nach dem Rechten zu sehen und sich damit zu befassen, wie für die hygienischen Bedürfnisse der Verhandlungsteilnehmer gesorgt sei, die wochenlang unter derartig unzulänglichen Verhältnissen arbeiten müßten. [...]“

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 28. September 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 8 (1927), S. 1458, 1465–1466. – Teildruck in KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 638b (Morgenausgabe) vom 29. September 1927.

Schlägt vor, daß sich der Völkerbundsrat mit der „Salamis"-Frage als einer rein finanziellen Angelegenheit nicht weiter befaßt. Vorschläge für die künftige Zusammensetzung der Wirtschaftskommission.

Le Dr Stresemann. – Le rapport que nous venons d'entendre[2] déclare que ce ne sont pas seulement les deux parties en cause, mais toutes les Puissances signataires du Traité de Versailles[3] qui sont intéressées en la matière.

Je tiens à faire savoir que le Reich allemand n'est pas intéressé dans cette affaire et n'y est point partie.

S'il s'agit de la Société Vulkan[4], il y a encore d'autres entreprises en jeu et tout le problème se résume, pour ainsi dire, pour parler un peu brutalement, dans une question d'argent ; mais ce qui nous intéresse, c'est la compétence du Conseil, et cela sous deux aspects.

Il ne faut pas oublier que si nous nous engageons dans la voie indiquée, en demandant un avis à La Haye, et si nous ne déclarons pas que le Conseil n'est pas compétent dans l'affaire, il y aura, à l'avenir, un très grand nombre de cas du même genre qui viendront devant le Conseil et que celui-ci aura à trancher.

Il y aura devant les tribunaux arbitraux des cas qui, après ce premier précédent, pourront venir devant nous et nous submerger de travail.

---

[1] Unter dem Tagesordnungspunkt „Interprétation à donner aux articles 190 et 192 du Traité de Versailles. Croiseur ‚Salamis': Demande du Gouvernement hellénique" erstattet zunächst der kolumbianische Delegierte Urrutia Bericht über den fraglichen Streitfall (in der Vorlage: S. 1456–1458) und schlägt vor, dazu ein Votum des Ständigen Internationalen Gerichtshofs einzuholen. Anschließend ergreift Stresemann das Wort. Wie in vergleichbaren Fällen sprach er vermutlich Deutsch, vielleicht auch Englisch, so daß es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] Vgl. die vorangehende Anm.

[3] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrags u. a. im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES. – Strittig waren im vorliegenden Fall die Art. 190 u. 192 (S. 93–94), wonach Deutschland der Bau von Kriegsschiffen, deren Ausstattung und die Ausfuhr untersagt waren.

[4] Gemeint ist die Hamburger Vulkanwerft; dort hatte Griechenland vor dem Ersten Weltkrieg für seine Marine ein Schlachtschiff („Salamis") bestellt, das aber nach seiner Fertigstellung Ende 1914 nicht mehr ausgeliefert wurde. Griechenland weigerte sich nach dem Krieg, das Schiff noch abzunehmen und zu bezahlen.

La compétence est le problème vraiment important. Je me demande si nous ne réduisons pas cette compétence en discutant, ici, au Conseil, des questions relativement aussi peu importantes que celle dont nous sommes saisis. C'est là ma grande préoccupation.

Du reste, ne pourrions-nous discuter d'abord cette question de compétence ? Faut-il que nous nous adressions d'abord à la Cour de La Haye, en lui demandant si nous sommes compétents pour discuter cette question ? Cela me paraît un peu étrange et me semble donner l'impression qu'il y a une grande incertitude parmi les Membres du Conseil concernant notre propre compétence.

Si nous posons une question à La Haye pour savoir si nous pouvons lui demander un avis, nous donnons vraiment une impression de très grande incertitude.

Je serais donc très reconnaissant au rapporteur[5] de bien vouloir nous donner d'abord un éclaircissement sur cette question de compétence. Je préférerais que nous puissions discuter au Conseil le point de savoir si nous sommes compétents ou non, plutôt que de demander son avis à la Cour de La Haye.

Cela ne veut nullement dire que je n'aie pas la plus grande confiance dans la Cour de La Haye, mais il s'agit ici d'une affaire relativement peu importante ; je crois que nous devrions d'abord discuter la question de compétence.

Ma seconde observation a trait aux dangers que présente une telle intervention dans un cas pendant devant un tribunal arbitral ; elle pourrait être employée comme un précédent dans beaucoup d'autres cas qui pourraient alors venir devant le Conseil.

[…][6]

Le Dr Stresemann. – Parmi les décisions que le Conseil vient de prendre en séance publique au sujet du Comité économique, se trouve celle qui vise à limiter à trois années le mandat des membres du Comité[7].

---

[5] Francisco José Urrutia (1870–1950), kolumbianischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1908–1909 u. 1913–1914; Gesandter in Madrid und Bern seit 1918; Vertreter Kolumbiens beim Völkerbund 1920–1930.

[6] Zur weiteren längeren Diskussion (ohne Wortmeldung Stresemanns) vgl. in der Vorlage S. 1458–1465; im Ergebnis wird die Frage auf die Nachmittagssitzung vertagt. In dieser Nachmittagssitzung beschließt der Rat nach längerer Diskussion, die Angelegenheit auf den Dezember zu vertagen und ein Gutachten in der Frage einzuholen (vgl. KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 638b [Morgenausgabe] vom 29. September 1927). – In dieser Nachmittagssitzung des Rates erstattet Stresemann unter dem ersten Tagesordnungspunkt „Composition du Comité économique" Bericht.

[7] Am 24. September 1927 hatte die Bundesversammlung über die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz und die künftige Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, darunter auch die Größe des Wirtschaftskomitees und die Dauer der Mitgliedschaft im Komitee, diskutiert; zur Diskussion und den

Le but principal de cette décision est de fournir au Conseil, après un délai raisonnable, l'occasion de faire participer aux travaux de cet important comité, sans augmenter le nombre total de ses membres, des ressortissant d'Etats qui n'y ont pas pris part dans les périodes précédentes.

D'autre part, nous sommes en présence de la situation créée par la démission de trois membres. Enfin, il semble utile d'examiner si la composition du Comité répond à ce qui a été caractérisé comme sa tâche principale, à savoir, l'étude et le développement des relations économiques entre Etats.

Pour ces différentes raisons, il semble opportun de procéder, à cette occasion, à un examen complet de la composition du Comité économique afin d'y apporter, le cas échéant, les modifications nécessaires.

Après avoir pris contact avec les délégations intéressées, je me suis permis de vous proposer la liste que vous avez sous les yeux et je vais vous donner les quelques précisions qu'elle nécessite :

1º M. di Nola[8], directeur général des Accords commerciaux au Ministère de l'Economie nationale de Rome, a déjà pris part, depuis deux ans, aux travaux du Comité en remplacement de M. Pirelli[9]. Ce dernier ayant donné sa démission, il serait remplacé définitivement par M. di Nola.

2º M. Stucki[10] a déjà pris également une part active, soit aux travaux de la Conférence économique[11], soit à des sessions du Comité. Je vous propose de nommer M. Stucki à la place de M. Heer[12] qui a aussi donné sa démission.

3º M. Jensen[13], le membre danois, a également démissionné. En lui donnant

---

Beschlüssen vgl. das Protokoll in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel. Suppl. spécial 54 (1927), S. 147–155. – Vgl. auch in dieser Edition Stresemanns Redebeiträge im Völkerbundsrat vom Vortag.

[8] Vermutlich Angelo Di Nola, italienischer Politiker; Generaldirektor im italienischen Wirtschaftsministerium.

[9] Alberto Pirelli (1882–1971), italienischer Industrieller; Präsident der Internationalen Handelskammer 1927–1929. – Seinen Rücktritt hatte Stresemann in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 1. September 1927 (vgl. diese Edition) bekanntgegeben.

[10] Walter Stucki (1888–1963), Schweizer Politiker und Diplomat; seit 1925 Direktor der Handelsabteilung des schweizerischen Wirtschaftsministeriums („Volkswirtschaftsdepartements"); Schweizer Vertreter in der Völkerbundsversammlung.

[11] Gemeint ist die Weltwirtschaftskonferenz, die vom 4. bis zum 23. Mai 1927 in Genf getagt hatte; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

[12] Henri Heer (1871–1937), Schweizer Industrieller.

[13] Adolph Jensen (1866–1948), dänischer Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker; Leiter der Statistikabteilung des dänischen Finanzministeriums 1913–1936. – Seinen Rücktritt hatte Stresemann in der Sitzung des Völkerbundsrates vom 1. September 1927 (vgl. diese Edition) bekanntgegeben.

comme successeur le professeur Jahn[14] (Norvégien), nous appliquerions en même temps la règle du roulement, avec l'avantage, toutefois, de rester dans le groupe des pays scandinaves.

4º En appliquant la même règle aux Dominions, je voudrais vous proposer, d'accord avec mes collègues de l'Empire britannique, de réserver une place à un membre indien qui succéderait à M. Campion[15] (Australien).

5º J'ai adhéré avec empressement au désir de mon collègue, le représentant de la Pologne[16], de laisser pour l'instant en blanc le nom du nouveau membre polonais, afin de lui laisser le temps nécessaire pour pouvoir faire au Conseil des suggestions utiles en ce qui concerne le choix d'un expert personnellement associé et particulièrement versé en matière de négociations commerciales entre Etats.

6º Finalement, vous savez que la décision de l'Assemblée de porter à quinze le nombre des membres[17], indique son désir de voir associer aux travaux du Comité un ressortissant des Etats-Unis.

7º La délégation du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes m'a fait part de son désir d'obtenir un siège au Comité économique pour un de ses ressortissants.

En ce qui concerne les autres membres, il y aurait tout avantage à les maintenir, étant donné leur haute compétence justement dans le domaine des matières qui vont occuper le Comité d'une manière prépondérante pendant les années qui vont suivre.

En ce qui concerne respectivement les trois membres ressortissants de l'Inde, de la Pologne et des Etats-Unis d'Amérique, si le Conseil est d'accord en principe avec leur nomination, il estimera peut-être utile de donner à son président[18] l'autorisation de procéder à leur nomination, même avant la session de décembre, c'est-à-dire aussitôt que les consultations nécessaires auront pu avoir lieu.

Suivant les règles que le Conseil vient d'approuver dans la séance publique de ce matin, seraient donc nommés d'office membres correspondants, avec les droits et les devoirs que cette catégorie comporte : MM. Campion (Australie) et M. Jensen

---

[14] Gunnar Jahn (1883–1971), norwegischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker; Direktor des norwegischen statistischen Zentralbüros 1920–1945.

[15] Vermutlich Sir William Robert Campion (1870–1952), britischer Politiker; Gouverneur für West-Australien 1924–1931.

[16] Henryk Leon Strasburger (1877–1951), polnischer Generalkommissar in Danzig 1924–1932; polnischer Vertreter im Völkerbundsrat 1927.

[17] Vgl. oben Anm. 7.

[18] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935; Präsident des Völkerbundsrates September 1927.

(Danemark).

Finalement, je pense que le Conseil tiendra à saisir cette occasion pour exprimer aux membres sortants sa vive gratitude pour les éminents services qu'ils ont rendus à l'œuvre économique de la Société des Nations.

[…][19]

[19] Nach einer Besprechung dieser Vorschläge und einigen Ergänzungen, in deren Verlauf sich auch Stresemann beteiligt (was in der Vorlage nur in indirekter Rede wiedergegeben ist: S. 1466), folgt der Rat unter der Ergänzung eines chinesischen „korrespondierenden Mitglieds" dem Vorschlag Stresemanns und ernennt die betreffenden Personen für die Wirtschaftskommission (S. 1467).

Unterredung mit französischen Pressevertretern in Genf vom 28. September 1927[1]

Nach LE PETIT PARISIEN, Nr. 18475 vom 29. September 1927, S. 1. – Drucke (in deutscher Übersetzung) in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 461 (Abendausgabe) vom 29. September 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 456 (Abendausgabe) vom 29. September 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 461 (Abendausgabe) vom 29. September 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 725 (Abendausgabe) vom 29. September 1927, S. 1; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22642 (Abendausgabe) vom 29. September 1927, S. 2. – Teildrucke in (deutscher Übersetzung) in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 461 (Abendausgabe) vom 29. September 1927; VORWÄRTS, Nr. 461 (Abendausgabe) vom 29. September 1927; WIENER ZEITUNG, Nr. 224 vom 30. September 1927, S. 7.

Die notwendige gute Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich hat die anfangs krisenhafte Tagung der Völkerbundsversammlung zu einem Erfolg gemacht.

Les rapports franco-allemands au sein de la Société des nations, nous a-t-il dit[2], ne peuvent être que des rapports de franchise et de loyauté absolues. Ils ne peuvent être dominés que par le désir sincère d'arriver à une collaboration de plus en plus étroite dans tous les domaines.

Ce n'est par hasard que la route qui nous a menés à Genève[3] a passé par Locarno[4]. Combien de fois pourtant, nous a-t-on dit avant Locarno – et parmi des conseillers se trouvaient des partisans convaincus de la Société des nations – que l'action de l'Allemagne dans la Ligue ne devait pas dépendre des rapports franco-allemands,

---

[1] Die Vorlage erschien am 29. September, datiert aber im Artikel selbst vom 28. September 1927. Es spricht also einiges dafür, daß auch die Unterredung am 28. September stattfand. – An einigen der genannten (Teil-)Druckorte in der deutschen Presse wird dieser Text als Interview lediglich für den Korrespondenten des „Petit Parisien" bezeichnet. Die FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 725 (Abendausgabe) vom 29. September 1927, S. 1, erläutert jedoch einleitend in ihrer Teilwiedergabe: „Herr Stresemann hat vor seiner Abreise aus Genf dem Vertreter des ‚Petit Parisien' und dem des ‚Excelsior' eine Unterredung gewährt, in der er die Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich betont und die Bedeutung dieser Zusammenarbeit für die befriedigende Entwicklung des Völkerbundes schildert. Der ‚Petit Parisien' leitet diese Erklärungen des deutschen Außenministers mit einer Bemerkung ein, in der das Blatt den Wunsch ausspricht, Herr Stresemann möge den Mut, die Autorität und die Kraft haben, die von ihm vertretene Politik mit Erfolg durchzuführen und sie seinen Landsleuten aufzuzwingen." – Es kann vermutet werden, daß Stresemann deutsch sprach, es sich bei der Vorlage also um eine Übersetzung handeln dürfte.

[2] So als paraphrasierender Einschub in der Vorlage.

[3] Gemeint ist der deutsche Völkerbundseintritt; vgl. dazu in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts.

[4] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

mais que nous devions aller à Genève pour transposer sur le plan international le différend qui divisait nos deux pays ?

En passant par Locarno, nous avons marqué la volonté d'une politique tout autre, d'une politique non pas de combat mais de collaboration. Nous avons pensé que le rapprochement franco-allemand devait précéder notre entrée dans la Société des nations.

Je n'ai pas besoin de démontrer ici que cette collaboration de pourra évidemment donner tout son rendement, au point de vue pacifique, que le jour où certains problèmes, dont dépend la bonne entente durable entre nos deux pays, se trouveront résolus.

Verrons-nous bientôt une Assemblée de la Société des nations où Allemands et Français pourront unir leurs efforts pacifiques sans qu'aucune ombre pèse sur leurs relations ? Je le souhaite très sincèrement. En tout cas nous avons, au cours des travaux de cette Assemblée[5], essayé de faire tout ce qui était en notre pouvoir pour servir la paix entre les deux grandes nations.

Nous nous sommes inspirés de cette idée que l'avenir de l'Europe ne peut être assuré que si les nations ne songent pas exclusivement à leurs propres intérêts, mais si elles ont le courage de ne pas oublier l'intérêt commun à tous. Or l'intérêt de tous exige impérieusement la consolidation de la Société des nations …

[…][6]

Vous rappelez-vous le malaise qui règnait au début de cette Assemblée, tous ces bruits de crise qui rendaient pessimistes les amis les plus enthousiastes de la Société des nations ? Je suis heureux de pouvoir dire aujourd'hui que la collaboration franco-allemande a contribué à dissiper ce malaise, à étouffer ces bruits.

Avoir cherché ensemble à animer cette Assemblée d'abord si hésitante, à rendre aux peuples la confiance si nécessaire dans l'œuvre de Genève, n'est-ce pas déjà un résultat appréciable, dû en grande partie à la collaboration de nos deux pays ?

S'imagine-t-on ce qu'eût été cette Assemblée si elle avait vu une France et une Allemagne dressées hostilement l'une en face de l'autre, intriguant chacune pour ses propres intérêts en manœuvrant dans la coulisse ?

Nous avons, M. Briand[7] et moi, laissé loin derrière nous de pareilles tentations et

[5] Stresemann bezieht sich auf die 8. Völkerbundsversammlung, die vom 5. bis 27. September 1927 in Genf tagte; vgl. dazu die breite Berichterstattung in SCHULTHESS 68 (1927), S. 518–532.

[6] Die Vorlage fährt beschreibend fort: „M. Stresemann se recueillit un instant puis poursuivit:"

nous avons aussi, pour citer une parole admirable de votre ministre des Affaires étrangères, renoncé à toute politique de prestige[8].

Si cette Assemblée, qui a commencé sous des auspices si pessimistes, se termine maintenant en laissant aux peuples l'impression qu'on peut à Genève, malgré toutes les difficultés, parler honnêtement et franchement, sans arrière-pensée aucune et sans aucun autre but que l'établissement de la confiance internationale et que les divergences d'opinion les plus accentuées et les discussions les plus animées peuvent aboutir à un accord loyal et satisfaisant, alors on est en droit de dire que la huitième Assemblée de la Société des nations, tout en n'ayant pas donné lieu à des manifestations éclatantes et sensationnelles, a bien mérité de l'humanité.

[7] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[8] Stresemann bezieht sich wohl auf die Rede Briands in der Völkerbundsversammlung vom 10. September 1927 (Paraphrase in SCHULTHESS 68 [1927], S. 525).

Gedenkrede auf Ago von Maltzan im Auswärtigen Amt in Berlin vom 5. Oktober 1927[1]

Nach STRESEMANN, Botschafter Ago von Maltzan, S. 1–8. – Drucke auch in EUROPÄISCHE GESPRÄCHE 5 (1927), S. 573–578; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 476–480; STRESEMANN, Schriften S. 57–62. – Teildruck in TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 523 (Morgenausgabe) vom 8. November 1927.

Gedenkt der Tätigkeit Maltzans, die durch seinen Tod unvollendet geblieben ist. Maltzan als Persönlichkeit. Rückblick auf dessen Karriere. Seine Stellung in den USA und seine Begeisterung für die dortige Tätigkeit. Er war bereit, Verantwortung zu übernehmen. Ihm wird dauerndes Andenken im Auswärtigen Amt bewahrt werden.

Wir haben uns hier versammelt, um das Andenken des Botschafters **Ago von Maltzan[2]** zu ehren. Wir gedenken des Vertreters des Deutschen Reichs in dem mächtigsten Lande der Welt, wir gedenken des treuen Mitarbeiters des Auswärtigen Amtes, insbesondere seiner Tätigkeit als Ministerialdirektor[3] und Staatssekretär im Auswärtigen Amt.

Aber wir gedenken gleichzeitig des treuen Kameraden und des Freundes, der von uns gegangen ist.

Sein Tod hat ihn jäh aus einer Laufbahn herausgerissen, die ihn mit großen Schritten auf die wichtigsten Plätze außenpolitischer Wirksamkeit geführt hat.

Sein Tod wirkte wie lähmend. Wer davon sprechen wollte, wie er als Botschafter in Washington die deutschen Interessen vertreten hat, der lese die Worte, mit denen das offizielle Amerika weit über alle Höflichkeit der Diplomatie hinaus in herzlichster

---

[1] Wie die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 466 (Abendausgabe) vom 5. Oktober 1927, S. 1, berichtet, fand die Veranstaltung in „dem stimmungsvoll geschmückten Saal des Palais Leopold“ als „interne Gedächtnisfeier des Auswärtigen Amtes“ statt. Stresemanns Rede wurde von Musikdarbietungen eingerahmt.

[2] Adolf Georg Otto („Ago“) von Maltzan, Freiherr zu Wartenberg und Penzlin (1877 – 23. September 1927), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1922 – Dezember 1924; Botschafter in Washington Dezember 1924 – 23. September 1927. – Maltzan war während eines längeren Deutschlandurlaubs am 23. September mit einem Flugzeug, das ihn von München nach Berlin bringen sollte, über Thüringen abgestürzt. – Vgl. auch schon in dieser Edition Stresemanns Rede vor den Mitgliedern der deutschen Delegation in Genf vom 23. September.

[3] Vor seiner Zeit als Staatssekretär hatte Maltzan seit 1906 eine der üblichen Diplomatenkarrieren mit wechselnden Posten im Ausland und im Auswärtigen Amt absolviert; zuletzt (seit Dezember 1921) war er dort vor seiner Ernennung zum Staatssekretär als Ministerialdirektor Leiter der Osteuropa-Abteilung des Amtes gewesen.

Weise der deutschen Trauer zur Seite stand[4]. Wer wissen will, was er der deutschen Öffentlichkeit gewesen ist, der ermesse den Eindruck, den sein Hinscheiden weit über die Grenzen derer hinaus, die ihn kannten, hinterlassen hat. Denn so, wie der Diplomat ein intuitives Gefühl dafür haben muß, was die öffentliche Meinung bedeutet und wie er sie in den Dienst seiner Sache stellen kann, so empfindet die Öffentlichkeit oft intuitiv die Größe und Bedeutung eines, den sie nicht kennt, nicht sieht, dessen Wirksamkeit sie aber empfindet. Als er starb, war die Empfindung eine allgemeine, daß hier ein Unvollendeter heimgegangen war, vor dessen Leben noch viele Aufgaben standen, von dem niemand in den wirren Zeiten, in denen wir leben, wissen konnte, wohin ihn der Weg geführt hätte, von dem aber jeder wußte, daß dieser Weg ihn immer auf der Höhe gefunden hätte.

Wenn ich vor Ihnen noch einmal die Gestalt unseres Freundes erstehen lasse, dann will ich nicht nach den Akten Ihnen erzählen, wann er geboren ist und wie seine Laufbahn verlief. Lassen Sie uns von dem Diplomaten, vor allem aber von dem Menschen Maltzan sprechen. Dabei möchte ich den Menschen voranstellen. Denn nach meiner Auffassung bedeutet Diplomatie Persönlichkeit und nichts anderes. Persönlichkeit kann man nur **sein,** man kann nicht erlernen, es zu werden. In der Persönlichkeit Maltzan lag ein eigener Typ, lag ein eigener Reiz. Es lag ein Teil von Bewunderung, ein Teil von Skeptizismus, ein kleiner Unterton von Ironie darin, wenn im Hause des Auswärtigen Amtes von „Ago“ gesprochen wurde. So, wie er selbst die kleinen Peitschenhiebe des Humors oder satter ironischer Betrachtungen an anderen übte, so vergalt man es ihm, wenn man glaubte, kleine Schwächen seines Wesens hervorheben zu sollen. Aber jeder war sich darüber klar, daß er es mit einem Menschen zu tun hatte, dem Diplomatie und Politik angeboren war. Wer bei einem großen Ereignis nicht fühlt, wie es die politischen Dinge neu gestaltet, wer nicht den Wunsch hat, in dieser Entwicklung entweder die Rosse des Schicksals voranzutreiben, oder einem Rad in die Speichen zu fallen, wenn er fürchtet, daß der Weg zum Abgrund führt, wer niemals den Rausch des Mitwirkens am großen weltpolitischen Geschehen gefühlt hat, der kann irgendeinen kleinen Posten ausfüllen als ein Verwalter der Akten, aber er ist nie Diplomat gewesen.

„Wer befehlen soll,

[4] Vgl. u. a. die Stellungnahme von US-Außenminister Kellogg, die in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927, wiedergegeben ist, sowie die Telegramme des Präsidenten Coolidge an Hindenburg und Kelloggs an das Auswärtige Amt (ebd., Nr. 453 [Abendausgabe] vom 24. September 1927).

Muß im Befehlen Seligkeit empfinden,
Ihm ist die Brust von hohem Willen voll,
Doch **was** er will, es darf's kein Mensch ergründen."

Wie hier Goethe[5] den Menschen geschildert hat, der Seligkeit empfindet, wenn er führend ist in Dingen, die seiner eigenen Stimmung und seinem eigenen Wesen entsprechen, so hat er empfunden, **wenn er** Dinge gestaltete, Dinge vorwärts trieb und Geschehnisse zur Tat werden ließ. So steht er vor uns in der Vollkraft seines Wesens. Er formte sich seine Gedanken, versuchte sie andern einzuprägen, er überredete, er suggerierte, er schmeichelte, er verwandte viele Tage und Nächte auf Geselligkeiten, um sie als Zweck und Mittel der Politik zu gebrauchen. Aber alles diente dem Ziel, das ihm vor Augen stand.

Ich habe ihn einst als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses[6] als Staatssekretär angesprochen, zu einer Zeit, in der er noch nicht Ministerialdirektor war. Mir war der Begriff Maltzan so vertraut mit Führung im Auswärtigen Amt, daß ich glaubte, daß dieser Mann mit an der Spitze stehen müßte.

So war er draußen im fernen Osten[7] der kühne Erfasser der Situation, der Verkünder neuer Ideen gewesen. So inaugurierte er im Amt das, was in dem Begriff Ostpolitik einen großen Bezirk unserer Wirksamkeit bedeutet. So führte er unter mir die Politik durch, die zum Abbruch des Ruhrwiderstandes[8] führte und jene Außenpolitik einleitete, die im heftigsten Kampf gegen die brausenden Wogen der öffentlichen Meinung durchgeführt werden mußte und nur so durchgeführt werden konnte.

Es war nicht sein Wunsch, nach Washington zu gehen[9]. Rom wäre ihm lieber gewesen, um in erreichbarer Nähe des alten Vaters[10] zu sein, um mit ihm schöne Sommertage in Helgoland zu genießen und als Sohn ihm zur Seite zu stehen im kommenden Greisenalter. Die Energie des alten Herrn machte ihm den Entschluß

---

[5] Gemeint ist Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Das vorherige Zitat entstammt seinem 1832 erstmals veröffentlichen „Faust. Der Tragödie zweiter Teil". Druck u. a. in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 146–364; das entsprechende Zitat: S. 310.

[6] Stresemann hatte 1920 bis 1923 den Vorsitz des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags inne. Die nachfolgend genannte Anrede konnte jedoch nicht ermittelt werden. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß sie vor der Ernennung Maltzans zum Ministerialdirektor (im Dezember 1921) erfolgt sein muß.

[7] Stresemann bezieht sich wohl auf Maltzans Wirken als Legationssekretär in Peking 1912–1917.

[8] Zum Abbruch des passiven Widerstands gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[9] Dazu konnte nichts ermittelt werden.

[10] Ulrich von Maltzan, Freiherr auf Großenluckow (1846–1931).

leichter, nach Washington zu gehen. In dem Vater lebte der alte Gedanke preußischer Pflichterfüllung, der nicht danach fragt, ob der Friede im Elternhause gewahrt ist, wenn es gilt, Frieden und Aufwärtsentwicklung im Staate zu sichern.

Es war seltsam, wie er zunächst Washington widerstrebte, zu kleiner diplomatischer Taktik seine Zuflucht nahm und mir sogar erklären wollte, daß er die englische Sprache nie in seinem Leben lernen würde. Bis er, nachdem der Entschluß gefaßt war, sich mit ganzer Energie auf diese Aufgabe stürzte.

Sein Wirken in Washington war geradezu vorbildlich für die Erfassung einer neuen Aufgabe. Die Tore der Botschaft öffneten sich dem Washingtoner Leben, und die Herzen von Amerika öffneten sich in Erinnerung an die alte traditionelle Freundschaft mit Deutschland.

Jede Hauptstadt hat ihre Eigenart für das politisch-diplomatische Leben. Er war der very good fellow der Amerikaner. So wollten sie den Deutschen, so voll Lebensenergie und Lebensbejahung, wie sie selber sind. Höflich und freundlich zugleich, sachlich unterrichtet, ohne das Detail für das Wesen der Dinge zu halten. Daneben die große Blickperspektive weltpolitischer Geschehnisse. Er haftete nicht am Boden, sein Weg führte ihn durch einen großen Teil des Gebietes der Vereinigten Staaten[11]. Dankbar und freudig begrüßten ihn dort die Bürger, die vielfach zum erstenmal einen Botschafter des Deutschen Reichs in Person erblickten und die alter Blutsverwandtschaft mit den Deutsch-Amerikanern sich erinnerten. Er wurde Ehrendoktor und Ehrenbürger[12]. Man führte ihm die Truppen der Vereinigten Staaten in Parade vor. Er hatte sich diese Reise nicht als Einzelzweck gedacht, sondern als Grundlage künftiger erweiterter Wirksamkeit. Freudig dachte er an diese weitere Arbeit. Jubelnde Lebensfreude war Ausdruck der letzten Stunde im Freundeskreise. Er gehörte wahrlich nicht zu denen, auf die das Wort von Otto Erich Hartleben[13] passen würde, daß sie „jubelnd nie den überschäumten Becher gehoben in der heil'gen Mitternacht".

---

[11] Vgl. etwa die Nachricht im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 126 (Morgenausgabe) vom 16. März 1927, über eine „Rundreise des Botschafters Maltzan", die ihn u. a. nach Florida führte, sowie die nachfolgende Anm.

[12] So berichtet etwa die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 209 (Abendausgabe) vom 4. Mai 1927, Maltzan sei „gelegentlich seiner Studienreise nach dem mittleren Westen von der Marquette-Universität in Milwaukee [...] die Würde eines Ehrendoktors der Rechte verliehen worden".

[13] Otto Erich Hartleben (1864–1905), deutscher Schriftsteller. – Das nachfolgende Zitat ist die erste Zeile (und deren Anfang der Titel) eines Gedichts von Hartleben; Druck u. a. in Otto Erich Hartleben: Meine Verse. Berlin 1905, S. 51–52.

Noch das letzte Telegramm des amerikanischen Botschafters Schurman[14] spricht von der Fröhlichkeit und Begeisterung für kommende weitere Tätigkeit in Washington. In seinem letzten Briefe an mich[15] schreibt er in der schalkhaften Art, die ihm eigen war, daß er gehorsamst bäte, bis zu seiner Altersgrenze in Washington verbleiben zu dürfen. Das braucht man nicht wörtlich zu nehmen. Aber es war doch der Ausdruck dessen, wie wohl er sich dort fühlte, mit welcher Liebe er den weiteren großen Aufgaben sich gewidmet hätte, die dort vor ihm standen.

Auch ihm gegenüber hat es nicht an Angriffen gefehlt. Als er die Vereinigten Staaten durchreiste, überhäufte man ihn dort mit Ehren, in der Heimat dagegen mit Vorwürfen. Auch er hatte Feinde, die ihn mit ihrem Haß verfolgten. Das braucht nicht zu verwundern. Jeder Mensch, der etwas von dem an sich hat, was man im guten Sinne einen „Kerl“ nennt, der hat sich derer zu erwehren, die ihm neiden, wenn er zur Höhe kommt, aus deren Auge der Reflex des Hasses deshalb strahlt, weil sie das nicht erreichten, was sie andere erreichen sehen. Dazu kam jene Philisterhaftigkeit, die den Deutschen auszeichnet, wenn er außenpolitische Dinge betrachtet. Im Reichstag habe ich einst ihm dafür gedankt[16], daß er im bestimmten Moment die Verantwortlichkeit übernahm und nicht durch Vor- und Anfragen sich zu decken versuchte gegenüber einer Situation, die er zu meistern hatte.

Dankbar hat er auch anerkannt, daß das Auswärtige Amt und sein Leiter sich vor ihn stellten, wenn törichte Menschen sich vereinigten, um wieder einmal über einen Vertreter Deutschlands herzufallen. Dieser Mut zur Verantwortlichkeit ist das Beste, was jemand mitbringen kann für alle Kämpfe und Rankünen, die es auszuhalten gilt, namentlich in unserem diplomatischen Leben. Letzten Endes belohnt auch das störrische Volk diejenigen am meisten, die es wagen, in gefahrvoller Stunde gegen den Strom zu schwimmen.

Von dem Menschen Maltzan habe ich vorher gesprochen. Die meisten von Ihnen kennen ihn länger und kennen ihn vielleicht näher als ich. Nach den Gründen seines

---

[14] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930. – Das betreffende Telegramm konnte nicht ermittelt werden. Vgl. jedoch seine Erklärung gegenüber der amerikanischen Presse in Berlin in BERLINER TAGEBLATT, Nr. 452 (Morgenausgabe) vom 24. September 1927.

[15] Der betreffende Brief konnte nicht ermittelt werden.

[16] Stresemann bezieht sich wohl darauf, daß Maltzan anläßlich des in den USA begangenen Waffenstillstandstages am 11. November 1926 an der Botschaft in Washington die deutsche Flagge gehißt hatte, dies die DNVP im Reichstag moniert und gefordert hatte, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Stresemann stellte sich in seiner Reichstagsrede vom 23. November 1926 (vgl. diese Edition) ausdrücklich vor Maltzan und dankte ihm dafür, daß er nach freiem Ermessen und ohne Rückfrage richtig gehandelt habe.

Persönlichkeitswertes, seiner Art zu forschen, hat man vielfach versucht in den Aufsätzen, die über ihn erschienen sind. Ich möchte dabei einen Gesichtspunkt besonders hervorheben. Mir scheint auch gerade in seinem Leben sich wieder bewährt zu haben jene aus dem Elternhause stammende glückliche Mischung adligen und bürgerlichen Blutes der Eltern[17], wie wir sie auch bei den Größten unserer Zeiten so vielfach finden. Das Bodenständige, verbunden mit dem Vorwärtsschreitenden, die Synthese der Vergangenheit und der Gegenwart wird immer das Glücklichste sein für ein Volk, das innerlich so zur Zerrissenheit neigt wie das deutsche. Extrem zu sein, ist außerordentlich billig. Nur Mecklenburger Gutsherr[18] oder nur Formaldiplomat bedingt nicht die Einsetzung des ganzen Menschen. Aber verstehen, was in Deutschland vor sich geht und dabei doch die große Welt kennen und sein eigenes Land aus der Entfernung von tausend Meilen im Kreis der Völker sehen, die Tradition nicht verachten, die im Familientag und im Korps[19] liegt, aber sich nicht einengen lassen, sondern herauswachsen über das Angestammte, das ist die Basis für eigenstes Wirken. Sich nur auf seine Ahnen beziehen, ist weiter nichts als ein höfischer Kult. Ein Geschlecht wird nur dann etwas bedeuten, wenn es innerhalb einer Entwicklung immer wieder jemanden gibt, der sozusagen wieder anfängt, der Erste einer neuen Generation zu sein. Das war ihm beschieden. Er stand am Anfang der großen Entwicklung seines Lebens.

Aus allem hat ihn das Ikarus-Geschick herausgerissen. Die verschiedensten Empfindungen kreuzten sich, als wir davon Kunde erhielten[20]. Das erste Empfinden war das des Aufbegehrens. Ist denn der Mensch eine kleine Mücke, die im Sonnenschein tanzt und deren Erdendasein durch einen Zufall verlöscht werden kann? Muß das, was so lebenskräftig ist, inmitten des Lebens durchbrochen werden? Wer will diese Frage beantworten? Wer will mit leichtem und seichtem Trost darüber hinweggehen, und wer will glauben, daß das Hadern dagegen uns weiter bringt? Wenn ich an einen lieben Bekannten aus dem Diplomatischen Korps in Berlin denke, den ich auf der Höhe des Lebens noch kannte und dann langsam hinsiechen sah bis zum qualvollen

[17] Der Vater (vgl. oben mit Anm. 10) aus mecklenburgischem Freiherrenadel war verheiratet gewesen mit Adelheid, geb. Bierbaum (1857–1924).

[18] Die Familie Maltzan war im mecklenburgischen Großenluckow begütert.

[19] Es konnte nicht sicher ermittelt werden, welches Korps Stresemann hier meint. Denkbar wäre auch, daß das Diplomatische Corps gemeint ist.

[20] Stresemann selbst muß die Nachricht noch am Todestag, dem 23. September 1927, in Genf erreicht haben, weil er an diesem Tag im Kreis der Völkerbunds-Delegation Maltzans gedachte (vgl. diese Edition).

Tode[21], dann scheint mir der jähe Tod des Moments beinahe schöner. Gewiß, es bleibt das Wort von der Erinnerung, die niemals schmerzlicher ist, als wenn sie schönerer Zeiten im Leid gedenkt. Aber es steht dem auch das Wort gegenüber eines längst vergessenen jungen Dichters Ludwig Jakobowski[22], der von den leuchtenden Tagen unseres Lebens spricht und von ihnen sagt:

„Nicht weinen, weil sie vorüber,
Lächeln, weil sie gewesen."

Wo so viel Licht das Leben umflutete, kann es auch versöhnend in die Einsamkeit derer dringen, die unter so tragischen Umständen des Gatten[23], des Vaters[24], des Sohnes und, wie wir, ihres Mitarbeiters und Freundes beraubt sind.

So lassen Sie uns Abschied nehmen von dem Mitglied des Auswärtigen Amtes, dem Botschafter Ago von Maltzan. Lassen Sie mich noch einmal, als wäre er unter uns, seinem Gedächtnis die letzten Worte weihen – ihm, dem „in klaren und trüben Tagen Lied und Mut schön und groß war"[25], ihm, dem wir ein dauerndes Andenken bewahren wollen in unserem Amt und – was mehr bedeutet – in unseren Herzen.

[21] Es konnte nicht ermittelt werden, wen Stresemann hier meint.

[22] Ludwig Jacobowski (1868–1900), deutscher Schriftsteller und Lyriker. Nachfolgend zitiert Stresemann aus dessen Gedicht „Leuchtende Tage"; Druck u. a. in Ludwig Jacobowski: Leuchtende Tage. Neue Gedichte. 3. Aufl. Berlin 1908, S. 1.

[23] Maltzan war seit 1914 mit Edith, geb. Gruson (1886–1976), verheiratet gewesen.

[24] Maltzan hatte eine Tochter Edith von Maltzan (1919–2009).

[25] Offenbar handelt es sich um ein Zitat. Dessen Herkunft konnte jedoch nicht ermittelt werden.

Rede auf dem Reichsjugendtag der DVP in Porta vom 9. Oktober 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 10. Oktober 1927. – Teildrucke (unterschiedlich ausführlich und teilweise mit Abweichungen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 10. Oktober 1927, S. 3; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 480 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 479 vom 10. Oktober 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 10. Oktober 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 753 (Morgenausgabe) vom 10. Oktober 1927, S. 2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 660 (Morgenausgabe) vom 10. Oktober 1927; WIENER ZEITUNG, Nr. 233 vom 11. Oktober 1927, S. 8–9.

Die Jugend der DVP muß sich zur Volksgemeinschaft bekennen. Die Jugenderziehung basiert auf vaterländischer Gesinnung, nicht aber auf Chauvinismus.

Die Jugend der Deutschen Volkspartei muß sich zu dem Gedanken der Volksgemeinschaft bekennen, der das Nationale als selbstverständlich ansieht und deshalb die Vertiefung des Gegensatzes zwischen den sich national nennenden Parteien und anderen Anschauungen zurückweist gegenüber dem Gedanken der Anerkennung jeder staatsbürgerlichen Arbeit, die sich bemüht, Volk und Staat vorwärtszubringen. Nicht in dem Gegensatz zwischen dem alten und dem neuen Deutschland, sondern in der Synthese zwischen beiden liegt die Voraussetzung für deutsches Vorwärtskommen. Aus Zusammenbruch und Nachkriegszeit heben sich zwei erfreuliche Gedanken empor: die **Stärkung des Reichsgedankens,** das Bestreben, im Reiche aufzugehen, und der starke Zusammenhang der **Kulturgemeinschaft mit dem Auslandsdeutschtum,** der sich nie betonter geltend gemacht hat als in der Zeit nach dem unglücklichen Kriege**.** So wie die Deutsche Volkspartei sich bekennt zur Sozialpolitik und zum sozialen Schutz des Schwächeren, so muß namentlich die Jugend

[1] Die TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 10. Oktober 1927, berichtet ausführlich über den 3. Reichsjugendtag der DVP, der am 8. und 9. Oktober 1927 an der Porta Westfalica und in Porta stattfand. Für Sonntag, den 9. Oktober, heißt es: „Am Sonntag vormittag fand am Kaiser-Wilhelm-Denkmal an der Porta Westfalica ein feierlicher Gottesdienst und hieran anschließend in Anwesenheit des Parteiführers, Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann, eine äußerst eindrucksvolle Kundgebung statt, die von etwa 1500 Jugendlichen der Deutschen Volkspartei aus allen Gauen Deutschlands besucht war. Am Nachmittag fand im Saale des Kaiserhofs in Porta die Hauptfeier statt, bei der auch Reichsminister Dr. Stresemann das Wort ergriff.“ – Es kann davon ausgegangen werden, daß es sich bei der Vorlage um einen Auszug handelt, wie auch die unten in Anm. 3 erwähnte Paraphrase belegt. – Das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 479 vom 10. Oktober 1927, das den Inhalt der Rede nicht wiedergibt, weiß zu ergänzen, daß bei der Rede Stresemanns „in der Mitte des Saals eine große schwarzrotgoldene Fahne herab[hing]“. Dagegen hebt die BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 480 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, hervor, daß auf dem Jugendtag als „Zugeständnis an die Gegenwart“ eine schwarz-rot-goldene Flagge gezeigt worden sei.

sich zu dem ethischen Recht der Gleichberechtigung jedes Vorwärtsstrebenden bekennen und jeden Gedanken an Bildungshochmut und Aufkommen neuer Klassengegensätze bewußt zurückweisen. Das ist nicht gleichbedeutend mit Nivellierung, denn im Sinne unserer liberalen Anschauung sollen wir den Weg freilassen zur Emporentwicklung des einzelnen und zur Anerkennung höherer Leistungen. Erfreulicherweise tritt der Gegensatz der Konfessionen immer mehr zurück gegenüber dem deutschen Gedanken. Unser Ideal ist nicht die Erziehung nach Konfessionen, sondern das Miteinanderleben und das Miteinanderaufwachsen aller deutschen Menschen, unbeschadet der durch Tradition und Geschichte herbeigeführten Glaubenstrennung[2]. Unsere deutsche Jugenderziehung ist nur möglich **auf vaterländischer Grundlage,** darf aber nicht aufgehen in Abtrennung gegen andere und in Chauvinismus, sondern muß einmünden in die große Völkerentwicklung. Wir erstreben Frieden und Verständigung unter den Völkern, verlangen aber die praktische Durchführung unserer **Gleichberechtigung** unter den großen Völkern der Gegenwart. Wir bekennen uns bewußt zur **Arbeit am Staat und im Staat,** unbeschadet der Verbesserungsbedürftigkeit seiner Einrichtungen und unbeschadet unserer Stellung zu den **Symbolen der Vergangenheit,** deren Aufgeben wir beklagen, und deren Inehrenhalten wir uns **von niemandem verbieten** lassen werden.[3]

[2] Dies dürfte eine Anspielung Stresemanns auf das in der Beratung befindliche Reichsschulgesetz sein, bei der das Zentrum mit dem Ziel der Erweiterung der Möglichkeiten zu Konfessionsschulen und die DVP mit ihrer eher ablehnenden Haltung im Hinblick auf dieses Ziel sich gegenüberstanden; vgl. dazu (in dieser Edition) auch seine und Curtius' Erklärung in der Ministerbesprechung vom 13. Juli 1927.

[3] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 474 vom 10. Oktober 1927, S. 3, fährt, offenbar im Anschluß an diese Stelle, mit einer Mischung aus in direkter und indirekter Rede wiedergegebenen Passage fort: „Eine an Geist und Kör[p]er gesunde Jugend, die über Parteigegensätze hinweg im Staate arbeitet und zur Zukunft aufblickt, wird durch tätige Arbeit diese Zukunft am ehesten sichern. Weiter ging Stresemann auch auf einige Erscheinungen der heutigen Zeit ein. Bei dem Singen des Deutschlandliedes werde manchmal der dritte Vers weggelassen unter Anfügung des hinzugedichteten vierten. Gerade der dritte Vers, der Einigkeit und Recht und Freiheit besingt, dürfe nicht verschwinden. Er habe in unseren Tagen, wo wir so sehr der Einigkeit bedürften, erhöhte Bedeutung. In seinen weiteren Ausführungen wandte sich der Redner gegen Uebertreibungen im Sport. Der Sport sei gut für Körperbildung und Körpererstarkung, aber er dürfte nicht in Uebertreibung ausarten." – In TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 474 (Abendausgabe) vom 10. Oktober 1927, heißt es zum Ende der Berichterstattung: „Nach der begeistert aufgenommenen Rede des Reichsministers Dr. Stresemann wurde von der Versammlung stehend die dritte Strophe des Deutschlandliedes gesungen. Hiernach sprachen je ein Vertreter der Sudetendeutschen, der Deutsch-Oesterreicher und der Saardeutschen." Abschließend wird ein Grußtelegramm an Hindenburg zitiert.

Rede auf dem Empfangsabend der Deutschen Arbeitgebervereinigung in Berlin vom 10. Oktober 1927[1]

Nach PA AA, NL. STRESEMANN, Bd. 284, S. 42–50. Handschriftlich revidierte maschinenschriftliche Pressemitteilung[2]. – Teildrucke in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 756 (2. Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2; WIENER ZEITUNG, Nr. 234 vom 12. Oktober 1927, S. 7; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22654 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 3; STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 221–223 (dort ohne genaue Datierung).

Die Unterbringung des Internationalen Arbeitsamtes in Genf im Vergleich zum Völkerbund. Deutschlands Beziehungen zum Internationalen Arbeitsamt und dessen wichtige Arbeit in einer durch den Krieg erschütterten Weltwirtschaft. Sozialer Frieden ist die Basis für deren Gesundung. Deutschland will dazu beitragen.

Verehrter Herr Präsident[3], meine Herren! Sie haben, Herr Präsident, die Güte gehabt, die Vertreter der deutschen Reichsregierung[4] am heutigen Abend zu begrüßen. Sie haben insbesondere die Liebenswürdigkeit gehabt, in Ihrer Ansprache auch auf die Verbindungen hinzuweisen, in der die Fragen, die das Internationale Arbeitsamt[5]

---

[1] Nach einer Überschrift in der Vorlage hielt Stresemann die Rede „im Esplanade“, also wohl im Grand Hotel Esplanade am Potsdamer Platz. Laut der Berichterstattung in der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2, gab die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „[z]u Ehren des in Berlin tagenden Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes [...] einen Empfang.“ Neben Stresemann nahmen aus dem Reichskabinett noch die Minister Curtius und Brauns teil.

[2] Die archivalische Vorlage gibt keine unmittelbare Auskunft über ihre Entstehung und ihren Verwertungszusammenhang. Die Überschrift auf jedem einzelnen Blatt „Nachrichtenbüro des Vereins Deutscher Zeitungsverleger“ (eine von WTB und dem Verein deutscher Zeitungsverleger gemeinsam betriebene Nachrichtenagentur) läßt jedoch vermuten, daß es sich um eine in Maschinenschrift überführte Mitschrift der Rede Stresemanns (oder dessen Manuskript) handeln könnte, die zur Korrektur und Genehmigung dem Außenminister zugesandt wurde, ehe sie der Presse zur Verfügung gestellt werden sollte. Einige wenige handschriftliche Korrekturen von verschiedenen unbekannten Händen, die von der Nachrichtenagentur oder auf der Seite Stresemanns angebracht wurden und keine inhaltlich wesentlichen Punkte betreffen (auf ihre Kennzeichnung wird daher hier verzichtet), können diese Vermutung bestätigen.

[3] Ernst von Borsig (1869–1933), deutscher Industrieller; Präsident der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 1924–1931. – Borsig hatte den Empfang mit einer Ansprache eröffnet, die in ihren wesentlichen Teilen u. a. in der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2, abgedruckt ist.

[4] Vgl. oben Anm. 1.

[5] Das Internationale Arbeitsamt fungierte als Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation, die durch Teil XIII des Versailler Vertrags ins Leben gerufen worden war und „einen Bestandteil der

betreffen, mit der Aussenpolitik stehen. Gestatten Sie mir, dafür meinen aufrichtigen Dank auszusprechen und daran anschließend über die Beziehungen, die zwischen der Außenpolitik und zwischen den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamts bestehen, einige Worte zu Ihnen zu sprechen.

Ich bin ja hier ressortmäßig nicht zuständig (Heiterkeit.) Ich bin hier nur als Gast, und ich kann die Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes nur verfolgen aus der Distanz; aber ich verfolge sie doch mit dem Interesse, das der Politiker der Entwicklung der Verhältnisse und namentlich auch dieser Dinge auf der ganzen Welt entgegenbringt. Seien Sie unbesorgt, Herr Thomas[6], ich überschätze mich nicht! Ich denke nicht daran, etwa den Völkerbund zu vergleichen mit dem Internationalen Arbeitsamt (Heiterkeit). Ich habe die Ehre gehabt, Ihr Gast zu sein in Genf[7]; ich habe die Stätte Ihres Wirkens gesehen. Was ist der unhygienische Saal des kleinen Hotels, in dem wir tagen[8], gegenüber dem großen Gebäude[9], in dem das Internationale Arbeitsamt tagt. (Erneute Heiterkeit.) Man raunt, daß der Völkerbund ebenfalls den Ehrgeiz habe, ein eigenes Gebäude zu bauen. Ich nehme dieses Gerücht aber für nicht allzu wahr. Es haben die Architekten vieler Nationen für Entwürfe zu einem solchen Gebäude Preise erhalten[10]; und wenn ein Außenminister noch so übermächtig ist, – sich gegen den Architekten des eigenen Landes zu wenden, das wagt keiner (Heiterkeit). Wenn jeder Einzelne für seinen Entwurf einzutreten hat, fürchte ich, daß kein Entwurf je zustande kommt. (Erneute Heiterkeit.)

So stehen Sie konsolidiert in einem glänzenden Gebäude uns gegenüber, die wir noch Werdende sind und erst versuchen, uns nach außen hin zu konsolidieren. Also

---

Bundeseinrichtungen [des Völkerbundes]“ bildete (Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 207–220; Zitat: S. 209). – Zum Programm seiner Berliner Tagung vgl. u. a. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 473 (Abendausgabe) vom 6. Oktober 1927, und Nr. 478 vom 9. Oktober 1927.

[6] Albert Thomas (1878–1932), französischer sozialistischer Politiker; Generaldirektor der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) 1919–1932.

[7] Stresemann hatte am 15. September 1926 das kurz zuvor eingeweihte neue Gebäude des Internationalen Arbeitsamtes in Genf besucht. Zu seiner Rede anläßlich des Besuchs vgl. diese Edition.

[8] Offenbar meint Stresemann die Sitzungen des Völkerbundsrates, der nach den Erinnerungen von STERN-RUBARTH, S. 165, des Chefredakteurs der offiziösen Nachrichtenagentur „Wolffs Telegraphisches Bureau“, „solange der große und neue Palast noch nicht fertig war, in dem ehemaligen Wintergarten eines Hotels am Nordufer des Genfer Sees [tagte]. Dieser Glaspavillon war zu klein, um außer dem Hufeisentisch für die 15 oder 20 beteiligten Delegationsführer, den dahinter postierten Beratern und Sekretären und den etwas tiefer sitzenden zugelassenen Vertretern der Weltpresse auch noch Raum für Besucher zu schaffen.“

[9] Am 6. Juni 1926 hatte die Einweihung des für das Arbeitsamt neuerrichteten Gebäudes in Genf (im heutigen Centre William-Rappard) stattgefunden (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 265 [Abendausgabe] vom 7. Juni 1926; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 259 [Abendausgabe] vom 7. Juni 1926).

[10] Ein ausführlicher Bericht über den Sachstand des Neubau-Wettbewerbs (unter Beteiligung von 377 Architekten) findet sich ebd., Nr. 421 (Morgenausgabe) vom 21. September 1927.

nur als Gast, als Bewunderer, gestatten Sie mir, zu der Arbeit, die Sie leisten Stellung zu nehmen.

Es hat Herr Dr. Brauns[11] darauf hingewiesen, dass wir in der Tat die volle Selbständigkeit des Internationalen Arbeitsamts gegenüber dem Völkerbund haben. Wir sind länger Mitglieder des Internationalen Arbeitsamts als wir Mitglieder des Völkerbundes sind[12]. Alle die Kämpfe, die dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund vorangingen, sind der Zusammenarbeit auf diesem Gebiete erspart geblieben, und ich glaube das ist gut so. Schließlich ist doch für jedes Land die Konsolidierung der inneren Verhältnisse die Basis für jede vernünftige Außenpolitik (Zustimmung). Wenn nicht Friede im Innern ist, können Sie nicht für den Frieden nach außen wirken. (Erneute lebhafte Zustimmung.)

Und seien wir uns über eines klar: Es heißt die große Erschütterung des Weltkrieges unter den Völkern mit zu geringem Maße messen und den Blick nicht genug erweitern, wenn man ihn nur ansieht unter dem Gesichtspunkt militärischer Strategie oder auch der Veränderung der Landkarte; diese Jahre haben eine Erschütterung gebracht in sozialer und geistiger Beziehung, die noch längst nicht am Ende ihrer Auswirkungen angelangt ist. Ich brauche Sie nur darauf hinzuweisen, daß große und mächtige Länder, die auch einmal wieder zu ihrer alten Bedeutung aufsteigen werden, inbezug [!] auf die ganze Auffassung der wirtschaftlichen Verhältnisse in einem fundamentalen Gegensatz stehen zur Wirtschaftsauffassung anderer Staaten und daß das, was sie als Ideal ansehen, in einer mächtigen Agitation hinausgetragen wird in andere Länder und Völker, um sie zum Nachdenken und zu Kämpfen anzuregen. Sie haben gesehen, daß feste Begriffe, die unerschütterlich dastanden in den Völkern, nach jahrhundertelanger Entwicklung zusammenbrachen. Ich nenne nur eine Zeit, die mit der heutigen Zeit vergleichbar erscheint, die Zeit von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongress, also ein Vierteljahrhundert. Damals kam die Revolution der Geister als das Primäre und Kämpfe ohne Ende als das Sekundäre bis zur Konsolidierung der großen Politik in Europa. Diesmal haben Sie die großen Kämpfe im Anfang gesehen und die große soziale Erschütterung als das zweite.

[11] Heinrich Brauns (1868–1939), Reichsarbeitsminister 1920 – 29. Juni 1928; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1933 (für das Zentrum). – Er hatte nach Borsig (vgl. oben Anm. 3) gesprochen; zum Inhalt seiner Ansprache vgl. u. a. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2.

[12] Deutschland konnte – trotz Nichtmitgliedschaft im Völkerbund bis zum September 1926 – bereits seit 1919 im Internationalen Arbeitsamt und bei Konferenzen der Internationalen Arbeitsorganisation mitarbeiten.

Wann und wo diese Entwicklung endet, wohin sie uns noch führt, niemand weiß es und vermessen wäre der, der glaubte, sie sei abgeschlossen und wir befänden uns schon auf festem Grunde. Nichts wäre falscher als zu schlafen und zu träumen oder zu glauben, daß die Dinge irgendwie nicht aller unserer Anstrengungen bedürften, um zu einer friedlichen Entwicklung geführt zu werden. Was hier auf sozialem, geistigem und staatspolitischem Gebiet vor sich gegangen ist, haben wir noch weit mehr gesehen auf dem Gebiete der Wirtschaft. Was ist denn dieses Rufen nach der Weltwirtschaftskonferenz[13] anders gewesen als das Sehnen, die sozialen Zustände wieder in Ordnung zu bringen, die in einer Weise revolutioniert worden sind, wie es die Oekonomie der Völker noch niemals gesehen hat, wie Goethe[14] am Schluß von „Hermann und Dorothea“ von der Zeit sagt, die ich schon vorher zum Vergleich anführte:

> Grundgesetze lösen sich auf der festesten Staaten
> Und es löst der Besitz sich los vom Besitzer,
> Freund sich los vom Freunde,
> So löst sich Liebe von Liebe.

In der Prosa des Lebens haben Sie gesehen, was hier poetisch gesagt ist. Sie haben ganze Gesellschaftsschichten gesehen, die proletarisiert worden sind, eine vollständig neue soziale Gliederung, eine ganz andere Einflußnahme einzelner Schichten als vordem. Sie haben gesehen, daß das, was früher wichtiger war als alle Gesetze, die ungeschriebenen Gesetze des Weltverkehrs, die feste Währung der Staaten, in einer Weise ins Wanken kam, daß überhaupt eine völlig neue Einstellung auf allen Gebieten notwendig wurde.

Ich glaube, man wird mich nicht missverstehen, wenn ich hier von dieser Stelle aus sage: Ich sehe keinen glücklichen Sieger in dieser Entwicklung, ich sehe nur eine Erschütterung in allen Erdteilen, sehe überall, dass das feste, solide, konsolidierte in einer Weise ins Wanken gebracht worden ist, dass es nur mit grösster Anstrengung wieder in Ordnung zu bringen sein wird. Wenn jetzt eine Art europäischer Gesamtwirtschaft sich auswirkt, wenn jetzt Finanzpolitiker und Währungspolitiker verschiedener Staaten sich bemühen, die Währung anderer Staaten wieder mit zu stabi-

---

[13] Die Weltwirtschaftskonferenz hatte nach längerem Vorlauf vom 4. bis zum 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

[14] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Nachfolgend zitiert Stresemann aus Goethes 1796/97 verfaßtem Epos „Hermann und Dorothea“ (Druck in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 2. 15. Aufl. München 1994, S. 437–514; das Zitat: S. 512–513).

lisieren, so ist das ein Beweis dafür, dass diese Erschütterung eines Volkes allen Völkern als etwas erscheint, was der gesamten Wirtschaft zum Verderben gereicht. (Zustimmung.) Es sind deshalb diese Bestrebungen auf wirtschaftlichem Gebiet wieder aufs engste mit dem sozialen Gebiet und dem allgemein politischen Gebiet verbunden. Ich begrüsse die Arbeit des Internationalen Arbeitsamts und das Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in ihm deshalb so sehr, weil beide, ob sie wollen oder nicht, doch an das wirtschaftliche Ergehen so angekettet sind, dass sie nur gemeinsam in die Höhe kommen oder gemeinsam herabsinken, wenn sie nicht verstehen, zusammen zu kommen. Eine gesunde Wirtschaft nur kann und muss die Basis für das Höherkommen eines Einzelnen sein. Sinkt diese Wirtschaft herab, dann wird schon durch das Wachsen des Angebots auch jeder Einzelne mit heruntergezogen. So führen von der Weltwirtschaftskonferenz starke Fäden zu jener Stätte des Internationalen Arbeitsamtes.

Nun lassen Sie mich über die Stellung Deutschlands zu diesen Problemen einige wenige Tatsachen anführen, denn die einfachen nackten Tatsachen bedeuten mehr als irgend ein Lippenbekenntnis zum sozialen Frieden. Wer braucht den sozialen Frieden mehr als wir, die wir ein Industrie-Exportland sind! Glücklicher sind in dieser Beziehung die Länder, die hauptsächlich sich stützen auf Bauernschaft und Agrarwirtschaft. Wer so industrialisiert ist wie Deutschland, dieses Land der Gross-Städte, der muss den sozialen Frieden haben, weil ein solches Land zugrunde geht, wenn es ihm nicht gelingt, die Synthese zwischen dem Werktätigen und dem Leiter zu finden, zwischen dem technischen Fortschritt mit [!][15] der einen und den sozialpolitischen Erfordernissen auf der anderen Seite. Unser eigenes Interesse zwingt uns zu dem sozialen Gedanken und ich glaube, er ist im alten Deutschland tragend aufgebaut und im neuen Deutschland wirksam ausgebaut worden.

Auf dem Gebiete der Entwicklung der Weltwirtschaft wird unser Interesse an einer Freiheit der Bewegung immer das grösste sein, weil wir traditionell Exportindustriestaat sind, weil wir es bleiben müssten, selbst wenn wir es nicht wollten, schon allein der finanziellen Nachwirkung des Krieges halber. Deshalb ist unser Interesse an Ihrer Arbeit so gross, Herr Thomas, aber wir verlangen diese Arbeit gemeinsam für alle Nationen, fair play für alle. Wir können soziale Fortschritte tragen, wenn alle sie mit tragen und alle sich zu demselben verpflichten in Ehrlichkeit und Loyalität. (Lebhafte

[15] An dieser Stelle befindet sich in der Vorlage eine handschriftliche Korrektur, die offenbar zu dem Fehler geführt hat. Der ursprüngliche Text ist nicht mehr erkennbar.

Zustimmung.) Es ist kein Zufall, dass wir in Zeiten stärkster Anspannung des Gemüts, stärkster psychologischer Hemmungen mit Ihnen im Internationalen Arbeitsamt zusammengearbeitet haben und, wie ich aus den Ausführungen meines sehr verehrten Nachbarn zur Rechten[16] zu meiner Freude hörte, erfolgreich zusammengearbeitet haben.

Gestatten Sie mir, sehr verehrter Herr Fontaine[17], hier ein Wort zu sagen nicht wegen der Differenzierung zwischen den Staatsmännern und den reinen Vertretern des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsamts. Wenn alle Staatsmänner so gut und nü[an]ciert sprechen könnten, wie Sie das eben getan haben, so würde manche Verständigung leichter zu erreichen sein. (Heiterkeit.) Gerade, weil ich alle Nuancen Ihrer Rede glaube verstanden zu haben, habe ich eine besonders empfunden. Sie sprachen von dem Herrn Vogel[18], der immer zur Verständigung und Versöhnung bereit ist. Das ist aber, Herr Fontaine, kein seltsamer Vogel, den wir Ihnen nach Genf gesandt haben. Herr Vogel ist in dieser Beziehung nur der Typ des Deutschen (Zustimmung). Wollen Sie doch bitte in Ihrem Volke und in allen Völkern nicht glauben, dass der Wille zur Verständigung und Versöhnung eine Ausnahme sei bei den Deutschen, sondern wollen Sie überzeugt sein, dass das der Grundzug unseres Wesens ist. Wehren wir uns doch gemeinsam gegen diejenigen, die Ausnahmen, die es bei allen Nationen gibt, zum Typ stempeln wollen, weil sie auf diesen Ausnahmen immer aufbauen wollen einen Gesamttyp des Volkes, den es in Wirklichkeit nicht gibt (Lebhafter Beifall).

Damit lassen Sie mich in wenigen Schlusssätzen noch einmal auf die Zusammenhänge kommen, die hier bestehen zwischen Weltwirtschaft, internationaler Sozialpolitik und dem, was man die grosse Politik der Länder nennt. Wie Sie als Internationales Arbeitsamt den sozialen Frieden konsolidieren wollen, auf dem schließlich jene Gemütsverfassung der Völker beruht, die sie befähigt, mit anderen Völkern denselben Weg zu gehen, so ist die Resultante aus Weltwirtschaft und sozialer Verständigung jene Verständigungs- und Friedenspolitik, bei der Sie den Anteil der deutschen auswärtigen Politik, Herr Fontaine, mit so freundlichen Worten anerkannt haben, für

[16] Gemeint ist offenbar der nachfolgend angesprochene Fontaine. Zu seiner Ansprache vor derjenigen Stresemanns vgl. u. a. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2.

[17] Arthur Fontaine (1860–1931), französischer Politiker; Präsident des Verwaltungsrates der Internationalen Arbeitsorganisation 1919–1931.

[18] Hans Hermann Vogel (1867–1941), deutscher Unternehmer; Mitglied im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes.

die ich Ihnen aufrichtig danke. Aber ich bitte Sie, doch auch hier nicht abzustellen auf einen Einzelnen, auf irgendein Ressort, sondern dessen gewiss zu sein, – es liegt mir daran, das auszusprechen – dass alle Kräfte des Verstandes und des Gemütes der ganz überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes in dieser Politik des Friedens und der Verständigung den Grundzug jeder deutschen Aussenpolitik sehen (Beifall). Lassen Sie mich dabei ganz offen auch aussprechen, was mich betrübt hat, in den den letzten Tagen in dem zu sehen, was man den Widerhall der öffentlichen Meinung in den verschiedenen Ländern nennt. Wir haben vor mehr als acht Tagen jene Tage in Berlin erlebt, in denen das deutsche Volk in überschäumender Herzlichkeit, aus dem Grunde seines Herzens heraus seinem Reichspräsidenten[19] huldigte. (Beifall.) Wie falsch ist das im Ausland vielfach aufgefasst worden! Verstehen Sie nicht das Eine, was wir in diesem Mann sehen? Gerade diese Art, wie ein Mensch, der das biblische Alter längst überschritten hat, der ganz aufgezogen ist in Traditionen einer anderen Zeit, sich der neuen werdenden und kommenden Zeit zur Verfügung stellt aus Pflichterfüllung (stürmischer Beifall), das ist das, was wir an ihm lieben, das ist das, was wir an ihm schätzen (Stürmischer Beifall). Wer so zum Ausgleich seiner Seele gekommen ist, wer so den Frieden in sich gefunden hat zwischen widerstreitenden Interessen, der ist dazu in der Lage, das Volk zu einigen und zum Frieden zu bringen und erst dieser Friede untereinander ist die Voraussetzung für den Frieden nach aussen. Es war Hindenburg, der das Wort gesprochen hat, das an seinem achtzigsten Geburtstag am Kopfe einer grossen Zeitung stand[20]: „Wer den Krieg kennt wie ich, der wünscht den Frieden!“ (Beifall.) Das ist der Mann, dem wir gehuldigt haben, dem wir folgen. (Beifall.) Tragen Sie das hinaus in die Welt und tragen Sie es jenen entgegen, die in jeder verständigen Herzensneigung fortwährend Ideen sehen wollen, von denen wir nichts wissen, mit denen wir nichts zu tun haben wollen (Stürmischer Beifall).

Lassen Sie mich das Eine wünschen: Dass die gemeinsame Arbeit der Nationen, das was sie einigt in ihrem Sehnen, nachdem sie die Gefahren erkannt haben, die die Trennung mit sich bringt, in der Weltwirtschaft zu einer Verständigung führt, die jedem Luft und Licht lässt, alle unter gleicher Sonne und gleichem Schatten kämpfen lässt. Dass wir in allen einzelnen Ländern durch die Bemühungen Ihres Arbeitsam-

[19] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Zu den Feierlichkeiten anläßlich seines 80. Geburtstages am 2. Oktober 1927 vgl. die ausführliche Berichterstattung in den Tageszeitungen, beispielsweise in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 461 u. 462 vom 2. u. 3. Oktober 1927.

[20] Die betreffende Zeitung mit dieser Überschrift konnte nicht ermittelt werden.

tes, an dessen Spitze so hervorragende Persönlichen stehen, zum sozialen Frieden gelangen und dass der gesunde wirtschaftliche faire Wettkampf, der soziale Friede im Innern das uns bringen möge, was wir alle erstreben, Verständigung und Frieden der Völker in der Welt, das ist mein heisser Wunsch. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)[21]

[21] Zu den weiteren Reden der Veranstaltung vgl. u. a. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 475 (Morgenausgabe) vom 11. Oktober 1927, S. 2.

Rede auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der DVP in Liegnitz vom 22. Oktober 1927[1]

Nach LIEGNITZER TAGEBLATT, Nr. 250 vom 25. Oktober 1927. – Teildruck (mit Abweichungen in DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 1–4. – Teildrucke (in unterschiedlicher Ausführlichkeit) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 497 vom 23. Oktober 1927, S. 2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 497 vom 23. Oktober 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 502 vom 23. Oktober 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 688 (Morgenausgabe) vom 23. Oktober 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 497 vom 23. Oktober 1927.

Entwickelt ein Gesamtbild der deutschen Wirtschaftslage. Auslandskredite sind nur für produktive Ausgaben akzeptabel. Verwaltungsreform, neue Besoldungsordnung und das Liquidationsschädengesetz sind notwendig. Die Besoldungserhöhung darf keine Preiserhöhungen nach sich ziehen. Die Kosten für das neue Schulgesetz müssen die Betroffenen zahlen. Die Bedeutung der Handelsvertragsverhandlungen. Die Frage der Ostgrenze. Thoiry hat erwartungsgemäß nicht so schnell große Fortschritte gebracht, aber Deutschland kann nur im Frieden vorwärtskommen. Die Bedeutung Hindenburgs und der jüngsten Feierlichkeiten.

Meine Damen und Herren!

Unser heutiger Abend ist der Tagung der schlesischen Wahlkreise der Deutschen Volkspartei gewidmet, und ich darf annehmen, daß sie die Einbeziehung der öffentlichen Probleme in die Volkswirtschaft und in die deutsche Gesamtpolitik in den Mittelpunkt dieser Tagung stellt. Ihr Herr Vorsitzender[2] hat mich in erster Linie als Vor-

[1] Die Vorlage erläutert einleitend: „Am Sonnabend abend veranstaltete der dritte schlesische Landesparteitag der Deutschen Volkspartei im großen, festlich geschmückten Saale des Wintergartens eine große Kundgebung, zu der Reichsaußenminister Dr. Stresemann erschienen war, um ein Referat über die gesamte politische Lage zu halten [...] Am Abend wälzte sich ein ungeheurer Menschenstrom in die Carthause hinaus, um den Führer der deutschen Reichsaußenpolitik zu hören. Die Räumlichkeiten des Wintergartens reichten nicht im entferntesten aus, um allen jenen Massen Raum zu bieten. Gegen ½ 10 erschien Reichsaußenminister Dr. Stresemann im Saal, von dem starken Beifall der großen Menge begrüßt.“ Nach einer Zusammenfassung des folgenden Musikprogramms und der Begrüßung gibt die Vorlage die Rede Stresemanns wieder. – Aus AKTEN DER DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, B 7, S. 183–184, geht hervor, daß die Agenturmeldung der WTB über den Text der Rede offenbar um die auf Frankreich bezügliche Passage gekürzt war. Demgegenüber scheint die Vorlage, abgesehen von einer einleitenden paraphrasierenden Passage („Der Reichsaußenminister sprach seinen Dank für die freundliche Begrüßung aus und gedachte in humorvoller Art seiner letzten in Liegnitz gehaltenen Rede.“), den Text in direkter Rede am vollständigsten wiederzugeben.

[2] Gemeint ist wohl Heinrich Schwalm, Vorsitzender der Ortsgruppe Liegnitz der DVP. – Seine Begrüßung Stresemanns wird in der Vorlage unmittelbar vor dessen Rede paraphrasiert wiedergegeben.

sitzender[3] begrüßt. Aber gestatten Sie mir, daß ich heute nicht nur die außenpolitischen Probleme berühre, sondern daß ich versuche, ein **Bild der Gesamtlage** zu geben. Dabei möchte ich beginnen mit der wirtschaftlichen Lage.

Es ist kein Zweifel, daß ein gewisser Grund zur Beunruhigung und Besorgnis vorliegt.

Dabei denke ich nicht an das **törichte Gerede,** auch nicht an die Gefährdung internationaler Verpflichtungen, die absolut nicht zur Debatte stehen. Vom Standpunkt der aktuellen Situation stelle ich fest, daß wir große positive Ergebnisse zu verbuchen haben. Wir haben einen **Rückgang der Arbeitslosigkeit**[4] und damit eine starke finanzielle Entlastung des Reiches. Wir haben bis zur Stunde eine gute Beschäftigung der Industrie. Wir haben allerdings demgegenüber Schwierigkeiten in der landwirtschaftlichen Produktion und eine ungeklärte Lage der Landwirtschaft. Aber wir dürfen die gegenwärtige unzweifelhaft **gute Konjunktur nicht überschätzen,** wenn wir die Grundlagen unseres ganzen Wirtschaftslebens näher betrachten. Sie wissen, daß unsere Wirtschaft aufgebaut ist auf ausländischen Krediten. Sie haben davon gehört, daß starke Auseinandersetzungen stattgefunden haben über die Frage, inwieweit ein Ausbau dieser ausländischen Kredite wünschenswert oder gefährlich für unsere Wirtschaft sei. Das Reichskabinett[5] hat in voller Uebereinstimmung mit dem Herrn Reichsbankpräsidenten[6] sich auf den Standpunkt gestellt, daß für die deutsche Wirtschaft die Aufnahme neuer **Auslandskredite erforderlich** sei, und hat weiter durch den Herrn Reichswirtschaftsminister[7] zum Ausdruck gebracht, daß die Wirtschaft neuer ausländischer Kredite bedarf. Wir brauchen diese Kredite wegen des Kapitalmangels, den der verlorene Krieg herbeigeführt hat. Wir brauchen sie **für unsere Produktivität** und innere Ausdehnung. Diese Kredite sind jedoch nur gerechtfertigt, wenn sie für produktiv schaffende Arbeit bestimmt sind. Sie sind gefährlich und abzulehnen, wenn das nicht hundertprozentig der Fall ist. Man muß an den Tag

---

[3] Gemeint ist: als Vorsitzender der DVP.

[4] Laut BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 514 (Morgenausgabe) vom 30. Oktober 1927, war im Zeitraum vom 1. bis 15. Oktober 1927 die Arbeitslosenzahl erneut um 7,5% gesunken.

[5] Zuletzt war im Reichskabinett am 7. Oktober 1927 in Reaktion auf ein Schreiben Schachts an den Reichskanzler vom 15. August 1927 über die Gefahren der zunehmenden Auslandsverschuldung (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 893–897) über dieses Thema ausführlich beraten worden (vgl. ebd., S. 973–982; der dazu über WTB veröffentlichte Beschluß in SCHULTHESS 68 [1927], S. 164–165).

[6] Hjalmar Schacht (1877–1970), Reichswährungskommissar 12. November 1923 – 19. Oktober 1924; Reichsbankpräsident 22. Dezember 1923 – 1930 u. 1933–1939; zugleich Reichswirtschaftsminister 1934–1937; Reichsminister ohne Portefeuille 1937–1943.

[7] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP).

denken, an dem die Verzinsung und Amortisation erfolgt. Nur der ist in der Lage, produktiv zu arbeiten und seine Produktivität zu steigern, wenn er die Konsequenzen übersieht, wenn er Verzinsung und Amortisation leisten kann. Wir haben zu bedenken, daß wir heute **noch einen geringen Spartrieb** haben. Unsere Gegner übersehen, wenn sie von der deutschen Finanzlage sprechen und behaupten, daß das Leben in Deutschland wieder pulsiert, daß das deutsche Vermögen nicht mehr da ist, nämlich das Vermögen der mittleren Schichten, das früher den Ausgleich geboten hat zwischen Großkapital und Besitzlosigkeit. Der heutige Zwang, hinauszugehen in das Ausland, sollte denen, die über diese Dinge zu entscheiden haben, zeigen, wie stark der **Vermögensverfall in Deutschland** nach dem Kriege ist, und sollte sie vor Ueberschätzungen warnen, die in der Lebensvitalität des deutschen Volkes zum Ausdruck kommt. Es geht nicht, daß nach einem verlorenen Krieg große Ausgaben für nicht produktive Zwecke gemacht werden. Das alte römische Wort, daß der Staat sorgen wolle für panem et circenses (Brot und Spiele)[8], heute würden wir sagen Brot und Sport, kann für uns keine Berechtigung haben.

Wir dürfen nicht, um uns populär zu machen[9], gegenüber dem Ausland den Eindruck eines reichen Volks erwecken, das wir nicht sind.

Sie können nicht von der Außenpolitik verlangen, daß sie, was ihre Aufgabe ist, auf eine Revision der starken und übermäßigen Lasten hinwirkt, unter denen wir leiden[10], wenn auf der anderen Seite der Anschein erweckt wird, als lebten wir herrlich in der Welt. Nach dieser Richtung muß man sich manches versagen, was nicht durchaus notwendig ist. Mancher hat heute nicht den Begriff, was zum Leben notwendig ist. Die Ansprüche von heute sind höher gespannt als in Zeiten des reichen Vorkriegsdeutschlands. Die heutige Lage, daß Deutschland Auslandskredite zum Aufbau bedarf, ist historische bedingt.

Diese Zeit der Kredite kann jedoch nur ein Uebergang in unserer Entwicklung sein.

Es muß die Zeit kommen, wo wir wieder frei werden von den Krediten. Wer etwas aufnimmt im Auslande, kann produktive Arbeit leisten. So haben wir mit fremdem

---

[8] Stresemann zitiert hier den römischen Satirendichter Juvenal, der damit kritisierend zum Ausdruck brachte, das römische Volk interessiere sich in Zeiten des Prinzipats nur noch für solche Dinge und kümmere sich nicht mehr um Politik.

[9] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 1, heißt diese Passage abweichend: „um uns gegenüber den Massen populär zu machen“.

[10] Gemeint sind offenbar die jährlich steigenden Reparationslasten gemäß dem Dawes-Plan, die 1927 auf 2 Milliarden Reichsmark gestiegen waren.

Gelde die Ruhrwirtschaft wieder aufgebaut, dann aber, als diese Wirtschaft erstarkt war, hat sie sich von Auslandskrediten freigemacht. **Diesen Weg wird die gesamte Wirtschaft gehen müssen.** Es ist kein Akt von Unfreundlichkeit, wenn auf gewisse Bedenken in dieser Frage hingewiesen wird. Auf die Dauer kann der inländische Konsum nicht allein die Mehreinfuhr wieder wettmachen. Wir haben im Dawesplan den Schutz unserer Währung gewährleistet[11]. Es kann nur transferiert werden unter der Voraussetzung, daß unsere Währung und unsere Exportmöglichkeiten erhalten bleiben. Aber es wäre das Bedenklichste, wenn aus irgendwelchen kurzfristigen Auslandsanleihen, die unproduktiv hereingenommen werden, der Eindruck einer Geldflüssigkeit entstände, die nicht vorhanden ist.

[...][12]

Ich bin stets dafür eingetreten, daß wir **das Land der sozialen Fürsorge** sind und bleiben. Aber wenn ich die hohen sozialen Lasten betrachte, die heute die deutsche Wirtschaft bedrücken und einen großen Prozentsatz des Arbeitslohnes verschlingen, so drängt sich mir die Frage auf: könnte man nicht diese soziale Fürsorge in demselben Maße durchführen, die Beitragsleistungen aber hingegen senken? Wir haben hier eine **Verwaltungsbürokratie** großgezogen, die einen großen Teil dessen, was der Arbeiter und Angestellte aufbringt, für sich verbraucht. Hier hat der alte Bürokratismus eine gesegnete Auferstehung gefeiert.

Wie in der Frage der sozialen Fürsorge[13], so ist ebenso auf anderen Gebieten eine **Verwaltungsreform unbedingt notwendig.** (Lebhafter Beifall.) Diese Dinge sind mir vor Augen gekommen angesichts der Lage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau. Hier habe ich gesehen, in welchem Mißverhältnis heute die Beiträge zu der sozialen Fürsorge gegenüber den tatsächlichen Löhnen und Gehältern stehen. Wir haben uns im Reichskabinett entschlossen, gleichzeitig mit der Frage der Besol-

---

[11] Gemeint ist der Reparationsplan, der als Gutachten des von der Reparationskommission eingesetzten Sachverständigen-Ausschusses unter dem Vorsitz des US-Amerikaners Charles Gates Dawes vorgelegt (gedruckt u. a. in SACHVERSTÄNDIGEN-GUTACHTEN), auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 zur Grundlage der deutschen Reparationen bestimmt wurde (Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ) und der schließlich am 30. August 1924 durch die Unterzeichnung des Londoner Protokolls (vgl. SCHULTHESS 65 [1924], S. 439) in Kraft trat. Er sah vor, daß die deutschen Reparationszahlungen zunächst an einen Agenten für Reparationszahlungen gehen sollten und deren Weiterleitung an die Gläubiger davon abhängig war, daß die Stabilität der deutschen Währung dadurch nicht gefährdet würde.

[12] In der Vorlage folgt hier ein überleitender Satz: „Sodann kommt der Reichsaußenminister auf die Frage der sozialen Lasten zu sprechen. Er führt hierbei aus:“

[13] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 2, heißt es (statt „sozialen Fürsorge“) „Reichsverwaltung“.

dungsordnung[14] an eine **Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern** heranzutreten. Der Verwaltungsapparat, der einen großen Teil des Volksvermögens verwaltet, hat die Pflicht, sich die Frage vorzulegen, ob er eines so großen Personals bedarf.

[...][15]

Sie haben gehört, daß der Reparationsagent Parker Gilbert[16] zu der Frage der deutschen Finanzlage in einer Denkschrift Stellung genommen hat. Ich möchte dem entgegentreten, daß die Auffassung entsteht, als wenn Einzelheiten der finanziellen und inneren Gebarung des Reiches hier behandelt sind und daß die Besoldungsreform überhaupt einem Eingriff oder Veto des Reparationsagenten unterliegen kann.

Ich bedaure, daß die **Besoldungsordnung** so spät gekommen ist und daß sie sich in Vorstellungen nach außen auswirkt, die nicht berechtigt sind. Ich halte es für meine Pflicht, vor der Auffassung zu warnen, als ob es in Deutschland nach der Besoldungserhöhung irgend einen Beamten gibt, der nun in dulci jubilo[17] lebt. Im Vergleich zur Friedensbesoldung[18] hat die heutige Reichsmarkbesoldung eine **viel geringere Kaufkraft.** Die Besoldungsordnung ist in der Oeffentlichkeit vielfach mißverstanden und in ihrer Auswirkung überschätzt worden. Das Experiment der Stabilisierung unserer Währung[19] ist auch **auf dem Rücken der Beamtenschaft** ausgetragen worden. Es mußte die Zeit kommen, wo dieses Unrecht wieder gutgemacht werden mußte.

Zu gleicher Zeit drängt das **Liquidationsschädengesetz[20]** zur Entscheidung. Wenn ausländische Kritiker uns dieses Gesetz ebenfalls zum Vorwurf machen, so ist

---

[14] Im Reichstag war am Vortag die 1. Lesung der Besoldungsvorlage erfolgt, die i. w. eine Neuordnung und damit Erhöhung der Beamtengehälter vorsah (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 68 [1927], S. 170).

[15] In der Vorlage folgt hier ein überleitender Satz: „Der Reichsaußenminister kommt sodann auf die Besoldungsreform zu sprechen und führt hierbei aus:“

[16] Seymour Parker Gilbert (1892–1938), Generalagent für die Reparationszahlungen (mit Sitz in Berlin) Oktober 1924 – 1930. – Text der nachfolgend erwähnten Denkschrift Gilberts vom 20. Oktober 1927 u. a. ebd., S. 489–498.

[17] Stresemann nutzt hier die Anfangsworte des gleichnamigen Kirchenliedes, übersetzt etwa: „in süßem Jubelgesang“.

[18] Gemeint ist die Besoldung vor dem Ausbruch des Weltkriegs.

[19] Gemeint ist in erster Linie die Währungsreform 1923, die faktisch zu einer Absenkung der Beamtengehälter geführt hatte, die in den Folgejahren nicht ausgeglichen worden war.

[20] Der Versailler Vertrag berechtigte die Siegermächte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und verpflichtete Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen der davon betroffenen Reichsangehörigen (vgl. etwa Art. 297: VERTRAG VON VERSAILLES S. 155–159). – Der Entwurf eines „Kriegsschädenschlußgesetzes“, das auch diese Liquidationsentschädigung regeln sollte, war am 8. August 1927 dem Reichsrat zugeleitet worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 858 mit Anm. 9). – Stresemanns eigene Haltung dazu findet sich in einer Aufzeichnung vom August 1927 (STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 264–265).

das zum mindesten grotesk. Denn durch den Versailler Vertrag[21] ist das deutsche Eigentum im Auslande rücksichtslos beschlagnahmt worden, und dem Deutschen Reiche ist die Entschädigung dieser Enteigneten auferlegt worden. In diesem Punkte kann uns nicht der Vorwurf gemacht werden, daß wir eine unbesonnene Finanzpolitik treiben. Beide Vorlagen: Beamtenbesoldung und Liquidationsschädengesetz sind gesund, wenn sie beitragen, die Kaufkraft des inneren Marktes zu heben zum Wiederaufbau, wenn auch in kleinem Maße. Wir haben Reparationsverpflichtungen; reiche Naturschätze, große Gebiete sind uns durch den Friedensvertrag genommen. Und dennoch müssen wir **mehr leisten als früher.**

Wir können den uns auferlegten Transfer nur durch Export aufbringen. Dieser Export aber stützt sich auf die Ansiedlung deutscher Kaufleute und Unternehmen in fremden Ländern. Das Ausland sollte der erste sein, der uns in dieser Frage die Hand reicht und nachhaltig unterstützt. Die Besoldungsordnung war notwendig, weil sie dazu beitragen sollte, den inneren Markt zu stärken und das Beamtentum zu entschulden. Die Besoldungserhöhung ist jedoch ungesund, wenn sie eine Preiserhöhung mit sich bringen sollte. Der **Reichswirtschaftsminister Curtius** hat sich mit aller Entschiedenheit **gegen eine unmotivierte Preissteigerung** gewehrt. So hat er sich zum Beispiel gegen die Erhöhung des Braunkohlenpreises ausgesprochen[22]. Man hat dem Reichswirtschaftsminister zum Vorwurf gemacht, er hätte durch eine Kohlenpreiserhöhung den Streik[23] verhindern können.[24] Nichts ist uns gefährlicher gewesen als dieses einfache Spiel Preiserhöhung, Lohnerhöhung, dann wieder Preiserhöhung. Dadurch ist der ungesunde Zustand während der Inflationsjahre entstanden[25]. Man soll Verständnis dafür haben, daß man im Reichswirtschaftsministerium bemüht ist, **den großen tonangebenden Konzernen nicht zu gestatten, die Preise leichtfertig und unbegründet heraufzusetzen.** Die großen Reichsbetriebe sind entschlossen, jene Industrien von der Reichsbelieferung auszuschließen, die die

---

[21] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrags u. a. im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES; vgl. im übrigen die vorangehende Anm.

[22] Nach dem Kohlenwirtschaftsgesetz aus der Frühzeit der Weimarer Republik fiel u. a. die Festsetzung des Kohlenpreises in die Kompetenz des Reichswirtschaftsministers; wann genau Curtius sich gegen die Preiserhöhung gewehrt hatte, konnte nicht ermittelt werden.

[23] Der Streik im mitteldeutschen Braunkohlerevier, der am 17. Oktober 1927 begonnen hatte, wurde am 22. Oktober 1927 dadurch beendet, daß der Reichsarbeitsminister einen von den Arbeitgebern abgelehnten Schiedsspruch mit Lohnerhöhungen für die Bergarbeiter für verbindlich erklärte (vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 491 vom 17. Oktober 1927; SCHULTHESS 68 [1927], S. 172).

[24] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 2, folgt: „Dieser Vorwurf ist unberechtigt."

[25] Gemeint sind die Jahre nach dem Weltkrieg mit ihren hohen Inflationsraten, die 1923 schließlich in der Hyperinflation mündeten.

Beamtengehaltserhöhung als Anlaß zur Preiserhöhung nehmen[26]. In beiden Vorlagen, Beamtenbesoldung und Liquidationsschädengesetz, sind wir bis an die Grenze des möglichen gegangen. Wir müssen es aber ablehnen**,** wenn gewisse Leute für die Liquidationsschäden das Doppelte fordern von dem[,] was die Regierungsvorlage vorsieht. Es ist töricht, daß man verlangt, Deutschland brauche nur Auslandsanleihen aufzunehmen, um diese erhöhten Liquidationsschäden[27] zu begleichen.

Auf diese Art und Weise kann man keine Reichsfinanzpolitik treiben. Ueber diese gesamte Frage kann erst gesprochen werden, wenn die **Endsumme unserer Verpflichtungen festgesetzt** ist, wenn unsere Gesamtleistung normiert ist und dies wird in zwei oder drei Jahren der Fall sein.

[...][28]

Ich halte es für unmöglich, daß das Reich die Kosten, die aus dem neuen Reichsschulgesetz[29] erwachsen, bezahlt. Wir wünschen die Freiheit der Schule. Das in der Verfassung verankerte Elternrecht[30] müssen wir respektieren. Auch in der eigenen Partei sind wir uns darüber klar, daß in den einzelnen Landesteilen die Auffassungen verschieden sind. Wenn auf Grund der Kodifikation des Elternrechts in der Verfassung neue Schulen errichtet werden sollen, bei denen immer die Gefahr vorhanden ist, daß sie Zwergschulen sind, dann sollen diejenigen die finanzielle Verantwortung tragen, die diese Schulen zu errichten wünschen. **Der Staat ist nicht der gutmütige Großpapa, der immerfort das Taschengeld für diese Experimente zu geben hat.** Wenn diese finanzielle Verantwortung nicht gegeben ist, wird aus dem Kampf eine völlige Neugestaltung der Schule hervorgehen. Diese neue Schule von Grund aus zu schaffen, dafür liegt vom Reichsstandpunkt aus nicht die geringste Veranlassung vor. Wir sind mit dem bisherigen Schulsystem leidlich ausgekommen. Das Bedürfnis, alles neu zu ordnen, ist nicht so entwickelt, wie es manchem scheint. Wir können es

---

[26] Eine entsprechende Erklärung oder Absichtsbekundung konnte nicht ermittelt werden.

[27] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 2, heißt es, wohl treffend „Entschädigungen“ (statt „Liquidationsschäden“).

[28] In der Vorlage folgt hier ein überleitender Satz: „Der Reichsaußenminister kommt sodann auf das Reichsschulgesetz zu sprechen:“

[29] Ein Kabinettsentwurf für ein Reichsschulgesetz, der die Möglichkeit der Errichtung von Konfessionsschulen in den Ländern unterschiedlich regelte, war im Reichsrat am 14. Oktober 1927 abgelehnt worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 166). Die Reichsregierung hatte ihren Entwurf dennoch dem Reichstag vorgelegt, der vom 18. bis 20. Oktober 1927 in 1. Lesung darüber beriet und den Entwurf anschließend in den Bildungsausschuß überwies (vgl. zusammenfassend ebd., S. 167–170).

[30] Stresemann bezieht sich darauf, daß die Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 in ihrem Art. 146 den betroffenen Eltern ein wesentliches Mitspracherecht in der Frage der Einrichtung konfessioneller Schulen einräumte.

uns nicht erlauben, mit einem derartigen neuen Experiment unsere Finanzen mit neuen Ausgaben zu belasten, deren Höhe wir nicht kennen.

Irgendwo ist die Grenze gegeben, was finanziell zu ertragen und außenpolitisch zu verteidigen ist.

Ich verteidige die Finanzpolitik des Reiches gegen die Angriffe des Auslandes, die einen falschen Schein immer bei uns sehen. Wir haben Veranlassung, gegen derartige Leute vorzugehen, die neue Schulen errichten wollen. Ihnen müssen wir die Verantwortung, insbesondere die finanzielle, überlassen. Die Stellung der Deutschen Volkspartei ist durch die Rede des Abgeordneten Dr. Runkel[31] fest umrissen. Er hat festgestellt, was Herr Dr. Curtius bereits im Kabinett zum Ausdruck gebracht hat[32], daß wir unserer Fraktion **die volle Freiheit der Entschließung vorbehalten** müssen. Wir haben uns einverstanden erklärt, daß der Mensch im Glauben seiner Kirche erzogen wird. Auch von seiten des Zentrums hat man sich dagegen gewandt, als wenn sich bei der Erziehung des Volkes bei Evangelischen und Katholiken gewissermaßen zwei Deutschland gegenüberständen. Das ist nicht der Fall. Es ist ganz gleichgültig, welcher Kirche der eine oder der andere angehört. Für uns besteht ein gemeinsames Interesse, daß wir uns gegen jeden wehren müssen, der irgendeine Kluft in dieser Frage aufreißen und irgendeinen Glaubenskampf in Deutschland entfesseln will.

Mit Glaubenskampf haben wir liberalen Leute nicht das Geringste zu tun.

Liberalismus heißt Toleranz und Duldsamkeit. Ich glaube, daß wohl manche, die vordem das Ideal in der weltlichen Schule gesehen haben, wieder zurückkehren werden und erkennen, daß unbeschadet der Freiheit des einzelnen die ethische Grundlage der christlichen Schule noch keinem Kinde in Deutschland geschadet hat. Je weniger Wert gelegt wird auf äußere Formen und je mehr Wert gelegt wird auf die Erziehung des ethischen Menschen, um so mehr wird der **Religionsunterricht etwas Bleibendes sein** und nicht so zurückgewiesen werden wie manche andere Form früherer Erziehung.

---

[31] Heinrich Runkel (1862–1938), deutscher Politiker; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1930 (für die DVP). – Seine Rede im Reichstag vom 19. Oktober 1927, bei der er den Schulgesetzentwurf als Grundlage für ein Gesetz grundsätzlich anerkannte, aber gleichzeitig zahlreiche Änderungsbedingungen formulierte: VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 394, S. 11531–11538.

[32] Zur entsprechenden Erklärung Curtius' (und Stresemanns) vgl. (in dieser Edition) die Erklärung Stresemanns in der Ministerbesprechung vom 13. Juli 1927.

[...][33]

Ich mache darauf aufmerksam, daß der demokratische preußische Kultusminister[34] auf einem anderen Standpunkt[35] zu stehen scheint. Die preußische Regierung hat absolut nicht gesagt: nieder mit dem Schulgesetz, sondern hat Anträge eingebracht zur Abänderung des Schulgesetzes[36], und ein großer Teil dieser Anträge wird wahrscheinlich im Reichstage wieder aufgenommen werden.

Die preußische Regierung, der die prominentesten Vertreter der Demokratischen Partei mit angehören[37], teilt den Standpunkt der Reichsregierung, daß es eines Schulgesetzes bedarf, wenn sie auch Abänderungsanträge dazu gestellt hat.[38]

Wenn man auf demokratischer Seite für den liberalen Standpunkt im Schulgesetz eintreten will, so sollte man mit denen Hand in Hand gehen, die der gleichen Auffassung sind, und nicht aus wahlagitatorischen Gründen[39] eine Kluft aufreißen. Wir haben unsere Auffassung durch die Rede des Abgeordneten Runkel zum Ausdruck gebracht. Wir sind **positiv eingestellt,** das Schulgesetz zustande zu bringen. Wir können unsere liberalen Grundsätze nicht wegen der gegenwärtigen Regierungskoalition[40] aufgeben, weil wir beim Zustandekommen der Koalition die Gebenden und nicht die Nehmenden gewesen sind.

Die Deutsche Volkspartei hat auf den Appell des Herrn Reichspräsidenten[41] hin

---

[33] In der Vorlage folgt hier ein überleitender Satz: „Der Reichsminister kommt sodann auf die Entschließung der Demokratischen Partei in Potsdam zu sprechen, die mit dem Ruf ‚Nieder mit dem Schulgesetz' endigte. Der Reichsminister führt aus:"

[34] Carl Heinrich Becker (1876–1933), preußischer Kultusminister 1921 u. April 1925 – 1930; parteilos.

[35] Gemeint ist gegenüber der in der vorangegangenen Anm. erwähnten Entschließung der DDP.

[36] Nämlich in der in Anm. 29 erwähnten Beratung des Reichsrates.

[37] Die preußische Staatsregierung wurde 1925–1932 von der Parteien der „Weimarer Koalition" (SPD, DDP, Zentrum) getragen; 1927 gehörten ihr für die DDP der Finanzminister Höpker-Aschoff und als Handelsminister Walther Schreiber an; Becker als parteiloser Kultusminister galt als der DDP nahestehend.

[38] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 2, folgt hier der Satz: „Es ist sehr schwer, sachliche Politik in einem Parlament zu treiben, wenn die Neuwahlen in aller Kürze in Aussicht stehen."

[39] Ob sich Stresemann hier konkret auf erwartbare Wahlen bezieht, konnte nicht entschieden werden. Preußische Landtagswahlen hätten gemäß der Landesverfassung im Spätherbst 1928 stattfinden sollen, ebenfalls die Reichstagswahlen gemäß der Reichsverfassung. Im Hinblick auf Reichstagswahlen wurden allerdings in der Presse Spekulationen darüber verbreitet, daß sie vielleicht auf das Frühjahr 1928 vorgezogen werden könnten (vgl. beispielsweise NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22661 [Abendausgabe] vom 18. Oktober 1927, S. 1).

[40] Offenbar ist hier die Reichsregierung gemeint, die aktuell unter Reichskanzler Wilhelm Marx aus Mitgliedern des Zentrums, der DNVP, der DVP und der BVP zusammengesetzt war.

[41] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

damals einen Minister[42] aufgegeben, dem von der gesamten Beamtenschaft das Zeugnis ausgestellt wurde, daß er einer der besten Männer gewesen, der an der Spitze des deutschen Verkehrsministeriums stand. Ich darf feststellen, daß auch eine Grenze dafür gegeben ist, was wir aus Liebe für andere geben können, zumal uns von einer Kulturanschauung, wie der des Herrn **Martin Spahn[43],** eine volle Welt und ein Abgrund trennt. Mit dieser Art der Bekämpfung und Verächtlichmachung des Liberalismus, wie es sich Herr Spahn angelegen sein läßt, haben wir nichts zu tun, und wir werden ihm beweisen, **daß der Liberalismus in Deutschland lebt,** dessen Existenz er abzuleugnen versucht hat.

[...][44]

Die Verwaltungsreform[45] wird nicht ohne Kämpfe vor sich gehen, da die ganze Frage in Reich und Ländern im Mittelpunkt der Diskussion steht. Der Abbau der Vielseitigkeit der Verwaltung ist eine Notwendigkeit. Denn ein großer Teil der Arbeit der Beamtenschaft in Reich und Ländern entsteht aus Kompetenzschwierigkeiten. Ich kann sagen, daß sich kein anderes Land der Welt einen derartigen Apparat leisten kann, selbst nicht zu guten Zeiten, und daß wir nach einem verlorenen Kriege dies erst recht nicht können. Es ist eine Groteske, wenn auf der einen Seite durch Rationalisierung der Wirtschaft, die oft hinausgeht über das, was wünschenswert ist, gespart wird, und auf der anderen Seite die Verwaltung eine Verminderung des Apparates und der Ausgaben nicht durchführt. Im Auswärtigen Amt ist die Zahl der Beamten und Angestellten von Jahr zu Jahr eingeschränkt worden[46] und wird weiter eingeschränkt werden. Ich habe nicht ein Nachlassen der Leistungen bemerkt. Was hier möglich ist, muß andererseits auch möglich sein.

Wir haben die Aussicht, daß unsere Wirtschaftskonjunktur, die in dem letzten Jah-

---

[42] Rudolf Krohne (1876–1953), Reichsverkehrsminister 15. Januar 1925 – 29. Januar 1927; zusätzlich mit dem Reichswirtschaftsministerium beauftragt 26. Oktober 1925 – 17. Mai 1926; Mitglied der DVP. – Stresemann bezieht sich hier auf die Entlassung Krohnes, der aus der Verwaltungsbeamtenlaufbahn gekommen war, aus seinem Ministeramt, das Ende Januar 1927 die DNVP, die insgesamt mit fünf Ministern im Kabinett vertreten sein wollte, für sich beanspruchte.

[43] Martin Spahn (1875–1945), Mitglied des Reichstags 1920–1923 (für das Zentrum) und Mai 1924 – 1945 (für die DNVP 1924–1933; für die NSDAP 1933–1945). – Dessen nachfolgend angesprochene Aussage über den Liberalismus konnte nicht ermittelt werden.

[44] In der Vorlage folgt hier ein überleitender Satz: „Sodann kommt der Reichsminister auf die Verwaltungsreform zu sprechen und führt unter anderem aus:"

[45] Das Reichskabinett hatte am Vortag in einer Ministerbesprechung die Frage der Verwaltungsreform diskutiert und eine Kommission eingesetzt „für Vorarbeiten zwecks Erzielung von Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung" (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1010–1011).

[46] Zu früheren Stellenabbaumaßnahmen im Auswärtigen Amt vgl. (in dieser Edition) zuletzt Stresemanns Reichstagsrede vom 22. März 1927.

re aufgelebt ist, weiter anhält. Deshalb bin ich **durchaus positiv eingestellt für die gute Lage unserer Wirtschaft.**

Wir haben jetzt nach jahrelangem Kampf den **Handelsvertrag mit Frankreich**[47] zu Ende geführt, ebenso mit Jugoslawien[48] und Japan[49]. Die **Verhältnisse mit Polen**[50] bedürfen noch der Regelung. Ich weiß, daß die Handelsvertragsverhandlungen für sehr viele unpopulär sind. Handelsverträge sind keine Liebesehen. Für die Handelsvertragspolitik gilt der Satz „Do ut des". Diese Politik ist nicht abhängig von Antipathien und Sympathien. Ich gebe zu, daß die Verhältnisse gegenüber Polen schwierig sind, da diejenigen Produkte, an denen Polen Interesse hat, auch in Deutschland hergestellt werden. Darum wird Polen verstehen müssen, daß hier die Interessen Deutschlands mitsprechen müssen. Es wird sich bei dieser letzten Phase der Verhandlungen, nachdem wir mit Polen über das Niederlassungsrecht zu einer Verständigung gelangt sind[51], darum handeln, den **Modus der Verständigung** zu finden, wenn auf beiden Seiten guter Wille vorhanden ist. Ich glaube, daß es auch in Polen Leute gibt, die einsehen, daß sie auf die gute Nachbarschaft mit Deutschland angewiesen sind. Dagegen gibt es aber auch in Polen Leute, die in der polnischen Innenpolitik die Bekämpfung und Verfolgung des Deutschtums vertreten und das damit begründen, daß sie von dem Alpdruck sprechen oder von der Gefahr eines deutschen Krieges gegenüber Polen. Derartige Behauptungen von irgendwelchen deutschen Kriegsabsichten sind absurd, und ich glaube, daß viele, die sich darauf berufen, dies selbst wissen.

Jeder, der die deutschen Verhältnisse kennt, weiß, daß Deutschland nur im Frieden wieder emporkommen kann.

---

[47] Text des nach mehrjährigen Verhandlungen am 17. August 1927 in Paris unterzeichneten Handelsvertrags: REICHSGESETZBLATT 1927 II, S. 524–876. – Der Vertrag war am 6. September 1927 allgemein in Kraft getreten (vgl. NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22621 [Morgenausgabe] vom 8. September 1927, S. 4).

[48] Der Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Jugoslawien war am 6. Oktober 1927 in Berlin unterzeichnet worden; er mußte allerdings noch dem Reichstag zur Zustimmung vorgelegt werden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1001–1002 mit Anm. 1).

[49] Der deutsch-japanische Handels- und Schiffahrtsvertrag war am 19. Juli 1927 unterzeichnet worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 129).

[50] Zuletzt hatte Stresemann in einem Schreiben an den Staatssekretär der Reichskanzlei vom 15. Oktober 1927 um die Ansetzung einer Kabinettssitzung zum Thema des deutsch-polnischen Handelsvertrages gebeten, weil Entscheidungen über Zugeständnisse an Polen, „namentlich auf agrarischem Gebiet", zu treffen seien (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, B 7, S. 84).

[51] Die Reichsregierung hatte zuvor die Regelung der Niederlassungsfreiheit von Deutschen in Polen zur Bedingung für die Wiederaufnahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen erklärt; Nach den Ergebnissen entsprechender Verhandlungen des Gesandten Rauscher in Warschau hielt Stresemann diese Bedingung für erfüllt (vgl. sein Schreiben an den Staatssekretär in der Reichskanzlei vom 12. Juli 1927: ebd., B 6, S. 48–51).

Auf dieses Ziel müßte auch eine vernünftige polnische Handelspolitik mit Deutschland eingestellt sein. Das würde auch für Polen die beste Friedenspolitik sein.

Die wiederholten Erklärungen der Reichsregierung über die Unmöglichkeit, irgendwie vertragliche Zustände anzuerkennen, die der unglückselige Friedensvertrag[52] für den Osten geschaffen hat, sind eine Tatsache. Es ist ebenso eine Tatsache, daß eine **Regelung im Osten nur auf friedlichem Wege von Deutschland angestrebt** wird. Bei diesen Vorgängen ist auch von der deutschen Außenpolitik gesprochen worden und davon, daß der Kreis derjenigen, die ihre Notwendigkeit, ich möchte sagen, ihre Zwangsläufigkeit einsehen, ein immer größerer geworden ist. Das ist richtig und gilt wohl für die verantwortlichen Leute aller Parteien, die Kommunisten ausgenommen, die ja „Spezialordres“[53] auszuführen haben. Aber ich sehe auch eine Kritik, die mir deshalb nicht richtig erscheinen will, weil sie des **positiven Inhalts entbehrt.** Man weist darauf hin, daß eine Politik, wie sie durch das Wort und das Symbol „Locarno“[54] gekennzeichnet ist, hätte zur Folge haben müssen, daß die Auswirkungen, die einen Zustand des ewigen Friedens am Rhein verbürgen, stärker und schneller hätten zum Ausdruck kommen können. Wenn einer diese Politik verwirft, so hat er die Pflicht, zu sagen, wie es hätte anders gemacht werden können, um schneller zum Ziel zu kommen. Ich höre nach allen Windrichtungen, um diesen Satz zu hören und zu lernen. Aber wenn ich frage: Was hätten Sie denn getan?, dann heißt es: **die ganze Richtung paßt mir nicht!** Wer nicht die Möglichkeit hat, mindestens theoretisch den Gegenbeweis zu liefern, daß er Ideen gehabt hat zu jener Zeit, die auf anderen Wegen hätten bessere Ergebnisse zeitigen können, der hat nicht das Recht, in erster Linie diese Kritik auszuüben.

Auf dem Kölner Parteitag[55] habe ich davor gewarnt, zu glauben, daß **die Auswirkungen von Thoiry[56]** nach meiner Besprechung mit dem französischen Außenmini-

---

[52] Gemeint sind der Versailler Vertrag und seine Regelungen für die deutsche Ostgrenze. Dazu gab es wiederholt Erklärungen, daß diese Ostgrenzen nicht – wie in den Locarnoverträgen die Westgrenze – von Deutschland anerkannt werden könne; vgl. etwa (leicht verschlüsselt) in dieser Edition eine der angeführten Erklärungen durch Stresemann in seiner Rede vor der Presse in Genf vom 8. September 1927.

[53] Ob Stresemann hier einen in diesem Zusammenhang damals geläufigen Ausdruck benutzt, konnte nicht ermittelt werden. In der Sache meint er vermutlich, daß die KPD auf Weisung der Komintern in Moskau handele.

[54] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[55] Vgl. dazu (in dieser Edition) Stresemanns Rede auf dem Parteitag der DVP in Köln vom 2. Oktober 1926.

[56] Gemeint sind das Treffen und mehrstündige Gespräch vom 17. September 1926 Stresemanns mit Briand in Thoiry, einem französischen Ort nahe der schweizerisch-französischen Grenze. – Zur In-

ster Briand[57], die die Gesamtlösung der deutsch-französischen Fragen zum Gegenstand hatte, schnell kommen würden. Ich habe damals ausgeführt, daß es geradezu gegen die Natur der Politik wäre, wenn diese Politik nicht Rückschläge zeitigte. Diese **Rückschläge sind eingetreten** durch Verhältnisse in Frankreich, veranlaßt durch die Stabilisierung des Franc[58] und die Rückkehr alter Persönlichkeiten in das französische Ministerium[59]. In Frankreich begann ein heftiges Ringen innerhalb der Volksseele, als bekannt wurde, daß man soweit gehen wollte, die Gesamtlösung der deutsch-französischen Fragen anzustreben. Auf Frankreich liegt der ganz **falsche Alpdruck einer Furcht vor Deutschland,** die irreale groteske Vorstellung gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen in Deutschland. Dies ist kaum damit zu entschuldigen, daß es leider auch in Deutschland zeitweilig Organisationen gegeben hat, die die große Torheit begingen, eine Macht da vorzutäuschen, wo sie in Wirklichkeit absolut nicht vorhanden gewesen ist. **Wenn ich eine Macht besitze, bin ich schon ein Dummkopf, wenn ich das anderen vor Augen führe! Sie nicht besitzen und sie trotzdem vortäuschen: das ist die dümmste Politik, die es überhaupt psychologisch gibt!** Man macht der Deutschen Volkspartei den Vorwurf, sie sei eine Partei des Alltags, sie wäre zu nüchtern. Herr General **Ludendorff[60]** hat einmal von uns gesagt, wir seien die Partei ohne Ideale. Ich habe den General Ludendorff einst sehr verehrt, aber ich möchte das eine betonen: Ideale haben heißt, nicht jeden Tag Geburtstag feiern, heißt nicht, sich berauschen an Redensarten. Ideale hat der, der sich sagt, am Ende meines Lebens hoffe ich zurückschauen zu können auf ein Stück Wegs, den ich zurückgelegt habe und vorwärts und emporgestiegen bin. Dazu heißt es am **Alltag marschieren und Schweiß vergießen!** In dem Sinne beglückwünsche ich mich dazu, daß die Deutsche Volkspartei diese nüchterne, sachliche, verantwortungsvolle Arbeit geleistet hat, im Reich und in einzelnen

itiative Briands für das Gespräch vgl. die geheime Aufzeichnung Schuberts vom 11. September 1926 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 1,2, S. 179–181. – Zum Treffen selbst vgl. Stresemanns eigenes stichwortartiges Diktat vom 17. September und seine ausführlichere Aufzeichnung vom 20. September 1926 ebd., S. 188–191 u. 202–210.

[57] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[58] Der Kurs des französischen Franc war nach einer längeren Währungskrise im Spätherbst 1926 an den Devisenmärkten wieder stark angestiegen und galt inzwischen als stabilisiert.

[59] Stresemann meint vermutlich in erster Linie Poincaré, obwohl der bereits am 23. Juli 1926 wieder das Amt des Premierministers übernommen hatte.

[60] Erich Ludendorff (1865–1937), Erster Generalquartiermeister in der Obersten Heeresleitung 1916–1918; Mitglied des Reichstags Mai 1924 – 1928 (für die Nationalsozialistische Freiheitspartei). – Die nachfolgend angeführte Äußerung Ludendorffs konnte nicht ermittelt werden.

Ländern. Es ist nicht[61] entscheidend, ob die Rechte oder Linke gewinnt.

Die Zielsetzung der deutschen Reichspolitik ist durch die Mitte erfolgt, im letzten Jahre. **Die Mitte hat entschieden und wird weiter entscheiden.** Das Schiff fährt am ruhigsten, das eine gesunde Mittellage hat. Wir können stolz darauf sein, daß wir die Entwickelung der letzten Jahren noch miterleben konnten, die von uns aus gesehen vielleicht uns weniger vorwärtsschreitend erscheinen, als sie denen vor Augen steht, die von der Welt draußen auf das Deutschland des Jahres 1922/23 blicken und damit das Deutschland der Gegenwart vergleichen. Jede Politik nach dem verlorenen Kriege war insofern negativ, als sie das Unglück vermindern mußte, das auf uns lag, den furchtbaren Fels wegzubürden, den der Versailler Vertrag auf uns gewälzt hatte. Diese Politik ist undankbar. **Es ist die Politik des Kompromisses und des Entgegenkommens.** Das ist die Politik des Steinebrechens, das langsame Steineabbröckeln. Aber man kommt zum Ziel. Man verkennt oft, wie bedeutsam das moralische Ansehen eines Volkes in der Politik ist. Glauben Sie mir, das **moralische Ansehen** des deutschen Volkes steht **außerordentlich hoch** in der Welt da draußen. Man achtet uns hoch, daß wir aus diesem tiefen Fall so weit wieder herausgekommen sind zu der Stelle, wo wir heute stehen. Das wird in der Geschichte als Politik der Wiedergeburt hingestellt werden ebenso wie ein anderer Abschnitt der preußischen Geschichte[62]. Das war und ist nur durch die Politik nüchterner Arbeit möglich, durch Intensität und Ausdauer. Wirtschaftlich sind wir so hochgekommen, daß ich Bedenken habe, das Tempo zu stark zu machen, damit wir nicht Rückschläge erleben. **Die Welt da draußen fängt wieder an zu fürchten, daß wir zu stark werden.** Ich habe Verständnis für manchen Aufschrei, der sich gegen Brutalität und Ungerechtigkeit, wie sie der einzelne empfindet, wehrt, aber der Staat muß erhalten bleiben, auch wenn der einzelne leidet. Man ehrt draußen den Deutschen, der einst mit gesenkter Miene dahinging. Es war eine Dr. Eisenbart-Kur[63], die das deutsche Volk durchmachte, aber sie hat geholfen.

---

[61] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 3, folgt hier (statt des folgenden Restes des Satzes) der Teilsatz: „so, wie Graf Westarp sagt, daß es sich bei den nächsten Wahlen um den Kampf zwischen der Sozialdemokratie und den Deutschnationalen handelt".

[62] Stresemann bezieht sich wohl auf die grundlegenden Reformen in Preußen nach der militärischen Niederlage gegen Frankreich von 1806 und dem Frieden von Tilsit 1807, die zu einem staatlichen Neuaufbau führten.

[63] Stresemann bezieht sich wohl auf das um 1800 entstandene Studenten- und Volkslied „Ich bin der Doktor Eisenbart", der sagt, er „kurier die Leut' auf meine Art".

[...][64]

Es ist gut, daß man bei den fremden Völkern einsieht, wie das deutsche Volk durch seine Arbeit wieder in die Höhe kommt. Wir sehen, daß dieses deutsche Volk trotz seiner Zersplitterung, trotz seines Individualismus deutsch ist. Wir lehnen es ab, wenn der Geist der Zersplitterung dadurch genährt wird, daß ein Wahlgesetz die Möglichkeit gibt, daß für eine Partei, die 500 Unterschriften aufweist, mit 40 Millionen Exemplaren Reklame gemacht wird, und zwar auf Reichskosten[65], ein **Unfug,** der hoffentlich bei der nächsten Wahl nicht mehr stattfindet.

[...][66]

Bei dieser Feier[67] hat sich das deutsche Volk in großem Maßstabe wieder zusammengefunden. Wer diesen Tag erlebt hat, wird ihn nicht vergessen. Was ist uns dieser Hindenburg und diese Hindenburgfeier, die eine Zeitlang draußen in Frankreich und anderwärts zu allen möglichen Diskussionen Veranlassung gab[68]? Ich sage ein Wort: **Der Reichspräsident ist uns der Vertreter des ganzen Volkes. Wir lehnen es ab, in seiner Wahl etwas anderes zu sehen. Wir lehnen es ab, den Reichspräsidenten in die Wahlagitation hineinzuziehen und mit seinem Namen Wahlagitation zu machen.** Seine Persönlichkeit ist die Verbindung zwischen dem Alten und dem Neuen. Der Deutsche sieht seine Ideale in Persönlichkeiten verkörpert. Dieser Mann, im kaiserlichen Deutschland aufgewachsen, hat sich in den Dienst des republikanischen Deutschland gestellt. Treu der Verfassung[69] und seinen konstitutionellen Verpflichtungen, hat er sich weit über die Partei hinausgestellt. Es

---

[64] In der Vorlage folgt ein paraphrasierender Teil mit einzelnen möglicherweise wörtlichen Zitaten: „Der Reichsminister kommt sodann auf die Legende von den deutschen Kriegsgreueln zu sprechen und gibt seiner Freude darüber Ausdruck, daß kürzlich der Minister eines Staates die gesamte Greuellegende für null und nichtig erklärt hat. Der Minister führt hierzu u. a. aus:“

[65] Stresemann bezieht sich hier, etwas verschlüsselt, wohl darauf, daß der Name einer entsprechenden Partei bei der Reichstagswahl auf 40 Millionen Wahlscheinen gedruckt werde.

[66] In der Vorlage folgt eine paraphrasierende Passage: „Der Reichsminister erinnert sodann an die Einheit anläßlich der Abstimmung in der Nordmark, in Ostpreußen und in Schlesien und ebenso während des Ruhrkrieges. Damals hätte das Volk keine Parteien gekannt, sondern einig zusammengestanden. Sodann kommt der Reichsaußenminister auf die Bedeutung der Hindenburgfeier zu sprechen und führt unter anderem aus:“

[67] Gemeint sind die Feiern anläßlich des 80. Geburtstags von Hindenburg am 2. Oktober 1927 (vgl. die vorangehende Anm.). Zu diesen Feierlichkeiten vgl. die ausführliche Berichterstattung in den Tageszeitungen, beispielsweise in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 461 u. 462 vom 2. u. 3. Oktober 1927.

[68] Zu ersten ausländischen Pressereaktionen auf die Feierlichkeiten, neben anderen auch aus Paris, vgl. u. a. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 467 vom 3. Oktober 1927.

[69] Text der Weimarer Reichsverfassung vom 11. August 1919 u. a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418.

war Herr Marx[70], sein Gegenkandidat[71], der ihn **„Vater des Vaterlandes“** nannte. Ich sehe darin eine Zukunftshoffnung, daß wir uns nicht in zwei Parteien teilen, von denen die eine sagt, das Alte war glänzend und das Neue ist minimal, und die andere: Nieder mit dem Alten, wir wollen das Neue, Moderne! Gutes kann nur erwachsen, wenn[72] sich beide Parteien verschmelzen, bis das Reich wieder so fest steht, um sich innere Kämpfe leisten zu können. Der Weg der deutschen Außenpolitik ist dornig und wird dornig bleiben. Wollen wir uns klar darüber sein, daß diese Politik ohne Macht geführt werden muß, sondern daß sie mit den Idealen eines einheitlichen Volkes geführt werden muß.

[...][73]

Darum muß man sich im Osten und Westen, im Süden und Norden, an der Nordsee und am Bodensee und überall, wo sich Deutsche zusammenfinden, darüber schlüssig werden, daß die Außenpolitik, von der Ihr Herr Vorsitzender[74] sagte, daß die Zahl ihrer Gegner geringer geworden ist, richtig ist, die nicht chauvinistisch ist und es ablehnt, irgendetwas anderes als eine deutsche Politik zu sein.

So lassen Sie uns hoffen, daß diese nüchterne Realpolitik, die am einzelnen Menschen, in der Familie und an der Idee der Emporentwicklung arbeitet, sich mit unserer Partei durchsetzt, um die verantwortungsfreudigen, ruhigen, kühldenkenden Parteien zu stärken, die noch immer allein in solchen Zeiten die Möglichkeit gehabt haben, das Steuer des Staatsschiffes zu führen, das klopfende Herz des Staates zur

---

[70] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[71] Marx war am 26. April 1925 als Gegenkandidat Hindenburg im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl unterlegen. – In Marx' Glückwunschansprache vom 2. Oktober 1927 (vgl. u. a. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 462 vom 3. Oktober 1927) findet sich die von Stresemann angesprochene Bezeichnung allerdings nicht.

[72] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 4, folgt: „das Gute beider Epochen sich verschmilzt“ (statt „sich beide Parteien verschmelzen“).

[73] In einem paraphrasierenden Einschub mit einzelnen möglicherweise wörtlichen Zitaten führt die Vorlage aus: „Der Reichsaußenminister bespricht sodann die Kritiken, die das Ausland an der Hindenburgfeier geübt hat, und stellt fest, daß der französische Politiker Seydoux den Franzosen nachgewiesen hat, daß sie nach dem verlorenen Krieg 1870/71 ähnlich vorgegangen sind, indem sie den Generalfeldmarschall Mac Mahon als ersten Präsidenten der französischen Republik beriefen. Der Minister kommt sodann auf drei Strömungen in Deutschland zu sprechen, von denen die erste am Alten hänge und glaube, auf altem Wege die Dinge ändern zu können, die zweite, die ideologisch pazifistisch gesinnt ist und glaubt, etwas bessern zu können, wenn sie die Welt umarmt und ihr den Bruderkuß gibt, und die dritte Strömung, die den nationalen Frieden anstrebt. Diese Strömung, die auch dem internationalen Frieden erstrebt, muß national sein. Der Deutsche dieser Strömung liebe das Deutschland nicht aus bloßen nüchternen Erwägungen, sondern um seiner selbst willen. Der Reichsaußenminister fährt fort:“

[74] Vgl. oben mit Anm. 2.

Ruhe zu bringen und nur den kühlen Verstand walten zu lassen.

Der Osten war einst ein starkes Bollwerk des Liberalismus. Wir haben nichts zu tun mit einem Junkertum irgendeiner Art. Wo ist die Freudigkeit, das Ideal des Liberalismus, gerade im Osten geblieben? Diese ruhigen Ideen sind vaterländisch, weil sie wenig reden. Sie dienen der ruhigen Fortentwicklung unseres Geschickes, damit wir mit zusammengebissenen Zähnen langsam aber stetig vorwärts kommen, bis wir siegen können.[75] Wir stehen[76] da, wo wir früher standen. Wir haben, nachdem wir das Reich zusammenfallen sahen, das unserige getan, um die Grundfesten für seinen Wiederaufbau zu legen und, so Gott will, für seinen Wiederaufstieg im Rate der Völker.[77]

[75] In DEUTSCHE VOLKSPARTEI UND DIE POLITISCHE LAGE S. 4, folgt der Satz: „Bekennen Sie sich erneut zu diesem nationalen Liberalismus."

[76] Ebd. folgt, wohl zutreffend: „noch nicht".

[77] In der Vorlage schließt der Bericht: „Langanhaltender, brausender Beifall. Nach einem Schlußwort des 1. Vorsitzenden, Studienrat Schwalm, sang die Versammlung das Deutschlandlied."

Rede vor Vertretern des Vereins der deutschen Eisenhüttenleute in Berlin vom 23. Oktober 1927[1]

Nach PA AA, NL. STRESEMANN, Bd. 284, S. 82–89. – Maschinenschriftliche Reinschrift[2]. – Druck in STAHL UND EISEN 47 (1927), S. 1900–1902.

Verteidigt Berlin gegenüber Vorbehalten. Staat und Wirtschaft erkennen sich gegenseitig an, was ein Fortschritt gegenüber der unmittelbaren Nachkriegszeit ist. Das Besondere am deutschen Wirtschaften. Goethe und die Arbeitsfreude. Deutsche Außenpolitik kann sich nur auf die Wirtschaftskraft stützen.

Ihr Herr Vorsitzender, Generaldirektor Vögler[3], hat vorhin Worte des Grusses an die Gäste Ihres Vereins und insbesondere an mich als Vertreter der Reichsregierung entboten, und gestatten Sie mir, Ihnen dafür zu danken. Aber lassen Sie mich vordem einer Empfindung Ausdruck geben, die, wie ich glaube, nicht nur die Reichsregierung, sondern die Sie alle bewegt, der Empfindung der Freude und Genugtuung darüber, Sie, lieber verehrter Herr Vögler, in alter Gesundheit und Frische hier an unserer Spitze zu sehen. (Grosser Beifall, Händeklatschen.) Wenn solche Köpfe feiern[4], welcher Verlust für unseren Staat! Denn Staat und Wirtschaft, Wirtschaft, die Sie mit führen, sind voneinander nicht zu trennen, so töricht und unangebracht auch die Frage ist, wem der Vorrang gebührt, und wer von dem anderen abhängig ist. Aber ehe ich darüber spreche, muss ich mich mit Ihnen, Herr Vögler, doch noch über

---

[1] Aus dem Bericht in STAHL UND EISEN 47 (1927), S. 1899, geht hervor, daß man sich nach der Hauptversammlung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute zu „einem gemeinsamen Mittagessen, das im festlich geschmückten Marmorsaal des Zoologischen Gartens stattfand mit einer Teilnehmerzahl von etwa 1500 Personen“, zusammenfand, zu denen auch Stresemann stieß und diese Rede hielt.

[2] Aus der Vorlage, einem Aktenstück mit der Überschrift „Stresemanns Ausführungen vor den Vertretern des Vereins deutscher Eisenhüttenleute am 23. Oktober 1927 in Berlin“, gehen nicht unmittelbar äußerliche oder ausdrückliche Informationen hervor, ob es sich dabei um eine Redevorlage oder um eine protokollartige Mitschrift bzw. etwa um eine zum Zweck der Presseveröffentlichung erstellte Fassung handelt. Stresemanns Eingehen auf die Worte Vöglers läßt allerdings fast ausschließen, daß die Vorlage ein zuvor angefertigtes Redemanuskript darstellt, und die Einschübe über Reaktionen der Zuhörer lassen annehmen, daß sie eine nach der Rede erstellte Fassung wiedergibt oder ein mitgeschriebenes Protokoll, das vielleicht Stresemann zur Genehmigung für die Veröffentlichung in „Stahl und Eisen“ übermittelt wurde.

[3] Albert Vögler (1877–1945), Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-AG in Bochum 1915–1926; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute 1917–1936; Mitgründer des Montankonzerns Vereinigte Stahlwerke 1926; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919 – Mai 1924 (für die DVP) u. 1933–1945 (als Gast der NSDAP-Fraktion). – Zur einleitenden Ansprache Vöglers vgl. STAHL UND EISEN 47 (1927), S. 1899–1900.

[4] So in der Vorlage, vielleicht fälschlich für „fehlen“, das mehr Sinn ergäbe.

ein Thema auseinandersetzen, das Sie heute vormittag angeschlagen, das Sie heute nachmittag fortgesetzt haben, über das Thema: Reichshauptstadt[5]. Als ich einen Entwurf Ihrer Rede las, an den Sie sich nicht gehalten haben (grosse Heiterkeit), sah ich darin, freudig bewegt, dass der Verein der Eisenhüttenleute nun zu[m] erstenmal den Weg nach Berlin findet[6], das Wort „Reichshauptstadt“ klang in seiner ganzen Bedeutung an meine Ohren. Aber dann kamen alle möglichen Bedenken, es senkte sich wie ein Nebeltau auf die Freude dieser Berliner Tagung. Sie sprachen da von den Menschen in Berlin, und es schien nicht so, als wenn diese Ihnen ausserordentlich gefallen. (Heiterkeit.) Sie sprachen davon, dass das Reisen nach Berlin so oft ein Leerlauf wäre. Sie sprachen von den Menschen, die da glauben, sozusagen von Natur aus manches besser zu wissen als diejenigen, die, bodenständig wie Sie in der rheinisch-westfälischen Erde, aus Ihren Erfahrungen heraus sich ihr Urteil formen. Das mag nun noch alles hingehen, aber dass Sie jetzt selbst Ihren Wein mitgebracht haben (stürmische Heiterkeit), so ungefähr, als wenn Sie in das fernste, unzivilisierteste Land führen – Mutter, pack den Wein ein, wir fahren nach Berlin! (wiederholte Heiterkeit) –, das ist wirklich etwas mehr, als die Reichshauptstadt verdient. Denn glauben Sie mir das eine, verehrter Herr Vögler, auf keine Stadt passt wohl mehr als auf Berlin die Sinfonie der Arbeitsfreude, von der Sie gesprochen haben, und in der Sie doch den Grund mit gesehen haben für Möglichkeiten des Aufstiegs. Ich gebe zu, diese Arbeitsfreude macht sich hier in anderer Weise geltend, begleitet von einer Lebensvitalität, die manchmal starke Formen annimmt, aber, lieber Herr Vögler, das sind dann nicht die geborenen Berliner, das sind die, die hierher kommen, die diese Reden hier halten (stürmische Heiterkeit, Klatschen), und Sie dürfen nicht alles auf unser Konto buchen, was eigentlich eine andere Inschrift verlangt.

Aber lassen Sie mich von dem sprechen, was durch Ihre Ausführungen heute vormittag hindurchklang. Einmal das Verhältnis der Wirtschaft zum Staate – lies Reichsregierung, Länderregierung und Gemeinden. Wir haben in unserer Diplomatie manche nuancierten Ausdrücke. Ich will mich nicht dazu versteigen, dieses Verhältnis herzlich zu nennen, ich weiss auch nicht, ob ich es freundlich nennen soll, sagen

---

[5] Gemeint ist offenbar (neben der Ansprache beim Mittagessen: vgl. oben Anm. 3) seine Begrüßungsansprache bei der vormittäglichen Hauptversammlung (ebd., S. 1897–1898). In der gedruckten Fassung fehlt allerdings jegliche Anspielung auf die „Reichshauptstadt“; offenbar fand sie sich lediglich in der Vorabfassung, die Stresemann zugegangen war.

[6] Wie die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 484 (Abendausgabe) vom 15. Oktober 1927, ankündigte, fand die Versammlung des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute „in diesem Jahre aus Anlaß der großen Werkstofftagung und Werkstoffschau [...] ausnahmsweise in Berlin“ statt.

wir, es ist korrekt (Heiterkeit); es lebt in den korrekten Formen der gegenseitigen Anerkennung. Aber wenn Sie mit vollem Recht von alle dem sprachen, was auf Sie drückt, von Einengungen der Individualität, denen Sie ausgesetzt sind, so verkennen Sie doch nicht, dass die Menschen, die aufgefordert werden, sich der Regierung des Reiches, der Länder und der Städte zur Verfügung zu stellen, ebenfalls Hemmungen unterliegen, die in der ganzen Situation unserer Zeit liegen, und von denen Sie eine als Massenpsychose bezeichnet haben. (Rufe: Leider!) Vergessen Sie weiter das eine nicht, dass, geschichtlich gesehen, eine derartige Umwälzung sozialer, wirtschaftlicher, politischer, geistiger, seelischer Art, wie sie die Jahre des Weltkrieges und der Nachkriegszeit gebracht haben, in einer geschichtlich so kurzen Zeitspanne wie der, seitdem vergangen, nicht völlig ausgetilgt werden kann. Ich wundere mich stets über diejenigen, die die Auffassung vertreten, als lebten wir bereits in einem Zeitalter der Konsolidierung all dieser Begriffe. Ich habe die Empfindung, dass wir, das Wort richtig verstanden, noch vollkommen in einem revolutionären Zeitalter leben, in einem Zeitalter des Kampfes und der Umwälzung früher bestandener Begriffe, in einem Zeitalter, das vielleicht ebenso ein Vierteljahrhundert umspannen wird, wie einst die Zeit von der französischen Revolution bis zum Wiener Kongress, damals beginnend mit der sozialen Umwälzung, sich austobend in Kriegen und endigend in der Ruhe. Diesmal beginnend mit Krieg, als dessen Konsequenz und Folgeerscheinung die grossen sozialen und anderen Umwälzungen, endigend auch diesmal, wie wir hoffen wollen, in einer Konsolidierung, nicht nur unserer Verhältnisse, nicht nur der europäischen Verhältnisse, sondern der weltwirtschaftlichen Verhältnisse, denen doch vielfach die Grundlagen entzogen worden sind, ohne die man sich früher eine Weltwirtschaft nicht hat denken können. Man hat sie sich nicht denken können ohne jene ungeschriebene Tradition des naturgemässen Austausches der Güter, nicht denken ohne die ungeschriebene Tradition der festen Währung, ohne ganz bestimmte, im Laufe der Jahrhunderte gewordene Verhältnisse. Dazu bei uns und in anderen Ländern all die Umwälzungen, von denen Sie gesprochen haben! Wenn das alles in den wenigen Jahren seit dem tiefsten Fall Deutschlands, den ich in der Zeit des tiefsten Verfalls der Währung sehe[7], zu einer verhältnismässigen Entspannung gekommen ist, dann, glaube ich, sollten wir, geschichtlich gesehen, dafür dankbar sein und nicht zuviel verlangen von einer so kurzen Spanne Zeit, die nicht

[7] Gemeint sind die Inflation der Nachkriegszeit und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Mark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

einfach das Neue wieder in das Alte verkehren kann.

Dann eins: Was Sie draussen in der Welt sehen, das klingt ganz zusammen mit dem, was Sie, Herr Vögler, ausgeführt haben. Sie werden eine grosse Anerkennung dessen sehen, was in Deutschland in den letzten Jahren an Wiederaufbauarbeit geleistet, und dessen, was vor sich gegangen ist an moralischer Konsolidierung. Sie selbst wiesen hin auf ein mir nicht bekanntes Buch[8], in dem davon gesprochen wird, dass auch der Arbeiter, der nicht wie der Führer im industriellen Unternehmen das Wachsen des Werkes als Segen seiner persönlichen Arbeit mitempfindet, doch den Begriff der Arbeitsfreude selbst bejaht. Wenn wir wieder in die Höhe kommen wollen, wird es nur dadurch gehen, dass wir uns auf diese Lebensphilosophie des Deutschen besinnen, der im Gegensatz zur Lebensphilosophie anderer Völker in der Arbeit und ihrem Ergebnis das Schönste eines gelebten Lebens sieht. Wir haben nicht die Weekend-Philosophie der Engländer, wir haben nicht die Rentnerphilosophie der Franzosen, wir haben den Gedanken, bis zum Letzten tätig sein zu wollen, und das Wort „in den Sielen sterben“, und solches Sterben als etwas Grosses ansehen, ist rein deutsch gedacht und widerspricht der Philosophie anderer Völker. Es ist vielfach bei Ihnen so, dass manchmal mit dem Titel „Junior“ noch Leute ausgezeichnet werden, die eigentlich auf einen anderen Titel schon Anspruch hätten, die aber nicht dazu kommen, weil der über ihnen stehende Senior sich selber noch als Junior fühlt und nicht dazu zu bewegen ist, seine Stelle etwa anderen zu geben. Das ist an sich gut so, denn, glauben Sie mir, was hier zu ordnen ist an Verwüstetem in der Industrie, in unserem ganzen so beengten Rohstoffwesen, in der Auseinandersetzung mit den sozialen Verhältnissen, in der Auseinandersetzung mit dem, was Massenpsychose bedeutet, in einer Zeit der Zusammenballung einmal der Großbetriebe, zum anderen der grossen Städte, in diesem ganz anderen Rhythmus des Lebens, in dieser Atmosphäre, wo Suggestionskraft auf die Massen an die Stelle der Einzelgesinnung tritt, diese Aufgabe ist so unendlich gross, dass sie nur gelöst werden kann, wenn Arbeit, Energie, Lebensvitalität und Arbeitsfreude einfach das Sinnbild des ganzen Schaffens in der Wirtschaft sind. Wenn Sie, verehrter Herr Vögler, die Frage aufgeworfen haben: Ja, tritt dann nicht die Freude an den schönen Dingen des Lebens hinaus aus der Seele dessen, der sich so sein Leben formt?, so möchte ich

[8] Vögler hatte in der vorangehenden Ansprache (vgl. oben Anm. 3) auf das kurz zuvor erschienene Buch von Hendrik de Man: Der Kampf um die Arbeitsfreude. Eine Untersuchung auf Grund der Aussagen von 78 Industriearbeitern und Angestellten. Jena 1927, verwiesen und daraus einige Ergebnisse referiert.

dazu sagen: Es braucht nicht so zu sein. Sie selbst haben, wie ich vorhin hörte, heute in einem Satze an ein Zitat aus Goethes[9] „Faust“ gedacht: Am Abend schätzt man erst das Haus! Denken Sie daran, dass dieser grosse Mensch, der viel zu gering bewertet wird, wenn man ihn einen grossen Dichter nennt, daß dieser grosse Mensch, der wohl das Schönste gesagt hat, was in deutschen Worten zu sagen ist, doch gleichzeitig ein tiefes Verständnis für Technik hatte, ein Mann, der in seiner Geschichte der Farbenlehre[10] versucht hat, sich auseinanderzusetzen mit Dingen, die heute hineinragen würden in das Gebiet der Chemie, ein Mann, der in einer Zeit, wo niemand an den Panamakanal dachte, sich mit der Frage beschäftigt hat, welche Umwälzung in der Welt vor sich gehen würde, wenn dieser Kanal einst gebaut sein würde[11], ein Mann, der in „Wilhelm Meisters Wanderjahren“[12] davon gesprochen hat, welche sozialen Umwälzungen es geben würde, wenn an Stelle des Handwerks die Fabrik träte. Sie sehen, dass alle Beschäftigung mit diesen Dingen, all dieses Sich-Hineinversenken in solche Dinge, doch ihn nicht hat hindern können, sich dem Schönsten zu weihen, was es gibt, der geistigen Betrachtung. Wenn Sie vorhin sprachen von der Arbeitsfreude, so werden Sie sie nirgends so ausgeprägt finden wie in dem Lebensideal, das diesem Manne vor Augen stand in seinem Lebenswerk, dem „Faust“, an dem er gearbeitet hat, von der Jugend an bis über die 80 Jahre. Er lässt ihn das Ganze durchwandern, was dem Menschen gegeben werden kann, die Freude am Prunk an Kaisers Hof, die Freude am Genuss der Sinnlichkeit, hier das verführte Bürgermädchen, dort die Idee der Helena als das Schönste, was es gibt. Und womit endet der Deutsche? Mit den Worten: Zum Augenblicke dürft’ ich sagen, Verweile doch, du bist so schön[13]; er lässt ihn sie aber nicht aussprechen im Rausche der Sinnlichkeit, nicht im Rausche des Glanzes, nicht in dem Augenblick, da er als

---

[9] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Nachfolgend zitiert Stresemann aus Goethes 1808 in seinem ersten Teil veröffentlichten „Faust. Eine Tragödie“ (Text des „Faust“ in: Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 3. 11. Aufl. München 1981, S. 10–145; das Zitat: S. 41).

[10] Gemeint sind Goethes 1810 erstmals veröffentlichte „Materialien zur Geschichte der Farbenlehre“ (Text ebd., Bd. 14. 6. Aufl. München 1981, S. 7–269).

[11] Goethe prophezeite im Gespräch mit Eckermann vom 21. Februar 1827 den Bau eines Kanals durch Mittelamerika, den die USA unternehmen würden (Text in Johann Peter Eckermann: Gespräche mit Goethe in den letzten Jahren seines Lebens. Hrsg. v. Fritz Bergemann. Bd. 1. [Frankfurt a. M.] 1981, S. 555–557).

[12] Gemeint ist Goethes erstmals 1821 veröffentlichter Roman „Wilhelm Meisters Wanderjahre“ (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 8. 13. Aufl. München 1994, S. 7–486). Vermutlich bezieht sich Stresemann hier auf die in Buch III, Kap. 14, behandelten Aspekte der Mechanisierung der Weberei.

[13] Ein leicht abgewandeltes Zitat aus Goethes Faust (vgl. oben Anm. 9); am genannten Druckort: S. 57.

Feldheer eine Armee führt, sondern in dem Augenblick, da er sieht, dass nach seinem Kommando eine seinem Willen folgende Arbeiterschaft ein grosses Kulturwerk vollbringt. Das ist deutsche Auffassung von Arbeitsfreude, das ist die Sinfonie des grossen Gedankens der Arbeit, der heute über unserem Leben stehen muss, wenn wir vorwärtskommen wollen.

Die Wirtschaft ist ja doch die einzige materielle Kraftquelle, die uns geblieben ist, auch für unsere Aussenpolitik. Es gibt drei Kraftquellen, auf die ein Aussenminister sich stützen kann: das eine ist die materielle Macht, die Armee, die Flotte, das letzte Mittel der Könige[14]; sie ist dahin. Es ist eine Torheit und Illusion, etwa in seine Rechnung einzustellen, was nicht mehr vorhanden ist. Damit tritt das zurück, was anderen in großen Machtkämpfen, wenn sie einmal entstehen, ihren grossen Rückhalt gibt. Das Zweite, das moralisch an die Stelle der materiellen Macht treten kann, ist der Idealismus eines geeinten Volkes. Ich bezweifle nicht, dass das deutsche Volk sich zu dem Idealismus einer Einheit erheben kann. Das hat es bewiesen bei allen Abstimmungen, bei denen es sich um abgetrennte Gebiete handelte[15], hat es bewiesen, als es einer Forderung, die uns im Versailler Vertrag gestellt wurde, bewusst nicht nachkam und sich durchsetzte, weil alles von links bis rechts daran einig war[16], aber selten findet es sich zusammen. Das Wort „Furor teutonicus“ ist gar nicht von einem römischen Schriftsteller[17] gebraucht in dem Sinne der Zusammenfassung der Kräfte nach aussen, wie es so oft zitiert wird. Furor Teutonicus, die Schlacht ist gewonnen, sagte der römische Feldherr[18], als er aus dem Stimmengewirr im Lager der Germanen erkannte, dass sie innerlich uneinig waren, und dass sie miteinander stritten, selbst vor der entscheidenden Schlacht. Gelingt es uns so nur selten, zu der Zu-

[14] Eine entsprechende Aufschrift („Ultima ratio regum“) ließ der französische Staatsmann Richelieu im Dreißigjährigen Krieg auf den Geschützrohren seiner Kanoniere anbringen; Friedrich II. tat es ihm etwa ein Jahrhundert später in der Variante „Ultima ratio regis“ nach.

[15] Der Versailler Vertrag sah für verschiedene bis dahin deutsche Grenzgebiete Volksabstimmungen über die künftige territoriale Zugehörigkeit vor, etwa in Schleswig, Oberschlesien, West- und Ostpreußen.

[16] Stresemann bezieht sich offenbar darauf, daß Art. 227–230 des Versailler Vertrags (VERTRAG VON VERSAILLES S. 104–105) bestimmte, daß Deutschland den Kaiser (der inzwischen in die Niederlande ins Exil gegangen war) und weitere der Kriegsverbrechen Beschuldigte zur Anklage vor alliierten Militärgerichten ausliefern müsse. Nach Inkrafttreten des Vertrags verlangten die Alliierten die Auslieferung, die jedoch von deutscher Seite verweigert wurde; statt dessen wurden Prozesse vor dem Reichsgericht in Leipzig in Aussicht gestellt, womit sich die Alliierten schließlich begnügten (vgl. zusammenfassend AKTEN DER REICHSKANZLEI, Müller I, S. 115–117 u. insb. Anm. 1).

[17] Der Ausdruck „Furor teutonicus“ wird dem römischen Dichter Lukan (39–65) zugeschrieben, der ihn in seinem Epos „De Bello civile“ vermutlich erstmals verwendete. Er wurde seit der Humanistenzeit als gebräuchlicher Ausdruck für deutsche Aggression benutzt. Für Stresemanns nachfolgende abweichende Herleitung des Begriffs konnten keine Belege ermittelt werden.

[18] Der betreffende Feldherr konnte nicht ermittelt werden (vgl. die vorherige Anm.).

sammenfassung der Kräfte zu kommen, dann bleibt doch eins, in dem wir eine Grossmacht geblieben sind, wenn auch mit verminderten Kräften, das sind unsere Wirtschaftsbeziehungen zum Auslande und das Interesse der anderen an der Kaufkraft eines deutschen 60-Millionen[-]Volkes. Dieses Interesse an einem kaufkräftigen deutschen Volke gibt uns naturgemäss die Möglichkeit, zu wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Ländern zu kommen, die dann auch ihre Märkte uns öffnen müssen. Auf diesem Gebiete haben sie mit Recht die Empfindung, dass das doch immer ausser Russland volkreichste Gebiet inmitten Europas seine Rolle zu spielen berufen ist, nicht nur in der Gegenwart, sondern auch in der Zukunft.

Wenn ich alles erwäge, was Sie, Herr Vögler, ausgeführt haben über das, was Ihnen besonders naheliegt, über das, was für Sie der Verlust der Luxemburger Werke[19] bedeutet, die Abschneidung von den Erzen, dass wir soweit vorwärtsgekommen sind, wo wir heute stehen, so zeigt das doch, dass es Arbeitsfreude, dass es Arbeitsenergie im deutschen Volke gibt. Deshalb lassen Sie mich hoffen, dass wir über manche Schwierigkeiten hinwegkommen, die in unseren Zeitverhältnissen liegen, und bei denen wir dieselben Fehler machen wie andere Nationen und erst aus den Fehlern klug werden, – dass wir dann mit der Wirtschaft als Trägerin der Lebensenergie des deutschen Volkes uns wieder hocharbeiten, nicht durch tönende Worte, sondern durch langsames Vorwärtsschreiten, das die anderen zwingt, mit uns als einem Faktor zu rechnen, den sie sich aus den ganzen Beziehungen der Völker nicht wegdenken können, ohne dass sie selbst Grosses damit aufgeben. Deshalb deutsche vaterländische Fortentwicklung, getragen von der deutschen Wirtschaft! Lassen Sie mich in diesem Sinne schliessen mit dem Bekenntnis zu der deutschen Wirtschaft und deutschen Arbeit als Trägerin deutscher Zukunft. (Stürmischer Beifall, Händeklatschen.)

[19] Der Montankonzern „Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-AG“, dessen Vorstand Vögler angehörte, hatte infolge des Versailler Vertrags seinen luxemburgischen und lothringischen Besitz und damit neben den Werken den Zugang zu Eisenerz verloren, wie nachfolgend angesprochen.

Rede auf dem Reformationsessen der Kaufmannschaft in Dresden vom 31. Oktober 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 264–265. – Teildrucke auch in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 2; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 516 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 516 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927[2]; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 516 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 813 (2. Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 705 (Morgenausgabe) vom 2. November 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22675 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 5; REICHSPOST, Nr. 299 vom 1. November 1927, S. 1; SCHULTHESS 68 (1927), S. 175–176.

Momentan ist die Wirtschaftslage günstig; Anleihen dürfen aber nur produktiven Zwecken dienen. Das Ausland darf nicht den Eindruck gewinnen, daß Deutschland über seine Verhältnisse lebt. Verwaltungs- und Reichsreform.

Wenn auch die Wirtschaftsentwicklung in den letzten Jahren günstiger geworden ist und wenn wir heute auf einen Tiefstand der Erwerbslosenziffern zurückblicken können[3], wie er in Vorkriegszeiten nicht erreicht wurde, so darf doch kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Entwicklung erhebliche Gefahren in sich birgt, weniger Gefahren für die Gegenwart als Gefahren für die Zukunft. Wir **brauchen** die Milliarden, die in Gestalt von Auslandskrediten in unsere Wirtschaft geflossen sind, und die Tatsache, daß durch diese Kredite das Schicksal anderer Nationen mit der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands verbunden wird, ist zu begrüßen. Aber nur die Milliarden, die hundertprozentig für produktive Zwecke Verwendung finden, sind eine gerechtfertigte Kapitalaufnahme, während nichtproduktive Auslandsanleihen

[1] Die Vorlage leitet ein, daß Stresemann „in Dresden bei einem traditionellen Jahres-Essen der Ressource der Dresdner Kaufmannschaft über die Gefahren der deutschen Wirtschaft folgendes ausgeführt“ habe.

[2] Die Wiedergabe in der „Berliner Volks-Zeitung“ (wie weitestgehend diejenigen Wiedergaben an den übrigen genannten Teildruckorten) entspricht, auch in den paraphrasierten und hier in den Anm. wiedergegebenen Passagen, derjenigen in der „Berliner Börsen-Zeitung“. Alle Wiedergaben dürften auf einem gemeinsam genutzten Agenturbericht beruhen. – Die verschiedenen Paraphrasen legen nahe, daß es sich bei der Vorlage nur um einen Auszug der Rede handelt.

[3] Laut BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 514 (Morgenausgabe) vom 30. Oktober 1927, war im Zeitraum vom 1. bis 15. Oktober 1927 die Arbeitslosenzahl erneut um 7,5 % gesunken.

eine schwere Belastung für uns bedeuten.[4]

Es ist ein großer Unterschied zwischen dem **Sein** des deutschen Volkes, das durch angestrengte Arbeit gekennzeichnet ist, und dem **Schein** der Sorglosigkeit und des Lebensgenusses, der sich leider in Deutschland mehr und mehr kundgibt. Man ist im Ausland geneigt, mehr nach dem Schein zu urteilen, namentlich in **den** Kreisen des Auslandes, mit der Behauptung gegen Deutschland arbeiten, daß das deutsche Volk absichtlich über seine Verhältnisse lebe, um die Unmöglichkeit der Erfüllung seiner Verpflichtungen darzutun.[5]

Ein Volk kann nicht den größten Krieg der Weltgeschichte verlieren und sich dann ein Durcheinander und Nebeneinander von Behörden leisten, wie es in Deutschland der Fall ist. Der schroffe Gegensatz zwischen der Rationalisierung der Wirtschaft und der **Verwaltung** ist ein Schulbeispiel dafür, daß die von der Regierung begonnene Reform der Verwaltung[6] berechtigt ist.[7] Wir können und wollen kein Land zwingen, seine Selbständigkeit aufzugeben, aber wer den Weg zum Reiche finden will, dem darf er nicht verwehrt werden[8]. Wir brauchen die Vereinheitlichung der Verwaltung aus den verschiedensten Gründen, nicht zuletzt, um unsere wirtschaftlichen Aufstiegsmöglichkeiten zu erhalten.[9]

---

[4] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 2, fährt an dieser Stelle paraphrasierend fort: „Dr. Stresemann wandte sich unter lebhaftem Beifall gegen die Art und Weise, in der sich deutsche Vitalität gegenwärtig Ausdruck verschafft. Das Uebermaß an Festen, an Bauten usw. entspreche nicht unserer tatsächlichen Lage und erwecke im Auslande den falschen Eindruck, als wenn das deutsche Volk, das den Krieg verloren habe, sich Dinge leisten könne, die den ‚Siegerstaaten' verwehrt sind. Dies sei eine große Gefahr für uns, der mit allen Mitteln entgegengetreten werden müsse."

[5] Ebd. wird hier paraphrasierend fortgefahren: „Dr. Stresemann wies im weiteren Verlauf seiner Darlegungen auf die Notwendigkeit der von der Reichsregierung erstrebten Verwaltungsreform hin."

[6] Das Reichskabinett hatte am 21. Oktober 1927 in einer Ministerbesprechung die Frage der Verwaltungsreform diskutiert und eine Kommission eingesetzt „für Vorarbeiten zwecks Erzielung von Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung" (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1010–1011).

[7] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 2, fährt hier paraphrasierend fort: „Dr. Stresemann zitierte die Mahnung eines Lokomotivführers am List-Denkmal in Leipzig, in welcher der Wunsch ausgesprochen sei, daß der Deutschen Reichsbahn bald auch die Vereinheitlichung des Reiches folgen möge."

[8] Stresemann reagiert hier wohl auf die öffentlichen Diskussionen über die Fragen der Verfassungsreform, der Neugliederung des Reiches und dessen Vereinheitlichung. Insbesondere die DDP drängte darauf, den Weg zum Einheitsstaat in Angriff zu nehmen, wie sie am 22. und 23. Oktober 1927 auf ihrem „Preußentag" beschlossen hatte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 172); auch ihr Vorsitzender Erich Koch(-Weser) war in den vorangegangenen Wochen an die Reichsregierung herangetreten mit dem Ziel, daß die „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reichs" einberufen werden solle, was jedoch vorerst von der Regierung abgelehnt wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1011).

[9] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 511 (Morgenausgabe) vom 1. November 1927, S. 2 fährt hier in direkter Rede fort: „Wir können nicht der optimistischen Auffassung leben, daß wir als Volk auf die Dauer in den Verhältnissen leben wie jetzt, wenn wir nicht den Mut aufbringen, entscheidende Schritte in dieser Beziehung zu tun."

Nur wenn wir uns des Ernstes der Lage, in der wir uns befinden, bewußt werden, wenn wir die Gefahren, die unserer wirtschaftlichen Zukunftsentwicklung drohen, erkennen, wenn wir die Zeichen, die im Überwiegen des Imports gegenüber dem Export liegen, verstehen und für die Abänderung der bestehenden Verhältnisse sorgen, wird unsere jetzige relativ gute Lage sich aufrechterhalten lassen.

Rede auf einer Tagung von Parteivorstand und Parteiausschuß der DVP in Halle vom 12. November 1927[1]

Nach SCHULTHESS 68 (1927), S. 182.

Ländern, die im Reich aufgehen wollen, darf man dies nicht verwehren.

Ich will mich nicht auf den Standpunkt stellen, daß man die Länder zwingen sollte, im Reiche aufzugehen[2]. Man darf aber Länder, die die Absicht haben, als Reichsländer in dem Reiche aufzugehen, und nicht mit anderen Ländern sich verschmelzen wollen, daran nicht hindern.[3]

---

[1] Zur betreffenden Tagung und ihrer Entschließung vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 731–732 (unter dem Datum 10./11. November 1927); SCHULTHESS 68 (1927), S. 179 (unter dem Datum 12. November 1927). Nach der lediglich paraphrasierenden Berichterstattung in verschiedenen Tageszeitungen fand die Tagung aber wohl am 12. November 1927 statt. – Der nachfolgende kurze Auszug aus Stresemanns Rede wird in der Vorlage im Zusammenhang einer anderen Rede als Verweis auf die Rede vom 12. November 1927 geboten. Dort heißt es unter einer paraphrasierten Rede vom 21. November 1927: „Zur Frage der Reichsreform verweist Stresemann auf seine Rede in Halle, wo er am 12. Nov. darüber folgendes erklärte:“

[2] Stresemann reagiert hier wohl auf die öffentlichen Diskussionen über die Fragen der Verfassungsreform, der Neugliederung des Reiches und dessen Vereinheitlichung. Insbesondere die DDP drängte darauf, den Weg zum Einheitsstaat in Angriff zu nehmen, wie sie am 22. und 23. Oktober 1927 auf ihrem „Preußentag“ beschlossen hatte (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 172); auch ihr Vorsitzender Erich Koch(-Weser) war in den vorangegangenen Wochen an die Reichsregierung herangetreten mit dem Ziel, daß die „Zentralstelle für die Gliederung des Deutschen Reichs“ einberufen werden solle, was jedoch vorerst von der Regierung abgelehnt wurde (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1011).

[3] In der Vorlage wird ein weiterer Satz paraphrasierend wiedergegeben: „In dieser Frage werde durch das Fehlen von entsprechenden Bestimmungen in der R[eichs-]V[erfassung] einer Entwicklung, die in manchen Ländern nicht aufzuhalten sei, entgegengearbeitet.“

Rede vor der Presse in Wien vom 15. November 1927[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22689 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927, S. 3–4. – Druck (mit minimalen Abweichungen) auch in WIENER ZEITUNG, Nr. 262 vom 17. November 1927, S. 2–3. – Teildrucke (teilweise mit starken Abweichungen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 537 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927, S. 1; BERLINER TAGEBLATT, Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 537 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; VORWÄRTS, Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; REICHSPOST, Nr. 313 vom 16. November 1927, S. 2–3; ARBEITER-ZEITUNG, Nr. 313 vom 16. November 1927, S. 3; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 537 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 734 (Morgenausgabe) vom 17. November 1927; SOCIÉTÉ DES NATIONS. Revue 10 (1928), S. 225–230; SCHULTHESS 68 (1927), S. 213–214.

Der Besuch von Reichskanzler und Außenminister in Wien verfolgt keine geheime Agenda, sondern soll das Verbundenheitsgefühl stärken. Die beste Friedenspolitik ist diejenige, die das Mißtrauen zwischen den Nationen abbaut, was in Deutschland von fast allen politischen Kräften mitgetragen wird. Kommentiert Reden ausländischer Staatsmänner.

Meine verehrten Herren! Ich habe persönlich darum gebeten, daß mir Gelegenheit geboten würde, anläßlich unseres Wiener Aufenthaltes[2] auch einige Worte an die Vertreter der internationalen Presse zu richten, und ich danke Ihnen dafür, daß Sie

---

[1] Die VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927, führt in ihrem Artikel unter der Überschrift „Deutschlands Friedenspolitik. Stresemann an die Weltpresse“ einleitend aus: „In der deutschen Gesandtschaft hielt heute abend Reichsaußenminister Dr. Stresemann vor zahlreichen Vertretern der in- und ausländischen Presse eine politische Rede. Augenscheinlich ergriff er gern die Gelegenheit, um auf die letzten Erklärungen englischer und französischer Staatsmänner, Balfours, Lloyd Georges, vor allem aber Briands eine Antwort zu geben. Sein Aufenthalt in Wien dünkte ihm besonders geeignet, erneut der Welt ein Mahnwort zur Verständigung und zum Frieden zuzurufen, damit zugleich aber auch jenen Gerüchten entgegenzutreten, die in tendenziösester Weise die Absichten dieses reichsdeutschen Besuches in Wien mißdeutet hatten.“ – Im BERLINER TAGEBLATT, Nr. 545 (Morgenausgabe) vom 18. November 1927, läßt ein Artikel den Wienbesuch von Marx und Stresemann auch in atmosphärischer Hinsicht Revue passieren und dabei insbesondere diese Rede Stresemanns vor der Presse. Danach habe er ein Manuskript vor sich liegen gehabt (möglicherweise die in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 224–225, abgedruckte Disposition), „aber er hat nicht ein einziges Mal hineingesehen“.

[2] Marx und Stresesemann besuchten Wien am 14. und 15. November 1927 (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 212–214). – Zu ihren politischen Gesprächen vgl. das von österreichischer Seite aufgezeichnete undatierte Résumé in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 245–255, sowie das Gesprächsprogramm und ein Gesprächsprotokoll vom 14. November 1927 in AUSSENPOLITISCHE DOKUMENTE DER REPUBLIK ÖSTERREICH 6, S. 159–176.

aus diesem Anlaß so zahlreich erschienen sind.

Lassen Sie mich zunächst einiges über die **Kommentare** sagen, die der Besuch des Herrn Reichskanzlers[3] und mein Besuch in Wien gefunden haben. Das, was politisch über die Empfindungen, von denen wir bei diesem Besuche ausgegangen sind, darzulegen ist, ist gestern in den Ansprachen zum Ausdruck gekommen, die zwischen dem Herrn Bundeskanzler[4] und dem Herrn deutschen Reichskanzler gewechselt wurden. Aber der Presse genügt das nicht und sie kommentiert, daß es sich sicherlich nicht nur um einen Höflichkeitsbesuch handle. Es ist schließlich ganz **selbstverständlich,** daß, sowie [!] die **Staatsmänner** zum Beispiel **in Genf jede Gelegenheit benützen,** um ihre **Ansichten über jene Fragen, die sie speziell angehen, auszutauschen, das auch zwischen uns geschehen ist[5].** Eigentlich hätte ich einen ganz anderen Kommentar erwartet, nämlich den, daß es auffällig sei, daß mehr als drei Jahre vergangen sind, seitdem der Reichskanzler und der Außenminister in Wien gewesen sind[6]. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind Nachbarländer, **wir sind Länder derselben Kulturgemeinschaft.** Niemals hat das Feuer der deutschen Kulturgemeinschaft alle, die deutschen Blutes sind, so stark erwärmt, wie es[7] in der Zeit, seitdem der große Krieg neue Grenzen geschaffen und die alte Stellung, die wir in der Welt hatten, herabgemindert hat. **Gerade Not, Drangsal und Trübnis haben das Gemeinschaftsgefühl** – nicht nur zwischen Oesterreich und Deutschland, sondern in allen Ländern – **hell entfacht.** Deshalb ist es wohl selbstverständlich, daß die beiden Nachbarländer, die durch Sprach- und Blutsgemeinschaft verbunden sind, auch die Beziehungen ihrer Regierungen pflegen.

Es hat mich sehr heiter gestimmt, wenn ich in einem Blatte[8] las, daß der französisch-jugoslawische Vertrag[9] uns nach Wien getrieben hätte und daß wir

---

[3] Wilhelm Marx (1863–1946), Reichskanzler 30. November 1923 – 15. Januar 1925 und 17. Mai 1926 – 29. Juni 1928; Reichsjustizminister (und beauftragt mit dem Ministerium für die besetzten Gebiete) 20. Januar – 17. Mai 1926; Preußischer Ministerpräsident Februar – März 1925; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für das Zentrum; dessen Parteivorsitzender 1922–1928; Fraktionsvorsitzender 1921–1924, 1926).

[4] Ignaz Seipel (1876–1932), österreichischer Bundeskanzler 31. Mai 1922 – 20. November 1924, 20. Oktober 1926 – 4. Mai 1929. – Zu seiner Ansprache vom 14. November 1927 vgl. u. a. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 535 (Morgenausgabe) vom 15. November 1927. Die nachfolgend erwähnte Ansprache von Marx ebd.

[5] Zu den gemeinsamen Beratungen vgl. die in Anm. 2 genannten Quellen.

[6] Stresemann besuchte zusammen mit Marx, der auch damals Reichskanzler war, Wien im März 1924; vgl. (in dieser Edition) seine Rede in Wien vom 20. März 1924.

[7] So in der Vorlage. Das „es“ erscheint überflüssig.

[8] Die entsprechende Zeitung bzw. der Artikel konnten nicht ermittelt werden.

[9] Am 11. November 1927 war in Paris ein Freundschafts- und Schiedsvertrag zwischen Frankreich und Jugoslawien unterzeichnet worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 310–312).

in überstürzter Weise abgereist wären. Man hat entdeckt, daß wir schrittweise den Weg des Anschlusses gehen und allerhand vorhätten, zum Beispiel das Paßvisum zwischen Österreich und Deutschland abgeschafft haben[10]. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkte, daß das **Paßvisum zwischen sämtlichen Ländern der Erde je früher desto besser abgeschafft** werden sollte. (Lebhafte Zustimmung und Beifall.) Denn die Menschen, die man nicht gern im Lande hat, kommen auch ohne Paßvisum, jenen aber, die man gern im Land sieht, wird durch das Paßvisum die Einreise erschwert. Wenn man in der Zeit der Weltwirtschaftskonferenz[11], in einer Zeit, wo man von Vereinigten Staaten von Europa spricht, schon darüber nervös wird, daß das Paßvisum zwischen zwei Staaten abgeschafft wird, so muß die **Nervosität schon einen sehr starken Grad angenommen** haben und **verlangt dringend nach politisch-ärztlicher Abhilfe.** Wenn weiterhin davon gesprochen wird, daß wir an der **Rechtsangleichung** zwischen Deutschland und Oesterreich arbeiten[12], so weiß jedermann, daß wir uns darüber freuen, daß uns unser Besuch in Wien die Möglichkeit gibt, den verehrten Geheimrat **Kahl[13]** neben anderen hervorragenden Gelehrten in Wien zu begrüßen, und das österreichische und deutsche Parlamentarier sich darum bemühen, eine gemeinsame Grundlage für das neu zu schaffende Strafgesetzbuch zu finden. Ich hoffe, daß das nicht das einzige Gebiet bleibt, auf dem man sich über die Grenzen hinaus zur gemeinsamen Verständigung die Hand reicht. (Beifall.) **Wer überhaupt in der großen internationalen Politik für Verständigung eintritt, darf sie nicht da angreifen, wo sie sich aus der Theorie in die Praxis umzusetzen beginnt,** wenn er es ehrlich mit seiner Theorie meint. (Beifall.)

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhange einige Worte über die **Grundsätze der deutschen Außenpolitik** sagen. Es sind in der letzten Zeit zwei **bedeutsame**

---

[10] Das Abkommen zwischen Deutschland und Österreich über die Abschaffung des Visumzwangs war bereits am 12. August 1925 in Kraft getreten (vgl. ebd., 66 [1925], S. 209).

[11] Die Weltwirtschaftskonferenz hatte vom 4. bis zum 23. Mai 1927 in Genf getagt; Protokolle und Anlagen sind veröffentlicht in VERLAUF UND ERGEBNIS DER INTERNATIONALEN WIRTSCHAFTSKONFERENZ.

[12] Das BERLINER TAGEBLATT, Nr. 538 vom 13. November 1927, berichtete, daß sich parallel zur Kanzler- und Außenministerreise „zehn Mitglieder des 32. Reichstagsausschusses (Ausschuß zur Reform des Strafgesetzbuches) nach Wien begeben, um dort mit einem Unterausschuß des österreichischen Strafrechtsausschusses [...] sich mit der Frage der Rechtsangleichung auf dem Gebiete des Strafrechts [zu] beschäftigen“. Zur aktuellen Arbeit der Ausschüsse am 15. November 1927 vgl. ebd., Nr. 542 (Morgenausgabe) vom 16. November 1927.

[13] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP). – Kahl war aktuell Vorsitzender des in der vorangegangenen Anm. genannten Reichstagsausschusses.

Reden gehalten worden: die eine von Herrn **Baldwin[14],** die andere von Herrn **Briand[15].** Beide Staatsmänner hoben die große Bedeutung der Verträge hervor, die in den letzten Jahren zwischen den sogenannten Locarnomächten[16] abgeschlossen worden sind, und sie gedachten dabei des Anteiles, den Deutschland und seine verantwortlichen Staatsmänner an dieser Entwicklung genommen haben. Sie werden verstehen, daß diese Ausführungen mich mit Genugtuung erfüllt haben. Ich habe besonders der Stelle in den Ausführungen Briands zugestimmt, daß er um so mehr diese Politik anerkennen müsse, als diejenigen, die diese Politik einschlagen, mit großen Widerständen zu kämpfen hatten. Das ist vollständig richtig. Die Widerstände kamen von außen und von innen. Von außen kamen sie deshalb, weil es **immer noch Gruppen von Menschen gibt, die die Kriegspsychose nicht überwinden können** und gegen jedermann von Mißtrauen erfüllt sind. Briand hat davon gesprochen, daß eine Politik des Friedens die Politik der Sicherheiten nicht ausschließe. **Die beste Sicherheit für die Erhaltung des Friedens ist die Bekämpfung des Mißtrauens zwischen den Nationen.** Für uns in Deutschland ist der Gedanke, daß nur eine friedliche Entwicklung überhaupt die Möglichkeit einer Wiederaufrichtung der Stellung Europas gi[b]t[17], eine Selbstverständlichkeit. **Hinter dieser Politik steht eine so große Mehrheit des deutschen Volkes, daß diejenigen extremen Splitter von links und rechts, die sich hier nicht anschließen, keine Bedeutung beanspruchen** können. Diese Selbstverständlichkeit gilt für diejenigen nicht nur, die unterlegen sind, sondern auch für diejenigen, die sich Sieger nennen und für diejenigen, die in den Krieg nicht verwickelt waren. Die ältesten Zusammenhänge in der Weltwirtschaft sind heute zerrissen und bis heute noch nicht auf den normalen Stand gebracht, den man früher als selbstverständlich angesehen hat. Die Beziehungen zwischen den Rohstoffländern und den Ländern mit Fertigindustrie sind durch die Wirkungen der Kriegs- und Nachkriegszeit zerstört worden. Der einzige feste Boden, auf dem die Wirtschaft der Völker gedeihen kann, ist vernichtet, es ist ein solches

---

[14] Stanley Baldwin (1867–1947), britischer Premierminister 22. Mai 1923 – 22. Januar 1924, 4. November 1924 – 5. Juni 1929, 1935–1937; Schatzkanzler 1922–1923. – Zu seiner Rede beim Bankett in der Guildhall vom 9. November 1927 vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 267–268.

[15] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918. – Zu seiner Rede in Nantes vom 13. November 1927 vgl. ebd., S. 312–313.

[16] Gemeint sind die Mächte, die 1925 die Verträge von Locarno abschlossen, und im engeren Sinn wohl Deutschland, Frankreich und Großbritannien.

[17] In der Vorlage fälschlich „gilt“.

Chaos geschaffen worden, daß derjenige, der den Wiederaufstieg ehrlich will, alles tun muß, damit nicht ein zweitesmal ein solches Chaos herbeigeführt werde. **Es wäre ein Verbrechen, wenn irgend jemand auch nur den Finger dazu böte, um eine Wiederholung dieser Katastrophe herbeizuführen.** (Lebhafter Beifall.)

Obwohl hinter uns, die wir wohl alle auf diesem Boden stehen – und schließlich ist das ja der Sinn der Verträge von Locarno[18] – das Weltgewissen steht, bedarf es trotzdem noch gewisser Anstrengungen, um diejenigen zurückzuweisen, die dieses Vorwärtsschreiten stören wollen. Bundeskanzler **Dr. Seipel** hat gestern mit vollem Recht ein Beispiel all dessen angeführt[19], was noch vor wenigen Jahren vor uns stand. Er hat gebeten, einmal ein Zeitungsblatt zur Hand zu nehmen und sich die Situation anzusehen, vor der wir noch vor drei oder vier Jahren gestanden haben. Er fügte hinzu: „Es wird Ihnen sein, als wenn Ihnen ein Medusenhaupt entgegenstarrte, wenn Sie nur daran denken, wie es damals gewesen ist." Das gilt für Sie in Oesterreich wie für uns in Deutschland, gilt für viele draußen in der Welt und würde für Sie alle wieder gelten, wenn wir nicht auf dem Wege vorausschritten, von dem ich gesprochen habe. Und wenn ich davon spreche, daß hinter dieser Politik in Deutschland die ganze [!] große Mehrheit aller Parteien steht, wenn man in diesem Zusammenhang auf die **Extreme** hinweist, so sind sie ja **erst durch den Krieg geschaffen** worden. Wir hätten das Extrem der äußersten Linken ohne die Verwirrung nicht, die die Kriegs- und Nachkriegszeit gebracht hat, wir hätten auch das Extrem der äußersten Rechten nicht, wenn nicht bei uns **durch den Krieg und durch die Nachkriegszeit** die gute Mittellage des Staatsschiffes, sein **Bürgertum und sein Beamtentum,** das am besten die ruhige Fahrt des Staatsschiffes gewährleistet, **so proletarisiert** worden wäre (Beifall), wenn nicht das, was die Menschen als sittliche Grundlage des Volkes ansehen, so auf den Kopf gestellt worden wäre, daß der **Mann, der die meisten Opfer für den Staat gebracht hat, zum Bettler geworden** wäre[20]. Töricht der Mensch, der nicht versteht, daß man sich, wenn noch nicht zehn Jahre seit Ende des Krieges vergangen sind, nicht wundern darf über konvulsivische Zuckungen in einem Erdteil, der so aufgewühlt wurde, wie unser Europa nach dem Kriege. (Beifall.) Das darf aber nicht hindern, daß diejenigen, die sich hier mit der

---

[18] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge; Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215.

[19] Gemeint ist: in der in Anm. 4 nachgewiesenen Ansprache.

[20] Stresemann bezieht sich wohl in erster Linie auf die Kriegsanleihen, die durch Inflation und schließlich Hyperinflation praktisch wertlos wurden.

größten Energie und Tatkraft an de[n][21] **Wiederaufbau Deutschlands** gemacht und erkannt haben, daß dieser Wiederaufbau und der **Wiederaufbau der Welt nur im friedlichen Wege geschehen kann,** sich gegen alle wenden, die diese Entwicklung irgendwie gefährden.

Man hat in letzter Zeit dem Umstand einige Beachtung geschenkt, daß von der **Möglichkeit einer Differenz bezüglich Vereinbarungen** gesprochen wurde, die mit dem Namen **Dawes[22] verknüpft** sind. Ich darf mich darauf beschränken, demgegenüber darauf hinzuweisen, daß bisher die **feste Ordnung eines Reparationsplanes,** wie er vereinbart wurde, **eingehalten** wurde und daß es die Absicht der Reichsregierung und ihr **fester Wille** ist, **diese Grundlage festzuhalten.** Wenn einst eine Neuordnung der großen internationalen Finanzverpflichtungen eine Neuordnung auch der letzten Basis auf Grund weltwirtschaftlicher Erkenntnis bedingt, wird die Zeit gekommen sein, durch die Finanzsachverständigen der Welt zu prüfen, welche neuen Formen für die Lösung dieser Frage zu fordern sind.

Lloyd-George[23], der oft sehr witzig ist, hat neulich, ich weiß augenblicklich nicht, **ob nur als Mann der Opposition gegen seinen Außenminister[24] oder gegen die Außenminister von Locarno,** von dem Storch gesprochen, der auf einem Bein in den Gewässern des Lago Maggiore steht und mit Selbstzufriedenheit auf die Ergebnisse von Locarno blickt; es käme darauf an, nicht dauernd in dieser Stellung zu verharren. **Lloyd-George** hat vollkommen recht. **Er hätte noch hinzufügen können, mit dem Flügelgeklapper über die Erfolge von Locarno ist es auch nicht getan.** Aber wenn man nachdenken wollte, was mit dieser Etappe der Neuorientierung in Europa beabsichtigt war, könnte man auch zu dem Ergebnis kommen – ich weiß nicht, ob ich das in der Rede Lloyd-Georges gelesen habe –, daß beispielsweise **mit einem ewigen Frieden am Rhein, mit der gegenseitigen Sicherung, daß nie wieder der Kampf die Menschen an diesem Strom trennen würde,** daß eine der größten Mächte der Welt diese Verpflichtung übernommen hat, über diesen Frie-

---

[21] In der Vorlage, wohl fälschlich, „dem“.

[22] Charles Gates Dawes (1865–1951), US-amerikanischer Bankier und Politiker; Vorsitzender des 1. Sachverständigenausschusses 1924; Vizepräsident der Vereinigten Staaten von Amerika 1925–1929; Botschafter in London 1929–1932. – Mit den „Vereinbarungen“ sind der Dawes-Plan von 1924 gemeint und die dazu neuerdings geführten Diskussionen, ob er bzw. die Reparationsfrage neu behandelt werden müsse.

[23] David Lloyd George (1863–1945), britischer Premierminister 1916–1922. – Die nachfolgend angesprochene Rede hielt Lloyd George am 7. November 1927 (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 266–267).

[24] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

den zu wachen[25], eine **weitere Besetzung deutschen Bodens[26] weder logisch noch moralisch vereinbar ist.** (Lebhafter Beifall.)

Wir wissen, daß der **Gedanke der Schiedsgerichtsbarkeit** seither **Fortschritte** gemacht hat. Wir haben mit einer ganzen Reihe von Staaten solche Verträge abgeschlossen und sind dann einen Schritt weitergegangen und haben auf der Tagung des Völkerbundes in Genf den **Beitritt Deutschlands zur fakultativen Klausel des Haager Schiedsgerichtes[27]** erklärt und dadurch das Fakultative für uns zum Obligatorium gemacht. Aber wir **sind bisher die einzige größere Macht, die das ohne Reserve getan** hat, und ich möchte auch hier der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser erste Schritt die Schritte anderer nach sich zieht. Wir hören in der heutigen Zeit davon sprechen, daß man den Frieden organisieren müsse. Unzweifelhaft! Aber es gehört ein Zweites hinzu. Organisiert man den Frieden durch den Gedanken der Schiedsgerichtsbarkeit, organisiert man ihn durch das Suchen nach Lösungen des Problems der Sicherheitsfrage, von dem wir uns nicht ausgeschlossen haben und dem wir auch bei den künftigen Tagungen des Völkerbundes unsere Mitarbeit durchaus leihen werden, **dann gehört zur Organisierung des Friedens auch unzweifelhaft die Bekämpfung der Organisierung des Krieges!** (Lebhafter Beifall.) Daß **auf dem Gebiete der Abrüstung diese Organisierung des Friedens bisher wenig Fortschritte** gemacht hat[28], das ist das Einzige, was den Pessimisten recht gibt, die sich gegen die Entwicklung der europäischen Politik wenden, indem sie bemerken, daß sie, wenn sie Früchte getragen hätte, auch hier praktisch zu einem besseren Ergebnis hätte führen müssen. Ich gebe jedoch die Hoffnung nicht auf, daß die Beratungen und Besprechungen in Genf, bei denen nebeneinander einmal das Problem der Sicherheit und zweitens das Problem der Abrüstung zur Sprache kommen, von dem Gedanken der gegenseitigen Verständigung, von dem Gedanken des Friedens eingegeben sein mögen, die die einzige Gewähr eines Resultates in sich bergen.

---

[25] Gemeint sind der wesentliche Inhalt der Verträge von Locarno (Gewaltverzicht in bezug auf die deutsche Westgrenze) und die Rolle Großbritanniens als Garantiemacht.

[26] Stresemann bezieht sich hier auf die Frage der Räumung der noch besetzten beiden südlichen Rheinlandzonen. – Vgl. dazu zuletzt den telegraphischen Bericht des Pariser Botschafters Hoesch über ein Gespräch mit dem französischen Kriegsminister Painlevé vom 1. Oktober 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, B 7, S. 3–5).

[27] Zum deutschen Beitritt zur Fakultativklausel des Ständigen Internationalen Gerichtshofs vgl. in dieser Edition Stresemanns Redebeitrag in der Völkerbundsversammlung in Genf vom 23. September 1927.

[28] Zum weiteren Vorgehen in der Abrüstungsfrage hatte am 26. September 1927 die Völkerbundsversammlung eine Resolution angenommen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 531). – Zu Stresemanns Aufforderung zu Anstrengungen in der Abrüstungsfrage vgl. auch (in dieser Edition) seine Rede vor der Völkerbundsversammlung in Genf vom 24. September 1927.

Letzten Endes ist es der Geist, der sich den Körper baut[29], und **wichtiger als alle Paragraphen internationaler Verträge ist der Geist, in dem sie abgeschlossen werden.** (Beifall.) Wir wollen unsererseits jetzt auch auf wirtschaftlichem Gebiete die Nachkriegswirkungen zu beseitigen suchen und hierbei auch jene auf Vertrag beruhende **wirtschaftliche Annäherung** pflegen, die gleichfalls notwendig ist. **Wir stehen mit verschiedenen Nachbarvölkern im Osten vor solchen Problemen[30],** und auch hier bin ich überzeugt, daß es von dem guten Willen abhängig sein wird, mit dem man an diese Dinge herangeht, ob ein Resultat erzielt wird, das ich meinerseits herzlich erhoffe, weil ich wünsche, daß, nachdem zehn [!] Jahre seit Ende des Krieges vorüber sind, **die Bahn frei werde für normale Verhältnisse** zwischen allen Völkern, der Blick, wie der Herr Bundeskanzler sagte[31], nach vorwärts gerichtet sei und, nicht in Vergangenheit allein befangen, aufgehe in Resignation oder Uebermut auf der einen und Haß- und Rachegedanken auf der anderen Seite. Der Mitarbeit der deutschen Regierung bei der Lösung all dieser Fragen können die anderen Völker versichert sein.

Locarno war in Gefahr, als eine Idee von Staatsmännern betrachtet zu werden, die nicht wußten, ob sie ihre Völker hinter sich hätten. Ich glaube, daß das heute der Fall ist. Wenn Locarno ein Symbol ist, ein Symbol für Ausschluß des Krieges und der Gewalt, und damit Symbol für einen Weltwettstreit, der nur auf dem Gebiete der Kultur und der Emporentwicklung der Menschheit ausgefochten wird, dann möchte **ich wünschen, daß der gemeinsam betretene Weg zu einem Locarno aller Völker führen möge.** (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

---

[29] Stresemann paraphrasiert hier ein Zitat aus Friedrich Schillers 1799 uraufgeführtem Trauerspiel „Wallensteins Tod“ (vgl. Schillers Werke. Nationalausgabe. Bd. 8. Neue Ausg., Teil II. Weimar 2010, S. 5–151; das Zitat S. 73).

[30] Stresemann bezieht sich wohl in erster Linie auf die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen; zu deren Stand vgl. die telegraphische Weisung Stresemanns an die Gesandtschaft Warschau vom 5. November 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK, B 7, S. 173–175).

[31] In Seipels in Anm. 4 nachgewiesener Rede vom 14. November 1927.

Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Braunschweig vom 21. November 1927[1]

Nach NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22695 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927, S. 3.

Die Haltung der DVP zum Schulgesetzentwurf.

Schon vor 25 Jahren, sagte Dr. Stresemann unter anderm[2], hat Professor **Kahl[3],** der heutige Senior der Partei, in Eisenach erklärt, daß der **Streit über konfessionelle oder Simultan-Schulformen[4] für die Partei keine grundsätzliche Frage bedeutet,** sondern eine mehr taktisch-praktische, die nach **regionalen Gesichtspunkten zu entscheiden ist.** Ebenso hat sich auch das Leipziger Programm der Partei[5] ausgesprochen. **Wo in Jahrzehnten bewährte Schulformen** entstanden sind, gleichgültig ob konfessionelle oder simultane, **sollten sie erhalten bleiben.** In diesem Standpunkte der Partei kommt die Achtung vor der gesetzlichen Entwicklung zum Ausdruck, nicht aber, wie hie und da fälschlich behauptet wird, die Sehnsucht nach Kompromissen.[6]

---

[1] Die Vorlage, ein Artikel mit der Überschrift „Die Stellungnahme der deutschen Volkspartei zum Reichsschulgesetz", berichtet zunächst paraphrasierend über die Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Braunschweig. „Man beschäftigte sich mit dem zurzeit innerpolitisch bedeutsamsten Problem des Reichsschulgesetzes. [...] In der Aussprache erinnerte Reichsaußenminister Dr. Stresemann daran, daß die Nationalliberalen in der Schulfrage immer einen toleranten Standpunkt eingenommen haben." – In der Vorlage, S. 1, ist eine weitere zusammenfassende und in indirekter Rede gehaltene Berichterstattung über Stresemanns Rede zu finden, aus der hervorgeht, daß es sich bei dem hier Wiedergegebenen um einen Auszug der Rede handeln muß. – Die Tagung des Zentralvorstandes sowie das nachfolgende Stück dieser Edition sind wohl auch auf dem Hintergrund zu sehen, daß am 27. November 1927 im Freistaat Braunschweig Landtagswahlen anstanden. Aktuell wurde die Landesregierung vom DVP-Mitglied Gerhard Marquordt geleitet.

[2] Dieser Teilsatz – als paraphrasierender Einschub – so in der Vorlage.

[3] Wilhelm Kahl (1849–1932), Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1932 (für die DVP). – Die nachfolgend angesprochene Erklärung konnte nicht ermittelt werden.

[4] Ein Kabinettsentwurf für ein Reichsschulgesetz, der die Möglichkeit der Errichtung von Konfessionsschulen in den Ländern unterschiedlich regelte, war im Reichsrat am 14. Oktober 1927 abgelehnt worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 166). Die Reichsregierung hatte ihren Entwurf dennoch dem Reichstag vorgelegt, der vom 18. bis 20. Oktober 1927 in 1. Lesung darüber beriet und den Gesetzesentwurf anschließend in den Bildungsausschuß überwies (vgl. zusammenfassend ebd., S. 167–170).

[5] Gemeint sind die „Grundsätze" der DVP, die am 19. Oktober 1919 in Leipzig beschlossen wurden; Text des Programms u. a. in TREUE S. 127–135; die betr. Passage zur Schule: S. 130.

[6] Die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 545 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927, S. 2, gibt in ihrem Artikel über die Beratungen als deren Abschluß eine Entschließung der DVP wieder, die im wesentlichen die „liberale Ausgestaltung des Schulwesens" fordert und konfessionelle Einflüsse auf die Schule minimieren will.

Rede auf einer öffentlichen Versammlung des Landesverbandes der DVP in Braunschweig vom 21. November 1927[1]

Nach KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 745b (Abendausgabe) vom 22. November 1927. – Teildrucke (mit geringen Anteilen direkter Rede und breiter Paraphrasierung, teilweise auch abweichend) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 545 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927, S. 2; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 545 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927; VORWÄRTS, Nr. 551 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927; BRAUNSCHWEIGISCHE STAATSZEITUNG, Nr. 273 vom 22. November 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22695 (Morgenausgabe) vom 22. November 1927, S. 1; WIENER ZEITUNG, Nr. 267 vom 23. November 1927, S. 6.

Lehnt Forderungen des „Stahlhelm" nach dem Aufgeben der bisherigen Außenpolitik ab. Sollte die DNVP in Braunschweig der Forderung zustimmen, stellt sie sich gegen ihre Reichspartei. Die Kreise um Foerster und Mertens sind die Verräter an einer Politik der Verständigung.

Wenn sich der Landesverband Braunschweig des **Stahlhelms** in seinen Forderungen an die politischen Parteien gegen die Fortsetzung einer **Außenpolitik** ausspricht, die von Demütigung zu Demütigung geführt habe, so muß ich das ganz entschieden **zurückweisen,** wie es auch die Volkspartei Braunschweigs bereits getan hat[2]. Sollte es richtig sein, daß die deutschnationalen Braunschweiger dieser „Forderung" nachgegeben haben, so stellen sie sich damit in schroffsten Widerspruch gegen die deutschnationale Reichsparteileitung und die deutschnationalen Kabinettsmitglieder. Die Außenpolitik, die von der Londoner Konferenz[3] über die Befreiung der

---

[1] Die Vorlage leitet die Berichterstattung ein: „Im Anschluß an die Sitzung des Zentralvorstands der Deutschen Volkspartei, in der alle großen Fragen der innern und äußern Politik behandelt wurden [vgl. in dieser Edition das vorangehende Stück], wurde eine öffentliche Versammlung veranstaltet, in der Reichsminister des Äußern Dr. Stresemann das Wort zu einer kurzen Ansprache nahm, in der er u. a. folgendes ausführte:", um im Wechsel von Paraphrase und direkter Rede fortzufahren. – Laut der Berichterstattung in BRAUNSCHWEIGISCHE STAATSZEITUNG, Nr. 273 vom 22. November 1927, fand die Rede im „große[n] Festsaal des Wilhelmsgartens" statt und war mit „1 ½ tausend Menschen" derart überlaufen, „daß die Eintrittskarten zu diesem Abend binnen weniger Tage ausverkauft waren und daß viele Tausende keinen Eintritt mehr erhalten konnten."

[2] Weder für die Forderung des Landesverbandes des „Stahlhelm" noch für die Zurückweisung durch die DVP konnte ein Beleg ermittelt werden.

[3] Auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 wurde der „Dawes-Plan" (das Sachverständigen-Gutachten vom 9. April 1924) als künftige Grundlage der deutschen Reparationszahlungen festgelegt; Protokolle der Konferenz in LONDONER KONFERENZ (vollständiger Wiederabdruck des betr. Weißbuchs auch in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 397 [dort als Anl. 263 mit der

Ruhr und der Sanktionsstädte[4] sowie der ersten Zone[5] nach Locarno und Genf[6] geführt hat, wird unbedingt fortgesetzt, auch wenn es dem oder jenem nicht gefällt. Es ist lebhaft zu bedauern, daß die nationalen Verbände das Beste von sich abwerfen, wenn sie in den Parteikampf[7] eintreten. Es ist keine Nichtachtung, sondern hohe Achtung vor den hohen Aufgaben der nationalen Verbände, wenn ich sie **warne, in die Parteipolitik einzugreifen.**

[...][8]

Die Kreise um Förster[9] und Mertens[10], die ihr eignes Vaterland angreifen und in Frankreich davor warnen, Deutschland zu trauen, sind die größten Verräter einer Verständigung und Befreiung und somit die verhängnisvollsten Gegner der Verständigungspolitik. Gerade in den verständigungsbereiten Kreisen **Frankreichs beklagt man das Wirken dieser Kreise,** die in Frankreich die Verbindung halten mit den nationalistischen Kreisen und von denen die wahren Friedensfreunde Frankreichs sich zu unterscheiden wünschen.

Seitenzählung des Weißbuchs]); paraphrasierende Zusammenfassung in SCHULTHESS 65 [1924], S. 419–439).

[4] Bereits vor der Ruhrbesetzung hatten die Alliierten im Zuge der ultimativen Reparationsforderungen im Frühjahr 1921 in Erweiterung des durch den Versailler Vertrag vorgesehenen Besatzungsgebietes die „Sanktionsstädte" Düsseldorf und Duisburg incl. des Hafens Ruhrort besetzt. Am Rande der Londoner Konferenz wurde vom französischen Ministerpräsidenten Herriot die Räumung des Ruhrgebiets, der „Sanktionsstädte" und der im Rahmen der Ruhrbesetzung vollzogenen Besetzung weiterer Orte an der Grenze zum unbesetzten Gebiet innerhalb eines Jahres zugesichert, wobei die Jahresfrist mit dem Ende der Londoner Konferenz am 16. August 1924 beginnen sollte (vgl. LONDONER KONFERENZ S. 73 u. 255–257). Am 31. Juli 1925 war die Räumung des Ruhrgebiets durch die alliierten Besatzungstruppen abgeschlossen worden (vgl. SCHULTHESS 66 [1925], S. 134).

[5] Am 31. Januar 1926 endete formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung der ersten (nördlichen) Rheinlandzone durch die Besatzungstruppen (vgl. ebd., 67 [1926], S. 23).

[6] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz paraphierten Verträge (Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) sowie der deutsche Eintritt in den Genfer Völkerbund vom 10. September 1926 (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts).

[7] Für den 27. November 1927 waren Landtagswahlen in Braunschweig angesetzt; der hier verwendete Begriff dürfte sich darauf beziehen, wie überhaupt die Tagung des DVP-Zentralvorstands vom gleichen Tag (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns) und die hier wiedergegebene Rede Stresemanns auf der „öffentlichen Versammlung" diesem Anlaß geschuldet gewesen sein dürften.

[8] Es folgt als Paraphrase: „Der Minister wandte sich mit besonderer Schärfe gegen den Offenen Brief der Ortsgruppe Braunschweig der Deutschen Friedensgesellschaft und erklärte:"

[9] Friedrich Wilhelm Foerster (1869–1966), deutscher Philosoph und Pazifist. Er war 1922 in die Schweiz und von dort 1926 nach Frankreich emigriert. – Foerster hatte Ende Juni 1927 in der Zeitschrift „Die Menschheit" Äußerungen über militärische Organisationspläne der Reichswehr veröffentlicht, die in Teilen der französischen Presse aufgegriffen wurden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 131–132).

[10] Carl Mertens (1902–1932), deutscher Pazifist und Journalist, ehemaliger Offizier. – Er hatte 1925 in der „Weltbühne" die Fememorde in der „Schwarzen Reichswehr" aufgedeckt und 1926 dazu ein Buch „Verschwörung und Fememörder" publiziert. Er entzog sich einer deswegen eingeleiteten Strafverfolgung, indem er 1926 über Österreich und die Schweiz nach Paris ging.

[...][11]

Wir stehen, so sagte er[12], in einem Entwicklungsprozeß, dessen Ende nicht abzusehen ist, und man müsse sich fragen, ob die Ordnung von heute ein Dauerzustand sei. Wohin man sieht: Unfertigkeit und ungelöste Probleme, und wir erleben zurzeit die Zuckungen eines revolutionären Zeitalters. Nicht durch Schlagworte und berauschende Reden, sondern durch **nüchterne Arbeit** führt der Weg durch diese Wirrnisse hindurch.[13]

---

[11] Es folgt als Paraphrase: „Dr. Stresemann wies im weitern Verlauf seiner Ausführungen darauf hin, daß Deutschland und Europa noch lange nicht vor einer abgeschlossenen Entwicklung ständen, daß weitere Kämpfe um Ideen uns bevorstehen."

[12] So als paraphrasierender Einschub und im folgenden dann in Mischung aus direkter und indirekter Rede.

[13] Die Vorlage schließt in indirekter Rede an: „Auf die finanzielle Lage eingehend, warf Dr. Stresemann die Frage auf, inwieweit die Kritik des Entschädigungsagenten an unsrer Finanzpolitik berechtigt sei. Er erhob seine warnende Stimme gegen zahlreiche Erscheinungen in unserm Wirtschaftsleben, die bei Tausenden den Eindruck erweckten, als wären wir ein reiches Volk, während wir in Wirklichkeit arm seien. Diejenigen Schichten des deutschen Volkes, die früher als Mittelladung die ruhige Fahrt des Staatsschiffs gewährleistet hätten, seien proletarisiert. Das sei auch ein Kriegsverlust des deutschen Volkes, der schlimmer wiege als verlorene Provinzen und vieles andre. Ein solche Schicht wieder zu schaffen, damit unsre Wirtschaft wieder vom Kapital der sparsamen Menschen in Deutschland gespeist werden könne, und nicht, wie jetzt, auf die ausländischen Geldmärkte angewiesen sei, müsse unser Bestreben sein. In bezug auf die landwirtschaftlichen Fragen verwies Dr. Stresemann auf seine Ausführungen in Halle und betonte, daß die Lage der Landwirtschaft gegenwärtig außerordentlich ungünstig sei und daß es eines der entscheidendsten Probleme unsrer deutschen Wirtschaft bedeute, die Existenz sowie die Erzeugungs- und Verbrauchskraft der deutschen Landwirtschaft zu erhalten. Dabei handle es sich nicht um die Interessenvertretung des Großgrundbesitzes, sondern vor allem um die wohlverstandenen Interessen der kleinen Bauern. Alle diese Fragen seien nicht vom Standpunkt der Parteipolitik anzusehen, sondern Fragen des praktischen, gesunden Menschenverstandes. In diesem Zusammenhang betonte Dr. Stresemann die Notwendigkeit der günstigen Gestaltung unsrer Handelsbilanz. Ein Übersteigen der Einfuhr über die Ausfuhr, wie wir es bisher hatten, sei in Zukunft unmöglich. Hinsichtlich des Reichsschulgesetzes betonte Dr. Stresemann die Ergebnisse der Zentralvorstandssitzung der Deutschen Volkspartei und wies mit Nachdruck darauf hin, daß liberale Auffassung nicht Schulkampf sei, sondern Schulfriede. Man müsse sich nicht eng an starre Paragraphen binden und den Lehrer mit solchen nicht einengen, sondern Vertrauen zu seiner Persönlichkeit haben, da sonst sehr leicht die Heuchler in den Vordergrund und die Charaktere in den Hintergrund träten. In seinen Schlußausführungen ging Dr. Stresemann auf die Frage der Besoldungsreform, das Verhältnis von Reich zu Ländern ein und unterstrich hierbei ebenfalls seine Ausführungen in Halle. Der Wiederaufbau unsres Vaterlandes, so schloß er, sei nicht Sache einer einzelnen Partei, sondern der Zusammenarbeit aller vernünftigen Elemente des deutschen Volkes. (Lebhafter Beifall.)" – Eine weitere Passage in direkter Rede, wohl aus dieser Rede, gibt die NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22695 (Abendausgabe) vom 22. November 1927, wieder: „Vier Jahre bin ich Außenminister. Drei Jahre lang hatten wir Weihnachten eine Krise. Ob diese Koalition bis an das Ende des Reichstages bestehen bleibt, vermag niemand zu sagen. Die Ehe mit den Deutschnationalen ist keine Liebesehe, sondern eine Vernunftehe, und 25 Jahre lang wird sie nicht dauern." – Wohl die Schlußpassage der Rede gibt die BRAUNSCHWEIGISCHE STAATSZEITUNG, Nr. 273 vom 22. November 1927, die ansonsten paraphrasiert, in direkter Rede wieder: „Stellen Sie das Trennende zurück und einigen Sie sich in dem Gedanken, daß die beste Politik die Politik der praktischen Arbeit ist, nicht die Politik der großen Worte. Wenn Land und Volk weiterkommen sollen, ist das Wichtigste die treue, zähe Arbeit, und den schönsten Sonntag wird man dann genießen, wenn man am Mittag zähe und fleißig gearbeitet hat."

Rede auf der Steuben-Feier in Berlin vom 1. Dezember 1927[1]

Nach GENERAL VON STEUBEN S. 10–14. – Teildrucke (mit Abweichungen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 563 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927, S. 3; DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 563 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 563 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 896 (2. Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927, S. 2; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. 764b (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927.

Steuben ging als Exponent der Haltung Friedrichs des Großen gegenüber den amerikanischen Kolonien nach Amerika. Die Wiederrichtung des Denkmals für Friedrich in Washington. Steubens Denkmal in Washington und die Dankbarkeit der USA für ihn. Deutsche Auswanderung in die USA; die Bedeutung der Männer von 1848 für die deutsche Einheit. Hoffnungen für die Verbindung zwischen den USA und Deutschland.

Meine Damen und Herren!

War das, was ihn[2] hinaustrieb, waren die geschichtlichen Worte, mit denen er seinen Arm und seinen Verstand den um ihre Freiheit ringenden Kolonisten anbot[3], nur Impuls einer einzelnen Persönlichkeit oder waren sie die Empfindung eines ganzen Volkes?

Mit Recht wird man antworten, daß Steuben nach den Vereinigten Staaten ging als Exponent der Empfindungen, die das damalige Preußen, seinen König[4] und seine gebildeten Schichten, beseelten. Die Geschichte des großen Königs, seine Haltung gegenüber dem amerikanischen Freiheitskampf zeigt uns, wie weit sein Geist die

---

[1] In der Vorlage wird im Vorwort (S. 5–7) erläutert, daß es sich um die Wiedergabe der Vorträge und Reden handelt, die auf der von der „Vereinigung Carl Schurz“ am 1. Dezember 1927 „im Saal des Reichswirtschaftsrats“ durchgeführten Veranstaltung gehalten wurden an dem Tag, „an dem vor einhundertfünfzig Jahren der preußische Offizier und spätere amerikanische General von Steuben in New York eintraf“. (Tatsächlich ging Steuben an diesem Tag wohl in Portsmouth, New Hampshire, an Land.) Stresemann ergriff nach der Eröffnungsrede des Vorsitzenden Anton Erkelenz (S. 8–10) das Wort. – Eine Ankündigung der Veranstaltung und der voraussichtlichen prominenten Gäste findet sich in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 560 (Abendausgabe) vom 30. November 1927; ein Bericht über den Verlauf der Feier ebd., Nr. 563 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927.

[2] Friedrich Wilhelm von Steuben (1730–1794), preußischer Offizier und US-amerikanischer General.

[3] Steuben, der 1763 seinen Abschied als preußischer Leutnant genommen hatte, reiste im September 1777 von Marseille nach Portsmouth in New Hampshire, wo er am 1. Dezember an Land ging. In der Folgezeit wurde ihm die Reorganisation der Kontinentalarmee übertragen, die im Unabhängigkeitskrieg mit den Briten kämpfte. Bald darauf wurde er zum Generalinspekteur dieser Armee ernannt.

[4] Friedrich II., der Große (1712–1786), König in bzw. von Preußen 1740–1786.

Dinge der Welt umspannte, wie sehr er empfand, daß mit jener Selbständigkeitsbewegung eine neue Zeit anbrach. Es ist ein Ehrenmal der preußischen Geschichte, daß Preußen als erste Kontinentalmacht die junge amerikanische Republik anerkannt hat[5]. Es ist nicht minder ein Ehrenzeichen, daß der preußische König angesichts des jämmerlichen Seelenverkaufes deutscher Landeskinder für den Kampf gegen Amerika[6] den Durchzug dieser Söldner durch preußisches Gebiet verboten hat. Diese Schande des Menschenverkaufs wurde übertönt durch Friedrichs Gebot[7], daß die Männer seines Landes auf der Seite der Kolonisten kämpfen sollten. Denken wir auch daran, daß Friedrich den ersten modernen Handelsvertrag mit Amerika abgeschlossen hat[8], in dem schon von der „Freiheit der Meere“ die Rede ist. Was den König dazu bestimmt hat, das waren nicht materielle Interessen; was aus alledem sprach, war der Philosoph von Sanssouci, der Verfasser des Anti-Machiavell[9], der die in die Zukunft weisenden staatsethischen und völkerrechtlichen Ideen der amerikanischen Unabhängigkeitsbewegung erkannte.

Es freut mich deshalb besonders, daß das Denkmal Friedrichs in diesen Tagen in Washington wiederaufgestellt worden ist[10] als ein Zeichen für das, was uns miteinander verbindet, als ein Zeichen zugleich dafür, daß die Kriegspsychose zu Ende geht, daß objektives Denken auch in diesen Gefühlsmomenten, daß die Dankbarkeit diesem deutschen Fürsten gegenüber wieder zum Ausdruck kommt. Ich habe selbst einmal vor diesem Denkmal gestanden, als ich zum Internationalen Handelskongreß in Boston in Amerika weilte[11]. Das Bild von der Niederlegung eines Kranzes durch

---

[5] Die Anerkennung wurde durch den Freundschafts- und Handelsvertrag von 1785 vollzogen (vgl. unten Anm. 8). Allerdings hatte Frankreich bereits 1778 durch einen entsprechenden Vertrag die Unabhängigkeit der aufständischen Kolonien anerkannt.

[6] Mehrere deutsche Staaten, darunter am umfangreichsten Hessen-Kassel, stellten Großbritannien im Krieg gegen die amerikanischen Kolonien gegen Bezahlung Soldaten zur Verfügung. Friedrich II. untersagte entsprechende Anwerbungen in Preußen und verhinderte in Einzelfällen den Durchmarsch solcher Truppenkontingente anderer deutscher Staaten.

[7] Ein entsprechendes „Gebot“ konnte nicht ermittelt werden. Allerdings unterstützte Friedrich II. die amerikanische Seite beispielsweise dadurch, daß er Waffenkäufe in Preußen zuließ.

[8] Preußisch-amerikanischer Freundschafts- und Handelsvertrag vom 10. September 1785; Text u. a. in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 49, S. 331–354.

[9] Als Kronprinz hatte Friedrich den „Anti-Machiavel“ verfaßt und unter Mitwirkung Voltaires veröffentlichen lassen; Druck (unter dem Titel „L'Antimachiavel ou examen du prince de Machiavel“) u. a. in Œuvres de Frédéric le Grand. T. 8. Berlin 1848, S. 65–184.

[10] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 522 (Abendausgabe) vom 7. November 1927, berichtet von der Absicht der amerikanischen Regierung, das im Weltkrieg abgebaute Denkmal wieder in Washington aufzustellen, was wohl am 29. November 1927 umgesetzt wurde.

[11] Stresemann war im September und Oktober 1912 als Teilnehmer einer Wirtschaftsdelegation zunächst zum Internationalen Handelskammerkongreß in Boston gereist und bereiste mit dieser Delegation anschließend Nordamerika. Berichte Stresemanns über seine Eindrücke von der Reise finden sich unter dem Titel „Amerikanisch-kanadische Reiseeindrücke. Vom amerikanischen Wirt-

unsere deutsche Abordnung am Denkmal hängt noch heute in meinen Räumen. Ich werde mich seiner nun um so mehr freuen, da ich weiß, daß die Episode vorüber ist, in der man es vergaß, daß die Größe eines Menschen davon abhängt, ob er, in der eigenen Nation wurzelnd, auch Verständnis hat für die großen Ideen außerhalb seines Landes.

Die amerikanische Nation hat dem General Steuben ein Denkmal errichtet[12], ihm gemeinsam mit den Vertretern anderer Nationen, die hinüberzogen, um für die amerikanische Freiheit zu kämpfen. Name und Ruhm des Siegers einer Schlacht schallen durch alle Erdteile; von dem, der den Sieg möglich gemacht hat, wird nicht so laut gesprochen; und doch wird keine Schlacht gewonnen ohne die Ausbildung der Soldaten, ohne Manneszucht!

In der Rede, die Präsident Taft[13] bei der Einweihung des Steubendenkmals hielt, sprach er das bedeutsame Wort: „Vielleicht war der Anderen Auftreten glänzender; es war nicht so wertvoll wie die sachliche Alltagsarbeit, die Steuben geleistet hat.“ Diese Wirkung seiner Arbeit kommt auch zum Ausdruck in dem Glaubensbekenntnis der damaligen Soldaten – „Wir glauben an das blaue Buch von Steuben, der uns zu Soldaten gemacht hat.[14]“

Die Erinnerung an jene Zeit und der Gedanke an die „Vereinigung Carl Schurz“[15] führen weit über die Persönlichkeit des Generals von Steuben hinaus. So wie das Preußen Friedrichs, so empfindet auch heute das gebildete Deutschland Sinn und Größe des neuen Werdens jenseits des Ozeans. Dem Soldaten Steuben sind Hunderttausende von deutschen Pionieren gefolgt. Und mit Recht wendet sich heute unser Blick voll Genugtuung dem Gedanken daran zu, wie großen Anteil das deutsche Volkstum am Aufbau der amerikanischen Nation gehabt hat. Schöner ward nie dar-

---

schaftsleben“ in: Sächsische Industrie 9 (1912/13), S. 102–106; unter dem Titel „Vom Deutschtum in Amerika“ in: Leipziger Neueste Nachrichten, Nr. 325 vom 22. November 1912.

[12] 1910 wurde in Washington im Lafayette Park, gegenüber dem Weißen Haus, eine Bronzestatue Steubens als Denkmal errichtet.

[13] William Howard Taft (1857–1930), Präsident der USA 1909–1913. – Seine Rede anläßlich der Einweihung des Denkmals am 7. Dezember 1910 findet sich paraphrasiert in VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 576 (Abendausgabe) vom 8. Dezember 1910.

[14] Taft und damit Stresemann beziehen sich wohl auf das 1778/79 von Steuben verfaßte Handbuch „Regulations for the Order and Discipline of the Troops of the United States“, das – häufig in einem blauen Einband – bis ins 19. Jahrhundert maßgeblich blieb für die militärische Ausbildung in den USA.

[15] Benannt nach Carl Schurz (1829–1906), deutscher Revolutionär von 1848/49, später US-amerikanischer Politiker, Militär und Diplomat; Innenminister der USA 1877–1881. – Die Vereinigung Carl Schurz war 1926 von Anton Erkelenz, anderen Liberalen und Vertretern der republikanischen Parteien gegründet worden mit dem Ziel, die Verständigung zwischen den Völkern der USA und Deutschlands in allen Bereichen zu verbessern. 1942 wurde sie aufgelöst.

über gesprochen, als es gestern Botschafter Schurman[16] im Madison Square Garden in New York aus gleichem Anlaß getan hat. Wir sind ihm zum herzlichsten Dank verpflichtet für dieses Gefühl der Verbundenheit, das er in seiner Person verkörpert. Mit Stolz darf ich mich seinen Freund nennen. Ich, der ich als einziger Deutscher an der Vermählung seiner Tochter[17] teilnahm, erinnere mich, wie er sie damals, bevor sie Deutschland verließ, noch einmal durch unser Land führte, wie er ihr Weimar zeigte und den Marktplatz von Hildesheim und dann Heidelberg mit dem wunderbaren Blick vom Schloß herab auf den Neckar, wo er ihr sagte: „Das ist Deutschland! Nimm diese Erinnerung mit in fremde Erdteile!“ Wenn jeder Deutsche so deutsch empfände, wahrlich, es wäre gut um uns bestellt!

Wie Botschafter Schurman uns versteht, das zeigt in seiner gestrigen Rede die prächtige Würdigung unseres Reichspräsidenten[18]; das zeigen die Worte, in denen er ihn mit Washington[19] vergleicht: „Der Erste im Kriege, der Erste im Frieden, der Erste im Herzen seines Volkes.“ Das zeigt auch in seiner Rede der leichte Unterton der Warnung vor der Mechanisierung unseres Zeitalters, wenn er von den Deutschen spricht, in denen die Persönlichkeit nicht untergeht – eine Mahnung, die in der Tat in diese Zeit gehört; denn stärker als die Zivilisation unserer Millionenstädte ist die Kultur, die die Persönlichkeit in der Masse nicht untergehen läßt. Von jener Zeit der Landung Steubens vor 150 Jahren bis zur gestrigen Rede Schurmans im Madison Square Garden ist ein gewaltiger Strom deutscher Volkskraft nach Amerika hinübergegangen. Es war mit das Beste, das wir einem anderen Volke geben konnten, zumal in der Mitte [des] vorigen Jahrhunderts. Die Deutschen, die es damals hinausdrängte aus der Enge der heimatlichen Verhältnisse, fühlten in sich den Gedanken

---

[16] Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930. – Seine New Yorker Rede vom 30. November 1927 ist ebenfalls in der Vorlage veröffentlicht (S. 34–48). Vgl. auch BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 561 (Morgenausgabe) vom 1. Dezember 1927, S. 2. In der WIENER ZEITUNG, Nr. 275 vom 2. Dezember 1927, S. 6, heißt es im Bericht über diese New Yorker Feier, daß „70.000 Personen teil[nahmen], darunter ein Chor von 12.000 Sängern“.

[17] Schurman hatte mit seiner Frau acht Kinder, von denen eines früh verstarb. Auf welche Tochter (und deren Hochzeit) sich Stresemann hier bezieht, konnte nicht ermittelt werden. – Zum nachfolgenden Satz über Schurmans Besuche in deutschen Städten vgl. schon in dieser Edition Stresemanns Rede beim Festmahl zum 100jährigen Jubiläum von Bremerhaven in der dortigen Stadthalle vom 30. April 1927.

[18] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Schurmans Würdigung Hindenburgs in der Vorlage S. 46, sowie BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 561 (Morgenausgabe) vom 1. Dezember 1927, S. 2.

[19] George Washington (1732–1799), erster Präsident der USA 1789–1797.

der deutschen Einheit so lebendig, daß man sagen darf: Wenn nach Sedan[20] die deutsche Einheit geschaffen wurde, so wäre das niemals geglückt, wenn nicht die Männer der Paulskirche[21] den Einheitsgedanken in Hirn und Herzen gehämmert hätten, so daß Bismarck[22] zum Vollstrecker des deutschen Volkswillens werden konnte.

Viele jener hochgemuten deutschen Pioniere haben die Verwirklichung der deutschen Einheit nicht mehr erlebt, zu ihnen gehört Friedrich List[23], in dem der Anblick des amerikanischen Kontinents den Gedanken eines einheitlichen deutschen Eisenbahnsystems wachrief. Aber einer ihrer Größten, Carl Schurz, nach dem Ihre Vereinigung genannt ist, hat sie mit Begeisterung begrüßt[24]. Die Empfindungen, die jene Deutschen beseelten, die man die Achtundvierziger nennt, und die man so vielfach hinstellt als Männer ohne bodenständiges Nationalgefühl, deuten die Worte, die Sie vorhin gehört haben aus dem Gedicht des Deutschamerikaners Konrad Krez[25], vielleicht eins der schönsten Gedichte, die es in deutscher Sprache gibt.

Wie lange soll es dauern, bis dieses schöne Gedicht endlich in allen Schullesebüchern zu finden ist? Hofprediger Rogge[26] hat es einmal Kaiser Wilhelm I.[27] vorgetragen. Der Kaiser war sehr erstaunt, dieses Gedicht kennenzulernen, von dem er noch nie etwas gehört hatte, und als er nach dem Verfasser fragte, mußte er sich belehren lassen, daß es von einem Manne stammte, der seiner oppositionellen Gesinnung wegen Preußen hatte verlassen müssen.

Meine Damen und Herren! Ich will nicht von dem heroischen Zeitalter in der amerikanischen Geschichte sprechen, in das uns das Gedenken an Steuben versetzt. Aber auf eins will ich hinweisen: das amerikanische Volk hat, nachdem es in leidenschaftlichem Kampfe gegen England seine Unabhängigkeit errungen, abgesehen

---

[20] Die Schlacht von Sedan am 1. und 2. September 1870 war mit dem Sieg der deutschen Truppen und der Gefangennahme Kaiser Napoleons III. vorentscheidend für den Ausgang des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 und somit für die Gründung des Deutschen Reiches 1871.

[21] Gemeint sind die Mitglieder der Deutschen Nationalversammlung von 1848/49, die in der Frankfurter Paulskirche tagte.

[22] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[23] Friedrich List (1789–1846), Wirtschaftstheoretiker und Unternehmer. Er war ein Vorkämpfer für den 1833/34 gegründeten Deutschen Zollverein. – List lebte 1825–1833 im Exil in den USA und erlebte dort den beginnenden Eisenbahnbau.

[24] Eine entsprechende Äußerung von Schurz konnte nicht ermittelt werden.

[25] Konrad Krez (1828–1897), deutsch-amerikanischer Dichter. Als Teilnehmer an der Revolution in Baden 1848/49 entzog er sich dem in Abwesenheit gefällten Todesurteil durch sein Exil in den USA. – Stresemann bezieht sich auf das Gedicht „An mein Vaterland“, das vor seiner Rede auf der Feier vorgetragen worden war (in der Vorlage abgedruckt: S. 6–7).

[26] Bernhard Rogge (1831–1919), deutscher evangelischer Theologe und Hofprediger.

[27] Wilhelm I. (1797–1888), König von Preußen 1861–1888; Deutscher Kaiser 1871–1888.

von einer ganz kurzen Trübung[28], anderthalb Jahrhunderte in Frieden mit dem so erbittert bekämpften Gegner gelebt. Das berechtigt zu der Überzeugung, daß es auch den Völkern, die im Weltkrieg einander gegenüberstanden und sogar auf geistigem Gebiete einander auf das erbittertste bekämpft haben, möglich sein muß, sich in gemeinsamer Arbeit an neuen Idealen zusammenzufinden und durch die Macht des Geistes die dunkeln Kräfte des Völkerhasses zu überwinden.

Das gilt insbesondere für die beiden großen Republiken[29] diesseits und jenseits des Ozeans. Und diese Macht des Geistes soll sich, gerade wenn es sich um die Vereinigten Staaten von Amerika und das Deutsche Reich handelt, immer wieder erneuern durch die stolze Erinnerung an die Namen der Großen, die uns im Werke der Völkerverbindung so glänzend vorangegangen sind.

[28] Stresemann bezieht sich auf den britisch-amerikanischen Krieg 1812–1814.

[29] Die DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 563 (Morgenausgabe) vom 2. Dezember 1927, läßt die Rede Stresemanns ab hier folgendermaßen enden: „die Vereinigten Staaten und das Deutsche Reich. Lassen Sie uns hoffen, daß die beiden Völker durch das Zusammenwirken aller deren, die guten Willens sind, zu einer mehr als 100jährigen Freundschaft gelangen werden, und zwar nicht nur zu gegenseitigem kulturellen Verständnis, sondern auch zu politischer Verständigung. Das wird die beste Ehrung des Andenkens an Steuben sein.“ – Zu weiteren Reden der Veranstaltung vgl. ebd.

Rede auf einer öffentlichen Versammlung der DVP in Nürnberg vom 2. Dezember 1927[1]

Nach FRÄNKISCHER KURIER, Nr. 335 vom 4. Dezember 1927, S. 1.

Die Vorwürfe gegen seine Außenpolitik seit 1923 sind unbegründet. Die Außenwirtschaftspolitik und die Anleihen. Die Haltung der DVP zu Schulgesetz, Besoldungsreform, Reichsreform. Die Koalitionsfähigkeit der DVP.

Die Dinge hatten sich damals[2] so zusammengeballt, daß der Bestand des Reiches in Gefahr gewesen wäre, wenn die Wahnsinnspolitik eines Hitler[3] sich ausgewirkt

---

[1] Stresemann hielt die Rede über „Deutschland in der Weltpolitik“ in einer öffentlichen Versammlung, die im Rahmen des bayerischen Landesparteitags der DVP stattfand. In einem ersten Bericht über die Veranstaltung in FRÄNKISCHER KURIER, Nr. 334 vom 3. Dezember 1927, S. 1, in der allerdings der Anfang der Stresemann-Rede nur in indirekter Rede wiedergegeben wird, heißt es u. a.: „Der Saalbau des Kolosseums war bis auf den letzten Platz gefüllt und die Polizei hatte Mühe, die Eintritt Begehrenden zurückzuhalten. Reichsminister Dr. Stresemann wurde bei seinem Eintritt mit Händeklatschen begrüßt.“ Nach der indirekten Wiedergabe der Begrüßungsworte des Ortsvorsitzenden heißt es weiter: „Mit lautem Beifall begrüßt betrat sodann Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Rednerpult. Er wies darauf hin, daß er sich nur über die allgemeine außen- und innenpolitische Entwicklung verbreiten, nicht aber über diejenigen speziellen Fragen sprechen wolle, die binnen weniger Tage in Genf entscheidend beraten werden sollen. Die Tatsache, daß noch fremde Truppen auf deutschem Boden seien, sei eine Anomalie, gegenüber der damals eingeleiteten Politik. Gewiß sei die ganze Entwicklung, die seit dem Jahre 1923 eingesetzt habe, nicht immer eine aufsteigende gewesen; es hätten sich vielmehr verschiedentlich auch Rückschläge eingestellt, was ohne weiteres verständlich sei. Als er vor einem Jahre in einer Unterredung mit dem französischen Außenminister die Frage angeschnitten habe, in einem gemeinsam verfaßten Communiqué darzutun, wie die Gesamtheit der zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Fragen gelöst werden könnten, hätten ihn seine eigenen Parteigenossen unter dem Hinweis darauf, daß es geradezu naturwidrig wäre, wenn man nicht mit Rückschlägen rechnen würde, gemahnt, nicht optimistisch sein zu wollen. Um eine Bilanz ziehen zu können, müsse man den Unterschied unserer weltpolitischen Lage von damals und heute ins Auge fassen. Der Reichsaußenminister begann sodann die ganze Entwicklung seit 1923 zu behandeln.“ – In der Vorlage (vom folgenden Tag) wird offenbar dort angeknüpft, wenn es in dem Artikel unter der Überschrift „Stresemann über die deutsche Innen- und Außenpolitik“ einleitend heißt: „Reichsaußenminister Dr. Stresemann kam in seinen weiteren Ausführungen in der öffentlichen Versammlung der Deutschen Volkspartei am Freitag abend im Kolosseum auf die Ereignisse des Jahres 1923 zu sprechen und führte etwa folgendes aus:“ – Diese Formulierung und einige Formulierungen im Duktus der Rede legen nahe, daß es sich nicht in allen Teilen um eine wortgetreue und vollständige Wiedergabe handelt.

[2] Gemeint ist 1923; vgl. die vorangehende Anm.

[3] Adolf Hitler (1889–1945), Vorsitzender der NSDAP 1921–1945 (mit Unterbrechung der Verbotszeit 1924/25); Reichskanzler, ab 1934 mit dem Titel „Führer und Reichskanzler“, 1933–1945. – Am Abend des 8. November 1923 hatte Hitler im Münchener Bürgerbräukeller während einer Rede des Generalstaatskommissars Kahr mit bewaffneten Anhängern die Versammlung besetzt, die Reichsregierung für abgesetzt erklärt und zum Marsch nach Berlin und zur Errichtung einer Diktatur unter seiner Führung und derjenigen Ludendorffs als Reichswehrminister unter Einbindung Kahrs und Lossows aufgerufen (vgl. neben vielen anderen Quellen die Wiedergabe des amtlichen Berichts in SCHULTHESS 64 [1923], S. 212–213; sowie DOKUMENTE ZUR DEUTSCHEN VERFASSUNGSGESCHICHTE IV, S. 366–367). Nach der Distanzierung Kahrs und der bayerischen Regierung vom Putsch scheiterte

hätte. Es ist fraglich gewesen, ob das Rheinland bei uns bleiben würde.

In Versammlungen wird gesagt und in Zeitungen, auch einem angesehenen Blatt Nürnbergs[4], wird geschrieben: Die Stresemannsche Politik war ein Mißerfolg.

Hat man vergessen, daß das rheinisch-westfälische Industriegebiet besetzt war und unsere Industrie für die Franzosen arbeitete, ohne Bezahlung dafür zu empfangen? Es ist der Vorwurf von einem **Geschenk an die Ruhrindustriellen[5]** erhoben worden. Die Dinge liegen so, daß auf Befehl der Regierung alles stillgelegt wurde[6]. Dann kam die Frage: Sollen wir die Dinge wieder in Gang bringen? Da man nicht verlangen konnte, daß die gewaltige Industrie ohne alle Entschädigung nach Frankreich liefere, haben wir erklärt, daß wir die Lieferungen nach Frankreich zahlen. Das ist nicht nur für die Industriellen geschehen, sondern auch für die Hunderttausende von Arbeitnehmern, die sonst ohne Brot und Lohn wären. Es war nicht populär, den Ruhrkampf abzubrechen[7], aber er war nicht mehr zu gewinnen und mußte abgebrochen werden. Ich glaube nicht, daß der französische Ministerpräsident[8] darüber sehr erfreut war. Er hat eine Rede gehalten, daß das Deutschland nicht beieinander bleibt[9]; es ist beieinander geblieben. Das alles ist allmählich vor sich gegangen.

Im Mittelpunkt der Erörterungen stehen weiter die **Londoner Verhandlungen, die**

---

am folgenden Vormittag ein von Hitler und Ludendorff angeführter Marsch bewaffneter Teilnehmer zur Feldherrnhalle im Feuer der Polizei.

[4] Die betreffende Zeitung bzw. der betreffende Artikel konnten nicht ermittelt werden.

[5] Stresemann bezieht sich hier auf die Zahlungen infolge der Micum-Verträge: Im November 1923 war nach langen Vorverhandlungen zwischen dem Bergbaulichen Verein und der „Mission interalliée de contrôle des usines et des mines“ (MICUM) ein Abkommen über die Wiederaufnahme der Kohlelieferungen durch die Industrie anstelle des Reiches (das spätere Entschädigungen bzw. Steuerverrechnungen gegenüber der Industrie versprach) zustande gekommen (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 222), dem weitere Verträge anderer Industriebereiche des besetzten Gebietes folgten. Das Abkommen über die Kohlelieferungen war wiederholt und zuletzt am 30. Juni 1924 zu modifizierten Bedingungen verlängert worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx I/II, II, S. 752–755) und wurde infolge des Londoner Abkommens von 1924 aufgehoben. – 1925 war ein Untersuchungsausschuß des Reichstags eingesetzt worden, dessen Abschlußbericht dem Reichstag seit geraumer Zeit vorlag (VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 417, Nr. 3615 [mit eigener Seitenzählung]) und über den einige Tage später beraten werden sollte.

[6] In Reaktion auf die französisch-belgische Ruhrbesetzung hatten die Reichsregierung, die Gewerkschaften und die Mehrzahl der Parteien die Bevölkerung im Ruhrgebiet zu passivem Widerstand ermutigt (vgl. dazu die Quellen in URSACHEN UND FOLGEN V, S. 21–36), was zum weitgehenden Produktionsausfall in der Ruhrindustrie führte.

[7] Zum Abbruch des passiven Widerstands gegen die französisch-belgische Besetzung des Ruhrgebiets, der mit einer Proklamation von Reichspräsident und Reichsregierung am 26. September 1923 bekanntgegeben wurde, vgl. zusammenfassend STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 133–135.

[8] Raymond Poincaré (1860–1934), französischer Staatspräsident 1913–1920; Ministerpräsident 1912–1913, 1922 – 8. Juni 1924 (zugleich Außenminister) und 23. Juli 1926 – 29. Juli 1929.

[9] Sofern sich Stresemann hier auf eine konkrete Äußerung Poincarés bezieht, konnte diese nicht ermittelt werden.

Dawesgesetze[10]. Ich wäre für eine Beschränkung der öffentlichen Meinungsäußerung insoweit, als über internationale Verträge nur derjenige sprechen darf, der den Nachweis führt, daß er sie gelesen hat. Es wäre aufs innigste zu wünschen, daß wir aus den Hemmungen, die uns der Dawesplan auferlegt, herauskommen. Wer aber gegen dieses Abkommen spricht, hat vergessen, daß wir vorher überhaupt nicht gewußt haben, welche Abgaben wir zu leisten haben. Der Dawesplan hat uns erst die Möglichkeit gegeben, unsere Währung zu stabilisieren. Gewiß ist er keine Freude, aber es darf nicht vergessen werden, daß Deutschland den größten Krieg der Weltgeschichte verloren hat. Man kann nicht erwarten, daß in neun Jahren wieder normale Verhältnisse herrschen. Infolgedessen mußten wir aus den Verhältnissen, die wir fanden, versuchen, das Beste zu machen.

Ich lese so oft das Wort von der Versklavung Deutschlands. Man sagt, man wolle Deutschland zu einer internationalen Provinz machen, und weiter, man erstrebt einen freien großdeutschen Volksstaat. Einige Worte über **national und international.** Als wir zusammengebrochen waren, war die Bestimmung, alle unsere Schiffe bis zu einem bestimmten Tonnengehalt abzuliefern[11], viel schlimmer, als es im zweiten Punischen Krieg gegen Karthago der Fall war[12]. Damals sah es so aus, als würden wir von der ganzen Mitwirkung am internationalen Personen- und Transportverkehr ausgeschaltet. Es wurden Verträge zwischen der Hamburg-Amerika-Linie und dem Norddeutschen Lloyd mit Amerika abgeschlossen[13]. Die deutschen Schiffe kamen unter amerikanischer Flagge zu uns. Das war sehr deprimierend für uns, aber die

---

[10] Gemeint ist der auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924 („Dawes-Plan“) festgelegte und durch die Unterzeichnung am 30. August 1924 in Kraft getretene Plan für die künftigen deutschen Reparationszahlungen (Text u. a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128).

[11] Stresemann bezieht sich hier entweder auf Art. 22 u. 23 des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne vom 11. November 1918 (Text ebd., II, S 482–482) oder, was wahrscheinlicher ist, weil in der Folge von Handelsschiffen die Rede ist, auf den Friedensvertrag von Versailles, in dessen Anl. III, Art. 1 zu den Reparationsbestimmungen Deutschland u. a. die Abtretung aller Handelsschiffe über 1600 Bruttotonnen und die Hälfte aller Schiffe zwischen 1000 und 1600 Bruttotonnen vorgeschrieben wurde (VERTRAG VON VERSAILLES 118).

[12] Der Zweite Punische Krieg zwischen Rom und Karthago (218–201 v. Chr.) endete mit einem drakonischen Frieden, bei dem Karthago u. a. alle seine Besitzungen außerhalb Nordafrikas und fast seine komplette Kriegsflotte ausliefern mußte. Der Inhalt des Friedensdiktats ist u. a. beim römischen Schriftsteller Titus Livius im 30. Buch seiner Römischen Geschichte überliefert.

[13] Die HAPAG (Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) hatte im Mai 1920 mit dem amerikanischen Harriman-Konzern ein Abkommen über die gemeinsame Bedienung des Fracht- und Passagierdienstes auf verschiedenen überseeischen Linien abgeschlossen, wobei u. a. beschlagnahmte deutsche Schiffe an den amerikanischen Konzern gingen, aber die Hapag per Verrechnung Gebühren vereinnahmte; zu Einzelheiten vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 285 (Morgenausgabe) vom 8. Juni 1920. Einen ähnlichen Vertrag schloß im August 1920 der Norddeutsche Lloyd mit der „United States Mail Steamship Company“.

deutsche Mannschaft der Schiffe blieb uns erhalten, bis es wieder möglich war, deutsche Schiffe zu bauen. Wenn so amerikanisches und deutsches Kapital zusammenwirkte, so hat es keinen besseren A[k]t[14] nationaler Selbsterhaltung gegeben als diese internationale Zusammenwirkung zwischen den amerikanischen und deutschen Schiffahrtslinien. Es ist nicht töricht, wenn wir aus eigener Kraft in die Höhe kommen wollen, uns fremder Mittel zu bedienen. Dasselbe gilt von den langfristigen **ausländischen Anleihen.** Sie haben nur den Sinn, unseren großen Unternehmungen eine Frist zu geben, während der sie sich stärken und durch Amortisation ihre Verpflichtungen wieder los werden. Wir hätten vielleicht Millionen von Arbeitslosen, wenn wir nicht diese internationale Wirtschaftspolitik betreiben würden. Ich bedauere, daß wir diese wirtschaftlichen Betriebsmittel nicht schon während des Krieges ausgenützt haben, wir hätten andere Friedensbedingungen gehabt. (Beifall.) In der gestrigen Reichstagssitzung hat Wirtschaftsminister Dr. Curtius[15] mit vollem Recht gesagt, daß zwischen der Anleihepolitik Deutschlands und Amerika[s] auch ein Aktivposten steht. Wenn ein Land an Deutschland interessiert ist, dann hat es Interesse für das Vorwärtskommen dieses Landes. Diese internationale Wirtschaftspolitik ist ein nationales Erfordernis. (Beifall.) Sie begann mit der ersten Reparationsanleihe der Vereinigten Staaten[16] und hat die Möglichkeit gegeben, Millionen Deutsche Brot und Arbeit finden zu lassen. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das heutige Deutschland schwächer an Rohstoffen ist und mehr als eine Million Flüchtlinge hat aufnehmen müssen. Mit einer anderen Politik wäre das deutsche Volk einer großen Katastrophe entgegengegangen. Nun zu **Locarno und Völkerbund[17].** Es ist selbstverständlich, daß nicht alle Träume reifen. Die **Kölner Zone[18]** ist zunächst besetzt geblieben, aber

---

[14] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „Art“; alternativ käme in Frage: „keine bessere Art“.

[15] Julius Curtius (1877–1948), Reichswirtschaftsminister 20. Januar 1926 – 11. November 1929; Außenminister 1929–1931; Mitglied des Reichstags 1920–1932 (für die DVP). – Zu seiner Reichstagsrede vom Vortag vgl. VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 394, S. 11749–11754.

[16] Gemeint ist die Anleihe infolge des Dawes-Plans; am 10. Oktober 1924 war in London die Abmachung zwischen Deutschland und internationalen Banken über eine Anleihe von 800 Millionen Goldmark unterzeichnet worden. Die Anleihe wurde am 14. Oktober in New York und am 15. Oktober 1924 in London aufgelegt und vielfach überzeichnet (vgl. VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 490 [Morgenausgabe] vom 15. Oktober 1924; SCHULTHESS 65 [1924], S. 195; STRESEMANN, Vermächtnis I, S. 595).

[17] Gemeint sind die am 16. Oktober 1925 als Ergebnis der vorangegangenen Konferenz in Locarno paraphierten Verträge (Druck in LOCARNO-KONFERENZ S. 197–215) sowie der deutsche Eintritt in den Genfer Völkerbund vom 10. September 1926 (vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns vom 10. September 1926 anläßlich dieses Eintritts).

[18] Im Dezember 1924 war bekannt geworden, daß die Alliierten die nördliche der drei Besatzungszonen („Kölner Zone“) nicht vertragsgemäß am 10. Januar 1925 räumen würden mit der Begründung der nicht vollständig durchgeführten Abrüstung Deutschlands (vgl. etwa den telegraphischen Bericht Hoeschs an das Auswärtige Amt vom 24. Dezember 1924: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTI-

wir hatten ein Recht erworben, daß sie frei wurde. Die Tatsache kann niemand verneinen, daß der Schwächere sein Recht nicht durchsetzen kann. Weiter haben Clemenceau[19] und Poincaré[20] in Reden immer wieder betont, daß eine Räumung noch nicht in Frage kommen könne. Trotzdem ist diese Räumung erfolgt, aber da hatte man nur ein Selbstverständlich.

Wir haben unter der Herrschaft der **Militärkontrollkommission[21]** gestanden. Diese ist mit Recht als Schmach empfunden worden. Aber als die Kontrollkommission verschwand, hat man es als selbstverständlich angesehen.

Wir haben gelitten, daß man unseren **Luftverkehr[22]** den unerhörtesten Einschränkungen unterworfen hat; als aber nach der Paraphierung des Londoner Abkommens die Beschränkungen fielen, wenn es auch ein Jahr gedauert hat, hat man diesen Erfolg nicht anerkannt.

Als wir den Sitz in der **Kolonialkommission[23]** erhalten haben, hat niemand diesen Erfolg unserer Politik anerkannt.

Ebenso verhält es sich mit dem **Eintritt in den Völkerbund[24].** Man darf nicht vergessen, daß durch diesen Eintritt Deutschland in eigenen Angelegenheiten mitentscheiden kann. Die Frage, ob wir seit dem Eintritt stärker sind, ist völlig absurd.

GEN POLITIK A 11, S. 632–634; zur betreffenden Berliner Anfrage vom 17. Dezember 1924: ebd., S. 617–618, Anm. 2). Infolge von alliierten Zusagen am Rande der Konferenz von Locarno endete am 31. Januar 1926 formal (nach dem Abzug der letzten Truppen am Vortag) die Räumung dieser Zone durch die Besatzungstruppen (vgl. SCHULTHESS 67 [1926], S. 23).

[19] Georges Clemenceau (1841–1929), französischer Ministerpräsident u. a. 1917–1920. – Eine Rede Clemenceaus des nachfolgenden Inhalts konnte nicht ermittelt werden. Stresemann bezieht sich daher vermutlich auf die Haltung Clemenceaus während der Pariser Friedenskonferenz von 1919, als er beispielsweise in einer französischen Ministerratssitzung mit Bezug auf das linksrheinische Besatzungsgebiet sagte: „Je fais une prédiction: l'Allemagne fera faillite et nous resterons où nous sommes" (QUELLEN ZUM FRIEDENSSCHLUSS VON VERSAILLES S. 233).

[20] Poincaré sprach wiederholt davon, daß die fünfjährige Besatzungsfrist überhaupt noch nicht begonnen habe; vgl. etwa dessen Rede vor der französischen Kammer vom 23. November 1923 (vgl. SCHULTHESS 64 [1923], S. 320).

[21] Stresemann bezieht sich im folgenden daraus, daß die Botschafterkonferenz der Siegermächte auf deutsches Drängen hin erklärte, die Arbeit der Interalliierten Militärkontrollkommission, der die Aufgabe zur Überwachung der deutschen Abrüstung übertragen war, am 31. Januar 1927 zu beenden (vgl. STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 72–73; SCHULTHESS 67 [1926], S. 497–498). Tatsächlich stellte die Kommission ihre Tätigkeit mit diesem Tag ein (ebd., [1927], S. 22).

[22] Nach langen Verhandlungen wurde am 21. Mai 1926 in Paris [!] ein Luftfahrtabkommen unterzeichnet, das die restriktiven Bestimmungen des Versailler Vertrags und des Londoner Ultimatums von 1921 für die deutsche Luftfahrt milderte, die zivile Luftfahrt wieder erlaubte und in der Frage der Trennung zwischen militärischer und ziviler Luftfahrt Zugeständnisse an Deutschland enthielt (vgl. ebd., 67 [1926], S. 444).

[23] Gemeint ist die „Mandatskommission" des Völkerbundes, der die Überwachung der ordnungsgemäßen Verwaltung der Völkerbundsmandate, darunter der vormals deutschen Kolonien, übertragen war. Nach längeren Verhandlungen war es Deutschland Anfang Oktober 1927 gelungen, einen Sitz in dieser Kommission zu erlangen (vgl. die betreffende Erwähnung Stresemanns in der Ministerbesprechung vom 8. Oktober 1927, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, Bd. 2, S. 985).

[24] Vgl. oben mit Anm. 17.

Es ist nicht zu verkennen, daß die deutschen Belange früher anders behandelt wurden als jetzt. Gewiß bleibt noch viel zu wünschen übrig, aber die meisten Mächte des Völkerbunds waren früher unsere Gegner. Da eine materielle Macht nicht hinter uns steht, müssen wir versuchen, das zu erreichen, was möglich ist. Die Kritik, die geübt wird, hört da auf, wie man es hätte besser machen können[25]. Wer einen besseren Weg weiß, hat die Pflicht, ihn der ganzen Oeffentlichkeit und den verantwortlichen Stellen zu sagen. Solange das nicht geschieht, ist der erste Teil der Kritik wertlos.

Eine weitere Kritik beschäftigt sich mit der **inneren Politik der Deutschen Volkspartei.** Es wird gesagt, die neue Zeit kenne die alten Gegensätze liberal und konservativ nicht mehr. In dieser Beziehung möchte ich an die Auseinandersetzungen über das Schulgesetz[26] erinnern, bei dem es sehr wohl liberale und konservative Anschauungen gibt. Auch in Bayern dürfte diese Verschiedenheit Geltung haben in bezug auf das Konkordat[27] – wer ihm zustimmt, ist konservativ, wer es ablehnt, liberal. In dieses Gebiet fällt auch die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten[28], mit der ich vollständig einverstanden bin. Diese Rechte des Reichspräsidenten nach der heutigen Verfassung[29] werden aber schon verletzt, wenn die konservative Partei durch Stimmzettel in der Fraktion dem Reichspräsidenten die Minister aufoktroyiert[30].

---

[25] In diesem Satz scheinen ein Wort oder mehrere Wörter zu fehlen.

[26] Ein Kabinettsentwurf für ein Reichsschulgesetz, der die Möglichkeit der Errichtung von Konfessionsschulen in den Ländern unterschiedlich regelte, war im Reichsrat am 14. Oktober 1927 abgelehnt worden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 166). Die Reichsregierung hatte ihren Entwurf dennoch dem Reichstag vorgelegt, der vom 18. bis 20. Oktober 1927 in 1. Lesung darüber beriet und den Gesetzesentwurf anschließend in den Bildungsausschuß überwies (vgl. zusammenfassend ebd., S. 167–170). – Zur Haltung der DVP vgl. (in dieser Edition) Stresemanns Rede in der Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Braunschweig vom 21. November 1927.

[27] Bayern hatte am 29. März 1924 ein Konkordat mit dem Heiligen Stuhl geschlossen, das am 15. Januar 1925 in Kraft getreten war (Text in STAAT UND KIRCHE IV, S. 299–305).

[28] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Reichspräsident 26. April 1925 – 1934. – Ob sich Stresemann hier auf konkrete Forderungen bezieht, konnte nicht ermittelt werden. Womöglich greift er die Diskussionen über die Einwirkung Hindenburgs auf die Regierungsbildung im Januar 1927 auf.

[29] Die Weimarer Reichsverfassung („Verfassung des Deutschen Reiches“) vom 11. August 1919 ist u. a. veröffentlicht in REICHS-GESETZBLATT 1919, S. 1383–1418. Stellung und Rechte des Reichspräsidenten sind in Art. 41–50 beschrieben.

[30] Vermutlich bezieht sich Stresemann darauf, daß im Januar 1927 die DNVP-Reichstagsfraktion sich in die Nominierung von Reichsministern einzuschalten versuchte und dabei u. a. den Abgeordneten Walther Graef als Reichsminister durchsetzen wollte, was von verschiedenen Seiten abgelehnt und auch von Stresemann mit einer Rücktrittsdrohung beantwortet wurde (vgl. die Aufzeichnung Pünders über die Regierungsbildung in der Zeit vom 21. bis zum 31. Januar 1927, in: AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, Bd. 1, S. 515–523, hier: S. 521; das Schreiben Stresemanns an Marx vom 31. Januar 1927 in: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 103).

Der Vertreter der deutschen Gläubigernationen[31] hat einen Bericht an seine Auftraggeber über die reparationspolitische Lage Deutschlands gemacht. Nicht alles, was darin steht, hält der deutschen Kritik[32] stand. Wenn der Versailler Vertrag[33] davon spricht, daß Deutschland verpflichtet ist, das konfiszierte Eigentum zu entschädigen[34], so ist das eine sehr einfache Art, die aber moralisch keineswegs zu billigen ist. Alle, die während des Weltkrieges und später ihr Vermögen verloren haben, bilden eine Schicksalsgemeinschaft. Wenn das Reich nun die Absicht hat, diesen Geschädigten einen kleinen Ersatz zu leisten[35], so sollte das kein Grund internationaler Betrachtungen sein.

Zur Frage der **Beamtenbesoldung**[36] muß gesagt werden, daß eine gute Verwaltung nur mit einem entschuldeten Beamtentum möglich ist.

In einem Punkt gebe ich der Denkschrift des Reparationsagenten recht, nämlich insofern, daß es ein Unding ist, wenn die Vorschläge des Reichs vom Parlament übersteigert werden[37]. In England wird vom Sprecher des Parlaments kein Antrag für zulässig erklärt, der die Ausgaben höher ansetzt als die Regierung, wenn diese damit selbst nicht einverstanden ist. Das Parlament kann die Regierung zum Teufel jagen, aber die Verantwortung muß bei der Regierung bleiben. Deshalb müssen wir in dieser Beziehung auch bei uns dem Parlament Zurückhaltung auferlegen.

---

[31] Gemeint ist Seymour Parker Gilbert (1892–1938), Generalagent für die Reparationszahlungen (mit Sitz in Berlin) Oktober 1924 – 1930. – Text der nachfolgend erwähnten Denkschrift Gilberts vom 20. Oktober 1927 u. a. in SCHULTHESS 68 (1927), S. 489–498.

[32] Zur Diskussion der Reichsregierung über Gilberts Denkschrift im November vgl. die Protokolle bzw. Vermerke von Ministerbesprechungen vom 24. Oktober, 27. Oktober, 2. und 3. November 1927 (AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, Bd. 2, S. 1014–1016, 1029–1031, 1034–1036, 1052–1055); ihre Antwort an Gilbert vom 5. November 1927 ist u. a. veröffentlicht in DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 521 vom 6. November 1927.

[33] Text des am 28. Juni 1919 unterzeichneten Versailler Vertrags im englischen und französischen Original sowie in deutscher Übersetzung u. a. in VERTRAG VON VERSAILLES.

[34] Der Versailler Vertrag berechtigte die Siegermächte, deutsches Eigentum „in Feindesland“ oder in von Deutschland abzutretenden Gebieten zu liquidieren, und verpflichtete Deutschland zur Zahlung von Entschädigungen der davon betroffenen Reichsangehörigen (vgl. etwa Art. 297: ebd., S. 155–159).

[35] Der Entwurf eines „Kriegsschädenschlußgesetzes“, das auch die Entschädigungen für die in der vorangehenden Anm. genannten Liquidationen regeln sollte, war am 8. August 1927 dem Reichsrat zugeleitet worden (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 858 mit Anm. 9); die Regierung zögerte nach dessen Zustimmung aber wegen der Frage der Finanzierung noch mit der Vorlage im Reichstag (vgl. die Ministerbesprechung vom 23. November 1927: ebd., S. 1090). – Stresemanns eigene Haltung dazu findet sich in einer Aufzeichnung vom August 1927 (STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 264–265).

[36] Im Reichstag war am 21. Oktober 1927 die 1. Lesung der Besoldungsvorlage erfolgt, die im wesentlichen eine Neuordnung und damit Erhöhung der Beamtengehälter vorsah (vgl. zusammenfassend SCHULTHESS 68 [1927], S. 170). Inzwischen war der Entwurf in den Haushaltsausschuß verwiesen worden, in dem es aber zu Differenzen über die Höhe der Besoldungsverbesserung kam und gesteigerte Sätze gefordert wurden (ebd., S. 185).

[37] Vgl. die vorangehende Anm.

Die **deutschen Städte** sind in höherem Maße als früher Unternehmer geworden. Ob das in allen Fällen glücklich war, kann man bezweifeln. Ebenso kann man über die Konkurrenz zwischen Privat- und Stadtwirtschaft verschiedener Meinung sein. Wenn die Städte größere produktive Anlagen haben, muß ihnen natürlich der Anlagemarkt ebenso freistehen wie der Privatindustrie[38], aber er wird ihnen nach der Karenzzeit um so mehr zur Verfügung stehen, wenn sie sich auf das Dringlichste beschränken. Es ist für einen Außenminister wenig erfreulich, wenn er sich sagen lassen muß, daß nicht äußerste Einschränkung und Einfachheit innerhalb des Landes Geltung haben. Wir sind ein armes Volk und können nicht Dinge ausführen, die nur in Wohlhabenheit möglich sind und wodurch unsere weitere Wirtschaftsblüte in Frage gestellt ist. Wir müssen dahin streben, daß das Uebermaß der Lasten, das heute auf der deutschen Wirtschaft ruht, ermäßigt wird. Das ist nicht irgend ein leichtfertiger Verzicht, sondern eine Notwendigkeit, um auf dem Weltmarkt unseren Platz behaupten zu können. In der Welt fragt man nicht, ob wir Reparationslasten zu tragen haben, sondern verlangt, daß wir unsere Produkte preiswürdig feilbieten. Deshalb sollte man auch der Vermögensbildung sowie den stillen Reserven nicht nachjagen, denn sie kommen dem deutschen Reiche und der deutschen Wirtschaft zugute.

Wir haben keinen Grund zur Klage über unsere **Wirtschaftslage,** sondern müssen im Vergleich mit dem alten Deutschland anerkennen, daß sie gut ist. Es darf nicht vergessen werden, daß im alten Deutschland über 700 000 Mann in der Armee dienten und daß so und so viele Fabriken für die Armee arbeiteten. Die Zahl der heutigen Arbeitslosen[39] kann man nur mit Bewunderung nennen insofern, als es gelungen ist, sie auf den gegenwärtigen Stand herabzudrücken.

Das Verhältnis des Reiches zu den Ländern[40] ist wie in der Familie, man ist sehr freundlich, manchmal sehr herzlich, und wenn man auseinandergegangen ist,

---

[38] Über die Frage der Kredite der Kommunen war in den Wochen zuvor eine Diskussion zwischen Reichsbankpräsident Schacht und dem Deutschen Städtetag geführt worden; vgl. etwa BERLINER TAGEBLATT, Nr. 554 vom 23. November 1927 (Abendausgabe).

[39] Gegenüber dem starken Rückgang in den Vormonaten waren die Arbeitslosenzahlen zum 30. November 1927 deutlich gestiegen, wie wenige Tage später bekanntgegeben wurde (vgl. u. a. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 579 vom 11. Dezember 1927).

[40] Die Frage der Reichsreform, der Bildung neuer Länder oder von Reichsländern, war in den vorangegangenen Wochen wiederholt aus unterschiedlichen Richtungen aufgeworfen worden; vgl. etwa den Kommentar ebd., Nr. 560 (Abendausgabe) vom 30. November 1927. Am 25. November 1927 hatte die Reichsregierung in einer Ministerbesprechung beschlossen, die Frage im Januar 1928 mit den Ländern zu diskutieren und sie mit der weiter unten (mit Anm. 42) angesprochenen Verwaltungsreform zu verknüpfen (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1109–1112). – Zur Beschlußlage der DVP vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 51 (Morgenausgabe) vom 12. November 1927.

ziemlich boshaft. Der verlorene Krieg hat eine andere Kompetenzverteilung zwischen Reich und Ländern in einer Reihe von Fragen geschaffen. Wenn ein Land den Wunsch hat, seine Selbständigkeit aufzugeben, so darf dem die Reichsverfassung[41] nicht entgegenstehen. Ist das der Fall, so muß sie geändert werden. Bei Verwaltungsreformen[42] ist der Wegfall unnützer Arbeit wichtiger als die Einsparung einiger Beamtengehälter. Vom Unitarismus unterscheide ich mich in dem einen Punkt, daß ich sage, es soll auf die Länder in der Frage der Aufgabe der Selbständigkeit kein Zwang ausgeübt werden. Das darf allerdings nicht ausschließen, daß in allen Fragen, wo eine Einheit möglich ist, z. B. beim Verkehr, diese geschaffen wird. Zum Schluß noch ein Wort über **Rechts- und Linkspartei.** Ich lehne, wie die Dinge liegen, eine solche Problemstellung ab. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, die Zentrumspartei in diesem Sinne aufzulösen[43]; sie würde bei einem Zweiparteiensystem stets das Zünglein an der Wage bilden. Ich weiß weiter nicht, ob die Lage eine gute wäre, wenn in den einzelnen Ländern rechte oder linke Regierungen maßgebend wären. Ich habe die Empfindung, daß es besser ist, diejenigen zur Regierung zu berufen, die davon etwas verstehen und uns vorwärts bringen können. In meiner Regierungstätigkeit in den verschiedensten Kabinettzusammensetzungen habe ich immer feststellen können, daß der Parteimantel in der Garderobe abgelegt, aber dafür der Ressortmantel angezogen wurde. Wir wissen nicht, welche Prüfungen uns nach innen und nach außen noch auferlegt werden, und deshalb brauchen wir die Gesamtheit des Volkes. In Sachsen hatten die Vaterländischen Verbände von uns unterschriftlich verlangt, daß wir kein Kabinett mit den Sozialisten bilden[44]; wir haben das abgelehnt und nun ist nach den letzten Wahlen ein Kabinett von den Konservativen

---

[41] Die Weimarer Reichsverfassung sah in Art. 18 lediglich die Neubildung von Ländern als Möglichkeit vor, nicht jedoch die Aufgabe der Souveränität zugunsten des Reiches.

[42] Das Reichskabinett hatte am 21. Oktober 1927 in einer Ministerbesprechung die Frage der Verwaltungsreform diskutiert und eine Kommission eingesetzt „für Vorarbeiten zwecks Erzielung von Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung“ (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1010–1011).

[43] Inwieweit sich Stresemann hier auf eine aktuelle Diskussion bezieht, konnte nicht sicher ermittelt werden. Möglicherweise reagiert er auf den Beschluß von Zentrum und Bayerischer Volkspartei vom 28. November 1927, eine Arbeitsgemeinschaft herbeizuführen und im Ergebnis „die politische Einheit beider Parteien“ herbeizuführen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 184–185).

[44] Die Arbeitsgemeinschaft der Wehrverbände in Sachsen hatte im Juli 1926 einen Aufruf veröffentlicht, in dem sie die Wahl der DVP davon abhängig machte, daß diese die Zusammenarbeit mit der DNVP in Sachsen fortsetze (vgl. NATIONALLIBERALISMUS II, S. 658, Anm. 23). Im August 1926 war ein weiterer Aufruf erfolgt, der jedoch von seiten der DVP zurückgewiesen wurde (vgl. BERLINER TAGEBLATT, Nr. 387 [Morgenausgabe] vom 18. August 1926). – Zur Reaktion Stresemanns vgl. STRESEMANN, Vermächtnis II, S. 410–412.

bis zu den Marxisten gebildet worden[45]; wäre das nicht gelungen, so hätten wir dort ein Kabinett, das sich aus Sozialisten und Kommunisten zusammensetzen würde. Was mir vor Augen schwebt, ist die Zusammenfassung aller Staatsbürger, ob sie rechts oder links stehen. Jede Staatskunst nach innen und außen ist Kompromiß. Das beste Beispiel dafür in der Weltgeschichte gab Bismarck[46]. Vorwärts kommen wir nur durch praktische Alltagsarbeit. Töricht ist der Flaggenkrieg[47]. Selten ist eine schönere Rede gehalten worden als von Shurmann[48] [!] bei der Steuben-Feier. Hindenburg ist die Brücke vom alten zum neuen Deutschland. Lassen Sie uns mit Ehrfurcht auf das schauen, was groß war im alten Deutschland, ob es Könige oder Bürger waren. Ehre und Achtung, dem sie gebühren, au[ch][49] dem 1. Reichspräsidenten Ebert[50]. Nicht die Partei kann die Losung sein, sondern das verständige Zusammenwirken aller, die das Ziel verfolgen, zu schaffen und zu wirken für eine gute Zukunft unseres Vaterlandes und unseres Volkes. (Lebhafter Beifall.)[51]

[45] Nach den Wahlen in Sachsen am 31. Oktober 1926 war dort nach langen Verhandlungen am 11. Januar 1927 der Altsozialist Heldt mit den Stimmen der DNVP zum Ministerpräsidenten gewählt worden; an der Zusammensetzung seines Kabinetts änderte er vorläufig nichts (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 9).

[46] Otto [seit 1871 Fürst] von Bismarck (1815–1898), Reichskanzler 1871–1890.

[47] Bei verschiedenen Gelegenheiten war zuvor erneut die Frage der Gleichberechtigung der schwarz-weiß-roten (kaiserlichen) Flagge neben der schwarz-rot-goldenen (republikanischen) Flagge aufgeworfen worden; vgl. etwa DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 499 (Morgenausgabe) vom 25. Oktober 1927). Zur Beschlußlage der DVP vgl. ebd., Nr. 51 (Morgenausgabe) vom 12. November 1927.

[48] Gemeint ist Jacob Gould Schurman (1854–1942), amerikanischer Gesandter in China 1921–1925; Botschafter in Berlin Juni 1925 – 1930. – Zu seiner nachfolgend angesprochenen Rede bei der Veranstaltung zum Gedenken an Steubens Ankunft in Amerika vom 30. November 1927 im New Yorker Madison Square Garden vgl. BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 561 (Morgenausgabe) vom 1. Dezember 1927, S. 2.

[49] In der Vorlage – wohl als Druckfehler – „auf“.

[50] Friedrich Ebert (1871–1925), Reichspräsident 11. Februar 1919 – 28. Februar 1925.

[51] In der Vorlage folgen paraphrasiert Dankesworte des Ehrenvorsitzenden, dessen Lob für Stresemann und Polemik gegen die nationalliberale Landespartei sowie – gegen die Äußerungen Stresemanns – Vorbehalte zugunsten der Eigenstaatlichkeit Bayerns. Dann heißt es: „Als in diesem Augenblick Reichsaußenminister Dr. Stresemann sich zum Weggehen anschickte, mußte der Redner seine Ausführungen unterbrechen. Dr. Stresemann wurde bei seinem Abschied von den Anwesenden auf das Lebhafteste begrüßt [!].“

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 6. Dezember 1927[1]

Nach SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 9 (1928), S. 120–121, 132–133.

Die Ergebnisse der Konferenz zur Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen; die künftige Zusammensetzung des Wirtschaftsausschusses.

Le Dr Stresemann, rapporteur, donne lecture du rapport ci-après :

« La déclaration importante faite par le président de la Conférence internationale pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation[2], M. Colijn[3], me dispense de m'étendre sur les résultats obtenus au cours de cette conférence. Ces heureux résultats sont, dans une large mesure, dus à la compétence et à l'autorité de M. Colijn, ainsi qu'aux efforts inlassables qu'il a déployés pour assurer le succès de la Conférence. Je suis sûr que le Conseil tiendra à lui exprimer sa gratitude et à rendre hommage aux services qu'il a rendus à la Société des Nations.

Trois questions se trouvent soulevées à propos de cette convention[4], qui, à mon avis, appellent une décision du Conseil.

1. Le texte définitif de la Convention a déjà été communiqué à tous les Etats membres de la Société, ainsi qu'aux Etats non membres, représentés à la Conférence. Il reste cependant quelques Etats non membres qui n'étaient pas représentés à la Conférence et auxquels il serait désirable, si

---

[1] Stresemann äußert sich als Berichterstatter für Wirtschaftsfragen zum ersten Tagesordnungspunkt der Vormittagssitzung „Conférence internationale pour l'abolition des prohibitions et restrictions à l'importation et à l'exportation", nachdem der Präsident dieser Konferenz den Bericht darüber abgegeben hat (in der Vorlage: S. 119–120; vgl. zusammenfassend auch BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 570 [Abendausgabe] vom 6. Dezember 1927, S. 1–2). – Laut DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 570 (Abendausgabe) vom 6. Dezember 1927 sprach Stresemann Englisch, so daß es sich bei der Vorlage um eine Übersetzung handelt.

[2] Die betreffende Konferenz hatte vom 17. Oktober bis 8. November 1927 beraten, und am 8. November 1927 hatten 18 Staaten, Mitglieder wie auch Nichtmitglieder des Völkerbundes, eine Konvention unterschrieben, die die Abschaffung von Ein- und Ausfuhrverboten und -beschränkungen proklamierte, wobei die meisten Staaten Vorbehalte für einzelne Produkte anmeldeten (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 547–548; Text der Konvention u. a. in VERHANDLUNGEN DES REICHSTAGS, Bd. 432, Nr. 589).

[3] Hendrikus (Hendrik) Colijn (1869–1944), niederländischer Politiker und Industrieller; Ministerpräsident 1925–1926 (und weitere fünfmal zwischen 1933 und 1939); Finanzminister 1923–1926 (und zahlreiche weitere Ministerposten); niederländischer Vertreter beim Völkerbund 1927–1929. – Zu seinem Bericht als Präsident der genannten Konferenz vgl. oben Anm. 1.

[4] Vgl. oben Anm. 2.

tel est l'avis du Conseil, de communiquer la Convention en vue d'une signature. Ce sont : l'U.R.S.S., le Mexique, le Costa-Rica et l'Equateur.

2. Dans l'Acte final, la Conférence a recommandé que le Conseil prenne des dispositions pour réunir des conférences de techniciens en vue d'arriver à une entente internationale qui concilierait la nécessité, d'une part, d'assurer la protection des animaux et des plantes contre les maladies et, d'autre part, d'éviter que cette protection n'aboutisse à des mesures arbitraires qui entraveraient indûment le commerce international. Je propose que le Conseil demande au Comité économique d'étudier cette question.

3. Comme vous le savez, la Conférence a fixé la procédure relative à l'examen des réserves que les divers Etats pourraient formuler avant le 1er février 1928. Afin, notamment, qu'il ne soit pas soumis de réserves concernant les peaux et os, qui font l'objet d'une prohibition d'exportation dans certains pays, la Conférence a recommandé que les Etats intéressés se concertent avant la réunion qui aura lieu l'été prochain, en vue d'arriver à l'abolition simultanée de ces prohibitions. Je crois que le Conseil pourrait renvoyer également cette question au Comité économique, qui l'examinerait à sa prochaine session, en décembre. »

[…][5]

Le Dr Stresemann, rapporteur, donne lecture du rapport ci-dessous :

« Le 28 septembre 1927, le Conseil a adopté une résolution indiquant les conditions dans lesquelles le Comité économique poursuivrait dorénavant ses travaux[6]. Il a également procédé à la nomination des membres de ce Comité en désignant douze membres et en autorisant en même temps son président[7] à procéder à la nomination des trois autres membres, à savoir un ressortissant de la Pologne, un ressortissant de l'Inde et un ressor-

[5] Die Vorlage, das Protokoll der Sitzung, vermerkt, daß die betreffenden Vorschläge vom Rat angenommen werden. – Nach einigen weiteren Tagesordnungspunkten kommt Stresemann erneut zu Wort, als er – im Protokoll nur in indirekter Rede überliefert – für die Fortsetzung der genannten Konferenz Colijn als Präsident vorschlägt, was die Zustimmung des Rates findet (S. 132). – Im darauf folgenden Tagesordnungspunkt „Organisation économiques: Nominations complémentaires au Comité économique" spricht Stresemann als Berichterstatter.

[6] Zu dieser Ratssitzung vom 28. September 1927 vgl. (in dieser Edition) die Redebeiträge Stresemanns.

[7] Enrique Villegas Echeburú (1874–1931), chilenischer Diplomat; Gesandter bzw. (ab 1924) Botschafter in Rom (Quirinal) 1918–1930; Delegierter Chiles im Völkerbund 1924–1935; Präsident des Völkerbundsrates September 1927 (und nachfolgend bis zur Dezembersitzung des Rates).

tissant des Etats-Unis d'Amérique, dès que les consultations nécessaires auraient eu lieu.

Le Gouvernement polonais a, depuis lors, suggéré le nom de M. Dolezal[8], sous-secrétaire d'Etat au Ministère du Commerce, et le Gouvernement de l'Inde a présenté le nom de M. Lindsay[9], « Indian Trade Commissioner », à Londres.

Le président en exercice du Conseil[10], conformément aux pouvoirs qui lui ont été conférés par le Conseil, a désigné les deux personnalités susindiquées comme membres du Comité économique.

La question de la désignation d'un ressortissant des Etats-Unis d'Amérique est encore en suspens.

A l'exception de M. Matsuyama[11] (Japon), toutes les autres personnalités qui ont été invitées à faire partie du Comité économique ont accepté cette invitation. M. Matsuyama a adressé une lettre au Secrétaire général[12], dans laquelle il l'informe qu'étant fréquemment empêché d'assister aux réunions du Comité, en raison du travail considérable qu'entraînent ses fonctions officielles, il croit devoir présenter sa démission.

Le Conseil désirera certainement exprimer le regret qu'il éprouve de la démission de M. Matsuyama et inviter le Secrétaire général à transmettre à M. Matsuyama l'expression de la gratitude du Conseil pour le dévouement dont il a fait preuve comme membre du Comité.

Je propose, d'accord avec le Gouvernement japonais, que M. Ito[13], directeur-adjoint du Bureau japonais auprès de la Société des Nations, soit nommé membre du Comité en remplacement de M. Matsuyama.

Le Conseil, lors de la réunion de septembre, a également décidé de nommer comme « membres correspondants » du Comité un ressortissant

---

[8] Vermutlich Franciszek Doleżal (geb. 1880), polnischer Wirtschaftswissenschaftler und Vizeminister des Handelsministeriums.

[9] Sir Harry Lindsay (1881–1963), britischer Beamter; Handelskommissar der indischen Regierung mit Sitz in London seit 1923.

[10] Gemeint ist der geschäftsführende Ratsvorsitzende, der nach Ende einer Session bis zur nächsten Session und zur Neuwahl eines neuen Vorsitzenden fungierte, also der in Anm. 7 genannte Villegas.

[11] Gemeint ist vermutlich Matsuyama Shinjiro (geb. 1882), japanischer Industrieller und Diplomat; Handelsattaché an der japanischen Botschaft in London seit 1921; Delegierter Japans bei der Völkerbundsversammlung 1922–1924 und 1929.

[12] Sir James Eric Drummond (1876–1951), britischer Diplomat; Generalsekretär des Völkerbundes 1919–1933.

[13] Gemeint ist vermutlich Itō Nobumi, japanischer Diplomat.

du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes et un ressortissant de la Chine.

Après consultation avec le Gouvernement du Royaume des Serbes, Croates et Slovènes, je propose que M. Curcin[14], secrétaire général de la Confédération des Sociétés industrielles, soit désigné comme membre correspondant du Comité.

En ce qui concerne le ressortissant de la Chine, j'attends la suggestion que doit formuler le représentant de la Chine accrédité auprès de la Société[15], et je propose que le Conseil autorise son président à procéder à cette nomination dès qu'une candidature appropriée aura été présentée.

Si le Conseil accepte les nominations proposées ci-dessus, la composition du Comité économique sera celle qu'indique la liste ci-après :

Comité économique.

M. Brunet[16] (Belgique),

M. Barboza-Carneiro[17] (Brésil),

Sir Sidney Chapman[18] (Grande-Bretagne),

M. Di Nola[19] (Italie),

M. Dolezal (Pologne),

M. Dvořáček[20] (Tchécoslovaquie),

M. Ito (Japon),

M. Jahn[21] (Norvège),

M. Lindsay (Inde),

M. Neculcea[22] (Roumanie),

---

[14] Gemeint ist vermutlich Gjoka Čurčin (geb. 1876 oder 1886), jugoslawischer Konsul.

[15] Gemeint ist vermutlich Chen Lu (1866–1940), chinesischer Vertreter beim Völkerbund; Präsident der Völkerbundsrates Dezember 1927.

[16] Vielleicht Emile Brunet (1863–1945), belgischer Politiker; Präsident des Abgeordnetenhauses 1919–1928.

[17] Vermutlich Júlio Augusto Barbosa Carneiro (1891–1989), brasilianischer Diplomat und Außenhandelspolitiker.

[18] Sir Sydney Chapman (1871–1951), Staatssekretär im britischen Handelsministerium 1920–1927; Hauptwirtschaftsberater der britischen Regierung 1927–1932.

[19] Vermutlich Angelo Di Nola, italienischer Politiker; Generaldirektor im italienischen Wirtschaftsministerium.

[20] Vermutlich Jan Dvořáček, (1887–1956), tschechoslowakischer Politiker; Handelsminister 1925–1926.

[21] Gunnar Jahn (1883–1971), norwegischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker; Direktor des norwegischen statistischen Zentralbüros 1920–1945.

[22] Eugene Neculcea (geb. 1879), rumänischer Diplomat.

M. Schüller[23] (Autriche),

M. Serruys[24] (France),

M. Stucki[25] (Suisse),

M. Trendelenburg[26] (Allemagne),

Un membre ressortissant des Etats-Unis d'Amérique.

Membres correspondants :

M. Campion[27] (Australie),

M. Jensen[28] (Danemark),

M. Curcin (Royaume des Serbes, Croates et Slovènes).

Un membre ressortissant de la Chine.[29] [»]

[23] Richard Schüller (1870–1972), österreichischer Wirtschaftswissenschaftler und -politiker sowie Diplomat; Vertreter Österreichs in der Völkerbundsversammlung.

[24] Daniel Serruys (1875–1950), französischer Wirtschaftswissenschaftler und Politiker; Direktor im französischen Handelsministerium 1920–1928.

[25] Walter Stucki (1888–1963), Schweizer Politiker und Diplomat; seit 1925 Direktor der Handelsabteilung des schweizerischen Wirtschaftsministeriums („Volkswirtschaftsdepartements"); Schweizer Vertreter in der Völkerbundsversammlung.

[26] Ernst Trendelenburg (1882–1945), deutscher Politiker; Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium 1923–1932.

[27] Sir William Robert Campion (1870–1952), britischer Politiker; Gouverneur für West-Australien 1924–1931.

[28] Adolph Jensen (1866–1948), dänischer Wirtschaftswissenschaftler und Statistiker; Leiter der Statistikabteilung des dänischen Finanzministeriums 1913–1936.

[29] Im folgenden wird auch unter Beteiligung Stresemanns, dessen Wortbeiträge allerdings in der Vorlage nur in indirekter Rede wiedergegeben werden, eine Diskussion darüber geführt, ob Lateinamerika ausreichend vertreten sei und ob eine Frau Mitglied der Kommission sein solle; abschließend wird die Beschlußfassung auf eine spätere Sitzung vertagt (S. 133–134).

Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 8. Dezember 1927[1]

Nach DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 575 (Morgenausgabe) vom 9. Dezember 1927. – Teildruck (mit abweichenden Passagen) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 575 (Morgenausgabe) vom 9. Dezember 1927, S. 1.

In der oberschlesischen Schulfrage wird Deutschland den Ständigen Internationalen Gerichtshof anrufen.

Ich hatte, sagte Stresemann[2], unter diesen Umständen den Beschluß[3] niemals anders aufgefaßt, als daß er sich ausschließlich auf die damals in Erörterung gestandenen Kinder bezog, also auf den **Kinderjahrgang 1926/27.** Die Lösung wurde als „Solution exceptionelle [!] appliquée à une[4] solution[5] exceptionelle [!]" bezeichnet, womit der Rat einverstanden war. [...][6] Wir stehen hier vor der Tatsache, daß in einem wesentlichen Punkt des Beschlusses eine Meinungsverschiedenheit besteht. Ich will auf die Gründe nicht weiter eingehen. Es ist notwendig geworden, die grund-

---

[1] Der Zeitungsbericht in der Vorlage faßt die Ereignisse der Nachmittagssitzung vor der Stelle, an der Stresemann das Wort ergreift, derart zusammen, daß sie „die oberschlesische Schulfrage, die Frage des polnischen Anlegehafens und die Frage der Danziger Souveränität auf der Westerplatte zum Gegenstand" gehabt habe, wobei Chamberlain sich scharf gegen die „polnischen Verschleppungstendenzen in der Westerplattenfrage" geäußert habe, während Polen „vorsichtig von Briand noch unterstützt" worden sei. Danach habe Stresemann in der Schulfrage das Wort ergriffen. „Er berief sich auf das deutsche Telegramm vom 14. vorigen Monats in Sache der Aufnahme von Kindern in die Minderheitsschulen und erinnerte an den Vorschlag des Dreierkomitees [...], der eine praktische Lösung der unerträglich gewordenen Schulzustände anstrebte und deshalb den schweizerischen Schulmann Maurer berief, der die Kinder der Klasse 1926/27 prüfen sollte, um sie gegebenenfalls gegen den Willen der Eltern und im Gegensatz zur Genfer Konvention in polnische Schulen zu schicken. [...] Doch sollte die Rechtslage unverändert bleiben", und fährt in direkter Rede fort.

[2] So als paraphrasierender Einschub.

[3] Strittig war die Frage, ob Polen in Ostoberschlesien entgegen dem Elternwillen auf Einschulung in eine deutsche Schule darauf bestehen konnte, daß Kinder in eine polnischsprachige Schule gehen mußten. Am 12. März 1927 hatte Stresemann in der Sitzung des Völkerbundsrates als Kompromiß einem ausdrücklich als Übergangslösung bezeichneten Verfahren (vgl. oben Anm. 1) zugestimmt; vgl. dazu auch (in dieser Edition) seine Redebeiträge im Völkerbundsrat in Genf vom 12. März 1927. – Am 18. November 1927 hatte Staatssekretär Schubert an den Generalsekretär des Völkerbundes geschrieben und moniert, daß diese Übergangslösung nun von polnischer Seite zum Regelfall gemacht worden sei und der Völkerbundsrat über diesen Verstoß beraten solle (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 547 [Morgenausgabe] vom 19. November 1927).

[4] In der Vorlage, wohl als Druckfehler: „uni".

[5] So in der Vorlage; tatsächlich heißt es in dem betreffenden Beschluß: „situation" (vgl. oben Anm. 3).

[6] In indirekter Rede setzt die Vorlage fort: „Stresemann schilderte dann, wie auf polnischen Wunsch der Berichterstatter Urutia die Prüfung der Kinder auch auf die Klasse 1927/28 ausdehnte, und setzte dann fort:"

sätzliche Rechtsfrage für die Aufnahme von Kindern in die Schulen zu klären.[7]

Die **Reichsregierung** beabsichtigt, sich an den **Haager Gerichtshof**[8] zu wenden und seine Interpretation zu erbitten, die dann für das Schicksal der Kinder des Schuljahres 1927/28 maßgebend wäre.[9]

---

[7] Abweichend wird die betreffende Passage in der BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 575 (Morgenausgabe) vom 9. Dezember 1927, S. 1, die sich ansonsten auf indirekte Rede beschränkt, wiedergegeben: „Da sich der Berichterstatter, so fuhr Dr. Stresemann fort, vor seiner Entscheidung mit den beiden anderen Berichterstattern in Verbindung gesetzt und feststellt hat, daß diese seiner Auffassung zustimmen, so stehen wir vor der Tatsache, daß in einem wesentlichen Punkte über die Tragweite des Beschlusses vom März eine Meinungsverschiedenheit zwischen Mitgliedern des Rats besteht. Ich möchte auf die Gründe, die zu dieser Meinungsverschiedenheit geführt haben, nicht näher eingehen, sondern mich sofort darüber erklären, wie nach Ansicht der deutschen Regierung die nun einmal entstandene Kontroverse am besten zu beseitigen sein wird. Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß es jetzt notwendig geworden ist, die grundsätzliche Rechtsfrage, die für die Aufnahme von Kindern in die deutschen Minderheitenschulen maßgebend ist, endgültig zur Klärung zu bringen. Sie beabsichtigt deshalb, ihrerseits auf Grund der Bestimmungen der Genfer Konvention sich an den Ständigen Gerichtshof im Haag zu wenden, um von diesem eine Interpretation der in Frage kommenden Bestimmungen der Konvention zu erhalten. Sie geht hierbei davon aus, daß sich der Rat jetzt damit einverstanden erklärt, daß die Entscheidung des Weltgerichtshofs auch für das endgültige Schicksal der Kinder des Jahrgangs 1927/28 maßgebend sein soll."

[8] Gemeint ist der Ständige Internationale Gerichtshof, der 1921/22 vom Völkerbund in Den Haag errichtet worden war.

[9] Im folgenden referiert die Vorlage in indirekter Rede die Erwiderung Urutias, der seine Entscheidung verteidigt, und das Festhalten Stresemanns am Entschluß, die Frage dem Ständigen Internationalen Gerichtshof vorzulegen. Der Rat stimmt dem deutschen Vorschlag zu, dessen Entscheidung zu übernehmen. – In der Fortsetzung werden (wiederum in indirekter Rede) die Diskussionen über die Tagesordnungspunkte des polnischen Anlegehafens und die Frage der Westerplatte wiedergegeben; in beiden Fällen werden Gutachten referiert, die eher die Danziger Rechtsstandpunkte begünstigen; Entscheidungen werden nicht getroffen.

Rede auf einem Bierabend der deutschen Studenten in Genf vom 9. Dezember 1927[1]

Nach TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 580 (Abendausgabe) vom 12. Dezember 1927.

Die Studenten sollen sich von den Erfahrungen ihres Aufenthalts in Genf begeistern lassen, aber sich ihrer eigenen Nation bewußt bleiben.

Wie dankbar können Sie dafür sein, so jung hier in diesem Mittelpunkt internationalen Lebens Eindrücke und Erfahrungen zu sammeln, die für Ihr Leben mehr bedeuten können als alles Erlernte und Erstudierte. Sie werden sich hier begeistern lassen für den Gedanken des Internationalismus; und das ist gut. Doch nie dürfen Sie vergessen, daß nur **der** rechten internationalen Sinn hat, der in **erster Linie sein** Volk liebt und dessen Kultur. Es gibt nicht eine Menschheit an sich, es gibt **nur Nationen.** Und darum unsre Pflicht: **bewußtes Auftreten als Deutscher, kein Verleugnen der Nationalitäten** und ihrer Eigenarten, sondern ein reger Austausch untereinander zum Wohle der Nationen! Durch **gesteigerte Leistungen** werden wir uns durchsetzen können selbst bei **härtestem Druck** von außen.[2]

---

[1] Die Vorlage, ein Artikel unter der Überschrift „Stresemann bei den Genfer Studenten", erläutert, daß Stresemann bei einer früheren Zusammenkunft mit den „deutschen Studenten" (in Genf; gemeint ist wohl ein Empfang Stresemanns für diese deutschen Studenten am 11. März 1927: vgl. in dieser Edition die Rede Stresemanns aus diesem Anlaß) den Wunsch geäußert habe, dies zum „Gewohnheitsrecht" werden zu lassen, und daß er daher ihrer Einladung „zu einem Bierabend am Freitag im Saal des Hotels Metropole" gefolgt sei, wobei ihn u. a. Staatssekretär Schubert begleitet habe. „Es wurde ein Abend von seltener Harmonie und reizender Stimmung. Fern von allem Parteihader der Heimat fand sich hier am Sitz des Völkerbundes deutsches Führertum mit deutschem Studententum zusammen zu ein paar reinen deutschen Stunden, wie alle sie nötig haben als Kraftquelle zur Arbeit und zum politischen Kampf." Nach der paraphrasierenden Wiedergabe der Ansprache eines Studenten, der an Stresemanns Berliner Rede zum Thema „Student und Staat" vom 6. Juli 1926 (vgl. diese Edition) erinnerte, heißt es, offenbar in einer gekürzten Wiedergabe der Rede Stresemanns: „Der Höhepunkt des Abends wurde die Rede Dr. Stresemanns, der in außerordentlich herzlichem Tone sprach und betonte:"

[2] Die Vorlage schließt die Berichterstattung: „Nachdem noch ein Begrüßungstelegramm an Frau Dr. Stresemann, Berlin, abgesandt und von Staatssekretär von Schubert launige Trinksprüche ausgebracht worden waren, fand der wohlgelungene Abend in bester Stimmung seinen Abschluß."

Rede vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 239–241.

Der Verlauf der Völkerbundsratsverhandlungen zum polnisch-litauischen Konflikt. Gespräche Stresemanns. Fragen der Grenzsicherung in Osteuropa.

Wir haben heute vormittag eine geheime Sitzung gehabt[2], an der Herr **Pilsudski[3]** und Herr **Woldemaras[4]** teilgenommen haben. In dieser Sitzung ist das ersehnte Wort von der **Aufhebung des Kriegszustandes[5]** gefallen, was große Ausbrüche der Freude hervorgerufen hat. Man sprach von Tedeum-Läuten und anderem. Aber Herr Woldemaras erklärte, es gebe verschiedene Arten Tedeum, ein Tedeum des Sieges und ein Tedeum des Friedens. Für das erstere sei er, für das andere nicht.

Man hat nun einen sehr verständigen Bericht des Herrn **Beelaerts[6]** [des holländischen Außenministers][7] zur Grundlage genommen, damit die beiden Parteien sich dazu äußern könnten. Wir unsererseits konnten diesem Rapport, der allerdings keine sogenannten Dezisionen erhielt[8], sondern nur damit endet, beide Parteien hätten sich dazu zu äußern, vollkommen zustimmen. Er hat alle Gesichtspunkte enthalten,

---

[1] Den Kontext der Rede bilden die litauisch-polnischen Beziehungen, die seit der polnischen Eroberung Wilnas und des Wilnaer Gebietes im Krieg von 1920 und der litauischen Nichtanerkennung der nachfolgenden Annexion durch Polen ständig und in wachsenden Wellen von Spannungen bis hin an den Rand des erneuten Kriegsausbruchs geprägt waren. Im Herbst 1927 war es zu erneuten Spannungen gekommen, die wieder einen offenen Kriegsausbruch befürchten ließen und den Völkerbundsrat zur Behandlung des Streitfalls veranlaßten. – In den konsultierten Zeitungen findet sich kein Artikel, der explizit auf diese Rede vor der Presse Bezug nimmt; allerdings finden sich in vielen dieser Zeitungen Hintergrundinformationen zu den Vorgängen des Tages. Möglicherweise verhält es sich damit wie mit den Reden Stresemanns vor der Presse vom 6. bis 8. September 1927 und wie mit dem folgenden Stück: Auch die hier wiedergegebene Rede vor der Presse könnte der inoffiziellen Information gedient haben und war wohl nicht zur Veröffentlichung bestimmt oder freigegeben.

[2] Gemeint ist eine nichtöffentliche Sitzung des Völkerbundsrates. Vgl. dazu die geheime Aufzeichnung des Wissenschaftlichen Hilfsarbeiters Paul Schmidt vom 10. Dezember 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 478–479).

[3] Józef Piłsudski (1867–1935), polnischer Staatspräsident 1918–1922; Marschall von Polen seit 1920; nach Staatsstreich und zeitweilig autoritär regierend als polnischer Ministerpräsident (Oktober 1926 – Juni 1928 u. 1930) bzw. als Kriegsminister (Oktober 1926 – 1935).

[4] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929.

[5] Vgl. oben Anm. 1.

[6] Frans Beelaerts van Blokland (1872–1956), niederländischer Diplomat und Politiker; Außenminister 1. April 1927–1933. – Der angesprochene Bericht gedruckt in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 9 (1928), S. 144–156.

[7] Der Einschub so in der Vorlage.

[8] So in der Vorlage; „enthielt“ wäre eher zu vermuten.

die ich vor einigen Tagen[9] als unseren Standpunkt bezeichnet habe. Nun haben den ganzen Tag über Verhandlungen mit den Litauern und Polen stattgefunden. Mit Herrn **Sokal**[10] hat es anderthalb Stunden gedauert, mit Herrn Woldemaras länger. Vor 15 Minuten hat Herr Woldemaras das Zimmer verlassen, und jetzt ist Herr Sokal wieder drin. Herr Woldemaras hat einige Änderungen verlangt an dem Text, der nun umgegossen wird.

Der Herr Berichterstatter Beelaerts hofft, daß Herr Sokal den Änderungen von Woldemaras zustimmen wird und zustimmen kann. Da nun einige Mächte die Empfindung haben, wenn man die beiden Kontrahenten einig hätte, solle man auch das Eisen schmieden, solange es warm ist, sind die Mitglieder des Rates gebeten worden, sich bereitzuhalten, heute abend noch zu einer Sitzung des Rates zusammenzutreten. Falls Sokal ablehnt, weiß ich nicht, ob man heute noch einmal zusammenkommt oder die Dinge etwa auf morgen verschiebt. Augenblicklich arbeitet man mit aller Gewalt daran, die Sache heute noch zustande kommen zu lassen.

Im übrigen haben wir heute nach der geheimen Sitzung ein Frühstück gehabt, zu dem wiederum Briand[11] eingeladen hat und an dem Paul-Boncour[12], Loucheur[13], Scialoja[14], Chamberlain[15], **Pilsudski** und ich teilgenommen haben. Ich habe nachher auf seinem Zimmer mit Herrn Pilsudski eine fünfviertelstündige Unterredung[16] gehabt, die sich hauptsächlich auf deutsch-polnische Fragen bezog.

---

[9] Eine entsprechende Äußerung Stresemanns in den vorangegangenen Tagen konnte nicht ermittelt werden.

[10] **Franciszek Sokal (1881–1932), polnischer Politiker; Vertreter Polens beim Völkerbund 1922–1932.**

[11] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[12] Joseph Paul-Boncour (1873–1972), französischer Politiker; Delegierter beim Völkerbund 1924–1926 u. 1932–1936; Ministerpräsident 1932–1933.

[13] Louis Loucheur (1872–1931), französischer Politiker; Wiederaufbauminister 1918–1920; Handels- und Industrieminister März – Juni 1924 und 1930–1931; Arbeitsminister Mai 1928 – 1930.

[14] Vittorio Scialoja (1856–1933), italienischer Politiker und Diplomat; Außenminister 1919–1920; Vertreter Italiens beim Völkerbund 1921–1932.

[15] Sir Austen Chamberlain (1863–1937), britischer Außenminister 6. November 1924 – 4. Juni 1929.

[16] In einem Agenturbericht von WTB wird nach der Unterredung „deren herzlicher Charakter“ betont; sie habe deutlich gezeigt, „daß Pilsudski von dem lebhaften Wunsche erfüllt ist, nicht nur in den Handelsvertragsverhandlungen, sondern auch in allen anderen zwischen Deutschland und Polen schwebenden Fragen zur einer Verständigung zu gelangen“ (REICHSPOST, Nr. 340 vom 13. Dezember 1927, S. 2). – Vgl. auch die Aufzeichnung Stresemanns vom 9. Dezember 1927 in AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 469–470 (die offensichtlich falsch datiert ist: vgl. dazu auch ebd., Anm. 1).

Herr **Briand** hat mich heute[17] auf die Gerüchte hin angesprochen, die hier in Journalistenkreisen über das Bestreben Frankreichs umgehen, auf **Rußland** wegen der Schließung von Verträgen mit seinen Nachbarn einzuwirken. Diese Frage hat sich an den neuentstandenen Begriff „Ost-Locarno“[18] angeknüpft als eine Verständigung, die, wie man hier von gewisser russischer Seite sagte, sich auch gegen Deutschland richten könne. Daß die drei **Randstaaten** – wenn man Finnland mitrechnet, also Estland, Lettland und Finnland – die Absicht haben, sich gegenseitig ihre Grenzen zu garantieren und sich diese Garantierung bescheinigen zu lassen durch das Protektorat von Rußland und Deutschland, wenn es ginge, auch von Frankreich und England, ist eine ziemlich alte Sache, der entgegenzutreten für uns keine Veranlassung vorliegt. Das Zweite sind Verhandlungen zwischen **Rußland** und **Polen** über die Garantierung der polnischen Ostgrenze. Ich glaube, daß diese Verhandlungen auch beinahe seit Jahresfrist schweben. Ob sie irgendwie, irgendwo und irgendwann aktuell geworden sind, vermag ich im gegenwärtigen Moment nicht zu sagen. Jedenfalls hat sich die Unterhaltung zwischen **Litwinow[19]** und Briand nicht speziell auf diese Frage bezogen, sondern bei einer Diskussion über die Frage der vollkommenen Abrüstung[20] hat Briand einfließen lassen, daß auch der Abschluß von Verträgen eines außerhalb des Völkerbundsrats stehenden Staates wie Rußland mit seinen Nachbarn wesentlich dazu beitragen könnte, daß die Frage der Abrüstung fortschritte. Bei den früheren Verhandlungen ist wiederholt zum Ausdruck gekommen, daß gewisse

---

[17] Die hier gebotene Zusammenfassung eines Gesprächs mit Briand ähnelt in der Sache sehr stark der Aufzeichnung, die Stresemann am 11. Dezember 1927 über ein Gespräch mit dem französischen Außenminister anfertigte (ebd., S. 483–484), in der er sich ausdrücklich auf Sonntag, den 11. Dezember 1927, bezog. – Möglicherweise ist dem Herausgeber der Vorlage ein Irrtum unterlaufen, und die nachfolgende Passage gehört in den folgenden Text, eine Rede Stresemanns vor der Presse am 11. Dezember 1927.

[18] Mit „Ost-Locarno“ sind hier Verträge gemeint, die nach dem Vorbild der Verträge von Locarno von 1925 die Garantierung ostmitteleuropäischer Grenzen beinhalten würden.

[19] **Maksim Maksimovič Litvinov (1876–1951), sowjetischer Diplomat und Politiker; stellv. Außenminister („stellv. Volkskommissar des Äußeren“) 1923–1930; Außenminister 1930–1939 und 1943–1946. – Die erwähnte Unterhaltung mit Briand fand wohl am 4. Dezember 1927 statt; zu einer sowjetischen Veröffentlichung über dieses Gespräch vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 569 (Morgenausgabe) vom 6. Dezember 1927.**

[20] Im Vorfeld der Völkerbundsratstagung hatte vom 30. November bis 3. Dezember 1927 die 4. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission unter Teilnahme einer sowjetischen Delegation stattgefunden. Dort hatte Litvinov einen weitreichenden Abrüstungsvorschlag unterbreitet und die umgehende Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz vorgeschlagen (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 541–542).

Staaten prinzipiell gegen die Abrüstung seien, weil sie Nachbarn eines ganz großen Staates seien, der dem Völkerbund nicht angehört. Briand versicherte mir, das sei eine Zwischenäußerung gewesen, die keine besondere Bedeutung oder Vertiefung gehabt habe. Um 1/2 7 Uhr ist Litwinow bei mir gewesen[21] und hat über die Unterhaltung mit Briand berichtet, aber kein Wort davon gesagt, daß eine neue Orientierung der russischen Politik vorliege.

[21] Offenbar bezieht sich die Zeitangabe auf einen Besuch Litvinovs bei Stresemann am 4. Dezember 1927 (vgl. die Aufzeichnung Stresemanns vom 4. Dezember 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 427–429).

Rede vor der Presse in Genf vom 11. Dezember 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 241–242.

Klarstellungen zur Lösung des polnisch-litauischen Konflikts im Völkerbundsrat.

Die Berichte, die in der französischen Presse über die geheime Sitzung[2] erschienen sind, sind vollkommen unwahr. Es heißt etwa folgendermaßen: Während der geheimen Sitzung habe der Marschall **Pilsudski[3]** an Herrn **Woldemaras[4]** die Frage gestellt: „Wollen Sie nun den Krieg oder den Frieden?“ Woldemaras sei erbleicht und habe gemurmelt: „Den Frieden.“ Darauf habe Pilsudski gesagt: „Dann überlasse ich die weiteren Formalitäten meinem Außenminister“[5], und habe den Saal verlassen.

Die Dinge haben sich folgendermaßen vollzogen: Der holländische Berichterstatter[6] hat den Bericht gegeben, dessen erster Teil gestern verlesen worden ist. Es war darin ausgeführt, daß der Kriegszustand[7] mit den Beziehungen zwischen zwei Völ-

---

[1] Den Kontext der Rede bilden die litauisch-polnischen Beziehungen, die seit der polnischen Eroberung Wilnas und des Wilnaer Gebietes im Krieg von 1920 und der litauischen Nichtanerkennung der nachfolgenden Annexion durch Polen ständig und in wachsenden Wellen von Spannungen bis hin an den Rand des erneuten Kriegsausbruchs geprägt waren. Im Herbst 1927 war es zu erneuten Spannungen gekommen, die wieder einen offenen Kriegsausbruch befürchten ließen und den Völkerbundsrat zur Behandlung des Streitfalls veranlaßten. – In der BERLINER TAGESZEITUNG, Nr. 586 vom 12. Dezember 1927, findet sich ein Leitartikel des Genfer Korrespondenten, der bis in den Wortlaut hinein Teile der hier gebotenen Rede wiedergibt, ohne sie allerdings als Worte Stresemanns zu deklarieren. Ähnlich verhält es sich mit einem Artikel in der BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 586 vom 12. Dezember 1927, der „auf Grund zuverlässigster Auskunft“ die Darstellung Stresemanns paraphrasiert. Möglicherweise handelt es sich bei der Rede (wie bei dem vorgegangenen Stück) um vertraulich den Pressevertretern gegebene Erklärungen.

[2] Gemeint ist die Vormittagssitzung vom Vortag; vgl. in dieser Edition Stresemanns Rede vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1927. – In einer geheimen Sitzung am späten Abend des 10. Dezember 1927 war der polnisch-litauische Konflikt unter Zustimmung beider Parteien durch eine Resolution des Völkerbundsrates beigelegt worden (Text der Resolution u. a. in BERLINER VOLKS-ZEITUNG, Nr. 586 vom 12. Dezember 1927).

[3] Józef Piłsudski (1867–1935), polnischer Staatspräsident 1918–1922; Marschall von Polen seit 1920; nach Staatsstreich und zeitweilig autoritär regierend als polnischer Ministerpräsident (Oktober 1926 – Juni 1928 u. 1930) bzw. als Kriegsminister (Oktober 1926 – 1935).

[4] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929.

[5] August Zaleski (1883–1972), polnischer Diplomat und Politiker; Außenminister 15. Mai 1926 – 1932 (und der Exilregierung Sikorski 1939–1941).

[6] Frans Beelaerts van Blokland (1872–1956), niederländischer Diplomat und Politiker; Außenminister 1. April 1927–1933. – Der nachfolgend angesprochene Bericht gedruckt in SOCIÉTÉ DES NATIONS. Journal Officiel 9 (1928), S. 144–156.

[7] Gemeint ist: die ungeklärte Frage, ob zwischen Polen und Litauen noch Krieg herrsche, nachdem Litauen die Entscheidung der Botschafterkonferenz von 1923 über die Grenze zwischen beiden Staaten nicht anerkannt hatte und somit formal der Krieg von 1920 nicht in einen Friedensvertrag mündete.

kern, die dem Völkerbunde angehören, nicht verträglich sei; dann die anderen Punkte, welche Polen anerkannt habe. Weiter war die Rede von dem besonderen Vorbehalt wegen Wilnas, und ausführlicher und schärfer als gestern präzisierte der Bericht die Frage der Grenzkontrolle[8]. Aufgefordert, sich zu diesem Bericht zu äußern, der den litauischen Forderungen sehr weit entgegenkomme, erklärte Woldemaras, daß er ihn in großen Zügen annehme und nur einige Einwendungen dagegen zu machen habe, daß aber seine Beschwerde wegen der Schulfrage[9] nicht genügend berücksichtigt sei. Herr Woldemaras hat sich ziemlich in Details verloren, selbst unter Vorzeigung von Pässen. Daraufhin erfolgte jene kurze Rede des Marschalls Pilsudski, worin er sagte: „Ich höre immer die ganzen Darlegungen über die Schulverhältnisse, aber das ist nicht das, was mich in erster Linie interessiert. Mir kommt es darauf an, zu wissen, ob zwischen unseren Ländern Friede oder Kriegszustand existiert. Ich vermisse das Wort Friede in den Darlegungen des Herrn Woldemaras.“ Daraufhin ist nicht Herr Woldemaras erbleicht und hat gesagt: „Friede“, sondern darauf habe zunächst **ich** gesprochen und dem Marschall Pilsudski gesagt, er brauche nur den Bericht zu lesen. Es stehe ausdrücklich darin, daß der Kriegszustand mit dem Geiste zweier Nationen, die dem Völkerbunde angehörten, nicht vereinbar sei. Da Herr Woldemaras diesen Bericht akzeptiert habe, sei diese Frage geregelt. Darauf hat Woldemaras seinerseits erklärt, der Kriegszustand existiere nicht mehr, er müsse aber trotzdem darauf bestehen, daß die Frage der Minoritäten irgendwie erledigt werde. Pilsudski hat darauf in sehr lebhafter Weise seine Freude bekundet mit den Vergleichen, die ich Ihnen gestern sagte[10], man solle jetzt das Tedeum in den Kirchen spielen, er sei froh darüber, das sei für ihn die Hauptsache. Dann kam die Erwiderung von Woldemaras, es gäbe zwei Arten Tedeum, eines des Friedens und ein Tedeum des Sieges; er müsse bei den weiteren Verhandlungen Wert darauf legen, daß auch seine Anschauungen über die Einzelfragen zum Ausdruck kämen. Die

[8] Gemeint ist vermutlich die Kontrolle der Grenze zwischen den beiden Ländern durch die Warschauer Militärattachés Frankreichs, Großbritanniens und Italiens, um Truppenüberschreitungen zu verhindern, was insbesondere eine litauische Forderung gewesen war. In der Resolution des Völkerbundsrates war vorgesehen, daß bei Grenzzwischenfällen der Völkerbundsgeneralsekretär auf das Ersuchen einer der beiden Parteien den Ratspräsidenten und den Berichterstatter informieren könne, damit diese Maßnahmen zur Beruhigung ergreifen könnten.

[9] Vermutlich bezieht sich dies auf die Diskriminierung von Litauern in Polen in Schulangelegenheiten. In der Resolution des Rates wurde eine Untersuchung solcher und ähnlicher Minderheitenfragen durch ein Völkerbundskomitee als Möglichkeit erwähnt.

[10] Vgl. (in dieser Edition) Stresemanns Rede vor der Presse in Genf vom 10. Dezember 1927.

Darstellung in französischen Blättern – im „Matin“ war es wohl oder im „Journal“[11]: „Est-ce la paix ou la guerre?“ – und im „Journal“ hieß es wohl: „murmura Woldemaras“[12] – ist ganz falsch, denn sie kann den Eindruck erwecken, die ganze Verhandlung sei eigentlich so verlaufen, daß man nicht mehr ein und aus gewußt habe. Da sei der Marschall Pilsudski gekommen und habe gesagt: „Ich will, daß du den Kriegszustand aufhebst“, und darauf sei alles zusammengeknickt und habe sich nun um die Einigung bemüht. Nein, meine Herren, der Bericht war schon fertig, ehe Pilsudski eintraf, und die Einigung ist erfolgt, ohne daß Pilsudski ein Wort gesprochen hatte. Ebenso stand auch der Bericht bereits fertig da, nachdem Herr Zaleski[13] alle Gesichtspunkte akzeptiert hatte, Herr Briand[14] ebenfalls, Deutschland ebenfalls, Litwinow[15] ebenfalls, so daß es eines Eingreifens gar nicht bedurft hätte. Der Marschall erscheint durch diese Tendenzmacherei, die auch in französischen Karikaturen[16] zu erkennen ist, als der Mann, der einer geistig hilflosen Organisation seinen Willen aufzwingt. Davon ist nicht im geringsten die Rede. Ich bemerke übrigens, daß auch Briand sich gegen die Frage Pilsudskis gewendet und erklärt hat, so sei die Sache nicht zu lösen, man werde in Ruhe besprechen, was sich aus der Gesamtsituation ergebe[17].

---

[11] In einem Interview mit Piłsudski, das in LE MATIN, Nr. 15971 vom 11. Dezember 1927, S. 1, abgedruckt ist und in dem der von Stresemann monierte Eindruck über Piłsudskis Auftreten zum Ausdruck kommt, findet sich diese Formel in der Aussage (und nicht in einer Frage) Piłsudskis, daß die ganze Auseinandersetzung mit Litauen „c’était la paix ou la guerre“.

[12] Die entsprechende Aussage findet sich in einem Artikel in LE JOURNAL, Nr. 12838 vom 11. Dezember 1927, S. 3.

[13] Vgl. oben mit Anm. 5.

[14] Aristide Briand (1862–1932), französischer Ministerpräsident 1909–1911, 1913, 1915–1917, 1921–1922, 28. November 1925 – 17. Juli 1926, Juli – Oktober 1929; Außenminister 1915–1917, 17. April 1925 – 1932 (mit zwei Unterbrechungen von jeweils wenigen Tagen); daneben verschiedene weitere Ministerposten vor 1918.

[15] Maksim Maksimovič Litvinov (1876–1951), sowjetischer Diplomat und Politiker; stellv. Außenminister („stellv. Volkskommissar des Äußeren“) 1923–1930; Außenminister 1930–1939 und 1943–1946.

[16] Vgl. etwa die Karikatur im in Anm. 11 genannten Artikel des „Matin“.

[17] Zur Kritik Stresemanns an der internationalen Berichterstattung, die nach seiner Einschätzung den unzutreffenden Eindruck von der Schwäche des Völkerbundes hervorrufe, vgl. auch sein Schreiben an den Präsidenten des Völkerbundsrates, Chen Lu, vom 11. Dezember 1927 (Druck in STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 242–243).

Rede auf dem Begrüßungsabend der Stadt Königsberg
für den Außenminister vom 16. Dezember 1927[1]

Nach KÖNIGSBERGER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 590 (Abendausgabe) vom 17. Dezember 1927. – Teildrucke (mit Abweichungen) BERLINER TAGEBLATT, Nr. 506 (Abendausgabe) vom 17. Dezember 1927; VOSSISCHE ZEITUNG, Nr. 596 (Abendausgabe) vom 17. Dezember 1927; NEUE FREIE PRESSE, Nr. 22721 vom 18. Dezember 1927, S. 9–10.

Die finanzielle Lage Deutschlands und der Grund für seine wiederholte Mahnung, Auslandskredite der Städte zu vermeiden. Die Verhandlungen zum deutsch-polnischen Handelsvertrag. Der Völkerbund und die Schlichtung des litauisch-polnischen Streits. Die Bedeutung Ostpreußens für das Deutsche Reich.

Meine Damen und Herren!

Lassen Sie mich Ihnen, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister[2], zunächst herzlichst danken für die Einladung, die Sie an mich gerichtet haben, hier in Königsberg als Gast der Stadt zu weilen[3]. Lassen Sie mich Ihnen danken für die freundlichen Worte, die Sie an mich gerichtet haben. Gestatten Sie mir allerdings eine Bemerkung: ich habe noch nie eine Schlacht erlebt, die mit einer **derartigen Offensive** anfing[4], wie die heutige. **(Heiterkeit.)** Es waren kaum drei Sätze gesprochen, da waren Sie bereits in heftigem Kampf gegen den Außenminister, der sich erlaubt hatte, einige Worte darüber zu sagen[5], daß es im Interesse auch der Außenpolitik läge, wenn

---

[1] Die Vorlage leitet den Artikel unter der Überschrift „Begrüßungsabend der Stadt für den Außenminister“ ein: „Der Begrüßungsabend der Stadt Königsberg für den Reichsaußenminister Dr. Stresemann nahm, wie wir bereits berichteten, einen sehr anregenden Verlauf, besonders auch wegen der bedeutsamen Reden, die auf diesem Abend gehalten wurden.“ – Im folgenden werden die Begrüßungsansprache durch Oberbürgermeister Lohmeyer und die Ansprache des ostpreußischen Oberpräsidenten Siehr wiedergegeben, ehe Stresemann das Wort ergreift. – Die Veranstaltung fand als Bankett „im Gebauhr-Saal“ statt (BERLINER TAGEBLATT, Nr. 596 [Abendausgabe] vom 17. Dezember 1927).

[2] Hans Lohmeyer (1881–1968), deutscher Verwaltungsjurist und Politiker; Oberbürgermeister von Königsberg 1919–1933. Zu seiner Begrüßungsansprache vgl. die vorangehende Anm.

[3] Zum geplanten Programm der Fahrt Stresemanns nach Königsberg vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 586 (Abendausgabe) vom 15. Dezember 1927. Zu seiner Ankunft am Vormittag („Die öffentlichen Gebäude haben geflaggt“) ebd., Nr. 588 (Abendausgabe) vom 16. Dezember 1927.

[4] Lohmeyer hatte in der vorangegangenen Begrüßungsansprache (vgl. oben Anm. 1) u. a. die umlaufende Kritik (auch des Außenministers) am Finanzgebaren der Städte zurückgewiesen und moniert, daß gerade Königsberg unter der Abschneidung vom übrigen Reich auch finanziell leide und vom Reich und von Preußen nicht hinreichend unterstützt werde.

[5] Vermutlich bezieht sich dies auf frühere Äußerungen Stresemanns bei verschiedenen Gelegenheiten, bei denen er die im folgenden angesprochene Kreditaufnahme von deutschen Städten für kon-

wir nicht den Schein erwecken, ein reiches Land zu sein. Lassen Sie mich zu diesem Thema einige Worte sagen, wobei ich bemerke, daß sich meine Ausführungen **nicht auf Königsberg** bezogen. Es handelt sich um einige Städte, deren glänzende Entwicklung seit dem verlorenen Kriege der Außenwelt so deutlich geworden ist, daß ich oft Glückwünsche entgegenzunehmen habe, die mir zu dieser „außerordentlich glänzenden Entwicklung" der deutschen Wirtschaft und der deutschen Städte ausgesprochen sind. (Heiterkeit.) Es ist die Aufgabe des Außenministers auch dafür zu sorgen, daß, wenn die Zeit der internationalen Schuldentilgung gekommen ist, das deutsche Volk aus diesem verlorenen Kriege, den es mit unendlichen Opfern hat bezahlen müssen, **nicht mit einer Schuldenlast herausgeht, die ganze Generationen hindurch** es in einer Weise **belasten,** die es mir unmöglich erscheinen läßt, dabei noch die kulturellen Aufgaben des deutschen Volkes zu erfüllen.

Wenn man aber vor einer solchen Entwicklung steht, ist nichts gefährlicher, als in der Uebergangszeit der Welt gegenüber den Eindruck zu erwecken – der vollkommen falsch wäre – als wenn wir uns in einer Periode beginnender Glückseligkeit, beginnenden steigenden Wohlstandes bef[ä]nden[6] (sehr richtig!). Das ist nicht richtig.

Wir sind ein **armes** Volk, wir haben **eine arme Wirtschaft;** wir haben keine Wirtschaft mehr, die in der Lage ist, ihren Kapitalbedarf aus Ersparnissen des deutschen Volksvermögens durchzuführen.

So wünschenswert es ist, daß die Welt draußen sich für den deutschen Wiederaufbau interessiert – sie tut es **nicht aus humanitären Gründen,** sondern sie verlangt, daß wir mit Zins- und Zinseszinsen zahlen, wenn wir einmal frei werden wollen. Dazu gehört, daß wir das **abverdienen** können, um einmal von dieser Schuld wieder frei zu sein. Wir sind nicht **ein reiches Volk.** Der schwerste Verlust des Krieges ist vielleicht der Verlust derjenigen Schichten des deutschen Volkes, die einst die **Mittellage** bildete des deutschen Reichsschiffes, jener Stand, der **durch Sparsamkeit** hochgekommen ist, durch das, worauf der Vater verzichtete an Vergnügungen, der dadurch dem Sohn die Möglichkeit gab, aufzusteigen und so immer dem Ganzen die

---

sumtive Zwecke kritisiert hatte (vgl. beispielsweise in dieser Edition die Rede auf dem Parteitag des Landesverbandes Schlesien der DVP in Liegnitz vom 22. Oktober 1927 oder seine Rede auf einer öffentlichen Versammlung der DVP in Nürnberg vom 2. Dezember 1927). – Bei der vorherigen Besprechung in Königsberg mit Vertretern der Stadt und der Provinz Ostpreußen spielte dieses Thema zwar auch eine Rolle, als von ostpreußischer Seite eine Kreditaufnahme der Provinz angesprochen wurde; nach der die Worte Stresemanns lediglich paraphrasierend wiedergebenden Aufzeichnung Dirksens vom 17. Dezember 1927 (AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 521–526) scheint Stresemann darauf aber nicht eingegangen zu sein.

[6] In der Vorlage, wohl als Druckfehler: „befanden".

Blutzufuhr zu geben, damit nicht lediglich eine einzige Schicht das Reich regierte, sondern, daß **aus allen Volksschichten** Menschen aufstiegen. Das alles ist unterbunden: **die Zahl der Proletarisierten** ist heute die Mehrheit des deutschen Volkes. Wir haben keine Vermögen mehr, die dem einzelnen gestatten, bequem zu leben. Wenn ich nun als Außenminister die Pflicht habe, das nach außen zu vertreten und zu verlangen, daß man die Worte des Dawesgutachtens[7] erfüllt, daß die Lebensla[g]e[8] des deutschen Volkes der anderen[9] gleich sei, dann **dürfen wir nicht,** wenn wir wirklich arm sind, nach außen den **Anschein erwecken,** als wenn wir **ein reiches Volk** sind. Das war die Kritik, die ich geübt habe, und ich glaube, Sie können dieser sachlichen Kritik beistimmen, und Sie, sehr verehrter Herr Oberbürgermeister, sind gewiß nicht der letzte, der auf dem Boden dieser Anschauungen steht. Und wenn ich mit dem mir gegebenen Temperament diese Dinge zur Sprache bringe, dann denken Sie daran, daß ich **als Außenminister die Verantwortlichkeit** darüber habe, daß, wenn einst zwischen den Nationen über diese Dinge verhandelt wird[10], auch diese Wirklichkeit zum Ausdruck kommt, und daß man **nicht nur die glänzende Fassade** des deutschen Hauses sieht, sondern auch die ein ganz anderes Bild zeigende **Fassade des Hinterhauses.**

Lassen Sie mich nach diesen Ausführungen nun eingehen auf das, was speziell **Ihr Ostpreußen, unser deutsches Ostpreußen** angeht. Ich bin **sehr gern hierher gekommen,** einmal, um einen Einblick zu gewinnen, in alle diejenigen Fragen, an denen Sie besonders beteiligt sind, die zum Teil auch direkt in mein Arbeitsgebiet gehören. Ich habe die **Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen wegen eines Handelsvertrages** wieder angekurbelt[11] und habe vollkommene Ueberein-

---

[7] Gemeint ist der auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli bis 16. August 1924 auf der Grundlage des Sachverständigen-Gutachtens vom 9. April 1924 („Dawes-Plan“) festgelegte und durch die Unterzeichnung am 30. August 1924 in Kraft getretene Plan für die künftigen deutschen Reparationszahlungen (Text u. a. in URSACHEN UND FOLGEN VI, S. 123–128).

[8] In der Vorlage, vermutlich als Druckfehler: „Lebenslade“.

[9] So in der Vorlage. Gemeint ist wohl „der der anderen“ oder „der anderer“.

[10] Gemeint sind offenbar künftige Gespräche über eine Revision des Dawes-Plans. Stresemann bezieht sich dabei vermutlich auf die neuerdings (auch in der Öffentlichkeit) geführten Diskussionen, ob die Reparationsfrage und der Dawes-Plan neu verhandelt werden müßten.

[11] Am 23. November 1927 hatte sich Stresemann mit Jackowski (vgl. unten Anm. 13) die Wiederaufnahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen mit Polen verständigt und für die Zeit bis zu deren Abschluß einen Modus vivendi vereinbart (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 318–321); am folgenden Tag schrieb er an Reichskanzler Marx und drängte das widerstrebende Kabinett unter Androhung seines Rücktritts auf die Einhaltung dieser Vereinbarung (vgl. ebd., S. 326–331); daraufhin ernannte das Kabinett in der Ministerbesprechung vom 28. November 1927 einen Verhandlungsführer (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1114–1116). Die erste Sitzung der Verhandlungen fand am 9. Dezember 1927 statt (vgl. AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 7, S. 321, Anm. 9).

stimmung bei den Parteien im Kabinett dafür gefunden[12], daß wir gegenüber dieser Frage positiv eingestellt sind und einen Handelsvertrag wollen, **wenn er auf vernünftiger Basis zustande kommt.** Ehe ich Herrn **von Jackowski[13]** empfing, habe ich in einer Rede in Liegnitz[14] darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten darin lägen, daß einmal **Polen interessiert** sei an der **Ausfuhr von Agrarprodukten,** die wir selbst genügend besäßen, daß andererseits die ganz **spezielle Lage Ostpreußens** bei diesen Verhandlungen in besonderer Weise in Erwägung gezogen werden müsse. Unter diesen Gesichtspunkten sind die Verhandlungen eingeleitet worden. Sie sind eingeleitet worden auf Grund eines Programmes, über das die Landwirtschaft und Industrie und alle Parteien im Kabinett und, wie ich glaube, auch außerhalb des Kabinetts, sich einig waren[15]. Ich habe heute vormittag ausgeführt[16], daß es ja so falsch ist, wenn man glaubt, daß die Kabinette verantwortlicher Männer, die ein Land zu regulieren[17] haben, sich abzeichnen müssen nach den Parteien, die darin vertreten sind.

Die beste Partei ist die **Partei der Sachlichkeit** und die <reicht>[18] bei jedem guten Deutschen schließlich über das hinaus, was er von seinem Parteistandpunkt aus wünschen werde.

Es gibt keinen Menschen in Deutschland, der die Absicht hat, einen Vertrag zu schließen, bei dem deutsche Interessen geopfert werden. Welchen Weg man dabei gehen mag, das ist eine **Sache der Methode.** Aber wir waren uns vollkommen einig darüber, daß in der jetzigen Zeit, in der die **deutsche Landwirtschaft mit Milliardenverlusten zu rechnen hat[19],** in der viele Menschen von Grund und Boden getrieben werden, die Mustergüter besaßen, daß wir in dieser Zeit keine Politik treiben, die diese Entwicklung irgendwie beschleunigen kann, sondern nur solche, die **die-**

---

[12] Vgl. die vorangehende Anm.

[13] Tadeusz Jackowski (1889–1972), polnischer Diplomat; seit 1927 Beauftragter für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. – Ein erstes Gespräch mit Stresemann fand (vor der Vereinbarung vom 23. November 1927: vgl. oben Anm. 11) am 17. November 1927 statt (vgl. Stresemanns Aufzeichnung: STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 231–234).

[14] Vgl. oben Anm. 5.

[15] Zu der Ministerbesprechung vom 28. November 1927 vgl. oben Anm. 11; vorherige Einigungen auf die Verhandlungsmaterien und -ziele hatte es bereits in der Ministerbesprechung vom 3. November 1927 (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1036–1037) gegeben.

[16] Zur vormittäglichen Besprechung in Königsberg vgl. oben Anm. 5.

[17] So in der Vorlage; „regieren“ wäre näherliegend.

[18] Das Wort ist in der Vorlage verdruckt und nicht eindeutig zu erschließen.

[19] Zur Lage der deutschen Landwirtschaft, insbesondere zur Verschuldung des Landwirte, vgl. die Aufzeichnung zum Empfang von Vertretern des Reichs-Landbundes beim Reichskanzler vom 25. Oktober 1927 (ebd., S. 1022–1023).

sem Prozeß ein Ende macht.

Wir werden uns im gegenwärtigen Zeitpunkt begnügen müssen, einen **modus vivendi mit Polen** zu finden, der vielleicht nur erweitert wird zu einem **kurzfristigen Handelsvertrag,** um erst einmal zu sehen, wie die **Wirkungen aus unsere innere Lage** sind.

Ueber das Ausmaß unserer Konzessionen hat keine Differenz bei uns bestanden. Wenn ich weiter hier im Osten darauf hinweise, daß vor Beginn dieser Verhandlungen eine Verständigung über das **Niederlassungsrecht Deutscher in Polen**[20] erfolgt ist, daß wir es nach dem ausgetauschten Schriftwechsel heute als wahrscheinlich ansehen können, daß wir auch über dieses Niederlassungsrecht **zu einer Verständigung kommen** werden, so werden Sie daraus ersehen, daß nicht nur die rein wirtschaftlich-materiellen Fragen, sondern auch diejenigen Volksfragen, die hierbei für uns mit in Betracht kommen, nicht vernachlässigt worden sind, und daß, wenn wir die Verhandlungen über einen endgültigen Handelsvertrag später führen, auch andere Fragen zur Erledigung kommen werden müssen**,** die **uns die Gewähr geben,** daß diejenigen Hunderttausende von deutschen Bauern, Arbeitern und Bürgern, die dort heute leben, und denen wir nur danken können, daß sie es auf sich genommen haben, dort zu bleiben und dort die deutsche Kulturgemeinschaft hochzuhalten, daß wir denen auch die Möglichkeit geben wollen, **dort zu bleiben.**

Es würde auffallen, wenn ich speziell hier in Königsberg, nachdem Sie, hochverehrter Herr Oberpräsident[21], in Ihren so zu Herzen gehenden Worten auf die spezielle Lage der Provinz Ostpreußen, ich möchte sagen – in der europäischen Politik, in diesem ganzen Komplex der Ostfragen hingewiesen haben, nicht ein Wort sagte über diejenigen **Besprechungen, die in den letzten zehn Tagen in Genf**[22] **stattgefunden haben,** denn diese Fragen eines etwaigen **Konfliktes zwischen Polen und**

---

[20] Die Reichsregierung hatte im Februar 1927 die Regelung der Niederlassungsfreiheit von Deutschen in Polen bzw. der polnischen Ausweisungen von Deutschen, insbesondere aus Ostoberschlesien, zur Bedingung für die Wiederaufnahme der unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen erklärt (vgl. die telegraphische Weisung Schuberts an die Gesandtschaft Warschau vom 12. Februar 1927: AKTEN ZUR DEUTSCHEN AUSWÄRTIGEN POLITIK B 4, S. 304–306); nach den Ergebnissen entsprechender Verhandlungen des Gesandten Rauscher in Warschau hielt Stresemann diese Bedingung für erfüllt (vgl. sein Schreiben an den Staatssekretär in der Reichskanzlei vom 12. Juli 1927: ebd., B 6, S. 48–51).

[21] Ernst Siehr (1869–1945), deutscher Politiker; Mitglied der Nationalversammlung bzw. des Reichstags 1919–1921 (für die DDP); Oberpräsident der Provinz Ostpreußen 1920–1932. – Zu den nachfolgend angesprochenen Begrüßungsworten vgl. oben Anm. 1.

[22] Gemeint ist die Völkerbundsratstagung in Genf vom 5. bis 12. Dezember 1927.

Litauen[23], die dort im Mittelpunkt der Verhandlungen standen, berühren ja Ihre ostpreußischen Interessen ganz besonders. Ob diese Besorgnisse für alle Zeit ausgelöscht sind, vermag niemand heute zu sagen. Aber **gegenüber mancher Kritik** und – verzeihen Sie mir, wenn ich sage, auch mancher nicht immer verständnisvollen Kritik – der der Völkerbund begegnet, muß ich doch das eine zum Ausdruck bringen, daß das, was **moralische Einwirkung großer Mächte** zu tun vermochte, um einen etwaigen Brand zu verhüten, in diesen Tagen in **Genf geschehen ist,** und daß sich eine erfreuliche **Einmütigkeit** darin gezeigt hat, einen unparteilichen Schiedsspruch zu fällen.

Wir, die wir nicht wünschen, daß Krieg oder Gewalt herrsche, müssen anerkennen, was in der Entschließung des Völkerbundes zum Ausdruck gebracht ist, die **Erklärung, die Polen freiwillig abgegeben** hat, daß es weder beabsichtigt habe, die Territorialität Litauens anzutasten, noch sich in innere Angelegenheiten Litauens einzumischen. Wir müssen anerkennen, daß auf der anderen Seite der Vertreter Litauens[24] in Uebereinstimmung nicht nur mit den Mächten des Völkerbundrates, sondern auch mit seinem russischen Nachbarn zum Ausdruck gebracht hat, daß **der Kriegszustand zwischen Polen und Litauen nicht mehr bestehen soll.** Sie wissen, daß darüber hinaus Maßnahmen in Aussicht genommen sind, um festzustellen, ob im Laufe der Entwicklung etwa sich eine Situation ergeben werde, daß einer der beiden Nachbarn sich bedroht fühlen könne.

Was zur Erhaltung des Friedens geschehen konnte, ist hier getan, und wir haben dabei freudig und gern mitgewirkt, weil nach der Ueberzeugung der Reichsregierung die Zukunft aller Nationen davon abhängt, daß der Friede erhalten bleibt.

Deshalb haben die Verhandlungen in Genf einen Fortschritt gebracht. Ob eine endgültige Lösung – Herr Oberpräsident – niemand kann Ihnen diese Frage beantworten. Aber ich habe die eine Ueberzeugung, daß, wenn die Methode des Völkerbundes, nämlich die Methode, daß diejenigen, die verantwortlich sind für die Ge-

[23] Seit der polnischen Eroberung Wilnas und des Wilnaer Gebietes im Krieg von 1920 und der litauischen Nichtanerkennung der nachfolgenden Annexion durch Polen waren die beidseitigen Beziehungen ständig und in wachsenden Wellen von Spannungen bis hin an den Rand des erneuten Kriegsausbruchs geprägt waren. Im Herbst 1927 war es zu erneuten Spannungen gekommen, die wieder einen offenen Kriegsausbruch befürchten ließen und den Völkerbundsrat zur Behandlung des Streitfalls veranlaßten. In Völkerbundsratssitzungen, insbesondere in derjenigen vom 10. Dezember 1927, wurde der Streit formell beigelegt. – Zu dieser Materie und ihrer Behandlung in Genf vgl. (in dieser Edition) Stresemanns zwei Reden vor der Presse in Genf vom 10. und 11. Dezember 1927.

[24] Augustinas Voldemaras (1883–1942), litauischer Politiker; Ministerpräsident u. Außenminister 1918 (Außenminister bis 1920) u. 18. Dezember 1926 – 19. September 1929.

schickte ihrer Völker, im freien Meinungsaustausch mehrmals im Jahre sich begegnen und mehrmals sich dabei aussprechen, immer befolgt wäre, **manche Kluft hätte vermieden werden können.** Eine **Politik des Vertrauens** muß begründet sein auf Kenntnis der Persönlichkeiten, mit denen ich zu tun habe. Das Mißtrauen zerstört die Familie, das Mißtrauen frißt in der Heimat, zerfrißt international; nur diese Politik des Vertrauens kann nur [!] dazu führen, daß solche Explosionen vermieden werden und der **Friede erhalten** bleibt. So freue ich mich, daß in **sachlicher Zusammenarbeit** aller nicht unmittelbar Beteiligten und in freier Zusammenarbeit der direkt beteiligten Parteien **hier dieses Ergebnis erzielt** worden ist. Ich hoffe, wenn im Januar in Riga die beiden Parteien zusammenkommen und über die weitere Entwicklung ihrer Beziehungen beraten[25], daß dann diese Dinge die Entwicklung nehmen, die in dem Beschluß des Völkerbundrates für ihr gegenseitiges Verhältnis zum Ausdruck kommen. Ich betone das besonders deshalb, weil manche Entwicklung, manche Art der politischen Entwicklung der Verhältnisse in Europa den Anschein erwecken könnte, als seien wir bereits wieder in einer Entwicklung der Dinge, die einigermaßen die **Entwicklung der Vorkriegszeit** enthalte, als zeichneten sich am Horizont wieder **gewisse Mächtegruppierungen,** die gegeneinander stehen.

Die **Stellung Deutschlands** gegenüber dieser Entwicklung ist klar dadurch gekennzeichnet, daß wir einen Rückfall in diese **Methoden als unheilvoll** ansehen, und daß wir mit aller Entschiedenheit uns dagegen wehren müssen. Ich weiß, daß **der Völkerbund kein Wundermittel** und kein Allheilmittel ist, aber ich sehe in ihm eine neue Methode der Politik, die Schlimmes verhüten und Gutes hervorbringen kann, wenn sie namentlich in demjenigen Erdteil, der am meisten in dem Weltkrieg gelitten hat, eine **Atmosphäre** schafft **des gemeinsamen Zusammenwirkens** für den Frieden, eine Atmosphäre, die allerdings nur dann zur Wirklichkeit werden kann, wenn man die in den einzelnen Friedensverträgen zum Ausdruck gebrachten Gedanken[26] der **Reduktion der Armeen,** der **Abrüstung** und der Nivellierung der Rüstungen, die Idee eine **Gleichmaßes des Rechts,** der Verteidigung eines Landes in

[25] Entsprechende Gespräche waren in Genf beschlossen worden (vgl. die oben Anm. 23 erwähnten Reden Stresemanns bzw. die dortigen Anm.).

[26] In erster Linie bezieht Stresemann sich hier auf den Versailler Vertrag und die Satzung des Völkerbundes (die als Teil der Pariser Vorortverträge auch die Artikel 1–26 des Versailler Vertrags bildete; Text in VERTRAG VON VERSAILLES S. 9–20), nach deren Art. 8 „die Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmaß“ Aufgabe aller Völkerbundsmitglieder war und der Rat entsprechende Pläne zu entwerfen hatte (ebd., S. 11–12). Zudem war in diesem Friedensvertrag die deutsche Abrüstung als Einstieg in die allgemeine Abrüstung deklariert worden. – Zuletzt hatte vom 30. November bis 3. Dezember 1927 in Genf die 4. Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission stattgefunden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 540–542).

der Praxis durchzusetzen vermag.

Lassen Sie mich nach diesen Bemerkungen über die große Politik zu dem zurückkommen, was Sie, verehrter Herr Oberbürgermeister, noch speziell über Ostpreußen und das Reich, über Ostpreußen und Preußen gesagt haben[27]. Sie haben darauf hingewiesen, daß am Dienstag, – sofern ich weiß, **zum ersten Male –** seit Bestehen der deutschen Republik der Herr Reichspräsident[28] einer Sitzung vorsteht, in der **Reich und Preußen miteinander, beide Kabinette zusammen, tagen[29].** Sie mögen daraus ersehen, **welche Bedeutung der Ostpreußenfrage bei uns zugemessen wird.** Wenn manchmal aus der Presse ersichtlich ist, daß Preußen und das Reich über Formfragen nicht einig sind, so ersehen Sie daraus nur, daß der Rechtsstreit darum geht, wer zuerst die Ehrenbürgerkette von Ostpreußen erringen werde[30]. (Heiterkeit.) Sie haben ja in dem **Herrn Reichspräsidenten** eine Persönlichkeit, die so mit Ostpreußen verwachsen ist[31], Ostpreußen so liebt, daß der ungeheure seit Jahrzehnten noch nicht dagewesene Einfluß, der von dieser Persönlichkeit und seiner Gesinnung ausgeht, sich auch in dieser Frage zeigen wird. **(Lebhafte Zustimmung.)**

Eine Bitte richte ich an Sie: Seien Sie nicht pessimistisch, glauben Sie ja nicht, was dieser oder jener Ihnen zuträgt, **alle wissen, was Ostpreußen für Deutschland** ist. Kein Mensch ist der Auffassung, daß es sich hier um nichtige kleinliche Fragen handelt. Wenn irgend jemand das törichte Wort ausspricht, man habe Ostpreußen aufgegeben, so geben Sie ihm die richtige Antwort[32]. Es gehört sich nicht, in dieser Weise diejenigen zu kränken, die sich im Reich ihrer nationalen Pflicht bewußt sind.

---

[27] Vgl. oben Anm. 1 u. 4.

[28] Paul von Beneckendorf und von Hindenburg (1847–1934), Chef der Obersten Heeresleitung 1916–1919; Reichspräsident 26. April 1925 – 1934.

[29] Die entsprechende Sitzung, die tatsächlich erst am 21. Dezember 1927 stattfand, ging auf einen Vorschlag Hindenburgs zur Entwicklung eines gemeinsamen Hilfsprogramms für Ostpreußen zurück, den er in einem Schreiben an Reichskanzler Marx entwickelte (vgl. AKTEN DER REICHSKANZLEI, Marx III/IV, II, S. 1137–1140).

[30] Daß es eine Ehrenbürgerschaft Ostpreußens (mit entsprechender Kette) gegeben haben soll, konnte nicht ermittelt werden. Vermutlich meint Stresemann dies hier spöttisch.

[31] Stresemann bezieht sich hier wohl um einen auf die Schlacht von Tannenberg (Ostpreußen) Ende August 1914, mit der es der deutschen Armee unter der Führung Hindenburgs gelang, die in die Provinz eingedrungenen russischen Kräfte wieder aus Ostpreußen zu vertreiben; am 18. September 1927 war hier in Anwesenheit Hindenburg ein Denkmal errichtet worden. Zum anderen hielt sich Hindenburg gerne auf dem seit Jahrhunderten in unterschiedlichen Linien seiner Familie befindlichen Gut Neudeck auf, das kurz zuvor anläßlich seines 80. Geburtstags aus privaten Spenden einer Nebenlinie abgekauft und ihm übergeben worden war.

[32] In DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 586 (Abendausgabe) vom 15. Dezember 1927, lautet der Satz (in der einzigen wörtlich wiedergegebenen Passage) abweichend: „Wir haben noch nicht gelernt, ohne Ostpreußen zu leben [...]. Wenn Sie von jemandem hören, daß Ostpreußen aufgegeben worden sei, so schlagen Sie ihm bitte recht und links um die Ohren."

Mit Pessimismus ist nicht weiterzukommen.

Wenn jemand mit der Welle ringt und nicht ans Ufer kommt, und er glaubt, er ist verloren, dann kann er sicher sein, in die Fluten zu versinken. Zunächst muß die Idee sein, **weiterzukommen,** aushalten zu können. So stehen die Dinge nicht, daß wir an dem Durchsetzen Deutschlands verzweifeln können. **Denken Sie an das, was wir erlebt haben.** Ein Volk, das den Siegeszug erlebte, bis zum letzten Atemzug, das den Zusammenbruch erlebt hat, die Nachkriegszeit, die Inflation[33], die Zeit, in der man nicht wußte, welchen Wert das Geld hatte, ein Volk, das all diese Dinge ertragen hat, die vielleicht ein Volk jemals zu ertragen hatte, ein Volk, das nach alledem heute wieder so in der Weltwirtschaft dasteht, wie das deutsche, hat bewiesen, daß es eine Zukunft hat, daß es den Kern der Arbeit, den Kern des Glaubens an sich selbst in sich trägt. Was uns als innerer Kampf, als Parteizersplitterung, als Parteikampf, als Uneinigkeit erscheint, ist weiter nichts als der Alltag, wie wir ihn in Familienzwistigkeiten sehen.

Sehen Sie den Weg, den wir zurückgelegt haben von 1919 bis heute. Fragen Sie sich, ob wir in den zehn [!] Jahren nicht einen Aufstieg erlebt haben, den die Geschichte einmal als Wiederaufstieg Deutschlands anerkennen wird.

Ich habe in Gedanken viel in der Zeit gelebt, die dem **Frieden von Tilsit[34]** gefolgt ist. Damals hat man empfunden, daß der Wiederaufstieg des Volkes, das am tiefsten gefallen war, Sache des Geistes sein müsse. Es gereicht den preußischen Königen zur höchsten Ehre, daß sie damals, in einer Zeit der schwersten Not, die Universität Berlin gründeten, es war die Zeit, als der König[35] die Worte sprach: **„Was wir an materieller Kraft verloren haben, wollen wir an geistiger Kraft wieder gewinnen."**

Wenn wir über Ostpreußen sprechen, so wollen wir an die **geistigen Dinge** denken, die von hier als Kulturbeeinflussung ausgehen können, von seiner Universität[36], von der geistigen Beeinflussung jener Ostfragen, deren Entwicklung entscheidend

---

[33] Gemeint sind die Inflation der Nachkriegszeit und dann vor allem die Hyperinflation des Jahres 1923; vgl. dazu die tabellarische Übersicht über die Entwicklung der Mark in den Monaten August – November 1923 in AKTEN DER REICHSKANZLEI, Stresemann II, S. 1000–1005.

[34] Gemeint ist der französisch-preußische Friedensvertrag von Tilsit vom 9. Juli 1807 am Ende des Vierten Koalitionskriegs, der den Charakter eines Diktatfriedens hatte und Preußen zur Mittelmacht zurückstufte. Text des Vertrags in CONSOLIDATED TREATY SERIES, Bd. 59, S. 255–263. – Ihm folgten grundlegende Reformen in Preußen.

[35] Friedrich Wilhelm III. (1770–1840), König von Preußen 1797–1840. – Er soll mit den nachfolgend und leicht abweichend zitierten Worten im August 1807 die Gründung der 1810 eröffneten Berliner Universität initiiert haben; vgl. Hans-Christof Kraus: Kultur, Bildung und Wissenschaft im 19. Jahrhundert. München 2008 (Enzyklopädie deutscher Geschichte, Bd. 82), S. 23.

[36] Gemeint ist die 1544 gegründete Albertus-Universität Königsberg.

sein wird und die Bedeutung haben weit über Europa hinaus.

Lassen Sie mich mit einem Wort schließen. Als ich 1917 in Livland war[37], hatte ich Gelegenheit, einen livländischen Kalender zu lesen. Ihm war ein Wort vorgesetzt aus einem Festspiel von Goethe[38], das, wenn ich nicht irre, auch hier in Königsberg unter Jessner[39] aufgeführt wurde, einem Festspiel voller Weisheiten, „Des Epimenides Erwachen“, von Goethe geschrieben nach den Freiheitskriegen:

„Komm, wir wollen dir versprechen
Rettung aus dem tiefsten Schmerz
Pfeiler, Säulen kann man brechen,
Aber nicht ein freies Herz.“

Denken Sie auch in Ostpreußen daran. Man konnte Pfeiler und Säulen brechen, die Sie mit Deutschland verbanden, aber man kann das freie Herz nicht brechen, das für Deutschland schlägt. (Starker Beifall.)[40]

[37] Ein Aufenthalt Stresemanns in Livland 1917 (möglicherweise in Riga nach dessen Einnahme durch deutsche Truppen) konnte ebensowenig nachgewiesen werden wie der im folgenden angesprochene Kalender.

[38] Johann Wolfgang von Goethe (1749–1832), deutscher Dichter. – Bei dem angesprochenen Festspiel handelt es sich um die anläßlich des Sieges in den Befreiungskriegen geschriebene Festdichtung „Des Epimenides Erwachen“, die 1815 uraufgeführt wurde (Text in Goethes Werke. [Hamburger Ausgabe in 14 Bden.] Bd. 5. 9. Aufl. München 1981, S. 366–399; das Zitat: S. 392).

[39] Leopold Jessner (1878–1945), deutscher Theater- und Filmregisseur; u. a. Direktor des Neuen Schauspielhauses in Königsberg 1915–1919; Intendant des Staatlichen Schauspielhauses Berlin 1919–1928; Generalintendant der Schauspielbühnen des Staatstheaters Berlin.

[40] Die Vorlage beendet die Berichterstattung mit dem Satz: „Hierauf leerte der Minister sein Glas auf Ostpreußen.“

Rede auf einer Veranstaltung in Königsberg vom 17. Dezember 1927[1]

Nach STRESEMANN, Vermächtnis III, S. 249–251. – Teildrucke (teilweise mit abweichenden Inhalten[2]) in BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 592 (Abendausgabe) vom 19. Dezember 1927, S. 2; TÄGLICHE RUNDSCHAU, Nr. 592 (Abendausgabe) vom 19. Dezember 1927; FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 945 (Abendausgabe) vom 20. Dezember 1927, S. 3; KÖLNISCHE ZEITUNG, Nr. Nr. 798b (Morgenausgabe) vom 19. Dezember 1927.

Die Beilegung des litauisch-polnischen Konflikts durch den Völkerbundsrat bedeutet eine gute Entwicklung für Deutschland.

Hier in Königsberg möchte ich auch ein Wort sagen über die **politischen Vorgänge,** die sich in der vorigen Woche in Genf[3] abgespielt haben. Denn im Mittelpunkt der Verhandlungen des Völkerbundsrates stand eine Frage, die gerade für diejenige Seite unserer Außenpolitik von großer Bedeutung ist, die sich aufs engste mit den besonderen **ostpreußischen Interessen** berührt. Das ist die Frage der Beziehungen zwischen Litauen und Polen[4]. Ich kann offen aussprechen, daß die Gestaltung dieser Beziehungen schon seit längerer Zeit zu manchen Besorgnissen Anlaß gegeben hat und daß sie sich in den letzten Monaten in bedenklicher Weise zuzuspitzen schien. Es versteht sich von selbst, daß die deutsche Außenpolitik diese Entwicklung, die sich hier im Osten sozusagen vor unserer Tür abspielt, **mit stärkster Aufmerksamkeit** zu verfolgen hat. **Unser Ziel** bei der diplomatischen Behandlung der Angelegen-

---

[1] Zum geplanten Programm der Fahrt Stresemanns nach Königsberg vgl. DEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 586 (Abendausgabe) vom 15. Dezember 1927, sowie die vorangehend wiedergegebene Rede. – Angaben zum Anlaß und Rahmen der Rede sind widersprüchlich: Die Vorlage schreibt von „öffentlicher Rede"; in der FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 945 (Abendausgabe) vom 20. Dezember 1927, S. 3, heißt es dagegen: „Einer Erörterung der Verhältnisse in der Deutschen Volkspartei in Ostpreußen galt der Vortrag, den Minister Stresemann bei seiner Anwesenheit in einer geschlossenen Veranstaltung vor seinen Parteifreunden hielt." (Vgl. dazu auch unten Anm. 7.) Angesichts des eher knappen Umfangs und der unten Anm. 7 wiedergegebenen weiteren Materien kann davon ausgegangen werden, daß es sich lediglich um eine Teilwiedergabe der Rede handelt.

[2] Vgl. beispielsweise unten Anm. 7.

[3] Gemeint ist die Völkerbundsratstagung in Genf vom 5. bis 12. Dezember 1927.

[4] Seit der polnischen Eroberung Wilnas und des Wilnaer Gebietes im Krieg von 1920 und der litauischen Nichtanerkennung der nachfolgenden Annexion durch Polen waren die beidseitigen Beziehungen ständig und in wachsenden Wellen von Spannungen bis hin an den Rand des erneuten Kriegsausbruchs geprägt waren. Im Herbst 1927 war es zu erneuten Spannungen gekommen, die wieder einen offenen Kriegsausbruch befürchten ließen und den Völkerbundsrat zur Behandlung des Streitfalls veranlaßten. In Völkerbundsratssitzungen, insbesondere in derjenigen vom 10. Dezember 1927, wurde der Streit formell beigelegt. – Zu dieser Materie und ihrer Behandlung in Genf vgl. (in dieser Edition) Stresemanns zwei Reden vor der Presse in Genf vom 10. und 11. Dezember 1927.

heit ging dahin, Explosionsgefahren, die die unsichere Lage in den in Betracht kommenden Gebieten in sich barg, vorzubeugen.

Ich glaube, daß die Genfer Verhandlungen in dieser Hinsicht einen Fortschritt gebracht haben. Gewiß war es nicht möglich, alle die Fragen, die zwischen Litauen und Polen stehen, jetzt schon endgültig zu regeln.

Die freiwillige Mitwirkung beider Parteien bei der in Genf erzielten Lösung[5] scheint mir eine Bürgschaft dafür zu sein, daß sie sich in Zukunft gedeihlich auswirken wird. Ich bin der Ansicht, daß **der Völkerbundsrat** in diesem Falle **seine Mission,** für einen gerechten und neutralen Ausgleich widerstreitender Interessen zu sorgen, in glücklicher Weise **erfüllt** hat. Die Beratungen haben sich von Anfang bis zu Ende in vollster Sachlichkeit und unter Zusammenarbeit aller beteiligten Faktoren, und zwar sowohl aller Ratsmitglieder als auch der beiden Parteien, abgespielt. Auf diese Weise ist es gelungen und konnte es gelingen, eine befriedigende Lösung zustande zu bringen.

So möchte ich in der Behandlung des litauisch-polnischen Konflikts auch ein erfreuliches Symptom dafür sehen, daß in den verantwortlichen Staatsmännern Europas **die Erkenntnis der Notwendigkeit solidarischer und gleichberechtigter Zusammenarbeit** lebendig ist und sich jedenfalls sofort dann zwingend geltend macht, wenn dringende akute Fragen eine Regelung erfordern. Es ist nicht zu leugnen, daß gerade in den letzten Monaten manche politischen Geschehnisse, an denen Deutschland nicht unmittelbar interessiert ist, wohl die Befürchtung hätten erwecken können, als ob die europäische Politik doch wieder auf dem Wege sei, unseren Erdteil in getrennte Lager zu spalten. Wenn und soweit politische Kräfte wirklich in dieser Richtung sich geltend machen sollten, könnte darin nur ein Rückfall in jene Methoden gesehen werden, die sich in der Vergangenheit als unheilvoll erwiesen haben, und die in Zukunft nicht weniger unheilvoll sein würden. Ich habe aber die Hoffnung, daß alle derartigen Tendenzen überwogen werden von den anders gerichteten Bestrebungen, die entschlossen auf gemeinsame europäische Zusammenarbeit abgestellt sind. In dieser Hoffnung haben mich, wie gesagt, auch meine letzten Genfer Erfahrungen bestärkt.

Der **Völkerbund ist kein Wundermittel** und kein Allheilmittel. Aber es wäre töricht, zu verkennen, daß er die Möglichkeit bietet, sich erfolgreich dafür einzusetzen, daß bei der Entscheidung internationaler Fragen nicht allein der militärische Macht-

[5] Vgl. die vorangehende Anm.

faktor maßgebend ist. Diese Möglichkeit zu erweitern, wozu es, um nur eins zu nennen, vor allem der energischen Förderung der Abrüstungsfrage[6] bedarf, muß das Ziel der Völkerbundspolitik Deutschlands sein.[7]

[6] Zuletzt hatte vom 30. November bis 3. Dezember 1927 in Genf die 4. Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission stattgefunden (vgl. SCHULTHESS 68 [1927], S. 540–542).

[7] In der Vorlage findet sich nachfolgend lediglich noch eine „Disposition“ für den Fortgang der Rede. Sie ist in der Sache jedoch nahezu identisch mit demjenigen, was Stresemann im letzten Teil der Rede am Vortag auf dem Begrüßungsabend der Stadt Königsberg für den Außenminister (vgl. diese Edition) gehalten hat. Entweder hat Stresemann also Teile der Rede vom Vortag wiederholt, oder aber es handelt sich bei der Veröffentlichung der Vorlage um einen Zuordnungsfehler dieser Disposition. – Offenbar einen ganz anderen Teil der Rede gibt die BERLINER BÖRSEN-ZEITUNG, Nr. 592 (Abendausgabe) vom 19. Dezember 1927, S. 2, wieder: „Nationale Politik bedeutet Mitarbeit am Staat, bedeutet, mit jedem mitzuarbeiten, der den ehrlichen Willen hat, dem Staat zu helfen, bedeutet abzusehen von irgendwelchen Gedanken gesellschaftlicher Differenzierung. Es gibt keine gesellschaftliche Differenzierung im Kampf für das Vaterland. Der beste Adel der Gegenwart ist der Adel, der gemessen wird am Dienst für die Allgemeinheit, gegenüber dem Leben für das Einzelinteresse. So haben wir unseren Tribut an Popularität bezahlt für die Mitarbeit an der Regierung und viele törichte Leute verloren. Wir haben kämpfen müssen gegen eine Fülle von Widerständen. Wie standen wir denn da im Jahre 1919? Wer zurückschaut auf die ungeheuren politischen und geistigen Verwirrungen jener Zeit, als alle Bande gelöst waren, und wer dann das Deutschland von heute sieht und nicht verstehen will, daß diese Jahre eine Zeit des Wiederaufstieges gewesen sind, der vermag nicht mit geschichtlichen Augen zu sehen. Wenn man auf den Tisch haut, wenn man droht, so muß man auch eine Macht haben, die dahinter steht. Die, die heute die deutsche Außenpolitik zu machen haben, haben lediglich die Kraft der deutschen Wirtschaft auf [!] Verträge und gelegentlich in großen Momenten das einheitliche Nationalgefühlt des deutschen Volkes zur Verfügung, aber nicht mehr die ultima ratio, die die anderen nicht aufgegeben haben, weil darauf ihre Machtpolitik beruht. Glauben Sie doch nicht denen, die es so hinstellen, als habe man in deutschen Kreisen kein Verständnis für die Situation im Osten. Verstehen Sie, daß, wenn man sich in die sogenannte Weltpolitik des Deutschen Reiches während der letzten Jahre hineinversetzt, die Weltpolitik in Wirklichkeit Ostpolitik ist, und daß Sie nicht erwarten können, daß Ihre Lage ungefährdet ist oder besseren Verhältnissen Platz machen wird, wenn es nicht gelingt, Beziehungen zu anderen Mächten im Westen zu schaffen, die uns die Sicherheit für den Frieden geben und für das gemeinsame Leben miteinander im Frieden. Ich bin ein entschiedener Gegner der Auffassung, daß es in Deutschland zwei Parteigruppen geben sollte, eine rechte und eine linke, und es ist töricht zu fragen, ob sich die Außenpolitik besser mit der rechten oder mit der linken Hand mache, wenn wir Erfolg haben sollen, müssen rechts und links dahinter stehen.“ – Eine ähnliche Passage findet sich in der Überlieferung der FRANKFURTER ZEITUNG, Nr. 945 (Abendausgabe) vom 20. Dezember 1927, S. 3. – Die stark unterschiedlichen Inhalte sowie die unterschiedliche Bezeichnung für die Rede (vgl. oben Anm. 1) lassen nicht völlig ausgeschlossen erscheinen, daß es sich um zwei unterschiedliche Reden handelt.